g Roter Stern



Erhard Lucas

MÄRZ REVOLUTION 1920

Band 1

Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand

ERHARD LUCAS - Märzrevolution 1920 - Band 1

Erhard Lucas

Märzrevolution 1920

Band 1

Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand

Verlag Roter Stern

Verlag Roter Stern
6 Frankfurt Postfach 18 0147

ISBN 3-87877-075-8

2., ergänzte Auflage des 1970 unter dem Titel „Märzrevolution im Ruhrgebiet. März/April 1920" - erschienenen Textes
Band 2 dieser Untersuchung ist unter dem Titel „Märzrevolution 1920 — Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches" 1973 ebenfalls im Verlag Roter Stern erschienen.

Vorbemerkung

Das Material zur vorliegenden Untersuchung wurde in zweijähriger Arbeit in den Staats- und Stadtarchiven des Ruhrgebiets und Münsters gesammelt.
Der Text wurde eingehend durchdiskutiert mit Barbara Fischer, Karin Lucas-Bosse, Edmund Riethmüller und Wolfgang Zwick. Sie analysierten außerdem selbständig Teilkomplexe (die Romane von Marchwitza und Grünberg sowie die Berichte zum Prozeß um den Essener Wasserturm und um die Ermordung des Zechendirektors Sebold), zeichneten Karten und halfen bei der Transkription von Mikrofilmen und bei der Herstellung des Manuskripts.
Die Untersuchung ist auf zwei Bände berechnet. Der zweite Band erscheint im nächsten Jahr. – Später soll dann eine in der Form ähnliche Geschichte der Revolutionszeit von 1918/19 folgen, zu der das Material bereits gesammelt ist.
Zu danken habe ich den nordrhein-westfälischen Staats- und Stadtarchiven, die mir Einsicht in ihre Akten- und Zeitungsbestände gewährten, ferner der „Stiftung Volkswagenwerk", die mir die Archivstudien ermöglichte.

Eschbach bei Freiburg, Juli 1970

Erhard Lucas

Zur Neuauflage

Eine durchgehende Neubearbeitung der Darstellung war nicht möglich, da sie einen kostspieligen neuen Satz erforderlich gemacht hätte. Jedoch habe ich einige Ergänzungen, die auf neu erschlossenen Quellen basieren, am Schluß des Bandes angefügt.

Eschbach bei Freiburg, Juni 1974 **E. L.**

Einführung

„Rote Armee“ im Ruhrgebiet – fragt man heute Bewohner des Ruhrgebietes nach jenem aufregenden Geschehen im Jahre 1920, so erhält man von jenen, die etwas gehört haben oder sogar Augenzeugen waren, in der Regel Antworten, die die Wirklichkeit geradezu auf den Kopf stellen. Man mache einen Test und frage nach dem Kampf um den Essener Wasserturm, so wird man fast immer die Geschichte zu hören bekommen, wie die „Roten“ einige Dutzend brave Polizisten und Essener Bürger „viehisch abgeschlachtet“ haben.

Das läßt sich nicht einfach damit erklären, daß die Ereignisse nunmehr 50 Jahre zurückliegen und das menschliche Gedächtnis über eine so lange Zeit hinweg die Dinge nicht mehr richtig erinnert. Das hängt vielmehr damit zusammen, wie das Geschehen von 1920 in der Folge dargestellt worden ist. Diese Geschichtsschreibung wiederum ist nicht zufällig entstanden, sondern ist ein Produkt der deutschen Geschichte. Wir wollen das an den *wichtigsten Büchern, Broschüren und Aufsätzen* zeigen.[1]

1920 erschien eine Broschüre mit dem Titel „Reichswehr gegen Rote Armee. Was im Ruhrgebiet geschah“, geschrieben von einem Redakteur der in Berlin erscheinenden SPD-Zeitung „Vorwärts“, *Artur Zickler.* Zickler wurde kurz nach dem Ende der revolutionären Bewegung von einer republikanischen Gesellschaft in Berlin gebeten, eine Informationsfahrt ins Ruhrgebiet zu unternehmen. Die Fahrt dauerte etwas länger als eine Woche und führte Zickler nach Dortmund und Elberfeld, kurz auch nach Hagen und Münster. Zickler unterhielt sich vor allem mit seinen Parteifreunden. Die Dortmunder SPD-Führer erzählten ihm ihre – höchst tendenziöse – Version vom Kampf um Dortmund am 17. März 1920; zutreffender sind die Informationen, die Zickler in Elberfeld erhielt. Zickler ist Linkssozialdemokrat. Einerseits greift er seinen Parteigenossen vom rechten Flügel, den soeben gestürzten Reichswehrminister Gustav Noske an, der versucht hatte, mit Truppenführern aus dem alten kaiserlichen Heer eine Wehrmacht der Republik aufzubauen, ein Versuch, der mit dem Militärputsch vom März 1920 gescheitert war. Einen ebenso deutlichen Trennungsstrich zieht Zickler auf der anderen Seite gegenüber den Kommunisten; er findet es

bedauerlich, daß das brutale Vorgehen und der reaktionäre Charakter der Truppen den Kommunisten „Vorschub“ geleistet habe. Eine ähnlich vermittelnde Linie versucht er in seinem Gesamturteil über die revolutionäre Bewegung im Ruhrgebiet einzuhalten. Er findet es richtig, daß die Arbeiter gegen das reaktionäre Militär zu den Waffen griffen. Der bewaffnete Kampf, meint er weiter, hätte jedoch nach dem Abschluß der Verhandlungen zwischen der Ruhrarbeiterschaft und der Reichsregierung abgebrochen werden müssen. Diejenigen, die danach noch weiterkämpften, seien „Verbrecher und Abenteurer“ gewesen, oder – und dies ist nun für Zickler besonders charakteristisch – sie seien ein beklagenswertes Beispiel dafür, daß „der Militarismus eine deutsche Volkskrankheit ist, die sich nicht nur ins Junkertum und Bürgertum eingefressen hat, sondern auch in die untersten Volkskreise“. Einen Fall dieser „Volkskrankheit“ sieht Zickler in dem Verhalten der bewaffneten Arbeiter in Pelkum bei Hamm, die sich einer weit überlegenen Reichswehrtruppe gestellt und dieser die Gelegenheit zu einem blutigen Gemetzel gegeben hätten.[2] Wir werden noch sehen, wie gründlich Zickler mit dieser Deutung die Wirklichkeit verzerrt hat.
Ein Jahr später, 1921, folgte eine Untersuchung von *Gerhard Colm:* „Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920“. Das schmale Buch ist die Doktorarbeit eines Düsseldorfer Soziologen aus bürgerlichem Elternhaus (der Vater war Oberlandesgerichtsrat), der später vom Statistischen Reichsamt in Berlin angestellt wurde, dann zum Institut für Weltwirtschaft in Kiel ging, 1933 nach den USA emigrierte und dort zum Chief Economist der National Planning Association in Washington aufstieg.[3] Colm hat führende Personen der Arbeiterparteien und der „Roten Armee“, die ausnahmslos heute nicht mehr leben, interviewt oder mit ihnen korrespondiert und hat dabei, anders als Zickler, auch den Kontakt zu Kommunisten nicht gescheut. Bei dieser Gelegenheit hat er Einblick in Dokumente genommen, die heute nicht mehr erhalten sind, z. B. die Protokolle des Essener Zentralrats. Dadurch ist das Buch heute wertvolle Primärquelle. Leider hat Colm 1933, bevor er Deutschland verließ, alle Unterlagen und Vorstudien vernichtet,[4] so daß alles, was er nicht in die Endfassung aufgenommen hat, endgültig verloren ist. In seinen analytischen Fragestellungen wie in seinen systematischen Darlegungen ist das Buch ungewöhnlich anregend und aufschlußreich. Das heißt nicht, daß wir mit allen seinen Thesen übereinstimmen. Zum Beispiel unterscheidet

Colm an einer zentralen Stelle unter dem Einfluß von Max Weber[5] (der die Arbeit übrigens kurz vor seinem Tode selbst angeregt hatte) den „bürokratischen“ und den „demagogischen“ Führer (die letztere Bezeichnung entgegen dem üblichen Sprachgebrauch nicht in abwertendem Sinne gemeint): der bürokratische Führer wirkt auf der Basis rationaler Überlegung im Rahmen einer „Organisation“, d. h. einer Form der Vergesellschaftung, die ebenfalls rational konstruiert ist zur „planmäßigen Erstrebung festgesetzter Zwecke“ (Partei, Gewerkschaft); der demagogische Führer wirkt in einer „Masse“, die sich zusammenfindet „auf Grund momentaner, durch wechselseitige ‚Ansteckung‘ verstärkter Erlebnisse“, kurz gesagt also auf der Basis des Affekts.[6] Colm sieht richtig, daß in dem Verhältnis von Organisation und Spontaneität ein zentrales Problem liegt; wir glauben jedoch nicht, daß es mit diesen Kategorien zutreffend untersucht werden kann. Trotz dieser Einschränkung (und ähnlicher, die hier nicht ausgeführt werden sollen) ist das Buch von Colm das Beste, was in den 50 Jahren seither über den Ruhraufstand geschrieben worden ist.
1924 erschien von *Hermann Schützinger* ein kleines Buch mit dem Titel „Bürgerkrieg“. Der Verfasser war höherer Polizeioffizier in der staatlichen preußischen Polizei. Sein Ziel ist es, die richtige Strategie und Taktik bei der Bekämpfung von Aufständen, sei es von links oder von rechts, zu entwickeln. Für Schützinger ist es selbstverständlich, daß nicht nur die Polizei, sondern auch das Militär im Innern zur „Erhaltung des Staates“, der „demokratischen Republik“ eingesetzt wird. Wichtig ist ihm die Frage, nach welchen Grundsätzen der Einsatz erfolgt, und seine Stellungnahme geht dahin, daß das nicht die Grundsätze des Militärs sein dürfen, die auf Vernichtung des Gegners zielen, sondern „die Polizei-Technik und -Taktik“. Bei Aufständen von links zum Beispiel, argumentiert Schützinger, ist es keine Kunst, militärisch gegen die rebellierenden Arbeiter vorzugehen; das Ergebnis wird sein, daß sie erst recht ins Lager der Kommunisten („kleine Clique von Narren und Desperados“) getrieben werden. „Viel höher steht uns jedoch das Ziel, den Brandherd eines rebellierenden Industriegebietes zu löschen durch die gefühlsmäßige und tatsächliche Trennung der staatstreuen Arbeiterschaft von den antirepublikanischen Kampfgruppen und die Bändigung dieser aktivistischen Reste durch Isolierung und möglichst unblutige Beugung unter Recht und Gesetz.“ Diese Ausführungen, die Verfeinerung der alten „Rädelsführer“-Theorie, sind sozu-

sagen die Anfänge der Polizeipsychologie in Deutschland. Dabei ist es interessant zu sehen, wie die eigentlichen politischen Fragen zu Fragen der psychologisch geschickten Behandlung der Massen werden. Am Beispiel des Arbeiteraufstands von 1920 an der Ruhr (nach Schützinger der bisher einzige Arbeiteraufstand in Deutschland, der bis zum höchsten Stadium kam, nämlich zur Bildung einer geschlossenen Front gegenüber Militär und Polizei): hier seien, so Schützinger, von der militärischen Führung „Fehler“ und „Dummheiten“ gemacht worden, z. B. als der Vormarsch ins Ruhrgebiet vor den vertraglich festgesetzten Terminen begonnen wurde, als Standgerichte eingesetzt wurden, oder auch als zu Beginn des Aufstandes Truppen unter der alten Flagge der Monarchie ins Aufstandsgebiet einmarschierten. Solche „Fehler“ und „Dummheiten“ sollen künftig durch „staatsbürgerliche“ Erziehung von Polizei und Militär vermieden werden.[7]

In gewisser Weise kann Schützinger als Sprachrohr seines obersten Vorgesetzten verstanden werden, eines führenden Sozialdemokraten, der 1919 von den beiden Regierungen des Reiches und des Landes Preußen als politischer Kommissar ins Ruhrgebiet entsandt wurde, und der dann selbst ab 1920 als preußischer Innenminister die von Schützinger formulierten Grundsätze in der staatlichen Polizei praktisch durchsetzte: *Carl Severing*. 1927 veröffentlichte Severing seine Erinnerungen an seine Tätigkeit im Ruhrgebiet unter dem Titel „1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel“. Als innenpolitischer „Wetterwinkel“ galt das Ruhrgebiet wegen seiner starken sozialen Gegensätze seit langem; Watter war der Name des seit Januar 1919 amtierenden Oberbefehlshabers der in Rheinland und Westfalen stehenden Truppen mit dem Sitz in Münster. Severings Buch gibt einen höchst instruktiven Einblick in die Politik und auch in das Selbstverständnis jener SPD-Spitzenpolitiker, die nach der Revolution von 1918 in führende staatliche Positionen aufstiegen. Severing verstand nach seinen eigenen Worten seine Aufgabe im Ruhrgebiet als „Rettung des Staatsgedankens vor der hereinbrechenden Anarchie“.[8] Im allgemeinen war er in den wesentlichen Fragen mit General Watter einig – die eine große Ausnahme in den ersten Tagen nach dem Militärputsch werden wir kennenlernen –, nur wünschte er die „Ungeschicklichkeiten“ und „politischen Taktlosigkeiten“, die „Übergriffe“ und „Disziplinlosigkeiten“ der Truppen zu vermeiden. Ein Rezensent des Severingschen Buches, der ehemalige Bergarbeiter, Gewerkschaftssekretär und Reichstagsab-

geordnete *Heinrich Teuber* in Bochum, gab folgende zutreffende Zusammenfassung: „Der alte Militär (Watter) hätte manchmal lieber ohne langes Verhandeln draufgehauen, fügte sich aber meistens der politischen Einsicht des Reichskommissars (Severing). Denn im Grunde waren sie einig: jeder Arbeiter, der sich gegen die Obrigkeit auflehnte, war ein Verbrecher. Nur machte Severing im Gegensatz zu Watter einen Unterschied zwischen den ‚Hetzern' und den ‚Verhetzten'. Wo es anging, trennte er beide, spielte er sie gegeneinander aus. Den Rest besorgte dann Watter mit seinen Truppen und den Kriegsgerichten."[9]
Severing zeigt sich in seinem Buch erstaunlich un- bzw. falsch informiert nicht nur über wichtige Vorgänge und Abläufe (z. B. über die Eroberung des westlichen Ruhrgebiets durch die bewaffneten Arbeiter), sondern auch über die Zusammenhänge und Triebkräfte der revolutionären Bewegung. Das veranlaßte *Adolf Meinberg* – ehemaliger Vorsitzender der KPD in Dortmund, 1922 aus der KPD ausgeschlossen[10] –, einen „Anti-Severing" zu schreiben, eine Artikelserie über die Revolutionszeit 1918 bis 1920 im Ruhrgebiet. Meinberg hatte Glück: das Essen-Dortmunder KPD-Blatt öffnete dem Ausgeschlossenen unter einer distanzierenden Vorbemerkung („Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zur Person Meinbergs bleibt durch diese Mitarbeit unberührt") seine Spalten.[11] – Meinberg benützt für seine Widerlegung Severings streckenweise das Buch von Colm. So ist er über die faktischen Abläufe ziemlich zuverlässig informiert. Seine eigentliche Leistung besteht in seiner Darstellung der Triebkräfte und der Organisation der revolutionären Bewegung, in seiner Analyse der gegnerischen Kräfte und in den politischen Schlüssen, die er zieht. So konnte nur ein Beteiligter schreiben, der das Geschehen mitgestaltete und beobachtete. – Was die Wirkung dieser Publikation angeht, so ist zu beachten: sie wurde als Artikelserie in einer Tageszeitung veröffentlicht. Meinbergs Darlegungen konnten also nur einen flüchtigen Eindruck hinterlassen.
Ein Buch, das drei Jahre später (1930) aus kommunistischer Feder erschien – *Erwin Brauer*, „Der Ruhraufstand von 1920" –, bleibt weit hinter Meinberg zurück. Es ist geschrieben auf Grundlage dessen, was die KPD in der Spätphase ihrer legalen Existenz unter „Militärpolitik" verstand: „Technik" des revolutionären Aufstands. Brauer konzentriert sich ganz auf die bewaffneten Kämpfe, und dabei verdreht er die spontanen Aktionen der Arbeiter zu großangelegten strategischen

Plänen. Ein Zitat zur Illustration: „Bis Dortmund verfolgten wir ... in der Strategie der bewaffneten Arbeiterarmee das Prinzip, durch Konzentration sämtlicher vorhandener Truppen auf einen Angriffspunkt den Sieg zu sichern. Nunmehr aber ... konnten verschiedene Aufgaben zu gleicher Zeit ... bewältigt werden ... Mit durchaus richtiger Überlegung und glänzender Einschätzung der politisch-militärischen Situation zerteilte sich nun die Rote Armee von Dortmund ab in drei verschiedene Teile.“ Voll Stolz schreibt Brauer weiter, die Rote Armee halte nach „Manövrierfähigkeit“ und „strategischem Geschick ... der schärfsten Kritik geübter bürgerlicher Generalstäbler“ stand.[12] Von da aus ist es nur konsequent, daß Brauer die Darstellung des Aufbaus der Roten Armee, die das Militär in Münster nach Niederschlagung des Aufstands an Hand von Spitzelberichten konstruiert hatte, einfach übernimmt.[13] Demgegenüber ist die politische – also entscheidende – Dimension des Geschehens bei Brauer nur noch verkümmert zu erkennen. Die drei Arbeiterparteien werden in der schematischen Weise klassifiziert, die in der kommunistischen Literatur üblich geworden war (die SPD offen und bewußt verräterisch, die USPD, vor allem deren Führung, faktisch ebenso verräterisch, dies jedoch hinter revolutionären Worten verbergend, die KPD die einzige revolutionäre Organisation). Erklärungen und Vereinbarungen mißt Brauer an einem abstrakten „revolutionären“ Maßstab, d. h. er versteht nicht, sie aus der jeweiligen Situation heraus zu würdigen.[14]

Soviel zur SPD- und KPD-Literatur. (Colm kann man in der Nähe der SPD ansetzen.)

Die Wirkung der bisher besprochenen Literatur wurde sozusagen vom Tisch gefegt durch ein mehrbändiges Werk, das zwischen 1928 und 1930 – zeitlich nach Severing und Meinberg und vor Brauer – erschien. In 4 Textbänden und einem Bildband schilderte *Hans Spethmann* die Geschichte des Ruhrbergbaus zwischen 1914 und 1925 (dem Jahr, in dem die französische Besatzung das Ruhrgebiet wieder verließ). Der Verfasser vermittelt die Aura von „Wissenschaftlichkeit“, die auf „objektiven“ Originalquellen beruht, und so haben die gutausgestatteten Bände in blauem Leinen den Weg in die Bibliotheken und Bücherschränke gefunden. Der zweite Band, der unser Thema, den Ruhraufstand, behandelt, fand besonderen Anklang, so daß Spethmann 1930 eine gekürzte „Volksausgabe“ herausgab („Die Rote Armee an Ruhr und Rhein“). Was seine Verbreitung und Wirkung betrifft,

muß man das Werk Spethmanns als die „klassische“ Darstellung der Nachkriegszeit des Ruhrgebiets bezeichnen.

Spethmann, 1885 in Lübeck geboren, war seit 1913 Privatdozent für Geographie und Wirtschaftskunde in Berlin, seit 1922 in Köln. Er hatte bereits eine ansehnliche Liste von Veröffentlichungen vorzuweisen, als er 1925 durch sein Buch „Die Großwirtschaft an der Ruhr“ den Bergbau-Verein in Essen, die Dachorganisation der Zechenunternehmer, auf sich aufmerksam machte. Der Bergbau-Verein gab bei Spethmann eine Darstellung des Ruhrbergbaus in Krieg und Nachkriegszeit in Auftrag und machte ihm dazu die Aktenbestände der einzelnen Zechenunternehmen zugänglich. Spethmann rühmt sich, er habe sich, überschlagsmäßig gerechnet, durch „eine Aktensäule von 24 m Höhe“ durchgearbeitet – das ist jedoch bei dem Zeitraum, den sein Werk umfaßt, durchaus keine imponierende Leistung. Außerdem zog Spethmann die Tagespresse und die stenographischen Berichte des Preußischen Landtags und des Reichstags heran, jedoch nach seinen eigenen Worten nur „zur Ergänzung“ und in der Regel mit dem Ergebnis, daß sie an Hand der Zechenakten „berichtigt“ werden mußten.[15] Ein Blick in Spethmanns Werk zeigt außerdem, daß er die Tagespresse und die Parlamentsprotokolle nur höchst kursorisch durchgesehen hat.

Es liegt auf der Hand, daß Spethmanns Werk parteiisch im Sinne der Zechenunternehmer werden mußte, auch wenn Spethmann selbst sich gegen diesen – offenbar von ihm vorausgesehenen – Vorwurf zu seinem Werk verwahrt. Zum einen dürfte die Wahl des Bergbau-Vereins nicht zufällig auf ihn gefallen sein – Spethmann schließt das Vorwort zu seinem Werk mit dem Satz: „Wer deutsche Geschichte kennt, weiß nur zu gut, daß gerade das deutsche Volk mit seinen vielen edlen, aber auch schwachen Seiten die Führung von Männern braucht und nicht die Herrschaft der Masse.“[16] Vor allem aber ist das Material, auf das er sich stützt, notwendigerweise höchst einseitig; es hält die Vorgänge so fest, wie die Zechendirektionen sie sahen oder – sehen wollten. Man kann dieses Urteil um so begründeter fällen, als Spethmann – offensichtlich unfähig, einen historischen Stoff selbständig zu durchdringen – sich damit begnügt, seine Quellen (also fast ausschließlich Akten der Zechen) wörtlich oder nur leicht umformuliert wiederzugeben, und sie nur noch in eine oberflächliche und grobschlächtige Ordnung bringt.

Entstehungsgeschichte, Inhalt und Wirkung des Spethmannschen

Werks werfen allgemeinere Fragen auf, die wir hier nur andeuten können. Eine kritische Wissenschaftsgeschichte des Ruhrgebiets – die bisher nicht existiert – würde zeigen, daß im Ruhrgebiet wie vielleicht in keiner anderen Region Deutschlands die Wissenschaft seit jeher vom Industriekapital gefördert oder mindestens inspiriert wurde und daher die Herrschaft des Kapitalismus ideologisch verdoppelte. In einer solchen Wissenschaftsgeschichte würde Spethmanns Werk einen zentralen Platz einnehmen.

Was speziell den Ruhraufstand betrifft, so geht Spethmanns Urteil dahin: Der Aufstand war von den Kommunisten von langer Hand geplant und vorbereitet, er wurde durch den Militärputsch nur ausgelöst, nicht verursacht. Nach dem Sieg der Roten Armee bildeten sich „bolschewistische Zustände" heraus, in denen alle nur denkbaren Gewalttaten bis hin zum offenen Mord verübt wurden. Spethmann fragt, wer das Ruhrgebiet und im weiteren Sinne „den Staat" vor dem drohenden Chaos gerettet habe, und gibt die Antwort: das Militär. Er streicht so kräftig wie möglich die Gegensätze zwischen Watter und Severing heraus und betont, daß Severing, „mehr Partei- als Staatsmann", nach links hin immer wieder schwächlich nachgab und Watter, der energisch zufassen wollte, in den Arm fiel. Schließlich, als alle Verhandlungsbemühungen Severings an der Unnachgiebigkeit und Hinterhältigkeit der „Roten" gescheitert seien, habe sich Watters Standpunkt als der richtige erwiesen, und so sei Watter zu Recht als „Retter des Ruhrgebiets" bezeichnet worden.[17]

Von Spethmanns Werk führt ein gerader Weg zur Geschichtsschreibung des Nationalsozialismus. Das zeigen nicht nur die Veröffentlichungen Spethmanns nach 1933,[18] das zeigt auch die Tatsache, daß nach 1933 zahllose Gedenkartikel in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Büchern erschienen sind, die nichts weiter tun, als Spethmanns Darstellung des Ruhraufstands abzuschreiben und auszuschmücken.[19]

Eine zweite Linie zum Nationalsozialismus – damit verlassen wir Spethmann – ist die Tradition des Militärs. Schon 1922 veröffentlichte *Major Schulz*, Führer einer in Mülheim entstandenen und dort meist auch stationierten Söldnertruppe, ein Erinnerungsbändchen, das die massiv faschistische Ideologie des Autors offenbart. Hier spricht sich eine derartige Gewalttätigkeit und Skrupellosigkeit aus,[20] daß allein dieses Bändchen, wären alle anderen Quellen vernichtet, eine Vorstellung gäbe von dem Druck, dem die Arbeiterschaft damals ausgesetzt

war. – 1929 folgte ein Aufsatz von *General Kabisch*, der während des Ruhraufstands die im westlichen Ruhrgebiet stehenden Truppen kommandierte. Kabisch schildert Vorgeschichte und Verlauf der Belagerung Wesels durch die Rote Armee und vergleicht sich – nicht gerade bescheiden – mit Gneisenau in Kolberg.[21] 1934 führte er in einer nationalsozialistischen Militärzeitschrift das Thema des ersten Aufsatzes breiter aus und schloß mit einem bemerkenswerten Nachwort, in dem es heißt:
„Damals kämpften wir, um Deutschland vor den Schrecken des Sowjetismus zu bewahren, ohne Begeisterung für die Regierung, die selbst marxistisch zersetzt war, in dem Gefühl, daß aus dem Kampfgeist des alten Heeres der Kriegsjahre der Wiederaufstieg Deutschlands heraus geboren werden müsse ... aber es fehlte noch viel, ja es fehlte noch alles zum Gedanken der Volksgemeinschaft ... Nur mit der Waffe konnten wir damals für Deutschlands Fortbestehen kämpfen, konnten wohl eindämmen, aber nicht heilen. Die Heilung von innen heraus zu bringen, dazu bedurfte es erst der Wiedergeburt ‚aus Geist und Feuer', wie sie uns Adolf Hitler schenkte."[22]
Das schrieb General Kabisch 1934, und wir werden sehen, daß er die historischen Linien durchaus richtig zog, daß er die Tradition der im Deutschland der Nachkriegszeit kämpfenden Truppen zu Recht für den Nationalsozialismus reklamierte. 1934, 1935 usw., das waren die Jahre, in denen die Militärs, ob Führer oder Mannschaftsmitglied, zur Feder griffen und in einer Sprache, die tief blicken läßt, noch einmal ihre Siege über die „Spartakisten", „Bolschewisten", die Plünderer, Zuhälter, Nichtstuer, Räuber und Mörder, die Verbrecher und Hochverräter – in Wirklichkeit also über die Arbeiter – feierten. Einer der wichtigsten Schreiber: der ehemalige Adjutant des Freikorps Lichtschlag, einer im ganzen Ruhrgebiet gefürchteten und gehaßten Söldnertruppe, *Leutnant Mahnken*, später Studienrat (man kann sich seinen Unterricht vorstellen).[23] In diesem Reigen mochte auch *General Watter* nicht fehlen; er schrieb einen Gedenkartikel, in dem er warme Worte für seine Truppen von 1919/20 fand und nebenbei Severings Buch „tendenziös selbstlobend" nannte.[24]
Unnötig, die Literatur der Nazizeit hier im einzelnen zu besprechen. Nur ein Werk müssen wir herausheben. Ab 1939 veröffentlichte die *„Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres"* im Auftrag des Oberkommandos des Heeres eine Buchreihe unter dem Titel „Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Frei-

korps". Der letzte (9.) Band dieser Reihe behandelte die Kämpfe im Ruhrgebiet 1918 bis 1920. Er erschien 1943, zu einem Zeitpunkt also, als es angezeigt war, den Ruhm der Großdeutschen Wehrmacht aus der Tradition aufzufrischen. Nach Art einer Kriegsgeschichte werden in diesem Buch die Leistungen der Truppen dargestellt, die das Ruhrgebiet und damit das Reich vor dem Untergang im Bolschewismus bewahrten. Den „roten Horden", den „roten Banden", oder auch kurz: dem „Gegner", dem „Feind" auf der anderen Seite, so meinen die Autoren, fehlten die Grundlagen zu einem dauerhaften Sieg. Wohl konnte er überraschende Anfangserfolge erzielen („Auch im Bürgerkrieg spielt es eine große Rolle, wem der erste Erfolg zufällt"), zumal er hinterhältig und prinzipiell wortbrüchig war und ihm im Kampfe auch das gemeinste Mittel recht war. Aber der Roten Armee fehlte vor allem „ein großer Führer, dem die Massen blindlings gefolgt wären", es fehlte die soldatische „Mannszucht", der bedingungslose Gehorsam gegenüber dem Führer und seinen Beauftragten. – Einen Widerspruch macht das Buch gerade noch sichtbar, um ihn sofort wieder zuzudecken. Es gibt zu, daß die Arbeiterbevölkerung die revolutionäre Bewegung trug und beschimpft sie – konsequent – als „die Menschenmassen, die hier (im Revier) hausten und zum größten Teil von der Hand in den Mund lebten". Dann aber besinnen sich die Autoren – handelt es sich doch immerhin um „Volksgenossen", umgab doch Adolf Hitler die Arbeit „mit dem ihr gebührenden Adel". So lautet das Schlußurteil des Buches: Die große Masse war verführt, war in die Hände von „falschen Propheten" geraten.[25]

Damit glauben wir die Antwort geben zu können auf die eingangs gestellte Frage: Wie ist es möglich, daß das heute verbreitete Bild vom Ruhraufstand 1920 die historische Wirklichkeit auf den Kopf stellt? Die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft, unter der das Geschichtsbild von Männern wie Spethmann durchgesetzt wurde, haben das Geschichtsbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse so gründlich zerstört, daß es vorerst fraglich ist, ob es je wiederbelebt werden kann.*

* Zwei nach 1945 zum Thema erschienene Broschüren sollen hier wenigstens erwähnt werden. Die Schrift von *Otto Hennicke:* „Die Rote Ruhrarmee" (erschienen 1956 im Verlag des DDR-Ministeriums für Nationale Verteidigung) ist die erweiterte Fassung einer bei Leo Stern in Halle angefertigten Examensarbeit. Neues Quellenmaterial hat sich H. nicht erschlossen. In Fragestellungen und Thesen ist die Arbeit steril. Sie wirft keine neuen Probleme auf;

Die Märzrevolution im Ruhrgebiet ist mehrfach auch in *Romanen* dargestellt worden. – Auf eigener Anschauung beruht *Hans Marchwitzas* „Sturm auf Essen", 1930 als Nummer 1 der „Roten 1-Mark-Romane" erschienen. Marchwitza, nach 1945 in der DDR gefeierter Arbeiterschriftsteller, war 1920 Bergarbeiter auf der Zeche „Friedrich Ernestine" in Stoppenberg bei Essen. Der Romanheld Franz Kreusat ist ein junger Bergarbeiter, der sich in den revolutionären Kämpfen politisiert – wobei er sich an den kommunistischen Parteiführern orientiert – und an den Kämpfen um Stoppenberg, Essen und Wesel teilnimmt. – Marchwitza schreibt im konventionellen Reportagestil, der auf „Spannung" bedacht ist. Die politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung werden in – sympathische oder unsympathische – Charaktermerkmale ihrer Vertreter umgesetzt. Die Aktionen der Arbeiter werden in militärischen Kategorien beschrieben. Das Verhältnis der Geschlechter erscheint patriarchalisch: der Mann voller Tatkraft, der „Beschützer"; die Frau schwach, ans Haus gebunden, ein ständiger Hemmschuh für die politische Tätigkeit des Mannes.
Nicht ganz so konventionell in den Darstellungsmitteln und mit größerer Fähigkeit zur politischen Differenzierung ist der Roman von *Karl Grünberg* „Brennende Ruhr" geschrieben, erstmals 1927 erschienen. Doch ist Grünberg, ein Berliner KPD-Schriftsteller, kein Augenzeuge. Nur so ist es wohl zu erklären, daß er zum Ort des Geschehens das

H.s orthodoxe Verherrlichung der KPD bestätigt nur vorgefaßte Klischees. Mit seiner Schlußthese, daß die Niederlage der Arbeiter durch den „Verrat" der rechten SPD- und USPD-Führer verursacht wurde (S. 93), macht H. sich die Sache bei weitem zu einfach. – Der ehemalige KPD-Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen, *Karl Schabrod*, veröffentlichte 1960 zur 40. Wiederkehr der Ereignisse die Broschüre „Generalstreik rettet Weimarer Republik" (erschienen im Carolus-Verlag, Düsseldorf). Sie ist ungleich konkreter als die Arbeit von Hennicke. Die wesentlichen politischen Fragen beantwortet Sch. im Sinne eines tendenziell reformistischen Demokratieverständnisses und der Einheitsfrontstrategie der westdeutschen Kommunisten. Nähere Präzisierungen gibt Sch. allerdings nicht, und zwar mit Absicht: „Die hinlänglich bekannte Rechtsunsicherheit auf politischem Gebiet in der Bundesrepublik wurde berücksichtigt", schreibt er im Vorwort (S. 3). Die Vorsicht ging übrigens nicht weit genug: der Verfassungsschutz nahm die Andeutungen Sch.s, daß sich eines Tages zur Abwehr der Notstandsgesetze ein Generalstreik wie 1920 als notwendig erweisen könnte, zum Anlaß, um die Broschüre nach Erscheinen zu beschlagnahmen (mündliche Auskunft von Herrn Schabrod an den Verfasser).

1920 vollkommen ruhige und uninteressante Sterkrade (im Roman „Swertrup“ genannt) wählte. Im Mittelpunkt steht der Werkstudent Ernst Sukrow, der in eine Unternehmertochter verliebt ist, die ihrerseits im faschistischen Rugardbund organisiert ist. Die Dienste für den Rugardbund, die sie von ihm verlangt – bis hin zum Mord an Arbeitern –, verweigert Sukrow jedoch. Er stellt sich bei Beginn der revolutionären Kämpfe auf die Seite des Arbeiter-Ausschusses, der seine Erfahrungen als Reserveoffizier so hoch einschätzt, daß er ihn zum Truppenführer der Swertruper Arbeiter ernennt. Nach dem Zusammenbruch der Front vor Wesel flieht Sukrow ins Bergische Land; später wird er wieder Betriebschemiker. – Wie bei Marchwitza fällt auch in diesem Roman das Auseinanderfallen von privatem und politischem Leben der Arbeiter auf.
Der Roman „Lava“ von *Hermann Hagener* (Berlin 1921) ist ein reaktionäres Machwerk und ohne jede Kenntnis der Zusammenhänge, ja selbst der Lokalitäten geschrieben. – Mehrere Auflagen hatte der Roman „Zelt 27 wird niedergerissen“ von *P. C. Ettighofer*, der erstmals 1933 erschien (späterer Titel: „Kameraden vom Zelt 27. Deutsches Schicksal an Ruhr und Rhein 1920–1924“, verlegt von Bertelsmann). Der Roman behandelt das Geschehen aus der Sicht der staatlichen Sicherheitspolizei. Zwar vielfach die Dinge verfälschend, ist er doch ein höchst aufschlußreiches Dokument für die Struktur und den Geist der Sicherheitspolizei, also für einen zentralen Gegner der Arbeiter in den Kämpfen von 1920.

Nach diesem Rückblick einige Worte zur vorliegenden Untersuchung. Sie möchte die Revolution und Konterrevolution von 1920 so anschaulich und genau wie möglich zeigen. Einige Fragestellungen, unter denen das – wie unvollkommen auch immer – geschehen soll, seien hier genannt:
1. Wie war es möglich, daß schon anderthalb Jahre nach der Revolution von 1918 ein Militärputsch die Demokratie vorübergehend beseitigen konnte? Was war das für eine Demokratie?
2. Der Militärputsch drohte die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit zu vernichten. Die Arbeiterbewegung war bis dahin politisch und organisatorisch vielfach gespalten. Welche Möglichkeiten der Bündnispolitik im Kampf gegen den Militarismus bestanden? Konnte

während der revolutionären Erhebung eine Kritik des Revisionismus geführt werden? Welche Schranken zogen die bestehenden Organisationen den Aktionen der Arbeiter, und welche Möglichkeiten hatten die Arbeiter, diese Schranken zu durchbrechen und zu neuen Organisationsformen zu kommen?
3. Wofür kämpften die Arbeiter? In welchem Verhältnis stand ihr Kampf gegen den Militarismus zu ihrem Kampf gegen den Kapitalismus? Wieweit wurde das politische Bewußtsein der Arbeiter im Verlauf der Aktionen verändert?
4. Als sich abzeichnete, daß die revolutionäre Bewegung nicht siegreich sein konnte – wie hätte sie mit dem Gegner verhandeln müssen, um die errungenen Positionen zu sichern?
5. Auf welche Mängel innerhalb der Aufstandsbewegung einerseits, auf welche objektiven Schwierigkeiten andererseits ist es zurückzuführen, daß die Revolution von 1920 nicht mit einem Siege endete und auch nicht mit einer teilweisen Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern mit einer katastrophalen Niederlage?

Anmerkungen zur Einführung

1 Drei Broschüren, die schon 1920 und 1921 erschienen sind, verfaßt von führend Beteiligten, gehören sozusagen noch zum Geschehen selbst und werden nicht hier, sondern am Schluß des zweiten Bandes analysiert: Achtzehn Tage Kommunisten-Terror in Dortmund, Düsseldorf 1920; Wilhelm Düwell: Der Kapp-Putsch und die Märzkämpfe im rhein[isch]-westf[älischen] Industriegebiet, Duisburg o. J. (1920); Josef Ernst: Kapptage im Industriegebiet, Hagen 1921. – Die genauen Angaben der im folgenden besprochenen Bücher und Aufsätze findet man im Literaturverzeichnis.
2 Zickler, passim, besonders die Zusammenfassung S. 27 f.
3 Mitteilung des Stadtarchivs Düsseldorf an den Vf. vom 27. 2. 1967; Gustav Mayer: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, Zürich/Wien 1949, S. 336; Mitteilung des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Redaktion) an den Vf. vom 21. 2. 1967.
4 Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Colm, Washington, an den Vf. vom 5. 4. 1967.
5 Max Weber: Politik als Beruf, München/Leipzig 1919.
6 Colm, S. 90–93.
7 Schützinger, passim; die zentralen Zitate S. 9, 39.

8 Severing, S. 203.
9 Sozialistische Politik und Wirtschaft, Berlin, 5. Jg., Nr. 18, 6. Mai 1927.
10 RE, zit. und mit einer Nachbemerkung versehen in VZD, 1923-02-22.
11 Der erste Artikel Meinbergs (mit der redaktionellen Vorbemerkung) erschien am 24. Mai 1927.
12 Brauer, S. 34.
13 Die vom Wehrkreiskommando Münster konstruierte Generalstabskarte findet sich z. B. in STAD: Reg. Düsseldorf, 15645; Karte und Teile der Erläuterungen nachgedruckt von Spethmann, S. 168 f. Denselben Aufbau der Lippe-Front gibt Brauer (S. 82 f.); vermutlich hat er ihn von Spethmann übernommen.
14 Siehe z. B. Brauer, S. 60, zu dem Abkommen, das am 15. März in Bochum zwischen Polizeipräsident und Arbeiterrat geschlossen wurde.
15 Spethmann, Bd. I, S. 8–12.
16 S. 13.
17 Spethmann, Bd. II, u. „Rote Armee", besonders die Kapitel „Der Kapp-Putsch und der Ruhrbergbau", „Der politische Kampf", „Die politischen Auswirkungen des Aufstandes".
18 Karthagos Untergang – auch unser Schicksal?, 2. Aufl., Berlin 1933 (1. Aufl. 1919); Die ewige Wandlung. Wege zu einem Weltbild, Berlin 1936; Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik, Bd. 3: Das Ruhrrevier der Gegenwart, Berlin 1938. Im Zweiten Weltkrieg ging Spethmann unter die „nationalen" Dramenschreiber: Armin. Ein nationales Drama in 5 Aufzügen, Münster 1942; Widukind, der Sachsenherzog. Ein Drama in 5 Aufzügen, Münster 1944. Ferner nach 1945: Jürgen Wullenweber: Ein Drama in 5 Aufzügen, Bordesholm 1947; Heimkehr. Ein Schauspiel in 4 Aufzügen, Lübeck 1947.
19 Siehe z. B. die Artikelfolge „Blutige Wochen im Ruhrgebiet" und die Aufsätze von Rodermund (Angaben im Literaturverzeichnis).
20 Schulz, Freikorps, passim.
21 Kabisch, Tage, besonders die Schlußbemerkungen S. 1417.
22 Kabisch, Kämpfe, S. 556 f.
23 Siehe das Literaturverzeichnis.
24 Watter, Die Bedeutung der Freikorps (1935).
25 Errettung, S. 117 f., 236, 245.

1. Kapitel

Die Niederlage der Novemberrevolution und die Errichtung der Militärdiktatur

Aus zwei Schulbüchern:

„Die deutsche Republik steuerte in den ersten Jahren nach der Revolution zwischen den Wogen von Aufständen von links und rechts hindurch ... Nachdem 1919 der Spartakusaufstand niedergeworfen war, folgte im März 1920 ein nationalistischer Putsch ...“

Grundzüge der Geschichte – Oberstufe – Ausgabe B – Band II, Verlag Moritz Diesterweg, 2. Auflage 1968, S. 148.

„Es bleibt die geschichtliche Leistung Eberts und der von ihm geführten (Mehrheits-)Sozialdemokraten, im Winter 1918/19 Deutschland vor dem Chaos der Revolution gerettet ... zu haben.“

Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen – Ausgabe B – Band II, Ernst Klett Verlag, 2. Auflage 1967, S. 215.

13. März 1920 – Militärputsch in Berlin, nur knapp anderthalb Jahre nach der siegreichen Revolte der Matrosen und Soldaten gegen die kaiserliche Kriegsmaschinerie. Das sind zwei gegensätzliche Ereignisse in einem sehr kurzen Zeitraum. Wir beginnen deshalb mit einer Analyse dieser anderthalb Jahre.

Dabei stellen wir zunächst in 4 Abschnitten die Geschichte der Revolution im Ruhrgebiet dar, die zu Ende ging mit einem Generalstreik der Bergarbeiter im April 1919. In einem 5. Abschnitt, der sich nach mehreren Sachbereichen gliedert, schildern wir das Vordringen der Konterrevolution vom Mai 1919 bis zum Vorabend des Militärputsches am 13. März 1920.[1]

1 Die Bergarbeitergewerkschaften und die Hamborner Streikbewegung (November 1918 bis Januar 1919)

Die Revolte der Matrosen und Soldaten vom November 1918 fand im Ruhrgebiet so gut wie keinen Widerstand. Das überrascht nicht, hatte doch die preußische Militärverwaltung aus Sorge vor roter Infizierung der Truppe nur eine einzige Garnison im Revier errichtet, in Mülheim, dem „rheinischen Potsdam". Und auch das hier liegende Reserveregiment schloß sich sofort der revolutionären Bewegung an; eine Gruppe von Soldaten hatte bereits seit Wochen Kontakt mit den Mülheimer Linksradikalen. Das ganze Revier war seit Monaten der Unterschlupf von Deserteuren, die nun das Auftauchen der revolutionären Matrosen und Soldaten als Ende ihres illegalen Daseins begrüßten. Ein letzter Versuch des Kommandierenden Generals in Münster, mit eilig aus der Westfront gezogenen Elitetruppen die Bewegung zu ersticken, zerschlug sich – es gab einfach keine „zuverlässigen" Truppen mehr.[2]

Das erste Ergebnis der siegreichen Soldatenbewegung war die Bildung von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten. Das waren Gremien, deren Zusammensetzung meist zwischen den Funktionären der Arbeiterorganisationen (Parteien und Gewerkschaften) ausgehandelt wurde. In der Regel erklärten sich die Räte zum obersten Hoheitsorgan auf lokaler Ebene, organisierten einen Sicherheitsdienst mit Polizeifunktionen aus den revolutionären Soldaten und kontrollierten die wichtigsten Zweige der Kommunalverwaltung.

Diese Vorgänge, die bei den üblichen Darstellungen der Novemberrevolution im Mittelpunkt stehen, entsprachen den Verhältnissen im übrigen Deutschland. Die besondere Entwicklung des Ruhrgebiets setzt da ein, wo die Arbeiterschaft in Bewegung kam und auf ihre ökonomische Situation aufmerksam machte. Der entscheidende Industriezweig war – bei der Wirtschaftsstruktur des Reviers selbstverständlich – der Kohlenbergbau.[3] Um die Bergarbeiter kümmerten sich vier Gewerkschaften (in Klammern die Mitgliederstärke von 1912 im ganzen Reich):

1. der „Verband der Bergarbeiter Deutschlands", meist der „Alte Verband" genannt, eine der „Freien", d. h. auf die SPD hin orientierten Gewerkschaften (114 000 Mitglieder);

2. der katholische, dem Zentrum nahestehende „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands“ (78 000 Mitglieder);
3. die „Polnische Berufsvereinigung, Abteilung für Bergarbeiter“ (51 000 Mitglieder);
4. der dem Liberalismus verbundene „Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter Hirsch-Duncker, Abteilung der Bergarbeiter“ (3000 Mitglieder).

Wir sehen hier bereits eine spezifische Schwierigkeit der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet: nicht nur war die Arbeiterklasse wie anderswo durch politische und konfessionelle Gegensätze – sozialdemokratisch, katholisch, liberal – zerrissen, sondern sie mußte auch noch mit der Spaltung in Nationalitäten fertig werden. Die Unternehmer an der Ruhr, voran die Bergbauunternehmer, hatten ihren gewaltigen Arbeitskräftebedarf nicht aus dem heimischen Raum decken können und hatten Arbeiter aus fast allen europäischen Ländern ins Revier geholt. Die bedeutendste Ausländergruppe, die Polen, brachten es bis zur Organisation einer eigenen Gewerkschaft.

Bis 1914 gab es vielfach Spannungen zwischen den Gewerkschaften. Der krasseste Konflikt ereignete sich 1912, als der katholische Verband sich bei dem Versuch der drei übrigen Gewerkschaften, einen Generalstreik der Bergarbeiter zustande zu bringen, querlegte und, als diese den Streik dennoch proklamierten, sich in aller Öffentlichkeit gegen die Streikenden stellte und sogar nach dem Einsatz von Militär rief. Seit Beginn des Weltkrieges jedoch ebneten sich die Differenzen der Organisationen zusehends ein. Das wurde möglich durch die Politik des „Alten Verbandes“. Dieser schwenkte nämlich zusammen mit den anderen Freien Gewerkschaften bei Beginn des Krieges auf die Politik des sog. „Burgfriedens“ ein. In einer Vorständekonferenz der Freien Gewerkschaften am 2. August 1914 wurde beschlossen, alle schwebenden Lohnkämpfe sofort einzustellen und vorläufig keine Streikunterstützung mehr zu zahlen. Da die drei anderen Gewerkschaften eine Politik des Stillhaltens angesichts des Kriegszustandes für selbstverständlich hielten, konnte sich die Zusammenarbeit der vier Organisationen immer mehr vertiefen.

Die Gewerkschaften hielten die Selbstverpflichtung, bei allen Forderungen die Grenze der Verhandlungen nicht zu überschreiten, peinlich genau ein. So hatten die Bergarbeiter, als sie ab 1916 zunächst mit Forderungen zur Verbesserung ihrer Ernährungslage, später auch mit

politischen Forderungen die Arbeit niederlegten, nicht nur Unternehmer und Militärbehörden, sondern auch die eigenen Gewerkschaften gegen sich, die alles daransetzten, um die „wilden" Streiks zu beenden. Das führte dazu, daß sich viele Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Organisation entfremdeten. In dieser Richtung wirkten weitere Momente, von denen wir nur die zwei wichtigsten noch nennen wollen. Erstens brachte die Reichsregierung Ende 1916 im Reichstag ein Gesetz ein, das alle Deutschen für die Kriegswirtschaft erfassen sollte. Obwohl der Gesetzentwurf in den Kommissionsverhandlungen nur unwesentlich gemildert werden konnte, obwohl der endgültige Text die Freizügigkeit der Arbeiter praktisch aufhob, akzeptierten die führenden Gewerkschaftsfunktionäre das Gesetz. Das zweite Moment betraf die große innerparteiliche Auseinandersetzung in der SPD um die Frage: „Vaterlandsverteidigung" oder weiterhin grundsätzliche Opposition zur Regierung? Hier nahm die Führungsspitze des „Alten Verbandes" eindeutig Partei für die Politik der rechten Mehrheit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, und zwar ohne auch nur den Versuch zu machen, im Laufe des sich hinziehenden Krieges eine Stellungnahme der Mitglieder herbeizuführen.
Die kaiserliche Staatsbürokratie honorierte seit Beginn des Krieges das Wohlwollen der Gewerkschaften, indem sie die Gewerkschaftsfunktionäre bei allen sozialpolitischen Fragen konsultierte und sie sogar mit untergeordneten Funktionen betraute. Der Essener Zechenverband, der Zusammenschluß der Zechenunternehmen des Reviers, brauchte zu solchen Schritten der Annäherung an die Gewerkschaften sehr viel länger. Seine alte Praxis: Einsatz aller Mittel gegen die gewerkschaftliche Organisation und Betätigung der Arbeiter, setzte er nur leicht gemildert bis weit in den Krieg hinein fort. Erst im Oktober 1918, als die militärische Niederlage des Reichs feststand und schon das Grollen der herannahenden Revolution zu vernehmen war, warf er das Steuer herum: Im Bemühen, sich aus der Verflechtung mit dem wilhelminischen System zu lösen, willigte der Zechenverband in einen Vorschlag der vier Gewerkschaften, die anstehenden beiderseitigen Fragen zu erörtern, ein. Diese erste offizielle Verhandlung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in der Geschichte des modernen Bergbaus in Deutschland brachte materiell nur ein winziges Lohnzugeständnis der Unternehmer, aber die Gewerkschaften erhielten, was sie jahrzehntelang vergeblich gefordert hatten: die ausdrückliche Anerkennung

als organisierte Vertretung der Arbeiter, heute würde man sagen: als „Sozialpartner".

In der Folge appellierten die Gewerkschaften immer wieder eindringlich an ihre Mitglieder, das Erreichte auf evolutionärem Wege weiterzuentwickeln und sich nicht an revolutionären Bestrebungen zu beteiligen. Die Revolution, die dann doch kam, vollzog sich also gegen den Willen der Gewerkschaften. Der katholische „Gewerkverein" brachte das auch immer wieder zum Ausdruck, während der „Alte Verband" äußerlich umschaltete: er begrüßte in einem Aufruf die Umwälzung und forderte seine Mitglieder auf, sich für den Neuaufbau zur Verfügung zu stellen. – Unbeschadet solcher Differenzen waren sich die Gewerkschaften darin einig, zu versuchen, das im Oktober Erreichte auszubauen, mit anderen Worten: die soziale Erschütterung, die die Revolution gebracht hatte, umzumünzen in weitere sozialpolitische Erfolge und sie so zu kanalisieren. In diesem Bemühen trafen die Gewerkschaften auf das Entgegenkommen der Unternehmer. So gingen die „Sozialpartner" des Ruhrkohlenbergbaus konform mit der Politik der „Arbeitsgemeinschaft", die am 15. November zentral in Berlin zwischen Borsig, dem Präsidenten der Unternehmerorganisationen, und Legien, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, vereinbart wurde.

In einem ersten Abkommen vom 14. November erreichten die Bergarbeitergewerkschaften vom Zechenverband u. a. die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. Bisher hatte die Arbeitszeit auf den Ruhrzechen unter Tage acht Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt betragen. Angesichts der Tatsache, daß inzwischen eine Revolution stattgefunden hatte, war eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 1/2 Stunde (für die Ein- und Ausfahrt) nicht gerade beträchtlich – ganz abgesehen davon, daß die Revolution bedeutendere Ziele, voran die Sozialisierung der Betriebe, auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Außerdem hatte die Berliner Revolutionsregierung bereits zwei Tage zuvor die generelle Einführung des Achtstundentages dekretiert; da die Bergarbeitergewerkschaften jetzt nicht mehr herausholten, verloren die Bergarbeiter den traditionellen Ausgleich für die Schwere ihrer Arbeit, die kürzere Arbeitszeit im Vergleich mit den übrigen Industriearbeitern. – In dem Abkommen wurde weiter vereinbart, daß künftig alle Streitpunkte nur noch durch Verhandlungen beigelegt werden sollten. Damit setzten die Gewerkschaften ihren im Kriege gelei-

steten prinzipiellen Streikverzicht fort. Der „Alte Verband" veröffentlichte das Abkommen mit einem Aufruf an seine Mitglieder, der in dringendstem Tone zur gewerkschaftlichen Disziplin mahnte und klarmachte, daß zentrale Tarifpolitik Tarifzwang für die Einzelbelegschaften beinhaltet.

Mit diesem ersten Abkommen nach der Revolution gerieten die Gewerkschaften bereits in Schwierigkeiten. Mehrere Zechendirektionen hatten nämlich die Forderung der Achtstundenschicht radikaler aufgefaßt, als die Gewerkschaften sie gemeint hatten: sie rechneten die 8 Stunden vom Beginn der Seilfahrt des ersten Bergmanns der Schicht bis zum Ende der Ausfahrt des letzten Bergmanns, also 8 Stunden pro Schichtbelegschaft; das ergab als Schichtzeit pro Bergmann durchschnittlich $7^1/_2$ Stunden. Die Gewerkschaften dagegen, die die Achtstundenschicht seit ihren Anfängen gefordert hatten, hatten sie immer als Zeit zwischen dem Beginn der Seilfahrt und dem Ende der Ausfahrt des einzelnen Bergmanns verstanden, d. h. jeder Bergmann sollte 8 Stunden unter Tage sein. Und nun geschah das Erstaunliche: anstatt die für die Arbeiter günstigere Auslegung sich zu eigen zu machen und sie generell durchzusetzen, versuchten die Gewerkschaftsfunktionäre, diejenigen Belegschaften, deren Schichtzeit bereits auf 8 Stunden pro Schichtbelegschaft festgesetzt war, im Sinne der alten Gewerkschaftsauslegung zu disziplinieren. Das gelang – bis auf eine Ausnahme: die Bergleute der Thyssen-Zechen in Hamborn verfuhren weiterhin nur 8 Stunden pro Schichtbelegschaft.

Mit dieser Entscheidung der Hamborner Bergleute gegen ihre Gewerkschaften begann die eigentliche Revolution im Ruhrgebiet von 1918/19. Es kann hier nicht dargelegt werden, warum gerade in Hamborn die selbständige Bewegung der Bergarbeiter begann. Hier muß der Hinweis genügen, daß August Thyssen in Hamborn eine Schachtanlage und ein Hüttenwerk errichtet hatte und dabei in amerikanischem Tempo in einer rein ländlichen Gegend eine Großstadt aus dem Boden gestampft hatte; nach drei Jahrzehnten verhältnismäßig normalen Wachstums von 1870 (2000 Einwohner) bis 1900 (28 000 Einwohner) schnellte die Einwohnerziffer bis 1912 auf über 100 000. Eine solche Entwicklung war selbst im Ruhrgebiet einmalig, das an solchen Rekorden nicht arm ist. Unter welchen Bedingungen die Arbeiter – auch hier zu einem hohen Prozentsatz Ausländer aus vielen Ländern – lebten, kann ebenfalls nur angedeutet werden: zieht man mit aller Vorsicht einen Ver-

gleich mit der Gegenwart, so war Hamborn nach Arbeitsbedingungen wie nach Wohn- und Lebensverhältnissen ein „Gastarbeiter“-Milieu riesigen Ausmaßes. Und in diesem Milieu war, wie sich jetzt zeigte, die gewerkschaftliche Organisation noch nicht so tief verankert, daß die Bergarbeiter – die übrigens von dem lokalen Arbeiter- und Soldatenrat unterstützt wurden – den Gewerkschaften zuliebe den einmal errungenen Vorteil wieder aufgegeben hätten.

Unternehmer wie Gewerkschaften erkannten, welche Gefahren bei diesem Ausscheren einer bedeutenden Belegschaft aus der zentralen Tarifpolitik drohten. Am 23. November gestand der Zechenverband den Gewerkschaften geringfügige Lohnerhöhungen zu, in der Hoffnung, daß es den Gewerkschaften mit diesem „Erfolg“ in der Hand gelingen möge, die Hamborner Bergarbeiter zu disziplinieren. Das erwies sich als Fehlschlag, und zwar einfach deshalb, weil die im Kriege aufs äußerste ausgebeuteten und ausgehungerten Bergarbeiter weit größere Zugeständnisse der Unternehmer für notwendig hielten, um wieder zu einigermaßen erträglichen Lebensverhältnissen zu kommen. Die Hamborner Bergleute formulierten ihre Forderungen – u. a. Lohnerhöhungen, eine einmalige Zahlung von 500–600 Mark pro Bergmann sowie von 100 Mark für jedes Kind unter 14 Jahren, und eine weitere Verkürzung der Schichtzeit auf 7 Stunden. Die Direktion lehnte die Forderungen zunächst ab, doch einige Tage später genügte es, daß die Belegschaft eine Massendemonstration vor der Wohnung des Generaldirektors androhte, um diesen zur Annahme der Lohnforderungen – mit einigen Abstrichen – zu bringen.

Auf die Nachricht von diesem Erfolg traten Zechenbelegschaften der näheren und weiteren Umgebung – von Duisburg bis Essen-Karnap – mit eigenen Forderungen hervor und unterstrichen sie durch Arbeitsniederlegungen. Sie erreichten zunächst nichts. Aber allein durch die Ausdehnung der Streikbewegung befanden sich die Unternehmer bereits in einer bedrohten Position, als ihre Vertreter am 13. Dezember in Essen erneut mit den Gewerkschaften verhandelten. Da sich die in der vorigen Konferenz vereinbarten Lohnerhöhungen als gänzlich unzureichend erwiesen hatten, gestanden die Zechenvertreter diesmal erheblich mehr zu: Erhöhung des Durchschnittslohns um 15% ab Beginn des neuen Jahres. Dafür präsentierten sie eine Gegenforderung: Zusage der Gewerkschaften, „die erforderliche Preiserhöhung für Kohlen, Koks und Briketts“ (diese Preise waren seit der Kriegszeit noch

staatlich festgesetzt) beim preußischen Handelsministerium „mit den Zechenbesitzern durchsetzen“ zu helfen. Die Gewerkschaften nahmen die Forderung an und zeigten damit, welchen Preis sie für die Durchsetzung der zentralen Tarifpolitik zu zahlen bereit waren: Garantie des Profits der Unternehmer, Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, zunächst unmittelbar bei der Kohle, dann aber auch bei anderen Gütern, da sich die Verteuerung der Kohle auf andere Industriezweige auswirken mußte. Dabei war noch nicht einmal gesagt, was die „erforderliche Preiserhöhung“ sein würde. Eine Woche später gab das Kohlensyndikat (das Produktions- und Verkaufssyndikat der Ruhrzechen) seine neuen Preise bekannt: sie waren rund 50% (!) höher als die alten. Bereits zum Jahresbeginn traten sie mit Genehmigung des Handelsministeriums in Kraft – ein klares Indiz dafür, wer trotz der politischen Umwälzung noch immer die Macht im Staat hatte.
Einen Tag nach der Essener Vereinbarung widerrief die Thyssen-Direktion in Hamborn die Zugeständnisse an ihre Belegschaft mit der Begründung, sie seien „erpreßt“ und „nur unter Protest“ gemacht worden, also „nach den geltenden Rechtsbegriffen null und nichtig“. Damit waren die Hamborner Bergleute auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen und erneut vor die Frage gestellt: Anschluß an die zentrale Gewerkschaftspolitik und damit Bescheidung mit deren unzureichenden Ergebnissen – oder ein neuer Versuch, aus eigener Kraft die elende Lage zu verbessern. Sie entschieden sich ausdrücklich für das zweite. Da sie bereits viele Tage vergeblich gestreikt hatten, trafen sie die Entscheidung in dem Bewußtsein, auf eine allmähliche Ausbreitung ihrer Bewegung durch beispielhaftes Vorangehen nicht mehr warten zu können, und griffen zu einer Aktionsform, die für die weitere Bewegung typisch wurde: sie zogen in großen Demonstrationszügen zu den Nachbarzechen, um deren Solidarisierung zu erreichen. Dieses Kampfmittel der direkten Aktion zusammen mit dem Gegensatz zur zentralen Gewerkschaftspolitik brachte die Hamborner Bergleute zum Syndikalismus, und so lag es in der Logik der Sache, daß sich allmählich die Mehrheit der Belegschaften der Thyssen-Zechen in der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ organisierte.
Während die Hamborner einen neuen Anlauf nahmen, erlosch der Streik zunächst in den Nachbarorten Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld. In Bottrop dagegen spitzte sich die Streiklage vorüberge-

hend zu, als der mehrheitlich sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat versuchte, den Streik mit Militär einzudämmen, das er vom Bezirks-Soldatenrat Recklinghausen erbeten hatte. Blutige Zusammenstöße konnten gerade noch von herbeieilenden Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats Essen verhindert werden. Zu spät kamen die Essener nach Gladbeck. Als hier ein Demonstrationszug streikender Bergarbeiter aus Bottrop erschien, um die „Möllerschächte" zum Anschluß an den Streik zu bringen, trat ihm der Arbeiter- und Soldatenrat Gladbeck mit seiner Sicherheitswehr und dem Recklinghausener Militär entgegen; als die Demonstranten sich nicht zur Umkehr bewegen ließen, wurden sie ohne Vorwarnung unter Feuer genommen; ein Demonstrant wurde getötet, sechs weitere verwundet. Das war einer der ersten blutigen Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Militär im Ruhrgebiet. Nach Abklingen der Erregung über den Zwischenfall erlosch der Streik in wenigen Tagen auch in Bottrop.
Inzwischen dehnten die Hamborner Bergleute ihre Demonstrationszüge zu Zechen in der Umgebung bis nach Sterkrade und Osterfeld aus und brachten immer mehr Belegschaften zum Anschluß an den Streik. Auf der Gegenseite erhob sich ein immer allgemeiner werdender Ruf nach Militär. Am 26. Dezember entsandte das Generalkommando in Münster, die für das Ruhrgebiet zuständige oberste militärische Stelle, zur Zeche „Osterfeld" in Osterfeld ein Freikorps unter Oberst Heuck – eine jener Freiwilligentruppen, die von einzelnen Offizieren aus den Resten des kaiserlichen Heeres aufgestellt wurden. Das war das erste Freikorps, das im Ruhrgebiet eingesetzt wurde. Die Direktion der Gutehoffnungshütte, der die Zeche „Osterfeld" gehörte, bat Oberst Heuck, den ebenfalls zu ihrem Konzern gehörigen Schacht „Königsberg" in Oberhausen zu besetzen, also näher an Hamborn heranzurücken. Als am 27. Dezember ein Demonstrationszug aus Hamborn, verstärkt durch die Belegschaft von „Concordia" in Oberhausen, vor der Schachtanlage eintraf, wurde er von den Maschinengewehren des Freikorps empfangen. Drei Tote und mehrere Schwerverletzte blieben im Feuer liegen. Daraufhin schickte die Hamborner Arbeiterwehr, die sich mit den Streikenden solidarisiert hatte, zwei Lkw mit Maschinengewehren nach Oberhausen; auf der anderen Seite erhielt das Freikorps Verstärkung von einer Essener Matrosenkompanie. Es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht, das auf beiden Seiten je zwei Todesopfer forderte.

Am 28. Dezember traf der Linkssozialdemokrat Ströbel, einer der beiden Vorsitzenden der preußischen Revolutionsregierung, aus Berlin im Revier ein, um die Streikbewegung durch Verhandlungen beizulegen. In einer großen Konferenz in Mülheim unter Ströbels Vorsitz gestand die Thyssen-Direktion ihren Belegschaften eine einmalige Zahlung von 100–200 Mark pro Bergmann sowie von 25 Mark für jedes Kind unter 14 Jahren zu, jedoch nicht – und auf diese Interpretation legte die Direktion Wert – als Teuerungszulage, die die Belegschaften gefordert hatten, sondern als teilweise Entschädigung für den durch den Streik entstandenen Lohnausfall. Voraussetzung der Zahlung sei jedoch, daß ab 1. Februar 1919 die Achtstundenschicht voll verfahren werde. Gegen diese Klausel erhob sich in Hamborn bei einer Minderheit der Bergleute Widerstand. Die Mehrheit nahm jedoch das Abkommen an und beschloß, den Streik zu beenden.
Die Interpretation, die die Thyssen-Direktion der einmaligen Zahlung gegeben hatte, erwies sich als wirkungslose Spitzfindigkeit: für die Bergleute in den Nachbarorten war allein entscheidend die Nachricht, wieviel ihre Kameraden in Hamborn ausgezahlt erhielten. So forderten drei Zechenbelegschaften der Gutehoffnungshütte unmittelbar nach dem Mülheimer Kompromiß außer einer Streikentschädigung die Hamborner Zahlungen. Mit den Hamborner Aktionsformen – Demonstrationszügen und Stillegungen von Nachbarzechen – brachten sie die Direktion zum Nachgeben: am 2. Januar 1919 gestand diese die Hamborner Sätze und eine Zusatzzahlung, abgestuft nach der Zahl der Streikschichten, zu. Dieser Erfolg der Oberhausener Bergleute war ein Dammbruch; bis zum nächsten Tag standen bereits sämtliche Schächte des Mülheimer Bergwerksvereins mit denselben Forderungen im Streik, und das griff um sich: eine Belegschaft zog die nächste in den Streik, und jede forderte die Hamborner Sätze.
Die Bewegung war völlig unkoordiniert und in ihrer Struktur partikularistisch. Bevor wir zeigen können, wie sie endete, müssen wir etwas anderes skizzieren: die Parteien der Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zueinander und zu den Arbeiter- und Soldatenräten, und die Entscheidungen über den Fortgang der Revolution in Berlin.

2 Die sozialistischen Parteien, die Arbeiter- und Soldatenräte und die politischen Entscheidungen in Berlin bis zum Januaraufstand 1919

Bekanntlich ging die sozialistische Arbeiterschaft parteipolitisch gespalten in die Revolution von 1918.

Die Sozialdemokratische Partei, bis dahin die einzige Arbeiterpartei, war 1917 über der fundamentalen Frage zerbrochen, welche Stellung sie zum Kriege und zur kriegführenden deutschen Regierung einnehmen solle. Der rechte Flügel, der für das Prinzip der Vaterlandsverteidigung eintrat und die Kriegskredite bewilligte, führte den alten Parteinamen SPD weiter; seine Mitglieder wurden, nach dem Stärkeverhältnis in der Reichstagsfraktion vor der Spaltung, vielfach „Mehrheitssozialisten“ genannt. Der linke Flügel gründete im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD, auch kurz USP), in der sich alle zusammenfanden, die eine Oppositionsstellung gegenüber der Regierung auch und gerade im Kriege für erforderlich hielten. Dahinter standen sehr unterschiedliche Motive, seien es pazifistische, seien es revolutionäre, und so war die USP in sich ziemlich uneinheitlich. Zum revolutionären Flügel der Partei zählte eine Sondergruppe, die sich bei ihrem Beitritt organisatorische und taktische Eigenständigkeit vorbehalten hatte: die Spartakusgruppe – genannt nach dem Titel ihrer illegal verbreiteten Flugblätter – unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Im Ruhrgebiet verlief die Parteispaltung überraschend günstig für die SPD. Organisatorisch waren die Ortsvereine in zwei Regionalverbänden zusammengefaßt, in den Parteibezirken „Niederrhein“ und „Westliches Westfalen“. Die Grenze zwischen beiden fiel zusammen mit der Provinzgrenze zwischen Rheinland und Westfalen. Der Bezirk Niederrhein war traditionell radikaler als der Bezirk Westliches Westfalen. Dementsprechend verlief 1917 die Parteispaltung: die Generalversammlungen der wichtigsten Ortsvereine im Bezirk Niederrhein erklärten sich in der Mehrheit für die USP, im Bezirk Westliches Westfalen für die SPD (Ausnahme: Hagen). Diese Stellungnahme der Mitglieder bedeutete allerdings nicht, daß die SPD den ganzen Parteibezirk Niederrhein verlor, da viele Funktionäre und einige Parteiblätter im Bezirk Niederrhein in der SPD blieben.

Die Parteiblätter waren ein wichtiges Kampfinstrument der damaligen Arbeiterbewegung. Sie erschienen täglich und enthielten eine Fülle lokaler und regionaler Nachrichten. Ihr Leserkreis reichte weit über die Parteimitglieder hinaus. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß in einer Zeit ohne Rundfunk und Fernsehen die Zeitungen überhaupt eine zentrale Rolle im politischen Leben spielten und die Hauptinformationsquelle waren.

Im Parteibezirk Niederrhein erschienen sechs Parteiblätter. Von ihnen blieben zwei – das Elberfelder und das Essener Blatt – entgegen der Stellungnahme der Mehrheit der Mitglieder in der Hand der SPD, teils weil der Parteivorstand der SPD sich in den Zeitungsunternehmen juristische Positionen gesichert hatte, teils weil die Redakteure mit dem opportunistischen Argument in der SPD blieben, sie wollten juristischen Pressionen des Parteivorstandes zuvorkommen. In Duisburg hatte der Parteivorstand der SPD schon 1916 seine finanzielle Beteiligung am dortigen Parteiblatt dazu benutzt, zwei Redakteure, die auf dem Boden des Spartakusbundes standen, aus ihrer Stellung zu entfernen und das Blatt auf Rechtskurs zu bringen. Die beiden Redakteure starteten daraufhin ein neues Organ, zunächst als Mitteilungsblatt, dann als wöchentlich erscheinendes linksradikales Organ für ganz Rheinland und Westfalen. Nach knapp einem Jahr mußte sich der politische Redakteur des Blattes dem Zugriff der Militärbehörden durch Flucht entziehen und gab von da an das Blatt in Amsterdam heraus. Die drei übrigen niederrheinischen Parteiblätter – sie erschienen in Düsseldorf, Solingen und Remscheid – gingen entsprechend dem Willen der Mitglieder zur USP über. In Düsseldorf startete die SPD im Februar 1918 ein Wochenblatt, und etwas später gelang es ihr, durch juristische Verfahren das alte Parteiblatt der USP wieder zu entreißen.

Da die drei im Bezirk Westliches Westfalen erscheinenden Parteiblätter 1917 in der Hand der SPD blieben, lagen die Dinge bei Beginn der Revolution 1918 im Ruhrgebiet so: Von ursprünglich neun Blättern hatte sich die SPD sieben sichern können, in Düsseldorf hatte sie außerdem ein neues Wochenblatt gegründet; nur zwei Blätter vertraten die Linie der USP, und sie erschienen obendrein in Solingen und Remscheid, also außerhalb des eigentlichen Ruhrgebiets; das einzige Spartakusorgan, eine Neugründung, hatte sich in Duisburg nicht halten können und erschien in Amsterdam, konnte also nur illegal und unter großen Schwierigkeiten verbreitet werden.

Etwas anders lag die Sache bei den Parteifunktionären. In Düsseldorf, Solingen, Remscheid, teilweise in Elberfeld und Hagen gingen sie zur USP. Überall sonst, also im ganzen eigentlichen Ruhrgebiet, mußte die USP einen Parteiapparat neu aufbauen. Sie entwickelte dabei kein neues Organisationskonzept, sondern kopierte den alten Aufbau der SPD: Ortsvereine – deren Zusammenschlüsse zu Kreisvereinen (in den Grenzen der Reichstagswahlkreise) – diese wiederum zusammengefaßt zu Bezirken, und zwar die letzteren ebenfalls wie bei der SPD getrennt nach Rheinland und Westfalen. Bestimmend waren also nicht wirtschaftsgeographische Gesichtspunkte, sondern die alte Struktur der Reichstagswahlkreise und Provinzen, nicht Erfordernisse der Betriebsarbeit, sondern des Parlamentarismus. – Im Bezirk Niederrhein konnten von Düsseldorf, Solingen und Remscheid aus ziemlich rasch die ersten organisatorischen Fäden in den rheinischen Teil des Ruhrgebiets gezogen werden. Die USP-Organisation in Westfalen war dagegen zunächst relativ schwach. Erst nach der Revolution wuchs sie so weit an, daß sie in je einen Bezirk für das westliche und für das östliche Westfalen unterteilt werden konnte. Das war wiederum eine genaue Parallele zum Aufbau der SPD – mit dem einen Unterschied, daß die Bezirksleitung für das westliche Westfalen bei der SPD in Dortmund, bei der USP in Hagen saß. Diese Abweichung war dadurch begründet, daß Dortmund eine Hochburg der SPD war und blieb, während sich in Hagen die USP rasch zur führenden Partei entwickelte. Insgesamt blieb der Aufbau der USP-Organisation während des Krieges im eigentlichen Ruhrgebiet bruchstückhaft.
In einigen Elementen ihrer Organisation wich die USP bewußt von der SPD ab, und zwar auf Grund von Erfahrungen, die man bei der Spaltung der alten Partei gemacht hatte. Die beiden wichtigsten Abweichungen: Erstens bestimmte die USP-Satzung, daß die zentralen politischen Fragen innerhalb der Partei durch Urabstimmung der Mitglieder entschieden werden sollten (diesen Punkt setzten die Spartakus-Vertreter bei Gründung der Partei durch); zweitens führte die USP ihre Parteiblätter grundsätzlich in der Form der Genossenschaft, um sicherzustellen, daß die politische Richtung der Blätter durch die Mitglieder, nicht durch den Parteivorstand bestimmt wurde.
Der Spartakusbund gliederte sich im Ruhrgebiet im Gegensatz zum Konzept seiner Berliner Führer nicht der USP ein, sondern blieb weitgehend selbständig. Zahlenmäßig blieb er unbedeutend; im wesent-

lichen bestand er aus mehr informellen Gruppen in wenigen Zentren: Düsseldorf, Duisburg und Essen.[4]
Bei Beginn der Revolution war so die SPD die unstreitig stärkste linke Partei im Ruhrgebiet. Und die zurückkehrenden Soldaten verstärkten ihre Stellung noch. Die innerparteiliche Auseinandersetzung vor der Parteispaltung war ja nur von jener Minderheit von Parteimitgliedern geführt worden, die nicht eingezogen waren; die im Felde stehenden Soldaten waren über die Differenzen nur unzureichend informiert, vermuteten als Grund der Spaltung in der Regel mehr persönlich motivierten Parteikrach und strömten nach der Entlassung überwiegend in die SPD, in der sie die „alte“ Partei sahen.
Nach der Revolution waren SPD, USP und Spartakusbund die entscheidenden Faktoren in den Arbeiter- und Soldatenräten. Wir sagten bereits, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den Tagen des Umsturzes gebildet wurden, und zwar in der Regel durch Absprachen der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien erlangte die SPD in fast allen Städten die Mehrheit in den Räten. Die USP war führend nur in den wenigen radikalen Zentren, die uns schon mehrmals aufgefallen sind: Düsseldorf, Solingen, Remscheid, Hagen; in Elberfeld und Barmen teilten sich beide Parteien die Sitze paritätisch. Spartakus-Vertreter gelangten nur vereinzelt in die Räte.
Die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte muß man begreifen auf dem Hintergrund der alten sozialdemokratischen Trennung von Partei (Politik) und Gewerkschaften (Wirtschaft und Betriebe). Die Arbeiter- und Soldatenräte verstanden sich als „politische“ Räte, befaßten sich also wenig oder gar nicht mit den Verhältnissen in den Betrieben, die sie als Sache der Gewerkschaften betrachteten, und zwar um so ausgeprägter, je stärker die SPD die Mehrheit in den Räten hatte. Eine auffällige Ausnahme machte der Arbeiter- und Soldatenrat in Mülheim, Hochburg der Syndikalisten im Ruhrgebiet. Hier zogen denn auch die SPD-Vertreter bereits Mitte Dezember aus dem Rat aus, als sie die herkömmlichen „Zuständigkeiten“ der Gewerkschaften nicht durchsetzen, also die Aktivitäten des Rates nicht reduzieren konnten.
Zu der großen Hamborner Streikbewegung konnten die Arbeiter- und Soldatenräte nur ein negatives Verhältnis haben. Die Räte waren schon von ihrer Entstehung (durch Funktionärsabsprachen) her nicht die Vertretung der Zechenbelegschaften; bei ihrer Abstinenz von „gewerk-

schaftlichen“ Fragen erfuhren sie die Bewegung unmittelbar nur als Problem für ihre Polizeihoheit; nach ihrer politischen Zusammensetzung schließlich mußten die Räte – zumindest die Sozialdemokraten, aber auch die gemäßigten Unabhängigen – die Bewegung inhaltlich mißbilligen. Um die Jahreswende traten unter dem Druck der Streikbewegung die SPD-Vertreter im Hamborner Rat zurück; in Oberhausen wurde der Rat von demonstrierenden Bergarbeitern abgesetzt. Die neuen Arbeiterräte, die in diesen beiden Städten an die Stelle der alten traten, waren rein linksradikal. Das waren die ersten Räte im Ruhrgebiet, die unmittelbar aus einer Massenbewegung hervorgingen.
Worin bestand nun die Tätigkeit der „politischen“ Arbeiter- und Soldatenräte positiv? Einerseits waren die Räte in den einzelnen Stadt- und Landkreisen das höchste politische Gremium und entfalteten einige kommunalpolitische Initiativen. Andererseits debattierten sie über die grundlegenden Fragen beim Aufbau des neuen Staatswesens und entschieden diese schließlich auch. Dabei verstanden sich die Mitglieder der Räte als Vertreter ihrer Parteien. Um zu verstehen, welche Konsequenzen das hatte, müssen wir die Verhältnisse in Berlin betrachten.[5]
Am 9./10. November kam in Berlin eine Koalition zwischen SPD und USP zustande. Ihre Grundlage bildete eine Reihe von Forderungen der USP, die die SPD unter dem Druck einer radikalen Bewegung von links widerwillig geschluckt hatte: Bildung einer rein sozialdemokratischen Revolutionsregierung, also unter Ausschluß von Bürgerlichen; „die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind“; Aufschub der Frage, ob eine verfassunggebende Nationalversammlung einberufen werden solle, bis zu „einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände“. In die Revolutionsregierung entsandten beide Parteien je drei Vertreter.
Der unstreitig stärkere Koalitionspartner war die SPD. Nicht nur sicherten sich ihre Vertreter die entscheidenden Ressorts (Inneres, Militär, Finanzen, Presse- und Nachrichtenwesen), sondern sie arbeiteten auch, gestützt auf einen Stab von Mitarbeitern aus ihrer Partei, weit effektiver. Über eine solche Unterstützung konnten die USP-Vertreter schon deshalb nicht verfügen, weil der in Berlin besonders starke linke Flügel der USP die Koalition mit der SPD ablehnte und sie möglichst schnell wieder beenden wollte.

Überdies wurde die Position der USP-Vertreter in der Regierung dadurch geschwächt, daß ihre Koalitionsbedingungen sich bald als wirkungslos erwiesen. Einmal war eine Regierung ohne Bürgerliche noch lange nicht gleichbedeutend mit sozialistischer Politik. Die Verwaltungsbürokratie der Monarchie war durch die Revolution überhaupt nicht berührt worden. Sie wurde von der Regierung unverändert übernommen; lediglich die Spitzen der Ministerien erhielten je einen Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien als Beigeordnete. Der alte Militärapparat war zwar durch die Revolution weitgehend zerschlagen, mit Soldatenräten durchsetzt und für konterrevolutionäre Bestrebungen vorerst unbrauchbar. Aber die SPD-Vertreter in der Regierung, an erster Stelle Ebert, hielten ein Regieren ohne das alte Offizierskorps für unmöglich, empfanden die Soldatenräte immer stärker als Belastung und versuchten, sie möglichst rasch abzubauen und den alten Apparat wiederaufzubauen.

Zum zweiten ließ sich eine Entscheidung über die Frage der verfassunggebenden Nationalversammlung schon nach kurzer Zeit nicht mehr verschieben. Dafür war die Frage, welche Regierungsform das nachrevolutionäre Deutschland haben sollte, zu wichtig. Bald war die Frage: Nationalversammlung oder Rätesystem? das am heißesten umstrittene innenpolitische Thema. Die SPD-Führung – darin einig mit dem gesamten Bürgertum – empfand die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, das Ergebnis der Revolution, als Herrschaft einer Klasse, also als „undemokratisch“ und illegitim; um diesen Zustand zu beenden, steuerte sie die möglichst schnelle Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung (Konstituante) nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht an. – Die USP war in sich völlig uneins. Der rechte Flügel war für die Wahl einer Konstituante. Anders als die SPD-Führung wollte er jedoch den Wahltermin möglichst weit hinausschieben, vor allem, um bis dahin noch grundlegende Sozialisierungsmaßnahmen einzuleiten; ferner sollte die Wahl nicht, wie in der Auffassung der SPD-Führung, das Ende der Arbeiter- und Soldatenräte sein, sondern diese sollten auch danach noch weiterbestehen und an der Demokratisierung von Staat und Wirtschaft teilnehmen. Das lief auf eine Kombination von Parlamentarismus und Rätesystem hinaus. Der linke Flügel der USP dagegen erklärte sich gegen die Einberufung einer Konstituante überhaupt und vertrat das Konzept, daß die Arbeiter- und Soldatenräte zeitlich unbegrenzt weiter die politische Macht in

Händen behalten müßten und die Aufgabe hätten, die sozialistische Gesellschaftsordnung durchzusetzen.
Nur ihre dritte Koalitionsbedingung konnten die USP-Vertreter verwirklichen: die baldige Einberufung eines Kongresses aller Arbeiter- und Soldatenräte auf Reichsebene. Der Kongreß tagte vom 16. bis 20. Dezember in Berlin. Unter den Delegierten standen sich die Anhänger der SPD und der USP (einschließlich der wenigen Spartakusanhänger) im Verhältnis von 7:2 gegenüber. So wurde ein SPD-Antrag, am 19. Januar 1919 – also bereits in Monatsfrist – eine Konstituante wählen zu lassen, mit großer Mehrheit angenommen. Damit gaben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Exekutivgewalt selbst aus der Hand und machten den Weg frei zum bürgerlichen Parlamentarismus – ein Sieg der SPD-Führung.
Daneben gab es auf dem Kongreß einen Sieg des linken USP-Flügels über den rechten. Der Kongreß wählte einen Zentralrat für das ganze Reich, einerseits als Spitze aller Arbeiter- und Soldatenräte, andererseits als Kontrollorgan der Revolutionsregierung. Die Befugnisse, die dem Zentralrat gegenüber der Regierung gegeben wurden, gingen den Linksunabhängigen jedoch nicht weit genug; sie setzten in der USP-Fraktion Nichtbeteiligung am Zentralrat durch, der daraufhin allein von der SPD besetzt wurde. Damit war die Position der USP-Vertreter in der Regierung weiter geschwächt, und darauf hatten die Linksunabhängigen auch gezielt: mit dem Boykott des Zentralrats forderten sie indirekt dazu auf, die Koalition mit der SPD aufzukündigen.
Da auch die SPD-Führer schon längst nicht mehr an einem Bündnis mit den Unabhängigen interessiert waren, ließ der Bruch der Koalition nicht mehr lange auf sich warten. Am 24. Dezember setzten die SPD-Führer eine Truppeneinheit unter einem konterrevolutionären General gegen eine revolutionäre Matrosentruppe ein. Daraufhin brachten die USP-Regierungsmitglieder in einer Sitzung mit dem (sozialdemokratischen) Zentralrat die ständige Tendenz ihrer SPD-Kollegen zur Sprache, sich auf Militär und Bürokratie des alten Regimes zu stützen, und forderten Sicherstellung und Unterstützung eines sozialistischen Regierungskurses. Die Stellungnahme, die der Zentralrat dazu formulierte, genügte den Unabhängigen nicht, und sie traten aus der Regierung aus.
Das hatte Konsequenzen nach beiden Seiten. Bei der Regierung, die sich durch zwei SPD-Genossen wieder auffüllte, setzte sich jetzt end-

gültig die SPD-Linie durch, die darin bestand, bis zur Wahl der Nationalversammlung keine grundlegenden gesellschaftspolitischen Maßnahmen einzuleiten, sondern nur noch die laufenden Geschäfte zu führen. Einer der beiden neuen Männer in der Regierung war *Gustav Noske.* Er wurde an der Seite Eberts das Rückgrat der Regierung in den kritischen Situationen, die der Kurs der SPD-Führung bald heraufbeschwor.

Die USP auf der anderen Seite konsolidierte sich in der Opposition. Der Spartakusbund, der sich zum Jahresende von der USP trennte und die KPD (die dritte Arbeiterpartei neben SPD und USP) gründete, konnte daher keine nennenswerten Teile des linken USP-Flügels an sich ziehen.

Der wichtigste unmittelbar wirksame Beschluß der jungen KPD war, sich nicht an der Wahl zur Nationalversammlung zu beteiligen. Das wurde außerhalb der Partei allgemein als Sanktionierung einer „Putschtaktik" verstanden, die schon seit der Revolution den Spartakusanhängern zugeschrieben wurde, und auch ein Teil der Parteianhänger selbst verstand den Beschluß in diesem Sinne. Allgemein wuchs das Mißtrauen zwischen Regierung und Linksradikalen.

Am 5. Januar machten die Linksradikalen im Anschluß an eine Riesendemonstration für den von der Regierung abgesetzten unabhängigen Polizeipräsidenten von Berlin einen halbherzigen Versuch, die Regierung zu stürzen. Getragen wurde das Unternehmen von den revolutionären Obleuten, einem in der Kriegszeit gebildeten Kreis revolutionärer Gewerkschaftler der Berliner Metallindustrie – parteipolitisch Linksunabhängige und Anhänger des reinen Rätesystems –, und von Liebknecht und Pieck von der KPD-Zentrale. Der Mißerfolg des Unternehmens stand in kürzester Zeit fest. Doch Noske sah die Gelegenheit, die linksradikale Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Er stellte in Potsdam Freiwilligenformationen zusammen – Offiziere der kaiserlichen Armee, die eine Chance für die Rückkehr der alten Zeit witterten; Soldaten, die im schwer angeschlagenen Wirtschaftsleben keine Stelle mehr fanden; ausgesprochene Landsknechtsnaturen; Verbindungsstudenten usw. Alle Vermittlungsversuche scheiterten an der starren Haltung der SPD-Regierung. Nach knapp einer Woche marschierte Noske mit seinen Freiwilligen in Berlin ein. Sein Sieg war keinen Moment zweifelhaft. Das Ergebnis war ein Regiment der Brutalität, der Rechtlosigkeit und des Mordes. Die beiden berühmtesten deutschen Re-

volutionäre, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bezahlten Noskes Sieg in Berlin mit dem Leben.*

Der halbherzige Aufstandsversuch von links und seine brutale Niederschlagung bedeuteten das endgültige Auseinanderbrechen des rechten und des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Mit dem Sieg der SPD-Führung war die Revolution, zwei Monate nach der Matrosenrevolte und dem Beginn verheißungsvoller Neuansätze, ins Mark getroffen.

3 Die Essener Sozialisierungsbewegung und ihr Ende (Januar/Februar 1919)

Die Nachrichten vom Januaraufstand in Berlin lösten im Ruhrgebiet bei den Anhängern der KPD eine Welle von Aktionen – in der Regel Zeitungsbesetzungen – aus. Die Kräfte der Kommunisten erwiesen sich jedoch überall als zu schwach, um wirkliche Machtpositionen zu erobern oder gar zu konsolidieren. Eine Ausnahme machten die Kommunisten in Düsseldorf. Ihnen gelang es, gestützt auf wesentliche Teile der örtlichen Arbeiterwehr, aus dem Arbeiterrat heraus ein kleineres Gremium mit kommunistischer Mehrheit zu bilden, das sich als oberstes Legislativ- und Exekutivorgan der Stadt verstand und sich deshalb „Vollzugsrat“ nannte. Im Unterschied dazu beanspruchten die Arbeiterräte im Normalfall nur die Polizeihoheit und begnügten sich im übrigen mit der Kontrolle der wichtigsten Zweige der Stadtverwaltung und der Gegenzeichnung der wichtigsten Verordnungen. – In anderen Großstädten verebbten die kommunistischen Aktionen nach wenigen Tagen.

Bedeutung erlangten diese Aktionen dadurch, daß sie zeitlich mit der Streikbewegung der Bergarbeiter zusammentrafen und vereinzelt auch konkret zusammenflossen. Die allgemeine Spannung stieg ungemein an, und die Streikbewegung erreichte ein bisher nicht dagewesenes Ausmaß: am 10. Januar streikten über 11 %, am 11. Januar knapp 16 % der Bergleute aller Ruhrzechen. Schon mußte der Gasverbrauch in Essen

* Wir werden den „weißen Terror“ – in größerem Maßstab – im Ruhrgebiet noch in seinen Auswirkungen kennenlernen und dabei nach seinen Grundlagen und Triebkräften fragen (im 2. Band).

und Duisburg drastisch eingeschränkt werden, und es war abzusehen, daß die Gasversorgung bald ganz zusammenbrechen würde.
In dieser Lage kam der Arbeiter- und Soldatenrat von Essen, in dem die drei Arbeiterparteien paritätisch zusammenarbeiteten, zu der Ansicht, daß nur eine vorwärtsweisende gesellschaftspolitische Initiative helfen konnte.[6] Er beschloß, den Bergbaulichen Verein (die Dachorganisation der Zechenunternehmer) und das Kohlensyndikat (das Produktions- und Verkaufssyndikat der Zechen) in Essen mit Kontrollkommissionen zu besetzen und damit die Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus einzuleiten. Eine nach Essen einberufene Konferenz von Delegierten der Ruhrzechen bestätigte die Maßnahme. Es gelang den Essenern, die drei Arbeiterparteien und die Gewerkschaften auf der Linie ihres Konzepts zu einigen und mit der Parole „Rätesystem ist besser als Streik“ die Streikbewegung in kurzer Zeit zu beenden.
Im wesentlichen sah das Konzept folgendes vor. Die Delegiertenkonferenz wählte eine „Neunerkommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“, wie der vollständige Titel lautete. In diese Kommission delegierten die drei Arbeiterparteien je drei Vertreter. Die Kommission sollte zunächst die Bildung eines Rätesystems von unten nach oben organisieren, bestehend aus Räten für Steigerreviere, Zechen, Bergreviere und einem Zentralzechenrat für das ganze Ruhrgebiet. Die Räte sollten im wesentlichen Kontrollfunktionen haben, mit weitgehenden Rechten zur Einblicknahme in die Betriebsführung und mit Mitspracherechten bei Fragen der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsverhältnisses. Der Aufbau des Rätesystems war gedacht als erster Schritt zur Vorbereitung der Sozialisierung. Den nächsten Schritt sollte die Regierung tun, indem sie die Räte anerkannte.
Das Konzept verdiente durchaus nicht das Vertrauen, das die Bergarbeiter ihm entgegenbrachten. Zunächst bedeutete es einen Rückschritt hinter die Erkenntnisse, die die von Hamborn ausgehende Streikbewegung gebracht hatte. Die drei SPD-Vertreter in der „Neunerkommission“ waren führende Funktionäre des „Alten Verbandes“. Während der Streikbewegung war für jeden, der die Dinge beobachtet hatte, klar geworden, daß die Gewerkschaftsfunktionäre jede fundamentale Umgestaltung der Gesellschaftsordnung ablehnten. Ihre Mitarbeit in einer Sozialisierungskommission konnte also (im besten Falle) nur Illusionen hervorrufen. – Auch in der Durchführung war das Essener

Konzept ein Rückschritt. Die Räte sollten nämlich möglichst ordnungsmäßig nach Belegschaftslisten gewählt werden. Daß man sich die Wahl von Räten zur Vorbereitung der Sozialisierung nicht anders als so vorstellen konnte, zeigte, wie stark man im parlamentarischen Bürokratismus befangen war. Die Quittung gaben die Zechenunternehmer, indem sie – kapitalistisch klassenbewußt – vielfach die Herausgabe der Belegschaftslisten verweigerten.

Vor allem aber basierte das Essener Konzept auf einer Illusion im Hinblick auf die Reichsregierung. Die Sozialisierungsbewegung wurde gestartet in einem Moment, in dem die SPD-Regierung unmißverständlich zu erkennen gab, daß sie den Weg zum bürgerlichen Parlamentarismus mit allen Mitteln, auch dem des Einsatzes von reaktionärem Militär im Innern, zu erkämpfen entschlossen war. Das Konzept einer Sozialisierung in Gestalt eines von unten nach oben aufgebauten Rätesystems war damit unvereinbar – eine Tatsache, die von den Trägern der Sozialisierungsbewegung nicht mit genügender Schärfe reflektiert wurde.

Die Regierung war zwar recht zufrieden damit, daß die Neunerkommission die Bergarbeiter beruhigt und zur Wiederaufnahme der Arbeit gebracht hatte, aber den Preis dieser Beruhigung, die Anerkennung der Räte, zahlte sie nicht. Statt dessen ergriff sie Maßnahmen, die das Sozialisierungskonzept durchkreuzen oder verwässern sollten und den Zechenunternehmern in ihrem Widerstand gegen die Räte den Rücken stärkten. Die Bergarbeiter wurden allmählich unruhig. Mitte Februar bereinigte die Regierung endlich die ungeklärte Lage auf eine Weise, wie sie nun üblich wurde: mit der Entsendung von Militär.

Ende Januar hatte Noske einen neuen Mann auf den Posten des Kommandierenden Generals in Münster gesetzt, Generalleutnant *Oskar Freiherr v. Watter*. v. Watter war Württemberger, doch in seiner reaktionären Grundhaltung unterschied er sich kaum von seinen preußischen Kollegen, und am Geburtstag von Wilhelm II. schickte er ein Telegramm ins holländische Exil.[7] Noske täuschte sich nicht, wenn seine Wahl deshalb auf Watter fiel, weil er einen „starken Mann" in Münster haben wollte.

Watters erste Maßnahme bestand darin, seine Behörde, das Generalkommando, zu „säubern". Im Generalkommando, der obersten Militärbehörde für den Bereich des VII. Armee-Korps, zu dem u. a. das Ruhrgebiet gehörte, hatte sich wie bei allen militärischen Stellen in

den Revolutionstagen ein Soldatenrat gebildet. Anfangs recht gemäßigt, war dieser „General-Soldatenrat“ allmählich von Soldatenrats-Delegierten aus dem ganzen Bereich des Armee-Korps neu zusammengesetzt worden; dadurch und aus Empörung über den um sich greifenden „Noske-Kurs“ hatte er sich schnell radikalisiert. – Schon waren alle Zeitungen voll von Inseraten, in denen Truppenteile und Offiziere der alten Armee zur Meldung von Freiwilligen aufriefen – zum Kampf gegen den „drohenden Bolschewismus an der Ostgrenze unseres Vaterlandes“, vereinzelt aber auch schon gegen „Spartakismus, Umsturz und Chaos im Innern“. Der General-Soldatenrat verbot die Werbung von Freiwilligen und den Abtransport der schon Geworbenen zu den Truppenteilen. Damit hatte Watter den willkommenen Vorwand („Insubordination“), um zuzuschlagen. In einer Großaktion ließ er den General-Soldatenrat verhaften. Günstig war ihm der aus der Kaiserzeit überkommene Aufbau des Militärapparats, bei dem es peinlich vermieden worden war, Kommandozentralen und größere Garnisonen in Städte mit sozialistischer Arbeiterschaft zu legen: In Münster, der Stadt des Militärs, der katholischen Kirche und eines konservativen Zentrums, zugleich Verwaltungs- und Universitätsstadt, operierte der General-Soldatenrat ohne Rückhalt in der örtlichen Arbeiterschaft.
Vier Tage später ließ Watter das Freikorps (Freiwilligen-Truppe) des Hauptmanns Lichtschlag in Hervest-Dorsten, also in einem der nördlichsten Bergarbeiterorte des Reviers, einmarschieren. Nach der blutigen Einnahme des Ortes – das Freikorps verwandte sogar Geschütze – setzte eine Verhaftungswelle ein. Die Gefangenen wurden brutal geschlagen, zwei wurden getötet, darunter der KPD-Vorsitzende des Ortes. Bei dem anderen Toten hieß es, er habe einen Fluchtversuch gemacht und sei dabei erschossen worden. Das war die Methode „auf der Flucht erschossen“, die von der Gegenrevolution zum ersten Male bei der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angewandt worden war. In Hervest-Dorsten begann die blutige Spur des Freikorps Lichtschlag durch viele Orte des Reviers, die der Truppe im Volksmund schließlich den Namen „Freikorps Totschlag“ eintrug.[8]
Die gesamte Arbeiterschaft des Reviers geriet in größte Erregung; nun sollten offenbar, das war der allgemeine Eindruck, durch das Militär alle Errungenschaften der Revolutionszeit beseitigt und alle eingeleiteten Initiativen abgewürgt werden. Da die letzte Delegiertenkonferenz in Essen der Regierung bereits gedroht hatte, ein eventueller Ein-

marsch von Militär werde mit dem Generalstreik beantwortet, erwartete jedermann, daß die nächste Konferenz in Essen die Drohung wahr machen würde. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre, die noch immer in der Sozialisierungsbewegung mitarbeiteten, sahen die unangenehme Situation auf sich zukommen, neben Unabhängigen und Kommunisten den Generalstreik gegen die eigenen Parteigenossen in der Regierung proklamieren zu müssen. In letzter Minute erhielten sie jedoch den ersehnten Vorwand, um sich dem Druck zu entziehen und aus der Bewegung auszusteigen. Die Linksradikalen in einigen radikalen Zentren im Westen des Reviers glaubten in der Befürchtung, das Militär werde weiter vorgehen, die drei Tage bis zur Essener Konferenz nicht abwarten zu können und riefen eilig auf informellem Wege eine Konferenz in Mülheim zusammen. Auf Betreiben der Kommunisten beschloß die Mehrheit der Konferenz – ohne jede Legitimation durch die Basis, ja selbst ohne Öffentlichkeit – die sofortige Ausrufung des Generalstreiks. Art und Umstände des Beschlusses hatten zur Folge, daß er die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter, die auf die Essener Konferenz warteten, vollkommen überraschte, wenn er ihnen überhaupt zur Kenntnis kam. Kleine Gruppen radikaler Arbeiter, die streiken wollten, waren dadurch von vornherein isoliert; sie versuchten, die Belegschaften mit der Anwendung von Gewalt, vielfach sogar von Waffengewalt, in den Streik zu treiben. – Auf der Essener Konferenz verlangten die Sozialdemokraten vor Eintritt in die Tagesordnung Distanzierung von der Mülheimer Konferenz und ihren Folgen; als die Linken dem nicht sofort nachkamen, verließen die Sozialdemokraten den Saal. Damit waren auch im Ruhrgebiet der rechte und der linke Flügel der Arbeiterbewegung endgültig auseinandergebrochen. Die SPD nahm Anschluß an den Kurs der Regierung.

Die Essener Rumpfkonferenz beschloß zwar noch den Generalstreik, aber das war nach dem Auszug der Sozialdemokraten nur noch ein Akt der Verzweiflung, der von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Daß vor und auf den Zechen die Anwendung von Gewalt fortgesetzt wurde, verschlimmerte die Sache nur noch. Der Streik brach in wenigen Tagen zusammen.

Mit einer derart in sich gespaltenen, ja verfeindeten Arbeiterschaft konnte das Militär Watters leicht fertig werden, zumal ihm die Gegner wider Willen einen weiteren Trumpf zuspielten. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bottrop hatte sich mit seiner Sicherheitswehr wiederholt

Übergriffe gegen radikale Arbeiter erlaubt. Jetzt wurde in der Erregung des „Generalstreiks“ aus dem revolutionären Dreieck Mülheim–Düsseldorf–Hamborn heraus eine bewaffnete Aktion gegen Bottrop gestartet, die mit einem Sieg der Angreifer endete. Letztverantwortlicher Leiter der Aktion war ein Feldwebel in Mülheim namens Bachmann, höchstwahrscheinlich ein Agent des Militärs. Die Eroberung und Besetzung Bottrops durch bewaffnete Arbeiter erwies sich schnell als ein ungeheurer Fehler der Linksradikalen, den das Militär rücksichtslos ausnutzte. In raschem Zugriff besetzte es in den letzten Februartagen Hamborn und Düsseldorf.

4 Die Errichtung der Militärherrschaft, die Nationalversammlung in Weimar und der Generalstreik der Bergarbeiter (März/April 1919)

Im Laufe des März ging v. Watter daran, mit aller Gründlichkeit seinen Sieg auszubauen. Seine erste Maßnahme bestand darin, daß er die örtlichen Sicherheitswehren, die in den Novembertagen unter Leitung der Arbeiter- und Soldatenräte gebildet und bisher vom Militärfiskus gelöhnt worden waren, auflöste. Ausnahmen machte er nur in einigen Städten im östlichen Revier – u. a. Dortmund, Bochum, Herne –, in denen die Sicherheitswehren vor einiger Zeit, meist auf Betreiben der politisch führenden SPD, von Linken gesäubert worden waren. Eine Reihe weiterer Städte wurde besetzt, und überall, wo das Militär einmarschierte, wurden die Arbeiter- und Soldatenräte aller relevanten Einflußmöglichkeiten beraubt, USP- und KPD-Vertreter wurden aus den seit der Revolution errungenen politischen Positionen ausgeschaltet.

Die jetzt im Ruhrgebiet durchgesetzte politische Linie lief vollkommen parallel mit der Reichspolitik. Seit Anfang Februar tagte in Weimar das erste nachrevolutionäre Parlament, die Nationalversammlung. Die vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossene Wahl hatte eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien von 236 Abgeordneten gebracht, der 163 SPD- und 22 USP-Abgeordnete gegenüberstanden. (Die KPD hatte nach dem Beschluß ihres Gründungsparteitags die Wahl boykottiert.) Die SPD ging eine Koalition mit der Deutschen

Demokratischen Partei (DDP) und dem Zentrum ein und stellte den Reichskanzler, Philipp Scheidemann. – Die DDP war die Partei des Handelskapitals, der liberalen Intelligenz und (teilweise) des Kleinbürgertums, republikanisch und antimonarchistisch. Das Zentrum war eine katholische „Volkspartei“ im modernen Sinne des Wortes, d. h. in der sozialen Zusammensetzung sehr heterogen. In der Opposition standen auf der Rechten die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), auf der Linken die USP. Die DVP war die Partei der Schwerindustrie und des Großbürgertums, die DNVP die des ostelbischen Junkertums und des protestantischen Konservatismus. Zum Reichspräsidenten wählte die Nationalversammlung den Sozialdemokraten Friedrich Ebert.

In der Frage der Sozialisierung wurde die Gesetzgebung der Nationalversammlung für die Arbeiter des Ruhrgebiets eine große Enttäuschung. Zwei Gesetze wurden im März verabschiedet. Das erste, ein Mantelgesetz, stellte in schönen Worten die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut unter den besonderen Schutz des Staates, garantierte jedem das „Recht auf Arbeit“ und ermächtigte das Reich grundsätzlich, geeignete wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeinbesitz zu überführen. Das zweite Gesetz betraf die Regelung der Kohlenwirtschaft. Hier, am konkreten Fall, zeigte sich, daß die Reichsregierung nicht daran dachte, die Unternehmer zu enteignen. Ihre Konzeption, soweit sie in dem Gesetz sichtbar wurde, lief darauf hinaus, daß das überkommene System der Kartelle und Syndikate beibehalten und nur durch die Mitarbeit der Gewerkschaften ergänzt werden sollte.[9]

Ebenso wenig tat die Nationalversammlung in einer anderen Frage. Noch immer verfuhren die Bergleute eine Schicht von 8 Stunden, hatten also noch immer dieselbe Arbeitszeit, wie sie die Revolutionsregierung im November allgemein eingeführt hatte. Dabei hatte sich die Ernährungslage seit dem Kriegsende noch weiter verschlechtert, und es hätte eigentlich selbstverständlich sein müssen, daß die durchweg unterernährten Bergarbeiter für die Schwere ihrer Arbeit durch eine kürzere Arbeitszeit gegenüber den Arbeitern der übrigen Industriezweige entschädigt wurden. Diejenigen SPD-Abgeordneten, die zugleich Funktionäre des „Alten Verbandes“ waren, haben offenbar die Regierung nicht einmal darauf aufmerksam gemacht, daß hier ein Problem lag, jedenfalls geschah überhaupt nichts. Statt dessen gingen von allen Seiten Ermahnungen und Appelle auf die Bergarbeiter nieder, die darauf hinwie-

sen, die Kohle sei das einzige Äquivalent, das man – beim Verfall der deutschen Währung – dem Ausland gegen Lebensmittel bieten könne; ja, es fehlte nicht an Beschuldigungen, die Bergleute ließen seit der Revolution Arbeitslust vermissen, da die Kohlenförderung gegenüber der Kriegszeit zurückgehe. – Der Rückgang der Förderung war unbestreitbar, er hatte jedoch ganz andere Ursachen: den rücksichtslosen Raubbau, der während des Krieges beim Abbau der Flöze getrieben worden war; das plötzliche Fehlen der Kriegsgefangenen, die nach dem Waffenstillstand in ihre Heimatländer entlassen werden mußten und nur allmählich durch die heimkehrenden deutschen Soldaten ersetzt werden konnten; das Fehlen von Transportmitteln, die den Siegermächten abgeliefert werden mußten. Ein übriges tat die allgemeine Unterernährung, und diese vor allem bewirkte, daß die Klagen über sinkende Arbeitsmoral auf die Bergleute immer aufreizender wirkten.

So tatenlos die Regierung in den Fragen der Sozialisierung und der Schichtzeitverkürzung war, so energisch ging sie gegen Streiks vor. Am 24. Februar begann ein Generalstreik in Mitteldeutschland mit dem Zentrum in Halle, weit wuchtiger als das gescheiterte Unternehmen im Ruhrgebiet; er wurde von General Maercker unterdrückt.[10] Brutaler noch als Maercker ging General v. Lüttwitz gegen einen Generalstreik vor, der am 3. März in Berlin begann. Hier wurden erstmals in der Revolutionszeit Großkampfmittel aus den Feldschlachten des Krieges eingesetzt: Artillerie schweren Kalibers, Minenwerfer und Bombenflugzeuge. Das Blutbad endete mit massenhaften Erschießungen von Arbeitern.[11]

Im Ruhrgebiet versuchte die Neunerkommission, nach dem Austritt der SPD-Vertreter nur noch eine Sechserkommission, die Rätebewegung fortzuführen. Ihre Arbeit wurde von den Gewerkschaften mit allen Mitteln behindert. Die Gewerkschaftspresse sprach den Mitgliedern der Kommission jeden Sachverstand in Fragen des Bergbaus ab; den volkswirtschaftlichen Sachverständigen der Kommission, Karski, einen Spartakusführer polnischer Herkunft aus dem Kreis um Rosa Luxemburg und hervorragenden Sachkenner der Sozialisierungsproblematik, suchte sie als Agenten der russischen Bolschewiki hinzustellen. Mit solcher Polemik einerseits, mit Hinweisen auf die Gesetze der Nationalversammlung andererseits, die sie als Erfolge der Gewerkschaftspolitik groß herausstellten, hofften die Gewerkschaftsführer bald wieder zu ruhigeren Verhältnissen zu kommen. Eine Konferenz der Be-

triebsräte und Arbeiterausschüsse des „Alten Verbandes" am 16. März zeigte jedoch, daß Unzufriedenheit und Opposition bereits tief in die Reihen der Gewerkschaften eingedrungen waren. Zwar distanzierte sich die Konferenz von der Neunerkommission und sprach allein den Gewerkschaften das Recht zu, das Sozialisierungsproblem anzugehen, doch in der Frage der Schichtzeitverkürzung folgte sie der Verbandsführung nicht mehr: obwohl der Verbandsvorsitzende Sachse jede Schichtzeitverkürzung als zur Zeit untragbar bezeichnete, sprach sich die Konferenz für die Einführung der 7½-Stunden-Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt ab 1. April und für weitere stufenweise Verkürzungen in den nächsten Jahren aus (7 Stunden ab 1. Januar 1920, 6 Stunden ab 1. Januar 1921).[12]
Alarmiert verhandelten die Gewerkschaften am 27. März mit dem Zechenverband. Dessen Vertreter gestanden die 7½-Stunden-Schicht ab 1. April zu, forderten jedoch neue Erhöhungen der Kohlenpreise.[13] Das war das gleiche Spiel wie im Dezember 1918 (15 % mehr Lohn gegen 50 % höhere Kohlenpreise – s. oben Seite 27 f.)
Am 24. und 25. März schoß in Witten Polizei auf Demonstranten und tötete mehr als zehn Menschen. In wenigen Tagen standen die Zechen im Dortmunder und Bochumer Revier, also im traditionell gemäßigteren östlichen Teil des Ruhrgebiets, im Streik. Die beiden wichtigsten Forderungen der Streikenden, die immer wieder auftauchten, waren die sofortige Einführung der 6-Stunden-Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und eine Lohnerhöhung um 25 %.
Am 30. März brachte die Neunerkommission eine Delegiertenkonferenz zustande, auf der fast alle Ruhrzechen vertreten waren, obwohl die Gewerkschaften allen Teilnehmern den Ausschluß angedroht hatten. Die Konferenz proklamierte den Generalstreik ab 1. April für insgesamt 11 Forderungen. Obenan standen die beiden eben genannten Punkte: 6-Stunden-Schicht und 25 % mehr Lohn. Weitere Forderungen waren: Anerkennung des Essener Räteaufbaus; Bezahlung der Streikschichten; Auflösung aller Freikorps und Entwaffnung der Polizei, dafür Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr; Freilassung aller politischen Gefangenen. Als Streikleitung wurde ein „Zentralzechenrat" aus fünf Unabhängigen und vier Kommunisten gewählt, der die Aufgaben der Neunerkommission übernahm. Weiter beschloß die Konferenz, den Gewerkschaften die Beiträge zu sperren und eine neue Bergarbeiterorganisation unter dem Namen „Allgemeine Berg-

arbeiter-Union" zu gründen. Deren Organe sollten die bisher nach Essener Muster gebildeten Räte einschließlich des eben gewählten Zentralzechenrats sein. Damit gab es jetzt neben den Gewerkschaften und der syndikalistischen Freien Vereinigung eine dritte Organisation der Bergarbeiter: die „Union".

Die Reichsregierung verhängte sofort gemeinsam mit der preußischen Regierung über das Industriegebiet den Belagerungszustand. Grundlage dafür war ein Gesetz von 1851, also aus Preußens finsterster Reaktionszeit, das dem Militär wesentliche Befugnisse zur Unterdrückung und Gängelung des politischen Lebens gab. Mit ihm war auch während des ganzen Krieges regiert worden. Außerdem kündigte die Regierung an, von den Zusatzlieferungen aus den eben beginnenden Lebensmittelimporten würden alle Streikenden ausgenommen. – Nicht die Regierungen feindlicher Länder wie im Kriege, sondern die eigene Regierung drohte den ausgehungerten und verzweifelten Bergarbeitern mit der Hungerpeitsche – das war neu in der deutschen Innenpolitik und trieb die Erregung noch um einige Grade höher.

v. Watter warf alle ihm zur Verfügung stehenden und neu gestellten Truppen ins Revier. Das Erscheinen der Truppen und ihre nun schon üblichen Ausschreitungen erregten die Bergarbeiter noch mehr. Der Streik wurde nahezu total; seit 1905 hatte das Revier einen Bergarbeiterstreik von solcher Ausdehnung und Wucht nicht mehr erlebt. Ein Druck auf Arbeitswillige war im Gegensatz zum Februar vollkommen unnötig – übrigens angesichts der Truppen auch unmöglich.[14]

Das Militärregime, das sich jetzt in seiner ganzen Brutalität entfaltete, war für die Bergarbeiter mit dem Namen seines Schöpfers, des Reichswehrministers *Noske*, verknüpft. „Noske", „Noskes", „Noskiden" und „Nosketiere" (eine Umbildung von „Musketiere"), das wurden jetzt die allgemein üblichen Bezeichnungen für Soldaten und Truppen, Ausdrücke der Angst und des Hasses.

Nach wenigen Tagen war in Berlin klar, daß diesmal bloße Unnachgiebigkeit, kombiniert mit der Entsendung von Militär, nicht ausreichen würde. Noske und die preußische Regierung stellten einen politischen „Kommissar" an die Seite Watters: den Sozialdemokraten *Carl Severing*.[15] Severing hatte eine Karriere als Metallarbeitersekretär und Parteiredakteur in Bielefeld hinter sich und war ein führender Kopf im Kreis um den Parteivorstand der SPD, er war also dem rechten Flügel seiner Partei zuzurechnen. Material für ein Urteil darüber, wie er nä-

herhin einzuschätzen ist, werden wir noch überreichlich kennenlernen. Eines muß jedoch schon hier bemerkt werden: entgegen einer weitverbreiteten Behauptung in der Literatur war Severing keineswegs ein Kenner des Ruhrgebiets. Bielefeld ist nicht Ruhrgebiet; eine Gewerkschafts- und Parteikarriere in Bielefeld konnte keine Kenntnisse und Erfahrungen über den Bergbau vermitteln.

Severings Befugnisse waren vage: Noske hatte ihn ermächtigt, in Zusammenarbeit mit Watter „auf Grund des Belagerungszustandes ... alle militärischen und politischen Maßnahmen zu treffen", die er „für nötig" hielt; „genauere Instruktion", die die preußische Regierung in Aussicht stellte, wurde nie gegeben.[16] Severings unmittelbare Aufgabe war jedoch klar: Bekämpfung des Generalstreiks. Sein Beitrag dazu ging in zwei Richtungen. Einmal versuchte er, dem Vorgehen des Militärs die ärgsten Spitzen abzubrechen. Während Watter z. B. fast jedes politische Leben unterbunden hatte, reduzierte Severing das Versammlungsverbot unter dem Belagerungszustand auf USP, KPD, Union und Freie Vereinigung; er erreichte den Abzug der Truppen aus dem besonders ruhigen Bochum; als das Freikorps Lichtschlag eine Delegiertenkonferenz der Streikenden beschossen und verhaftet hatte, gestattete er trotz Belagerungszustand eine neue Delegiertenkonferenz in Dortmund.[17] Zum andern erließ er eigene Verordnungen, die den Streik differenzierter als bisher unterdrücken sollten. Die wichtigste Verordnung ermöglichte den Gemeindebehörden, jeden männlichen Einwohner zwischen 17 und 50 Jahren zur Verrichtung von Notstandsarbeiten aufzufordern; für Nichtbefolgung wurde eine Geldstrafe bis 500 Mark oder eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr angedroht. Dazu Severing selbst in seinen Erinnerungen: „Die Drahtzieher kamen dadurch in eine nicht gerade angenehme Situation. Entweder leisteten sie der Aufforderung Folge, und dann waren sie der Bewegung entzogen und erregten das Mißtrauen ihrer Kameraden, oder aber sie verweigerten die Notstandsarbeiten, dann konnten sie von der Behörde auf andere Weise unschädlich gemacht werden."[18]

Am 9. April kam Reichsarbeitsminister Bauer (SPD) persönlich nach Essen, um mit dem Zechenverband und den Gewerkschaften nach einem Ausweg zu suchen. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, nur noch mit der Einführung der 6-Stunden-Schicht ihren Einfluß auf die Bergarbeiter zurückgewinnen und die „spartakistischen Streikhetzer" ausschalten zu können. Bauer widersprach: gerade das würde für die letzteren

ein „gewaltiger Triumph" sein; man müsse jetzt unbedingt „fest" bleiben. Dem Zechenverband jedoch war trotz dieser ministeriellen Rückendeckung klar, daß er zurückstecken mußte. Er bewilligte die 7-Stunden-Schicht, ließ sie sich jedoch wiederum mit einer Erhöhung der Kohlenpreise bezahlen.[19]

Vor Beginn der Konferenz war dem Zentralzechenrat mitgeteilt worden, er solle sich für Verhandlungen bereit halten. Er tat das – und wurde fast vollzählig von Soldaten des Freikorps Lichtschlag verhaftet. Von da an war der Streik ohne zentrale Führung.[20]

Doch das half den Gegnern des Streiks ebensowenig wie die Sonderzulagen von Lebensmitteln an Streikbrecher und die unaufhörliche Propaganda von Regierung, „Arbeitsgemeinschaft" und Presse. Erst nach vier Wochen ging der Streik ohne weitere Erfolge zu Ende. Er ließ eine ungeheure Erbitterung bei den Bergarbeitern zurück. Und der Produktionsausfall, auf den Regierung und „Arbeitsgemeinschaft" immer wieder hingewiesen hatten, wenn sie Forderungen nach Schichtzeitverkürzung ablehnten, war natürlich weit höher, als er bei rechtzeitigen Zugeständnissen gewesen wäre.

5 Das Vordringen der Konterrevolution (Mai 1919 bis März 1920)

a) Arbeit und Kapital

In den folgenden Monaten gab es zahllose Einzelstreiks auf den Zechen, die nach einigen Tagen wieder erloschen. Die Forderungen der Streikenden zielten in zwei Richtungen. Einmal richteten sie sich gegen den Belagerungszustand und seine Folgen: Kollegen, die als „Hetzer" auffielen, wurden verhaftet, blieben zum Teil ohne Prozeß in „Schutzhaft" und landeten im Zuchthaus Werl, andere wurden von den Betrieben entlassen und fanden keinen neuen Arbeitsplatz; das Versammlungsleben der linksradikalen Organisationen blieb auch nach dem Streik noch lange Zeit verboten usw. Die Bergarbeiter forderten die Freilassung der politischen Gefangenen in dem Moment besonders nachdrücklich, wo die Schutzhaftgefangenen in Werl in einen Hungerstreik traten. – Zum zweiten zielten die streikenden Arbeiter auf eine unmittelbare Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage: Lohnerhöhun-

gen und bessere Lebensmittelversorgung.[21] Oft mußten die Bergarbeiter ohne Brot einfahren, weil nicht einmal die geltende Mindestration geliefert werden konnte. Kartoffeln konnten wochenlang in ganzen Stadt- und Landkreisen nicht ausgegeben werden. Kam endlich eine Sendung, so reichte es oft nur zur Ausgabe von 3 Pfund pro Kopf. Um zu überleben, unternahmen Arbeiter und Arbeiterfrauen ausgedehnte Hamsterfahrten in die ländlichen Gegenden um das Revier herum, doch weit reichten die Löhne nicht, um die Wucherpreise der Bauern zu zahlen. Demgegenüber stand den wohlhabenden Kreisen im Revier jederzeit die Möglichkeit offen, sich auf dem Wege des Schleichhandels beträchtliche Zulagen zu den festgesetzten Lebensmittelrationen zu verschaffen.[22]

Zusätzliche Fettrationen waren der Köder, mit dem die Zechenunternehmer bereits im Mai 1919 die Bergleute für das Verfahren von Überschichten zu gewinnen suchten. Vor dem Hintergrund der Ernährungslage muß man es würdigen, daß die Bergleute die, wie sie sie nannten, „Butterschichten" bzw. „Schmalzschichten" strikt ablehnten.[23] Seit den Anfängen ihrer gewerkschaftlichen Organisation hatten die Bergarbeiter gegen das auswuchernde System der Überschichten gekämpft, zu denen sie bei formaler Freiwilligkeit faktisch gezwungen wurden; immer und immer wieder hatten die Unternehmer Lohnforderungen abgelehnt mit dem Hinweis auf die hohen Monatslöhne, die jedoch nur durch zahllose Überschichten zustande kamen. Die siebenstündige Arbeitszeit, über die hinaus zu arbeiten jetzt niemand gezwungen werden konnte, war die kostbarste Errungenschaft der Revolutionszeit, und jeder Bergmann wußte, mit welchen Anstrengungen und Opfern sie hatte durchgesetzt werden müssen.

In einer ganzen Reihe von Städten kam es zu Lebensmittelunruhen, bei denen Läden und Märkte gestürmt und geplündert wurden. Erfahrene Arbeiter hatten dabei vielfach den Eindruck, daß Lockspitzel des Militärs und der aus dem Boden sprießenden reaktionären Vereinigungen die Unruhen auslösten. Regelmäßig wurden die Unruhen mit dem Einsatz von Militär niedergeschlagen.[24]

Die Verhandlungserfolge der Gewerkschaften waren bescheiden. Im Juni gestand der Zechenverband Lohnerhöhungen zwischen 1 und 2,50 Mark pro Schicht je nach Alter zu, nachdem sich die Gewerkschaften wieder einmal verpflichtet hatten, zusammen mit den Unternehmern beim Staat nachdrücklich für eine Erhöhung der Kohlenpreise einzu-

treten. Im Juli erreichten die Gewerkschaften, daß die Arbeitszeit vor Ort bei hohen Temperaturen reduziert wurde (auf $5^1/_2$ Stunden bei 28 bis 35 Grad, auf 5 Stunden bei über 35 Grad). Im September wurde erstmals im Bergbau der bezahlte Urlaub vereinbart. Er sollte je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit zwischen 3 und 6 Tagen betragen und allen über 18 Jahre alten Bergleuten zustehen, die mindestens ein Jahr lang auf derselben Zeche beschäftigt waren. Die Durchsetzung der 6-Stunden-Schicht dagegen gelang nicht. Die Frage wurde im August in einer vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Kommission von Unternehmern, Gewerkschaftlern und wissenschaftlichen Sachverständigen untersucht. Ein Antrag der Gewerkschaftsvertreter, die 6-Stunden-Schicht spätestens am 1. Februar 1920 einzuführen, wurde von den beiden anderen Gruppen abgelehnt. Am 25. Oktober wurde der erste Tarifvertrag im Ruhrkohlenbergbau unterzeichnet, der im wesentlichen alle bisherigen Einzelabkommen zusammenfaßte und nunmehr die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach einheitlichen Grundlinien regelte.[25]

Gegen Ende des Jahres tauchten die unerledigten Forderungen der Revolutionsmonate wieder auf. Zunächst wurden im November auf einzelnen Zechen Teuerungszulagen gefordert.[26] Über den Rahmen von Einzelaktionen hinaus zu gemeinsamem Vorgehen kamen etwas später die Belegschaften der Zechen in und um Oberhausen. Sie forderten außer einmaligen Teuerungszulagen die 6-Stunden-Schicht und die Aufhebung des Belagerungszustands und der Schutzhaft. Angedroht wurde ein typisch syndikalistisches Kampfmittel: die passive Resistenz, d. h. die Verweigerung der Arbeit an der Arbeitsstelle ohne Verlassen des Betriebes, oder Scheinarbeit und produktionsstörende Sabotageakte. Der Sozialdemokrat Severing gab daraufhin Richtlinien für die Unternehmer heraus, nach denen sie die Androhung der passiven Resistenz mit der Gegendrohung der Aussperrung beantworten sollten. Das Mittel war insofern erfolgreich, als die Arbeiter auf ihre Aktion verzichteten.[27] Endgültig unterdrückt war die Bewegung für die 6-Stunden-Schicht damit jedoch nicht. Bevor sie auf ihrem Höhepunkt stand, traten die Eisenbahner (Beamte und Arbeiter) in den Vordergrund.

Anfang des neuen Jahres fanden die ersten Tarifverhandlungen zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und der preußischen Regierung statt. Dabei kam es, gegen den Willen der Gewerkschaften, zu Arbeitsniederlegungen, u. a. in vielen Orten der Direktionsbezirke Essen

und Elberfeld. Die Gewerkschaften bemühten sich vergeblich, den Streik zu beenden oder wenigstens einzudämmen; auch kleinere Zugeständnisse der Regierung nützten nichts. Bald lagen 900 000 Tonnen Kohle auf Halde, die nicht abtransportiert werden konnten. Da ließ Severing bekanntmachen: Wer nicht binnen drei Tagen zur Arbeit zurückkehre, sei von der Eisenbahnverwaltung entlassen. Als der wilde Streik nach kurzer Zeit zu Ende ging, war Severings Bekanntmachung für die Eisenbahnverwaltungen ein Mittel zu Maßregelungen: Sie entließen massenhaft politisch und gewerkschaftlich aktive Eisenbahner, die teils die Bekanntmachung nicht rechtzeitig gesehen hatten, teils die Arbeit nur in der geschlossenen Belegschaft hatten wiederaufnehmen wollen. Eine Reihe von Eisenbahnwerkstätten wurde geschlossen und erst wieder geöffnet, nachdem die Eisenbahner sich mit einer Verlängerung der Arbeitszeit und der Einführung der Akkordarbeit einverstanden erklärt hatten. Die Streikführer wanderten in die Gefängnisse.[28]

Während der Eisenbahnerbewegung wurde unter den Bergarbeitern die Forderung nach der 6-Stunden-Schicht immer allgemeiner. Auf mehreren Zechen versuchten die Belegschaften, die Forderung durch das syndikalistische Mittel der „direkten Aktion" zu erzwingen, d. h. nach 6 Stunden einfach auszufahren. Die Belegschaften der Thyssen-Zechen dagegen traten für die Forderung in Streik.[29] Bei einer Demonstration von Bergarbeitern vor dem Hamborner Rathaus am 11. Januar kam es zu Ausschreitungen, die anscheinend – wie viele ähnliche Vorgänge in anderen Städten im Laufe der letzten Monate – durch Lockspitzel und Provokateure hervorgerufen wurden; das Rathaus wurde gestürmt, Akten wurden vernichtet, Geschäfte wurden an diesem und auch noch am folgenden Tage geplündert. v. Watter setzte das in Mülheim liegende, wegen seiner Brutalität berüchtigte Freikorps Schulz ein. Die Truppe nahm in Hamborn nicht weniger als 350 Personen fest.[30]

Am 13. Januar 1920 trat auf Reichsebene eine entscheidende Zuspitzung ein. In Berlin protestierte die Arbeiterschaft in einer Massenkundgebung vor dem Reichstagsgebäude gegen das Betriebsrätegesetz, das die Nationalversammlung gerade in zweiter Lesung beriet; Militär und staatliche Polizei trieben die Demonstranten mit Maschinengewehren und Handgranaten, schließlich mit aufgepflanztem Seitengewehr auseinander und töteten 42, verwundeten 105 Menschen. Reichspräsi-

dent und Reichsregierung verhängten sofort nach Artikel 48 der neuen Verfassung den Ausnahmezustand über das ganze Reich mit Ausnahme von Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen.[31] Mit dieser Verordnung übergab die republikanische Regierung die reale Macht dem Militär und damit der Konterrevolution (der Putsch zwei Monate später machte in gewisser Weise nur noch offenkundig, was seit der Ausnahmeverordnung vom Januar faktisch bereits bestand: die Militärdiktatur). Freilich war die Regierung längst nicht mehr Herr ihrer Entschlüsse; beim gegebenen realen Kräfteverhältnis war die Ausnahmeverordnung praktisch vom Militär erzwungen.

Sehen wir uns die Verordnung wegen ihrer außerordentlichen Bedeutung in ihren wichtigsten Bestimmungen an. § 1 setzte fast alle Grundrechte „bis auf weiteres außer Kraft": das Grundrecht der persönlichen Freiheit, der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Post- und Telefongeheimnisses, der Unverletzlichkeit der Wohnung und der Unantastbarkeit des privaten Eigentums. Nach § 2 ging „die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über", der sie weiter „auf einen Militärbefehlshaber übertragen" konnte. Dieser wiederum mußte die Exekutive „auf dem Gebiet der Zivilverwaltung" in Zusammenarbeit mit einem Regierungskommissar ausüben, der vom Reichswehrminister im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister ernannt wurde. § 3 regelte die Zusammenarbeit von Militärbefehlshaber und Regierungskommissar (in unserem Fall also v. Watter und Severing) im einzelnen. § 4 enthielt die Sanktionen: er bedrohte jeden, der die Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers übertrat „oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert(e) oder aufreizt(e)", mit Gefängnis oder einer Geldstrafe bis zu 15 000 Mark. § 6 bestimmte: „Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 bestraft."[32]

Mit seinen neuen Befugnissen ging v. Watter im Verein mit Severing der Agitation für die 6-Stunden-Schicht zu Leibe. Am 17. Januar setzte er die Ausnahmeverordnung für den Regierungsbezirk Düsseldorf, also für den radikaleren westlichen Teil des Ruhrgebiets, in Kraft. In

Düsseldorf, Wesel und Essen wurden Kriegsgerichte errichtet.[33] Die Gegner der Linksradikalen waren sich jedoch bewußt, damit noch nicht über den Berg zu sein. Große Befürchtung erregte eine unter den Belegschaften verbreitete Parole, die dazu aufrief, am 2. Februar (einem Montag) schlagartig auf allen Schächten die 6-Stunden-Schicht in direkter Aktion zu erzwingen.[34] Zum 24. Januar berief der Vorstand des „Alten Verbandes" eine außerordentliche Generalversammlung ein. Mit allen Mitteln der Regiekunst brachte er die Konferenz dahin, die sofortige Einführung der 6-Stunden-Schicht abzulehnen. Hilfestellung leisteten die Unternehmer, die rechtzeitig Aussicht auf Lohnerhöhungen gemacht hatten.[35] (Die konnten sie leicht verkraften – zum Jahresbeginn hatten sie wieder einmal drastisch die Kohlenpreise heraufgesetzt.)[36] – Am 28. Januar erließen v. Watter und Severing eine weitere Verordnung. Darin wurden Belegschaftsversammlungen der Bergarbeiter, die Bildung von Streikausschüssen und Streikpostenstehen verboten. Weiter hieß es: „Von den Zechenverwaltungen wird im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung den ... Gemeindebehörden eine Liste derjenigen Arbeiter überreicht, die für die Leistung von Notstandsarbeiten in Frage kommen ... Arbeiter, die der Aufforderung (zur Leistung von Notstandsarbeiten) keine Folge leisten, sind sofort zur Anzeige zu bringen, in dringenden Fällen in Haft zu nehmen. Wer zur Verweigerung von Notstandsarbeiten auffordert, ist ebenfalls zu verhaften." [37] Severing gab zu der Verordnung noch detaillierte Richtlinien heraus. Darin empfahl er den Unternehmern, den Gemeindebehörden „besonders diejenigen Arbeiter anzugeben, die als Urheber der wilden Bewegungen anzusprechen" seien. Die weiteren Handlungsanweisungen des Sozialdemokraten Severing für die Unternehmer:

„Streikende sind als entlassen zu betrachten. Streikende Arbeiter, die nach Beendigung des Streiks auf der Zeche weiterbeschäftigt werden wollen, sind neu anzulegen. Alle durch eine längere Beschäftigungsdauer erworbenen Rechte gehen verloren ...

Passive Resistenz ist, wenn sie von der Gesamtbelegschaft oder von ihrem größten Teil ausgeübt wird, mit der Gesamtaussperrung zu beantworten ...

Üben kleine Minderheiten passive Resistenz, so sind die Namen der Anführer der zuständigen Polizeibehörde mitzuteilen, die ihre sofortige Festnahme veranlaßt. Das gleiche Verfahren ist bei der Erzwingung der Ausfahrt nach 6stündiger Schicht anzuwenden." [38]

Vor derart massiver Unterdrückung kapitulierten die Bergarbeiter – die allgemeine Aktion am 2. Februar blieb aus. Nur auf einigen Zechen im Essen-Gelsenkirchener Revier fuhren die Belegschaften nach 6 Stunden aus. Über Tage fand die Belegschaft von „Mathias Stinnes" in Essen-Karnap – ein typisches Beispiel – den Schachteingang von Militär und Polizei mit Maschinengewehren besetzt; Schilder warnten: „Wer weitergeht, wird erschossen!" Alle ausfahrenden Arbeiter wurden verhaftet. Entsprechend Severings Richtlinien wurden auf mehreren Zechen die „Rädelsführer" angezeigt und vom außerordentlichen Kriegsgericht in Essen zu Gefängnisstrafen verurteilt.[39]
Bei den folgenden Schichten wurde kein Versuch mehr gemacht, schon nach 6 Stunden auszufahren. Nach Severings Eindruck war „die Stimmung . . . vollständig umgeschlagen", und er wollte die neue Lage nutzen, um einen lang gehegten Plan durchzusetzen: Überschichten zur Hebung der Kohlenförderung. Da die Gewerkschaften sich scheuten, Überschichten vor den Bergarbeitern zu vertreten, obwohl sie sie grundsätzlich bejahten, mußte Severing zunächst zusammen mit v. Watter auf dem Verordnungswege vorgehen: Beide ordneten an, daß jede Direktion mit ihrem Betriebsrat Überschichten vereinbaren solle; komme keine Vereinbarung zustande (d. h. weigere sich der Betriebsrat), so werde Severing „endgültig entscheiden".[40] In einer Konferenz in Essen, zu der mehrere Minister aus Berlin anreisten, erklärten sich dann auch die Gewerkschaften zur Einführung von Überschichten bereit. In einem Abkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde vereinbart, daß die Bergarbeiter ab 23. Februar zweimal pro Woche im Anschluß an die normale Schicht je eine halbe Überschicht von $3^1/_2$ Stunden verfahren, d. h. insgesamt $10^1/_2$ Stunden arbeiten sollten. Die Überstunden sollten mit 100 % Lohnzuschlag bezahlt werden; außerdem sollten die Rationen an Brot und Fett erhöht werden: Brot auf wöchentlich 3 kg, Fett auf wöchentlich $^1/_2$ kg.[41]
Damit waren die Bergarbeiter ihrer wichtigsten Errungenschaften der Revolutionszeit beraubt: der Verkürzung der Schichtzeit und der Beseitigung der Zwangsüberschichten. Bei Inkrafttreten des Abkommens gab es viele Arbeitsniederlegungen und Zusammenstöße zwischen Bergleuten und dem Führungspersonal der Zechen. Jetzt kamen Severings Richtlinien zu voller Wirksamkeit: Arbeiter, die nach der normalen Schichtzeit ausfuhren, wurden ausgesperrt, bis sie sich für die Zukunft zum Verfahren von Überschichten verpflichteten. Das war selbst einem

der Führer des katholischen „Gewerkvereins", Imbusch, zuviel: er warf Severing vor, er habe „sich die Allüren der alten Regierung angeeignet". Severing verteidigte sich mit dem Hinweis auf „volkswirtschaftliche Notwendigkeiten".[42] Kritik an den Zwangsüberschichten in linksradikalen Blättern wurde mit dem Verbot der betreffenden Organe zum Schweigen gebracht.[43]
Doch das qualvolle Abwürgen aller selbständigen Regungen der Arbeiter schien eine Kette ohne Ende. Am 9. März, vier Tage vor dem Militärputsch, traten die Düsseldorfer Buchdrucker für höhere Löhne in Streik. Die Unternehmer verpflichteten sich gegenseitig mit einer Konventionalstrafe von 10 000 Mark, gegenüber den Forderungen unnachgiebig zu bleiben.[44] Der Streik griff von Düsseldorf ins Wuppertal über.
Für das Zechenkapital war das Geschäftsjahr 1919/20 kein schlechtes gewesen. In der ersten Märzhälfte 1920 meldeten vier Bergwerksgesellschaften folgende Geschäftsabschlüsse und Dividenden: Arenbergsche AG Essen – 15 % Dividende. Magdeburger Bergwerks-AG, die die Zeche „Königsgrube" in Röhlinghausen betrieb – 25 % auf die alten, 28 % auf die neuen Aktien. Beim Essener Bergwerksverein beschloß der Aufsichtsrat, wie im Vorjahr den Aktionären 12 % für Normalaktien, 17 % für Vorzugsaktien vorzuschlagen. Bei der Essener Steinkohlenbergwerke AG wollte der Aufsichtsrat den Aktionären 12 bzw. 14 % Dividende vorschlagen.[45]

b) Die Arbeiterorganisationen

Die Aufnahme, die die Politik der Gewerkschaften bei den Arbeitern fand, spiegelt sich in den Mitgliederbewegungen. Um es am Beispiel des „Alten Verbandes" zu erläutern: Im letzten Viertel des Jahres 1918 strömten ihm große Massen neuer Mitglieder zu, im ersten Viertel des Jahres 1919 stieg die Mitgliederzahl nochmals leicht an; im zweiten Vierteljahr 1919 jedoch – der Zeit des Generalstreiks und der Errichtung der Militärherrschaft – fiel sie um rund 22 %; auf dem dann erreichten Stand pendelte sich die Mitgliederzahl für etwa ein Jahr ein.[46]
Gegenüber der wachsenden Opposition von Syndikalisten und Unionisten schlossen sich die vier Gewerkschaften nicht nur immer enger zusammen (sehr zum Verdruß der linken Opposition im „Alten Verband")[47], sondern wurden auch immer undemokratischer. Am 24. Juli

wiesen die Vorstände der vier Gewerkschaften in einem gemeinsamen Rundschreiben die unteren Ränge an, keine allgemeinen Belegschaftsversammlungen mehr abzuhalten, sondern nur noch kombinierte Mitgliederversammlungen der vier Gewerkschaften aus den einzelnen Belegschaften, mit Kontrolle der Mitgliedsbücher am Saaleingang.[48] Auf der schon erwähnten außerordentlichen Generalversammlung des „Alten Verbandes" Ende Januar 1920 bekam es der Vorstand fertig, mit Geschäftsordnungstricks einen oppositionellen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes überhaupt nicht zur Abstimmung kommen zu lassen.[49] Dies nur zwei Beispiele für viele weitere.

Mit dem Aufstieg der SPD zur führenden Regierungspartei hing es zusammen, daß Funktionäre des „Alten Verbandes" in Positionen der Exekutive rückten. So wurde Ende 1919 der Hauptkassierer des Verbandes, Stühmeyer, zum Polizeipräsidenten und Landrat von Bochum ernannt.[50]

Zum Zentrum der syndikalistischen „Freien Vereinigung" entwickelten sich die Zechen des westlichen Reviers um Hamborn und Oberhausen, zum Zentrum der „Bergarbeiter-Union" die Zechen um Gelsenkirchen und Wattenscheid. Hier erfaßten die beiden Organisationen jeweils die Mehrheit der Belegschaften. Die „Union" versuchte auf der Linie der Essener Sozialisierungsbewegung weiterzuarbeiten und ein Rätesystem nach Essener Muster zu organisieren. Ihr Vorstand nannte sich noch längere Zeit „Zentralzechenrat". Von der KPD erhielt die „Union" bedeutende Geldmittel; ihre wichtigsten Agitatoren waren zugleich Mitglieder der KPD.[51]

Auf einer Konferenz in Düsseldorf am 15./16. September schlossen sich die „Freie Vereinigung" einerseits, die „Bergarbeiter-Union" und andere von den Zentralgewerkschaften abgespaltene Gruppen („Unionen") andererseits zur „Freien Arbeiter-Union" (FAU) zusammen. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde das Programm der Syndikalisten zugrunde gelegt. Schwierigkeiten bereitete, daß die Syndikalisten traditionellerweise die Mitarbeit in sozialistischen Parteien ablehnen. Die Vertreter der Unionen machten zur Bedingung des Zusammenschlusses, daß in dieser Hinsicht den Mitgliedern freie Hand gelassen wurde. Parteipolitik sollte aus den Mitgliederversammlungen der FAU ausgeschlossen sein.[52] Wie wenig übrigens die Syndikalisten selbst in ihren eigenen Reihen Prinzipienreinheit durchsetzen konnten, zeigt die Tatsache, daß in der syndikalistischen Hochburg Hamborn viele Mitglie-

der der „Freien Vereinigung“ auch in der KPD organisiert waren – die alte sozialdemokratische Trennung von „wirtschaftlichem“ und „politischem“ Klassenkampf war nicht so leicht auszurotten. Bei der Reichstagswahl 1920 war Hamborn unter den Städten mit dem höchsten Stimmenanteil der KPD.[53]

Die Düsseldorfer Einigungskonferenz war kein Erfolg. Das Verhältnis von Syndikalisten und Unionisten wurde eine stete Quelle von Zerwürfnissen.[54] Hinter Streitereien um Kasse und Zeitung standen grundsätzliche Differenzen: Während die Unionisten von den Syndikalisten verlangten, sie sollten sich in Schachtorganisationen (nach Essener Muster) auflösen, forderten umgekehrt die Syndikalisten, die Unionisten sollten sich den syndikalistischen Lokalorganisationen anschließen. Im Dezember propagierte das Duisburger KPD-Blatt bereits den Zusammenschluß der Kommunisten in der FAU zu einer Fraktion, damit der Widerstand gegen die syndikalistischen Ansprüche organisiert werden könne.[55] Später zerfiel die Bewegung wieder in ihre Bestandteile: die „FAU (Syndikalisten)“ und die „FAU (Gelsenkirchen)“.

Das Verhältnis der linksradikalen Parteien KPD und USP zur „Freien Vereinigung“, zur „Union“ und zum „Alten Verband“ war nicht einheitlich. Die KPD war, wie wir sahen, organisatorisch eng mit der „Union“ liiert. Viele syndikalistische Bergarbeiter im Raum Hamborn-Oberhausen suchten, entgegen den syndikalistischen Prinzipien, nach einer parteipolitischen Vertretung und sahen sie in der KPD. – Ähnlich gespalten zwischen Mitgliedern und Führung war die USP in ihrem Verhältnis zur „Union“ einerseits, zum „Alten Verband“ andererseits. Die Mehrheit der unionistischen Bergarbeiter im Zentrum der „Union“, im Raum Gelsenkirchen-Wattenscheid, organisierte sich in der USP. Diese Liierung der beiden Organisationen von der Basis aus paßte jedoch nicht zu der Politik, die die USP-Führung betrieb: die USP-Bezirksleitung in Hagen tat alles, um die Parteimitglieder vom Übertritt vom „Alten Verband“ zur „Union“ abzuhalten und innerhalb des „Alten Verbandes“ eine Opposition zu organisieren.[56] Das Handikap der Bezirksleitung lag darin, daß ihre Agitatoren aus dem Hagener Raum mit den speziellen Problemen der Bergarbeiterbewegung nicht besonders vertraut waren.[57] – Was die SPD betrifft, ist es überflüssig zu sagen, daß sie keinerlei Beziehungen zu „Union“ und „Freier Vereinigung“ hatte und eng mit dem „Alten Verband“ ver-

bunden war, dessen führende Funktionäre sämtlich Sozialdemokraten waren.

Wenige Worte noch zu den drei Arbeiterparteien SPD, USP und KPD selbst.

Die *SPD* verlor im Laufe des Jahres 1919 unter dem Eindruck des „Noske-Kurses" massenhaft Mitglieder an die USP. In kleineren Orten traten ganze Ortsvereine über. Auf diese Weise wurden die Funktionäre im inneren Parteileben immer dominierender, zumal der Bedarf der Partei an Funktionären – bei dem Mitgliederschwund auf den ersten Blick paradox – zunahm: die SPD-Funktionäre wurden stark beansprucht durch die neuen Funktionen, die sie nach der Revolution in Legislative und Exekutive übernahmen. Um ein wichtiges Beispiel zu nennen: Max König, langjähriger Bezirkssekretär der SPD in Dortmund, gegen Ende des Krieges zum Dortmunder Stadtrat gewählt, war Spitzenkandidat der SPD im Regierungsbezirk Arnsberg bei der Wahl zur Nationalversammlung und wurde im Oktober 1919 Regierungspräsident von Arnsberg. – Eine weitere Folge der Abwanderung von SPD-Mitgliedern zur USP war, daß die SPD ihren linken Flügel verlor. Der SPD-Parteitag Mitte 1919 sah eine – angesichts des geschehenen Terrors und der anwachsenden Reaktion – geradezu klägliche Opposition gegen Noske und den von ihm vertretenen Kurs.

Die Parteifinanzen dagegen litten unter den Massenaustritten anscheinend nicht. Sonst wäre es der SPD nicht möglich gewesen, im Laufe des Jahres 1919 vier neue Parteiblätter – in Gelsenkirchen, Recklinghausen, Hamm und Solingen – zu gründen. Damit verfügte die SPD über insgesamt 11 Organe im Industriegebiet.[58]

Dem Schrumpfen der SPD entsprach das Anwachsen der *USP* zur stärksten Arbeiterpartei im Ruhrgebiet. Sie konnte, gestützt auf starke Opferbereitschaft der Mitglieder, bereits Ende 1918 zwei neue Parteiblätter – in Hagen und Elberfeld – gründen, zu denen im September/Oktober 1919 zwei weitere – in Buer und Essen – traten. Damit verbreitete die USP ihre Auffassungen durch insgesamt 7 Organe.

So imposant der Aufstieg der USP war, im Innern war die Partei von vielfachen Gegensätzen erfüllt. (Wir unterscheiden deshalb in unserer Darstellung gelegentlich „Linksunabhängige" und „Rechtsunabhängige".) Einen der Gegensätze – „Union" oder Revolutionierung der Gewerkschaften – haben wir bereits kennengelernt. Die Auseinandersetzung um Rätesystem und Parlamentarismus wurde besonders heftig

in den ersten Monaten nach der Revolution geführt. Sie endete, nach einer permanenten Linksentwicklung der Partei, auf dem USP-Parteitag in Leipzig Ende 1919: Dieser beschloß ein Aktionsprogramm, nach dem die USP sich auf den Boden des Rätesystems stellte und als ihr Ziel die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates und die Diktatur des Proletariats durch die politischen Arbeiterräte formulierte; im aktuellen Tageskampf sollten alle Kampfmittel einschließlich der Beteiligung am Parlamentarismus benutzt werden. Vor dem Leipziger Parteitag war jedoch schon ein neuer Gegensatz in der Partei aufgebrochen – die Frage: Anschluß an die Kommunistische Internationale und, wenn ja, unter welchen Bedingungen? In gewisser Hinsicht war das neue Aktionsprogramm nur eine Überwölbung, ja Verkleisterung dieses neuen innerparteilichen Gegensatzes. Die Mehrheit des Parteitags beschloß, Beitrittsverhandlungen mit den russischen Bolschewiki zu führen und, möglichst im Verein mit anderen sozialrevolutionären Parteien und Parteiflügeln Westeuropas, notfalls jedoch auch allein, den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale zu vollziehen. – Die innerparteilichen Gegensätze überschnitten sich zum Teil: so stimmte z. B. der USP-Bezirkssekretär Konrad Ludwig aus Hagen auf dem Leipziger Parteitag für den bedingungslosen Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale, vertrat jedoch gleichzeitig das Konzept der Revolutionierung der Gewerkschaften.

Bemerkenswert ist, daß die tiefgreifenden Gegensätze die organisatorische Einheit der USP nicht sprengten. Eine wesentliche Ursache dafür war, daß der organisatorische Aufbau der Partei relativ demokratisch war (s. oben Seite 33).

Die *KPD* nahm im Laufe des Jahres 1919 im Vergleich mit der USP nur einen allmählichen Aufschwung. Die in den ersten Monaten des Jahres sich überall bildenden Ortsgruppen wurden zusammengefaßt zur Bezirksorganisation Rheinland-Westfalen mit dem Bezirkssekretariat in Essen.[59]

In der KPD gab es wie in der USP heftige Richtungskämpfe. Die Linkskommunisten, die bei der Gründung der Partei den Boykott der Wahl zur Nationalversammlung durchgesetzt hatten, entwickelten in wichtigen Punkten eine diametral andere Konzeption als der rechte Parteiflügel und die Berliner Zentrale. Sie lehnten prinzipiell die Beteiligung am Parlamentarismus und die Arbeit in den Gewerkschaften ab; sie wollten Partei und Gewerkschaften durch eine „Union“, die

„Allgemeine Arbeiter-Union" ersetzen, die sich aus den Betrieben als den Organisationseinheiten heraus aufbauen sollte. Die Rechtskommunisten dagegen betonten den Vorrang der revolutionären Partei in Vorbereitung und Durchführung der Revolution. Beim Organisationsaufbau waren die Linkskommunisten Anhänger des Föderalismus, die Rechtskommunisten Verfechter des Zentralismus. In der Theorie näherten sich die Linkskommunisten stark den Syndikalisten. In der Realität jedoch bot sich ein anderes Bild: Während die Syndikalisten sich auf den Kampf mit wirtschaftlichen Mitteln konzentrierten, waren die Linkskommunisten vielfach Putschisten, die glaubten, mit Aktionen entschlossener Minderheiten die Revolution beschleunigen zu können.
Auf einem Parteitag im Oktober in Heidelberg erklärte die KPD-Zentrale die Anhänger der linkskommunistischen Grundsätze für aus der Partei ausgeschlossen. Die innerparteiliche Debatte wurde jedoch noch einmal eröffnet und endgültig von einem Parteitag im Februar 1920 in Karlsruhe beendet. Zu diesem Zeitpunkt war im Ruhrgebiet die Spaltung noch nicht in allen Ortsgruppen vollzogen. Eine Sitzung des erweiterten KPD-Bezirksvorstands (rechtskommunistisch) am 10. März – also drei Tage vor dem Militärputsch – in Essen erbrachte folgende Bestandsaufnahme: Hamborn – etwa 1000 Mitglieder, „hier hat die (Links-)Opposition vorläufig noch keinen Eingang gefunden"; Kreis Dinslaken – auch hier „die Opposition nicht vertreten"; ebenfalls vorstandstreu: Remscheid – 1100 Mitglieder; Barmen mit ca. 500 Mitgliedern hat sich noch nicht entschieden (nach dem Ruhraufstand ging die Mehrheit nach links); Mülheim, Essen, Elberfeld, Hagen – in der Mehrheit zur Opposition übergegangen, im Bezirk Essen gab es noch 30, im Bezirk Hagen noch etwa 7 Mitglieder. Aus anderen Bezirken lagen keine Berichte vor. Der Gesamteindruck der Sitzung: „Die meisten Ortsvereine sind eingegangen. Dort, wo noch solche vorhanden sind, werden sie durch die Opposition zerwühlt, so daß man fast überall von neuem beginnen muß." [60] – Nach anderen Quellen hatte sich der Ortsverein Düsseldorf wie Barmen noch nicht entschieden, stand aber ebenfalls in der Mehrheit auf dem Boden der Opposition.[61] Die Ortsvereine in so großen Städten wie Dortmund und Gelsenkirchen hatten nur jeweils etwa 40 Mitglieder.[62] Die beiden KPD-Zeitungen, die im Ruhrgebiet erschienen – in Essen und Duisburg – wurden im Sinne des offiziellen Parteikurses (also der Berliner Zentrale und der Essener Bezirksleitung) redigiert.

Alle vier linksradikalen Arbeiterorganisationen – Freie Vereinigung, Union, USP und KPD – sahen sich immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen Watters und Severings, des Militärs und der Polizei konfrontiert, und zwar in unterschiedlicher Schärfe: die Syndikalisten, deren direkte Aktionen am meisten gefürchtet wurden, wurden von den härtesten Maßnahmen betroffen; etwas besser ging es der „Union" und der KPD, während die USP im wesentlichen durchgehend legal arbeiten konnte. Die unterschiedliche Behandlung von USP und KPD war auch einer der Gründe, warum die USP so sehr viel schneller wuchs als die KPD. Das gilt jedoch nur relativ – leicht hatte es auch die USP nicht. Das eben gegründete Essener USP-Blatt z. B. hatte es im Oktober gerade auf 9 Nummern gebracht, da wurde es von Watter im Einverständnis mit Severing wegen eines Artikels über den Hungerstreik der politischen Gefangenen im Zuchthaus Werl „bis auf weiteres" verboten.[63]

Möglich wurde diese Unterdrückungsmaßnahme wie so viele andere durch den Belagerungszustand, der während des ganzen Jahres 1919 nicht aufgehoben wurde. Nach dem Generalstreik im April war lediglich der „verschärfte" Belagerungszustand in den „einfachen" umgewandelt worden. Was mit dem letzteren immer noch möglich war, zeigte ein besonders aufsehenerregender Fall: Im Morgengrauen des 6. Juni 1919 besetzte das Freikorps Lichtschlag plötzlich Remscheid und verhaftete etwa 30 führende USP- und KPD-Mitglieder, die sofort nach Werl transportiert wurden. Auf dem Bahnhof warnten die Begleitsoldaten die Gefangenen: bei etwaigen Fluchtversuchen würden sie sofort schießen; darauf der Abgeordnete der Nationalversammlung Braß (USP): „Ich weiß, wie Fluchtversuche inszeniert werden!" Die Soldaten verwiesen ihm diese Worte, Braß wiederholte sie jedoch gegenüber dem Kommandanten Lichtschlag persönlich. Lichtschlag stellte Strafantrag wegen Beleidigung der Truppe, dem in 3. Instanz (Oberlandesgericht) stattgegeben wurde.[64] Die Gefangenen wurden monatelang in Werl in „Schutzhaft" gehalten. Der letzte kam erst im November wieder frei.[65]

Eine neue Repressionswelle setzte im Januar 1920 ein, als nach dem Blutbad vor dem Reichstag in Berlin der Ausnahmezustand verhängt wurde. Die gesamte linksradikale Presse wurde verboten. Wieder ein Beispiel: am 17. Januar drang in Barmen Polizei in eine KPD-Versammlung, die erste Sitzung eines Schulungskurses über „Sozialismus

und Syndikalismus", ein und transportierte die 40 Teilnehmer ins Gefängnis.[66] – Kaum waren die Zügel wieder etwas gelockert, wurden sie wiederum angezogen: linksradikale Zeitungen wurden verboten, die die Zwangsüberschichten kritisierten, u. a. das Duisburger KPD-Blatt und die USP-Blätter von Remscheid und Buer. Das Verbot des letzteren dauerte so lange, bis sich das Proletariat gegen den Militärputsch erhob und die Redakteure auf Watters und Severings Verbot pfeifen konnten.[67]

c) Militär und Polizei

Das Militär, das die Arbeiter immer wieder als Unterdrückungsinstrument des kapitalistischen Staates erfuhren, war ein provisorisches Gebilde, das erst nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Regierung und westlichen Siegermächten endgültige Gestalt gewinnen konnte. Eine erste Festlegung brachte der Waffenstillstand vom November 1918. Danach besetzten die Siegermächte die linksrheinischen Gebiete und drei Brückenköpfe (Köln, Koblenz, Mainz); rechts des Rheins wurde eine 10 km breite neutrale Zone gezogen. Die deutschen Militärs unterteilten die neutrale Zone in 4 Abschnitte parallel zu den 4 Besatzungsarmeen links des Rheins; Abschnitt I mit der Kommandantur in Wesel lag den Belgiern gegenüber, Abschnitt II mit der Kommandantur in Wipperfürth, später in Elberfeld den Engländern gegenüber. Im März 1920 war Kommandant von Abschnitt I General Kabisch, von Abschnitt II General v. Gillhaussen. – „Neutralität" des 10-km-Streifens ist nicht strikt zu verstehen: die deutsche Waffenstillstandskommission erreichte in Verhandlungen, daß „Polizeitruppen" im Streifen stationiert werden konnten. Deren Stärke war nicht unbeträchtlich; im März 1920 stand z. B. in Düsseldorf ein ganzes Regiment. Die Grenze des Brückenkopfes Köln verlief zwischen Remscheid und Solingen; Solingen mit seiner radikalen Arbeiterschaft war also von Engländern besetzt.

Ab Januar 1919 schossen die Freikorps wie Pilze aus dem Boden. Jeder Offizier, der sich dazu berufen fühlte, scharte Freiwillige um sich, meist im Anschluß an die Tradition eines Truppenteils der alten Armee. Dieser Wildwuchs wurde durch ein Reichsgesetz vom 6. März 1919 geordnet, das eine „vorläufige *Reichswehr*" schuf. In ihr hatten die Freikorps und die noch brauchbaren Reste des alten Heeres aufzuge-

hen. Verbleibende Lücken sollten durch weitere Werbung von Freiwilligen gefüllt werden. Der Dienst in der Reichswehr basierte von nun an einheitlich auf freiwilliger Dienstverpflichtung für ein halbes Jahr. In der Truppe sollten die Führungsgrundsätze des alten Heeres gelten; Soldatenräte wurden nicht mehr geduldet, nur noch Vertrauensleute der Mannschaften.[68]

Im Bereich des bisherigen 7. Armee-Korps (Münster) waren nach dem Gesetz vom 6. März zwei Brigaden (7 und 31) aufzustellen. Die Freikorps wurden einzelnen Regimentern zugeteilt.[69]

Am 30. September wurde das Generalkommando des 7. Armee-Korps unter v. Watter in „Wehrkreiskommando VI" umbenannt; gleichzeitig wurde sein Befehlsbereich erweitert, u. a. um die Provinz Hannover. Danach verfügte v. Watter über eine dritte, in Hannover stationierte Brigade. Seinerseits unterstand v. Watter dem Reichswehr-Gruppenkommando II in Kassel unter Generalleutnant v. Schoeler.[70] Das Gruppenkommando war die oberste Kommandobehörde für alle Truppen im Westen und Süden des Reiches.[71]

Der Versailler Friedensvertrag wurde am 28. Juni 1919 von Deutschland unterzeichnete und trat am 10. Januar 1920 in Kraft. Er begrenzte das deutsche Heer, das inzwischen auf etwa 450 000 Mann angewachsen war, auf 100 000 Mann. In Verhandlungen konnte die deutsche Regierung eine zeitliche Streckung der Reduktion erreichen: binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages, also bis zum 10. April 1920, auf 200 000, bis zum 31. Dezember 1920 auf 100 000 Mann.

Eine weitere Bestimmung des Friedensvertrages erweiterte die neutrale Zone rechts des Rheins von 10 auf 50 km Breite. Die Grenze verlief in Westfalen von Coesfeld (ausschließlich) über Dülmen – Olfen – die westlichen Vororte von Dortmund nach Hagen (alle Orte einschließlich); damit lag also fast das ganze Ruhrgebiet in der neutralen Zone. Bis zum 10. April 1920 gestatteten die Siegermächte die bisher im Abschnitt I und II des 10-km-Streifens erlaubten Truppen für den 50-km-Streifen weiter: 9 Bataillone, 3 Eskadronen, 2 Batterien. Für den Fall größerer Unruhen konnte die Reichsregierung die Genehmigung zum Einmarsch stärkerer Truppen beantragen. Nach dem 10. April durfte nur noch Polizei in der neutralen Zone stehen.[72]

Sobald die Begrenzung des Heeres auf 100 000 Mann feststand, also seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages Ende Juni 1919, ging die Reichsregierung an den großzügigen Aufbau einer staatlichen Poli-

zeitruppe, der in Grün gekleideten „*Sicherheitspolizei*“ (abgekürzt „*Sipo*“). Die Aufstellung selbst übertrug sie den Ländern – für das Ruhrgebiet also der preußischen Regierung –, sicherte sich jedoch durch Zuschüsse maßgeblichen Einfluß auf Gestaltung und Verwendung. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Sipo galten zwar mit Rücksicht auf den Friedensvertrag als „Beamte“, doch war die Sipo ein militärisches Gebilde. Das zeigte schon die Bewaffnung: Seitengewehr, Karabiner, Handgranaten, Maschinengewehre, Flammenwerfer, Feldgeschütze. Auch Ausbildung und Unterbringung waren militärisch. Nachdem sie in Polizeischulen mit dem Kasernendrill des alten Heeres ausgebildet waren, blieben die Sicherheitspolizisten auch in ihrem Stationierungsort kaserniert.[73] Die Polizeischulen der für das Ruhrgebiet bestimmten Sipo befanden sich in Münster, im Sennelager und in Wesel (die letztere, die in der neutralen Zone lag, hatten die Belgier genehmigt); in Paderborn wurde ein Polizei-Fliegerhorst gebildet. Die Aufstellung wurde geleitet von einem Organisationsstab unter Oberstleutnant v. Caprivi in Münster. Die Stärke der Sipo, die die Reichswehr in den Abschnitten I und II der neutralen Zone ablösen sollte, war auf 9250 Mann festgesetzt worden. Zum Zeitpunkt des Militärputsches waren jedoch erst Essen mit 668 Mann, Gelsenkirchen mit 308 Mann und Bochum mit 253 Mann belegt. 2670 Mann, z. T. noch in der Ausbildung, befanden sich in den drei Polizeischulen, darunter 327 Mann, die für Elberfeld, und 116 Mann, die noch für Essen bestimmt waren. Der Fliegerhorst in Paderborn, vom Ruhrgebiet zu abgelegen, hatte eine Gefechtsstaffel nach Münster gelegt. An ihrem endgültigen Stationierungsort war die Sipo dem jeweiligen Polizeipräsidenten unterstellt, der – wie im Kaiserreich – staatliche Hoheitsrechte ausübte (die Kommunalisierung der Polizei, eine wesentliche Errungenschaft der Novemberrevolution, war unter dem Noske-Kurs wieder beseitigt worden). Den Oberbefehl über die Sipo des Ruhrreviers hatte der Oberpräsident von Westfalen in Münster. So kam der zivile und zugleich der staatliche Charakter der Sipo zum Ausdruck, wenigstens nach außen. Unter dem Ausnahmezustand – und das war im damaligen Deutschland der Normalzustand – lag der Oberbefehl beim Militär, d. h. in unserem Fall bei v. Watter und seinen in den einzelnen Räumen und Städten liegenden Truppenführern.[74] Der Dualismus von Polizeipräsidien und Militär war jedoch anscheinend, wie wir am Beispiel Essens sehen werden, nicht ganz geklärt.

Während die Freikorps sich stark aus jungen Leuten der „besseren Kreise" rekrutierten, Offiziersanwärtern usw., meldeten sich zur Sipo bevorzugt Leute mit Fronterfahrung, vor allem Unteroffiziere. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen machten denn auch die Arbeiter die Erfahrung, daß die Sipo weit mehr zu fürchten war als die Freikorps.[75] Sipo und Freikorps glichen sich darin, daß beide aus Freiwilligen gebildet wurden, die aus allen Provinzen des Reiches kamen,[76] also keine Beziehung zur Bevölkerung der Städte hatten, in denen sie eingesetzt wurden. Die Freiwilligen wurden angelockt durch den guten Lohn und – noch wichtiger – die sichere Verpflegung. „Meine Freiwilligen haben nie Mangel gehabt", erinnerte sich der Führer eines Freikorps später.[77] Daß die Soldaten und Polizisten sich besser nähren konnten als die Arbeiter mit ihren Familien, erbitterte die arbeitende Bevölkerung besonders.
Neben Reichswehr und Sipo bestand noch eine dritte bewaffnete Organisation, die *„Einwohnerwehren"*. Nach einem Erlaß der preußischen Regierung vom 15. April 1919 sollten sie aus allen Schichten des Volkes gebildet werden; ihre Tätigkeit – Aufgaben, die normalerweise der Polizei zufallen – sollte im allgemeinen ehrenamtlich sein; die Wehrmänner waren auf die Republik und die Regierung zu verpflichten. Gewehre und Munition sollten zentral unter Aufsicht verwahrt werden, die Wehrmänner sollten höchstens die Gewehrschlösser mit nach Hause nehmen dürfen.[78] – Im Ruhrgebiet wurden solche Einwohnerwehren etwa ab Mai 1919 planmäßig aufgebaut. Severing erhob dagegen Einspruch: in vielen Orten, so argumentierte er, seien die Klassengegensätze so zugespitzt, daß die Bildung von Wehren aus allen Klassen unmöglich sei; würden jedoch reine Bürger- oder reine Arbeiterwehren gebildet, so würde der Klassenhaß noch gesteigert und neue Unruhe erzeugt.[79] Er hätte hinzusetzen können, daß der erstere Fall (Bildung reiner Bürgerwehren) weitaus wahrscheinlicher war, einmal weil die Ausrüstung der Wehren durch die Militärbehörden erfolgte, zweitens weil die Wehren durch die Polizei, im weiteren Sinne die Stadtverwaltungen geleitet wurden, drittens weil die Ehrenamtlichkeit Arbeitern im allgemeinen den Eintritt sehr erschwerte oder unmöglich machte. – Severing konnte sich jedoch gegen das Reichswehrministerium nicht durchsetzen, das den Ausbau der Einwohnerwehren forcierte. Bis Ende 1919 erreichten die Einwohnerwehren im Wehrkreis VI eine Stärke von rund 125 000 Mann mit 63 000 Gewehren

und 400 Maschinengewehren, Ziffern, die über denen aller anderen Wehrkreise in Preußen lagen.[80] Im Ruhrgebiet waren die Wehren aus den angegebenen Gründen im allgemeinen Bürgerwehren; nur in den kleineren Orten dominierten die Arbeiter in den Einwohnerwehren. In einzelnen Städten wie Bochum und Recklinghausen kam es zur Bildung „gemischter" Wehren in der Form, daß sich einige Kompanien aus Arbeitern, die übrigen aus Bürgerlichen zusammensetzten.
Ähnlich organisiert wie die Einwohnerwehren war die *„Akademische Wehr"* Münster. Sie wurde im Herbst aus Studenten der Universität Münster unter Führung des Professors der Jurisprudenz und Majors der Reserve Naendrup gebildert.[81] Wenn Severing sich bei den Einwohnerwehren Sorge um mögliche Unterwanderung von links machte[82] – bei *dieser* Formation brauchte kein Regierungsvertreter derartige Befürchtungen zu hegen; die Studenten im damaligen Deutschland standen bis auf verschwindende Minderheiten im Lager der Rechten.
Gegen wen sich der Aufbau all dieser bewaffneten Formationen – Reichswehr, Sipo, bürgerliche Einwohnerwehren, Studentenwehr – richtete, darüber konnte gar kein Zweifel bestehen: gegen den sogenannten „inneren Feind", den „Spartakismus" und „Bolschewismus", wie die gängigen Bezeichnungen lauteten. Das zeigte die Praxis, das zeigten die ständigen Übungen der Sipo, in denen Unterdrückung „spartakistischer Aufstände" geprobt wurde[83] – mit welchem Waffenarsenal, haben wir gesehen –, das zeigten aber auch die Geheimerlasse des Militärs. Am 11. Juli 1919 gab v. Watter eine Verordnung des Reichswehrministeriums an seine Truppenkommandeure weiter, in der es u. a. hieß:
„1. Im Einvernehmen mit dem Reichskommissar Severing sind entstehende Unruhen unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt niederzuschlagen ...
5. Sobald schwere Kämpfe es erforderlich machen, ist der Kommandierende General ermächtigt, anzuordnen:
Im Kampfe ist jeder, der mit der Waffe in der Hand am Kampfe gegen die Regierungstruppen teilnimmt, zu erschießen. Desgleichen ist jede Person zu erschießen, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kampf die Teilnahme am Kampf mit der Waffe gegen die Regierungstruppen nachgewiesen werden kann. Diese letzte Art von Erschießung darf erst stattfinden, nachdem ein aus der Truppe ... gebildetes Standgericht an Ort und Stelle eine Untersuchung abgehalten und ein Urteil gefällt hat ..."[84]

Am 11. September gab Major Friderici in Dorsten, verantwortlich für den Raum Bottrop-Gladbeck-Buer, Richtlinien an die Amtsmänner und führenden Polizeibeamten seines Bezirks heraus, in denen das „Verhalten beim Ausbruch der Unruhen" so geregelt wurde:
„Grundsatz: rücksichtslos im Keime ersticken ... Rücksichtsloser Angriff gegen revoltierende Bande und Volkshaufen, am besten von mehreren Seiten. Energischer Waffengebrauch. Wer sich mit der Waffe entgegenstellt, wird niedergeschossen, desgleichen wer der Verhaftung Widerstand entgegensetzt. Zu ihrem eigenen Schutz darf keine Polizei- oder Sicherheitstruppe zulassen, daß Volkshaufen oder auch einzelne verdächtige Personen näher als 30 Schritt an sie herankommen ..." [85]
Im Oktober präzisierte Friderici in einem „Merkblatt für das Verhalten der öffentlichen Sicherheitskräfte und Truppen bei Unruhen":
„a) Anfertigung von großen Warnungstafeln mit weithin leserlicher Aufschrift: Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!
Diese Tafeln sind etwa 30 m vor den Posten oder den errichteten Hindernissen so aufzustellen, daß sie von Unbefugten nicht entfernt werden können ...
b) Schreck- oder Warnungsschüsse haben sich als durchaus schädlich erwiesen. Sie werden von den Spartakisten nie angewendet und werden nur als Zeichen der Verhandlungsbereitschaft und der Schwäche ausgelegt; wirken auch demoralisierend auf die Regierungskämpfer, während sie die Zuversicht der Angreifer – und als solche müssen die Volksmassen angesehen werden – erhöhen ...
Also sofort scharf schießen und gut treffen! Rücksicht auf Frauen und Kinder natürlich soweit möglich. Daher kein Salvenfeuer im Anfang des Kampfes, sondern gutgezieltes Einzelfeuer, aber rechtzeitig, also auf gute Entfernung und vor allem Treffer!
Hat der angreifende Spartakistenhaufen gleich im Anfang furchtbare und empfindliche Verluste, so werden größeres Blutvergießen und schwere Kämpfe meist verhindert. Also gleich scharf zielen auf den Mann – gut treffen ..." [86]
Zweifellos sind ähnliche Verordnungen auch von anderen Truppenkommandeuren ergangen, nur sind sie, da immer unter äußerster Geheimhaltung verbreitet und nicht in den normalen Aktenverkehr gelangend, heute nicht mehr erhalten. So müssen uns die wiedergegebenen Dokumente genügen; und sie genügen, um sagen zu können: das Militär organisierte systematisch den Terror und den Bürgerkrieg.

Es fehlte auch nicht an weiteren Merkmalen für den organisierten Krieg im Innern. Das Wehrkreiskommando arbeitete ein umfangreiches Deckwörterverzeichnis und einen Zahlencode aus[87], und was noch weit wichtiger war: nicht nur die Zentrale in Münster, sondern praktisch jeder Truppenteil verfügte über ein System von Spitzeln und Provokateuren, mit dem die linksradikalen Organisationen überzogen wurden. Und wo das Militär voranging, mochte Severing nicht zurückstehen: auch er unterhielt für sein Amt in Münster einen Spitzeldienst.[88] Zuverlässig waren die Berichte, die die Spitzel lieferten, natürlich nicht; sie bauschten auf, verfälschten die Tatsachen oder logen ganz einfach, sei es, weil die Spitzel damit ihre Unentbehrlichkeit nachweisen wollten, sei es aus der psychischen Verfassung heraus, die ein solcher „Beruf" hervorbringt. Aber solche Berichte wollte das Militär haben, es brauchte sie, um immer wieder neue Vorwände zum Zuschlagen zu haben. Schlimmer noch war, daß die Agenten des Militärs sich nicht nur als Spione betätigten, sondern sich teilweise Stellungen in den Arbeiterorganisationen selbst errangen. In solchen Fällen war die Voraussetzung für Provokationen gegeben. So galt z. B. die etwa 40 Mitglieder starke KPD-Ortsgruppe von Gelsenkirchen als von Reichswehrspitzeln durchsetzt;[89] welche Folgen das hatte, werden wir noch sehen. Severing beklagt in seinen Erinnerungen, daß das Militär Agenten unterhalten habe, die ihre Tätigkeit benutzten, um „sich persönliche Vorteile zu verschaffen, und selbst vor unsauberen Mitteln zur Erreichung dieses Zieles nicht zurückschreckten"[90] – er beklagt, wie so oft, ein Einzelphänomen, ohne zu sehen, daß es unvermeidliche Folge des Systems der sich immer mehr festigenden Militärdiktatur war.

Und dieses System trat nach außen immer sichtbarer in Erscheinung. Gewaltsame Sprengungen und Störungen von Versammlungen durch die Truppen, klagt Severing, „waren an der Tagesordnung. In jeder Versammlung witterte man die Erörterung eines Komplotts gegen die bewaffnete Macht".[91] Besonders gefährdet waren natürlich sozialistische und pazifistische Veranstaltungen. In Osnabrück z. B. veranstaltete die „Friedensgesellschaft" einen Vortrag des Pazifisten Hellmut v. Gerlach. 30 schwerbewaffnete Leute des Freikorps Lichtschlag wollten den Saal betreten. Da Mitglieder der Truppe bereits vor einiger Zeit eine pazifistische Versammlung mit brutaler Gewaltanwendung gesprengt hatten, forderte der Saalordner sie auf, erst ihre Waffen abzulegen; daraufhin schoß einer ihm kurzerhand durch den Hals, und die

Kolonne nahm im Hintergrund des Saales Aufstellung. v. Gerlach, der sich nicht den Vorwurf der Feigheit zuziehen wollte, hielt trotz des blutigen Zwischenfalls seinen Vortrag, jedoch, wie er später schrieb, in dem ständigen Gefühl, er könne ebenfalls über den Haufen geschossen werden.[92]

Ein Militär, das so auftrat und auftreten konnte, konnte selbstverständlich mit dem Gefühl, Herr in Deutschland zu sein, nicht bei Sozialisten und Pazifisten haltmachen. Major Schulz, Führer eines in Mülheim liegenden Freikorps, spottete über „Herrn Noske", den „Allmächtigen", und rühmte sich, dem Adjutanten Severings, der Klagen über das Freikorps in Mülheim nachgehen wollte, im Offizierskreis eine saftige „Abfertigung" erteilt zu haben.[93] Und das war kein wildgewordener einzelner Truppenführer. Im August 1919 erklärte Hauptmann v. Hanstein, Leiter der Abteilung 1c (Nachrichten und Politik) des Wehrkreiskommandos, gegenüber dem westfälischen Abteilungsleiter der regierungsoffiziösen „Reichszentrale für Heimatdienst": „Die Reichsregierung sind ‚wir', d. h. die Militärgewalt. Deutschland ist durch das Militär vor dem Chaos bewahrt worden ... Die zivile Regierung ist eine Neben-Regierung."[94]

Bei dieser Überzeugung war es nur noch ein Schritt zu dem Gedanken, die „Nebenregierung" vollends abzuschütteln und zur ungeteilten Macht zu greifen – ein Schritt nur noch bis zum Plan eines Putsches.

d) Die Vorbereitung des Putsches und die Stellung der Verschwörer im Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte

Die Nationalversammlung in Weimar hatte noch nicht einen Monat getagt und die erste parlamentarische Regierung gebildet, da entstand bereits in den Köpfen führender Militärs der Gedanke, Noske müsse die Regierung übernehmen und mit diktatorischen Vollmachten ausgerüstet gegen „Aufruhr und Umsturz" vorgehen. Die Idee – noch nicht die Idee einer Militärdiktatur, aber einer Vorstufe dazu – wurde Noske bei verschiedenen Gelegenheiten unterbreitet; jedesmal winkte er ab, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil er den Erfolg in Frage gestellt sah. Bei jeder derartigen „Anregung", schrieb Noske später, habe er „den Projektmachern stets nachgewiesen, daß jeder Versuch, gegen den Willen der breiten Volksmassen regieren zu wollen, todsicher zur Katastrophe führen müsse".[95]

Den ersten Anstoß zu ihren Überlegungen erhielten die Militärs durch den offenen Bürgerkrieg in den ersten Monaten des Jahres 1919. Einen weiteren Anstoß gab dann der Friedensvertrag von Versailles. Die Agitation von Nationalisten und Militärs erregte sich besonders über die sogenannten „Schmachparagraphen" des Vertragswerks – Auslieferung des Kaisers und der deutschen Kriegsverbrecher, Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands. Weitverbreitet war unter den Militärs die Hoffnung auf eine bewaffnete Erhebung gegen das „Versailler Diktat". (Hindenburg dazu: „. . . ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.")

Diese Hoffnung wurde von der deutschen Regierung enttäuscht. Zwar schien zuerst eine eindeutige Mehrheit der Nationalversammlung für Ablehnung des Vertrags zu sein, die SPD schwamm kräftig auf der Welle „nationaler" Propaganda mit, Reichskanzler Scheidemann rief vor der Nationalversammlung pathetisch aus: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt?" und nannte den Vertrag „unannehmbar". Aber die Siegermächte bestanden unerbittlich auf Unterzeichnung und ließen sich auch die „Schmachparagraphen" nicht abhandeln; die Regierung Scheidemann trat zurück und wurde durch eine neue unter Gustav Bauer, dem zweiten Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften und bisherigen Arbeitsminister, ersetzt; und schließlich fand sich, buchstäblich in letzter Minute vor Ablauf der Frist, in der Nationalversammlung eine solide Mehrheit für die vorbehaltlose Unterzeichnung. Noske, Gegner der Unterzeichnung, blieb auf Bitten Eberts und der SPD-Fraktion auf seinem Posten und versicherte der Reichswehr in einem Aufruf, er habe sich im Kabinett „für die Nichtunterzeichnung dieses Gewaltfriedens eingesetzt"; sei jedoch „überstimmt worden".[96]

Der Aufruf sollte in der schweren Krise die Reichswehr noch einmal, über Noskes persönliche Autorität bei den Truppen, an die Regierung binden. Aber die Enttäuschung der Militärs über die ausgebliebene bewaffnete Erhebung saß zu tief, die aufgerissene Kluft ließ sich nicht mehr überbrücken. In Besprechungen Noskes mit den führenden Militärs in Berlin am 24. Juni 1919 schwang „ein ganz neuer Unterton des Mißtrauens" mit. General v. Lüttwitz, Chef des Gruppenkommandos I, d. h. Oberbefehlshaber aller Reichswehrtruppen in Nord-, Mittel- und Ostdeutschland, erklärte, „daß das Offizierskorps nach dem, was geschehen sei, das Vertrauen zur Regierung völlig verloren

habe. Es könne seine Dienste nur dann weiter zur Verfügung stellen, wenn es die Überzeugung gewinne, daß in Zukunft anders regiert werden würde als bisher. Die Truppe ... wolle von den ewigen Verhandlungen und Kompromissen mit den Unruhestiftern nichts mehr wissen. Allein von einer diktatorischen Regierung und von einem Kabinett tatkräftiger Männer, gleichgültig welcher Partei, sei ... die Rettung des Staates zu erwarten". Erstmals kam hier die Möglichkeit eines Putsches in Sicht. Die Ziele waren allerdings noch vage: schärferer Kurs gegen links, stärkere Bestimmung der Regierungspolitik durch das Militär, ein diktatorisches Kabinett „tatkräftiger Männer" ohne Rücksichten auf Parteien und Parlament (später sagte man besser verschleiernd „Fachminister"). Noske erwiderte, „es könne der Truppe nicht zugestanden werden, in die Politik des Reiches einzugreifen".[97] – Eine Truppe, zumal eine Söldnertruppe – so wäre dazu zu bemerken –, die ständig im Innern zur Durchsetzung politischer Ziele eingesetzt wird, fängt eines Tages notwendigerweise an, eigene politische Vorstellungen zu entwickeln und zu äußern.

Bereits einen Monat später wurde der erste Putschversuch unternommen. Noske war über umstürzlerische Bestrebungen im Garde-Kavallerie-Schützenkorps, einer in und um Berlin liegenden Elitetruppe, unterrichtet worden. Als ihm die Sache ernst zu werden schien, befahl er die Aufteilung des Korps und Verlegung in verschiedene Provinzen. Am 21. Juli ließ daraufhin Hauptmann Pabst, Stabschef des Korps und Haupt jener Clique, die im Januar die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht organisiert hatte, Truppen nach Berlin marschieren. Der beliebte Vorwand für militärische Aktionen, „es drohten kommunistische Aufstände", mußte auch diesmal herhalten. Ziel des Unternehmens war der Sturz der Regierung, Einsetzung von Lüttwitz als Militärdiktator, Bildung eines Kabinetts, das die militärischen Forderungen erfüllen sollte. In einem vorbereiteten Erlaß wurde u. a. für Herstellung und Verteilung von Streikaufrufen, Behinderung von Arbeitswilligen und für das Abreißen von Regierungsanschlägen die Todesstrafe angedroht.

General v. Lüttwitz und General Maercker (der Oberbefehlshaber der in Mitteldeutschland stehenden Truppen) fielen Pabst im letzten Moment in den Arm. Lüttwitz hatte sich nach seinen eigenen Worten mit den Fragen eines konterrevolutionären Unternehmens „noch zu wenig beschäftigt, es waren auch gar keine sonstigen Vorbereitungen

dafür getroffen, und es mangelte schließlich vor allen Dingen an einem Recht dazu vor dem Volk, denn mit der Revolution vom November 1918, die Verrat und Verfassungsbruch war, hatte es sich abgefunden".[98]

Immerhin war das Pabstsche Unternehmen für Lüttwitz der Anlaß, Möglichkeiten und Aussichten eines Putsches näher zu sondieren. In einer Besprechung mit seinen Truppenkommandeuren und Stabsoffizieren am 26. Juli erklärte er, „die innenpolitische Lage verschlechtere sich seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages dauernd, so daß er sich veranlaßt sehe, Direktiven für den Fall innerer Unruhen zu geben. Das erste und wichtigste sei, daß man im Augenblick der Gefahr eine neue starke Regierung bilde".[99] Diese Andeutung fand ein unterschiedliches Echo. Zwar konnte man sich auf „Leitsätze", quasi Bedingungen für die weitere Unterstützung der Regierung, einigen: Keine Auslieferung der Kriegsverbrecher; keine Verringerung der Reichswehr, solange „die bolschewistische Gefahr" bestehe; keine Beteiligung der USP an der Regierung; bessere Versorgung der Truppe und der zur Entlassung kommenden Soldaten. Jedoch konnten sich die Herren nicht in der Frage einigen, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollten, falls die Regierung sie ablehne. Nur die Hälfte sprach sich für „Zwangsmaßnahmen" aus, die übrigen wollten „dagegen höchstens einen Druck auf die Regierung ausgeübt wissen". – Um auch die Stellung der Befehlshaber im Westen zu erkunden, reiste Lüttwitz nach Osnabrück und Münster und machte die aufgestellten Forderungen bekannt. Der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos II, General v. Schoeler, äußerte sich zurückhaltend und vorsichtig, bei Watter dagegen fand Lüttwitz nach seinen eigenen Worten „Verständnis". Bei dieser Gelegenheit lernte Lüttwitz auch *Hauptmann Lichtschlag* kennen.[100] Seit dieser Begegnung war Lichtschlag Anhänger der Lüttwitz-Gruppe und der vermutlich wichtigste Kontaktmann der Verschwörer im Westen, der seinerseits ein Netz von Kontaktmännern aufbaute.[101]

Ein zweiter wichtiger Anhänger und Verbindungsmann der Verschwörer scheint im Laufe der Zeit der Kommandeur des in Düsseldorf stehenden Reichswehr-Regiments, *Major v. Rudorff*, geworden zu sein. Am 18. November erließ er ein geheimes Rundschreiben an seine Kompanieführer, in dem eine Reihe von Fragen gestellt wurden:

„*1. Wie denkt die Truppe über die augenblickliche wirtschaftliche Lage und deren politische Folgen?*

2. Ist das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Mann so, daß die Truppe unter allen Umständen in der Hand der Führer ist?

3. Wird der Führer ... hinter einen Führer [in Berlin] treten, der eine unparteiische bürgerliche Regierung der Arbeit, des Wiederaufbaues und der Ordnung militärisch stützen wird?"

In beigefügten Erläuterungen hieß es u. a.:

„Die Unfähigkeit der Regierung schafft Arbeitslosigkeit und damit in absehbarer Zeit Revolten des Hungers ... Erst eine wirklich sachkundige und parteilose Regierung der hohen Köpfe kann endgültig den Neuaufbau Deutschlands unternehmen. Es steht zu erwarten, daß sich auch höhere militärische Führer über diese Verhältnisse klar und bereit sind, eine über die wahren Verhältnisse Deutschlands unterrichtete Truppe so zu führen, daß die Parteiregierung von ihren Ämtern zurücktritt. Es muß festgestellt werden, inwieweit die Truppenführer derartigen Auslegungen zugänglich und geneigt sind, im Falle des endgültigen Zusammenbruchs der jetzigen Verhältnisse sich der Führung eines zielbewußten Generals zu unterstellen." [102]

Ein dritter Hauptverschwörer kam Anfang Februar 1920 an der Spitze eines Freikorps von Berlin ins Ruhrgebiet: *Major v. Lützow.* Seine Truppe wurde aus dem Verband der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (deren Stabschef Pabst gewesen war) herausgelöst und besetzte am 3./4. Februar Schwelm, Remscheid und Gummersbach. Sie hatte schon einen Feldzug durch das Innere Deutschlands hinter sich, der jedem Sozialisten bereits genug sagte: Teilnahme an der Unterdrückung des Berliner Generalstreiks März 1919, an der Zerschlagung der USP-Hochburg Braunschweig im April, an der Liquidierung der Münchener Räterepublik Anfang Mai. Und wer diese „Tradition" der Truppe nicht kannte, der sah die Fahnen, unter denen sie in den bergischen Städten einzog: während die Verfassung, die von der Nationalversammlung verabschiedet worden war, schwarz-rot-gold als Farben der Republik bestimmte, zog das Freikorps Lützow unter schwarz-weiß-roten Fahnen, den Farben der 1918 gestürzten Monarchie, ein und gab sich damit offen als monarchistisch-reaktionär zu erkennen.[103]

Der Führer dieses Freikorps, Major v. Lützow, gehörte also zum Kreis der Berliner Verschwörer. Das geht klar aus zwei Briefen hervor, die nach der Vernichtung des Freikorps von den Arbeitern in Remscheid gefunden und veröffentlicht wurden. Die Briefe beweisen zugleich, daß General v. Watter in den letzten Wochen vor dem Putsch von dem

bevorstehenden Unternehmen unterrichtet wurde und mit den Verschwörern – so unauffällig wie möglich, wie es seine Art war – zusammenarbeitete, eine Tatsache, die der Forschung bisher entgangen ist. Der erste Brief datiert vom 7. Februar und ist von einem der Verschwörer in Berlin an Lützow gerichtet. Aus ihm geht zunächst hervor, daß die Verlegung des Freikorps ins Ruhrgebiet nicht im Sinne der Verschwörer gelegen hatte und diese alle Anstrengungen unternahmen, „um das Korps nach Berlin zurückzubringen". Es sei nämlich anzunehmen, so heißt es, „daß wir vor Ereignissen stehen". Sodann bittet der Schreiber, Lützow möge sich ebenfalls in dieser Richtung bemühen:

„Der Chef [vermutlich Pabst], Hagemann, Böhmen, Brockdorff [vermutlich Decknamen] lassen sagen, daß Watter in Münster durchaus zuverlässig und ganz im Bilde ist ... Bei Watter vorsichtig sein, er muß anfangen. W[atter] wird einsehen, daß die Anwesenheit des Korps in Berlin wichtiger ist als dort ... Bitte bei Watter persönlich darauf hinwirken ..." [104]

Das scheint Lützow getan zu haben, ohne jedoch bei Watter ein williges Ohr zu finden. So wiederholte Lützow am 1. März in einem Brief an Watter – der zweite von den Arbeitern gefundene Brief – seine Bitte schriftlich, wobei er offenbar bei Watter Kenntnis der Zusammenhänge und grundsätzliche Sympathie voraussetzen und sich daher kurz fassen konnte:

„Sehr verehrte Exzellenz!

Die Aktion muß und wird bis spätestens zum 15. d[ieses] M[onats] vor sich gehen. Das Freikorps Lützow ist dazu unbedingt in Berlin erforderlich. Der Abtransport aus dem Rheinlande muß von Ihnen sofort befohlen werden, und zwar ohne Rücksicht auf die dortigen Verhältnisse und ohne vorheriges Infühlungtreten mit Reichswehrgruppenkommando 1 und Reichswehrministerium, da sonst zu viel Zeit verloren wird und die Genehmigung durch beide Stellen fraglich ist." [105]

Dieser Brief wurde noch einmal 1923 öffentlich erörtert, als Watter einen Beleidigungsprozeß gegen einen Redakteur des „Vorwärts" anstrengte (und gewann), der behauptet hatte, Watter habe 1920 auf Seiten der Putschisten gestanden – ein Prozeß übrigens, den Spethmann als wichtigen Beweis für seine Behauptung anführt, Watters Weste sei in dieser Beziehung blütenweiß geblieben. v. Lützow bekam es fertig, als Zeuge vor Gericht eidlich zu bekunden, es habe sich bei

dem Brief „um eine Anregung von Maßnahmen zur Abwehr eines Linksputsches“ gehandelt, „der in den ersten Märztagen befürchtet wurde“. Das war angesichts des eindeutigen Textes offenkundig eine Lüge, erfunden nach dem beliebten Muster, das uns nun schon mehrmals begegnet ist (das Gericht allerdings sah die Aussage als „glaubhaft“ an). Mißtrauen ist also am Platze gegenüber der weiteren Bekundung Lützows, der Brief sei überhaupt „nicht abgegangen, sondern Entwurf geblieben“.[106]

Es gibt noch weitere Anhaltspunkte für eine Komplicenschaft Watters. Fest steht nämlich, daß Lützow erstens vor dem Putsch die Geschütze seines Freikorps nach Berlin schickte[107] und zweitens am 11. März ein Kommando von Remscheid nach Zossen bei Berlin abgehen ließ, und zwar, wie ein Mitglied des Freikorps schrieb, „nur ausgesuchte, politisch einwandfreie Leute“.[108] Beides konnte Lützow nicht unternehmen, ohne daß es Watter bekannt wurde, er mußte also mindestens Watters stillschweigendes Einverständnis voraussetzen können. Das paßt genau zum Bild des vorsichtigen Taktikers, das Watter auch sonst macht. Hätte er auf die briefliche Bitte Lützows das Freikorps wieder nach Berlin geschickt, ohne seine vorgesetzten Stellen zu fragen, so hätte er sich offen als Putschist zu erkennen gegeben. So aber duldete und begünstigte er nur die Vorbereitungen der Putschisten in einer Form, die ihm wahrscheinlich niemals nachzuweisen sein würde.

Soviel zur militärischen Vorbereitung des Putsches. Wie stand es mit der politischen Vorbereitung?

Ende Oktober 1919 gründeten die Verschwörer in Berlin ein organisatorisches Zentrum für die Vorbereitung des Umsturzes, die „Nationale Vereinigung“. Von hier aus liefen die Fäden zu den zahlreichen Verbänden der „nationalen“ Opposition, zu den Vertrauensleuten und Ausschüssen in den Provinzen und zu den Truppeneinheiten. Geschäftsführer der Vereinigung war Hauptmann Pabst. Der wichtigste Mann im Führungsgremium war Dr. Wolfgang Kapp, der im Kreis der Verschwörer die einzige ausgearbeitete, also die maßgebliche politische Konzeption für den Putsch besaß.

Kapp, ausgebildet und promoviert in der klassischen Herrschaftswissenschaft, der Jurisprudenz, hatte bereits eine Karriere als Landrat und Vortragender Rat im preußischen Landwirtschaftsministerium hinter sich, als er 1906 von der Vereinigung der ostpreußischen Rittergutsbesitzer, der „Ostpreußischen Landschaft“, zum Generaldirektor

gewählt wurde. Im Reichstag saß er als Abgeordneter der Konservativen. Im Kriege fand er die Politik des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg bald zu „schlapp" und startete mit einer Broschüre unter Pseudonym einen Angriff, der in seiner maßlosen Polemik einen kleinen Vorgeschmack des Stils der Rechtsopposition in der Weimarer Zeit gab. 1917 gründete Kapp zusammen mit Admiral Tirpitz die „Vaterlandspartei", eine Vereinigung all jener, die die „Verzichtspolitiker" bekämpften und auf einen deutschen „Siegfrieden" hinarbeiteten, auf Annexion großer Gebiete und reiche Kontributionen der besiegten Länder. Nach der Novemberrevolution wurde Kapp Vorsitzender des ostpreußischen Landesverbandes der DNVP.

Kapps Konzeption für einen Militärputsch läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Sturz der „parlamentarischen Parteiregierung Ebert-Bauer".
2. Beseitigung der „die deutsche Kraft und Einigkeit zerrüttenden Revolutionsverfassung".
3. Errichtung einer starken, von Parteien und Parlament unabhängigen Exekutive.
4. Innerhalb der Exekutive Beseitigung des Weimarer Kollegialsystems, statt dessen klare Über- und Unterordnungsverhältnisse: an der Spitze „der politische Führer", der „nicht von der Gunst der öffentlichen Meinung getragen, sondern dieser durch die Stärke seines Könnens und Wollens den Stempel seiner Überlegenheit aufzudrücken weiß"; ihm untergeordnet die übrigen Minister, etwa entsprechend der Stellung der Staatssekretäre in der 1918 untergegangenen Bismarckschen Verfassung.
5. Beseitigung der „parlamentarischen Vorherrschaft der Sozialdemokratie", eventuell durch ein neues Pluralwahlsystem, das u. a. Alter, Ausbildung, Bodenständigkeit, Verdienste, Berufsstellung begünstigen sollte; auf jeden Fall jedoch durch Errichtung eines Zweikammersystems, in dem die bisherigen Parlamente nur noch den zweiten Platz einnehmen sollten.
6. Einrichtung einer berufsständischen Kammer, die im geplanten Zweikammersystem das primäre Beratungsorgan sein sollte.

Das alles lief hinaus auf die Wiederherstellung des alten autokratischen Staates der Epoche vor der Novemberrevolution, und dem entsprach die Art, wie Kapp sich die Durchsetzung seines Programms dachte: Das Militär sollte ihn auf den Posten des Reichskanzlers und des preu-

ßischen Ministerpräsidenten setzen, und dann sollte das neue System durch Dekrete von oben eingeführt werden. Daß er, Kapp, als Gründer der „Vaterlandspartei" nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in weiten Kreisen des Bürgertums diskreditiert war, kümmerte ihn nicht – der starke Mann an der Spitze sollte ja gerade von der „Gunst der öffentlichen Meinung" unabhängig sein; und schon gar nicht konnte und wollte er sich auf eine politische Massenbewegung stützen. Selbst zur DNVP hatte er ein kühles Verhältnis, weil sie seiner Meinung nach zu sehr „Partei" und daher auf Stimmenfang bedacht war.[109]

Das war ganz im Stile der preußischen Junker gedacht. Darin, daß Kapp sich um eine Massenbasis nicht einmal bemühte, lag seine eigentliche Schwäche. War es eine tödliche Schwäche, d. h. war sein Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt? Einer Antwort auf diese Frage versuchen wir uns zu nähern, indem wir die Stellung der *wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen* im März 1920 skizzieren.

Im Lager der militanten Konterrevolution standen im wesentlichen vier Gruppen: erstens *der grundbesitzende Adel,* bis 1918 die traditionelle Führungsschicht; zweitens *die Offiziere,* sowohl bereits ausgeschiedene als auch noch dienende; drittens *die akademische Schicht,* einschließlich der Studenten und Oberschüler; viertens *die protestantischen Kirchen.* Von der Mehrheit dieser vier Gruppen konnten die Putschisten Unterstützung erwarten. – Im Lager der Rechtsopposition zur Regierungspolitik, jedoch ohne aktive konterrevolutionäre Bestrebungen, stand eine weitere Reihe von Gruppen: *die Unternehmer,* deren Widerstand sich an den (zaghaften) Sozialisierungsbestrebungen der SPD und am Betriebsrätegesetz entzündete; *die Bauern,* die die Zwangswirtschaft der Regierung bekämpften; *die höheren Beamten,* in ihrer Lebenshaltung durch die schleichende Inflation bedroht, über die neue Konkurrenz von Parteifunktionären im Verwaltungsbereich erbittert und meist monarchistisch gesinnt. Bei diesen drei Gruppen konnten die Putschisten damit rechnen, daß sie sich neutral verhalten und bei einem Erfolg des Unternehmens „auf den Boden der Tatsachen" stellen würden. – Über *die Arbeiterschaft* brauchen wir an dieser Stelle nichts mehr zu sagen, sie stand zu einem erheblichen Teil in Linksopposition zur Regierung. *Die Angestellten* befanden sich damals gerade an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Gerade in den ersten Jahren nach der Novemberrevolution übte die Ideenwelt der sozialistischen Arbeiterbewegung eine große Anziehungskraft auf die Angestellten aus; erst

später, enttäuscht von dem endgültigen Niedergang der Arbeiterbewegung, wandten sie sich zunehmend der faschistischen Ideologie zu.[110]
Überblickt man die Positionen der verschiedenen Gruppen, so liegt eins auf der Hand: Die Regierung war schwach. Sie verfügte, ein Jahr nach ihrer Bildung aus den drei „Weimarer" Parteien SPD, Zentrum und DDP, zwar über eine respektable parlamentarische Mehrheit, aber die Zusammensetzung der Nationalversammlung, zustande gekommen in der Wahl vom Januar 1919, entsprach längst nicht mehr den politischen Mehrheitsverhältnissen im Lande. Der DDP liefen Mitglieder und Anhänger nach rechts, vor allem zur DVP, davon, wie der SPD Mitglieder und Anhänger nach links. Am stabilsten erwies sich das Zentrum, doch drängten die in ihm vertretenen Kräfte immer stärker nach rechts, was die Koalition zunehmend belastete. – In dieser Situation ergab sich – folgerichtig – zweierlei. Einmal suchten die Regierungsparteien die Legislaturperiode der Nationalversammlung möglichst zu verlängern, obwohl diese ihre eigentliche Aufgabe, die Verabschiedung der neuen Verfassung, bereits im August erledigt hatte. Zum andern verstärkten sich in der Koalition die auseinanderstrebenden Tendenzen; das machte die Regierung zunehmend zu neuen Initiativen unfähig, was das Hinauszögern von Neuwahlen wiederum sinnlos machte. Schon kam es im Kabinett zu Überlegungen, einzelne Ministerien (z. B. für Wirtschaft) zu „entpolitisieren", d. h. von den Parteien unabhängiger zu machen, oder Minister (z. B. für Verkehr) mit diktatorischen Vollmachten einzusetzen[111] – kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche. Hinzu kam, daß die Regierung immer mehr die Gefangene des Militärs war – die Ausnahmeverordnung vom 13. Januar 1920 (s. oben Seite 54) wurde praktisch von der Reichswehrführung um Lüttwitz erzwungen; seitdem bestand eine politische Führung in wesentlichen Bereichen nur noch formal.
Das Ergebnis unserer Analyse der innenpolitischen Lage im März 1920: Ein Putsch des Militärs würde mit der Regierung verhältnismäßig leichtes Spiel haben; sie wurde von keiner relevanten gesellschaftlichen Gruppe mehr wirklich unterstützt. – Die Stärke der Putschisten lag auf militärischem Gebiet; auf politisch-gesellschaftlichem fehlte ihnen eine Massenorganisation, und die konterrevolutionären Gruppen in der Gesellschaft waren nicht gewichtig genug, um diesen Mangel auszugleichen. Jedoch konnten die Putschisten hoffen, daß gewichtige Gruppen (Unternehmer, Bauern) zunächst eine abwartende Haltung einnehmen wür-

den. – Die allgemeine Frage nach den Erfolgsaussichten für einen Putsch spitzt sich also zu auf eine bestimmte Frage: Hatte die Politik der Regierung – der ständige Einsatz von Militär, der Belagerungszustand, die Schutzhaft, der schleichende und der manifeste Terror – *die Arbeiterklasse* zerstört oder nicht? War die 1919 von Provinz zu Provinz errichtete Konterrevolution zugleich das Ende der Revolution gewesen, oder hatte das Proletariat die Kraft, sich noch einmal zur revolutionären Aktion zu erheben?

Hatte das Proletariat diese Kraft, dann konnte es hoffen, die Fragen der Revolutionszeit von 1918/19 diesmal in seinem Sinne zu lösen, und zwar gewissermaßen in umgekehrter Reihenfolge. Blicken wir noch einmal zurück. Die Hamborner Streikbewegung – das zielte auf unmittelbare wirtschaftliche Besserstellung nach den furchtbaren Entbehrungen des Krieges. Die Essener Sozialisierungsbewegung – das zielte auf die Befreiung vom Druck der Unternehmer am Arbeitsplatz und die verantwortliche Mit- und schließliche Selbstbestimmung über die Produktion. Der Generalstreik im April – das war, wenigstens in einem wesentlichen Aspekt, das verzweifelte Aufbäumen gegen die um sich greifende Militärdiktatur. Eine Erhebung gegen einen Militärputsch, im März 1920, konnte bedeuten: Niederwerfung des Militärs und damit die Befreiung vom Garanten der kapitalistischen Ordnung – Sozialisierung der Produktion – und dann auch Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Bis dahin allerdings würden erhebliche Opfer zu bringen sein.

1 Die ersten 4 Abschnitte dieses Kapitels werden genauer ausgeführt in der angekündigten Untersuchung des Verfassers über die Revolutionszeit 1918/19 im Ruhrgebiet. Für summarische Feststellungen und geraffte Darlegungen dieser Abschnitte werden daher keine Nachweise gegeben. Vgl. Illustrierte Geschichte, S. 311–334.

2 Metzmacher, passim; zur Garnison Mülheim vgl. den Aufsatz von Böllert.

3 Die Hamborner Bergarbeiterbewegung vom November 1918 bis Januar 1919 wird in einem Aufsatz des Verfassers analysiert, der im nächsten Jahr in den „Duisburger Forschungen“ erscheint. Auf Einzelnachweise wird daher hier verzichtet. – Zum „Alten Verband“: Dörnemann, passim.

4 Zur Spaltung der SPD im Ruhrgebiet s. die Dissertation von Walther/Engelmann; zu den Parteiblättern: Koszyk, zu vgl. mit dem Bericht des

Verfassers für den Hauptvorstand der IG Metall „Periodika der Arbeiter- und Angestelltenbewegung im Ruhrgebiet 1848–1933“, 1969, Teil I.

5 Grundlegend für das Folgende: Kolb, passim.

6 Die Essener Sozialisierungsbewegung hat v. Oertzen analysiert. Seinen Ergebnissen kann ich nicht zustimmen (s. dazu den Aufsatz in den „Duisburger Forschungen“).

7 Überblick über Watters militärische Karriere: MA, Nr. 47, 1919-01-28. – Ernennung Watters: Watter, Freikorps, S. 75; Schulte, Bd. II, S. 315; Errettung, S. 22. – Telegramm an Wilhelm II.: Aussage Ernst (Hagen) im Essener Schwurgerichtsprozeß – VZD, 1919-08-23.

8 VZD, 1919-08-16.

9 Dörnemann, S. 57–59.

10 Illustrierte Geschichte, S. 372 ff.

11 S. 359 ff.

12 Dörnemann, S. 55–57, 59 f.; Illustrierte Geschichte, S. 327 f.

13 Dörnemann, S. 60; Illustrierte Geschichte, S. 328.

14 Dörnemann, S. 61 ff.; Illustrierte Geschichte, S. 329 ff.

15 Telegramm Noske an Severing, 1919-04-06 – NL Severing: Briefe, Nr. 79; Telegramm Preuß an Severing, 1919-04-08 – NL Severing: Briefe, Nr. 87. Beides auch in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 87, u. Severing, S. 25.

16 S. vorige Anmerkung, dazu Severing, S. 56.

17 Severing, S. 26–46.

18 S. 32.

19 Illustrierte Geschichte, S. 332 (nach Spethmann); dazu Severing, S. 34, u. Dörnemann, S. 67 f.

20 Teuber, Nr. 39, 1926-09-30.

21 Spethmann, S. 11 ff.

22 Severing, S. 72 f., 76.

23 Spethmann, S. 13 f., 41, 47.

24 Severing, S. 65–70; Illustrierte Geschichte, S. 333; Errettung, S. 70 f.

25 Dörnemann, S. 112–123. Die Kommission des Arbeitsministers: VstH, 1919-09-06, vgl. VstH, 1919-08-27, -29, 1919-09-01, -04.

26 Spethmann, S. 39, 43.

27 Severing, S. 63 f.; Spethmann, S. 43 ff.

28 Severing, S. 110–116; Düwell, S. 11; KPD-Flugblatt bei Spethmann, S. 332 f.

29 Spethmann, S. 51 ff., 62 ff.

30 Düwell, S. 10 f.; Schulz, S. 22; Spethmann, S. 55 f.; Errettung, S. 80.

31 Illustrierte Geschichte, S. 433–435.

32 Böttcher, S. 119 f. Zur Problematik: Ff Ztg, 1920-03-18, Ab.

33 Spethmann, S. 59.

34 Severing, S. 121–124; Düwell, S. 10; Spethmann, S. 62, 64.

35 Dörnemann, S. 139–141; Teuber, Nr. 40, 1926-10-07.

36 Die neuen Preise des Kohlensyndikats in VstH, 1920-01-09.

37 Spethmann, S. 63.

38 S. 63 f.
39 Severing, S. 124 f.; Spethmann, S. 64 f.; Düwell, S. 11. „Mathias Stinnes“: Soz Rep, 1920-02-10. Kriegsgericht: Dörnemann, S. 151 Anm. 86.
40 Severing, S. 125 f.
41 Severing, S. 127–129, vgl. S. 74; Spethmann, S. 66; Dörnemann, S. 144 f.; Schmidt, S. 118.
42 Spethmann, S. 68 f.
43 Verbot der „Freiheit“ (KPD), Duisburg – RF, 1920-03-03; der „Ruhrwarte“ (USP), Buer – Rw, 1920-03-14; der „Bergischen Volksstimme“ (USP), Remscheid – Soz Rep, 1920-02-26, 1920-03-01; u. ä.
44 VZD, 1920-03-22.
45 VstH, 1920-03-13.
46 Dörnemann, S. 269 (die Prozentzahl vom Vf. errechnet).
47 S. 140.
48 Spethmann, S. 30.
49 Dörnemann, S. 140 f.; Teuber, Nr. 40, 1926-10-07.
50 Verband der Bergarbeiter Deutschlands: Jahrbuch für 1919, Bochum (1920), S. 65.
51 Allgemeine Bergarbeiter-Union (Zentralzechenrat), Jos. Koering, Essen, an die Zentrale der KPD, Berlin, 1919-08-31, in STAM: Kr. Steinfurt, Landratsamt 822.
52 Vtr, 1919-09-27; VstH, 1919-09-22; M. Troll in VstH, 1920-01-19.
53 Stat. Reichstagswahl 6. Juni 1920, 2. Heft, S. 68 (27,0 %; Reichsdurchschnitt 1,7 %).
54 Synd, 2. Jg., 1920, Nr. 3 u. 20.
55 M. Troll in VstH, 1920-01-19.
56 Beispiel: Ernst (Hagen) am Rande der 21. GV des „Alten Verbandes“ in Bielefeld vom 15. bis 21. Juni 1919 – Dörnemann, S. 109 f.
57 Vgl. die Konferenz der USP-Bergarbeiter des Kreises Dortmund am 24. August 1919 in Dorstfeld – VstH, 1919-08-27.
58 Vgl. den in Anmerkung 4 genannten Bericht des Verfassers (auch für den folgenden Absatz).
59 Peter Maslowsky, Essen, an die Zentrale der KPD, Berlin, 1919-08-28, in STAM: Kr. Steinfurt, Landratsamt 822.
60 Archiv des Instituts f. Marxismus-Leninismus, Berlin (Ost): KPD Bezirk Niederrhein, D. Do. VI/112, Bl. 9, zit. von Walther/Engelmann, S. 18 Anmerkung.
61 Inserat der KPD Düsseldorf in VZD, 1920-04-29.
62 Dortmund: Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21; vermutlich von Meinberg übernommen: Brauer, S. 28. – Gelsenkirchen: Volkswille (SPD), Gelsenkirchen, 1920-04-19.
63 BVst, 1919-10-23.
64 BVst, 1919-06-07, -11; VstH, 1920-01-17.
65 BVst, 1919-06-11, -16, -23, 1919-07-19, -24, 1919-09-03, -17, 1919-10-11, 1919-11-07; vgl. Severing, S. 84 f.
66 Vtr, 1920-01-19.

67 S. Anmerkung 43.
68 Errettung, S. 58. Ein Auszug aus dem Gesetz bei Maercker, Anlage 9.
69 Errettung, S. 66–69. Zu den psychologischen Problemen bei Eingliederung der Freikorps in die neuen Regimenter s. das interne Papier des Freikorps Lichtschlag mit dem Titel „Tradition" in BAst, 1920-04-20.
70 Errettung, S. 74.
71 Lüttwitz, S. 66.
72 Errettung, S. 72–74, 81.
73 Errettung, S. 72, 75 f., 89; Bertkau, passim; Soz Rep, 1919-10-15; Cuno, S. 3 a.
74 Errettung, S. 75 f., 82, 90–92. Ferner zum Stand der Aufstellung der Sipo im März 1920: Wf Mk, 1920-03-24, Mo; zu den Flugzeugen: STAM: Oberpräsidium B 4258; zu den Polizeipräsidenten: Bericht von OB Luther f. d. Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-10, u. ö.
75 Bericht eines bürgerlichen Journalisten über eine Fahrt zur Front vor Wesel, in KVZ, Nr. 238, u. Mh Ztg, 1920-03-27.
76 Am besten ersichtlich aus den Gefallenenlisten der Märzkämpfe; siehe z. B. für die am 19. März 1920 in Remscheid gefallenen Mitglieder der Freikorps Lützow und Hacketau StA Remscheid: NKI/7 I.
77 Loewenfeld, S. 151.
78 Errettung, S. 59.
79 Severing, S. 103 f.
80 Severing, S. 106 f.; Errettung, S. 59 f., 75; vgl. Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-13.
81 Schulte, II, S. 328 Anm.; Errettung, S. 75.
82 Severing, S. 106 f.
83 Kambrik, Polizei, 1930-03-11.
84 Veröffentlicht in VZD, 1920-03-31 = VstH, 1920-04-10. Vgl. Brauer, S. 20.
85 StA Gladbeck: C 188.
86 StA Datteln: Akte aus STAM: Kr. Recklinghausen, Amt Datteln, Nr. 1.
87 STAM: Landratsamt Dortmund, B 316.
88 NL Severing: A 29, dort Abrechnung über den „Industrie"-Fonds, Zahlungen an „Heintz".
89 Volkswille (SPD), Gelsenkirchen, 1920-04-19.
90 Severing, S. 88 f.
91 S. 89.
92 Gerlach, S. 256 f.
93 Schulz, S. 22, 16.
94 O. Hoffmann in Vtr, 1920-03-26.
95 Erger, S. 22 ff.; das Zitat bei Noske, Kiel, S. 196.
96 Stampfer, S. 124–131; vgl. Illustrierte Geschichte, S. 404–408.
97 Volkmann, S. 315; dazu Erger, S. 30 f.
98 Erger, S. 36 f.; Lüttwitz, S. 83–85 (hieraus die Zitate).
99 Volkmann, S. 326.
100 Lüttwitz, S. 85–87; Erger, S. 42–44.

101 S. die nach der Vernichtung des Freikorps Lichtschlag (15. bis 17. März 1920) aufgedeckten Zusammenhänge; ferner Mitteilung des VRs Unna in VstH, 1920-03-23, und Meinberg in öff. KPD-Vers. in Dortmund am 15. August 1920 – STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262.
102 Nrh Vst, 1920-05-11.
103 Errettung, S. 82; Remscheider Märzkämpfe, S. 14–16.
104 VstH, 1920-03-30.
105 Vtr, 1920-04-17. BAst, 1920-04-15, hat denselben Text, jedoch mit dem Datum 11. März 1920.
106 Spethmann, S. 341.
107 Remscheider Märzkämpfe, S. 24.
108 Brief eines Mitglieds des Freikorps Lützow, irrtümlich datiert 14. 2. 1920, richtig vermutlich 13. 3. 1920, Faksimile in Salomon, S. 389.
109 Erger, S. 85–88, 97–100, 157–159.
110 Nach Erger, S. 60–63; dazu Rosenberg, S. 89–95.
111 Erger, S. 82.

2. Kapitel

Der Putsch und die Reaktionen der bewaffneten Macht, der Staatsbeamten und der Bourgeoisie

„Er (Severing) war es ja auch, der damals ‚im Wetter- und Watterwinkel' überspannte Generale zurechtwies und durch seine Verhandlungskunst eine Befriedung der aufgeregten Gemüter herbeiführte. Das alles haben ihm die Bergarbeiter nicht vergessen ...“

Carl Severing, Freund der Bergarbeiter, in: Die Bergbau-Industrie (Zeitschrift der IG Bergbau), 5. Jg., 1952, S. 249.

1 Der Putsch

Ende Februar 1920 forderten die westlichen Siegermächte die Reichsregierung kategorisch auf, die Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld, zwei aus der Marine hervorgegangene Freikorps, aufzulösen. (Der Friedensvertrag beschränkte die Stärke der Reichsmarine auf 15 000 Mann.) Das führte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Noske und Lüttwitz: Lüttwitz wollte sich der Forderung der Siegermächte widersetzen, doch Noske verfügte am 29. Februar die Auflösung der Brigaden zum 10. März.

Am folgenden Tage feierte die Brigade Ehrhardt im Militärlager Döberitz bei Berlin ihr einjähriges Bestehen mit einer großen Truppenparade, die Lüttwitz abnahm. Noske war demonstrativ nicht geladen worden. In seiner Ansprache rief Lüttwitz aus: „Ich werde nicht dulden, daß mir eine solche Kerntruppe in einer so gewitterschwülen Zeit zerschlagen wird!“

Die Dinge trieben zum endgültigen Bruch. Als Noske und v. Seeckt,

der Chef des Truppenamtes, am 6. März Lüttwitz aufforderten, den Auflösungsbefehl zu befolgen, weigerte sich Lüttwitz. In einer Besprechung der führenden Militärs bei Noske am folgenden Tage widersetzte sich Lüttwitz den besprochenen Maßnahmen zur Heeresverminderung, wiederum vor allem der Auflösung der Marinebrigade.

Am 10. März, 18 Uhr, erschien Lüttwitz bei Ebert, um seine Forderungen vorzutragen:

1. Sofortige Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahl zum Reichstag;
2. Einsetzung von Fachministern in den Ministerien des Auswärtigen, der Wirtschaft und der Finanzen;
3. Schaffung eines Oberbefehlshabers der gesamten Reichswehr in seiner Person und Absetzung des Chefs der Heeresleitung, General Reinhardt (des, wie sich bald zeigte, einzigen führenden Militärs, der bedingungslos auf der Seite der Reichsregierung stand);
4. Zurücknahme der Auflösungsbefehle.

Ebert lehnte die Forderungen ruhig, aber bestimmt ab. Der ebenfalls anwesende Noske dagegen reagierte heftig auf die ultimative Form, in der Lüttwitz seine Forderungen vorgebracht hatte: Das klinge nach Androhung eines Militärputsches, sagte er, und das lasse er sich nicht gefallen. Im Zorn ging man auseinander.

Nun hatte Lüttwitz praktisch nur noch die Wahl zwischen Abschied und Staatsstreich, Noske mußte also mit allem rechnen. Noch immer sorglos, rechnete er jedoch nur mit dem Nachgeben des Generals. Am folgenden Morgen ersuchte er Lüttwitz, in Urlaub zu gehen. Lüttwitz nahm das zur Kenntnis und begab sich ins Lager Döberitz.

Bereits auf dem Wege traf Lüttwitz Korvettenkapitän Ehrhardt. Er unterrichtete ihn über die Ablehnung seiner Forderungen durch Ebert und Noske und fragte dann, ob Ehrhardt mit seiner Brigade noch am selben Abend Berlin besetzen könne. Ehrhardt: Er sei dafür, den Abmarsch bis zum Abend des nächsten Tages zu verschieben; er wolle erst noch die Haltung der in und bei Berlin ste enden Truppen und der Sipo erkunden, auch brauche seine durch Übungsmärsche ermüdete Truppe eine Atempause.

Daß Lüttwitz die eintägige Verzögerung hinnahm, ist nur so zu erklären, daß er sich über die politische Dimension des Putsches, den er da befahl, nicht im klaren war. Anders Kapp. Er hatte Lüttwitz bereits vor dessen Unterredung mit Ebert und Noske davor gewarnt,

es zum Bruch kommen zu lassen, da das Unternehmen politisch noch nicht zureichend vorbereitet sei; nach Eintreten des Bruchs dagegen drängte er nun auf rasches Handeln, um wenigstens das Moment der Überraschung im Operationsplan zu sichern, das entscheidend dafür war, daß die Putschisten die Reichsregierung gefangensetzen konnten.
Noske, von mehreren Seiten über die Absichten der Putschisten gewarnt, nutzte die gewonnene Frist schlecht; sein Handlungsspielraum war allerdings, was sich bald zeigte, nicht mehr groß. Um 9 Uhr erließ er Haftbefehle gegen Kapp, Oberst Bauer, Hauptmann Pabst und die beiden Journalisten Schnitzler und Grabowski, das heißt nur gegen den innersten Verschwörerkreis. Aber auch von diesen wurden nur die beiden letzteren gefaßt, wobei der Polizei bei Schnitzler umfangreiches Material zur detaillierten Vorbereitung des Putsches in die Hände fiel. Kapp, Bauer und Pabst dagegen wurden direkt aus dem Polizeipräsidium vor ihrer bevorstehenden Verhaftung gewarnt und konnten sich leicht in Sicherheit bringen. Welche Rolle dabei der sozialdemokratische Polizeipräsident Ernst gespielt hat, läßt sich nicht mehr mit Sicherheit ausmachen; zum mindesten aber kann man sagen, daß er die Zügel schleifen ließ und so die Sabotage begünstigte. Am Nachmittag desselben Tages hatte der zivile Chef der Sipo, Regierungsrat Doyé aus dem preußischen Innenministerium, eine Unterredung mit Kapp, den er von Amts wegen hätte verhaften sollen.
Der Haftbefehl gegen die fünf genannten Verschwörer war alles, was Noske am 11. März gegen den drohenden Putsch unternahm. Erst am Morgen des 12. März ging er etwas weiter. Er setzte Reichswehr und Sipo in Alarmbereitschaft, was er damit begründete, daß nach vorliegenden Nachrichten „von rechtsradikaler Seite beabsichtigt" sei, „die Regierung heute oder in den nächsten Tagen zu stürzen". Außerdem gab er weitere Verhaftungsbefehle; sie wurden jedoch nicht durchgeführt. Erst am Nachmittag, als General v. Oldershausen, der vorläufige Nachfolger von Lüttwitz im Reichswehrgruppenkommando, Noske die Nachricht überbrachte, die Marinebrigade werde in der kommenden Nacht aus Döberitz nach Berlin marschieren, befahl Noske zwei Regimentern Sipo und einem Regiment Reichswehr, das Regierungsviertel militärisch zu sichern, und informierte dann das gerade tagende Reichskabinett. Dabei verharmloste er die bestimmte Nachricht v. Oldershausens zu einem „Gerücht"; Zweck des Unternehmens sei, sagte er weiter, eine neue Regierung zu

erzwingen. Das Kabinett hielt die von Noske getroffenen Abwehrmaßnahmen für ausreichend und im übrigen die angeblichen Pläne der Marinebrigade für so wenig bedrohlich, daß es die Beratung der Angelegenheit „aus Mangel an Zeit“ auf den 15. März vertagte. Das lag nun allerdings nicht nur an Noskes Berichterstattung; vielmehr hatte der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, v. Berger, erst am 8. März einen Bericht an die Minister erstattet, in dem zwar viel über die Agitation der Rechtsparteien, kein Wort jedoch über die Absichten von Lüttwitz und über den Verschwörerkreis in der „Nationalen Vereinigung“ zu lesen war. Kein Wunder: v. Berger pflegte nach rechts die besten Beziehungen, traf sich häufig mit Pabst und suchte die Putschvorbereitungen in der „Nationalen Vereinigung“, über die er informiert war, möglichst wenig zu stören. – Am Schluß der Kabinettssitzung traf die Nachricht ein, die Marinebrigade bereite den Abmarsch vor. Als der preußische Innenminister Heine (SPD) Noske besorgt fragte, welche Gegenmaßnahmen zu treffen seien, erklärte dieser: „Nichts ist daran, es ist blinder Lärm wie schon wiederholt.“ Er vertraute auf die Loyalität der Generale und hielt daher Lüttwitz und Ehrhardt für isoliert; im übrigen war er sicher, daß die bereits getroffenen Gegenmaßnahmen funktionieren würden. Er mußte jedoch bald erkennen, daß das Gegenteil der Fall war.
In einer anschließenden Besprechung mit mehreren Militärs wollte Noske zunächst einmal wissen, was genau im Lager Döberitz vorgehe. Von Noskes Vorhaben, selbst das Lager in Augenschein zu nehmen, riet General Reinhardt dringend ab, weil er Noskes Festnahme befürchtete. Der Chef der Reichsmarine, Vizeadmiral v. Trotha, übernahm die Erkundung. v. Trotha, der mit den Putschisten sympathisierte, kündigte Ehrhardt seinen Besuch telefonisch vorher an. So konnte er, äußerlich gerade noch korrekt, nach seiner Rückkehr Noske mitteilen, im Lager sei alles ruhig. Inzwischen verbreitete sich unter den Befehlshabern von Reichswehr und Sipo der Grundsatz: „Truppe kämpft nicht gegen Truppe!“ Man führte Noskes Befehle zur Verteidigung Berlins so unzulänglich aus, daß ein ernsthafter Widerstand gegen die Marinebrigade überhaupt nicht geleistet werden konnte; ein General bat sogar Ehrhardt direkt, vor seinem Einmarsch einen Offizier zu Verhandlungen vorauszuschicken.
Hier brach Noskes gesamte Politik zusammen: die Politik der Niederhaltung der Arbeiterbewegung mit reaktionären Truppen als

Voraussetzung für die Durchsetzung des bürgerlichen Parlamentarismus. Als illusionär erwies sich jetzt die Voraussetzung dieser Politik – die Annahme nämlich, die Truppen würden loyal bleiben gegenüber der von der SPD geführten Regierung, die sie gegen links eingesetzt hatte, ja die Truppenführer würden sich an die Republik heranführen lassen auf dem Wege persönlicher Loyalitäten. Jetzt zeigte sich: die Republik als Staatsform war nicht zu halten nach Niederschlagung der Arbeiterbewegung, also derjenigen gesellschaftlichen Kraft, die diese Staatsform durchgesetzt hatte.

Noske selbst verschloß bis zum letzten Moment die Augen. Noch um Mitternacht erklärte er seinem Parteifreund Kuttner, „daß er seinen bisherigen Optimismus nicht fahren lasse, an das Gerede aufgeregter Leute von einer bevorstehenden militärischen Katastrophe glaube er nicht. Ehrhardt sehe gar nicht so aus, als ob er auf Berlin marschieren wolle, in Döberitz sei es ganz ruhig, und im übrigen habe er alle Vorkehrungen getroffen".

Tatsächlich war die Brigade bereits aus Döberitz abmarschiert. Um 1 Uhr nachts versammelten sich die führenden Militärs im Reichswehrministerium. Zwei Generäle, die noch in letzter Minute in Döberitz versucht hatten, Ehrhardt zum Verhandeln zu bewegen, überbrachten die Antwort, die er ihnen gegeben hatte: eine Wiederholung der bekannten Bedingungen des Generals v. Lüttwitz. Einen Bescheid über Annahme oder Ablehnung wollte Ehrhardt um 7 Uhr morgens an der Siegessäule entgegennehmen. Noske lehnte dieses Ultimatum ab und forderte die Militärs auf, den Meuterern mit Waffengewalt entgegenzutreten. Doch außer General Reinhardt und Noskes Adjutant lehnten alle ab. Ihre Argumente: zu geringe Stärke von Reichswehr und Sipo in Berlin; verbreitete Sympathie mit der Marinebrigade unter den Truppenverbänden, also mangelnde Kampfentschlossenheit; sicher voraussehbare Zerstörung aller Befehlsverhältnisse und damit der Reichswehr überhaupt, wenn es zum Kampf Truppe gegen Truppe komme. v. Seeckt faßte den Standpunkt der versammelten Militärs prägnant zusammen in dem Satz: „Eine Felddienstübung mit scharfen Patronen zwischen Berlin und Potsdam können wir nicht machen." Noske beendete die Sitzung mit der Frage: „Bin ich denn ganz verlassen?"

Vom Reichswehrministerium begab sich Noske mit Reinhardt, v. Seeckt und v. Oldershausen in die Reichskanzlei, wo sich die eilig

zusammengerufenen Minister des Reichs und Preußens, soweit erreichbar, versammelten. Gegen 4 Uhr begann die Sitzung unter Eberts Vorsitz. Die Forderungen von Lüttwitz–Ehrhardt wurden gar nicht erst diskutiert. Die erste Frage, die aufgeworfen wurde, war die, ob den Truppen Widerstand gegen die Putschisten befohlen werden solle. v. Seeckt plädierte wiederum gegen einen solchen Befehl. Ein Gesichtspunkt wurde den Ministern in der Debatte zunehmend wichtig. Sie sahen einen Eideskonflikt bei den Truppen voraus, wenn man ihnen gegen einen General anzutreten befahl, der bis vor zwei Tagen ihr Befehlshaber gewesen war. Bei Rücknahme der Truppen dagegen „waren sie mit ihrem Eide nicht in Konflikt gekommen und blieben bei dem zu gewärtigenden baldigen Zusammenbruch des Abenteuers für später sofort wieder verwendungsbereit". Gedacht war dabei an einen Linksaufstand, der sich aus dem Putsch ergeben könnte. Eine aufschlußreiche Argumentation: trotz der Putschisten vor den Toren Berlins erschien den Ministern noch immer der „Aufstand von links" als die bedrohlichste aller Gefahren, und sie trafen schon jetzt Vorsorge für den Zeitpunkt, in dem sie gegen diese Gefahr eine intakte Reichswehr als Abwehrinstrument brauchen würden. In dieser politischen Haltung liegt bereits das ganze Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Arbeiteraufstand an der Ruhr beschlossen.

Die zweite Frage, die diskutiert wurde, war die, ob Reichs- und Landesregierung in Berlin bleiben oder an einen sicheren Ort fliehen sollten. Nach langer Debatte wurde ein Kompromiß beschlossen: Vizekanzler Schiffer (DDP) und einige weitere Minister bleiben als Vertreter der Reichsregierung zurück; Ebert, Reichskanzler Bauer und die übrigen Minister begeben sich nach Dresden, von wo aus sie den Widerstand gegen den Putsch organisieren.

Während der Sitzung arbeitete der Pressechef der Reichskanzlei Rauscher (SPD) im Auftrag der SPD-Minister einen Aufruf zum Generalstreik aus. Bedenkt man, welche Politik die Reichsregierung unter Führung der SPD seit über einem Jahr betrieben hatte, bedenkt man weiter, daß die Minister auch jetzt noch die Sorge hatten, wie sie die Reichswehr als Kampfinstrument beisammenhalten konnten, dann wird die ungeheure Demagogie des Aufrufs sichtbar:

„Arbeiter, Genossen!

Der Militärputsch ist da! Die Marinedivision Ehrhardt marschiert

auf Berlin, um eine Umgestaltung der Reichsregierung zu erzwingen. Die Landsknechte, welche sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, wollen Reaktionäre auf die Ministerposten bringen. Wir weigern uns, uns diesem militärischen Zwang zu beugen. Wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landsknechtregiment wieder anzuerkennen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.
Arbeiter, Genossen!
Wir müßten uns vor Euch schämen, wenn wir anders handeln würden ... Wendet jedes Mittel an, um diese Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten. Streikt ..., schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab, kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik, laßt alle Spaltung beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Rückkehr Wilhelm II.: Die Lahmlegung jedes Wirtschaftslebens! ... Proletarier, vereinigt euch!"

Auf einmal besann sich die Regierung wieder auf die Arbeiter, die „Genossen", deren Demonstrationen sie hundertmal hatte zusammenschießen lassen; auf einmal waren eben die Truppen, die sie selbst im Innern und an den Ostgrenzen eingesetzt hatte, „Landsknechte" und „Baltikum-Verbrecher"! Und die Demagogen trafen den Ton, den sie bei den Arbeitern zum Schwingen bringen mußten: die antimilitaristisch-antimonarchistische Grundstimmung der Novemberrevolution.

Noske las den Aufruf durch und billigte ihn; andere Minister taten es vermutlich auch, doch das ist nicht sicher belegt. Reichskanzler Bauer übernahm die Kosten für Druck und Verbreitung auf die Reichsregierung. Zur Beratung des Aufrufs durch alle Versammelten war keine Gelegenheit mehr; die Zeit drängte allmählich. Um 6.15 Uhr fuhren die Autos in Richtung Dresden ab. Zehn Minuten später besetzte die Marinebrigade Ehrhardt unter schwarz-weiß-roten Fahnen, das Hakenkreuz auf den Stahlhelmen, das Regierungsviertel.[1]

2 Der Kampf der beiden Regierungen

In ihrer ersten Proklamation erklärten Kapp und Lüttwitz die bisherige Reichsregierung für abgesetzt und kündigten die Bildung einer „neuen Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat" an. In einer weiteren Bekanntmachung erklärte Kapp die Nationalver-

sammlung für aufgelöst: „Der Versuch, die Wahlen hinauszuschieben und dadurch ihr Mandat zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen ... Sobald die innere Ordnung hergestellt ist, werden wir zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren und Neuwahlen ausschreiben."[2] Das war die in solchen Situationen übliche Demagogie.

Von Demagogie war auch das Programm der neuen Regierung durchzogen, das am 13. März verkündet wurde; es ließ aber zugleich die wahren Ziele der neuen Herren erkennen. Als Grundidee des Unternehmens wurde genannt: „Keine Reaktion, sondern eine freiheitliche Fortbildung des Deutschen Staates, Wiederherstellung der Ordnung und der Heiligkeit des Rechtes." Darunter folgten im einzelnen die Punkte, die verwirklicht werden sollen. Hier die wichtigsten:

„Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet.

...

Die Regierung wird zur Wiederaufrichtung des Staates den ... Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen ...

Die Regierung wird aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben ...

Die Regierung wird Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Jede arbeitsfreudige Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes sicher: Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft.

Die Regierung wird die Arbeiterschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Neuordnung in hervorragendem Maße ... zur tätigen Mitarbeit neben den anderen Berufs- und Erwerbsständen heranziehen. Sie wird nicht eine Regierung des einseitigen Kapitalismus sein, sie will vielmehr die deutsche Arbeit vor dem harten Schicksal der internationalen Verknechtung unter das Großkapital behüten und hofft, durch diese Maßnahmen der Staatsfeindschaft der arbeitenden Klassen ein Ende zu bereiten.

...

Die Regierung wird ein Heimstätten-Gesetz für Stadt und Land bringen, welches jedem Deutschen den Zugang zum Grundeigentum und zum Eigentum überhaupt erleichtert ...

Die Regierung wird für die das Vaterland gegenwärtig mit der Waffe schützenden Soldaten und ihre Angehörigen nachdrücklich sorgen ... Die Regierung wird die Freiheit der Kirchen gewährleisten und die nationale und religiöse Erziehung wiederherstellen.“

Im Schlußabschnitt des Programms hieß es u. a.:

„Wir werden regieren nicht nach Theorien, sondern nach den praktischen Bedürfnissen des Staates und des Volkes in seiner Gesamtheit. Nach bester deutscher Überlieferung hat der Staat über allem Kampf der Berufsstände und der Parteien zu stehen. Er ist der unparteiische Richter in dem gegenwärtigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit ...

... Deutschland soll sein eine sittliche Arbeitsgemeinschaft!

Die Farben der Deutschen Republik sind Schwarz-Weiß-Rot!“[3]

Das war das Programm eines autoritären Ständestaates, verbrämt mit einer national-idealistisch-religiösen Ideologie. Daß seine Durchsetzung beim gegenwärtigen Stand des Klassenkampfes schärfsten Terror gegen die Arbeiterklasse bedeuten würde, brauchen wir nicht mehr auszuführen; es wurde auch im Programm selbst angedeutet. Verwicklungen mit den Siegermächten wurden ebenfalls im Programm ins Auge gefaßt.

General v. Lüttwitz konnte, anders als Kapp, auf ein Programm verzichten – für die Truppe brauchte er nur an das Noske-Regiment anzuknüpfen. In seiner ersten Verordnung hieß es lapidar: „Alle vom Reichswehrminister Noske auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar erlassenen Verfügungen bleiben in Kraft.“[4]

Während sich die Putschisten in der Reichskanzlei und den wichtigsten Ministerien einrichteten, befand sich die alte Regierung auf der Flucht nach Dresden. Diese Stadt war von Noske in der nächtlichen Kabinettssitzung mit dem Hinweis empfohlen worden, der Kommandant des dortigen Wehrkreises, General Maercker, sei zuverlässig.[5] Doch wieder einmal erwies sich Noskes Vertrauen in die Loyalität der Generale als falsch. Noch waren die Minister unterwegs, da ging bei Maercker ein Befehl von Lüttwitz ein, er solle die Regierung bei ihrem Eintreffen festnehmen. Maercker sympathisierte mit den Zielen der Putschisten, hielt jedoch Kapp an der Spitze für ungeeignet: er hatte erkannt, daß der politisch-ökonomische Schwerpunkt des Reiches nicht mehr im agrarischen Osten der Junker, sondern im schwerindustriellen Westen lag. So lavierte er vorsichtig zwischen beiden

Seiten. Als er die Minister nach ihrer Ankunft in Dresden aufsuchte, erklärte er, er sei verpflichtet, die Anordnungen seines Vorgesetzten General v. Lüttwitz zu befolgen, er wolle jedoch den Verhaftungsbefehl so auslegen, daß er die Minister schützen werde: er werde sie also in „Schutzhaft" nehmen. (Der Begriff und die Sache kehrten sich hiermit einmal gegen diejenigen, die sie bisher gegen die Arbeiter angewandt hatten.) Als man darauf hinwies, eine solche Maßnahme sei verfassungswidrig und außerdem sei Lüttwitz seit zwei Tagen seines Amtes enthoben, verzichtete Maercker darauf, die Minister in ihrer Bewegungsfreiheit zu beschränken. Statt dessen kündigte er an, er wolle nach Berlin fahren, um dort die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen den beiden Regierungen zu erkunden. Im übrigen warf er den Ministern vor, daß sie den Generalstreik proklamiert hätten. – Nun war der Aufruf zwar nur mit den Namen Eberts, Bauers und der SPD-Minister gezeichnet, doch ist der Irrtum Maerckers verständlich: allgemein sah man in dem Aufruf eine Erklärung des Reichspräsidenten und der *gesamten* Reichsregierung. Auf Maerckers Vorwurf erklärten nun die SPD-Minister, „daß ihr Name ohne ihre Einwilligung unter das Elaborat (!) gesetzt worden sei". Damit verleugneten sie hier zum erstenmal den Generalstreikaufruf, der immerhin in ihrem Auftrag ausgearbeitet worden war. Die Regierung befürchtete bereits, ihren letzten Einfluß auf das Militär zu verlieren, das sie seit einem Jahr gegen Streiks, ja selbst gegen die Vorbereitung von Streiks eingesetzt hatte.[6]

Dieser Furcht entsprach ein Aufruf „An das deutsche Volk!", den Reichspräsident und Reichsregierung am 13. März aus Dresden erließen. In ihm hieß es: „Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren die Wirtschaft und den Verkehr unterbinden." Das war eine Absage an den sich ankündigenden Generalstreik. Im übrigen erklärte der Aufruf lapidar:

„Jeder bleibt an den Gehorsam gegen die verfassungsmäßige Regierung gebunden. Nur sie kann Befehle erteilen und Zahlungsanweisungen ausstellen. Jede Anordnung einer anderen Stelle ist nichtig. Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, dem Reichspräsidenten und der Regierung zu dienen und gehorsam zu sein. Den Eidbruch einer Anzahl Offiziere nachzuahmen, verbietet ihnen Pflicht und Recht."[7]

Selten ist wohl ein so wirklichkeitsfremder Aufruf erlassen worden.

In einer Situation, in der fraglich war, ob überhaupt noch irgendeine gesellschaftliche Gruppe von Bedeutung hinter ihr stand, glaubte die alte Regierung in diesem Befehlston reden zu können. Einen Vorzug hatte der Aufruf allerdings: ihm fehlte die Demagogie der nächtlichen Proklamation des Generalstreiks. –
Nicht nur General Maercker bereitete der Reichsregierung eine Enttäuschung, sondern auch die sächsische Landesregierung: sie ließ es geschehen, daß die Staatsbeamten am Mittag pünktlich die Büros schlossen und sich zum Wochenende verabschiedeten (der 13. März war ein Sonnabend). Damit war die weitere Arbeit der Reichsregierung stark behindert. Im Laufe des Nachmittags entschlossen sich die Minister, nach Stuttgart weiterzureisen, da die württembergische Regierung bessere Unterstützung versprach und sich auch der Verfassungstreue der dortigen Militärbefehlshaber sicher glaubte; nach Stuttgart wurde auch die Nationalversammlung einberufen. – Schwierig wurde noch einmal die Weiterreise: in Dresden war nicht ein einziger Liter Benzin zu bekommen; mit dem restlichen Vorrat aus Berlin gelangten die Minister noch bis Chemnitz, wo sie den letzten D-Zug erreichten, bevor der Generalstreik einsetzte.[8]

3 Die bewaffnete Macht

a) Die Reichswehr

Wie reagierte die Reichswehr-Führung in den verschiedenen Teilen des Reiches auf den Putsch? Wir geben eine kurze Übersicht, bevor wir uns den Verhältnissen im Ruhrgebiet zuwenden.
In den ostelbischen Provinzen Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg-Schwerin stellten sich die Kommandeure der Wehrkreise I (Ostpreußen), General v. Estorff, und II (Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein), General v. Bernuth, sowie der Kommandeur der Brigade 16 in Schwerin, General v. Lettow-Vorbeck, auf die Seite der Regierung Kapp. Lettow-Vorbeck übernahm überdies die vollziehende Gewalt und erklärte die Regierungen in Schwerin und Strelitz für abgesetzt. In Schleswig-Holstein wurde der Oberpräsident abgesetzt. In Hamburg erklärte sich der Garnisonälteste, Oberst v. Wangenheim, sofort für den Putsch. In Oldenburg und Hannover dagegen

stellten sich die Befehlshaber hinter die alte Regierung. Der Befehlshaber der Brigade 4 in Magdeburg, General v. Groddeck, schloß sich den Putschisten an. Daraufhin verweigerte ihm der Kommandeur des Regiments 104, Oberst v. Hahnke, den Gehorsam; es kam zu Auseinandersetzungen, bis schließlich v. Hahnke den Befehl über die Brigade übernahm. Die Stellungnahme des mitteldeutschen Wehrkreiskommandeurs, General Maercker, lernten wir bereits kennen. Der Kommandeur der Brigade 9 in Weimar, General Hagenberg, stellte sich auf die Seite der Putschisten und erklärte im Auftrage Kapps die thüringische Landesregierung für abgesetzt. In Schlesien zeigte der Kommandierende General in Breslau, General v. Friedeburg, wenig Sympathien für den Putsch; daraufhin wurde er auf Betreiben der in Schlesien stationierten putschfreudigen Freikorps Aulock, Kühme und v. Loewenfeld durch General v. Schmettow, einen Anhänger des Putsches, ersetzt. Auch der Oberpräsident von Breslau wurde zusammen mit mehreren hohen Beamten abgesetzt. In Bayern erließ der Kommandierende General, General v. Möhl, zunächst zusammen mit der Landesregierung eine Erklärung für die Reichs- und Landesverfassung. Beträchtliche Teile der Reichswehr – vor allem die Freikorps, aber auch Stabsoffiziere des Wehrkreises wie Hauptmann Röhm – sowie die Einwohnerwehren waren mit dieser Stellungnahme v. Möhls keineswegs einverstanden: teils wünschten sie den Anschluß an den Putsch, teils beschränkten sie sich auf das Ziel, die von der SPD geführte Landesregierung, die seit ihrem Bestehen der Zusammensetzung des Parlaments nicht entsprach, zu beseitigen. Unter ihrem Druck verlangte v. Möhl von der Regierung die Übergabe der Exekutivgewalt. Am 14. März trat die Regierung zurück. – Der Kommandeur des südwestlichen Wehrkreises, General v. Bergmann, erklärte sich für die alte Regierung. Anders der Kommandeur der in Stuttgart liegenden Brigade, General Haas: er nahm zunächst eine „neutrale“ Position ein und ließ seine Offiziere abstimmen, wobei sich ergab, daß sich nur zwei für die alte Regierung erklärten. Am 14. März verpflichtete sich v. Bergmann, die nach Stuttgart einberufene Nationalversammlung zu schützen; dem schloß sich Haas am folgenden Tage an. In Frankfurt (neutrale Zone) rückte in der Nacht vom 13. zum 14. März der Brigadekommandant Major de Neufville zur Unterstützung der Sipo ein. Seine politischen Stellungnahmen waren so zweideutig, daß sie nur als geheimes Einverständnis mit den

Putschisten gedeutet werden konnten.

Das Bild, das sich am 13. und 14. März in der Reichswehr-Führung ergab, sah also sehr günstig für die Putschisten aus. Auf der Ebene der Unteroffiziere und Mannschaften allerdings gab es weit weniger Sympathie für die Putschisten, wie wir noch speziell bei Betrachtung der Verhältnisse im Ruhrgebiet sehen werden. Schlüsselt man nach Art der Formationen auf, so kam die begeistertste Zustimmung zum Putsch aus den Freikorps, aus den im Baltikum gegen die russische Revolution eingesetzt gewesenen Verbänden und von den studentischen Zeitfreiwilligen (Freiwillige, die sich zur Verstärkung von bestehenden Formationen auf Zeit verpflichteten und vom Kommandeur der betreffenden Einheit im Bedarfsfall einberufen wurden).[9]

Das Reichswehr-Gruppenkommando II in Kassel, dem auch Watter unterstand, operierte auf der Linie v. Seeckts, die darauf abzielte, unbedingt einen Kampf zwischen Reichswehr und Reichswehr zu vermeiden. Es teilte in einer Presseerklärung über die Berliner Vorgänge mit, „eine neue Regierung der Arbeit“ habe sich gebildet, der Regierungswechsel habe „sich ohne Blutvergießen in größter Ordnung vollzogen“. Jedoch verweigerte man die Annahme von Befehlen aus Berlin. Einer Abordnung der drei republikanischen Parteien gelang es in 1½stündiger Unterredung nicht, vom Chef des Gruppenkommandos, General v. Schoeler, und seinem Stabschef v. Loßberg eine eindeutige Stellungnahme zu erhalten. Als die Abordnung schließlich fragte, ob man richtig verstehe, wenn man annehme, daß der Kommandeur also zunächst „abwarten“ wolle, „wie die Berliner Vorgänge sich weiter entwickelten“, bejahte v. Schoeler spontan. – Während er einerseits in einem regen Telegrammwechsel mit Lüttwitz diesem auseinandersetzte, zu einem Putsch habe kein Anlaß bestanden, da die alte Regierung die Verfassung nicht verletzt habe, der Putsch beschwöre nur die Gefahr eines „neuen bolschewistischen Ansturms“ herauf, mißbilligte er schärfstens den Generalstreikaufruf Eberts und der SPD-Minister der alten Regierung; v. Schoeler rechnete ein halbes Dutzend früherer Weisungen Noskes zusammen, gegen Generalstreiks vorzugehen. v. Loßberg unterstützte den Versuch General Maerckers, eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen zu erreichen; als Ziele wurden formuliert „Bildung einer Koalitionsregierung auf möglichst breiter Grundlage“, möglichst unter Beteiligung von Mitgliedern der neuen Regierung, und baldige Neuwahlen zum Reichstag.[10]

Und nun zum Ruhrgebiet. Wir können heute nicht mehr sagen, ob General v. Watter von den Putschisten, wie es der Aktionsplan vorsah[11], einen Tag vor dem Putsch informiert worden ist. Immerhin wurde am 13. März amtlich gemeldet, die Kapp-Regierung habe Watter als Befehlshaber des 6. Wehrkreises bestätigt.[12] Damit hatte die Öffentlichkeit einen ersten Anhaltspunkt dafür, wie die Putschisten zu Watter standen. Wie aber stand Watter zu den Putschisten?
Am Mittag des 13. März veröffentlichte Watter folgenden Aufruf:
„Zeitungsnachrichten aus Berlin sprechen von Putschen. Als Befehlshaber des Wehrkreises 6 bleibt für mich im vaterländischen Interesse der Auftrag, die Ruhe und Ordnung in meinem Bezirke aufrecht zu erhalten; dies allein wird die Richtlinie für mein Handeln sein ... Ich ersuche alle Behörden, ihre Arbeit fortzusetzen, ebenso wie ich von der Bevölkerung erwarte, daß sie nicht voreilig handelt. Ich werde mich ... dafür einsetzen, daß die den deutschen Staatsbürgern zugebilligten Rechte unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Die Truppenteile meines Befehlsbereichs haben Weisung erhalten, ohne meinen ausdrücklichen Befehl keinerlei Handlungen, die nicht im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stehen, vorzunehmen.“[13]
Das war eine glatte Neutralitätserklärung, der Rückzug auf die äußerlich unpolitische Position von „Ruhe und Ordnung“. Watter hielt sich offen nach beiden Seiten: die alte Regierung hatte ihn seinerzeit eingesetzt mit dem Auftrag, „die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten“; der neuen Regierung konnte es nur recht sein, wenn Watter das in einem so schwierigen Bezirk jetzt gelang. Die Garantie der „den deutschen Staatsbürgern zugebilligten Rechte“ war nicht etwa eine vorsichtige Distanzierung von den Putschisten – auch Kapp versicherte ja in seinem Programm: „Keine Reaktion, sondern eine freiheitliche Fortbildung des deutschen Staates“. Watters Warnung vor „voreiligem“ Handeln kam einer Aufforderung gleich, ebenso abzuwarten wie er selber. Das alles war abgesichert mit dem für Watter typischen ersten Satz: „Zeitungsnachrichten aus Berlin sprechen von Putschen.“ Das hieß soviel wie: Bisher liegen nur unverbindliche und verworrene Informationen vor. (Man beachte die Mehrzahl „Putsche“.) Als ob Watter nicht einen direkten Draht nach Berlin gehabt hätte! Zusammengefaßt: der Aufruf war abgefaßt mit einer Schläue, die so offensichtlich war, daß sie schon wieder durchsichtig wurde.

Die Wirkung, die Watters Aufruf im Revier haben würde, ließ sich leicht voraussehen: das weitverbreitete Mißtrauen gegen das Militär mußte beinahe allgemein werden. Neutralität und die Parole „Ruhe und Ordnung“ nach einem anscheinend gelungenen Putsch – das mußte als faktische Parteinahme für die Putschisten gewertet werden.
Am Nachmittag des 13. März befahl Watter in einem Telegramm an alle Garnisonen erhöhte Alarmbereitschaft.[14] Außerdem teilte er in einer Bekanntmachung der Öffentlichkeit mit, er berufe acht Arbeitervertreter aus den Provinzen des Wehrkreises als „Arbeiterbeirat“ beim Wehrkreiskommando „zur Mitbearbeitung der sich aus der neugeschaffenen Lage ergebenden Fragen“.[15] Wie man sieht, kannte sich Watter in den Taktiken der Verschleierung aus.
Erst jetzt, gegen 17 Uhr, traf Severing in Münster ein. Er hatte sich am Vortag in Berlin von Verkehrsminister Oeser die Zustimmung geholt zu dem Versuch, nach der Einführung der Zwangsüberschichten im Bergbau nun auch für die Eisenbahn ein Überschichtenabkommen abzuschließen. Die Nachricht vom Putsch erreichte Severing auf der Rückfahrt in Minden. Da die Politik der gesamten SPD-Führung auf Noskes Illusionen über die Reichswehr aufgebaut hatte, war Severing von der Nachricht überrascht. Er eilte zunächst nach Bielefeld, seine alte politische Wirkungsstätte. In einer Besprechung mit schnell zusammengerufenen Vertretern von SPD und Gewerkschaften ergab sich, wie Severing selbst schreibt, die übereinstimmende Auffassung, „daß eine allgemeine Arbeitsruhe allein im Bergbau- und Transportgewerbe genügen würde, um die Herrschaft der Usurpatoren schon nach ein paar Tagen zu brechen“. Demnach scheint man nicht mit allzu großen Komplikationen gerechnet zu haben. Von Bielefeld fuhr Severing weiter nach Münster und suchte sofort v. Watter auf.[16]
Severing erklärte dem General, selbstverständlich könne er, Severing, sich nicht einer verfassungswidrigen Regierung zur Verfügung stellen, „die ihre Existenz nur einer wildgewordenen Landsknechtstruppe verdanke“; trotzdem werde er sein Amt weiterführen, da er bestimmt damit rechne, daß der Putsch „innerhalb einer ganz kurzen Zeit“ zusammenbrechen werde. Watter war, so berichtet Severing, „von dieser Erklärung sichtlich betroffen, weil sie, wie ich nun bald erfahren sollte, sich mit seiner Haltung ganz und gar nicht deckte“. Er legte Severing seinen veröffentlichten Aufruf vor und erläuterte ihn damit, daß er, Watter, „in erster Linie die Verpflichtung“ habe,

„die ohnehin nicht gerade starken Truppenkorps seines Befehlsbereiches zusammenzuhalten"; einige Truppenkommandeure sympathisierten vermutlich mit dem Putsch, und eine politische Parteinahme des Kommandierenden Generals würde möglicherweise zu Gehorsamsverweigerungen führen. Severing erhob massive Gegenvorstellungen. Er erinnerte Watter an seinen Eid und versuchte dann, gewissermaßen militärimmanent, Watter von folgendem Gedanken zu überzeugen: Gerade wenn es sein Ziel sei, Ruhe und Ordnung in seinem Wehrkreis aufrechtzuerhalten, müsse er sich unzweideutig für die verfassungsmäßige Regierung erklären. Er möge sich den Fall vorstellen, daß die „schwachen Truppenkörper" jetzt ins Revier entsandt werden müßten. Ohne eine „klare politische Marschroute" der Truppen würde das „gleichbedeutend mit ihrer Niederschlachtung sein ... Den hunderttausenden Arbeitern gegenüber, die sich selbstverständlich den Putsch und seine Unterstützung durch irgendwelche Kreise nicht gefallen ließen, würden die Truppen ... nichts bedeuten und wie Streichhölzer zerbrochen werden". Vergeblich – solche taktischen Überlegungen des Reichskommissars zur politischen Absicherung militärischer Maßnahmen hatte Watter bis zum 12. März im Regelfall berücksichtigt; jetzt war ihnen durch den Putsch der Boden entzogen. Schüttelte das Militär die verhaßte parlamentarische Regierung ab, griff es zur ungeteilten Macht, dann konnte kein General mehr gegen seine Überzeugung eine politische Erklärung von einem Vertreter der alten Regierung übernehmen; auch und gerade nicht ein General wie Watter, dessen Haltung, wie Severing erkannte, darauf hinauslief, „abzuwarten und erst dann mit einer klaren Stellungnahme hervorzutreten, wenn die berühmten 51 Prozent des Erfolges für die eine oder andere Seite gegeben waren".[17]

Wir wissen nicht, wie Severing auf diese Erkenntnis reagierte – Watter hat keine Memoiren geschrieben. Hätte er es getan, so hätte er vermutlich berichtet, Severing sei „sichtlich betroffen" gewesen. Severing hatte buchstäblich nichts in Händen, während Watter über alle militärischen Machtmittel verfügte. In dem unzweifelhaft kommenden Kampf zwischen Arbeitern und Militär drohte Severings Position zerrieben zu werden.

Severing konnte nur noch eines tun: Watter die Bildung eines Arbeiterbeirats ausreden. Als Watter ihn um die Nennung geeigneter Kandidaten bat, erwiderte Severing, das sei zwecklos, da angesichts

der politischen Haltung Watters niemand zur Mitarbeit bereit sein würde.[18] In diesem Nebenpunkt war Severing der Konsequentere.
Unbeantwortet ließ Severing ein Telegramm Kapps an Watter, das Watter ihm vorlegte: „Bitte Severing, wenn entbehrlich, veranlassen, sofort zu wichtigster Besprechung mit mir, herzukommen." Später hat Severing erfahren, daß ihm das Wirtschaftsressort in der neuen Reichsregierung zugedacht gewesen war. In seinen Erinnerungen hat er darüber ironische Bemerkungen gemacht;[19] vermieden hat er jedoch zu fragen, wieweit seine bisherige Politik wohl Anlaß zu dieser Einladung nach Berlin gegeben haben konnte. – Übrigens läßt das Telegramm vermuten, daß Watters indirekte Behauptung, er habe keine Verbindung zu den Putschisten, schwerlich der Wahrheit entsprach.
Einen Lichtblick bedeutete es für Severing, als ihm am nächsten Morgen der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Würmeling, einen von ihm entworfenen Aufruf vorlegte mit der Bitte, Severing möge ihn mitunterzeichnen. Der Aufruf brachte eine weit übertriebene Aufzählung derer, die sich angeblich bereits auf die Seite der alten Regierung gestellt hatten – „sämtliche süddeutschen Staaten", in Bayern „ausdrücklich" auch das dortige Reichswehr-Gruppenkommando; „die Provinz Schlesien einschließlich der dortigen Reichswehr und der Führer aller politischen Parteien und Gewerkschaften". Der Schluß des Aufrufs lautete: „Bleiben wir fest und treu auf dem allein möglichen Boden der Verfassung und treten wir alle ohne Unterschiede der Partei ein für die rechtmäßige Regierung in Reich und Staat, für Recht, Sicherheit und Ordnung im Lande. Beamte, denkt an Euren Eid und Eure Pflicht!" Severing gab „hocherfreut" seinen Namen.[20] Als Würmeling und Severing dann den Versuch machten, Watter ebenfalls zur Unterschrift zu bewegen, weigerte sich dieser und wiederholte seinen Standpunkt, seine Aufgabe sei „die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung", nicht jedoch die Unterzeichnung politischer Kundgebungen.[21] Statt dessen brachte Watter an diesem 14. März einen weiteren eigenen Aufruf heraus:
„Ich wende mich entschieden gegen jeden Rechts- und Links-Radikalismus; zur Ergänzung der nach links ausschlagenden Presseverbote der Reichsregierung untersage ich für meinen Wehrkreisbezirk auch die ›Deutsche Zeitung‹; ihre Vergangenheit bürgt mir nicht für eine maßvolle Haltung, wie sie die Stunde gebieterisch verlangt. Die Errungenschaften der bisherigen Gesetzgebung sowie die von der Natio-

nalversammlung beschlossene Verfassung garantiere ich; auch übernehme ich die volle Garantie für die Erhaltung der Volksrechte und der republikanischen Staatsform ... Der Herr Reichskommissar Severing arbeitet dankenswerterweise im Dienste und Geiste der von mir gegebenen Garantien weiter mit an der Überwindung der Krisis, in die unser teures Vaterland geraten ist. Vertrauen um Vertrauen: Auf zum gemeinsamen Wirken für Ordnung, Freiheit und Arbeit.“[22]

Das Verbot der „Deutschen Zeitung“, eines im Revier fast gar nicht gelesenen Blatts, war wiederum eine Augenauswischerei: es konnte natürlich in keiner Weise die linksradikalen Arbeiter für die Knebelung ihrer Presse durch die alte Regierung entschädigen. Die verfassungsrechtlichen Garantien, die Watter gab, gingen, im Gegensatz zu Watters Aufruf am Vortag, über die Versprechungen Kapps hinaus. Aber die Arbeiter im Revier konnten damit nicht befriedigt sein. Über diesen Kernpunkt schreibt Meinberg, der die Wirkung des Aufrufs beobachtet hat: Noch immer wurde eine Erklärung Watters für die alte Regierung vermißt. „Was halfen da alle Phrasen von Volksrechten, Weimarer Verfassung, von Kampf gegen Links- und Rechtsradikalismus“? Mißtrauisch machte der vorletzte Satz, mit dem „der General seinem Carl Severing auf die Schulter klopfte ... Was spielte sich hinter den Kulissen in Münster ab?“ Wiederholte sich der aufsehenerregende Vorgang von Königsberg, wo der Wehrkreiskommandeur General v. Estorff zusammen mit dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Winnig eine Kundgebung für Kapp erlassen hatte?[23]

Für den Nachmittag hatte Severing prominente Vertreter von SPD und Freien Gewerkschaften nach Münster gebeten, um mit ihnen zu beraten, wie in dem zu erwartenden Generalstreik die Notstandsarbeiten gesichert und Sabotageakte verhindert werden könnten.[24] Anschließend wurden die Herren von Watter empfangen. Die Arbeitervertreter erklärten, „nach ihrer Auffassung“ würden „sich die Dinge im Industriegebiet verhältnismäßig leicht meistern“ lassen, „wenn auch die militärischen Stellen sich unzweideutig auf den Boden der alten Regierung stellen würden“, und baten Watter in dringendstem Ton, „nicht in einer verklausulierten Erklärung, sondern in gewohnter, knapper, militärischer Form zum Ausdruck zu bringen, daß er nur Weisungen von der alten Regierung befolgen würde“. Watter weigerte sich wiederum und erläuterte seinen Standpunkt im Sinne seines eben zitierten Aufrufs; er sagte nur zu, „auch gegen Hetzerei-

en“ von „Rechtsspartakisten“ vorzugehen und „jedes eigenmächtige Vorgehen einzelner ihm unterstellter Truppenkörper zu verhindern“. Dabei blieb er – auch als die Arbeitervertreter heftig wurden und ihm erregt die Verantwortung für den Fall gaben, daß die „undeutliche Stellungnahme des Militärs“ den „Bürgerkrieg“ im Revier entfesseln sollte. Hier wiederholte sich in kleinerem Maßstab der Zusammenbruch der SPD-Politik, den Noske in der nächtlichen Verhandlung mit seinen Generalen erlebt hatte. In größter Sorge fuhren die Arbeitervertreter zurück ins Revier.[25]

Erst am nächsten Tag erhielten die SPD-Führer eine kleine Genugtuung von seiten Watters. Der Innenminister Kapps, v. Jagow, hatte vier Oberpräsidenten und acht Regierungspräsidenten, sämtlich Mitglieder der SPD und DDP, die nach der Revolution in ihr Amt gekommen waren, beurlaubt.[26] Darunter befand sich der Regierungspräsident von Arnsberg, Max König (SPD). Watter, dem klar gewesen sein muß, daß er ganz ohne die SPD-Führer vorläufig nicht auskommen konnte, erklärte diese Maßnahme für ungültig und bat König, sein Amt weiterzuführen. Das wurde von Severings Stellvertreter Mehlich in Dortmund in einer Pressemeldung groß herausgestellt, offenbar um den Schluß nahezulegen, Watter sei damit endlich von den Putschisten abgerückt.[27] In Wirklichkeit handelte es sich natürlich nur um eine Geste, und so hat die Pressemeldung Mehlichs auch die Einschätzung Watters durch die Arbeiter nicht ändern können.

General Watter hatte sich eher zu vorsichtig ausgedrückt, als er zu Severing gesagt hatte, unter seinen Truppen gebe es vermutlich Sympathien für den Putsch: die Kommandeure und Offiziere der drei wichtigsten Freikorps, die Watter unterstanden, begrüßten den Putsch aus vollem Herzen. Und anders als Watter machten sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube.

In Remscheid veranstaltete das Freikorps *Lützow* am 13. März um 11 Uhr, nach dem Eintreffen der Nachrichten aus Berlin, einen Umzug durch einige Straßen, der mit einem Parademarsch vor dem Rathaus abschloß. Major Lützow hielt eine Ansprache, in der er – so schrieb ein Mitglied des Freikorps – „in kurzen markigen Worten“ mitteilte, die bisherige Regierung sei gestürzt. Anschließend hißte das

Freikorps auf den Quartieren schwarz-weiß-rote Fahnen.[28] Am folgenden Tage wurde das Freikorps aus den Quartieren gezogen und richtete sich im Rathaus ein; der Kaiserplatz wurde mit Drahtverhauen abgesperrt. Auf dem Rathaus ließ Lützow gegen den Protest des Oberbürgermeisters eine schwarz-weiß-rote Fahne hissen.[29] Rund 50 Mitglieder des Freikorps, die dieses Treiben mißbilligten, wurden wegen Neigung zur Meuterei arrestiert.[30]

Der in Osnabrück liegende Teil des Freikorps *Lichtschlag* bereitete auf die Nachrichten aus Berlin sofort einen Umzug durch die Stadt und einen Zapfenstreich vor. Der Magistrat, der Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft mit Sicherheit voraussah, konnte beides gerade noch verhindern. Die Vorgänge wurden am 16. März durch die SPD-Blätter von Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen im Revier bekannt.[31] – Am 14. März erließ der Kommandeur des Freikorps, Hauptmann Lichtschlag, folgenden Tagesbefehl:

„Osnabrück, 14. März 1920

Für die neue Regierung haben sich zur Herbeiführung gesetzmäßiger Zustände und zur unbedingten Erhaltung von Ruhe und Ordnung erklärt:

Sämtliche Reichswehrtruppen,
der Reichsausschuß der Einwohnerwehren,
die Regierungen der Staaten und Provinzen.“[32]

Nach dem Gottesdienstbesuch richtete Hauptmann Büttner eine Ansprache an die Truppe, in der er sie aufforderte, „Ruhe, Besonnenheit und Manneszucht zu bewahren“. Auf der Kaserne wurde Schwarz-Weiß-Rot gehißt.[33]

Die Offiziere des in Bielefeld liegenden Bataillons desselben Freikorps mußten angesichts der Stimmung unter den Mannschaften vorsichtiger sein. Sie versuchten, durch Stimmungsmache den Boden für einen Übertritt zu Kapp vorzubereiten. Sie ließen die Kapelle alte Kaiserlieder spielen, versprachen „mehr Geld, besseres Essen, gute Bekleidung“ und ließen durch den Adjutanten auf dem Kasernenhof Extrablätter der rechtsgerichteten „Westfälischen Neuesten Nachrichten“ mit den Proklamationen Kapps verteilen. Außerdem erinnerten sie die Mannschaften an ihre Verpflichtung „zum Gehorsam gegen die Vorgesetzten“, zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung im Lande“ und zum Schutz des Vaterlandes „gegen innere und äußere Feinde bis in den Tod“. An die Verpflichtung auf die Verfassung –

das fiel den Mannschaften auf – erinnerten sie nicht. Am 14. März instruierte der Bataillonskommandeur Hauptmann Lange seine Offiziere, in Unterredungen mit den Mannschaften so zu argumentieren: Es beständen jetzt zwei Regierungen, zwischen denen schließlich „die Machtfrage" entscheiden werde, und auf die Seite des Siegers werde sich die Truppe schlagen; jedenfalls seien die Männer der neuen Regierung „Leute, die ihre Sache verständen und unsere berechtigten Ansprüche als Soldaten erfüllen würden". Um 12 Uhr wurde angetreten zum Appell mit Stahlhelm. Hauptmann Lange verlas ein Flugblatt der Putschisten und erklärte dann, den bevorstehenden Einsatz im Ruhrgebiet vorbereitend: „Uns schert keine Regierung, wir sind neutral, und uns kann es egal sein, wer da oben sitzt, wir setzen uns da ein, wo geraubt und geplündert wird." Das alles war deutlich genug, und wie in Remscheid mußten mehrere Unteroffiziere und Mannschaften arrestiert werden, die ihren Eid auf die Verfassung noch ernst nahmen.[34]

Die folgenschwerste Stellungnahme war die von Major *Schulz*, Kommandeur des in Mülheim liegenden gleichnamigen Freikorps. Die für ihn unerwartete Nachricht vom Staatsstreich erreichte ihn in einer Kommandeursbesprechung in Münster. Er eilte so schnell wie möglich nach Mülheim und erließ dort zunächst eine für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung, daß sich seine Truppe „nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzen" werde, „aber keiner Partei diene". In der Nacht gelang es ihm, Telefonverbindung mit den Putschisten zu bekommen und dabei die Bestätigung der Nachrichten zu erhalten. Seine Stellung zum Putsch war klar: „Jeder national denkende Deutsche", „jeder Offizier", „jeder Soldat" mußte den Sturz „dieser überständigen, unfähigen, verbrecherischen und noch dazu feigen Regierung" begrüßen.[35] Am Vormittag des 14. März veranstaltete Schulz eine Parade. In einer Ansprache feierte er die neue Regierung „der Tat". Auch auf dieser Kaserne wurde Schwarz-Weiß-Rot gehißt; dann – ein Vorgang ohne Parallele in den anderen Freikorps – wurde die Truppe auf die neue Regierung vereidigt. Die Zeremonie endigte mit einem „Hurra" auf Deutschland. Für die Truppe gab es zur Feier des Tages pro Mann 10 Mark für Rauchwaren und Getränke und 3 Spiegeleier. Anschließend erstattete Schulz Meldung in Telegrammen an Watter und Lüttwitz.[36]

Auf die Meldung hin befahl Watter Schulz sofort zu sich. Hier hatte

ein Truppenführer klar gegen Watters ersten Aufruf verstoßen, der die Tätigkeit der Truppen auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beschränkte. Watter mißbilligte das Verhalten von Schulz mit dem Argument, wenn die Truppen keine Erklärung für die neue Regierung abgäben, könne der drohende Generalstreik noch vermieden werden. Schulz erwiderte, er sei bereit, die Folgen seiner Handlung „jederzeit zu tragen"; im übrigen sei er fest überzeugt, daß der Generalstreik in jedem Fall am nächsten Tag einsetzen werde.[37]
Retten konnte Watter sowieso nichts mehr: schon vor seiner Abfahrt aus Mülheim hatte Schulz auch dem amtlichen „Wolffschen Telegraphenbureau" (WTB) in Essen Meldung gemacht.[38] Diese verbreitete folgende Nachricht:
„Das Freikorps Schulz in Mülheim-Ruhr teilt mit, daß es sich ebenso wie das Detachement Lichtschlag und andere Teile der Reichswehr im Industriegebiet hinter die neue Regierung gestellt hat. Auf der Kaserne sind schwarz-weiß-rote Fahnen hochgezogen."[39]
Man muß wissen, daß das WTB die gängige Nachrichtenagentur der Zeitungen war. Am nächsten Tag war die Nachricht praktisch in jeden Ort des Reviers gelangt. In ihrer Bedeutung kann sie kaum überschätzt werden; wir werden an mehreren Stellen Gelegenheit haben, ihre Wirkung zu beobachten.
Vorerst veranlaßte die Nachricht Severing, am 15. März bei Watter einen schriftlichen Protest einzureichen mit der Feststellung, er sei „nicht in der Lage, für irgendwelche Handlungen von Truppenteilen", die sich für die neue Regierung erklärten, „die Verantwortung mitzutragen".[40]
Das Wehrkreiskommando antwortete mit der wiederholten Versicherung, bei dieser und ähnlichen Nachrichten handle es sich nur um Gerüchte, die „jeder Grundlage entbehrten".[41]

b) Sipo und Einwohnerwehren

Die Sipo unterstand formell dem Oberpräsidenten Dr. Würmeling, der sich am 14. März zusammen mit Severing für die alte Regierung erklärte. Entscheidend war jedoch die Haltung des Operationsstabes der rheinisch-westfälischen Sipo in Münster. Der Kommandeur, Oberstleutnant v. Caprivi, gab am 13. März vormittags nach Bekanntwerden des Putsches an die Ausbildungslager der Sipo den Be-

fehl, „unverzüglich die Vereidigung auf Kapp vorzunehmen". Ein untergeordneter Offizier des Stabs, Major Leon, bemerkt dazu: „So wie ich meine Freunde dort kannte, mußte der Befehl urteilslos, vielfach mit Begeisterung aufgenommen werden." Als der Stab sich dann weitere Weisungen bei Watter holen wollte, entdeckte er, daß Watter anscheinend keine eigene Meinung hatte. Abends gab Leon seinen Vorgesetzten zu bedenken, man habe doch einen Eid auf die Verfassung geleistet. Darauf wurden die Herren nachdenklich und widerriefen den Befehl vom Vormittag.[42] – Immerhin war ein solcher Befehl möglich gewesen, und er hatte mit Zustimmung rechnen können. Man muß also unter der Sipo eine verbreitete Sympathie mit den Zielen des Putsches annehmen.

Die Berliner Reichszentrale für Einwohnerwehren richtete am 13. März an die Einwohnerwehren Deutschlands folgenden Aufruf (auf ihn nahm Lichtschlag in seinem zitierten Tagesbefehl Bezug, s. oben Seite 105):

„Die Wiederherstellung einer ordnungsmäßigen Regierung stellt die deutschen Einwohnerwehren vor neue, schwerste Aufgaben ... Die neue Regierung der Arbeit hat nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke Deutschlands einstweilen in die Hand genommen ... und sich verpflichtet, in kürzester Frist Neuwahlen anzuberaumen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutz von Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung von Heim und Herd gegen Unruhestifter und Verbrechertum. Die Stunde fordert von jedem Deutschen ..., in treuer Pflichterfüllung für die Verhinderung des Bürgerkriegs sich einzusetzen!"[43]

Das war eine, wenn auch etwas verklausulierte, Parteinahme für die Putschisten, geboren aus der Konstruktion der Einwohnerwehren: Selbstschutz des Bürgertums zur Verteidigung der privatkapitalistischen Ordnung.

Der Aufruf wurde als WTB-Meldung aus Berlin durch die Presse bekannt.[44] In allen Orten des Reviers, in denen die Einwohnerwehr in der Mehrheit oder ganz aus den bürgerlichen Kreisen zusammengesetzt war, verstärkte er das ohnehin bestehende Mißtrauen der Arbeiter gegen diese Institution. Nur in den wenigen kleineren Orten, in denen die Mehrheit der Einwohnerwehr aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand, konnte die Arbeiterschaft sicher sein, daß die Einwohnerwehr nicht für Kapp Partei ergreifen würde.

4 Die Staatsbeamten

Während der Generalstreikaufruf der SPD-Minister, an die *Arbeiter* gewandt, betont hatte, man habe die Revolution von 1918 nicht gemacht, um jetzt ein blutiges Landsknechtregiment hinzunehmen, unterstrich ein Aufruf, den die alte Regierung aus Dresden an die *Beamten* richtete, die Legalität der Novemberereignisse. Die Regierung wußte also gut nach Adressaten zu unterscheiden. Unterstützung der neuen Regierung, so hieß es, sei Eidbruch – im Gegensatz zum 9. November 1918, an dem die Beamten keinen Eid gebrochen hätten. – Der Aufruf erinnerte an jene verfassungsrechtliche Farce, die am Tage des Umsturzes 1918 in Berlin inszeniert worden war, als der Machtwechsel auf der Straße bereits vollzogen war: der Kaiser dankt ab – Reichskanzler Prinz Max gibt seine eigene Abdankung bekannt, überträgt die Kanzlerschaft auf Ebert und fordert die Beamten zum Gehorsam gegenüber der neuen Regierung auf. – Heute dagegen, so betonte der Aufruf, habe die Regierung nicht abgedankt.[45]

Es war kaum diese historische Erinnerung und der Hinweis auf den geleisteten Eid, was die Ministerialbürokratie in Berlin in den meisten Fällen bewog, von der neuen Regierung keine Weisungen entgegenzunehmen. Sie beobachteten vielmehr aus allernächster Nähe die Regierungstätigkeit der neuen Herren und kamen zu dem Ergebnis, daß das Unternehmen unzureichend fundiert sei. So mußten sie fürchten, bei Rückkehr der alten Regierung entlassen zu werden, falls sie sich durch Zusammenarbeit mit den Putschisten kompromittierten. Für Kapp war das Verhalten der hohen Staatsbeamten natürlich eine arge Enttäuschung, da er – zu Recht – bei ihnen eine weitverbreitete Sympathie mit den Zielen der Putschisten vorausgesetzt hatte.[46]

Für die mittleren und unteren Beamten war der Aufruf der alten Regierung aus Dresden in anderer Beziehung bedeutungslos. Unter diesen Beamtenkategorien hatte die gewerkschaftliche Organisation nach der Revolution rasche Fortschritte gemacht und zur Gründung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) als Dachverband geführt. Die Stellung zum Streik – für die Beamten etwas vollkommen Neues – war umstritten; die Bejahung des vollen Streikrechts nahm in der Beamtenhierarchie nach unten zu. Die Mehrheit des DBB hatte das Streikrecht auf Situationen beschränkt, in denen die vertraglich gesi-

cherten Rechte der Beamten oder die verfassungsmäßigen Institutionen bedroht wurden.

Der letztere Fall war jetzt zweifelsfrei gegeben. Am 14. März setzten vor allem die Post- und Eisenbahnvertreter im Vorstand des DBB einen Streikbeschluß durch; die Arbeit sollte überall da niedergelegt werden, wo die legale Regierung in Frage gestellt werde.[47]

Blicken wir wieder zum Ruhrgebiet. Von Dr. Würmeling, dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, kennen wir bereits den Aufruf für die alte Regierung, den er am 14. März zusammen mit Severing erließ und dessen Mitunterzeichnung von Watter abgelehnt wurde. Am 15. März telegrafierte Würmeling an die alte Regierung, das „Eintreten leitender Beamten für [die] verfassungsmäßige Regierung“ werde „dadurch aufs äußerste erschwert“, daß der „verhängnisvolle“ Generalstreik allgemein mit einem „angeblichen“ Streikaufruf der Regierung „begründet“ werde. Er erwarte eine „berichtigende Klarstellung“ (mit anderen Worten: ein Dementi, daß die Regierung einen Streikaufruf erlassen habe).[48] Am 16. März empfahl Würmeling der alten Regierung, zur allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen.[49]

Der Regierungspräsident von Arnsberg, König (SPD), teilte am 14. März Oberbürgermeister Cuno (Hagen) telefonisch auf Anfrage mit, daß Watter „auf dem Boden der Verfassung steht und die Reichsregierung in Dresden anerkennt“.[50] Am 15. März telegrafierte er an die Landräte, Polizeipräsidenten und Oberbürgermeister seines Bezirks: „Nach mir zugegangenen sicheren Nachrichten ist der Fortbestand der Reichsverfassung nicht gefährdet.“ Die Militärbefehlshaber von Hannover, Kassel und Münster seien zu ihrem Schutz „bereit“.[51] – Das war ein gänzlich unbegründeter Optimismus, den König offenbar zu dem Zweck verbreitete, die einsetzende Radikalisierung von links abzufangen. Am folgenden Tage versuchte er, seinen Zweckoptimismus real zu praktizieren; welche Katastrophe für ihn dabei herauskam, werden wir sehen.

Der Oberpräsident und die Regierungspräsidenten der Rheinprovinz hüllten sich nach dem Putsch in Schweigen – ein sehr beredtes Schweigen.

Wenige Worte noch zu zwei anderen Beamtenkategorien, den Eisenbahn- und den Justizbeamten. Bei der Eisenbahn umfaßte der Direktionsbezirk Essen das eigentliche Ruhrgebiet. Am 13. März erging ein

Aufruf des Essener Eisenbahnpräsidenten Jahn und der christlichen und gelben (wirtschaftsfriedlichen) Eisenbahnergewerkschaften, der alle Beamten und Arbeiter aufforderte, „im Interesse allgemeiner Wohlfahrt, namentlich Zufuhr der Lebensmittel, ... ihrem Dienst in Ruhe nachzugehen. Direktionsbeamte und Arbeiterrat nehmen die Ämter, die sie von der bisherigen (!) Regierung empfangen haben, in unveränderter Weise wahr". Am Schluß der Unterzeichnerliste behauptete der Aufruf, ein Vertreter des freien (sozialdemokratisch orientierten) Deutschen Eisenbahner-Verbandes (DEV) sei „nicht erreichbar". Diese Angabe war unwahr. Der Essener Bezirksleiter des Verbandes befand sich in seinem Büro, die Ortsbeamten von Dortmund, Recklinghausen und Duisburg sogar in der Eisenbahndirektion; in Wirklichkeit hatte Präsident Jahn den Aufruf einem DEV-Vertreter gar nicht erst vorgelegt, weil klar war, daß die Unterschrift verweigert worden wäre. Bei den Gewerkschaftsvertretern, die unterzeichneten, muß man offen lassen, ob sie sich damit wie Präsident Jahn für Kapp erklären wollten, oder ob sie es aus Servilität gegenüber Jahn taten.[52]

Die Justizbehörden traten im allgemeinen nicht mit politischen Erklärungen zum Umsturz hervor. Eine bemerkenswerte Ausnahme machte Staatsanwalt Weidenhaupt in Essen; er erklärte sich gleich am 13. März für Kapp.

5 Die Bourgeoisie

Die mit Kriegsfahnen und Militärmärschen einrückenden Putschtruppen wurden in den bürgerlichen Vororten und im Zentrum Berlins von einer freudig erregten Menge mit Hochrufen und schwarz-weiß-roten Fahnen begrüßt.[53] Dazu der Professor Troeltsch, ein kritischer Beobachter: „Man muß sich von den Siegesfesten erzählen lassen, die am ... 13. März hier in den Familien gefeiert wurden! Da hieß es: es wird alles wieder, wie es war; die Offiziere werden wieder eingestellt; die Akademiker kommen wieder zu ihrer sicheren Karriere; die Reichsanleihe wird bar ausgezahlt; die Streikenden werden wieder zur Arbeit gezwungen!"[54]

Die bürgerlichen Parteien reagierten auf den Putsch unterschiedlich. Wir greifen hier nur die Deutsche Volkspartei (DVP), im Ruhrgebiet

die Partei der Schwerindustrie, heraus; auf DDP und Zentrum kommen wir noch bei anderer Gelegenheit. Am 13. März veröffentlichten die in Berlin anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionen der DVP, darunter der Parteiführer Stresemann, einen Aufruf, in dem der „bisherigen Regierung" die Verantwortung für den Putsch gegeben wurde: sie habe Neuwahlen verhindert und „den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht erstrebt". Dann hieß es lapidar: „Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet". Nun müsse als erstes verlangt werden, „daß die neue Regierung Bürgschaft gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit". Die Richtlinie der DVP für ihr weiteres Handeln sei: „schnellste Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige". Das stellte man sich konkret so vor: die „Regierung" (gemeint war die Kapp-Regierung!) solle „unverzüglich" Neuwahlen auf Grund des bisherigen Wahlrechts herbeiführen und so „die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung" ermöglichen, „zu der alle Parteien herangezogen werden sollen, denen es ernst ist mit der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und mit der Wahrung der nationalen Würde". – Damit stellte sich die DVP wie selbstverständlich auf den Boden des Putsches und enthüllte es als ihr Ziel, die durch den Putsch geschaffenen Tatsachen nur noch in bestimmter Richtung zu modifizieren. Konkret forderte sie die baldige Legalisierung des Unternehmens durch Neuwahlen und anschließende Bildung einer Rechtsregierung.[55]
Die Ortsgruppe Essen der DVP faßte am 13. März folgende Entschließung:

„Neue Männer haben die Geschicke von Volk und Vaterland in die Hand genommen. Neuwahlen zum Reichstag sollen entscheiden, wem das deutsche Volk sein Vertrauen übertragen will. Ruhe und Ordnung ist die erste Voraussetzung für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. – Folgt den Weisungen der Obrigkeit!"[56]

Dieser Aufruf war in seiner Offenheit eine Ausnahme. Vorsichtiger und damit typischer war das Verhalten der DVP-Abgeordneten in den Stadtparlamenten. In vielen Orten wurden die Stadtparlamente am 13. oder 14. März vom jeweiligen Oberbürgermeister oder Parlamentspräsidenten zu einer Sitzung gebeten, die zum Putsch Stellung nehmen sollte. In diesen Sitzungen drängten die Regierungsparteien auf eine Kundgebung für die Verfassung oder für die alte Regierung. In der

Regel weigerten sich die DVP-Stadtverordneten, eine solche Kundgebung zu unterzeichnen. Eine positive eigene Stellungnahme zum Putsch vermieden sie jedoch. Innerlich wären sie wohl alle mit der Entschließung der Ortsgruppe Essen einverstanden gewesen, sie wagten jedoch meistens nicht, eine so deutliche Sprache zu reden. Eine Ausnahme von der verbreiteten Sympathie für den Putsch machte der Reichstagsabgeordnete der DVP und frühere Oberbürgermeister von Sterkrade, Dr. Most, der am 14. März, noch ohne nähere Kenntnis der Umstände des Putsches, gegenüber Pressevertretern erklärte, er werde „eine auf ungesetzlichem Wege zustande gekommene Auflösung der Nationalversammlung nicht anerkennen".[57]

Deutlicher als die DVP wurde die der Partei nahestehende Presse, an erster Stelle die beiden Blätter von überregionaler Bedeutung: die Essener „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und die Elberfelder „Bergisch-Märkische Zeitung". Im Leitartikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 13. März abends hieß es:

„Entschlossene Männer sind in Berlin zur Tat geschritten. Ihr Vorgehen bedeutet Gewalt – aber Gewalt aus redlichster Überzeugung und tiefster Vaterlandsliebe heraus. Wir verstehen es, daß diese Männer vor Scham und Verzweiflung über den Niedergang des Reiches keinen anderen Ausweg mehr zu sehen glaubten, als die herrschende Clique hinwegzufegen."

Sorgen machte sich der Verfasser jedoch über die Erfolgsaussichten des Unternehmens. Einmal schien es ihm zweifelhaft, ob die neue Regierung ein Programm habe; sodann sei sie nur auf einen kleinen Teil des Volkes gestützt, „soziale Reibungen schwerster Art" seien „unausbleiblich"; schließlich drohe die Gefahr des Partikularismus in Bayern und im Rheinland, ein Moment, das sich die habgierigen Siegermächte sicherlich sogleich zunutze machen würden.[58] – Im Leitartikel der „Bergisch-Märkischen Zeitung" vom 13. März feierte Walter Bacmeister, der politische und geschäftliche Leiter des Blattes, Kapp als Mann der „großen Tat". Bacmeister schrieb weiter:

„Es wird seine Aufgabe sein, der Probleme Herr zu werden, vor die seine Tat das deutsche Volk gestellt hat, und wenn ein Mann ihrer Herr werden kann, so ist er es, wie wir ihn kennen ... Auch die Arbeiterschaft muß schnellstens empfinden, daß der Umsturz nicht eine Verschlechterung, sondern eine Besserung der Lebenslage in allen Volksschichten mit sich bringen wird."[59]

Fragen wir nun nach der Reaktion des Zechenkapitals auf den Putsch. Sie trat zutage innerhalb der „Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrkohlenbergbau“ – jener nach der Revolution von 1918 gegründeten Rahmenorganisation für die Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften, in der sich die beiden Partner die ausschließliche Tarifhoheit zuerkannten und in der alle strittigen wirtschaftlichen und sozialen Fragen ihre Lösung finden sollten. Ihr Funktionieren haben wir bei der Hamborner Streikbewegung kennengelernt (s. oben Seite 25–28).
Die Verhandlungen darüber, wie die „Arbeitsgemeinschaft“ Stellung zum Berliner Putsch nehmen solle, wurden am Nachmittag des 14. März aufgenommen. Hugo Stinnes überreichte den Gewerkschaftsvertretern den Entwurf einer Vereinbarung. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte in ihrem zitierten Leitartikel bereits signalisiert, was das Kapital als Wirkung des Putsches befürchtete: Verstärkung der separatistischen Tendenzen, d. h. der Tendenzen zur Loslösung einzelner Landesteile vom Reich (linksrheinische Provinzen, Bayern usw.). Der einleitende Passus in Stinnes' Entwurf wiederholte diese Befürchtung und erläuterte: abgesehen „von den nationalen Gesichtspunkten“ (eine ideologische Floskel) würde der Abfall einzelner Teile vom Reich den Zerfall des für den Ruhrkohlenbergbau „unentbehrlichen ... Inlandsmarktes“ bedeuten. – Unter diesem Vorzeichen muß man verstehen, wenn der Entwurf es als Ziel der „Arbeitsgemeinschaft“ im gegenwärtigen Augenblick bezeichnete, „daß in Deutschland schleunigst verfassungsmäßige Zustände ... wieder herbeigeführt werden“.
Im einzelnen sah der Entwurf vor, daß das Kohlensyndikat (die Verkaufsorganisation des Zechenkapitals) vorläufig autonom von den beiden rivalisierenden Regierungen sein sollte. Seine Verkaufspolitik sollte es nach zwei Grundsätzen regeln:

1. bevorzugte Belieferung des Reviers mit Kohle, um es in die Lage zu versetzen, im Ausland Kohle gegen Lebensmittel zu tauschen;
2. verstärkter Export von Kohle durch das Syndikat selbst, um im Ausland Lebensmittelimporte zu sichern.

Als Begründung gab der Entwurf an, daß es gelte, „eine Hungersnot zu vermeiden“. (Dahinter stand natürlich die Furcht vor einem Ausfall der Produktion.) – Ferner sah der Entwurf ein paritätisches Komitee mit der Ermächtigung vor, „eilige Entscheidungen zu treffen“, u. a. „wegen Sperrung oder Kürzung der Kohlenanlieferung an solche Gebiete, die sich nicht auf den Boden der Reichsverfassung stel-

len". Auch das muß man unter dem angegebenen Vorzeichen verstehen.

Bis hierhin waren die Gewerkschaftsvertreter mit dem Entwurf einverstanden. Widerspruch meldeten sie dagegen an, daß der Entwurf es als weiteres Ziel der „Arbeitsgemeinschaft" bezeichnete, „die Arbeit und die Ordnung im Bezirk aufrechtzuerhalten". Das war nichts anderes als der Versuch der Unternehmer, die Gewerkschaften gegen den drohenden Generalstreik einzusetzen. Darauf konnten die Gewerkschaftsvertreter schlechterdings nicht eingehen. Die Berliner Gewerkschaftszentralen, so erklärten sie, hätten den Generalstreik bereits ausgerufen.

Ferner vermißten die Gewerkschaftsvertreter in dem Entwurf etwas: eine ausdrückliche Verurteilung des Putsches. Darauf ließen sich die Unternehmervertreter jedoch nicht ein. Die Zuständigkeit der „Arbeitsgemeinschaft", erklärten sie, sei auf wirtschaftliche und soziale Fragen beschränkt; eine politische Erklärung würde die satzungsmäßigen Bestimmungen überschreiten. (Zwei Tage später, als das Putschunternehmen in den letzten Zügen lag, waren die Unternehmer nicht mehr so pedantisch.)

So ging die Verhandlungsrunde ohne Ergebnis auseinander.[60] Die Hoffnungen der Gewerkschaften, im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft" zu einer Annäherung von Kapital und Arbeit zu kommen, erwiesen jetzt ihren illusionären Charakter. Unter dem Druck einer tiefgreifenden innenpolitischen Krise zerbrach das Instrument zur Herstellung des sozialen Friedens; die Interessengegensätze traten unverhüllt hervor.

Fassen wir zusammen. Der Militärputsch wurde ausgelöst durch die Zwangslage, in die v. Lüttwitz durch seine Entlassung geriet, also durch ein mehr zufälliges Ereignis. Der Putsch wurde also bei einem noch mangelhaften Stand der Vorbereitungen inszeniert. Überdies wirkten mehrere Hemmungen und Verzögerungen dahin, daß das Moment der Überraschung entfiel. Trotzdem erwies sich die Reichsregierung den Putschisten gegenüber als vollkommen ohnmächtig. Das war das logische Ergebnis ihrer Politik, deren Hauptkennzeichen waren: Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems,

Durchsetzung des bürgerlichen Parlamentarismus und – als Kehrseite der Medaille – Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch das Militär. Die Weiterexistenz der alten Regierung in Dresden hing an einem seidenen Faden: dem lavierenden und nicht eindeutig putschfreundlichen Verhalten eines Generals. Den Putschisten dagegen schlug aus Militär und Bourgeoisie eine Welle von Unterstützung und Sympathie entgegen. Die geäußerten Vorbehalte bezogen sich oft nur auf die schlechte Durchführung und die entsprechend schlechten Chancen des Unternehmens. Das heißt: Bei besseren Erfolgsaussichten des Putsches wäre die Zustimmung noch weit größer gewesen. Nur aus solchen opportunistischen Gründen unterstellte sich auch ein Teil der Staatsbeamten nicht den Putschisten.
Würde die Arbeiterklasse stark genug sein, um die Konsolidierung des Putsches zu verhindern?

1 Erger, S. 115–149, 193 f., 317–323; Illustrierte Geschichte, S. 454–461; der Generalstreik-Aufruf aus Stampfer, S. 165 f. Der Text des Generalstreik-Aufrufs bei Brammer, S. 65, ist gekürzt; das Faksimile in der Illustrierten Geschichte, S. 469, ist anscheinend ein späteres Flugblatt, da der Name Kapps fällt.
2 Jansen, S. 54.
3 Jansen, S. 55–57; Erger, S. 324–326.
4 Jansen, S. 53.
5 Erger, S. 148.
6 Erger, S. 171–173, 193 f.; Maerckers Einsicht in das Kräfteverhältnis zwischen Osten und Westen: Maercker, S. 353.
7 Brammer, S. 12.
8 Erger, S. 174–176.
9 Erger, 177–190; zu General Haas ergänzt durch Keil, S. 195, zu Frankfurt durch Schneider, S. 94 f., und Neuland.
10 Scheidemann, S. 395–397; Volkmann, S. 373 f.; Lüttwitz, S. 123 f.; Noske, Aufstieg, S. 170 f.; Erger, S. 185 f., 333; der Vermittlungsversuch Maerckers: Brammer, S. 13, und Erger, S. 173 f.
11 Illustrierte Geschichte, S. 455.
12 VZD, 1920-03-13, u. ö.
13 STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73; StA Datteln: Akte aus STAM: Kr. Recklinghausen, Amt Datteln, Nr. 2; Spethmann, S. 89; Wf Mk, 1920-03-13, Ab; RuR-Ztg, Nr. 125, 1920-03-14, u. ö.; Zeitpunkt nach Spethmann, Rote Armee, S. 35 Anm. 1.
14 Spethmann, S. 88 f.

15 Wf Mk, 1920-03-13, Ab; RuR-Ztg, Nr. 125, 1920-03-14, u. ö.; Ernst, S. 17; Zeitpunkt: Severing, S. 138.
16 Severing, S. 130–132.
17 S. 132–134, vgl. S. 138.
18 S. 138 f.
19 S. 139.
20 Severing, S. 134. Der Text des Aufrufs: Severing, S. 135 f.; StA Bochum: Tit. IX. Caps. 2. No. 25, vol. I; u. ö.
21 Severing, S. 134, 136; Severing, Wie es kam!, S. 3; Spethmann, S. 339.
22 StA Bochum: Tit. IX. Caps. 2. No. 25, vol. I; StA Gladbeck: C 188; Spethmann, S. 90; Rhs VZ, 1920-03-16, u. ö.
23 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
24 Severing, Wie es kam!, S. 3 f., vgl. S. 2; Severing, S. 136.
25 Severing, Wie es kam!, S. 4 f.; Severing, S. 136 f., vgl. S. 150; Spethmann, S. 92, 340; Pressenotiz über die Besprechung im NL Severing: A 3; MA, 1920-03-14, Sonderblatt; FPE u. VfrR, 1920-03-16.
26 Erger, S. 170, 210.
27 KVZ, Nr. 208, 1920-03-16; Vwt, 1920-03-16, zit. Spethmann, S. 95; Kam Ztg, 1920-03-17; Mh Ztg, 1920-03-19, u. ö.
28 Bericht des OBs von Remscheid, zit. Colm, S. 23; der Brief (irrtümlich datiert 14. 2. 1920, richtig vermutlich 13. 3. 1920) als Faksimile bei Salomon, S. 389; Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 24, 28 f.
29 BAst, 1920-03-16; Bericht des OBs von Remscheid, zit. Colm, S. 23; Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 35; Remscheider Märzkämpfe, S. 18.
30 BAst, 1920-03-16; vgl. Kutschka.
31 VfrR, 1920-03-16 (Meldung und Kommentar); Severing, Wie es kam!, S. 6.
32 VstH u. VfrR = Vbl, 1920-03-22; FPE u. AZE, 1920-03-24; Ernst, S. 28 (verkürzt).
33 Tagebuch eines Freikorpsmitglieds, Eintragung vom 14. 3. 1920, veröff. in VstH, 1920-04-03.
34 Brief eines Freikorpsmitglieds vom 13. 3. 1920, veröff. in VstH, 1920-03-19; Aussage Roß in FPE = VstH, 1920-03-24; Aussage Klein in VstH, 1920-03-25; Zusammenfassung mehrerer Aussagen in VstH, 1920-03-19.
35 Schulz, S. 24 f.; Severing, S. 137.
36 Mh Ztg u. Ess Allg Ztg, 1920-03-19; Zuschrift Deunsch in Mh GA, 1920-03-24; Colm, S. 23; Schulz, S. 25 f.; Severing, S. 138.
37 Schulz, S. 26.
38 Mh Ztg, 1920-03-19.
39 VstH, Wdt VZ, Wat Ztg, Lün Ztg, u. ö., sämtlich 1920-03-15; Rhs Ztg, 1920-03-15, zit. Gaertner, Kapp-Putsch, S. 8.
40 NL Severing: A 3; Severing, S. 143 f.; Spethmann, S. 94; FPE, 1920-03-16; Mh Ztg, 1920-03-19 (ohne den 1. Absatz).
41 Severing, S. 144.
42 Niederschrift von K. Leon im NL Severing: A 3.
43 Jansen, S. 58.

44 Wdt VZ, 1920-03-14, u. ö.
45 Brammer, S. 14 f.; Erger, S. 208.
46 Erger, S. 206–211.
47 S. 213 f.
48 Wiedergabe im Telegramm Würmeling an Regierungspräsident Arnsberg, 1920-03-15, 17.40 Uhr – STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 130–132; das Original hat Runge eingesehen (S. 124).
49 Runge, S. 124.
50 Cuno, S. 2a; Hag Ztg, 1920-03-15, Mo.
51 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 125.
52 WAVZ, 1920-04-16.
53 Erger, S. 161 f.
54 Troeltsch, S. 128.
55 Hartenstein, S. 156, dazu die Analyse S. 156–159.
56 RhW Ztg, 1920-03-14, zit. von Stens in Hag Ztg, 1920-03-30, Mo; vgl. KVZ, Nr. 207, 1920-03-16.
57 Mh Ztg, 1920-03-19.
58 RhW Ztg, Nr. 183, 1920-03-13.
59 BMZ, Nr. 128, 1920-03-13, zit. von Stens in Hag Ztg, 1920-03-30, Mo. Zu Bacmeister: Kayser, S. 35.
60 Spethmann, S. 100–102 (der Entwurf von Stinnes ist zu vergleichen mit dem endgültigen Text auf S. 343 f.); AZE, 1920-03-17.

3. Kapitel

Der Generalstreik und die Fragen der Bündnispolitik – vier Modelle

Bereits am 13. März wurde in Berlin zweierlei klar: der Generalstreik würde am Montag, dem 15. März, geschlossen einsetzen, er würde jedoch unter ziemlich weit auseinandergehenden Parolen geführt werden. Das ging aus den verschiedenen Aufrufen der Arbeiterorganisationen hervor.

Das wichtigste Ergebnis des ersten Putschtages bestand darin, daß sich zwei Streikzentralen bildeten; dies vor allem, weil sich SPD und USP nicht auf gemeinsame Streikparolen einigen konnten. Die SPD war zwar bereit, nach der Niederschlagung des Putsches ihre gegenwärtigen Minister fallenzulassen – Noske sollte auf jeden Fall gehen –, sie lehnte jedoch die von der USP geforderte Parole „sozialistische Diktatur“ ab. – Die erste Streikleitung bildete sich aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (dem Dachverband der Freien Gewerkschaften) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände; später schloß sich ihr noch der Deutsche Beamtenbund an. Sie hatte engen Kontakt zum SPD-Vorstand. Entsprechend ihrer Zusammensetzung trat sie mit nationalem Legitimationsanspruch auf. – Die zweite Streikleitung, die „Zentralstreikleitung von Groß-Berlin“, bestand hauptsächlich aus der USP und der von dieser dominierten Berliner Gewerkschaftskommission sowie der in Berlin zahlenmäßig sehr schwachen KPD.

Eine unterschiedliche Haltung zum Streik nahmen die nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen ein. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine erließen zwar keinen Aufruf zum Generalstreik, billigten aber nach Einsetzen des Generalstreiks die Beteiligung ihrer Mitglieder als Kampf für „die bisherigen politischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften“; die grundsätzliche Ablehnung des politischen Streiks bleibe davon unberührt. Die christlichen Gewerkschaften dage-

gen lehnten eine Beteiligung am Generalstreik ab – die „Schädigungen der Volksgesamtheit“ in seinem Gefolge seien nicht zu verantworten – und befürworteten lediglich kurze Proteststreiks.[1]

Wir gehen der Organisation des Generalstreiks in Berlin nicht weiter nach, und zwar hauptsächlich aus einem Grunde: Bereits am frühen Vormittag des 13. März brachen die Telefonverbindungen zwischen den Zentralen der Arbeiterorganisationen in Berlin und den Bezirks- und Ortsbüros im Ruhrgebiet wegen des Generalstreiks zusammen; so konnten von da an die Partei- und Gewerkschaftsinstanzen im Revier schon aus technischen Gründen ihr Verhalten nicht mehr nach dem Berliner Vorbild ausrichten, von den je verschiedenartigen lokalen Erfordernissen ganz abgesehen. – Die relativ besten Verbindungen hatten die Redaktionen der SPD-Presse; sie erhielten in den frühen Morgenstunden die Nachricht, daß putschende Truppen in Berlin einmarschiert seien und daß der Parteivorstand der SPD zum Generalstreik aufrufe, schließlich noch die Nachricht, daß die Reichsregierung geflohen sei, dann riß der Draht ab.[2]

Am Nachmittag des Putschtages erließen die Spitzen der vier Bergarbeitergewerkschaften einen Aufruf an die Bergarbeiterschaft. Er begann mit Klagen darüber, daß die hoffnungsvolle Besserung des Wirtschaftslebens in der letzten Zeit durch den Putsch „in verbrecherischer Weise gestört“ werde, wodurch „der Wiederaufbau Deutschlands und die wahre Demokratie bedroht“ sei. Der Aufruf fuhr fort:

„Wir Vertreter der Bergarbeiter haben uns seinerzeit gegen eine Diktatur von links gewehrt und wehren uns jetzt in ebenso entschiedener Weise gegen eine Diktatur von rechts ... Wir erkennen deshalb nur die vom Volke gewählte Regierung an. Wir bitten die Bergarbeiter, die Ruhe zu bewahren, sich vertrauensvoll hinter ihre Organisationen zu stellen und weitere Weisungen abzuwarten. Diese werden erfolgen, sobald eine Klärung der Verhältnisse dieses zuläßt.“[3]

Welche „Klärung der Verhältnisse“ wollten die Gewerkschaften wohl noch abwarten, 12 Stunden nach erfolgtem Putsch? Jedem Bergarbeiter war klar, daß der Putsch mindestens mit dem Generalstreik beantwortet werden mußte, und zwar sofort. Niemand würde sich also darauf einlassen, erst noch „weitere Weisungen abzuwarten“. So schalteten sich die Bergarbeitergewerkschaften mit diesem Aufruf bereits am ersten Tage von der Führung des Generalstreiks selbst aus. Zwar wurde der Aufruf mancherorts auf den ersten Kundgebungen

der Arbeiterschaft bekanntgegeben, z. B. in Recklinghausen[4], eine Wirkung hatte er jedoch auch dort nicht. Damit ging die Führung des Generalstreiks auf die Parteien über, genauer: auf die von den Parteien gebildeten lokalen Aktionskomitees. Diese Schwerpunktbildung bei den Parteien ergab sich auch aus einem anderen Grund: der Generalstreik gegen den Militärputsch war ein „politischer" Streik; bei der traditionellen Funktionsteilung zwischen Parteien und Gewerkschaften fiel also die führende Rolle den Parteien zu.
Eine scheinbare Ausnahme von der sekundären Rolle der Gewerkschaften macht Dortmund. Hier proklamierte das Freie Gewerkschaftskartell (die Ortsvereinigung der Freien Gewerkschaften) einen auf 24 Stunden befristeten Generalstreik. Dahinter stand jedoch die SPD, die es aus taktischen Gründen vorgezogen hatte, als Partei nicht in Erscheinung zu treten.[5]– Im übrigen betraf die Selbstausschaltung der Bergarbeitergewerkschaften natürlich nur die Organisationen, nicht die Personen. Viele Gewerkschaftler haben als Vertreter ihrer jeweiligen Parteien in den lokalen Aktionskomitees mitgearbeitet.
Wie erfolgte nun die Bildung der lokalen Aktionsausschüsse? Wie gesagt, lag sie in den Händen der drei Arbeiterparteien. Daher wollen wir zunächst die Positionen der drei Parteien charakterisieren, indem wir *je zwei typische Äußerungen vom 13. März* wiedergeben. Sie zeigen unterschiedliche Einschätzungen des Putsches und unterschiedliche Zielvorstellungen für den Abwehrkampf.
Das Bochumer *SPD*-Blatt brachte am Vormittag ein Extrablatt heraus mit der Balkenüberschrift: „Heraus zum Kampfe für die Republik! Heraus aus Zeche, Fabrik und Werkstatt zur Demonstration! Wollt Ihr die Republik und die Demokratie meucheln lassen?" Im Text von Bornhoff im Namen des SPD-Ortsvorstands hieß es:

„Aus Berlin erhalten wir folgende Meldung:
Um 7 Uhr heute morgen stehen 5000 meuternde Soldaten vor dem Reichstag. Sie stellen ein Ultimatum, daß Giesberts, Müller, Schmidt und einige andere Reichsminister abtreten und durch Fachminister ersetzt werden. Das ist natürlich nur ein Vorwand, um eine Regierung nach ungarischem Muster zu bilden ...
Alle, die Ihr eine friedliche Entwicklung und die notwendige Gesundung des Wirtschaftslebens wollt, tretet an zum Schutz der Republik und der Demokratie ... Legt sofort für heute die Arbeit nieder! Zeigt millionenfach, daß Ihr Ruhe und Frieden wollt ..."[6]

Ein zweites Extrablatt um 12 Uhr informierte über den inzwischen gelungenen Putsch und kommentierte:
„... Ein zweites Ungarn mit allen Begleiterscheinungen des weißen Terrors soll errichtet werden. Das darf nicht sein! Die Arbeiterschaft wird sich der Errichtung einer solchen Gewaltherrschaft mit allen, und wenn es sein muß, mit den alleräußersten Mitteln widersetzen. Die alte Regierung besteht noch zu Recht. Es gilt, sie mit der äußersten Kraftanspannung zu halten. Wenn jeder seine Pflicht tut und die junge Republik [verteidigt], die uns, trotz mancher Hemmnisse, eine nie geahnte Demokratie und Freiheiten gebracht hat, dann kann die Herrschaft der wahnwitzigen Hochverräter nur von kurzer Dauer sein ...“[7]
Der wiederholte Hinweis auf Ungarn galt einem De-facto-Militärregime, das nach dem Zusammenbruch der Räterepublik in diesem Land errichtet worden war und das man wohl als das erste präfaschistische Terrorregime in Europa bezeichnen kann.
Das Solinger *USP*-Blatt kommentierte die ersten Meldungen von Putschplänen so:
„Wir sehen den Dingen mit grimmigem Behagen zu. Für jeden Menschen, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, war es klar, daß die Dinge so kommen mußten. Nur Herr Noske glaubte, auf den Bajonettspitzen der Monarchisten sitzen zu können ...“[8]
Im Leitartikel des Elberfelder USP-Blatts hieß es:
„... die von den Rechtssozialisten aufgepäppelten Militaristen stellen sich an die Spitze ihrer Truppen und versuchen, die alte Herrschaft des Militarismus und Kapitalismus wieder aufzurichten ...
Seit Monaten ... haben die reaktionären Offiziere, Alldeutschen und Schwerindustriellen systematisch auf die ‚Rückkehr der alten Ordnung‘ hingewirkt ... Sie haben ... alle führenden Stellen in dem neugeschaffenen Söldnerheere besetzt; sie haben diese Söldnerheere selbst gesiebt und ‚gereinigt‘ von allen oppositionellen Elementen; sie haben die reaktionären Großgrundbesitzer und kapitalistisch beeinflußten Elemente der Städte mit Waffen versehen; sie haben viele Zeitungen in finanzielle Abhängigkeit von den Kapitalsmagnaten gebracht und die Öffentlichkeit in Wort und Schrift systematisch bearbeitet; sie haben weiter mit dem Ausnahmezustand die oppositionelle Presse der USP unterdrückt, vernichtet, mundtot gemacht; sie haben das Versammlungs- und Demonstrationsrecht geknebelt; die opposi-

tionellen Kämpfer in Schutzhaft und Gefängnis geworfen. Und das alles unter tätiger Mitwirkung, unter bereitwilligster Hilfe der Rechtssozialisten!

... Und nun, wo ihnen die von ihnen selbst großgezogene Reaktion gefährlich wird, nun jammern die Noskemänner um Hilfe, um Hilfe bei den Arbeitermassen, die sie bisher im Auftrage der Reaktion gehudelt und gebüttelt haben! ...

Ach nein, für diese Männer *werden sich die Arbeiter nicht auf die Straße locken lassen: sie sollen abtreten, sie haben genug des Unglücks, des Elends über die deutsche Arbeiterschaft gebracht"*.[9]

Die *KPD*-Bezirksleitung in Essen erließ am Abend des 13. März folgenden Aufruf:

„Arbeiter! Genossen!

Die Ebert-Noske-Regierung ist gestürzt. Die Bourgeoisie, auf deren Macht sich diese Regierung stützte, hat ihre Handlanger zum Teufel gejagt. Die Militärkamarilla, die uns in den Krieg gestürzt, die den Krieg schmählich verloren hat, hat die Herrschaft übernommen.

Arbeiter! Genossen! Jetzt gilt es zu handeln, wenn das Proletariat nicht noch tiefer in Not und Knechtschaft verfallen soll.

Jetzt gilt es die Macht zu übernehmen. Was ist zu tun!

Die sozialistischen Parteien sitzen zusammen und beraten wie am 9. November.

Die Arbeiter stehen auf den Straßen und wissen nicht, was sie tun sollen, wie am 9. November.

Die Bourgeoisie wird inzwischen ihre Kräfte sammeln, sie wird ... ihre Leute bewaffnen, wie nach dem 9. November.

Arbeiter, Genossen, lernt daraus! ...

Wählt sofort in jedem Betrieb, in jeder Werkstätte euren Arbeiterrat. Wählt die Besten und Tüchtigsten. Wählt nur Arbeiter, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen.

Die Arbeiterräte treten sofort zur Vollversammlung zusammen, die dann die gesamte Macht übernehmen muß ...

Arbeiter! Genossen! Die Demokratie der Mehrheitssozialisten hat Euch in dieses Elend gestürzt, nur die Diktatur des Proletariats kann Euch retten.

Euer Arbeiterrat hat zuerst die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie auszuführen.

Fordert Freilassung aller politischen Gefangenen ..."[10]

Ein gleichzeitiges internes Rundschreiben der KPD-Bezirksleitung erörterte die taktischen Fragen:

„... *Es handelt sich für die Arbeiterschaft darum, ob sie gewillt ist, sich willenlos und tatenlos der schwärzesten Reaktion zu überliefern. Dies ist eine Seite. Auf der anderen entsteht für das Proletariat die Frage, ob es bereit ist, für die Interessen der Sozialverräter, auf deren Schultern die Riesenschuld an der Entwicklung der Dinge lastet ... zu kämpfen. Genossen! Keines von beiden darf sein. Das Proletariat, wenn es reif sein will zur völligen Übernahme der ganzen Macht, kann nur nach eigenen Losungen handeln. Und es gibt nur eine Parole: Sturz der Bourgeoisie und ihrer Vertreter, die Herren Kapp-Lüttwitz und Konsorten, das heißt: Sturz der Diktatur von rechts, darüber hinaus Sturz der Noske-Demokratie, Sturz und völlige Vernichtung der Sozialimperialisten ...*"[11]

Mit diesen Stellungnahmen zum Putsch sind die Positionen der drei Arbeiterparteien abgesteckt. Damit können wir unsere Ausgangsfrage nach der Bildung der Aktionsausschüsse so präzisieren: Konnten die drei Parteien bei so verschiedenen Positionen zu einem Bündnis kommen, und wenn ja, wie? Dieses Problem der *Bündnispolitik* wurde natürlich von Ort zu Ort verschieden gelöst, doch finden sich *vier Beispiele* darunter, die so ausgeprägt sind, daß wir sie als Modellfälle nehmen können: *Elberfeld, Essen, Hagen und Duisburg.*

1 Elberfeld

Elberfeld war der Sitz der Bezirksleitungen von SPD und USP im Bezirk Niederrhein; es hatte dadurch besondere Bedeutung. – Die SPD-Bezirksleitung hatte einen Informationsvorsprung gegenüber den beiden anderen Arbeiterparteien durch ständige Telefonverbindung mit Berlin; sie ergriff nach Eintreffen der ersten Nachrichten vom drohenden Putsch am Morgen des 13. März die Initiative und bat USP und KPD zu einer gemeinsamen Sitzung.

Der SPD-Bezirkssekretär und Abgeordnete der Nationalversammlung Dröner hob einleitend hervor, „daß alle Sozialisten sich in der Abwehr einig sein müßten". Justizrat Landé, ebenfalls SPD, schlug als gemeinsame Plattform folgende Forderungen an die Regierung vor (nach den bisher eingelaufenen Meldungen konnte die Regierung noch als funktionsfähig gelten):

1. Sofortige Entfernung aller Monarchisten aus dem Heere.
2. Sofortige Amtsenthebung aller monarchistischen Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden.
3. Sofortige Zurückziehung der Vorlage zur Abfindung der Hohenzollern; statt dessen sofortige entschädigungslose Enteignung der Hohenzollern.
4. „Die Sozialisierung ist energischer zu betreiben, besonders in der Großeisenindustrie und im Großgrundbesitz."

Erfülle die Regierung diese Forderungen nicht, so müsse sie ersetzt werden durch ein „sozialistisches Ministerium" (also eine SPD-USP-Regierung, da die KPD in der Nationalversammlung nicht vertreten war). – Bis hierher bot Landé typischen Wortradikalismus: am Ende des angegebenen Weges stand bestenfalls eine radikale, aber papierne Resolution, gerichtet an eine Adresse, die man kaum beeinflussen konnte. 1916, noch vor der Parteispaltung, hatte der Parteiredakteur Minster in Duisburg für die SPD-Bezirksleitung, die mehrfach solche folgenlosen „linken" Beschlüsse faßte, treffend den Ausdruck „Resolutionäre" geprägt.

Das Wichtigste brachte Landé jedoch erst zum Schluß seiner Rede: „Die erste Vorbedingung gemeinsamen erfolgreichen Wirkens sei allerdings", so betonte er, „daß man nicht mehr über die Vergangenheit rede, sondern lediglich in die Zukunft schaue". Ein für solche Situationen geradezu klassischer Satz, ausgesprochen von einem Vertreter jener Parteirichtung, die allen Grund hatte, die Analyse der Vergangenheit und die Konsequenzen daraus zu fürchten.

Was hätte die Antwort revolutionärer Sozialisten sein müssen? Im wesentlichen dies: *Die Analyse der Vergangenheit, und zwar in aller Öffentlichkeit, ist lebenswichtig; sie muß geleistet werden mit dem Ziel, den Mitgliedern und Anhängern der SPD klarwerden zu lassen, daß die Politik ihrer Partei antisozialistisch und mitverantwortlich für die gegenwärtige Lage ist; die erste Konsequenz dieser Analyse wird sein, daß keine führenden Sozialdemokraten, die die bisherige arbeiterfeindliche Regierungspolitik mitvertreten haben, in die Kampfleitung zugelassen werden können.*

Nichts dergleichen in den Stellungnahmen. Sauerbrey (USP), als Vertreter der Freien Gewerkschaften, ausdrücklich: Er sei „damit einverstanden, daß nicht mehr über die Vergangenheit geredet werde". Christmann (USP), Charpentier (KPD), Brockmann (Vertreter der

Eisenbahner) „erklärten ihre Solidarität im Kampfe gegen die Reaktion".

Nachdem sich die drei Gruppen zu getrennten Beratungen zurückgezogen hatten, liefen Nachrichten ein, die Regierung sei gestürzt. Darauf kam man erneut zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die drei Gruppen Erklärungen abgaben. Sauerbrey für die USP: „Diese ernste Stunde (erfordert) einmütiges Handeln aller Sozialisten und Arbeiter ... Der Kampf (zwischen USP und SPD) ist einzustellen und die Parteiorgane haben ihre Haltung dementsprechend einzurichten. Die Selbständigkeit der Parteien soll im übrigen nicht eingeschränkt werden. Die Arbeiter sind unverzüglich zum Generalstreik aufzurufen mit dem Ziele: Wiederherstellung der Republik. Über alle weiteren Einzelheiten ... hat eine Kommission zu entscheiden". – Charpentier erklärte für die KPD, „daß gemeinsames Handeln des Proletariats notwendig sei, da mit dem Siege der Reaktion die Arbeiterschaft einer jahrzehntelangen Knechtschaft entgegengehe". Seine Partei fordere die „sofortige Bewaffnung des Proletariats". – Dröner blieb am abstraktesten: Seine Partei, die SPD, sei gewillt, „alles zu tun, um die Reaktion niederzuwerfen. Einzelheiten des Kampfes werden der Kommission überlassen".[12]

Der Aktionsausschuß, das kleinere Gremium, in dem sich die SPD-Vertreter nach Dröners Worten offenbar am wohlsten fühlten, wurde von den drei Richtungen – das lag ganz in der bisherigen Linie – paritätisch besetzt und nahm sofort seine Beratungen auf. Das Ergebnis war ein Flugblattaufruf, dessen entscheidende Sätze lauteten: „Der Herrschaft der Reaktion stellen wir die Macht des einigen Proletariats entgegen. Zur Bekundung dieses Willens zur Macht fordern ... wir auf, Montag in den politischen Generalstreik einzutreten."[13]

Am Nachmittag wurden die Verhandlungen in einem anderen Rahmen nochmals neu aufgenommen: es kam zu einer förmlichen gemeinsamen Sitzung der beiden Bezirksleitungen von SPD und USP, an der auch Vertreter der KPD teilnahmen. Von dieser Funktionärssitzung hinter verschlossenen Türen wurde kein Bericht veröffentlicht. Das Wesentliche der längere Zeit dauernden Verhandlungen wurde jedoch bekannt.[14] Der linksunabhängige Otto Braß aus Remscheid, Mitglied der Nationalversammlung, legte der Konferenz im Entwurf einen Aufruf vor, der in der Endfassung folgenden Wortlaut hatte:

„An die Gesamt-Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft von Rheinland-Westfalen!
Nachdem durch einen vorläufig gelungenen Putsch in Berlin es der Reaktion gelungen ist, eine gegenrevolutionäre Regierung aufzurichten, verpflichten sich die sozialistischen Parteien des Bezirks Niederrhein, den Kampf gegen die neugebildete Kapp-Regierung mit allen Kräften geschlossen aufzunehmen.
Der einheitliche Kampf ist zu führen mit dem Ziele:
1. Erringung der politischen Macht, durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus, auf der Grundlage des Rätesystems.
2. Sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.
Um dieses Ziel zu erreichen, rufen die unterzeichneten sozialistischen Parteien alle Arbeiter, Beamten und Angestellten auf, am Montag, dem 15. März, geschlossen in den Generalstreik zu treten.
Die Eisenbahner werden aufgefordert, jede Beförderung von Truppen und Munition strikte abzulehnen. Die Lebensmittelbeförderung ist unter Kontrolle aufrechtzuerhalten.

Auf zum Kampf gegen die Reaktion!
Es lebe der Sieg des Proletariats!“[15]

Die SPD-Vertreter stimmten dem Aufruf zu. Das war auf den ersten Blick eine Sensation; denn das formulierte Kampfziel: „Erringung der politischen Macht . . . auf der Grundlage des Rätesystems“ bedeutete einen klaren Bruch mit dem Bekenntnis zu Parlamentarismus und Verfassung und eine Übernahme wesentlicher Punkte der Parteiprogramme von USP und KPD. In Wirklichkeit lag die Zustimmung jedoch ganz in der Linie der Ausführungen Landés am Vormittag: Der Aufruf war wortradikal und enthielt kein einziges Wort über die Vergangenheit und die Mitverantwortung der SPD für den Putsch; er ermöglichte also der SPD, auf der zu erwartenden Welle der Radikalisierung mitzuschwimmen. Überdies kam der Aufruf auf eine Art – als Beschluß höchster Funktionäre – zustande, die jede weitere öffentliche Erörterung der bisherigen Politik der SPD, die Konsequenzen hätte haben können, ausschloß. Ohne eine solche Erörterung war die Zustimmung der SPD-Vertreter nichts als ein taktisches Manöver. Das hat denn auch nach der Kapp-Zeit die Auseinandersetzung innerhalb der SPD über die Unterzeichnung, die als Elberfelder „Sündenfall“ angegriffen wurde, klar bewiesen. Das hauptsächlich dabei vorgebrachte Verteidigungsargument der „Sünder“ lau-

tete: Die Putschisten hätten die verfassungsmäßige Ebene des politischen Kampfes zerstört, und so habe man der Diktatur von rechts die von links entgegensetzen müssen; die Kampfmittel müßten nun einmal denen des Gegners angepaßt werden. – Zu Ende gedacht bedeutete dieses Argument – und das haben die Unterzeichner später auch ausgesprochen –, daß „Diktatur des Proletariats“ und „Rätesystem“ gar kein eigentliches Kampfziel, sondern nur ein Kampfmittel waren, konkret: eine zündende Parole zur schnellen Niederwerfung Kapps.[16]
Ein SPD-Vertreter verweigerte die Zustimmung und trat nach Annahme des entscheidenden Passus aus dem Elberfelder Aktionsausschuß aus: der Bezirkssekretär Haberland.[17] Die Prinzipientreue, auf die er sich berief, war jedoch nicht ungebrochen. Auch Haberland stellte, wie er später selbst bekanntgab, taktische Erwägungen an, nur eben andere als seine Parteifreunde: er wollte auch die in den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften organisierten Arbeiter in das Bündnis einbeziehen, und er fürchtete, das werde durch die Parole „Diktatur des Proletariats“ unmöglich gemacht.[18] Damit behielt er übrigens recht, denn die christlichen Gewerkschaften im Wuppertal versuchten vom ersten Tage an, den unter dieser Parole geführten Generalstreik zu sabotieren.[19] Außerdem gaben DDP und Zentrum von Elberfeld ein Gegenflugblatt heraus.[20]
Die Unabhängigen und Kommunisten wurden nicht, wie man hätte denken können, stutzig, als die Sozialdemokraten so relativ leicht dem Aufruf zustimmten. Das überrascht nach dem Verlauf der Vormittagsverhandlungen nicht.
Auch auf dieser Seite gab es einen, der widersprach. Ein zufällig in Elberfeld anwesender Vertreter der KPD-Bezirksleitung Essen lehnte prinzipiell jede „gemeinschaftliche Aktion“ seiner Partei mit SPD-Führern ab:
„Zunächst darum, weil es eine Irreführung der Arbeiterschaft bedeuten würde, wenn die KPD den Führern der SPD Vertrauen bekundete. Ein Zusammengehen mit ihnen wirke auf jeden Fall wie ein Vertrauensvotum. Es wäre für die Arbeiterschaft ein Beweis, daß auch sie, wenigstens für die einsetzende Aktion, den Weisungen der SPD-Führer sich anvertrauen könnten. Hinzu komme, daß eine unehrliche, unwahre Parole in die Masse geschleudert würde. Die SPD denke ja nicht an die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen. Sie kämpfe nicht gegen die Reaktion, sondern lediglich für die Regierung

Ebert-Bauer-Noske. Sobald diese Regierung wieder gefestigt erscheine, würde die SPD den Kampf einstellen, den im Vertrauen auf die ausgegebene Parole weiter in der Aktion verharrenden Arbeitern in den Rücken fallen. Die Parole: Für die Diktatur des Proletariats!, von SPD-Führern ausgegeben, sei von vornherein ein Verrat. Solchen Verrat des Proletariats mitzumachen, das müsse die KPD entschieden ablehnen." [21]

So schlüssig der Redner sprach, es gelang ihm nicht einmal, seine eigenen Parteifreunde zu überzeugen.

Immerhin hatte der Diskussionsbeitrag klargestellt, daß die in der Sitzung anwesenden KPD-Vertreter von Elberfeld und Barmen nicht ohne weiteres im Namen der KPD allgemein und schon gar nicht im Namen der Bezirksleitung ihrer Partei sprechen konnten. Trotzdem wurde der Aufruf am 14. März als Aufruf der Bezirksleitungen von SPD, USP und KPD verbreitet.[22] Das Streben nach Einheitsresolutionen, tief begründet in der Tradition der alten Sozialdemokratie, feierte einen neuen Triumph, diesmal selbst um den Preis einer bewußten Fälschung. Die Essener Bezirksleitung der KPD antwortete noch am selben Tag mit einem Gegenflugblatt, das in Elberfeld verbreitet wurde:

„Arbeiter, Proletarier!

... Wie zu erwarten war, besinnen sich die Scheidemänner plötzlich wieder auf revolutionäre Forderungen. Nun wollen sie gar für die Diktatur des Proletariats eintreten.

Dasselbe Spiel, wie im November 1918 und in den ersten Revolutionsmonaten. Damals versprachen sie die Sozialisierung, versprachen sie die Einführung von Betriebsräten.

Die Arbeiter trauten den Zusicherungen. Sie wurden verraten ...

Und wiederum versuchen die Noske, Ebert und deren Trabanten das Proletariat zu betrügen. Darum versprechen sie alles. Sobald die Massen ihnen trauen, ihnen folgen, werden sie mit der Bourgeoisie wieder Frieden schließen gegen das revolutionäre Proletariat.

Arbeiter, Proletarier, seid gewarnt! Jagt endlich die Verräter des Sozialismus zum Teufel! ...

Die Bezirksleitung der KPD (Rheinland-Westfalen, wie auch für den Unterbezirk Remscheid-Barmen-Elberfeld) lehnt jede Gemeinschaft mit der Ebert-Noske-Partei ab. Wir fordern das Proletariat auf ..., den Kampf gegen jede Reaktion, für die Diktatur des Proletariats aufzunehmen." [23]

Eine Wirkung erreichte die Bezirksleitung mit diesem Gegenaufruf nicht. Die KPD-Vertreter blieben auch weiterhin im Elberfelder und im Barmer Aktionsausschuß, und der Elberfelder Aktionsausschuß unterband sogar die weitere Verbreitung des Gegenaufrufs.[24]
Eine um so größere Wirkung erzielte der Aufruf der drei Bezirksleitungen (wir behalten diese Bezeichnung trotz ihrer Unrichtigkeit bei, weil der Aufruf in dieser Form bekannt wurde und auch in die Literatur eingegangen ist). Bereits am Abend des 13. März teilte Berten, Mitglied der USP-Bezirksleitung und Teilnehmer der Elberfelder Sitzung, ihn den USP-Funktionären in Düsseldorf mit;[25] am 14. März ist er in Remscheid, Stoppenberg und Hagen nachgewiesen;[26] am 15. März war er im ganzen Revier bekannt.[27] Überall hatte er die stärkste Wirkung auf die Arbeiter. Das wird von den beiden Kommunisten Düwell und Meinberg um so glaubwürdiger bezeugt, als sie beide prinzipielle Gegner des Aufrufs sind. „Die Zerrissenheit des Proletariats", schreibt Düwell, „die Uneinigkeit durch parteipolitische und gewerkschaftliche Spaltung war anscheinend mit einem Schlage überwunden; geschlossen, in einer Front stand die Arbeiterschaft der Reaktion kampfbegeistert gegenüber. Hoffnungsfreudigkeit, Siegeszuversicht erfüllte die Massen. Sie merkten nicht, daß ihre Einigkeit auf der dünnen Planke einer Führerparole lastete, einer falschen Parole."[28]

2 Essen

Danach, wie wir bisher die Essener Kommunisten kennengelernt haben, gehen wir an die Analyse des Essener Beispiels mit großen Erwartungen.
Auch hier hatte die SPD einen Informationsvorsprung vor den beiden anderen Arbeiterparteien. Um 6 Uhr erhielt die Redaktion des SPD-Blatts dieselbe Nachricht, die wir bereits aus Bochum kennen: 5000 meuternde Soldaten ständen vor dem Reichstag, bereit, die Regierung zu stürzen. In einer kurzen Redaktionsbesprechung wurde beschlossen, sofort durch ein Extrablatt die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung aufzufordern und für mittags eine Demonstrationsversammlung auf dem Gerlingplatz einzuberufen.
Nachdem die ersten Extrablätter heraus waren, stellte die Redaktion

den Kontakt zu den Gewerkschaften und zum USP-Vorstand her. In einer größeren Besprechung um 9 Uhr – übrigens an einem geheimen Ort, da Verfolgungen durch die Sipo zu befürchten waren – forderten die USP-Vertreter gleich zu Beginn mit größtem Nachdruck, der Kampf müsse geführt werden unter der Parole: „Diktatur des Proletariats". Dagegen vertraten die SPD-Vertreter den Standpunkt, „daß die nächste Aufgabe das Niederschlagen der Kapprebellen sei und später (!) das Problem Diktatur oder Demokratie behandelt werden könne". Eine längere ergebnislose Diskussion mußte abgebrochen werden, als es Zeit wurde, zur Massenversammlung auf dem Gerlingplatz zu gehen. Man vertagte sich auf den Nachmittag.[29]

Hinter einer roten Fahne traf der erste Zug von Arbeitern auf dem Platz ein. Allmählich strömten 10 000–12 000 Demonstranten zusammen.

An der ersten Besprechung hatten keine KPD-Vertreter teilgenommen. Jetzt, auf dem Platz, trafen erstmals Vertreter aller drei Arbeiterparteien zusammen. In einer Vorbesprechung vor Eröffnung der Versammlung drängten die Sozialdemokraten, die Redner sollten vor allem die Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes gegen die Putschisten herausstellen. Die Kommunisten widersprachen: „Wir nehmen keine Rücksicht auf euch, wir werden reden, wie wir es für notwendig halten", erklärten sie.

So kam es nicht zu der wortradikalen Kundgebung abstrakter „Einigkeit", wie sie die Sozialdemokraten sich wünschten. Freilich zeigte der Verlauf der Versammlung, daß die sozialdemokratische Taktik auf eine weitverbreitete Stimmung der Arbeiter traf. Der Spitzenfunktionär der Essener SPD, der Landtagsabgeordnete Limbertz, der als erster sprach, erhielt an den Stellen seiner Rede den stärksten Beifall, an denen er die Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes gegen die Reaktion betonte und die Sache so hinzustellen versuchte, als sei darüber bereits Einigung unter den Arbeiterparteien in Essen erzielt. Ein KPD-Redner dagegen, der die Politik der Regierung Ebert-Bauer und der SPD kritisch analysierte, wurde mit stürmischen Rufen unterbrochen wie: „Reden Sie doch zur Einigkeit!" Ein zweiter KPD-Redner, der im selben Sinne sprechen wollte, wurde sogar von erregten Arbeitern am Weiterreden gehindert.[30]

Am Nachmittag wurden die Verhandlungen zwischen den Funktionären fortgesetzt. Die Auseinandersetzung drehte sich zunächst um die

Forderung der Kommunisten, die wir bereits aus dem Aufruf der KPD-Bezirksleitung kennen, es müßten sofort politische Arbeiterräte in den Betrieben gewählt werden. Interessanterweise wurde dabei nur ein Aspekt diskutiert: der organisatorische. Die SPD-Vertreter wandten gegen die Forderung ein, das einheitliche Einsetzen des Generalstreiks dürfe nicht dadurch gestört werden, daß die Arbeiter zunächst doch noch – für die Wahl – die Betriebe aufsuchten; diesem Argument schlossen sich die unabhängigen Gewerkschaftsvertreter an. Auf eine Diskussion der politischen Fragen (z. B. Wahl unter welchen Parolen?) scheinen auch die KPD-Vertreter verzichtet zu haben; in *diesem* Gremium hätte sie allerdings auch zu nichts führen können. – Die Debatte verschob das Bild allmählich zuungunsten der Sozialdemokraten, da der USP-Redakteur Dr. Stern, der einzige Unabhängige, der von Anfang an die Forderung der Kommunisten unterstützte, seine Parteifreunde auf seine Seite bringen konnte. Entschieden wurde die Frage nicht.

Politisch wurde die Debatte, als man zu erörtern begann, ob man zu einer gemeinsamen politischen Plattform für den Generalstreik kommen könne. Die USP- und KPD-Vertreter erklärten kategorisch, das sei nur möglich, „wenn die Mehrheitssozialisten sich grundsätzlich zur Rätediktatur bekennen würden". Hier werden wir stutzig. Dies war inhaltlich genau das gleiche wie die Forderung, die Braß (USP) zur selben Zeit in Elberfeld erhob, als er in der Konferenz der Bezirksleitungen den Aufruf für „Diktatur des Proletariats" und „Rätesystem" vorlegte. Es war nur den Sozialdemokraten zu verdanken, wenn es hier in Essen anders kam als in Elberfeld: sie lehnten die Forderung ab. Die Rätediktatur, sagten sie, sei „ein gefährliches Experiment" und – mehr noch – „undurchführbar". Die Standpunkte blieben unvereinbar. Trotzdem – und jetzt kommt die zweite Merkwürdigkeit – vereinbarte man, ein gemeinsames Flugblatt herauszugeben.[31]

Logisch gesehen, konnte nur noch ein verwaschenes Flugblatt zustandekommen, das alle strittigen Fragen ausklammerte. Diese einzig mögliche Konsequenz wurde aber aus den bisherigen Auseinandersetzungen nicht gezogen; es war, als habe man in den Wind debattiert. Gegen Abend erschien Stern in der Redaktion des SPD-Blatts und legte einen Entwurf für das Flugblatt vor. Hier die entscheidende Passage:

„*... muß diesmal ganze Arbeit geleistet werden. Wir wollen nicht*

nur die monarchistische Reaktion beseitigen, sondern die Wurzeln der Übel, den Kapitalismus und die Ausbeutung selbst ausrotten. Heraus zum Kampfe gegen die kapitalistische Anarchie! Heraus zum Kampfe für die Diktatur des Proletariats, die allein uns retten und den Weg zum sozialistischen Wiederaufbau freimachen kann. Nun gilt es rasch und entschlossen handeln, vor allem müssen sich die Arbeiter sofort eine revolutionäre Organisation schaffen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Versammelt Euch auch Montagvormittag in Euren Betrieben und wählt Euch sofort revolutionäre Arbeiterräte, die sofort zu einer Vollversammlung zusammentreten und einen Aktionsausschuß bilden müssen, damit wir eine Organisation schaffen, die im engsten Zusammenhang mit den revolutionären Parteien unseren Kampf planmäßig führen kann ..."

Der Entwurf enthielt also die beiden Punkte der Kommunisten – politische Arbeiterräte, Diktatur des Proletariats –, und wieder hing es nur noch an den Sozialdemokraten, wenn es nicht zu einer Wiederholung von Elberfeld (Aufruf der drei Bezirksleitungen) kam. Sie erklärten sich mit dem Entwurf einverstanden, bis auf die Parole „Diktatur des Proletariats". Die Wahl politischer Arbeiterräte wollten die Sozialdemokraten nun also schon hinnehmen. Das wurde ihnen dadurch erleichtert, daß Stern diese Forderung rein organisatorisch formuliert hatte.

Bei diesem Stand der Verhandlungen schalteten sich die Kommunisten ein. Der KPD-Bezirkssekretär Schönbeck überarbeitete Sterns Entwurf noch einmal. Ihm kam es jetzt offenbar darauf an, das kommunistische Programm möglichst genau und vollständig zu formulieren und dann die Sozialdemokraten auf ihrer zu erwartenden Ablehnung festzunageln. Die wichtigsten neuen Passagen lauteten:

„*... Die Diktatur der Ebert-Noske, verschleiert durch die bürgerliche Demokratie, hat geführt zu der Diktatur monarchistischer Offiziere. Von diesen geführte Truppen haben die scheinsozialistische und scheindemokratische Regierung gestürzt ...*

Heraus zum Kampfe gegen alle Verräter und Unterdrücker!"

Die Vollversammlung der Arbeiterräte, schrieb Schönbeck weiter, solle einen „Vollzugsrat" bilden (nicht, wie bei Stern, einen „Aktionsausschuß"), „der die ganze politische Macht ausübt, der die Bewaffnung des Proletariats durchzuführen hat! ... Nur so können wir eine Organisation schaffen, die unsern Kampf planmäßig führen

kann". Schönbeck formulierte also das Programm eines „reinen" Rätesystems, nicht, wie Stern, das einer Zusammenarbeit von Räten und Parteien. Und weiter:

„Mit der Wahl der Räte allein ist es noch nicht getan! Ihr habt die Pflicht, durch Eure Räte, durch Eure Kraft als erstes zu befreien: ... Die Opfer der Scheindemokratie! Eure in den Gefängnissen schmachtenden Kameraden und Brüder! Ihr habt durchzuführen: Die Entwaffnung aller weißen Garden und der zum Schutze des Kapitals geschaffenen Sicherheitswehren ..."

Was Schönbeck offenbar beabsichtigt hatte, trat ein: die Sozialdemokraten erklärten eine Unterzeichnung für unmöglich, da sie „einer Anerkennung des kommunistischen Programms gleichkäme". Damit war der Plan eines gemeinsamen Flugblatts gescheitert.

Am Schluß dieser Verhandlungen gaben die Sozialdemokraten zu bedenken, ob man sich nicht auf die „Niederwerfung der Reaktion" als gemeinsames Nahziel einigen könne, „ohne daß eine Partei ihre grundsätzliche Auffassung preisgebe".[32] Ein ganz richtiger Gedanke – nur wandten ihn die Sozialdemokraten offenbar an dem Punkte nicht mehr an, wo er ihnen selber unangenehm wurde, sonst wären sie auf dem Gerlingplatz nicht so empört über die Angriffe der Kommunisten auf ihre Partei gewesen. Die Selbständigkeit der Parteien mußte doch wohl auch die Freiheit der inhaltlichen Auseinandersetzung einschließen.

Am 14. März fand um 11 Uhr eine neue Kundgebung auf dem Gerlingplatz statt. Diesmal strömten rund 50 000 Menschen zusammen, die größte Menschenmenge, so schrieb eine Zeitung, die der Platz je gesehen habe. Wieder versuchten die Sozialdemokraten wie am Vortag, in einer Vorbesprechung die Redner auf eine gemeinsame Linie festzulegen, als „sichtbares Zeichen der proletarischen Solidarität"; doch wieder lehnten die Kommunisten das ab. Und noch eine weitere Enttäuschung erlebten die Sozialdemokraten: Vor der „ordnungsgemäßen" Eröffnung der Versammlung hatte bereits eine Reihe von kommunistischen Rednern von verschiedenen Punkten aus zu sprechen begonnen. Die Kommunisten ihrerseits hatten aus der Kundgebung des Vortags gelernt und nahmen die lautgewordenen Vorwürfe auf: sie seien, riefen die KPD-Redner, nicht gegen die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterparteien, aber die Noske-Elemente müßten abgeschüttelt werden.[33]

Nach der Taktik, die Schönbeck in der Auseinandersetzung um den Flugblattentwurf eingeschlagen hatte, gab es eigentlich für Unabhängige und Kommunisten nur noch eins: den öffentlichen Bruch mit den Sozialdemokraten unter Bekanntgabe der Ziele, die zu akzeptieren die Sozialdemokraten abgelehnt hatten. Statt dessen wurden – und das ist eine weitere Merkwürdigkeit – die Verhandlungen am Nachmittag des 14. März fortgesetzt. Daraus kann man nur schließen, daß Unabhängige und Kommunisten nicht wußten, worauf sie hinauswollten: ob sie die Sozialdemokraten zwingen wollten, die linksradikalen Ziele abzulehnen, um diese Ablehnung dann als Moment der öffentlichen Kritik an der SPD zu verwerten, oder ob sie doch wie in Elberfeld die Sozialdemokraten zur äußerlichen Annahme linksradikaler Ziele bringen wollten. Im Mittelpunkt der weiteren Verhandlung stand eine weitere kommunistische Forderung, die bereits in Schönbecks Flugblattentwurf aufgetaucht war: die Entwaffnung von Sipo und Einwohnerwehr. Die Forderung hatte inzwischen eine konkrete Begründung durch etwas erhalten, was die Verhandlungsteilnehmer soeben erlebt hatten: Die Sipo war in äußerst provozierender Weise auf Lkws, ausgerüstet mit Stahlhelmen, Handgranaten und schußbereiten MGs, mehrfach an einem Demonstrationszug vorbeigefahren, der im Anschluß an die zweite Kundgebung auf dem Gerlingsplatz stattgefunden hatte; vor dem Rathaus hatte sie sogar ein MG aufgestellt und auf die Demonstranten gerichtet. – Die SPD-Vertreter nahmen folgendermaßen Stellung: sie seien bereit, wenn notwendig, die Parole des „bewaffneten Widerstandes“ gegen die Reaktion auszugeben; eine solche Notwendigkeit liege jedoch in Essen nicht vor, da Sipo und Einwohnerwehr verfassungstreu seien. Davon abgesehen lasse sich die Forderung gar nicht realisieren: freiwillig würden Sipo und Einwohnerwehr die Waffen nicht abgeben; um sie ihnen zu nehmen, würde man also die unbewaffneten Arbeiter vor die Gewehre der Polizeiformationen treiben müssen – das aber wäre geradezu ein Wahnsinn.[34]
Mit dieser Erklärung brach die SPD die Verhandlungen mit den Linksradikalen ab und gründete am 15. März zusammen mit Zentrum und DDP einen Vollzugsausschuß, also eine Koalition nach Muster der alten Reichsregierung.[35] Im ersten Aufruf des Ausschusses begründete die SPD ihren Schritt damit, daß die USP einen Kampf für die alte Regierung ausdrücklich abgelehnt habe.[36] Wenn derselbe Auf-

ruf der drei Parteien versicherte, die Polizei stehe auf dem Boden der Republik, so erfuhr das am selben Tage eine scharfe Beleuchtung: im Anschluß an eine dritte Kundgebung auf dem Gerlingplatz, die diesmal wegen des Stellungswechsels der SPD nur noch von USP und KPD einberufen worden war, fand wieder ein Demonstrationszug statt; vor dem Rathaus kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sipo; die Sipo schoß scharf – 5 Tote und 17 Verwundete waren die Opfer.[37]

Den Bruch zwischen SPD und Linksradikalen konnte auch eine überregionale Konferenz von Vertretern der drei Arbeiterparteien nicht mehr rückgängig machen, die am 16. März in Essen stattfinden sollte. Schon auf dem Bahnhof wurden Braß (USP, Remscheid) und Charpentier (KPD, Elberfeld) von der Sipo festgenommen; als die Sipo in ihren Papieren den Aufruf der Bezirksleitungen fand, wurden sie zur kriegsgerichtlichen Aburteilung abgeführt, wobei Braß auch seine Abgeordnetenimmunität nichts nützte. Limbertz (SPD, Essen) verwandte sich für sie, konnte sie aber erst um 18 Uhr freibekommen. Nach diesem unglücklichen Start kam die Konferenz gar nicht erst zustande, sondern die Teilnehmer sonderten sich sofort zu Einzelkonferenzen der verschiedenen Parteien. Die Sozialdemokraten – mehrere Mitglieder der Bezirksleitung Niederrhein – diskutierten den Elberfelder Aufruf und verurteilten ihn. Die Unabhängigen, darunter zwei Hagener, kamen überhaupt nicht zum Diskutieren, einmal wegen des Schicksals der beiden Verhafteten, derentwegen die Essener eine Demonstration organisieren wollten, zum andern weil man jeden Moment mit der Verhaftung der führenden Essener Unabhängigen rechnete.[38] Das Bündnis der Arbeiterparteien in Essen war gescheitert.

Ähnlich wie in Essen kam es auch in Oberhausen zum Bruch zwischen SPD und den Linksradikalen und zu einer Koalition zwischen SPD und den bürgerlichen Mittelparteien.[39]

Fassen wir zusammen. Entgegen unseren Erwartungen hat die Analyse des Essener Beispiels gezeigt, daß die Linken hier denselben grundlegenden Fehler machten, wie wir ihn in Elberfeld beobachteten: das Streben nach einer gemeinsamen „linken" Plattform mit der SPD. Zwar ließen sich die Kommunisten nicht davon abhalten, die SPD in den öffentlichen Kundgebungen zu kritisieren, aber an den Verhandlungen mit der SPD, die zu demselben „linken" Führerkompromiß wie in Elberfeld zu führen drohten, beteiligten sie sich trotzdem so

lange, bis die SPD den Bruch vollzog. Letztlich hing es nur an der Prinzipienfestigkeit der SPD, daß es nicht zu einem Bündnis nach Elberfelder Muster kam.

Die Parallelität zwischen Elberfeld und Essen muß einen Grund haben. Wir sehen ihn in bestimmten Mängeln, die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten kennzeichneten – in dem Streben nach organisatorisch-äußerlicher Einheit und in dem mangelhaft ausgebildeten Bewußtsein von der Notwendigkeit theoretischer Klarheit. Ein Kampfbündnis gegen den gemeinsamen Feind, bei völliger Selbständigkeit der Bündnispartner in grundsätzlichen Fragen und in der Wahl der Parolen, ebenso bei voller Freiheit der inhaltlichen Auseinandersetzung, war für diese Männer offenbar nicht vorstellbar. Kampfbündnis hieß für sie zu allererst: gemeinsamer Aufruf, gemeinsames Flugblatt usw. nach Art der Einheitsresolutionen der alten SPD-Parteitage – also Verkleisterung der Gegensätze mit allen Konsequenzen: tendenzielle Entwertung der Programme zu Instrumenten der Manipulation, Demagogie und Wortradikalismus der Rechten, Illusionen der Linken. Bestehende Gegensätze wurden damit natürlich bestenfalls eine Weile verdrängt. Dadurch ging einmal wertvolle Zeit zur notwendigen Austragung der Gegensätze verloren, zum anderen wurden die Gegensätze, wenn sie schließlich aufbrachen, übermäßig emotional ausgetragen.

3 Hagen

Die in Hagen fallenden Entscheidungen über die Bündnispolitik waren für Westfalen von ähnlicher Bedeutung wie die Elberfelder für das Bergische Land und den rheinischen Teil des Ruhrgebiets. Wie erinnerlich, war Hagen die Zentrale für den USP-Parteibezirk Westliches Westfalen. SPD und KPD (hier Linkskommunisten) waren zahlenmäßig äußerst schwach.

Am Nachmittag des 13. März versammelten sich die Funktionäre und Vertrauensmänner der USP von Hagen, dazu eine Reihe von Genossen von außerhalb. Sie regelten u. a. die Organisation des Generalstreiks. In einem massenhaft verteilten Flugblatt sollte in Hagen und den Nachbarorten dazu aufgerufen werden, am Vormittag des nächsten Tages große Demonstrationsversammlungen zu veranstalten und

dabei den Generalstreik zu proklamieren. Die Frage der Bündnispolitik wurde so entschieden: Oberstes Ziel müsse die „Sicherung der Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter“ sein. Daher sollte als „nächstes Ziel“ des Generalstreiks proklamiert werden: „Niederwerfung des Militärputsches, Sicherung der Republik und der erreichten Arbeiterrechte“; „alle weitergehenden Ziele“ sollten „zurückgestellt werden“. Das war das umgekehrte Elberfelder Modell: dort legte sich die SPD (äußerlich) auf die Ziele der USP fest, hier verzichtete die USP auf ihre eigentlichen Ziele. Dabei hätte sie gerade in Hagen die schwache SPD leicht wie in Elberfeld ins Schlepptau nehmen können, doch dachte die Hagener Konferenz an mehr: sie wollte unbedingt auch die Hirsch-Dunckerschen und die christlich organisierten Arbeiter ins Bündnis einbeziehen und nahm daher von vornherein Rücksicht auf DDP und Zentrum.[40]

Es liegt auf der Hand, daß die Hagener Bündnispolitik so unklar und demagogisch war wie die Elberfelder. Die formulierten defensiven Minimalziele verdeckten völlig die entscheidenden Einsichten und Ausgangspunkte der bisherigen USP-Politik, auf die der Militärputsch soeben die Probe aufs Exempel geliefert hatte und die daher gerade jetzt in der Agitation zu verbreiten gewesen wären:

1. Die Staatsform der Republik sagte noch nichts aus über ihren Klasseninhalt. Sie konnte – das zeigte die Entwicklung seit der Revolution von 1918 – schärfste kapitalistisch-militaristische Unterdrückung beinhalten.

2. Der Verlauf der Klassenauseinandersetzung seit 1918 hatte konkret zur Folge gehabt, daß die „erreichten Arbeiterrechte“ Stück für Stück wieder verlorengegangen waren. Der Militärputsch drohte nur abrupt einen Schlußpunkt unter eine längst eingeleitete Entwicklung zu setzen. –

Auf die Dauer tragfähig konnte die Hagener Lösung sowenig sein wie die Elberfelder. Anders als bei der Elberfelder Lösung würden sich zwar die bürgerlichen Mittelparteien zur Koalition bereit finden, jedoch nur bis zur Niederschlagung des Putsches: dann aber würde die USP eben doch gezwungen sein, mit ihren „weitergehenden Zielen“ hervorzutreten. Genau betrachtet mußten sich die Hagener Unabhängigen darüber klar sein, daß sie für diesen unzweifelhaft kommenden Zeitpunkt agitatorisch völlig unvorbereitet sein würden und sogar mit dem Vorwurf der Unehrlichkeit rechnen mußten.

Formal gesehen war die Hagener Lösung eine relativ demokratische Entscheidung innerhalb der USP. In der Konsequenz lief sie allerdings hinaus auf einen Auftrag an die führenden Funktionäre, in Verhandlungen mit den Spitzen der übrigen Parteien (bis zur bürgerlichen Mitte) Aktionsausschüsse unter den formulierten Minimalzielen zu bilden. Am Ende stand also derselbe Führerkompromiß wie bei der Elberfelder Lösung.

4 Duisburg

Am Nachmittag des 13. März kam es in Duisburg zu den ersten spontanen Arbeitsniederlegungen; die Hafenarbeiter legten den gesamten Umschlagverkehr lahm und strömten in die Innenstadt, die Straßenbahner fuhren die Wagen in die Depots. Ein Aktionsausschuß der Arbeiterparteien etablierte sich in der Tonhalle und berief noch für den Abend durch herumgetragene Schilder eine öffentliche Versammlung ein. Vor etwa 1000 Versammlungsteilnehmern wurde vor allem darüber debattiert, ob man sofort versuchen solle, Waffen in die Hand zu bekommen, noch bevor putschistische Truppen in die Stadt einrückten, oder ob man vorerst abwarten solle.[41]
Am Vormittag des 14. März versammelten sich etwa 2000 Vertrauensleute und Funktionäre der drei Arbeiterparteien, der Freien Gewerkschaften und der Syndikalisten in der Tonhalle, um 1. über den Generalstreik zu beraten, 2. einen Aktionsausschuß zu wählen. – Wir begegnen hier zum ersten Male dem Fall, daß diese beiden vorrangigen Fragen nicht von einem Kreis von Funktionären, sondern von einer Versammlung beraten wurden, die eine qualifizierte Öffentlichkeit darstellte. – Zu Beginn billigte die Versammlung den Vorschlag, daß die Stellung jeder Organisation von je einem Sprecher dargelegt werden solle.
Helbig, USP, Metallarbeitersekretär, als Vertreter der Freien Gewerkschaften: „Was Noske und seine Regierung gesät haben, ernten sie jetzt." Die Putschisten wollten ungarische Zustände herbeiführen, das deutsche Proletariat werde das jedoch unter keinen Umständen hinnehmen. „Die Arbeiterschaft habe nach ihrem gesunden Instinkt ... zu handeln und keine etwaigen Befehle von ‚oben' abzuwarten. In Duisburg müsse den Anhängern Kapps von vornherein

die Lust vergehen, die Herrschaft aufzurichten." Watters Mahnung zu „Ruhe und Ordnung" könne man nicht folgen, man müsse sofort handeln: unverzüglich müsse der Generalstreik proklamiert werden (großer Beifall), die lebenswichtigen Betriebe dabei ausgenommen. Als diese Ausnahme mit einem Zuruf: „Niemals!" beanstandet wurde, äußerte Helbig dazu, die lebenswichtigen Betriebe müßten weiterarbeiten, sonst würden sich die Arbeiter ins eigene Fleisch schneiden. Zum Schluß mahnte er die Arbeiterschaft zur Einigkeit.
Müller für die Syndikalisten: Er erinnere daran, daß man vor dem Putsch, wenn man auf die Gefahr von rechts hingewiesen habe, nur ein Achselzucken bekommen habe. Die erste Forderung jetzt sei: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" (Großer Beifall) Das wichtigste Ziel der einsetzenden Bewegung müsse sein, revolutionäre Betriebsräte zu bilden, die die Produktion und dann auch „die Erfassung und Verteilung der Produktion" in die Hand bekämen. Wenn schon der Generalstreik proklamiert würde, „dann müssen alle Räder stillstehen. Wir haben 6 Jahre gehungert und werden auch dies ertragen können ... Wenn wir Notstandsarbeiten verrichten, ist der Generalstreik verloren".
Rudolph, Sekretär des Transportarbeiter-Verbandes, als Sprecher der SPD: Die Einigung der sozialistischen Richtungen sei notwendig. (Große Unruhe, Zwischenrufe) Der Versammlungsleiter Ring (USP) mahnte eindringlich, Zwischenrufe zu unterlassen. Rudolph weiter: „Wenn wir nicht einig sind, dann sind wir der Reaktion ausgeliefert ..." Er wie viele seiner Genossen seien „durchaus nicht immer mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden gewesen". Entschieden sei er gegen Müllers Plan eines totalen Generalstreiks, da „wir uns selbst vernichten würden, wenn wir die lebenswichtigen Betriebe stilllegten ... Der Aktionsausschuß muß die lebenswichtigen Betriebe bestimmen". Jetzt müsse der Kampf „in völliger Einigkeit" geführt werden: „Wenn das Haus brennt, dürfen und können keine häuslichen Streitigkeiten ausgetragen werden". – Wieder einer dieser klassischen Aussprüche, zu vergleichen mit Landés (Elberfeld) „Jetzt nicht mehr über die Vergangenheit reden, sondern in die Zukunft schauen". Wie aber, um im Vergleich zu bleiben, wenn es Hausbewohner gibt, die mit den Brandstiftern kooperiert haben?
Horchler, Gewerkschafts- und Parteisekretär, für die USP: Die Erregung gegen Rudolph als Vertreter der SPD sei sehr verständlich.

„Seit der Revolution sind uns immer schöne Worte gegeben worden, und doch wurden wir alle verraten. Es ist unmöglich, alles mit einmal zu vergessen, was an uns Linkssozialisten geschehen ist. Es ist mir unmöglich, den Personen Vertrauen zu schenken, die gegen uns gestanden sind." Sehr zu tadeln sei sein Parteifreund Helbig, der am Vortag zuerst mit den Sozialdemokraten Kontakt aufgenommen habe; er dagegen sei dafür gewesen, zuerst nach links mit der KPD die Verständigung zu suchen. „Wie sehr den Mehrheitssozialisten zu mißtrauen ist, beweist ... das Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten Ernst" (der trotz des Staatsstreichs sein Amt weiterversah; nach einer – falschen – WTB-Meldung tat er das sogar auf ausdrückliches Ersuchen der Kapp-Regierung). „Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die beiden jetzigen Regierungen zur Niederwerfung des Proletariats sich zusammenfinden werden". Man könne bezweifeln, ob es richtig sei, den Generalstreik schon für den nächsten Tag zu proklamieren (starker Widerspruch der Versammlung). Die Schlagkraft des Proletariats werde „vielleicht ... gelähmt, wenn wir zu früh einsetzen". In den Aktionsausschuß sollten nur solche Leute gewählt werden, „die das unbedingte Vertrauen der Arbeiter genießen".

Wild, Redakteur, für die KPD: Ebenso wie die Putschistenregierung müsse man die alte Regierung bekämpfen. Sie habe immer nur gegen links regiert. „Eine Einigung könne nur im Sinne des revolutionären Proletariats zustande kommen." (Zurufe aus einem Teil der Versammlung: „Einigung! Keine Hetzreden dagegen!") In den Betrieben müßten revolutionäre Arbeiterausschüsse gewählt werden. Auch er betone, daß das Proletariat geschlossen gegen die Reaktion vorgehen müsse. Aber mit dem Generalstreik „kämpfen wir weder für Kapp noch für Ebert". Ziel des Proletariats sei die Errichtung der Räterepublik.

Über die nun einsetzende Diskussion sind wir leider nicht unterrichtet. Nach ihrem Abschluß wurde über einen Antrag abgestimmt, den Generalstreik für den nächsten Tag zu proklamieren, ausgenommen die lebenswichtigen Betriebe (darunter auch die Hochofenbetriebe); der Antrag wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Nun kam der entscheidende Tagesordnungspunkt: Bildung des Aktionsausschusses. Wäre der Aktionsausschuß jetzt aus der Versammlung heraus gewählt worden, so hätte darin für die Vertrauensleute die Möglichkeit gelegen, aus dem demokratischen Organisationsansatz

der Massenversammlung und aus den Reden und Diskussionsbeiträgen bestimmte Konsequenzen zu ziehen: nämlich erstens die starren Grenzen der bestehenden Organisationen zu durchbrechen, und zweitens die führenden SPD-Funktionäre auszuschalten. Doch das Gegenteil geschah: die Versammlung beschloß, sich in getrennte Beratungen der fünf Organisationen aufzulösen; diese sollten dann je zwei Vertreter und je einen Ersatzmann in den Aktionsausschuß delegieren.[42]

Am Nachmittag nahm der Aktionsausschuß seine Beratungen auf. Er einigte sich auf ein Aktionsprogramm in 4 Punkten:

„1. Sofortige Freilassung der politischen Inhaftierten.
2. Sofortige Herstellung völliger Versammlungsfreiheit.
3. Sofortige Reorganisation der Bürgerwehr (Duisburger Einwohnerwehr, in der Tat fast nur aus Bürgerlichen zusammengesetzt), die aus Arbeitern aller Richtungen zusammengesetzt werden soll.
4. Sozialisierung der Bergwerke und Industrien ohne Entschädigung."[43]

Ebenfalls am Nachmittag des 14. März beschlossen die Vertrauensleute der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkschaften den Generalstreik, letztere allerdings mit Begrenzung auf 24 Stunden (zwei führende Funktionäre hatten gegen den Generalstreik überhaupt gesprochen).[44]

Nach der Art, wie der Aktionsausschuß gebildet worden war – fixiert an die bestehenden Organisationen –, mußten die nicht ausdiskutierten Gegensätze innerhalb des Ausschusses unvermindert fortbestehen. Am 15. März verhandelte der Aktionsausschuß mit Vertretern der christlichen Gewerkschaften. Als diese nach den Zielen des Ausschusses fragten, zeigte sich, daß darüber innerhalb des Ausschusses keine Einigkeit bestand; anscheinend betrachtete der linke Flügel im Ausschuß die 4 Punkte nur als Minimalprogramm. Die Christlichen ihrerseits bezeichneten die 4 Punkte als zu radikal und lehnten einen Streik unter solchen Parolen ab. Anscheinend zeigte der rechte Flügel des Ausschusses Kompromißbereitschaft gegenüber den christlichen Gewerkschaftlern; jedenfalls erklärten die Kommunisten und Syndikalisten im Verlauf der Debatte ihren Austritt aus dem Aktionsausschuß.[45]

Damit war wie in Essen, wenn auch unter ganz anderen Formen, die Koalition der Arbeiterorganisationen gescheitert. So verschieden man

in Duisburg gegenüber Elberfeld, Essen und Hagen angesetzt hatte – mit der Bildung des Aktionsausschusses und bei den Beratungen im Aktionsausschuß war schließlich im Prinzip doch das gleiche versucht worden: die Formulierung einer einheitlichen Zielvorstellung für den Kampf gegen die Putschisten. Als dieser Versuch scheiterte – er mußte scheitern –, war auch das Kampfbündnis gescheitert. So bestätigt sich auch am Beispiel Duisburg unsere These: daß die deutsche Arbeiterbewegung von 1920 unfähig war, mehrere Organisationen zu einem Kampfbündnis gegen einen gemeinsamen Feind zusammenzuschließen bei voller Freiheit der beteiligten Organisationen, eingeschlossen die Freiheit der inhaltlichen Auseinandersetzung. In allen Fällen beobachten wir die Tendenz, die eigenen programmatischen Vorstellungen oder die der Bündnispartner zu manipulieren. Die Gleichzeitigkeit von Übereinstimmung (in der Frontstellung gegen die Putschisten) und fortbestehender Differenz (in den programmatischen Zielvorstellungen) wurde offenbar nicht ausgehalten.

Bei dieser Art der Bündnispolitik war bereits vorauszusehen, daß wesentliche Aufgaben der revolutionären Bewegung nicht gelöst werden würden. Wir sehen vor allem drei solcher Aufgaben:

1. Bildung von politischem Bewußtsein und Veränderung schon bestehender verfestigter Bewußtseinsinhalte. Es hätte sich ein fortdauernder Meinungskampf zwischen den Organisationen herausbilden müssen, bei dem die Arbeiter aus den Ursachen des Putsches ebenso wie aus den konkreten Kampferfahrungen hätten lernen können. Ein solcher Lernprozeß hätte vermutlich vor allem dazu geführt, daß sich die in der SPD organisierten Arbeiter von ihrer Partei lösten.

2. Die bestehenden linken Organisationen (USP, KPD, Freie Vereinigung, Unionen) erwiesen sich sämtlich, freilich in verschiedenem Grade, für die revolutionäre Aktion als nur begrenzt tauglich. Diese Schranken der bestehenden Organisationen hätten aufgedeckt werden, Alternativen hätten gesucht werden müssen.

3. Die Arbeiterorganisationen hatten unterschiedliche Auffassungen darüber, wie weit der Abwehrkampf gegen den Putsch getrieben werden sollte. Diese Differenz hätte von Beginn der Aktion an mit aller Schärfe aufgedeckt und ausgehalten werden müssen, auch wenn das die gefühlsmäßige Einheitsstimmung beeinträchtigt hätte. Nur so nämlich konnte allen Teilnehmern an der Aktion klarwerden, daß das Bündnis nur ein vorläufiges war, und nur so konnten die unter-

schiedlichen Zielvorstellungen jederzeit an den konkreten Erfahrungen des revolutionären Kampfes gemessen werden.
Daß diese Aufgaben nicht gelöst wurden, war, so meinen wir, ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Märzrevolution im Ruhrgebiet.

1 Erger, S. 195–202; Varain, S. 173; vgl. die Aufrufe bei Brammer, S. 66 f.
2 Siehe S. 121 f. (Bochum), S. 124, 126 (Elberfeld), S. 130 (Essen).
3 Vbl, 1920-03-15; Teuber, Nr. 41, 1926-10-14.
4 Rhs VZ, 1920-03-15.
5 Siehe S. 187 f.
6 Vbl, 1920-03-13, Extrablatt.
7 Vbl, 1920-03-13, Extrablatt 12 Uhr.
8 BAst, 1920-03-13.
9 Vtr, 1920-03-13.
10 Düwell, S. 42; Brauer, S. 23; Spethmann, S. 79 f. = Hennicke, S. 100 f.; Auszug bei Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-13.
11 Spethmann, S. 80.
12 FPE, 1920-03-13; Vtr, 1920-03-15.
13 Colm, S. 71; vgl. Wdt R, 1920-04-17.
14 Vtr u. BAst, 1920-03-15; Geschäftsbericht des SPD-Bezirksvorstands Niederrhein, April 1919 bis März 1920, in Nrh Vst, 1920-09-05; USP-Versammlung in Köln am 14. März 1920 – Rh Ztg, 1920-03-17; Düwell, S. 12; Ernst, S. 20; Colm, S. 71 f. (Sitzung irrtümlich auf 15. 3. 1920 datiert).
15 Schabrod, S. 20 (Faksimile); Düwell, S. 33 f.; Spethmann, S. 84; gekürzt bei Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-13, u. Brauer, S. 25. – Vorlage durch Braß: Ernst, S. 20.
16 Angriff auf die Unterzeichnung in Rh Ztg, 1920-04-07; Vers. der Funktionäre u. Betriebsvertrauensleute der SPD Elberfeld-Barmen am 7. April 1920 – FPE, 1920-04-08, dazu Vtr, 1920-04-09; MV der SPD Barmen am 14. April 1920 – FPE, 1920-04-17; SPD-Bezirkskonferenz Düsseldorf, Essen, Solingen, Elberfeld am 9. Mai 1920 in Elberfeld – FPE, 1920-05-10; Geschäftsbericht des SPD-Bezirksvorstands Niederrhein, April 1919 bis März 1920, in Nrh Vst, 1920-09-05. Vgl. die Ausführungen von Enz (1963) bei Winterhagen, S. 16. Winterhagen, S. 24, macht zu Recht darauf aufmerksam, daß schon der Leitartikel des Elberfelder SPD-Blatts vom 15. März bewies, daß die SPD-Vertreter nur aus taktischen Erwägungen unterzeichnet hatten: „Die Verbote und Anordnungen des Kapp gehen das Volk nichts an; niemand braucht sich danach zu richten. Denn Kapp hat kein Mandat, im Namen des Volkes zu reden. Nur der Wille des Volkes ist maßgebend, der heute noch in der National-

versammlung und der von ihr eingesetzten Regierung verkörpert ist", hieß es da (FPE, 1920-03-15) – ein klarer Widerspruch zu dem Aufruf vom 13. März.

17 Geschäftsbericht des SPD-Bezirksvorstands Niederrhein, April 1919 bis März 1920, in Nrh Vst, 1920-09-05.

18 MV der SPD Barmen am 14. April 1920 – FPE, 1920-04-17.

19 Vers. d. christlichen Gewerkschaftskartells Elberfeld-Barmen am 14. März 1920 – Ba Ztg, 1920-03-19, Ab; Wdt R, 1920-04-17. Flugblatt der christlichen Gewerkschaften vom 16. März 1920 – Wdt R, 1920-04-17. Propaganda der christlichen Gewerkschaftler für Beendigung des Generalstreiks, 17. März 1920 – Rh Ztg, 1920-03-18.

20 Zickler, S. 10.

21 Düwell, S. 34 f.

22 Düwell, S. 12. Vgl. Anmerkung 15.

23 Düwell, S. 43 = Hennicke, S. 101 f.; dazu Zickler, S. 10 f.; das Auftauchen des Flugblatts ist ferner belegt durch Wdt R, 1920-04-17.

24 Zickler, S. 10 f. – Zusammensetzung des AAes Elberfeld: 10 SPD, 12 USP, 7 KPD (STAD: Reg. Düsseldorf, 15 980, Bl. 82 = StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 27, Bl. 41/42 [Bericht des OBs vom 21. April 1920]; FPE, 1920-03-15). AA Barmen: 4 SPD, 4 USP, 2 KPD (STAD: Reg. Düsseldorf, 15 980, Bl. 70 [Bericht des OBs vom 10. April 1920]).

25 VZD, 1920-03-15.

26 Remscheid: Remscheider Märzkämpfe, S. 18 f. Stoppenberg: Fomferra, S. 52 f. Hagen: Cuno, S. 2 b.

27 Düwell, S. 34, vgl. S. 12.

28 Düwell, S. 34; vgl. Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-13.

29 Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-15; vgl. Ess Allg Ztg, 1920-03-14. Die Schlagzeilen des Extrablatts (sie sind denen des in Bochum ausgegebenen Extrablatts [s. oben S. 121] ähnlich – gingen sie auf Anweisungen aus Berlin zurück?) zit. bei Spethmann, S. 77.

30 Ess Allg Ztg u. Ess VZ, 1920-03-14; Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-15. Vgl. Chronik Stadt Essen 1920, S. 8 f.; RE, 1920-03-15.

31 Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-16.

32 Ebenda. Der Name Schonnebeck irrtümlich für Schönbeck.

33 RE u. Ess VZ, 1920-03-15; Ess Allg Ztg, 1920-03-17; Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-19.

34 Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-19, -22; AZE, 1920-03-15, -16. Sipo gegenüber Demonstration: RE, 1920-03-15.

35 AZE, 1920-03-15, -16; Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-22.

36 AZE u. Ess VZ, 1920-03-16; Ess Allg Ztg, 1920-03-17; Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-22.

37 Ess VZ u. Rh Ztg, 1920-03-16; Ess Allg Ztg, 1920-03-17; Mh Ztg, 1920-03-19; Chronik Stadt Essen 1920, S. 13; Errettung, S. 109.

38 Vtr, 1920-03-17, Extrablatt (in IZF: M 7); Geschäftsbericht d. SPD-Be-

zirksvorstands Niederrhein, April 1919 bis März 1920, in Nrh Vst, 1920-09-05; Ernst, S. 18 f.; Brauer, S. 50.

39 Bruch zwischen SPD und Linksradikalen: Nrh Vst, 1920-06-08; Stvv-Vers. Oberhausen am 12. April 1920 – GA Ob u. Ob Ztg, 1920-04-13. Der erste Aufruf des VAes der Mehrheitsparteien in Rwt, 1920-03-17; dazu Erklärung der DVP u. DNVP in Ob Ztg, 1920-03-18; dazu wiederum Rwt, 1920-03-19, u. Bekanntmachung d. VAes in Ob Ztg, 1920-03-19.

40 Ernst, S. 6–8; Colm, S. 28 (Mitteilung von Ernst); VstH, 1920-03-15; Cuno, S. 1 a, vgl. S. 1 b.

41 Hamb VZ, 1920-03-14.

42 Ob Vst, 1920-03-15; dazu Dui GA u. RuR-Ztg, Nr. 126, 1920-03-15.

43 Flugblatt der Freien Gewerkschaften vom 16. März 1920, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 16; wiedergegeben auch in RuR-Ztg, Nr. 127, 1920-03-17.

44 Hirsch-Duncker: Dui GA, 1920-03-15. Christl. Gewerkschaften: Hamb VZ, Dui GA, Mh VZ, RuR-Ztg, Nr. 126, sämtlich 1920-03-15.

45 Hamb VZ, 1920-03-16; RuR-Ztg, Nr. 127, 1920-03-17; Flugblatt der Freien Gewerkschaften vom 16. März 1920, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 16, wiedergegeben auch in RuR-Ztg, Nr. 127, 1920-03-17.

4. Kapitel
Die ersten Waffensiege der Arbeiter

„Die Schwäche der Republik nutzten die Kommunisten ... im Ruhrgebiet zu neuen Aufständen aus. Eine ‚Rote Armee' besetzte am 19. 3. 1920 mehrere Städte des Reviers. Jetzt wurde auch die Reichswehr eingesetzt."

Grundzüge der Geschichte – Mittelstufe – Band IV, Verlag Moritz Diesterweg, 1. Auflage 1968, S. 109 f.

1 Die militärischen Maßnahmen Watters und die Bewaffnung der Arbeiter in Hagen, Bochum, Witten und Wetter

Am 13. März verfügte General Watter über folgende Reichswehr- und Polizeitruppen:*

1. *Im westlichen Revier* standen mehrere *Reichswehrregimenter*, und zwar
- das Regiment 62 (gebildet aus zwei früheren Freikorps) im Dreieck Wesel–Hamborn–Dorsten,
- das Freikorps Schulz in Mülheim,
- das Regiment 61 (gebildet aus vier früheren Freikorps) in Düsseldorf,
- die beiden Freikorps Hacketau und Lützow in und um Remscheid.

2. *Das Zentrum des Reviers*, und zwar die Städte Essen, Gelsenkirchen und Bochum, war mit *Sipo* belegt.
3. *Außerhalb des Reviers* lagen weitere *Reichswehreinheiten*, und zwar
- das Regiment 13 (gebildet aus drei früheren Freikorps) in Münster,

* Die Truppen im Raum Hannover–Braunschweig–Oldenburg berücksichtigen wir hier nicht.

– das Freikorps Lichtschlag in Osnabrück, Münster und Bielefeld,
– das Freikorps Gabcke in Bielefeld,
– das Freikorps Severin in Minden,
– ein Jägerfreikorps in Bückeburg.[1]

(Nicht unter Watters Kommando stand die „Sicherheitswehr“ in Dortmund. Sie war städtisch, ein Überbleibsel aus der Revolutionszeit von 1918/19.)

Danach fand Watter auf seiner Übersichtskarte des Reviers vor allem zwei beunruhigende Löcher: Elberfeld-Barmen und Hagen. In Hagen war nicht einmal eine Einwohnerwehr gebildet. So erteilte Watter am 14. März zwei Befehle: Die in und um Remscheid liegenden Truppen sollten ihre Standorte nach Norden verlegen, und zwar so, daß ein Teil von ihnen Elberfeld besetzte; das Freikorps Lichtschlag sollte in Hagen einrücken.[2] – Die Durchführung des zweiten Befehls stieß auf Schwierigkeiten. Warum, wird sich zeigen, wenn wir jetzt skizzieren, wie sich in vier Städten die Verhältnisse *bis zum Vormittag des 15. März* entwickelten: in Hagen, Bochum, Witten und Wetter.

a) Hagen

Hagen war, wie schon gesagt, frei von Militär und Sipo. Die Ankunft einer Hundertschaft Sipo war für die nächsten Tage angekündigt. Schulräume für die Unterbringung hatte die Stadt bereits frei gemacht.[3]

Unerledigt lag dagegen etwas anderes bei der Stadtverwaltung: die Bildung einer Einwohnerwehr. Auf sie drängte das Innenministerium bereits seit einiger Zeit. Zunächst sollte die Einwohnerwehr die Zeit bis zur Ankunft der Sipo überbrücken, aber auch danach sollte sie zur Unterstützung der relativ schwachen Sipo weiterbestehen. Die Schwierigkeit lag in der Vorschrift über die Zusammensetzung der Wehr: nur Mitglieder der republikanischen Parteien sollten aufgenommen werden, Mitglieder der USP waren also ausgeschlossen. In der USP war jedoch die Mehrheit der Hagener Arbeiterschaft organisiert, die USP dominierte auch in den Freien Gewerkschaften; die SPD war so zusammengeschrumpft, daß sie nicht mehr selbständig zu operieren wagte. So hatte sie denn auch zum Projekt einer Einwohnerwehr erklärt, sie könne sich daran nur beteiligen, wenn die USP ebenfalls herangezogen werde. Vor der verbleibenden Möglich-

keit, die Wehr nur aus den bürgerlichen Parteien zu bilden, schreckte Oberbürgermeister Cuno zurück: gewarnt durch mißglückte Versuche, in einzelnen Stadtteilen eine Bürgerwehr aufzustellen, fürchtete er die Agitation der Sozialisten: „Die Arbeitgeber bewaffnen ihre Söhne, die Reserveoffiziere, gegen die Arbeiter." Cuno, Mitglied der DDP und in seiner politischen Einstellung so liberal, wie es ein Oberbürgermeister eben sein konnte, hatte darüber hinaus noch ein prinzipielles Bedenken: Für den regelmäßigen polizeilichen Sicherheitsdienst hielt er eine Wehr für nicht erforderlich. Bei politischen Unruhen dagegen war seiner Ansicht nach ein bewaffnetes Einschreiten der Wehr gegen die Massen sozialistischer Arbeiter von vornherein „aussichtslos, mindestens politisch bedenklich".

Cuno hatte seine Bedenken mehrmals bei Regierungspräsident König (Arnsberg) vorgetragen und gebeten, keine für eine Wehr bestimmten Waffen nach Hagen zu schicken. Er hatte jedoch vor tauben Ohren gesprochen – das Wehrkreiskommando hatte 160 Gewehre geschickt, die seitdem im Rathaus unter Aufsicht der städtischen Polizei lagen.[4]

Die Nachricht vom Putsch in Berlin löste zunächst die üblichen ersten Fühlungnahmen zwischen den Parteien aus.[5] Von großer Bedeutung wurde eine interne Konferenz der USP am Nachmittag. Die Hagener Funktionäre und Vertrauensmänner erschienen fast vollzählig, dazu eine Reihe von Genossen von außerhalb. Wie schon gesagt, war Hagen die Zentrale für den Parteibezirk Westliches Westfalen.

Das einleitende Referat hielt Konrad Ludwig, vor dem Kriege Parteisekretär der SPD (linker Flügel), jetzt USP-Bezirkssekretär, der angesehenste und populärste Arbeiterführer in Hagen und weit darüber hinaus. Nach Schilderung der Lage, die sich aus dem Putsch ergab, sprach er für sofortigen Generalstreik, jedoch gegen die Organisierung bewaffneten Widerstands: der sei völlig unmöglich, da einerseits die Reaktion gut bewaffnet sei, andererseits sich viel zuwenig Waffen in der Hand der Arbeiter befänden.

Nach Ludwig nahm als erster der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Josef Ernst das Wort. Neue Situationen – neue Konstellationen: Auf dem letzten USP-Parteitag war Ludwig einer der linken Delegierten gewesen, die für den bedingungslosen Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale stimmten; Ernst dagegen galt als typischer Vertreter des rechten Parteiflügels. Jetzt aber war Ernst der Radikalere. Er widersprach der Strategie Ludwigs „mit al-

ler Schärfe". Ein Generalstreik sei nur kurze Zeit durchzuhalten, könne also den endgültigen Sieg der Reaktion nicht verhindern. Er sei „für den bewaffneten Widerstand".

In der weiteren Diskussion waren die Meinungen zunächst geteilt. Allmählich neigte sich jedoch die Waage zugunsten der Ansicht von Ernst. Nach dieser Entscheidung wurde die praktische Frage erörtert, wie man Waffen in die Hand bekommen könne. Die Konferenzteilnehmer schätzten, daß in Hagen selbst weniger als 50 Gewehre, im ganzen Kreis Hagen–Schwelm weniger als 200 Gewehre in der Hand der Arbeiter seien. (Zuerst im Januar 1919 waren Aufforderungen zur Abgabe aller Waffen ergangen, und dann hatte das Freikorps Lichtschlag nach seinem Einmarsch in Hagen am 30. April 1919 rigorose Haussuchungen nach Waffen und Munition veranstaltet; Arbeiter, die über diese Zeit hinweg Waffen und Munition in Verstecken gerettet hatten, hatten das unter der Drohung empfindlicher Freiheitsstrafen getan.) Die Konferenzteilnehmer befürchteten, daß diejenigen Mitglieder der Rechtsparteien, die auf die Aufstellung einer Einwohnerwehr drängten, sich im Laufe der Nacht die im Rathaus liegenden Waffen von der Polizei aushändigen lassen würden.

Man war sich darüber einig, daß dies unter allen Umständen verhindert werden müsse, und beschloß zweierlei: einmal sollten Arbeiter mit den vorhandenen Gewehren während der Nacht die Stadt abpatrouillieren, zum zweiten sollten ab sofort Parteigenossen die Polizisten auf ihren routinemäßigen Patrouillengängen begleiten.

Weiter regelte die Konferenz noch die Organisation des Generalstreiks nach einer schon geschilderten Konzeption (s. oben Seite 137 f.): Veranstaltung großer Massenkundgebungen am nächsten Vormittag; Bildung eines Aktionsbündnisses bis zur bürgerlichen Mitte unter defensiven Minimalzielen: „Niederwerfung des Militärputsches, Sicherung der Republik und der erreichten Arbeiterrechte".

Schließlich trug man noch die Informationen über Stärke und Schlagkraft der Parteiorganisation im Bezirk zusammen. Das Ergebnis lautete günstig, nur über Dortmund war man sich nicht sicher. Daraufhin wurden zwei Vertreter, Ernst und Vieth, dazu bestimmt, die Lage in Dortmund zu erkunden und dort bei der Organisation des Kampfes zu helfen.[6]

Nach der Konferenz teilte Ludwig Oberbürgermeister Cuno die Forderung nach Begleitung der Polizeipatrouillen durch USP-Mitglieder

mit. Cuno gestand das zu mit der Modifikation, daß es sich um Vertrauensmänner der Arbeiter allgemein handeln müsse, also nicht nur um Mitglieder der USP. Eine Anfrage bei der SPD ergab, daß sie zur Beteiligung an den Patrouillengängen bereit war.

Anscheinend gab Cuno jedoch keine strikten Anweisungen an die Polizei: Um 22 Uhr meldeten sich unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter als Patrouillenbegleiter bei der Polizei auf dem Rathaus und verlangten zu diesem Zweck Waffen; die Polizei lehnte jedoch ab. Damit ließen sich die Arbeiter abspeisen.[7]

Das Ziel der USP – Verhinderung einer nächtlichen Bewaffnung der örtlichen Reaktionäre – war damit allerdings nicht aufgegeben. Wie beschlossen, patrouillierten Arbeiter mit den vorhandenen Gewehren während der Nacht durch die Stadt.[8]

Am nächsten Vormittag (14. März) erschien Ludwig in einer Verhandlung von Stadtverwaltung und Vertretern der drei Regierungsparteien im Rathaus. Er wurde energischer als am Vorabend: die für die Einwohnerwehr benannten Gewehre, sagte er, müßten an die von der USP benannten Vertrauensleute ausgeliefert werden, man brauche Schutz vor den örtlichen Kräften, die den Putsch unterstützten; geschehe das nicht, so fügte er drohend hinzu, werde man sich die Waffen im Anschluß an die Kundgebung holen, die um 10 Uhr stattfinde. Dazu erklärten Vertreter des Zentrums und der DDP, sie könnten nicht zulassen, daß eine Partei den Kampf gegen die Reaktion monopolisiere; auch die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter müßten beteiligt werden. Nach einigem Hin und Her stimmte Ludwig einem Kompromiß zu: Mit den für die Einwohnerwehr bestimmten Gewehren wird eine Arbeiterwehr zur Unterstützung der Polizei gebildet, die proportional zur Mitgliederzahl der drei Gewerkschaftsrichtungen zusammengesetzt wird; Vertreter der Gewerkschaftsrichtungen benennen dem Polizeiinspektor „zuverlässige Gewerkschaftler“.

Ludwig forderte weiter die Freilassung der politischen Gefangenen. Eine Erkundigung beim Gefängnisinspektor ergab, daß nur einer, ein USP-Genosse aus Wengern, in Frage kam. Er wurde freigelassen.

Schließlich beschloß die Versammlung zur Sicherung der Lebensmittelversorgung: 1. die bei den Kleinhändlern lagernden Speck- und Fettvorräte zu beschlagnahmen, 2. die Großhändler anzuweisen, keinerlei Lebensmittel mehr ohne Genehmigung des Lebensmittelamtes

zu verkaufen, 3. bei einsetzender Lebensmittelknappheit strengste Rationierung zu verfügen.[9]
Vom Rathaus eilte Ludwig zum Kundgebungsplatz auf der Springe. Eine Menge von über 10 000 Menschen war zusammengeströmt. „Jeder Einzelne dieser Massen fühlt, welch fürchterliches Unheil über die Arbeiterklasse hereinbricht, wenn es nicht gelingt, den Schlag der Reaktion zu parieren ... Die Novemberstimmung des Jahres 1918 lag in der Luft", so schrieb das Hagener USP-Blatt. Ludwig, der als erster sprach, kennzeichnete die Arbeiterfeindlichkeit der Kapp-Regierung an Hand ihrer programmatischen Kundgebungen: Aufhebung der Zwangswirtschaft, Aufhebung der beschlossenen Steuern usw. Stürmischen Beifall erhielt Ludwig, als er den Generalstreik proklamierte. Dann teilte er die im Rathaus getroffenen Vereinbarungen mit.
Nach Ludwig sprach ein USP-Genosse aus Berlin, der in der Nacht angereist war. Er war anscheinend der einzige Vertreter der Berliner Parteizentralen, der in den ersten Tagen nach dem Putsch im Ruhrgebiet auftauchte; nach Hagen hatte er sich wohl gewandt, weil dort die Bezirksleitung seiner Partei für den westfälischen Teil des Ruhrgebiets saß. Seine Rede war eine wichtige Orientierung für die Teilnehmer der Kundgebung. Alles Unheil, das jetzt über das Volk hereinbreche, so sagte er, gehe auf das Konto der Regierung, vor allem von Noske: sie habe bis zuletzt die Augen verschlossen vor den monatelangen Putschvorbereitungen, vor der Anhäufung von Munition und Proviant in den ostelbischen Provinzen für die Putschisten, vor dem offen monarchistischen Charakter vieler Truppeneinheiten. Die Putschisten in Berlin arbeiteten „äußerst raffiniert": bis zum Abend hätten sie „noch keinerlei Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter angewendet"; offenbar wollten sie „die Arbeiter zum Angriff verlocken" – und der werde bei der Kampfentschlossenheit der Arbeiter bald erfolgen –, „um dann in geheuchelter Entrüstung über den ‚frevelhaften' Überfall um so blutdürstiger vorzugehen". Die soziale Einordnung des Putsches sei klar: „Wenn die Gegenrevolution in Berlin auch ihren Ursprung hatte, so wird sie sich doch in erster Linie auf das flache Land – auf Pommern, Ostpreußen und Schlesien – stützen. Es ist eine ausgesprochene Junkerrevolution allerschärfsten Kalibers." So lägen die Konsequenzen auf der Hand: In den ostelbischen Provinzen „liegen die Versorgungsquellen der Städte. Die Gegenrevolutionäre werden versuchen, sie abzudrosseln, damit den In-

dustriezentren ... die Lebensmittel entzogen werden". Es werde ein „Kampf auf Leben oder Tod". Das Zentralkomitee der USP rufe auf zum Generalstreik in ganz Deutschland.
Nach je einem Redner der SPD und der DDP wandte sich ein Vertreter der Eisenbahner an die Versammlung. Er erhielt brausenden Beifall, als er bekanntgab, daß die Eisenbahner „keine Hand ... rühren" würden, „um Noskiden zu befördern". Auch er rief aus: Es gehe jetzt „um Sein oder Nichtsein, um Leben oder Tod. Wenn wir jetzt unterliegen, wird das deutsche Proletariat für Jahrzehnte in die schrecklichste Sklaverei herabgedrückt". Zum Schluß der Kundgebung gab Ludwig bekannt, am nächsten Morgen 9 Uhr sollten sich die Belegschaften sämtlicher Betriebe auf demselben Platz versammeln. Dann formierte sich ein riesiger Demonstrationszug mit roten Fahnen, der sich durch die Hauptstraßen bewegte.[10]
Es ist bemerkenswert, wie sehr sich die USP-Funktionäre auf den bürokratisch-geschäftsmäßigen Weg zur Bildung der Arbeiterwehr verließen, der morgens im Rathaus vereinbart worden war. Das hatte Konsequenzen. Am Nachmittag fragte Oberbürgermeister Cuno beim Wehrkreiskommando telefonisch an, wie man dort zu einer eventuellen Abgabe der Waffen stehe, die man zur Bildung einer Einwohnerwehr geliefert habe. Hauptmann Hanstein im Auftrag des Chefs des Stabes: Das gehe keinesfalls. „Falls Gefahr besteht, daß die Waffen weggenommen werden, sind sie unbrauchbar zu machen." Cuno besprach sich mit dem Polizeiinspektor Stolzenburg. Dieser befürchtete einen schweren Konflikt, falls die Vereinbarung vom Vormittag gebrochen werde; gegen eine größere Menge sei das Rathaus jedenfalls nicht zu verteidigen. Cuno entschied sich für einen Kompromiß: er beauftragte Stolzenburg, „die Waffen nicht herauszugeben, dagegen, wenn es gefordert wird, die Schlösser den Vertrauensmännern der Arbeiter in Verwahrung zu geben".[11]
Überraschenderweise konnte Stolzenburg bald darauf melden, daß die Gewerkschaftsfunktionäre sich mit der Übergabe der Schlösser begnügten. Ihnen genüge es, so erklärten sie, daß die Waffen nicht zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht werden könnten.[12] Wieder fehlte, wie am Vorabend, der Druck hinter der Forderung der USP. Der Beschluß der USP-Konferenz – nicht nur Generalstreik, sondern bewaffneter Widerstand gegen die Putschisten – erwies sich als Papiertiger.

Doch plötzlich wurde der gemächliche Gang der Dinge beendet – durch die örtliche Rechtspresse. Am späten Nachmittag brachte das DVP-orientierte „Westfälische Tageblatt" ein Extrablatt heraus, das es auch rotumrändert im Schaufenster seiner Geschäftsstelle aushängte. Es enthielt den zitierten Berliner Aufruf der DVP (s. oben Seite 112) – kein Wort der Verurteilung des Putsches, statt dessen: „schnellste Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige". Dazu einen Kommentar:

„Die alte Regierung besaß bei keinem mehr Vertrauen ... Das ganze Volk steht auf dem Standpunkt: Schlechter als bisher kann es nicht werden. Jeder wird eine neue Regierung begrüßen, wenn sie endlich für Ordnung im Inneren, für Arbeit und bessere Ernährung sorgt. Die neue Regierung verspricht es. Darum warte jeder ab."

Der Menschen in den Straßen bemächtigte sich beim Lesen des Extrablatts eine ungeheure Erregung. In kurzer Zeit versammelten sich mehrere hundert Demonstranten (nicht nur sozialistische Arbeiter, auch Anhänger der bürgerlichen Mittelparteien) vor dem Rathaus und verlangten die Herausgabe der Waffen – die DVP habe sich, riefen sie, auf den Boden der Putschisten gestellt, und die Anhänger der DVP seien bereits bewaffnet. Von einer bloßen Aushändigung der Gewehrschlösser wollten die Demonstranten nichts wissen, sie bestanden auf der Herausgabe der Gewehre selbst. Polizeiinspektor Stolzenburg gab dem Druck nach und gab 130 Gewehre heraus. Anschließend zog die Menge zur Akkumulatorenfabrik und entwaffnete die Fabrikwehr; das waren noch einmal 10 Gewehre.[13]

Die Demonstration vor dem Rathaus war die erste spontane Aktion in Hagen, ausgelöst durch die Extraausgabe des „Westfälischen Tageblatts". Wir sehen hier zum ersten Mal, daß es so etwas wie eine Reizschwelle gab, die offenbar überschritten werden mußte, bevor es zu einer spontanen Aktion kommen konnte. – Die Richtung der Aktion war bereits vorgedacht in der Forderung der USP nach Übergabe der Gewehre an Vertrauensleute der Partei; durchgesetzt wurde die Forderung nicht mehr im Rahmen der Parteiorganisation, sondern in einer sich spontan organisierenden Demonstration.

Am 15. März setzte der Generalstreik ein. Ausgenommen waren nur die lebenswichtigen Betriebe, vor allem die Wasser- und Energieversorgung. Auch die Straßenbahn ruhte. Der Hauptbahnhof war geschlossen; ab 0 Uhr verkehrte kein Zug mehr, ausgenommen Milch-

und Lebensmitteltransporte.[14] Bewaffnete Arbeiter besetzten das „Westfälische Tageblatt".[15] Ein provisorischer Aktionsausschuß (zunächst aus den drei Arbeiterparteien, im Laufe des Vormittags durch DDP- und Zentrumsvertreter erweitert) setzte erste Zensurmaßnahmen durch: er verbot das „Westfälische Tageblatt" sowie zwei weitere rechtsradikale Blätter aus Elberfeld und Barmen und besetzte Post- und Telegrafenamt mit Kontrolleuren, die den Nachrichtenverkehr der Putschisten unterbinden sollten. Ferner verlangte er vom Oberbürgermeister die Beurlaubung von Polizeiinspektor Stolzenburg, der monarchistischer Gesinnung verdächtig sei, und die Überwachung der Stadtverwaltung durch Kontrolleure: Die Arbeiterschaft müsse erstens Sicherheit darüber haben, daß die Stadtverwaltung nicht für die Putschisten arbeite, sie müsse zweitens rechtzeitige Informationen bekommen über Bewegungen von Reichswehrtruppen und die Haltung der Polizei. Beides gestand Oberbürgermeister Cuno zu; er lege Wert darauf, erklärte er, nach außen sichtbar zu machen, daß die Stadtverwaltung auf dem Boden der Verfassung stehe.[16]

Auf der Springe versammelten sich die streikenden Belegschaften zu einer neuen Kundgebung. Ludwig gab die Maßnahmen des Aktionsausschusses bekannt. Ernst, soeben aus Dortmund zurückgekehrt, berichtete, daß es dort nicht zum besten mit der Organisation des Kampfes stehe. Im übrigen wies er auf jene WTB-Meldung aus Essen hin – die auch im USP-Blatt zu lesen stand –, die besagte, daß die Freikorps Schulz und Lichtschlag und andere Teile der Reichswehr im Revier sich hinter die neue Regierung gestellt hätten.[17]

Vor der Kundgebung war die Parole verbreitet worden, alle verfügbaren Waffen sollten mitgebracht werden, damit im Anschluß an die Kundgebung ein Appell stattfinden könne. Die Übersicht ergab, daß inzwischen etwa 160 Gewehre im Besitz der Arbeiter waren. Bei diesem Appell wollten die Funktionäre die endgültige Arbeiterwehr bilden und dabei dafür sorgen, daß nur die zuverlässigsten Leute eine Waffe erhielten.[18]

Während des Appells auf der Springe setzte sich im Rathaus der Aktionsausschuß zusammen. Ernst schlug die Bildung einer überlokalen Zentralstelle zur Organisation des Kampfes vor. Das wurde akzeptiert. Man faßte die ersten Beschlüsse.[19]

b) Bochum

In Bochum lag eine 250 Mann starke Abteilung Sipo. Daneben bestand eine Einwohnerwehr, die – ein seltener Fall – klassenmäßig ein Gemisch war: zwei Kompanien bestanden zur Mehrheit aus sozialdemokratischen Arbeitern, die restlichen aus Bürgerlichen. Polizeipräsident Stühmeyer war Sozialdemokrat; bis zur Übernahme seines Amtes Ende 1919 war er Hauptkassierer des „Alten Verbandes" gewesen. Die SPD war (nach den Ergebnissen der nächsten Reichstagswahl) stärker als die USP.[20]

Am Vormittag des 13. März brachte das SPD-Blatt eine Extraausgabe heraus. Unter den Schlagzeilen: „Heraus zum Kampfe für die Republik! Heraus aus Zeche, Fabrik und Werkstatt zur Demonstration!" wurde der Einmarsch von putschenden Truppen in Berlin gemeldet und zu einer Demonstrationsversammlung um 16 Uhr auf dem Moltkeplatz aufgefordert. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und fluteten in die Stadt. Durch die Straßen patrouillierten Doppelposten der Sipo.[21]

Am Nachmittag strömten etwa 20 000 Menschen auf dem Moltkeplatz zusammen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Einwohnerwehr erschienen mit ihren Waffen zur Kundgebung. Vertreter der drei Arbeiterparteien sprachen zur Menge und forderten die Stilllegung der Betriebe. Ein Mitglied der Sipo erklärte, die Sipo stehe auf seiten der alten Regierung und der Arbeiterschaft und werde, „wenn nötig, mit den Arbeitern gegen die Reaktion kämpfen". Das wurde – zu Recht – mit Skepsis aufgenommen.

Nach Schluß der Versammlung zog die Menge durch die Stadt[22], während die Spitzen der drei Arbeiterparteien im Gebäude der SPD-Zeitung über die nächsten Schritte berieten. Allmählich sammelte sich eine Menge vor dem Gebäude, die ungeduldig die Ergebnisse der Beratungen zu erfahren wünschte; vor allem forderte sie die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Schließlich wurde eine Abordnung zum Polizeipräsidium geschickt. Sie kam mit dem Bescheid zurück, der Polizeipräsident habe die Freilassung abgelehnt. Darauf wurde die Menge erregt; Rufe nach Verhaftung und Absetzung von Stühmeyer ertönten. SPD-Vertreter versuchten, die Erregung zu beschwichtigen, indem sie die Wahl einer Kommission vorschlugen, die zuerst die Strafakten prüfen sollte; man wolle doch nicht, argumen-

tierten sie, auch Gauner und Schieber freilassen. Die Demonstranten ließen sich nicht abspeisen; sie zogen zum Gefängnis, das sie durch Sipo und bürgerliche Mitglieder der Einwohnerwehr abgesperrt fanden. Ob es zu Zusammenstößen kam, ist nicht bekannt, doch kann man vermuten, daß das Erscheinen der Demonstranten die Prüfung der Akten beschleunigte. Jedenfalls wurden gegen 21 Uhr die politischen Gefangenen – insgesamt 40 – freigelassen.[23]

Das Ergebnis der Beratungen im Zeitungsgebäude war die Bildung eines paritätischen „Arbeiterrats" aus je 3 Vertretern der drei Arbeiterparteien. Er erließ einen Aufruf, der die Fortdauer des bereits begonnenen Generalstreiks verkündete; Straßenbahn und Eisenbahn, hieß es weiter, würden ebenfalls stillgelegt werden, sobald es sich als nötig erweisen werde. Ferner stellte der Arbeiterrat die Zeitungen unter Vorzensur; ein besonderes Auge hatte er auf den DVP-orientierten „Märkischen Sprecher", der ähnlich wie das „Westfälische Tageblatt" in Hagen für die Putschisten Partei nahm.[24]

Im Vergleich mit Hagen beobachten wir hier also sehr früh spontane Aktivität außerhalb des Rahmens, den die Überlegungen und Planungen der Parteifunktionäre zogen. Das setzte sich in der folgenden Nacht fort, die sehr bewegt wurde. Demonstranten drangen in das christliche Hospiz ein, holten Büsten und Bilder des Kaisers und anderer Größen der Monarchie heraus und zertrümmerten sie unter Ansprachen am Kriegerdenkmal auf dem Wilhelmsplatz.[25] Eine systematische Tätigkeit entfalteten die Arbeiter der beiden Arbeiterkompanien der Einwohnerwehr. Bewaffnet erschienen sie in den Polizeiwachen und entwaffneten die wachhabenden Polizisten und Mitglieder der Einwohnerwehr; den Führer der Einwohnerwehr, Hauptmann Kropp, setzten sie fest; sie zogen zu den Wohnungen der bürgerlichen Mitglieder der Einwohnerwehr und verlangten die Herausgabe der Waffen. Schließlich machten sie einen aufsehenerregenden Fund. Im Büro der Einwohnerwehr entdeckten sie einen Frachtbrief, aus dem hervorging, daß aus Münster ein Waggon mit 2050 Gewehren, bestimmt für die Einwohnerwehr, unterwegs war und am nächsten Morgen, eingekoppelt in den täglichen Milchzug, in Bochum eintreffen würde.[26]

Das Urteil der Arbeiter, die den Frachtbrief fanden, stand sofort fest: die Gewehre waren für die reaktionären Kräfte zur Unterstützung des Putsches bestimmt. Dafür sprach erstens der Zeitpunkt des

Eintreffens, zweitens die Einkopplung des Waggons in den Milchzug, die als Tarnung verstanden wurde. – Ein paar Tage später veröffentlichte der Leiter der Einwohnerwehren im Kreis Bochum, Major Flaskamp, eine Erklärung dazu. Hiernach wären die Gewehre schon Ende 1919 in Münster bestellt worden, ihre Lieferung hätte sich jedoch mehrmals wegen Verlade-, Transport- und anderer Schwierigkeiten verzögert. Schließlich hätten sich zwei Bochumer Sozialdemokraten in die Sache eingeschaltet und am 13. März in Münster die letzten Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt.[27] – Diese Erklärung konnte jedoch durchaus nicht die Harmlosigkeit der Sache beweisen. Im allgemeinen bekam das Militär von der Eisenbahn sofort jeden Transportraum, den es benötigte, und so blieb die Merkwürdigkeit bestehen, daß ausgerechnet am Putschtage die Gewehre aus Münster abrollten. Außerdem konnte Major Flaskamp die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der Waggon als Milchwagen getarnt war. – Flaskamps Erklärung offenbarte jedoch eins: die politische Blindheit der beiden SPD-Funktionäre, die ihre Bemühungen in Münster auch nach dem Putsch in Berlin nicht einstellten, obwohl sie wissen mußten, daß die Gewehre auf dem normalen Wege in die Hände der Reaktion gelangen würden.

Als am nächsten Morgen um 7 Uhr der Milchzug im Hauptbahnhof einlief, stand bereits eine Menge von Arbeitern bereit, um ihn in Empfang zu nehmen. Sofort machten sie den ominösen Waggon in der Wagenreihe aus, öffneten ihn und begannen ihn zu leeren. Eine Abteilung Sipo rückte an und versuchte, die Menge zu vertreiben. (Die Verbrüderung der Sipo mit den Arbeitern war also wirklich ein leeres Wort gewesen.) Sie wurde jedoch eingekeilt, ihr drohte die Entwaffnung, und sie mußte sich wieder zurückziehen. Daraufhin ordnete Polizeipräsident Stühmeyer an, den Zug aus dem Bahnhof herauszuziehen. Eine Lok fuhr herbei – sie wurde von den Arbeitern beschossen, der Lokführer gab den Versuch auf. Die restliche Ladung des Gewehrwaggons wurde auch noch verteilt.[28]

Natürlich hatte sich nicht vermeiden lassen, daß die Gewehre zum Teil völlig regellos verteilt wurden. Der Arbeiterrat versuchte sofort, die Waffenvergabe wieder unter Kontrolle zu bringen. Er verfügte, daß alle Waffen wieder abgegeben werden müßten und dann an zuverlässige Arbeiter verteilt würden; Bedingung sollte mindestens einjährige Mitgliedschaft in einer Arbeiterpartei oder einer Gewerkschaft sein.[29]

Die Eroberung des Gewehrwaggons verschob mit einem Schlag die Machtverhältnisse entscheidend zugunsten der Arbeiter. Zugleich wuchs das Mißtrauen gegen die Sipo.[30]

Bewaffnete Arbeiter besetzten den „Märkischen Sprecher". Die Entwaffnung der bürgerlichen Mitglieder der Einwohnerwehr ging den ganzen Tag über weiter. Der Arbeiterrat stellte sich dahinter, indem er offiziell die Entwaffnung der Einwohnerwehr verfügte, ausgenommen die beiden Arbeiterkompanien. In der Nacht zum 15. März wurde das Polizeipräsidium von bewaffneten Arbeitern besetzt.[31]

Am 15. März sah Polizeipräsident Stühmeyer die Lage so an, daß er mit dem Arbeiterrat verhandeln müsse, um die Folgerungen aus der massenhaften Bewaffnung der Arbeiter zu ziehen. Man handelte ein Übereinkommen aus, das als Plakat angeschlagen wurde. Es legalisierte zunächst nur das, was bereits Wirklichkeit war: Auflösung der bisherigen Einwohnerwehr bis auf die zwei Arbeiterkompanien, Bildung einer Arbeiterwehr durch den Arbeiterrat. Ferner wurde ein Mitwirkungsrecht des Arbeiterrats festgelegt erstens bei allen Anordnungen der legalen Behörden, zweitens bei den Dienstgeschäften der Polizeidirektion.[32] Damit war, für Sipo und städtische Polizei verbindlich, die Bewaffnung der Arbeiter und die daraus entspringende Macht des Arbeiterrats von den bisherigen Exekutivorganen offiziell bestätigt.

c) Witten

In Witten – wie Hagen ohne Militär und Sipo – bildete sich am Nachmittag des 13. März, nach einer improvisierten Kundgebung vor dem Rathaus, ein „Zentralrat" aus den drei Arbeiterparteien und der DDP. Der Rat beschloß, nach der Proklamation des Generalstreiks, die Bildung einer Arbeiterwehr. Mit Oberbürgermeister Laue wurde vereinbart, daß die Wehrmitglieder den Sicherheitsdienst gemeinsam mit der Polizei ausüben sollten.

Waffen gab die Polizei nicht heraus. Darauf drängten die Arbeiter jedoch, und während der Nacht erzwangen sie, massenhaft vor der Polizeidirektion erscheinend, die Herausgabe der Schlüssel zum Waffenraum. Wieviel Waffen sie ihm entnahmen, ist nicht bekannt. Am nächsten Tage beschlagnahmten sie weitere 26 Gewehre der Bahnpolizei auf dem Bahnhof Witten-West.[33]

Am Vormittag des 14. März beriet der Zentralrat im Rathaus über die weiteren Maßnahmen. Zunächst gab er sich einen neuen Namen – „Zentralleitung“ – und entschied über seine endgültige Zusammensetzung; danach war die DDP nicht mehr vertreten.[34] In der neuen Zentralleitung saß ein Mann, der in wenigen Tagen im ganzen Ruhrgebiet bekannt sein würde: der 28jährige *Karl Stemmer*, Lehrer an der zweiklassigen Volksschule in Bommern, einem Arbeiterdorf südlich von Witten.

Stemmer, gebürtig aus Bochum, hatte die übliche Seminarausbildung im Mai 1914 mit der zweiten Lehrerprüfung abgeschlossen. Von August 1914 bis Januar 1918 war er zum Kriegsdienst eingezogen. Seit Beginn des Jahres 1919 unterrichtete er an der Volksschule in Bommern. Bei der Revolution war er noch Anhänger des Zentrums, dann organisierte er sich in der SPD, und bald ging er noch weiter nach links, zur USP. Er schrieb Artikel im Hagener USP-Blatt und trat als Referent in Versammlungen der Partei auf. In einer solchen Versammlung am 1. Februar 1920 empfahl er die Einschränkung der Geburten durch empfängnisverhütende Mittel. Daraufhin weigerte sich die katholische Kirchengemeinde Bommern, ihm „die Kinder noch weiter anzuvertrauen“, die Regierung suspendierte ihn vom Schuldienst und leitete ein Disziplinarverfahren ein. Die Partei half ihm vorläufig aus der Klemme, indem sie ihn ab 1. März auf Agitationstournee schickte. Stemmer wird als tatkräftig, gewandt und als talentierter Versammlungsredner geschildert.[35]

Sein Verhältnis zur Arbeiterklasse war von einem idealistischen und missionarischen Pathos, das unter den Volksschullehrern damals weit verbreitet war. Bei Stemmer vereinte sich diese Haltung mit einem unmittelbar zupackenden Elan.[36]

Die endgültig gebildete Zentralleitung im Wittener Rathaus beschloß, die bewaffneten Arbeiter in zwei Kompanien einzuteilen; die Sitzung bestimmte die beiden Kompanieführer und den Oberleiter aus ihrer Mitte. Ferner wurde entschieden, rote Plakate mit Watters erstem öffentlichen Aufruf (s. oben Seite 99), die ein Kurier am Vorabend überbracht hatte, nicht zu veröffentlichen. Sie sollten vielmehr auf der Rückseite mit einem eigenen Aufruf der Zentralleitung bedruckt werden – die Farbe paßte ja vorzüglich – und so angeschlagen werden: mit einer Aufforderung an die Bevölkerung zur Abgabe aller Waffen an die Zentralleitung, und mit der Proklamation des Generalstreiks.[37]

– Am 15. März wurde auch in Bommern eine Arbeiterwehr gebildet.[38]
Fassen wir vorläufig zusammen. Das Geschehen in Hagen, Bochum und Witten in den ersten 48 Stunden nach dem Putsch zeigt eine gleichartige Grundstruktur. Überall liegt die Initiative zunächst bei den Funktionären der Arbeiterorganisationen. Sie beraten intern über die zu ergreifenden Maßnahmen, oder sie holen sofort die Arbeiter aus den Betrieben zu einer Kundgebung. Sie bilden den örtlichen Aktionsausschuß, ohne dazu die Arbeiter heranzuziehen.

Die Arbeiter ihrerseits stellen, sobald sie die Betriebe verlassen haben, vor allem zwei Forderungen: Wir brauchen Waffen, um uns vor den Kräften der Reaktion am Ort zu schützen, und: die politischen Gefangenen müssen freigelassen werden. Beide Forderungen beschränken sich auf Unmittelbares und Konkretes. Der Gedanke an die gefangenen Genossen und Kollegen ist ein Ausdruck unmittelbarer Solidarität; die Waffen werden nicht etwa gefordert im Hinblick auf eventuell einmarschierendes Militär (wie es nach einem Militärputsch in der Hauptstadt an sich naheliegen würde), sondern im Blick auf die örtlichen Institutionen, Gruppen und Personen, von denen man eine Unterstützung des Putsches erwartet (monarchistische Polizei, Reserveleutnants, Einwohnerwehr, Kriegervereine usw.).

Beide Forderungen werden von den Arbeitern zunächst erhoben im Einklang mit den Funktionären ihrer Organisationen. In einem bestimmten Moment jedoch machen sich die Arbeiter selbständig; in dem Moment, in dem sie das Gefühl haben, daß die Funktionäre *zu langsam* und *zu wenig energisch* vorgehen, um die beiden Forderungen durchzusetzen. In einer spontan sich organisierenden Demonstration holen sie sich Waffen und setzen die Freilassung der Gefangenen durch.

Nach dem Erfolg der Aktion ist die Kraft zur spontanen Selbstorganisation erlahmt; ein weiterreichender Organisationsansatz, etwa die Bildung eines eigenen Aktionskomitees, wird nicht entwickelt. Die Bildung des ständigen Aktionskomitees bleibt weiterhin Sache der Funktionäre. Diesem Aktionskomitee der Funktionäre wird auch zugestanden, daß es das Ergebnis der spontanen Aktion ordnet und legalisiert (Neuverteilung der Waffen in der Form, daß nur organisierte Arbeiter eine Waffe erhalten; Einteilung der bewaffneten Arbeiter und Organisation der Arbeiterwehr; Regelung des Verhältnisses von Aktionskomitee und bewaffneter Arbeiterschaft zu den alten Exekutivorganen).

Gestützt auf die bewaffneten Arbeiter, setzen die Funktionäre in den Aktionsausschüssen sodann Maßnahmen durch, die erstmals, wenn auch nur negativ, über den lokalen Rahmen hinausgehen: Kontrolle der Stadtverwaltung, besonders der Polizeiführung, und Kontrolle des Nachrichtenwesens. Damit soll die zentrale Organisation des Putsches gestört und, wenn möglich, im lokalen Rahmen vereitelt werden.

Es ergibt sich: Weder die Funktionäre noch die Arbeiter hatten eine revolutionäre Konzeption. Das Problem einer revolutionären Umwälzung war offenbar niemals vorher diskutiert worden, die Umwälzung selbst nie in Umrissen theoretisch sichtbar geworden. Die ersten Schritte wurden getan als unmittelbare Antwort auf die Herausforderung des Putsches, in defensiver Absicht und mit einem durchaus lokalen Horizont.

d) Wetter

Auch hier gab es nur städtische Polizei, und auch hier gelang es den Arbeitern, der Polizei die Herausgabe von Waffen abzuringen.[39] Einige weitere Waffen dürften wie überall aus Verstecken aufgetaucht sein.

Am 13. März abends bildete sich ein „Exekutiv-Komitee" der drei Arbeiterparteien. Sein erster Aufruf, der am 14. März angeschlagen wurde, gab die Übernahme der öffentlichen Gewalt bekannt. In der Nacht wurden der Redakteur des Lokalblatts und der Betriebsführer der Firma Bönnhoff in Schutzhaft genommen. Bei dem ersteren war vermutlich eine zu positive Berichterstattung über den Putsch zu befürchten, jedenfalls gestaltete das Exekutiv-Komitee am 14. März den redaktionellen Teil des Blattes. Was genau dem Betriebsführer vorgeworfen wurde, ist nicht mehr zu ermitteln; das Hagener USP-Blatt meldete, er habe „sich in gröblichster Weise gegen die Arbeiter vergangen". – Im Laufe des 14. und auch noch am Vormittag des 15. März nahmen bewaffnete Arbeiter bei Bürgerlichen Haussuchungen nach Waffen vor.[40]

Die Gegner der Arbeiterbewegung verbreiteten Schauernachrichten nach außerhalb. Am 14. März fragte der Landrat von Hagen bei der Polizei in Wetter an, ob es wahr sei, daß „Plünderungen und erhebliche Gewalt gegen Personen und Sachen" vorgekommen seien. Die

Polizei verneinte. Wohl seien die beiden genannten Personen in Schutzhaft genommen. Der Landrat: Ist anzunehmen, daß sie schlecht behandelt werden? Die Polizei: Nein! Im übrigen böten die Führer der Arbeiter Gewähr gegen alle Ausschreitungen, und man erwarte in Kürze vollständige Beruhigung.[41]

Doch auch an eine andere, entscheidendere Stelle waren erfundene Nachrichten gelangt: zum Wehrkreiskommando in Münster. Es hieß, in Wetter sei die Räterepublik ausgerufen – mit diesem Ausdruck bezeichnete man damals die Ausschaltung der legalen Exekutivorgane durch ein Organ der Arbeiterschaft (darauf schien in Wetter der Aufruf des Exekutiv-Komitees hinzudeuten); darüber hinaus aber verband die bürgerliche Propaganda mit dem Ausdruck „Räterepublik" alle möglichen Ausschreitungen und Terrorakte. Die Sozialisten in Wetter waren überzeugt, daß Fabrikant Bönnhoff die Nachricht nach Münster gegeben und dabei um Entsendung von Truppen gebeten hatte. Ob das richtig war, ist nicht mehr herauszufinden; sicher ist jedenfalls, daß Bönnhoff, der vergeblich die Freigabe seines Betriebsführers verlangte, auf das Exekutiv-Komitee und die bewaffneten Arbeiter nicht gut zu sprechen war.[42]

General Watter reagierte auf das Räterepublik-Märchen so, wie das Militär auf solche „Nachrichten" zu reagieren pflegte: er antwortete darauf, ohne eine Bestätigung an amtlicher Stelle einzuholen, mit der Entsendung von Truppen. Er modifizierte seinen ursprünglichen Marschbefehl: Die beiden in Münster und Bielefeld liegenden Teile des Freikorps Lichtschlag, die Hagen besetzen sollten, erhielten Befehl, zuerst in Wetter einzurücken, sich dort zu vereinigen und dann nach Hagen zu ziehen.[43]

2 Die Zerschlagung des Freikorps Lichtschlag und die Niederlage der Paderborner Husaren

a) Wetter

Am Abend des 14. März rückte in Münster eine kleine, aber hochgerüstete Truppe aus ihrer Kaserne zum Bahnhof: die Batterie des Freikorps Lichtschlag, mit sechs Geschützen, die Begleitmannschaft zu

Pferde, verstärkt durch 20 Pioniere, insgesamt etwa 130 Mann.[44] Sie wurde geführt von dem 32jährigen Hauptmann Otto Hasenclever. Hasenclever war Frontoffizier, dekoriert mit dem Königlichen Hausorden der Hohenzollern und dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse;[45] er war einer jener jungen Truppenführer, deren Offizierslaufbahn gerade erst begonnen hatte, dann durch die Novemberrevolution jäh abgebrochen worden war, und die sich nun mit der Waffe in der Hand die alte Ordnung, „ihre" Ordnung zurückerobern wollten.

Der Abtransport, um den sich der Führer des Freikorps, Hauptmann Lichtschlag, persönlich bemühte, erwies sich als ziemlich schwierig. Zum einen hatten die Eisenbahnbeamten sich dem Generalstreik angeschlossen und den Betrieb stillgelegt[46], zum anderen war über das Freikorps Lichtschlag gerüchtweise bekanntgeworden, Offiziere und Mannschaften hätten geäußert, „daß es nun unter einer neuen Regierung energisch gegen die Bolschewisten ginge"; deshalb verweigerte der diensttuende Beamte Hauptmann Lichtschlag die Gestellung des geforderten Zuges. Lichtschlag wurde grob und erklärte, „er werde die Zusammenstellung des Zuges mit Waffengewalt erzwingen, er stehe auf dem Boden der neuen Regierung", machte aber dadurch natürlich den Beamten nicht williger.[47] Zwar konnte die Truppe noch vor Mitternacht verladen werden, aber dann dauerte es noch 9 Stunden, bis 7.30 Uhr morgens, bis sich Fahrpersonal fand und der Zug – insgesamt 37 Wagen, darunter 3 Munitionswagen, die Geschütze auf offenen Flachwagen – abrollte.[48]

Unterwegs gab es neue Hindernisse. In Hamm konnte der Zug nur mit Mühe eine neue Lokomotive erhalten.[49] Der Bahnhof Kamen war bereits durch Arbeiter besetzt, doch dank einiger vorher instruierter Eisenbahnbeamter, die den Zug durchleiteten, wurde dieses Hindernis reibungslos genommen.[50] Einen Aufenthalt dagegen gab es im Hauptbahnhof von Dortmund, wo der Zug um 9 Uhr einlief. Auf dem letzten Wagen wehte inzwischen eine schwarz-weiß-rote Fahne, die Fahne der Monarchisten und – man wußte es aus der Zeitung – die Staatsfahne der Putschisten. Sie rief beträchtliche Aufregung nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch unter der gerade im Bahnpostamt diensttuenden Kompanie der Einwohnerwehr hervor. Die Wehrmänner wollten den Zug sofort angreifen, wurden jedoch durch ihre Offiziere zurückgehalten und schickten dann drei Mann zum Zuge, die sich nach Herkunft und Ziel erkundigen sollten. Die Frei-

korpsoffiziere gaben ausweichende Antworten. Der Fahrdienstleiter des Hauptbahnhofes erklärte jedoch, der Transport erfolge mit amtlicher Genehmigung des Generals v. Watter. Immerhin gaben die Mannschaften des Transportes auf Befragen zu, sie gehörten zum Freikorps Lichtschlag, ständen auf dem Boden der neuen Regierung und seien nach Wetter beordert. Alarmiert begaben sich die drei Wehrmänner zu ihrer Kompanie zurück. Bevor sie sie erreichten, setzte sich der Zug jedoch bereits wieder in Bewegung. Bei ihrer Ausfahrt stimmte die Truppe monarchistische Lieder an und setzte damit die zahlreichen Zuschauer in helle Aufregung und Erbitterung.[51] Der Zug fuhr weiter durch Witten und erreichte Wetter etwa um 10.30 Uhr. Noch immer wehte auf dem letzten Wagen die schwarz-weiß-rote Fahne.[52]

Die Nachricht vom Eintreffen der Truppe verbreitete sich sofort. Zwar kam sie nicht völlig überraschend, denn bereits nachts um 3 Uhr war mit Sirenenalarm in der Stadt mitgeteilt worden, nach zuverlässigen Nachrichten befänden sich Truppen im Anmarsch auf Wetter.[53] Doch offiziell war niemand in Wetter von Münster aus vorher informiert worden, nicht einmal der Bürgermeister[54], und außerdem waren seit dem nächtlichen Sirenenalarm mehr als 7 Stunden vergangen. Unter den ersten, die vom Eintreffen der Truppe erfuhren, befand sich das Streikkomitee. Während Hauptmann Hasenclever zum Rathaus ging, um vom Bürgermeister Quartiere zu erbitten[55], eilten mehrere Mitglieder des Streikkomitees zum Bahnhof, wo sie die Truppe versammelt auf dem Bahnsteig fanden. Es gelang ihnen nach kurzer Zeit, einen Teil der Truppe zum Mitgehen in den Wartesaal zu bewegen. Hier stieg Alfred Massek vom Streikkomitee auf einen Tisch und erklärte den Soldaten, sie seien völlig falsch informiert, in Wetter sei durchaus nicht die Räterepublik ausgerufen, vielmehr werde hier in völliger Ruhe und Ordnung der Generalstreik gegen Kapp durchgeführt. Die Worte wirkten: Man reichte ein Maschinengewehr an die Arbeiter hinaus, die immer zahlreicher den Bahnhofsvorplatz und den Bahnhof füllten, und etwa 25 Soldaten kletterten durch die Fenster hinterher.[56] Da erschien Hauptmann Hasenclever im Wartesaal, der auf dem Wege in die Stadt erfahren hatte, Bürgermeister Winkelmann sei bereits benachrichtigt und sei zum Bahnhof unterwegs. Um weiteres Überlaufen zu verhindern, befahl Hasenclever, den Bahnhof zu räumen. Die Truppe säuberte auch den

Bahnhofsvorplatz und die angrenzenden Straßen; das Maschinengewehr, kaum von den Arbeitern aufgestellt, wurde zurückerobert.[57]
Inzwischen waren Bürgermeister Winkelmann und mehrere Mitglieder des Exekutivkomitees von Wetter im Bahnhof erschienen und begannen, mit Hasenclever zu verhandeln. Die Quartierfrage behandelten die Wetteraner zunächst ausweichend. Statt dessen fragte Bürgermeister Winkelmann, warum die Truppe gekommen sei. Darauf Hasenclever: Sie sei vom Wehrkreiskommando geschickt, um in Wetter für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Winkelmann: Es herrsche Ruhe und Ordnung in Wetter, eine Besetzung der Stadt sei nicht nur unnötig, sondern werde die bisherige Ruhe sogar stören. Hasenclever: Er habe den Befehl von seinem Vorgesetzten, General v. Watter, in Wetter auszuladen, und den müsse er ausführen; um die politischen Verhältnisse werde er sich nicht kümmern, er habe nur für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Jetzt stellte ein Mitglied des Exekutivkomitees die entscheidende Frage: Auf welchem Boden steht die Truppe? Hasenclever: Wir kommen im Auftrag v. Watters! Rückfrage: Und wo steht der? Hasenclever: Auf dem Boden des Herrn v. Lüttwitz! Darauf die Mitglieder des Exekutivkomitees: Dann haben wir nichts mehr zu verhandeln![58]
Das entscheidende Wort: „Auf dem Boden des Herrn v. Lüttwitz!“ verbreitete sich mit Windeseile in der Stadt. In Kürze bliesen die Fabriksirenen Alarm, und die Arbeiter umschlossen den Bahnhof in einer gewissen Entfernung, zunächst mit dem Ziel, die Truppe am Verlassen des Bahnhofs zu hindern. Hasenclever seinerseits hatte bereits befohlen, auszuladen und zum Kampf zu rüsten. Soldaten hatten die letzten Waggons zur Güterrampe geschoben (die Lok war bereits davongefahren); in der Bahnhofshalle wurden zwei Maschinengewehre postiert. Auf das Sirenengeheul hin befahl Hasenclever, das Ausladen einzustellen und den Zug zur Verteidigung zu besetzen.[59]
Noch kam es jedoch nicht zum Kampfe. Auf dem Rathaus ging nämlich eine Erklärung des Landratsamtes ein, Watter stehe nicht auf dem Boden der Kapp-Regierung. Eine Abordnung hielt Hasenclever dies vor. Hasenclever erwiderte, er wolle dieserhalb nochmals in Münster anfragen.[60] – Danach traf eine Abordnung aus Hagen ein.
In Hagen war etwa um 11.30 Uhr, noch während des Appells der bewaffneten Arbeiter auf der Springe, die Nachricht eingetroffen, in

Wetter seien Lichtschlag-Truppen angekommen und hätten sich für Kapp erklärt. Die Nachricht schlug unter den Arbeitern wie eine Bombe ein. Mit den Fabriksirenen wurde Alarm gegeben.[61] Der Aktionsausschuß wurde von der Meldung bei seiner Sitzung im Rathaus überrascht und brach verwirrt die Verhandlungen ab. Eine Delegation aus Oberbürgermeister Cuno und mehreren Stadtverordneten fuhr umgehend nach Wetter.[62] Ernst dagegen, der in Hagen blieb, setzte sich telefonisch mit den USP-Genossen in Wetter in Verbindung und erfuhr dabei nähere Einzelheiten. Ernst darauf: Die Wetteraner sollten versuchen, die Truppen solange aufzuhalten, bis man von Hagen aus zu Hilfe kommen könne.[63]– Alle auf den Straßen greifbaren Autos wurden beschlagnahmt, die Straßenbahnen wurden ausgefahren, um die bewaffneten und unbewaffneten Arbeiter schnell in Richtung Wetter zu bringen. Die Massen erzwangen die Herausgabe der restlichen 30 Gewehre, die noch bei der Polizei im Rathaus lagen; weitere 160 Gewehre holten sie sich aus der Akkumulatorenfabrik. Telefonisch wurde die ganze Umgegend von Hagen alarmiert, bis Gevelsberg, Gummersbach und bis zu den Orten im Lennetal. Im Laufe des Nachmittags trafen weit über 1000 Arbeiter in Hagen ein, größtenteils auf Lkws, zum Teil bewaffnet.[64]

Als die Hagener Delegation mit Oberbürgermeister Cuno in Wetter ankam, war bereits eine – allerdings noch harmlose – Schießerei im Gange. Hasenclever betonte der Delegation gegenüber, er müsse seinen Befehl ausführen. Nach Hagen sei er nicht geschickt. Auf Fragen nach seiner politischen Stellung erklärte er, er sei unpolitisch und führe nur die Befehle des Wehrkreiskommandos aus. Wenn Watter nicht auf dem Boden der Kapp-Regierung stehe, „so stehe er ebenso", das sei aber für ihn ohnehin gleichgültig, da er nur den Befehl auszuführen habe, Ruhe und Ordnung in Wetter wiederherzustellen. Als ein Sozialistenführer aus Hagen bemerkte, die Arbeiterschaft werde sich das Eingreifen der Truppe nicht gefallen lassen, es werde zu blutigen Kämpfen kommen, erwiderte Hasenclever drohend: „Sagen Sie den Hagenern, wenn die 200 Hagener angriffen, schieße ich mit Geschützen!" (Hasenclever war also genau darüber informiert, wie viele Gewehre die Hagener Arbeiter bis zum Moment seiner Abfahrt aus Münster in ihre Hände gebracht hatten.) Damit war die Unterredung bereits zu Ende.[65] Anschließend äußerte Bürgermeister Winkelmann der Delegation gegenüber, nun bleibe nur noch übrig, Münster telefo-

nisch um Rücknahme der Truppe zu bitten. Das wollten die Hagener versuchen, Oberbürgermeister Cuno und die meisten seiner Begleiter von Hagen aus, DDP-Parteisekretär Stens dagegen direkt von Wetter aus.[66] Stens führte nicht weniger als drei Gespräche mit Münster. Auf seine dringenden Vorstellungen antwortete man ihm, die Truppe werde nicht zurückgenommen, vielmehr würden für den Fall, daß die Arbeiterschaft zum Angriff vorgehen werde, Verstärkungen nach Wetter geschickt werden. Als Stens beim dritten Mal darauf hinwies, ein furchtbares Blutbad sei dann unvermeidlich, antwortete man ihm, man wolle v. Watter Vortrag halten.[67]

Die übrigen Hagener Parlamentäre trafen auf ihrer Rückfahrt bereits vor Herdecke auf kleine Trupps bewaffneter Arbeiter. Diese ließen sich nicht aufhalten; die Erklärung, die Truppe sei nicht für Hagen bestimmt und stände im übrigen auf dem Boden der alten Regierung, nahmen sie mit Hohn auf. Eine Strecke weiter traf die Delegation auf Konrad Ludwig. Ludwig zeigte sich entsetzt darüber, „daß die Arbeiter losgezogen seien ohne vorherigen Beschluß", sie hätten die Rückkunft der Delegation „abwarten müssen, er habe von dem Abmarsch der Arbeiter erst jetzt gehört und sei nachgefahren, aber sie seien nicht zu halten".[68] Eine wichtige Szene: der populärste Arbeiterführer von Hagen mußte entdecken, daß seine geradezu unerschütterlich scheinende Autorität nicht mehr wirkte; in der traditionellen Parteistruktur zeigte sich der erste Riß.

In Hagen zurück, telefonierte Cuno mit Münster, erhielt aber ebenso ausweichende Antwort wie Stens.[69]

Anders als Ludwig verhielt sich sein Parteifreund Ernst. In der Befürchtung, daß Hasenclever über den Bahnhofstelegraf Verstärkung herbeirufen könnte – in Wirklichkeit war das Bielefelder Bataillon des Freikorps bereits unterwegs –, bat er um 15 Uhr den USP-Genossen Ipsen in Wetter, „so schnell wie möglich die Entscheidung herbeizuführen".[70] Ob die Arbeiter noch auf ein Signal eines Parteifunktionärs handelten, ist fraglich – ihr Verhalten gegenüber Ludwig macht es ganz unwahrscheinlich –, jedenfalls begann etwa um diese Zeit der ernsthafte Kampf.

Die Position der Truppe war schlecht. Der Bahnhof lag im engen Ruhrtal, umgeben von Häusern und unübersichtlichen Fabrikanlagen, im weiteren Umkreis umschlossen von einem Friedhof und bewaldeten Höhen, auf denen die Arbeiter Stellung bezogen.[71] Ferner hatte

die Truppe das Kriegsmaterial nur zu einem kleinen Teil entladen und aufstellen können.[72] Die Arbeiter hatten inzwischen nicht nur aus östlicher Richtung von Hagen, sondern auch aus nördlicher Richtung aus der Gegend von Witten Zuzug erhalten und waren auf etwa 1500 Mann angewachsen;[73] sie konnten also hoffen, die technische Überlegenheit der Truppe durch ihre Zahl auszugleichen. Hinzu kamen noch subjektive Momente. Während viele rangniedere Mitglieder der Truppe nicht wußten, wofür sie kämpften – die Überläufer hatten das bewiesen –, traten die Arbeiter in den Kampf ein in dem Bewußtsein, daß sie ihre elementarsten Interessen und Rechte verteidigten. Und weiter: Während die Truppe in einem ihr absolut feindlichen Milieu focht (die wenigen Bürger, die das Erscheinen der Truppe innerlich begrüßten, wagten angesichts der Arbeitermassen natürlich nicht hervorzutreten), wurden die Arbeiter getragen von der Sympathie der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung von Wetter.
Die Soldaten, die das Bahnhofsgebäude verteidigten, waren ziemlich ungefährdet. Die Bedeckungsmannschaften des Zuges draußen jedoch mußten vor dem Feuer der Arbeiter unter den Waggons, hinter den Rädern Deckung nehmen. Besonders effektiv war ein Maschinengewehr, das die Arbeiter in einem Kirchturm in Stellung gebracht hatten; die Geschosse durchschlugen die Waggons und verletzten die Pferde, die wild um sich schlugen. Schließlich konnte die Truppe das Maschinengewehr zum Schweigen bringen. – Hasenclever sah die Lage als so dringlich an, daß er befahl, die Geschütze einfach von den Waggons herunterzuwerfen, auch auf die Gefahr, daß dabei das eine oder andere zu Bruch ginge. So konnten zwei Geschütze aufgestellt werden. Mit ihnen wurden mehrere Schüsse in die Waldungen gefeuert, die mehrere Arbeiter töteten und verwundeten. Dann aber nahmen die Arbeiter die Kanoniere so gut unter Feuer, daß diese das Weiterschießen aufgeben mußten.[74] – Eine Pionierkompanie bei Witten, die Hasenclever zur Verstärkung herbeirufen wollte, war bereits von den dortigen Arbeitern durch Zerstörung der Bahngleise aufgehalten und dann entwaffnet worden.[75]
Inzwischen war auf Initiative von Oberbürgermeister Cuno der kommissarische Landrat von Hagen, v. Salmuth, nach Wetter geeilt, um noch einen Versuch zu machen, den bewaffneten Kampf beizulegen. Angesichts seiner Lage scheint es Hasenclever für angezeigt gehalten

zu haben, auf diese neue Verhandlungsmöglichkeit einzugehen. Etwa um 16.30 Uhr ließ er den Hornisten das Signal zur Feuereinstellung blasen. Doch v. Salmuth – das muß betont werden – war von den Arbeitern nicht als Parlamentär beauftragt. Kaum hatte die Verhandlungsdelegation den Bahnhof betreten, stürmten die Arbeiter hinterher. Die Soldaten versuchten, sie wieder zu vertreiben, wobei sie auch Handgranaten warfen. Doch vergeblich – ein erbitterter Nahkampf entbrannte, in kurzer Zeit war die Truppe umringt und zersplittert, Hauptmann Hasenclever wurde durch Halsschuß getötet. Die Soldaten wurden gefangengenommen und abgeführt.[76]
Die Zahl der toten Soldaten erschien den siegreichen Arbeitern und der Bevölkerung von Wetter zunächst größer, als sie in Wirklichkeit war; die Angaben schwankten zwischen 30 und 60[77], während tatsächlich 10 Soldaten außer Hasenclever getötet wurden, und zwar in der Mehrzahl während des Nahkampfes im Bahnhof. Sie waren ausnahmslos noch jünger als Hasenclever, zwischen 16 und 29 Jahren alt.[78] Die siegreichen Arbeiter hatten sechs Tote im Alter zwischen 21 und 51 Jahren, einen Schmied, einen Schleifer, einen Schreiner aus Wetter, einen Kranführer aus Haspe bei Hagen und eine am Kampf unbeteiligte Frau aus Wetter; das sechste Opfer, ein Mann, ist nicht mehr zu identifizieren.[79]
Die Arbeiter standen vor einer völlig neuen Situation. Seit der Revolution von 1918 hatte das Proletariat Niederlage um Niederlage hinnehmen müssen; jetzt bewies der Kampf in Wetter, wie Meinberg schreibt, „die Möglichkeit des Sieges über festgefügte militärische Formationen". Und überdies, fährt Meinberg fort, erbrachte er den Arbeitern weit mehr und weit bessere Waffen, als sie bisher in Händen hatten: Geschütze, Minenwerfer, Maschinengewehre, die Transportmittel nicht zu vergessen.[80]

Während des Kampfes in Wetter verhängte Watter mit Gegenzeichnung von Severing den verschärften Belagerungszustand über die Regierungsbezirke Arnsberg und Münster, also u. a. über den westfälischen Teil des Reviers (im Regierungsbezirk Düsseldorf war er bereits seit Januar verhängt). Die Begründung:
„In verschiedenen Orten ist es gestern zu Ausschreitungen linksradi-

kaler Elemente gekommen. Durch bewaffnete Banden sind öffentliche Gebäude und Verkehrsanlagen besetzt und grobe Verstöße gegen Ruhe und Ordnung vorgekommen. Versuche, die Einwohnerwehr zu entwaffnen, die Räterepublik auszurufen, wurden unternommen. An einem Ort [damit dürfte Wetter gemeint sein] haben Linksradikale Leiter von Werken als Geiseln festgesetzt. Ungesetzliche Arbeiterräte maßen sich Gerechtsamen [Rechte und Befugnisse] an, die selbst gesetzlich gewählten Arbeiterräten nicht zustehen (Verbot von Zeitungen usw.)."

Standgerichte der Truppe konnten jetzt Aufruhr und Landfriedensbruch aburteilen; die Urteile (nur Todesurteil oder Freispruch) waren von Watter zu bestätigen. Außerordentliche Kriegsgerichte in Münster, Arnsberg, Dortmund, Hagen und Bochum waren „nach besonderem Befehl des Wehrkreiskommandos einzurichten".[81]

Meinberg fragt zu Recht, „in welchem Punkt" eigentlich sich die Methoden Severings, der den Erlaß gegenzeichnete, „von den Regierungsmethoden des Staatsstreichlers Kapp unterschieden", und bemerkt weiter: „Der Arbeiter mit seinem einfachen Menschenverstande fand ... keinen Unterschied." [82]

Allerdings begannen sich die alten Regierungsmethoden als stumpf zu erweisen: schon die Weitergabe der Bekanntmachung machte Schwierigkeiten. Ein Beispiel: erst am nächsten Tage (16. März), 12.30 Uhr, gab die Reichswehr-Brigade 7 in Münster dem Regierungspräsidium Arnsberg Kenntnis von der Maßnahme und ersuchte um Weitergabe an die Kreise. Zusatz: „Plakate kommen wegen Bahnstreiks nicht durch." Um 17.35 Uhr kam das Telegramm an.[83] Um 21 Uhr telegrafierte das Regierungspräsidium – dies als weiteres Beispiel – weiter an den Landrat in Hattingen. Ankunft des Telegramms: 17. März, 8.10 Uhr.[84] Die Truppen würden nicht mehr lange Gelegenheit zu Standgerichten haben.

b) Herdecke

Zur gleichen Zeit wie die Batterie Hasenclever in Münster, am 14. März abends, war das II. Bataillon des Freikorps Lichtschlag unter Hauptmann Lange in Bielefeld aus seiner Kaserne gerückt, insgesamt 350 Mann. Vielleicht war diese Einheit schon von dem demokratischeren Geist Bielefelds beeinflußt – bei ihr jedenfalls bedurfte es

nicht erst der Konfrontation mit Arbeitern des Ruhrgebiets, um unter Mannschaften und Unteroffizieren Zweifel am Zweck ihres Einsatzes hervorzurufen. Offiziell war ihnen nur das Marschziel, Wetter, mitgeteilt worden; dazu ging seit dem Vormittag in der Kaserne das Gerücht, dort sei die Räterepublik ausgerufen worden. Mehrere Unteroffiziere und Mannschaften erklärten mit Bestimmtheit, nur für die alte Regierung kämpfen zu wollen; als sie dazu von den Offizieren keine klare Antwort bekamen, blieben mehrere von ihnen in der Kaserne zurück oder nahmen ihre Entlassung. Noch während des Eisenbahntransports mußten die Offiziere mehrfach ermahnen, „die Leute sollten ihre Pflicht und Schuldigkeit tun".[85]

Auch hier haperte es auf dem Bahnhof mit dem Abtransport. Die Eisenbahner hatten die Streikparole der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre nicht abgewartet (sie kam erst am nächsten Vormittag), sondern streikten bereits. Anders als Lichtschlag in Münster griffen hier die Offiziere nicht zu Drohungen, sondern machten den Versuch, die Eisenbahner mit Lebensmitteln zu bestechen; erfolgreich war jedoch auch dieses Mittel nicht. Es dauerte bis zum Mittag des nächsten Tages, bis ein Zug zusammengestellt war und einige Eisenbahner für den Transport gefunden waren.[86] Ein wesentlicher Punkt in Watters Auftrag für das Freikorps, das gleichzeitige Eintreffen der beiden Einheiten in Wetter, war damit bereits hinfällig geworden. Möglich war immerhin noch, daß die Bielefelder Einheit noch vor dem Ende des Kampfes in Wetter dort eintraf und für Hasenclever die ersehnte Verstärkung brachte.

In Ahlen wurde diese Möglichkeit zunichte. Hier wurde um 13 Uhr der Transportzug angekündigt. Durch Hornsignale alarmierte der örtliche „Arbeiterrat" (USP, SPD, Zentrum) die Bewohner der Kolonie der Zeche „Westfalen" und forderte sie auf, zum Bahnhof zu kommen. Bahnbeamte hielten den Zug an. Der Arbeiterrat erklärte Hauptmann Lange und den übrigen Offizieren, er sei überzeugt, daß die Truppe im Auftrag der Kapp-Regierung ins Revier einrücken wolle, und legte als Beweis eine Dortmunder Zeitung vor mit der vom Freikorps Schulz verbreiteten Nachricht, nach der sich u. a. das Freikorps Lichtschlag hinter die neue Regierung gestellt habe. Die Offiziere mußten – eine Demütigung für sie – amtliche Schriftstücke vorlegen, um zu beweisen, daß die Truppe auf Befehl nicht der Kapp-Regierung, sondern v. Watters nach Wetter fahre. Den weite-

ren Nachweis, daß v. Watter nicht auf seiten Kapps stand, konnten sie zwar nicht führen, doch ließ der Arbeiterrat nach längeren Verhandlungen schließlich den Zug weiterfahren.[87]
Nach 19 Uhr, gut zwei Stunden nach dem Ende des Kampfes in Wetter, hielt in Herdecke (eine Station vor Wetter) der Stationsvorsteher den Zug an und überbrachte einen Befehl vom Wehrkreiskommando. Dieser teilte die Niederlage der Batterie in Wetter mit und wies Lange an, nicht nach Wetter weiterzufahren, sondern vorläufig in Herdecke zu bleiben.[88] Lange besetzte mit dem Gros der Truppe Bahnhof und Rathaus; zwei Kompanien mußten an der Ruhrbrücke in Richtung Hagen, eine weitere in Richtung Wetter sichern.[89]
Arbeitervertreter, darunter der nach Herdecke geeilte Lehrer Stemmer, erschienen zu Verhandlungen. Lange, dem von den Erklärungen Hasenclevers in Wetter berichtet wurde, vermied dessen Schroffheiten und versuchte den Verdacht zu zerstreuen, seine Truppe sei ebenfalls kappistisch; aber der Eindruck, den Hasenclever hinterlassen hatte, war nicht so leicht zu verwischen. Erst nach stundenlangen Verhandlungen, nach Mitternacht, wurde für die Dauer der Nacht ein Waffenstillstand vereinbart.[90] Aber das war natürlich nur für Herdecke selbst von Bedeutung. Für die Arbeiterschaft der umliegenden Orte war nur das Erscheinen der Truppe sichtbar, die wie die Batterie Hasenclever zum Freikorps Lichtschlag gehörte, also politisch ebenso beurteilt werden mußte. In Hagen wurde um 20 Uhr die Nachricht mit Sirenenalarm bekanntgegeben, und da schon seit dem Sieg in Wetter die Erwartung diskutiert worden war, daß nun die übrigen Teile des Freikorps Lichtschlag anrücken und Hagen besetzen würden, zogen alsbald Scharen von Arbeitern in Richtung Herdecke.[91] Oberbürgermeister Cuno fuhr ihnen nach und versuchte sie von einem unmittelbaren Angriff auf die Truppe mit der Mitteilung abzuhalten, er verhandele mit Münster über einen Abzug der Truppe.[92] – In den späten Abendstunden wurden immer mehr Orte alarmiert, bis nach Bochum, von wo ebenfalls bewaffnete Arbeiter zu Hilfe eilten.[93] Um 3 Uhr wurde in Hagen nochmals Alarm gegeben, diesmal nicht nur mit Sirenen, sondern mit Kirchenglocken wurde dazu Sturm geläutet, und weitere Arbeiter zogen aus.[94] Die Höhen um Herdecke wurden besetzt, und auch die eben in Wetter erbeuteten Geschütze wurden dort aufgestellt.[95]
Um 1.30 Uhr erhielt Oberbürgermeister Cuno ein Telegramm, das

die Reichswehr-Brigade 7 in Münster kurz vor Mitternacht an ihn aufgegeben hatte: „Zur Wiederherstellung der Ordnung werden stärkere Truppen einrücken. Bevölkerung ist umgehend aufzuklären, daß Einrücken sich lediglich gegen Aufrührer und Räterepublik richtet.“[96]
Cuno zögerte lange, ob er den Auftrag ausführen sollte, da er starke Zweifel hatte, ob von Räteherrschaft und Aufruhr in Hagen die Rede sein könne. Um 5 Uhr nahm er Rücksprache mit der Polizeiverwaltung, die ihm erklärte, sie sei faktisch gegenüber den bewaffneten Arbeitern ohnmächtig. Danach kam Cuno zu der Ansicht, daß Münster doch recht habe[97], und so gab er eine Bekanntmachung in Druck, in der er das Telegramm mitteilte und daran anschloß: „Ich warne vor Fortsetzung des Widerstandes gegen die Truppen, welches nur unnützes Blutvergießen bewirkt. Der Widerstand wird als Aufruhr gegen die zur Herstellung der Ordnung berufene Macht aufgefaßt werden und würde dementsprechende Strafe nach sich ziehen. Der Oberbürgermeister.“[98]

Um 7 Uhr traf Cuno im Rathaus mehrere USP-Führer. Ludwig sah die Lage als verzweifelt an. Komme es in Herdecke zum Kampf, sagte er, würden die Arbeiter zwar siegen, doch dann würden wahrscheinlich weitere Truppen kommen. „Es wird furchtbares Blutvergießen entstehen, die Arbeiter werden, wenn sie sich verloren sehen, rabiat werden und alles zerstören. Die gesamte Arbeiterschaft des Bezirks ist in Gefahr, weil sie alle beteiligt sind.“ Cuno zeigte seine Bekanntmachung. Darauf wandten die USP-Führer einhellig ein, sie werde das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung auslösen, „die Arbeiter würden erst recht den Kampf aufnehmen“. Cuno teilte diese Einschätzung der Arbeiter nicht, sondern hatte den Eindruck, die Parteiführer wollten ihm nur die Schuld zuschieben, wenn es zum Kampf komme. Er ließ die Bekanntmachung durch Polizeibeamte in die vordersten Linien der Arbeiter bringen.[99] Inzwischen waren die in der Bekanntmachung angedrohten stärkeren Truppen schon bis auf einige Kilometer herangerückt: um 7 Uhr traf auf dem Bahnhof Dortmund-Süd Hauptmann Lichtschlag selbst mit einer weiteren Abteilung seines Freikorps ein.[100]

Seit ihrem Sieg in Wetter wurden die Arbeiter durch die Angst vor dem Erscheinen weiterer Truppen – eine real sehr begründete Angst – vorwärtsgepeitscht, und so behielten die Hagener Parteiführer recht: kaum hatten die Arbeiter die Bekanntmachung in Händen,

feuerten sie vom Kaisberg herunter einen Kanonenschuß – das Signal zum Angriff von mehreren Seiten. Hauptmann Lange mußte erkennen, daß seine Truppe von schätzungsweise 6000 Mann vollständig umzingelt war. Diese Massen, die allmählich immer weiter in die Stadt eindrangen, zerrissen bald alle Verbindungen zwischen den einzelnen Truppenteilen. Lichtschlag erschien nicht (warum nicht, werden wir später sehen); die einzige Hilfe für die Truppe, die rechtzeitig eintraf, waren mehrere Flugzeuge, die in der Luft kreisten. Sie schossen jedoch nicht, wohl weil die Kampfparteien bereits räumlich nicht mehr voneinander zu unterscheiden waren.[101] – Für Lange entscheidend wurde, daß seine Truppe ausgiebiger als die Batterie in Wetter abends und nachts mit Arbeitern in Berührung gekommen war und erkannt hatte, daß man in ihr eine Kapp-Truppe erblickte; die Soldaten hatten immer wieder beteuert, dann sei ja alles nur ein „Mißverständnis", auch sie seien für die alte Regierung. So kämpften sie nun nur widerwillig und setzten ihre Kräfte nicht voll ein.[102] Um 9 Uhr willigte Lange telefonisch ein, daß Oberbürgermeister Cuno von Hagen zu Verhandlungen komme. Cuno fuhr mit mehreren Parteiführern los. An der Ruhrbrücke fand die Delegation die dort postierten Kompanien bereits völlig eingeschlossen. Kaum waren die Parlamentäre am Rathaus eingetroffen, strömten große Arbeitermassen vor dem Gebäude zusammen. Zu Verhandlungen blieb gar keine Zeit mehr, die Hagener konnten Lange nur noch den Rat geben, die Waffen zu strecken. Lange kapitulierte.[103]

Diesmal hatten die Arbeiter die schwereren Verluste: zwei Arbeiter, einer aus Herdecke, einer aus Hagen, waren tot, ein zweiter Hagener starb abends im Krankenhaus. Die Truppe hatte keine Toten.[104]

c) Kamen

In der bisherigen Literatur stehen die drei aufeinanderfolgenden Siege der Arbeiter über das Freikorps Lichtschlag in Wetter, Herdecke und Dortmund – den Kampf um Dortmund müssen wir noch schildern – im Vordergrund. Das liegt einmal an der aufsehenerregenden Tatsache, daß gleich drei Abteilungen desselben Freikorps niedergeworfen wurden, zum andern daran, daß es sich gerade um dieses Freikorps handelte: das Freikorps Lichtschlag war im ganzen Industrierevier berüchtigt, weil es kaum einen Bezirk gab, in dem es wäh-

rend des Jahres 1919 nicht eingesetzt gewesen wäre, während z. B. das Freikorps Schulz zwar nicht weniger brutal war, jedoch im wesentlichen an seine Garnisonstadt Mülheim gebunden und daher nur im westlichen Industrierevier Gegenstand des konkreten Hasses der Arbeiter war. So wichtig nun die drei Siege über das Freikorps Lichtschlag waren – in der Betrachtungsweise der bisherigen Literatur werden sie überbewertet und legen einen falschen Schluß nahe: den Schluß nämlich, daß sich aus der Erbeutung schwerer Waffen in Wetter die weiteren Siege der Arbeiter einlinig entwickelten, daß also der Sieg in Wetter sozusagen der Schneeball war, der zur Lawine wird. Daraus könnte, um es überspitzt zu sagen, am Ende gefolgert werden, daß ohne die zufälligen besonderen Umstände des Kampfes in Wetter der ganze Ruhraufstand nicht entstanden wäre.

Übersehen wird dabei folgendes. Gleichzeitig mit dem Kampf in Herdecke fand in Kamen, gleichzeitig mit dem Kampf um Dortmund in Barmen-Elberfeld ein Kampf von Arbeitern gegen Militäreinheiten statt, in dem die Arbeiter siegreich blieben, ohne daß die im Kampf gegen die Lichtschlag-Truppen erbeuteten Waffen eingesetzt wurden. Damit entfällt das Moment des Zufälligen. Vielmehr ist festzustellen, daß die Arbeiter des Ruhrgebiets am 15., 16., 17. März einen derartigen Kampfwillen in der Abwehr des Kapp-Putsches entwickelten, daß sie an mehreren Stellen gleichzeitig imstande waren, reguläres Militär niederzuwerfen oder wenigstens zu vertreiben. – Der erste der beiden genannten Kämpfe, der in Kamen, soll nun geschildert werden.

Den Anlaß für die Entsendung von Militär hatte v. Watter die Entwicklung in *Lünen* gegeben. Hier hatte sich ein Aktionsausschuß aus den drei sozialistischen Parteien und den beiden bürgerlichen Mittelparteien gebildet, der sofort die Anerkennung von Stadtverwaltung und Polizei fand, zusammen mit dem Bürgermeister die üblichen Verordnungen zur öffentlichen Ordnung und zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung erließ und eine Arbeiterwehr aus je 20 Mitgliedern der fünf Parteien aufstellte.[105] Gemessen an den Verhältnissen in anderen Städten war das nichts Außergewöhnliches, und so war es nicht recht einzusehen, warum ausgerechnet nach Lünen Militär geschickt wurde; aber bei den zufälligen und vielfach verzerrten Informationen, die beim Wehrkreiskommando eingingen, wurden die Maßnahmen v. Watters in diesen Tagen überhaupt unberechenbar.

Am 15. März abends drahtete das Wehrkreiskommando an den Bürgermeister von Lünen: „Arbeiterrat in Lünen besteht nicht zu Recht und ist aufzulösen. Neue Sicherheitswehren dürfen nicht gebildet werden."[106]
Nicht gesagt wurde in dem Telegramm, daß v. Watter beschlossen hatte, Truppen nach Lünen zu entsenden und daß die vorgesehene Einheit – knapp 220 Mann vom Husaren-Regiment 8 aus Paderborn – sich bereits auf dem Wege nach Lünen befand.[107] Dieses Verfahren – Militär zu entsenden, ohne das den zivilen Stellen anzukündigen – kennen wir bereits von Wetter. – Die Einheit sollte jedoch ihren Bestimmungsort nicht erreichen – die Machtmittel der Arbeiter im östlichen Revier reichten aus, um es zu verhindern. Wenige Worte darüber, worin diese Machtmittel bestanden:
Die Einwohnerwehr von *Unna* war schon vor dem Putsch zu einem erheblichen Teil aus Sozialdemokraten zusammengesetzt gewesen, ihr Führer, der Bergmann Dreesmann, war ebenfalls Sozialdemokrat.[108] Am Nachmittag des 13. März besetzte die Einwohnerwehr die öffentlichen Gebäude und die wichtigsten Betriebe. Gleichzeitig bildete sich ein Vollzugsausschuß aus sieben Sozialdemokraten, zwei Unabhängigen und zwei Kommunisten.[109] Nicht sicher, aber wahrscheinlich ist, daß jetzt auch linksradikale Arbeiter Aufnahme in die Einwohnerwehr fanden. – In *Kamen* bestand die Einwohnerwehr sogar in der Mehrheit aus Sozialdemokraten, fast ausschließlich Bergarbeitern; im Februar hatte der Kreisrat in Hamm sie politisch auf dem linken Flügel der SPD eingestuft. Ihr Führer war der Bergmann und Stadtverordnete Strelinski, ebenfalls SPD.[110] Am 13. März wurde eine reine Arbeiterwehr gebildet, die am folgenden Tage wichtige Punkte der Stadt besetzte; bei den bürgerlichen Mitgliedern der Einwohnerwehr wurden die Waffen aus den Wohnungen geholt. Auch auf dem Bahnhof wurden sechs Gewehre mit Munition beschlagnahmt.[111] – In drei der fünf Industriegemeinden im Amtsbezirk *Pelkum,* nämlich in *Bergkamen, Herringen und Wiescherhöfen,* entwaffneten die Arbeiter die Einwohnerwehren, die hier fast reine Bürgerwehren waren.[112] Weitere Waffen holten sich die Bergarbeiter von Herringen, indem sie am 14. März ins benachbarte Sandbochum zogen und von der dortigen Bauernwehr Abgabe der Waffen verlangten; die Bauern weigerten sich, und es kam zu einem Gefecht, in dem die Bauern unterlagen.[113]

Am Nachmittag des 15. März trafen zwei Autos der Einwohnerwehr von Unna östlich der Stadt bei Hemmerde auf die Lkw-Kolonne der Paderborner Husaren. Der Truppenführer, Hauptmann v. Manstein, gab an, die Truppe sei auf dem Wege nach Lünen „zur Unterdrückung von Unruhen und Plünderungen“. Die Unnaer erklärten, Unna sei überall von bewaffneten Arbeitern besetzt, diese würden ein Passieren der Stadt nicht hinnehmen. Daraufhin entschloß sich v. Manstein zu einem Umweg. Anstatt sich jedoch nun nach der Route dieses Umwegs zu erkundigen und dann die fraglichen Orte zu informieren, gaben sich die Unnaer damit zufrieden, daß ihre Stadt verschont blieb, und zogen sich nach Unna zurück.[114] Die Szene ist ein Beispiel dafür, mit welch lokal beschränktem Horizont in diesen ersten Tagen an manchen Orten gehandelt wurde.

Um 19 Uhr fuhr der Erkundungswagen der Husaren in Kamen ein. Auf den Haltruf der Sicherheitsposten der Arbeiterwehr am Ortseingang hielt er nicht an; darauf beschossen ihn diese mit einem Maschinengewehr. Von den sieben Insassen des Wagens wurden drei schwer verwundet (einer starb im Laufe der Nacht). Die übrigen vier, darunter ein Offizier, erwiderten das Feuer und verwundeten den MG-Schützen (er starb nach einigen Tagen). Sie wurden bald überwältigt, der Wagen wurde beschlagnahmt.

Anderthalb Stunden später traf die Lkw-Kolonne ein. Durch eine herabgelassene Bahnschranke wurde ihr die Weiterfahrt verweigert. v. Manstein erfuhr von dem Schicksal des Erkundungswagens und ließ sofort drei Neugierige verhaften – die ersten Geiseln im Kampf zwischen Militär und Arbeiterschaft. Sie wurden als Kugelfang vor den Scheinwerfern des vordersten Lkw’s aufgestellt. Strelinski (Führer der Einwohnerwehr und Vorsitzender des Aktionsausschusses) und ein zweites Mitglied des Aktionsausschusses begaben sich sofort zu v. Manstein. Als erstes fragten sie nach dessen politischer Stellung. v. Manstein antwortete, er sei ihnen keine Rechenschaft schuldig, er fordere vielmehr Freigabe der festgehaltenen Soldaten, Freigabe des Autos und freie Durchfahrt durch Kamen. Für die Erfüllung dieser Forderungen betrachte er die beiden Unterhändler als Geiseln, er erkläre sie also für verhaftet. Unter rohen Schlägen wurden die beiden ebenfalls vor die Autoscheinwerfer gestellt.

Die Kamener Arbeiterwehr geriet in große Erregung. Telefonisch alarmierte sie sämtliche Wehren der umliegenden Orte; im Laufe der

Nacht versammelten sich etwa 2000 bewaffnete Arbeiter in Kamen. Inzwischen hatten Polizeiinspektor und Postdirektor in endlosen Bemühungen erreicht, daß zunächst wenigstens die drei ersten Geiseln im Austausch gegen die gefangenen Soldaten freigegeben wurden. Schließlich ließ v. Manstein, der sich inzwischen entschlossen hatte, die Nacht über in Kamen zu bleiben, auch die beiden Mitglieder des Aktionsausschusses frei, nachdem er ihnen das ehrenwörtliche Versprechen abgenommen hatte, für den Wiederabzug der auswärtigen Wehren und für freien Durchzug der Truppe am nächsten Morgen zu sorgen.

Strelinski war zwar entschlossen, die Verpflichtungen durchzuführen, doch zuviel war schon geschehen, als daß das noch möglich gewesen wäre. Abgesehen von der Festnahme und Behandlung der Geiseln, war v. Mansteins politische Stellung immer noch unklar. Der Lehrer Lehnemann (SPD) von der Einwohnerwehr Bergkamen, der ihn noch einmal danach fragte, erhielt zur Antwort: „Das geht Sie nichts an, das wird sich zeigen!“ und gewann die feste Überzeugung, es mit einer Truppe der Staatsstreichler zu tun zu haben. In der Morgenfrühe um 6.30 Uhr heulten die Sirenen auf – das Zeichen zum Angriff der Arbeiter. Wieder befand sich eine Truppe v. Watters in hoffnungsloser Position, wieder blieb die erwartete Verstärkung aus. Nachdem schon vier Husaren dem Feuer der Arbeiter erlegen waren, hißte die Truppe die weiße Fahne. Als nach der Kundgabe der Kapitulationsabsicht die Arbeiter herankamen, wurden sie erneut unter Feuer genommen. Aber auch das half nichts mehr, im Nu war die Truppe umringt und entwaffnet.[115]

Zu spät für v. Manstein, erst am frühen Nachmittag, rückte Verstärkung – eine Schwadron Jäger – an. Watter bat Bürgermeister Wiesner, der Schwadron vor der Stadt den Befehl zur Umkehr zu übermitteln.[116] Bei ihrer zahlenmäßigen Schwäche wäre ihr die Niederlage sicher gewesen.

Die gefangenen Husaren waren inzwischen nach Unna transportiert und dort getrennt nach Mannschaften und Offizieren untergebracht worden. Ihretwegen tauchte der erste Emissär Münsters im Ruhrgebiet auf: Hauptmann Lorenz, der Adjutant Severings. Er versuchte den Vollzugsausschuß Unna davon zu überzeugen, daß die Entsendung der Husaren auf Anordnung Watters erfolgt, also „gesetzlich“ gewesen sei. Der Vollzugsausschuß willigte ein, die Mannschaften ohne Waffen per Bahn nach Paderborn zu entlassen. Die Offiziere

sollten unter Bedeckung nach Münster gebracht und dort zur Disposition gestellt werden. Dies jedoch wurde durch eine aufgebrachte Menge verhindert; die Offiziere wurden ins Polizeigefängnis eingeliefert. Erst in der Nacht führte der Vollzugsausschuß seine Absicht aus und schaffte die Offiziere aus Unna fort.[117]

d) Dortmund

Der Kampf um Dortmund am 16. und 17. März ist ein entscheidender Wendepunkt in der Entwicklung des Ruhraufstands. Das ist von den Beteiligten schon damals erkannt worden. Die Dortmunder SPD-Führer und Severing haben behauptet, daß beim Kampf um Dortmund erstmals kommunistische Umsturzabsichten der Führer der bewaffneten Arbeiter sichtbar geworden seien, und haben zum Beweis darauf hingewiesen, daß die auswärtigen bewaffneten Arbeiter die verfassungstreuen Polizei- und Sicherheitsorgane der Stadt bekämpft hätten.[118] Diese These, der übrigens, wie wir sehen werden, ein politisches Interesse zugrunde liegt, ist von Meinberg schlüssig widerlegt worden, auch wenn seine Beweisführung in manchen Stücken überspitzt, gelegentlich sogar unzutreffend ist. Geben wir zunächst anhand von Meinbergs Ausführungen dem Problem eine genaue Fassung: Beim Kampf um Dortmund stand den bewaffneten Arbeitern erstmalig nicht nur Militär gegenüber, das erklärtermaßen oder faktisch für die Sache der Berliner Putschisten focht; erstmalig kämpften auf der Seite des Militärs Sozialdemokraten und Zentrumsleute, darunter Arbeiter; erstmalig stellte sich ein Teil der SPD-Führer, für jedermann sichtbar, vor das Militär und damit gegen die bewaffneten Arbeiter.[119] Wie kam es dazu?

Am 13. März befand sich Dortmund im Vergleich mit anderen Revierstädten in einer besonderen Situation. Einerseits lag weder Reichswehr noch Sipo in der Stadt. Andererseits bestand aber auch kein Vakuum wie in Hagen, vielmehr hatten Stadtverwaltung und Mittelparteien die bei der Revolution im November 1918 gebildete kommunale „Sicherheitswehr“ über die Reaktionszeit von 1919 hinweggerettet. Natürlich nur um den Preis gänzlicher Anpassung an die Reichspolitik: bereits im Februar 1919 war die Wehr, und zwar auf maßgebliches Betreiben der SPD-Führer, so gründlich von allen Linksradikalen gesäubert worden, daß sie fortan bei Militär und In-

nenministerium als „zuverlässig“ galt. Zum Zeitpunkt des Putsches betrug ihre Stärke 800 Mann.[120] – Daneben gab es eine ehrenamtliche Einwohnerwehr in der außergewöhnlichen Stärke von knapp 3500 Mann[121] und als dritten Faktor die übliche städtische Polizei.

An der Spitze der drei Formationen stand Hauptmann *v. Heeringen.* Die wichtigsten Daten seines Werdegangs: Sohn des ehemaligen kaiserlichen Kriegsministers; im Dezember 1918 Mitgründer der Ortsgruppe Münster des Deutschen Offizier-Bundes, einer Standesorganisation, die den sozialen und wirtschaftlichen Status des kaiserlichen Offizierkorps in die neue Staatsordnung hinüberzuretten suchte; im Februar 1919 Generalstabsoffizier im Sonderstab für die militärischen Unternehmungen Watters gegen die Ruhrarbeiterschaft; ab Juni Führer des Freikorps Düsseldorf. Am 2. Juli 1919 hatte v. Heeringen Lebensmittelunruhen in Dortmund niedergeschlagen. Daraufhin hatte ihm die Stadt die Stellung des Polizeichefs angeboten, und ab 1. August 1919 lief sein Vertrag für nicht weniger als 12 Jahre.[122] Dabei machten Herkunft und bisherige Funktionen v. Heeringens mehr als wahrscheinlich, daß er Monarchist war. Er selbst war auch so ehrlich, das bei seiner Anstellung offen auszusprechen. Und dies war – worauf wir ausdrücklich hinweisen möchten – nicht nur einem kleinen Kreis von kommunalen Beamten und Politikern bekannt: am 15. März 1920 berichtete das Dortmunder Zentrumsblatt, v. Heeringen habe bei den Anstellungsverhandlungen „von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß er ein königstreuer Offizier sei, daß er aber nicht daran denke, der gegenwärtigen Regierung irgendwie in den Rücken zu fallen“.[123]

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellung der SPD. Die Dortmunder Sozialdemokratie blickte bereits damals auf eine lange Tradition zurück, eine der längsten Parteitraditionen im eigentlichen Revier. In den letzten Vorkriegsjahren rechneten die wichtigsten Parteifunktionäre, voran der politische Redakteur des örtlichen Parteiblatts, Haenisch, zum linken Parteiflügel; mit Beginn des Krieges jedoch schwenkten sie auf nationalen Kurs. Seitdem, spätestens seit der Revolution, gehörten die Dortmunder SPD-Führer zum kommunalen Establishment. Ihnen mochte sich v. Heeringen als ausgesprochener Spartakisten- und Bolschewistenfresser empfohlen haben[124], und seine Versicherung, er wolle der Regierung nicht in den Rücken fallen, mag ihnen als ausreichend erschienen sein.

Doch nun kam der Putsch, und der Konflikt zwischen dieser Versicherung und der monarchistischen Gesinnung v. Heeringens war da, zunächst für diesen persönlich, dann aber auch für die ihm unterstellten Formationen: Die Mitglieder der Einwohnerwehr z.B. waren „zur unbedingten Anerkennung der vom Volke gewählten Regierung" einerseits, „zum Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten" andererseits verpflichtet.[125]

Bereits um 10 Uhr erschienen Vertreter von SPD und USP bei Oberbürgermeister Eichhoff und forderten die Entlassung v. Heeringens.[126] Auch eine Generalversammlung der SPD-Vertrauensleute erhob diese Forderung.[127] Die SPD-Spitzenfunktionäre, denen die Vertretung der Forderung überlassen wurde, erwiesen sich jedoch als zu schwach, um sie durchzusetzen, zumal sie peinlich jedes Bündnis mit der „Straße" vermieden. Sie schlugen zunächst als Ersatz für v. Heeringen den stellvertretenden Leiter der Einwohnerwehr, Oberlehrer Eilers, vor, doch dieser winkte ab. Um 18 Uhr fiel die Entscheidung in einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden des Stadtparlaments (in diesem waren USP und KPD nicht vertreten). Da die SPD das Argument vorgebracht hatte, die Sicherheitswehr selbst verlange v. Heeringens Entfernung vom Kommando, begaben sich Stadtrat Neikes und der DDP-Fraktionsvorsitzende Kohn zum Hauptstandort der Wehr im Rosenthal und fragten die versammelte Mannschaft, „ob sie unter v. Heeringens Führung weiter tätig sein wolle". Die Antwort war ein allgemeines Ja!, allerdings mit dem Zusatz: „Wir lassen uns aber nicht nach rechts führen." Damit war die Frage erledigt.[128] Später wurde noch eine KPD-Abordnung bei v. Heeringen vorstellig, die ihn anscheinend direkt zum Rücktritt aufforderte. v. Heeringen erklärte, das Wehrkreiskommando „habe ihm zugesagt, solange er an der Spitze der Sicherheitswehr stehe", werde es „keine Reichswehr nach Dortmund ... schicken".[129] Diese Antwort, in sich schon eine Art Erpressung, zeigte – wenn es dessen noch bedurfte –, wie das Wehrkreiskommando seinen ehemaligen Generalstabsoffizier einschätzte.

Mit dem Scheitern der Entlassungsforderung war jedermann, der es in Dortmund ernst mit der Abwehr des Putsches meinte, in eine überaus gefährliche Lage geraten. Normalerweise hätten nun die SPD-Funktionäre so kalkulieren müssen: wenn v. Heeringen nicht zu entfernen war, mußte versucht werden, ihn wenigstens zu neutralisieren.

Die einzige reale Möglichkeit dazu hätte in einer Stärkung des Arbeiterelements in der Sicherheitswehr gelegen. Konkret hätte die SPD nur eine Forderung der radikalen Linken aufzugreifen brauchen: die Forderung von USP, KPD und Syndikalisten, eine Anzahl ihrer Mitglieder in die Sicherheitswehr aufzunehmen. Bevor wir den Verhandlungen darüber nachgehen, ein paar Worte über die radikale Linke selbst.

Die zahlenmäßig stärkste Organisation stellte die USP; bei den nächsten Reichstagswahlen im Juni erreichte sie 2/3 der SPD-Stimmen.[130] Ebenfalls bedeutend angewachsen waren während des letzten Jahres die Syndikalisten. Die KPD demgegenüber zählte kaum 40 Mitglieder und war überdies ideologisch in sich völlig unklar und uneins, ein „syndikalistischer, anti-autoritativer, föderalistischer Homunculus“, wie Meinberg sich ausdrückte.[131] Jedoch gehörte zur KPD der führende Kopf der radikalen Linken in Dortmund überhaupt – der ebengenannte 27jährige *Adolf Meinberg.* In Wickede-Asseln bei Dortmund als Sohn eines christlich organisierten Bergarbeiters geboren, hatte Meinberg zunächst ein evangelisches Lehrerseminar besucht, sich dann aber für die Ausbildung zum Kaufmann entschieden. Schon vor dem Kriege trat er der SPD bei. Nach 1914 wurde er mehrmals eingezogen. 1917 aus der SPD ausgeschlossen, baute er zusammen mit dem rechtsunabhängigen Knappschaftsältesten Hermann Linke aus Dorstfeld die USP in und um Dortmund auf. Allmählich orientierte er sich in der USP auf den Spartakusbund. In der Revolution wurde er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Minden, kehrte aber bald wieder nach Dortmund zurück, wo er Repräsentant des linken USP-Flügels wurde. Im Februar 1919 trat er zur KPD über. Ende des Monats tauchte er vor dem Zugriff von Militär und Reaktion unter. Am 21. April wurde er in Dortmund verhaftet und in Schutzhaft genommen; am 1. Juni entkam er aus dem Internierungslager; am 18. September wurde er in einer USP-Versammlung in Kiel erneut verhaftet. Seitdem saß er in Dortmund in Schutzhaft.[132] – Meinberg war vielleicht der bekannteste Kommunistenführer im Ruhrgebiet überhaupt. Von den SPD- und den Gewerkschaftsfunktionären wurde er als politischer Gegner sehr gefürchtet, z. T. regelrecht dämonisiert.[133]

Der 13. März 1920 brachte für ihn nach 6 Monaten das Ende der Schutzhaft. Um 17 Uhr strömten große Menschenmassen auf dem

Hansaplatz zu einer Protestkundgebung gegen den Berliner Putsch zusammen, zu der Flugblätter der SPD und USP aufgerufen hatten. Die radikalen Redner und ein Teil der Demonstranten forderten die Bewaffnung der Arbeiter und die Entlassung v. Heeringens. Am Schluß der Versammlung forderte Raßmann (KPD) dazu auf, Meinberg aus dem Gerichtsgefängnis zu befreien. Hinter roten Fahnen bildete sich ein Demonstrationszug. Am Gefängnis war bereits ein Aufgebot von Polizei und Sicherheitswehr zusammengezogen. Die eintreffende Menge forderte, daß die Sicherheitswehr die Waffen niederlege; es kam zu einem kleinen Tumult; schließlich wurde die Sicherheitswehr zurückgezogen, ihre Waffen wurden ins Gefängnis geschafft. Nach längeren Verhandlungen erschien Meinberg hinter einem vergitterten Gefängnisfenster, mit brausendem Jubel empfangen; er forderte die Menge auf, „ruhiges Blut zu bewahren", und fuhr fort: „Jetzt (wird) mit dem kältesten Blut der Welt die neue Revolution gemacht". Kurz danach wurde Meinberg freigelassen. Die Menge trug ihn auf den Schultern zum Hansaplatz.[134]
Hier hielt Meinberg eine scharfe Rede gegen den Militärputsch und forderte zu raschem Handeln auf. Auch wenn es stimme, daß Polizei und Sicherheitswehr sich in den politischen Auseinandersetzungen neutral verhalten wollten, so seien doch in der Bürgerwehr viele Anhänger der Putschisten. Er schlug die Bildung eines provisorischen Arbeiterrats vor; später solle dann von den Betriebsräten ein endgültiger Arbeiterrat gewählt werden, der auch die wirtschaftlichen Fragen regeln müsse.[135]
Um 19 Uhr begannen die Verhandlungen zwischen der Linken und der SPD (anfänglich auch den nichtsozialistischen Gewerkschaften), die sich dann, mehrmals vertagt und wiederaufgenommen, die ganze Nacht hindurch bis in den Vormittag des nächsten Tages zogen; Zwischenergebnisse wurden von Zeit zu Zeit in Versammlungen auf dem Hansaplatz bekanntgegeben. Die Linke verlangte erstens die Bildung eines Arbeiterrats aus je 6 Vertretern der drei Arbeiterparteien und der Syndikalisten, zweitens die Einreihung von 800 revolutionären Arbeitern in die Sicherheits- und in die Einwohnerwehr. – Die erste Forderung bedeutete für die SPD Bruch mit den bürgerlichen Mittelparteien und mindestens teilweises Aufgeben der herkömmlichen Kommunalpolitik. Die SPD-Vertreter erklärten sich – ohne die Forderung gleich als Ganze abzulehnen – gegen die Beteiligung der Syn-

dikalisten. Die zweite Forderung wurde von den SPD-Vertretern abgelehnt, und zwar mit einer Flut von Begründungen: die Sicherheitswehr bestehe zu 90 %, die Einwohnerwehr zu einem erheblichen Teil aus Sozialdemokraten, die eine ausreichende Sicherung gegen putschistische Bestrebungen gewährleisteten, die andererseits bei Annahme der Forderung ihre Waffen abgeben müßten, was unannehmbar sei;* außerdem habe man zu den linksradikalen Arbeitern keinerlei Vertrauen und könne ihnen ohne Garantien keine Waffen geben; und schließlich: für Dortmund bestehe überhaupt keine kappistische Gefahr.[136]
Das Einmalige bei diesen Verhandlungen lag darin, daß die SPD-Spitzenfunktionäre sich überhaupt nicht daran beteiligten, sondern in ihren Parteibüros blieben und zu erkennen gaben, daß sie jede Gemeinsamkeit mit den Linken ablehnten und die Verhandlungen der SPD-Vertreter für müßiges Spiel hielten.[137] Als die beiden Hagener Unabhängigen Ernst und Vieth am 14. morgens in der SPD-Zentrale vorsprachen, wurden sie, wie Ernst schreibt, „mit fanatischem Haß" empfangen. Ernst schreibt weiter: „Mit Meinberg wollte man unter keinen Umständen zusammengehen ... Es war offenkundig, daß diese Männer lieber mit Kapp als mit der KPD gehen wollten ... Eine Einigung war unmöglich. Waffen wollte man unseren Genossen nicht geben. Man verlangte, wir sollten uns für die alte Regierung und für die Nationalversammlung erklären ... Watter ... stände fest auf dem Boden der Republik, die Gefahr sei gar nicht so groß, wie wir sie darstellten. Eine gemeinsame Proklamation an die Arbeiterklasse wurde abgelehnt." [138]
Etwa zur gleichen Zeit kam in den fortgeführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Linken und der SPD die Bildung eines Aktionsausschusses zustande, nachdem die Syndikalisten auf eine Vertretung verzichtet hatten. Bei der entscheidenden zweiten Forderung der Linken – Bewaffnung linksradikaler Arbeiter – blieben die SPD-Vertreter dagegen kompromißlos. Um 11 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen.[139]

* Die SPD-Vertreter faßten die Forderung der Linken offenbar so auf, daß für die in die Sicherheits- und die Einwohnerwehr eintretenden linksradikalen Arbeiter eine gleiche Anzahl bisheriger Wehrmänner entlassen werden sollten; ob die Forderung so gemeint war, geht aus den Quellen nicht hervor.

Der Bruch war vollzogen, die Konfrontationen zwischen v. Heeringens Polizeimacht und den Arbeitern konnten nicht ausbleiben. Bereits am Mittag gab es das erste Todesopfer. In Brambauer war es am 13. und 14. März zur Bildung einer Arbeiterwehr gekommen, nachdem Demonstranten den Polizeiinspektor zur Herausgabe von zunächst 43, dann noch einmal von 129 Gewehren der Einwohnerwehr gezwungen hatten.[140] Ein Bus mit Arbeitern fuhr zur Aufnahme von Verständigungskontakten nach Dortmund. Die Dortmunder Sicherheitswehr nahm ihn unter Feuer, der Fahrer des Busses wurde getötet.[141]
Das war das Vorspiel für das, was sich am folgenden Tage ereignete. Am Morgen des 15. März setzte der Generalstreik ein. Durch die Straßen bewegten sich ungeheure Massen streikender Arbeiter. Das SPD-Blatt versuchte mit der Meldung zu beruhigen, Watter habe sich auf den Boden der alten Regierung gestellt. In Watters Aufrufen fand sich jedoch kein Wort davon. Und überdies kursierte die Telegrafenmeldung, die Freikorps Lichtschlag und Schulz hätten sich für Kapp erklärt.[142] Das Stadthaus war mit spanischen Reitern abgesperrt, der Hauptbahnhof mit einer verstärkten Besatzung von Polizei und Sicherheitswehr belegt.[143] Um 9 Uhr – wir schilderten das bereits – traf der Transportzug der Batterie Hasenclever mit schwarz-weiß-roter Fahne ein und erregte großes Aufsehen, besonders als die Truppe nicht entwaffnet wurde, sondern mit dem Gesang monarchistischer Lieder weiterfuhr. Die Menge vor dem Hauptbahnhof wuchs allmählich auf mehrere tausend Menschen an. Kurz nach Mittag ging die Bahnhofsbesatzung mit blanker Waffe vor und säuberte den Vorplatz; es gab eine Anzahl Verletzte.[144]
Die Menge strömte zum Hansaplatz. Nach einer Rede Meinbergs, der unter Hinweis auf die Gefahr weiterer Truppentransporte die Bewaffnung des Proletariats forderte, bildete sich ein riesiger Demonstrationszug in Richtung Stadthaus. In der Betenstraße trafen die Demonstranten auf den Drahtverhau. Dahinter stand Polizei und Sicherheitswehr unter dem Kommando v. Heeringens persönlich. v. Heeringen schlug, begleitet von einem Polizisten, der Menge vor, beide Seiten sollten 10 Schritte zurückgehen. Der sich stauenden Menge war das bei ihrer riesigen Zahl und in der engen Straße natürlich unmöglich. v. Heeringen befahl trotzdem seinen Leuten, 10 Schritt zurückzugehen, was aber – da sie hinter dem Drahtverhau standen – natürlich bedeutungslos war. In diesem Moment fiel, und zwar nach Darstellung der Polizei, aus

der Menge ein Schuß, der den Polizisten neben v. Heeringen niederstreckte; ob das so stimmt, ist heute nicht mehr nachzuprüfen, da eine präzise Darstellung von seiten der Demonstranten fehlt. Unbestreitbar ist, daß irgendwann bei der Konfrontation ein Polizist getötet wurde. Sicher ist weiter, daß v. Heeringen Feuer befahl und daß seine Leute darauf in die Menge feuerten. 6 Tote und 20 bis 30 Schwerverletzte lagen am Boden. Das war, so höhnte Meinberg später mit Recht, die angeblich zu 90 % aus Sozialdemokraten bestehende Sicherheitswehr![145]
Die Arbeiter strömten in die Arbeiterviertel im Norden der Stadt.[146] Das Polizeirevier am Nordmarkt wurde von einer Gruppe Jugendlicher gestürmt und entwaffnet. Eine weitere Polizeiwache nördlich des Hauptbahnhofs wurde ebenfalls plötzlich angegriffen, verteidigte sich mit der Waffe (ein Arbeiter wurde dabei getötet) und konnte sich halten, bis nach einer Stunde Verstärkung kam.[147] – Später vollzog v. Heeringen eine Teilkapitulation: Im Laufe des Nachmittags ließ er so unauffällig wie möglich alle Polizeiwachen im Norden der Stadt räumen.[148] Offenbar wollte er sich auf die Innenstadt konzentrieren, die nun besonders stark abgesperrt und gesichert wurde. Außerdem wurde der Ausnahmezustand verhängt.[149]
Unterdessen hatte das Blutbad vor dem Stadthaus bei den Regierungsparteien (SPD, DDP und Zentrum) einen gewissen Umschwung bewirkt. Erstmals fanden sie sich, aus taktischen Erwägungen, zu einem formellen Zugeständnis bereit: sie bildeten einen Aktionsausschuß mit USP und KPD. Dieser warf einen Aufruf unter die Bevölkerung, den Ernst aus Hagen bei den USP-Genossen hinterlassen hatte. Er sprach ziemlich abstrakt von „Demokratie“ und „Volksrechten“, von „tatkräftiger Abwehr der Reaktion“ und von „demokratischer Republik“. Beschwichtigen konnte das die Arbeiter natürlich nicht, und besonders eine Nachschrift, die anscheinend von „offiziöser“ Seite an das Flugblatt angehängt wurde, mußte wie Hohn wirken: Polizei, Sicherheits- und Einwohnerwehr, so wurde da betont, ständen auf demselben Standpunkt und wollten „nur Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten“.[150]
Jedenfalls dachte die SPD nicht ernsthaft daran, nunmehr mit den Linken zu einem Bündnis zu kommen. Vielmehr nutzte sie energisch ihren Einfluß in den Gewerkschaften, um den Abbruch des Generalstreiks schon nach 24 Stunden zu proklamieren. Sie hatte das schon am 13. März konzipiert in der ganz richtigen Ansicht, daß der Generalstreik bei längerer Dauer die Arbeiter immer enger zusammenführen

mußte.[151] Ein Flugblatt der Gewerkschaften rief dazu auf, am 16. März die Arbeit wieder aufzunehmen.[152] Teile der Kommunisten und Syndikalisten entfalteten zwar eine Gegenaktion und legten auch im Laufe des 16. einige Betriebe still, sie kamen aber über Einzelaktionen nicht hinaus.[153] Worauf es der SPD-Führung ankam, zeigte ein Aufruf des Magistrats und der Spitzen des Stadtparlaments, darunter der beiden Sozialdemokraten Mehlich (Parlamentsvorsitzender) und Bäumgen (Vorsitzender der SPD-Fraktion): dieser Aufruf erklärte sich gegen „jede Diktatur von links und rechts“, für „Ruhe, Ordnung und Arbeit“ und wischte dann die Arbeiter wie lästige Fliegen weg: „Fort von den Straßen und öffentlichen Plätzen, hinein in die Werkstatt und Grube!“[154]

Die Rechnung schien aufzugehen: das SPD-Blatt stellte erleichtert fest, daß sich am 16. keine außergewöhnlich großen Massen mehr in den Straßen bewegten, und bekräftigte ungeachtet der fortdauernden Herrschaft Kapps in Berlin: „Der Zweck des Generalstreiks ist erreicht!“[155] – Einen dicken Strich durch diese Rechnung machte – Hauptmann Otto Lichtschlag, Führer des berüchtigtsten Freikorps im Ruhrgebiet.*

Erinnern wir uns, daß Severing am 15. März auf die Agenturmeldung hin, nach der sich die beiden Freikorps Schulz und Lichtschlag für die neue Regierung erklärt hätten, einen schriftlichen Protest bei Watter eingereicht und daß er darauf vom Wehrkreiskommando die Versicherung erhalten hatte, es handle sich um Gerüchte, die „jeder Grundlage entbehrten“. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe Severing mit seinem Protest nur sein Gewissen salvieren wollen und als habe er deshalb auch die ungewöhnliche schriftliche Form gewählt; warum hätte er sich sonst mit dieser Antwort zufriedengegeben, da es ja nur eines Anrufes bei Parteifreunden in Mülheim und Osnabrück bedurft hätte, um die Wahrheit herauszufinden? Der Verdacht verstärkt sich, wenn Severing in seinen Erinnerungen zu seinem Protest bemerkt: „An der Entsendung der Truppe in Orte, in denen die öffentliche Ruhe und Ordnung tatsächlich gestört war oder die Autorität der verfassungsmäßigen Behörden wieder hergestellt werden mußte, konnte und wollte ich den Befehlshaber nicht hindern.“[156] Und dieser Grundsatz Severings hatte, anders als sein Protestschreiben, sehr reale Kon-

* Lichtschlag war 34 Jahre alt, gehörte also zu derselben jüngeren Offiziersgeneration wie Hauptmann Hasenclever (s. oben Seite 164).

sequenzen: als am Nachmittag des 15. März eine Abordnung von Eisenbahnern bei ihm erschien und gegen angekündigte weitere Truppentransporte Widerstand anmeldete, erklärte Severing: „Die Bewegung rutscht nach links; wir müssen Truppen ins Ruhrgebiet schicken." Gestützt auf diese Erklärung, gab der Ortsvorsitzende des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahner-Verbandes in Münster seine Einwilligung zu den Transporten.[157]

So kam Lichtschlag verhältnismäßig reibungslos ins Revier. In der Nacht fuhr er von Osnabrück mit der dortigen Abteilung seiner Truppe los: dem I. Bataillon unter Hauptmann Büttner, einer Batterie sowie der Eskadron des Freikorps. Vorweg fuhr ein mit Minenwerfern und Maschinengewehren bestückter und von Lichtschlag selbst geleiteter Panzerzug. Das Angriffsziel war Hagen.[158] Gewarnt durch das Schicksal Hasenclevers, hatte Lichtschlag mit dem Wehrkreiskommando vereinbart, daß möglichst gleichzeitig Major Schulz (Mülheim) mit seinem Freikorps in Richtung des Bergischen Landes aufbrechen und Hagen von der entgegengesetzten Seite (Südwesten) angreifen sollte.[159]

Um 7 Uhr traf der Panzerzug auf dem Güterbahnhof Dortmund-Süd ein; zur gleichen Zeit, als in Herdecke die Arbeiter den Kampf eröffneten. Die Eisenbahner verweigerten die Weiterfahrt, weil auf der Strecke nach Hagen bei Hörde die Schienen aufgerissen seien. Lichtschlag setzte sich telefonisch mit Watter in Verbindung und erhielt den Befehl, im Fußmarsch nach Hagen zu rücken. Jedoch erst gegen Mittag hatte er seine Truppe beisammen.[160]

Erstmals beim Erscheinen einer Truppe fragte hier niemand, wo der Truppenführer politisch stehe – das war bei Lichtschlag ohnehin klar. Teile der Dortmunder Sicherheitswehr machten Miene, gegen die Truppe vorzugehen und sie zu entwaffnen. Es war selbstverständlich, daß v. Heeringen sich dem in den Weg stellte; nicht selbstverständlich war, daß der Regierungspräsident von Arnsberg Max König, alter Gewerkschafts- und SPD-Sekretär, v. Heeringens Sorge vor „Zusammenstößen", wie dieser es nannte, teilte. König war am Vortag nach Dortmund gekommen, um dem Brennpunkt des Geschehens näher zu sein. Nach dem Kampf in Wetter war es König natürlich klar, daß die Anwesenheit Lichtschlags die bewaffneten Arbeiter auf die Stadt ziehen mußte. Die Lösung, die ihm einfiel, war: möglichst rascher Abzug Lichtschlags aus Dortmund.[161]

Nun lag der Abzug ohnehin in Lichtschlags Auftrag. Es erhob sich jedoch plötzlich die Frage, welche Route aus Dortmund heraus Lichtschlag nehmen würde. Auf die Nachricht von seinem Eintreffen war nämlich der Oberbürgermeister von Hörde, Schmidt, herbeigeeilt, um Lichtschlag vor dem Durchmarsch durch Hörde und damit vor der direkten Route nach Hagen zu warnen: die Arbeiterschaft von Hörde sei über das Erscheinen der Truppe sehr erregt. Lichtschlag dankte für den Hinweis und „stellte in Aussicht", ihn zu berücksichtigen.[162] Eine feste Zusage konnte und wollte er gegenüber einem Zivilisten natürlich nicht geben. Die weiteren Verhandlungen über Lichtschlags Abmarsch wurden dadurch vereinfacht, daß ein zweiter Vertreter Münsters (nach Hauptmann Lorenz in Unna) gegen Mittag in Dortmund erschien: Generalmajor v. Preinitzer, Kommandeur der Reichswehr-Brigade 7, Lichtschlags unmittelbarer Vorgesetzter. In ständiger Verbindung mit Watter wurde nun folgendes vereinbart: Lichtschlag verläßt Dortmund in Richtung Osten nach Aplerbeck und wendet sich von da in Richtung Süden nach Schwerte. Regierungspräsident König übernimmt es, der Truppe freien Durchzug zu sichern.[163]
Die Vereinbarung war von seiten der Militärs ein meisterhaftes Verschleierungsmanöver: Marschziel Schwerte – das sah nach endgültigem Abzug Lichtschlags aus dem Ruhrgebiet aus, war aber tatsächlich das Offenhalten der Möglichkeit, daß Lichtschlag doch noch nach Hagen rückte. König seinerseits hatte mit der Vereinbarung sein politisches Todesurteil unterzeichnet. Sehen wir uns die Szene an. Am frühen Nachmittag zog die Truppe in Richtung Osten über den Westfalendamm, unter schwarz-weiß-roten Fahnen und mit dem Lied: „Heil Dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands, Heil Kaiser, Dir!" [164] Und vorweg eilte im Auto – der Sozialdemokrat König! Da der Marsch der Truppe durch den Landkreis Hörde gehen sollte, nahm König den Landrat von Hörde, früher Bezirksleiter der freien Bergarbeitergewerkschaft, Hansmann, mit.[165] Zwei führende Sozialdemokraten also als Pfadfinder für ein offenkundig monarchistisch-kappistisches Freikorps!
Lichtschlag war bereits aufgebrochen, da erhielt er seinen Pfadfinder Nr. 3, wiederum einen führenden Sozialdemokraten: Severing. Dieser hatte Lichtschlag ja bereits bei den Eisenbahnern in Münster den Weg geebnet. Jetzt beauftragte er seinen Stellvertreter Mehlich in Dortmund, folgendes Flugblatt zu drucken und zu verbreiten:

„Unruhen in einzelnen Orten haben Veranlassung gegeben, Truppen zu entsenden. Diese haben keine andere Aufgabe, als friedlicher Arbeit die notwendige Sicherheit zu gewährleisten. Sie kommen also nicht als Gegner der verfassungsmäßigen Regierung oder als Feinde der Arbeiterschaft. Sie stehen unbedingt auf dem Boden der alten Regierung. Wenn sie selbst unbelästigt bleiben, werden sie keinem Menschen zu nahe treten. Truppendurchzüge müssen im Interesse der alten Regierung auf jeden Fall unbehelligt bleiben.
Münster, den 16. März 1920

gez. Reichskommissar Severing" [166]

Damit machte Severing nun vollends seinen Protest zur Farce, den er tags zuvor bei Watter gegen die Entsendung des Freikorps Lichtschlag eingelegt hatte, und – was wichtiger ist – damit diskreditierte sich Severing in aller Öffentlichkeit. Denn: schwarz-weiß-rote Fahnen, „Heil Dir im Siegerkranz" – das hielten die Dortmunder zusammen mit Severings Beschwörungen: Die Truppen „stehen unbedingt auf dem Boden der alten Regierung ... Truppendurchzüge müssen im Interesse der alten Regierung auf jeden Fall unbehelligt bleiben".

Die führenden Sozialdemokraten diskreditierten jedoch nicht nur sich selbst, sondern auch die Dortmunder Sicherheitsorgane. Man halte sich vor Augen: Nicht nur konnte das Freikorps in Dortmund unbehelligt ausladen und mehrere Stunden liegenbleiben, sondern es wurde auch dann noch nicht entwaffnet, als es mit monarchistischen Fahnen und Liedern abmarschierte. Der Schluß lag auf der Hand: Die Dortmunder Sicherheitsorgane mußten zumindest mit dem Staatsstreich sympathisieren. – Der Verdacht erhielt noch einen weiteren Anhaltspunkt. Lichtschlag führte Waffen zur Ausrüstung von Zeitfreiwilligen in der Hagener Gegend mit sich. Da er nicht mehr sicher sein konnte, diese Gegend zu erreichen, ließ er die Waffen der Dortmunder Einwohnerwehr zuschicken. Die Sendung wurde von Dortmunder Arbeitern abgefangen. Als diese erfuhren, für wen die Waffen bestimmt waren, stuften sie die Einwohnerwehr endgültig als kappistisch ein.[167]

Während König und Hansmann in großer Eile in allen Orten, die auf Lichtschlags Route lagen, mit Vertretern der Arbeiter- und Bürgerschaft verhandelten, „um ihm freie Durchzugsgebiete zu sichern"[168], zogen die bewaffneten Arbeiter der Umgegend auf – in

vielen Fällen alarmiert durch die linksradikalen Mitglieder des Arbeiterrats Hörde.[169] Ein Beispiel für die Eskalation ist die sozialdemokratisch zusammengesetzte Einwohnerwehr von Eichlinghofen. Sie war bereits von Wetter, dann von Herdecke aus zu Hilfe gerufen, beidemal aber von Landrat Hansmann mit beruhigenden Versicherungen über den verfassungstreuen Charakter der Truppen zurückgehalten worden. Ein drittes Mal ließ sie sich nun nicht mehr halten: sie fuhr geschlossen auf Lkws Lichtschlag entgegen.[170] – In Hagen rückten auf die Nachricht von Lichtschlags Eintreffen in Dortmund und Abzug in Richtung Schwerte Tausende von bewaffneten Arbeitern auf Fahrrädern, Lastautos und Pferden, ausgerüstet mit Geschützen, Minenwerfern und Panzerautos aus und zogen Lichtschlag entgegen.[171] – Es gab nur noch einen vereinzelten Versuch, die aufziehenden Arbeiter aufzuhalten: in Wellinghofen stellte sich die dortige Einwohnerwehr Arbeitern aus Witten und Heven in den Weg. In einem Feuergefecht hatten die Arbeiter zwei Tote; ob sie daraufhin umkehrten, ist nicht bekannt.[172]

In Aplerbeck wurde die Truppe von den Arbeitern gestellt. Lichtschlag mußte sich zu Verhandlungen bequemen.[173] Etwa zur gleichen Zeit kamen auch König und Hansmann nicht mehr weiter: in Schwerte erhoben mehrere Unterhändler scharfen Einspruch gegen den Durchmarsch der Truppe durch die Stadt, der Bürgermeister schloß sich dem an. König berichtet:

„Da wir uns nicht einigen konnten, die Zeit aber drängte und wir Mitteilung erhielten, daß Lichtschlag bereits in Aplerbeck eingetroffen sei, fuhren wir Lichtschlag entgegen bis zur Wirtschaft Gockel. Es war mittlerweile Abend geworden. Von allen Seiten kamen Arbeiter und Bürger bewaffnet herbeigeeilt. In der Wirtschaft Gockel angekommen, schickten wir dann Unterhändler zu Lichtschlag ... und ließen ihm sagen, er möchte aus zwingenden Gründen nicht die Straße Aplerbeck – Gockel – Freischütz – Schwerte marschieren, sondern von Aplerbeck links die Straße durch den Wald nach Geisecke zu. Durch Benutzung dieses Weges hätte er Schwerte umgangen, und er wäre glatt ins Sauerland gekommen.

Das wiederholt an ihn gestellte Ansinnen lehnte jedesmal Lichtschlag glatt ab mit allerlei Einwendungen. Wir verwiesen ihn auf die Gefahr eines Zusammenstoßes mit den bewaffneten Volkshaufen, die an den Rändern der Straße Aplerbeck–Gockel lagen. Alles vergeblich!

Nach stundenlangen Bemühungen erklärte unser Chauffeur, zwischen den bewaffneten Volksmassen nicht mehr fahren zu können, da bereits einige scharfe Schüsse das Auto getroffen hatten."[174]
Warum Lichtschlag auf den Vorschlag, auszuweichen, nicht einging, ist klar: Das hätte die letzte Möglichkeit zunichte gemacht, doch noch nach Hagen vorzustoßen. Lassen wir nun Meinberg berichten:
„Als die sozialdemokratischen Arbeiter den alten westfälischen Sozialdemokratenführer Max König und den sozialdemokratischen Landrat Hansmann an der Spitze des Freikorps Lichtschlag sahen, da gab es kein Halten mehr. Das war Verrat ...! Lichtschlag – der Kapp–Lüttwitz–Mann – geführt von Max König ... in den Rücken der kämpfenden Arbeitsbrüder! ... Wir trafen auf der Straße am ‚Gockel' alte, uralte Sozialdemokraten – Tränen in den Augen! – eine Welt – ihre Welt ging in Scherben! ...
Der Bruch zwischen der sozialdemokratischen Masse und der sozialdemokratischen Führerschaft war da. Es war kläglich zu sehen, wie sich trotzdem noch König und Hansmann stundenlang auf der Straße am ‚Gockel' herumtrieben. Sie redeten mit den Händen und den Füßen für *ihren* Lichtschlag, doch man hörte nicht mehr auf sie. Stumm hockte der Proletarier im Busch – das Gewehr im Anschlag – den Blick fest nach Norden gerichtet – da mußte er kommen, der Lichtschlag, der Mann, an dessen Händen Arbeiterblut klebte! König und Hansmann erkannten die Situation nicht, sie gaben das Spiel erst dann auf, als die proletarischen Gewehrläufe auf sie selbst gerichtet wurden."[175]
Inzwischen hatte Watter Lichtschlag telefonisch Rückzug auf Dortmund befohlen. Aber noch immer glaubte Lichtschlag nicht recht an die Gefahr, in der seine Truppe sich befand. Er machte bei der Heilanstalt im Norden von Aplerbeck halt und traf Vorbereitungen, hier die Nacht zu verbringen. – Ununterbrochen heulten die Fabriksirenen. Um 22 Uhr ließen die Arbeiter Leuchtkugeln aufsteigen – das Signal zum Angriff. „Wir erhielten", so erinnerte sich später ein Mitglied des Freikorps, „mörderisches Maschinengewehrfeuer ... Pferde bäumten sich auf und stürzten getroffen hin. Die Bagage geriet im Dunkel der Nacht ins Durcheinander. Mit Stroh beladene Fouragewagen, ja selbst Minenwerfer rollten seitlich den Westfalendamm herab. Flüchtende und wildgewordene Pferde rasten auf das Lichtermeer der Stadt Dortmund zu, und was eben an Bagage ent-

kommen konnte, brachte sich in Richtung Dortmund in Sicherheit." Mehr aufs Geratewohl schoß die Truppe in die Dunkelheit zurück. Sie tötete mehrere Arbeiter; selbst hatte sie einen Toten. – Auf seiten der Arbeiter fiel als erster ein 25jähriges Mitglied der DDP; es waren also keineswegs nur sozialistische Arbeiter, die sich Lichtschlag entgegenstellten.[176] –

Noch waren die Arbeiter zu schwach für einen Sieg. Um 23 Uhr erschien die Lichtschlag-Truppe wieder in Dortmund und rückte in die Brauerei Kronenburg ein.[177] Damit bot sich den SPD-Führern noch einmal die Gelegenheit, die drohende Katastrophe abzuwenden. Hätten sie jetzt die Parole zur Entwaffnung der Truppe gegeben, so hätten sie konkret bewiesen, daß sie und die Dortmunder Sicherheitsorgane ernsthaft gegen Kapp kämpften.[178] Doch wiederum griffen sie zu dem Mittel, das sich schon einmal als untauglich erwiesen hatte: Abschieben Lichtschlags aus der Stadt.[179] v. Heeringen verhandelte mit Lichtschlag. Dieser schlug zunächst Abmarsch zu Fuß nach Lünen vor, dem „Standort" der Truppe, wie Lichtschlag sagte. Das war eine glatte Irreführung, da Lünen niemals „Standort" des Freikorps gewesen war. Warum Lichtschlag nach Lünen wollte, ist leicht zu erraten: inzwischen war Watters Auftrag an Hauptmann v. Manstein, Lünen zu besetzen, mit dessen Niederlage in Kamen gescheitert; das hatte Lichtschlag zweifellos von Münster erfahren, nun wollte er vermutlich v. Mansteins Platz einnehmen. – Gegen den Vorschlag Lichtschlags (Fußmarsch nach Lünen) erhob die in der Kronenbrauerei liegende Abteilung der Einwohnerwehr energischen Einspruch: die Truppe müsse so schnell wie möglich, also mit der Bahn aus der Stadt geschafft werden. Die Reichswehr-Brigade 7, Lichtschlags vorgesetzte Stelle, willigte ein und ordnete Abtransport nach Münster an – also völlige Herausnahme aus dem Ruhrgebiet.[180]

In großer Eile wurde die Truppe verladen. Ein Zug fuhr auch noch ab. Da er aber bei der Ausfahrt aus der Stadt mehrmals beschossen wurde, da ferner Nachrichten einliefen, an mehreren Stellen seien die Gleise aufgerissen, weigerten sich die Eisenbahner, die weiteren Züge zu fahren. Im Morgengrauen lag Lichtschlag mit seinen Leuten noch immer auf dem Bahnhof Dortmund-Süd.[181]

Jetzt, nachdem das Freikorps nicht mehr aus der Stadt hatte geschafft werden können und der Angriff der Arbeiter unvermeidlich geworden war, hätte noch immer die Möglichkeit bestanden, daß die Dort-

munder Sicherheitsorgane die Stadt nicht verteidigten. Aber das war bei einem monarchistischen Polizeichef natürlich nur eine theoretische Möglichkeit. Nach Lichtschlags nächtlichem Rückzug aus Aplerbeck war alles in Verteidigungszustand gesetzt worden.[182]

Im Laufe der Nacht rückten riesige Massen von Arbeitern gegen Dortmund vor, hauptsächlich aus dem Süden, ein geringerer Teil aus dem Westen und Osten; den auswärtigen Arbeitern schlossen sich die Arbeiter der Dortmunder Vororte an. Hauptaufmarschpunkt war Hörde, das bald einem Heerlager glich – bewaffnete Arbeiter aus Witten/Bochum, aus Hagen/Haspe, aus Iserlohn/Letmathe/Hohenlimburg auf Autos und zu Fuß trafen ein, Waffen- und Munitionswagen mit Maschinengewehren, Handgranaten usw., zwei Feldgeschütze, Proviantwagen und Gulaschkanonen, Sanitätsautos. Im Rathaus, vor allem im Zimmer des Arbeiterrats (früher Dienstzimmer des zweiten Bürgermeisters) ging es wie in einem Bienenkorbe zu. Drei Dortmunder Sozialdemokraten beteuerten immer wieder, die Dortmunder Sicherheitsorgane seien verfassungstreu, sie predigten aber tauben Ohren.[183] –

Von Hörde aus wurde der Hauptangriff vorgetragen. Ein Augenzeuge, der sich gegen 6 Uhr auf dem Wege von Dortmund nach Hörde etwas südlich des Westfalendamms befand, berichtet: „Auf der Straße kommt eine Patrouille bewaffneter Zivilisten, und jetzt sehe ich rechts und links, soweit der Blick nicht begrenzt ist, querfeldein eine Schützenlinie. Wie auf dem Exerzierplatz, mit 3 Schritt Zwischenraum ausgeschwärmt, geht man in geräumigem Schritt vor." Auf seine Frage erhält er die lakonische Antwort: „Dortmund wird gestürmt!"[184] Weiter westlich, am Steinernen Turm bei der heutigen Westfalenhalle, beobachten die Anwohner, wie die Angreifer „schützenartig ausschwärmend" vordringen, eine starke Postenkette aufstellen, die niemand in die Stadt hineinläßt, alle Telefondrähte durchschneiden und Geschütze aufstellen.[185]

Man hat die Zahl der Angreifer auf 10000–12000 Mann geschätzt. Ihnen standen zwischen 1500 und 2000 Verteidiger (Freikorps und Dortmunder Sicherheitsorgane) gegenüber.[186] Die Stärkeziffern täuschen insofern, als längst nicht alle Arbeiter bewaffnet waren. Aber das glichen sie aus durch den Elan, mit dem sie angriffen; Meinberg beobachtete „regelrechte Kämpfe um den Besitz eines Gewehres". Später sagte Hauptmann v. Heeringen zu Meinberg: „Hätte ich 100

von diesen Leuten gehabt, dann wäre ich nicht geschlagen worden!"[187]
Um 6 Uhr griffen die Arbeiter das Freikorps im Bahnhof Süd, etwas später die vorgeschobenen Posten der Sicherheits- und der Einwohnerwehr am südlichen Stadtrand an. Sie gingen sehr umsichtig vor. Nahe der Gildenbrauerei warfen sie einen Schützengraben aus. Mit ihren Geschützen feuerten sie nur zweimal in die Stadt; das eine Geschoß schlug im Turm der Reinoldikirche, das andere in einem Hause ein. – Das Freikorps konnte sich nur wenige Stunden halten; gegen 10 Uhr befahl Lichtschlag Durchbruch zum Stadthaus, um sich dort mit der Sicherheitswehr und der Polizei zu vereinigen. Aber die Truppe kam nur drei Straßenecken weit, dann war sie von allen Seiten eingekeilt und wurde gefangengenommen. Länger hielten sich die städtischen Formationen; nach raschen Anfangserfolgen der Arbeiter behaupteten sie einige Punkte im Stadtkern. v. Heeringen geriet auf dem Wege zu Lichtschlag in die Gefangenschaft der Arbeiter.[188] – Nun setzten Verhandlungsbemühungen ein.
Von Unna hatte sich Severings Adjutant Hauptmann Lorenz nach Hörde gewandt, um in Verhandlungen einen Abzug für die Lichtschlag-Truppe zu erreichen. Das war nicht nur erfolglos, sondern der Arbeiterrat Hörde nahm Lorenz obendrein gefangen und erlaubte ihm gerade noch – das war um 8.30 Uhr – ein Telefongespräch mit Oberbürgermeister Cuno in Hagen. Lorenz bat Cuno, unverzüglich mit bekannten Arbeiterführern zu Verhandlungen zu kommen; andere Personen würden schwerlich durchgelassen und zu Verhandlungen zugelassen werden. Aber bevor Cuno (nun fast schon Parlamentär im Nebenberuf) mit vier Hagener Parteiführern um 11 Uhr Hörde erreichte, war Lorenz bereits von Lehrer Stemmer und dem Gewerkschaftssekretär Balschun aus Witten zu Verhandlungen nach Dortmund mitgenommen worden. Stemmer und Balschun forderten im Dortmunder Stadthaus von der Stadtverwaltung Entwaffnung von Polizei und Sicherheitswehr und „Übergang der vollziehenden Gewalt auf einen Aktionsausschuß der revolutionären Arbeiterschaft. Falls diese Bedingungen nicht angenommen würden, würden sie mit Waffengewalt erzwungen werden". Zögernd und widerstrebend willigte die Stadtverwaltung ein; nach Verständigung mit den anwesenden Dortmunder Vertretern wurde ein Aktionsausschuß aus Meinberg als Vorsitzendem, Behrs (USP), Bormann und Schneider (Freie Ge-

werkschaften, SPD) und Braun (DDP) eingesetzt. Die Arbeitervertreter machten sich sofort daran, die Einstellung des Feuers zu erwirken. Bormann erreichte das bei der Polizei im Stadthaus und der Sicherheitswehr im Rosenthal. – Als die von Cuno geleitete Hagener Delegation im Stadthaus eintraf, hatten Oberbürgermeister Eichhoff und Mehlich das Gebäude bereits verlassen. Die Hagener übernahmen es darauf, die Nachricht von der Kapitulation an die Bahnhofsbesatzung und an die Einwohnerwehr im Stadtgymnasium zu überbringen. Etwa um 12.30 Uhr schwiegen an allen Punkten die Waffen.[189]

Wieviele Tote der Kampf gekostet hatte, läßt sich nur für das Freikorps (10 Gefallene) und die Polizei (1 Gefallener) sagen.[190] Bei Sicherheitswehr und Einwohnerwehr ist zu vermuten, daß sie nur Verwundete hatte. Bei den Arbeitern ist man auf Schätzungen angewiesen, da die auswärtigen Arbeiter ihre gefallenen Kameraden in ihre Heimatorte mitnahmen. Nach den erreichbaren Unterlagen scheint die Zahl der getöteten Arbeiter, einschließlich der bei Aplerbeck gefallenen, 20 nicht überschritten zu haben.[191]

Mehreren Beobachtern fiel auf, zu welch musterhafter Ordnung sich die siegreichen Arbeiter nach Beendigung des Kampfes gruppierten. Viele von ihnen erhielten auf Anweisung des Aktionsausschusses im vornehmen „Kölnischen Hof“ Verpflegung – ein Essen, zwei Glas Bier –; dann begann der Abzug der auswärtigen Arbeiter in ihre Heimatorte.[192] – Für den Rücktransport der Hagener Arbeiter stand, von Cuno besorgt, um 16 Uhr ein Sonderzug bereit. Um 18.30 Uhr traf er mit großer Beute, u. a. einer gepanzerten Lok und 4 Wagen aus Lichtschlags Panzerzug und 2 Schnellfeuergeschützen, in Hagen ein.[193]

Das Hagener USP-Blatt glossierte frei nach Heine:

Wenn Lichtschlag in Hagen eingerückt wäre

Wir, Lichtschlag, Kommandeur der Stadt,
Wir haben folgendes Mandat
Von heute ab an alle Klassen
Der Ordnung halber streng erlassen.

Die Proletarier sind es meist,
Die unter euch gesät den Geist
Der Rebellion! Dergleichen Sünder
Sind wahrlich keine Landeskinder.

Die Spartakisten sind es meist;
Wer sich vom Nationalen reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
den militärischen Behörden.

Dem Militär gehorchen ist
Die erste Pflicht für Heid und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude!

Wo ihrer drei zusammensteh'n,
Da soll man auseinandergeh'n.
Des Nachts soll keiner auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

Die Waffenauslieferung ist Pflicht,
Nur bei den Nationalen nicht;
Die sollen Sekt, in vielen Massen,
Nach der Concordia schaffen lassen.

Wer auf der Straße räsonniert
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonnieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.

Damit ihr meine Macht auch schätzt,
Wird nur das „Standrecht" eingesetzt.
Als erste werden unverdrossen
Die Führer standrechtlich erschossen!

Vertrauet eurem Kommandeur,
Denn er verspricht euch hoch und hehr
Ein huldreich, hochwohlweises Walten! –
– Euch ziemt's nur, stets das Maul zu halten! –[194]

Für die Dortmunder SPD-Führer bedeuteten Konstellation und Ausgang des Kampfes um Dortmund ein beispielloses politisches Debakel. Es ist daher leicht zu verstehen, daß sie sogleich darangingen, die Ursachen und Zusammenhänge zu vernebeln. Am Tage nach dem Kampf schrieb das SPD-Blatt kühn: „Wir wissen uns jeder Schuld frei.“ Den Hauptpunkt, die eigenen Versäumnisse gegenüber Lichtschlag, überging das Blatt und gab nur zögernd zu: „Wir wollen es dahingestellt sein lassen (!), ob Lichtschlag zur Kapp- oder zur alten Regierung stand oder ob er sich nur als neutrales Ordnungselement hielt – das eine steht fest, das Benehmen einiger Truppenteile mußte bei der jetzigen Zeitlage ungeheuer provozierend wirken.“ Man sei über Lichtschlags Erscheinen „ganz und gar nicht erbaut“ (!) gewesen. Um so energischer bestand das Blatt auf der Frage, warum sich der Angriff „auch gegen die Dortmunder Sicherheitsorgane, deren unzweideutige Stellung für die Republik bekannt war“, gerichtet habe? Dahinter mußten linksradikale Ziele gestanden haben: „Hätte der Kampf nur den Lichtschlag-Truppen gegolten, hätte die Absicht nicht bestanden, auch die Dortmunder Sicherheitsorgane ... zu entwaffnen“, so hätte sich die Entwaffnung der Lichtschlag-Truppen, nachdem diese „nun mal (!) nicht früh genug fort kamen (!), ohne die großen Kämpfe erreichen lassen“. Wie, verriet das Blatt freilich nicht. Und die vielen SPD-Genossen unter den Angreifern? Sie wurden, meinte das Blatt, von den linksradikalen Drahtziehern über die politische Stellung der Dortmunder Sicherheitsorgane in die Irre geführt. Ohne „diese absichtliche Täuschung ... wäre es einfach nicht möglich gewesen, daß ... z. T. Genossen gegen Genossen standen“.[195]
Für die in der SPD organisierten Arbeiter bedeutete der Kampf um Dortmund eine neue Erfahrung: ihre Parteiführer hatten sich auf die Seite des kappistischen Militärs und damit gegen sie selbst gestellt. Die Arbeiter hatten daraufhin nicht etwa die Waffen sinken lassen, sondern hatten sie gegen jeden gerichtet, der sich ihrem Angriff auf das Freikorps in den Weg stellte. – Diese sozialdemokratischen Arbeiter hatten spontan, in der Kampfsituation, ein selbständiges und richtiges Verhalten entwickelt – es galt nun, dieses eigene Verhalten und das der SPD-Führer zu reflektieren und die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Hier lag die agitatorische Aufgabe der Linken. Wieweit sie sie wahrnahm und erfüllte, wird an späterer Stelle auszuführen sein.

3 Die Aufdeckung der Putschpläne und das Verhalten der gefangenen Lichtschlag-Soldaten

Eine auf Hauptmann Lorenz zurückgehende Meldung, Lichtschlag habe sich kurz vor der drohenden Gefangennahme selbst erschossen[196], wurde zwei Tage später vom Wehrkreiskommando dementiert.[197] Lichtschlag hatte sich zunächst in Dortmund verstecken können und entkam dann über einen Vertrauensmann in Unna nach Münster.[198]

Etwas Wichtiges hatte er zurücklassen müssen: seine Kommandeurkiste. In dieser Kiste fanden die Arbeiter:

1. Hunderte von Plakaten – Unterzeichner: Kapp-Lüttwitz –, in denen die Bevölkerung unter Androhung der Todesstrafe aufgefordert wurde, sich der neuen Ordnung nicht zu widersetzen; die Plakate sollten angeschlagen werden, sobald das Freikorps einen Ort besetzt hatte;
2. Listen von Vertrauenspersonen, darunter Alldeutsche und frühere Vaterlandsparteiler, in verschiedenen Orten;
3. Listen von Personen, die nach dem Einrücken des Freikorps verhaftet werden sollten, ebenfalls für mehrere Orte; die Wittener Liste z. B. enthielt 30 Namen;
4. Lichtschlags Tagesbefehl vom 14. März (s. oben S. 105).[199]

Die Dokumente bewiesen einmal, daß Lichtschlag seine Truppe für die Sache Kapps eingesetzt hatte, und sie ließen zweitens in Umrissen erkennen, wie die Herrschaft dieses Kappisten ausgesehen hätte, wenn er seinen Operationsplan hätte durchführen können. Für die Arbeiter, unter denen die Dokumente mit Windeseile bekannt wurden, stellte sich das in einer gewissen Vereinfachung so dar: erstens: das Militär ist kappistisch, zweitens: unter der Herrschaft der Kappisten drohen reihenweise standgerichtliche Erschießungen nach schwarzen Listen. Das gab der Kampfbereitschaft der Arbeiter neue Nahrung.

Auf die als Vertrauenspersonen aufgeführten Personen fiel der starke Verdacht, in die Vorbereitungen des Putsches eingeweiht oder sogar daran beteiligt gewesen zu sein. Bereits am folgenden Morgen wurden in Hagen mehrere Personen verhaftet. Die Unabhängigen, die das veranlaßt hatten, trafen im Aktionsausschuß auf den Widerstand der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen, die das Belastungsmaterial für nicht genügend beweiskräftig hielten.[200] In einem Presseartikel teilte

Ernst der Öffentlichkeit mit, die Verhafteten seien „sofort ordnungsmäßig vernommen", das belastende Material sei an Regierungspräsident König weitergeleitet worden; dieser solle die Aburteilung „wegen versuchten Hoch- und Landesverrats veranlassen".[201] Ob König nach seinem Auftreten in Dortmund dazu der richtige Mann war, muß man bezweifeln.

Das Bild, das sich aus dem Inhalt von Lichtschlags Kommandeurkiste ergab, wurde vervollständigt von den in Herdecke gefangenen Soldaten des Freikorps. Bemerken wir hier nebenbei, weil es später wichtig wird, daß sich die Arbeiter gegenüber den Verwundeten und Gefangenen keine Brutalitäten zuschulden kommen ließen; darüber liegen mehrere Erklärungen von Verwundeten und Gefangenen selbst vor, die zweifellos echt sind. Vor allem dem Arbeiter-Samariter-Bund rühmten die Verwundeten vorbildliches Verhalten und besondere Freundlichkeit nach.[202] – In Herdecke sammelte sich nach dem Kampf eine Menschenmenge in den Straßen, die angesichts der weiterhin über der Stadt kreisenden Militärflugzeuge in große Erregung geriet und gegen die Gefangenen tätlich zu werden drohte. Die Führer der bewaffneten Arbeiter wählten daraufhin einen Ausweg, der an anderen Orten in vergleichbaren Situationen noch mehrfach beschritten wurde: sie ließen die Gefangenen in eine andere Stadt transportieren – in diesem Falle nach Hagen.[203] – In Hagen wurden die Gefangenen, gegen den Protest von Hauptmann Lange, getrennt untergebracht: die Offiziere im Rathaus, die Unteroffiziere und Mannschaften in einer Turnhalle.[204] Später wieder in Freiheit, entrüsteten sich die Offiziere über diese Trennung: sie habe dem Aktionsausschuß Hagen dazu dienen sollen, die Mannschaften „gegen die Offiziere aufzuhetzen".[205] Das war offenbar eine Projektion; denn hätten sie die Gelegenheit dazu gehabt, hätten die Offiziere zweifellos versucht, die Mannschaften zu beeinflussen; warum, wird sich gleich zeigen.

Die Offiziere wurden vom Aktionsausschuß einem Kollektivverhör unterzogen. Hauptmann Lange versicherte immer wieder, er sei verfassungstreu; ausgerückt sei er auf Befehl Watters, und dieser stehe auf dem Boden der alten Regierung. Ludwig und Schneider (USP) auf der anderen Seite blieben bei ihren Zweifeln an der Verfassungstreue der Truppenführung.[206] Daß sie damit recht hatten, erwies sich bereits am nächsten Tag (17. März). Die Vertrauensleute der Mannschaften drückten, ohne im mindesten in dieser Richtung beeinflußt worden zu sein,

den Wunsch aus, eine öffentliche Erklärung abzugeben; sie wollten zeigen, sagten sie, daß sie keine Anhänger des Putsches seien und den Arbeitern im Kampf für die Verfassung nicht hätten in den Rücken fallen wollen. Die entscheidenden Sätze der Erklärung lauteten:

„Wir stehen nach wie vor fest hinter der vom Volke gewählten Regierung, der wir den Treueid geleistet haben. Uns wurde gesagt, wir seien neutral und sollten nur da eingreifen, wo geraubt und geplündert werde ...

Nach unserer Internierung müssen wir feststellen, daß wir von unseren vorgesetzten Offizieren in gröblichster Weise hinters Licht geführt worden sind ...

Durch diese Erklärung hoffen wir, der Bevölkerung nachzuweisen, daß wir unschuldige Opfer eines reaktionären Offizierputsches geworden sind. Als in Bielefeld einige unserer Kameraden, die wir als unsere Vertrauensleute bestimmt hatten, gegen das Vorgehen ihrer Offiziere protestierten, wurden dieselben wegen angeblicher Meuterei in Haft genommen ...“

Nach der Niederschrift verlasen die Verfasser ihren Mitgefangenen den Wortlaut; diese bestätigten einstimmig, daß er den Tatsachen entspreche.[207]

Der letzte Satz der Erklärung wurde untermauert durch ein Protokoll des Truppengerichts, das in die Hände des Aktionsausschusses gelangte. Danach war am 14. März ein 19jähriger Soldat in der Bielefelder Kaserne wegen „Gehorsamsverweigerung“ vors Truppengericht gebracht worden und hatte dort zu Protokoll erklärt: „Ich weigere mich, für die neue Regierung Lüttwitz einzutreten. Da mein Zugführer ... mir sagte, daß wir heute abrücken würden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und die neue Regierung zu stützen, weigere ich mich, mit dem Bataillon abzurücken.“[208]

Der Aktionsausschuß ging nun systematisch daran, Aussagen zu Protokoll zu nehmen. Besonders ausführlich äußerte sich der Offiziersstellvertreter Roß. Er schilderte die monarchistisch-konservative Grundstimmung im Offizierskorps; die schlecht verhohlene Freude der Offiziere über den Putsch; die vorsichtigen Versuche, die Mannschaften für die neue Regierung einzunehmen; die Arrestierung eines Unteroffiziers, der erklärt hatte, nicht für die neue Regierung kämpfen zu wollen; die unklaren Auskünfte der Offiziere beim Ausrücken aus der Kaserne.[209] Der Truppenfriseur ergänzte und bestätigte diese Aus-

sagen[210], das gleiche tat ein nicht abgeschickter Brief eines Soldaten vom 13. März.[211] Nach mehreren weiteren Zeugenaussagen von Unteroffizieren und Mannschaften hatte ein Oberleutnant auf dem Transport nach Herdecke das Vertuschen aufgegeben und offen erklärt, „daß das Freikorps Lichtschlag auf dem Boden der neuen Regierung stände".[212]

Die Offiziere im Hagener Rathaus hatten also allen Anlaß, sich über ihre Trennung von den Mannschaften aufzuregen: bald mußte ihre angebliche Verfassungstreue nicht mehr nur bezweifelt, sondern durch Beweise widerlegt sein. Da kam ihnen ein vom Hagener Bürgertum verbreitetes Gerücht zu Hilfe – es hieß, die Arbeiter wollten die gefangenen Offiziere erschießen. Da die Offiziere nur nachlässig bewacht waren – eine klare Widerlegung des Gerüchts –, konnten mehrere Bürger ohne Schwierigkeit Zivilkleider ins Rathaus schmuggeln. In der Nacht zum 19. März flohen 17 Offiziere in Zivil aus der Stadt; drei blieben zurück, und zwar, wie die Mannschaften bei ihrer Rückkehr nach Bielefeld feststellten, diejenigen, von deren Verfassungstreue sie überzeugt waren.[213] Eine Nacht zuvor waren bereits die beiden im Krankenhaus Wetter liegenden Offiziere der Batterie Hasenclever geflohen.[214]

Nachdem die Offiziere geflohen waren, zögerte der Aktionsausschuß nicht, auch die Mannschaften freizugeben. Eine Minderheit blieb da und stellte sich in die Reihen der bewaffneten Arbeiter;[215] die Mehrheit kehrte am späten Abend des 19. März nach Bielefeld zurück.[216] Ernst hatte dem Offiziersstellvertreter Roß ein Papier gegeben, das ihn zum künftigen Stadtkommandanten von Bielefeld erklärte[217] – ein ungewöhnliches Papier, das der politischen Annäherung von Truppe und Arbeiterbewegung entsprang. Und wirklich bezeichnete sich Roß bei der Rückkehr in Bielefeld als „jetziger Bataillonsführer"; für die Truppe erklärte er, sie stehe „auf dem Boden der Regierung Ebert-Bauer" und sehe ihre Aufgabe darin, „jeden Putschversuch von rechts oder links unterdrücken zu helfen". Dieser politische Standpunkt genügte, um einen großen nächtlichen Krach in der Kaserne zu verursachen. Die rückkehrenden Mannschaften wurden als Bolschewisten beschimpft. Sie konterten mit der Weigerung, die Kaserne noch länger mit den Bielefelder Zeitfreiwilligen zu teilen, reaktionären Bürgersöhnen und, wie sie sich ausdrückten, Sympathisanten des Putsches, die mit dem Offizierskorps unter einer Decke steckten. Gegenüber

Vertretern des Bielefelder Aktionsausschusses, die noch nachts zusammengerufen wurden, erklärten sie, die 17 aus Hagen geflohenen Offiziere seien gerade diejenigen, die durch ihre zweideutige politische Haltung die Opfer und die Niederlage der Truppe in Herdecke verursacht hätten; sie würden unter ihnen keinen Dienst mehr tun und würden sie am Betreten der Kaserne künftig hindern.[218] Mit beiden Forderungen kamen die Mannschaften durch; die Zeitfreiwilligen wurden aus der Kaserne verlegt[219], und Münster ernannte neue Offiziere.[220]

Die Vorgänge führten zum Rücktritt von Kapitänleutnant Stratmann, Militärbefehlshaber von Bielefeld und Kommandeur des zerschlagenen Lichtschlag-Bataillons und der Zeitfreiwilligen, der unter den Arbeitern Bielefelds als Reaktionär galt.[221] So weit reichte nun allerdings der in Hagen empfangene politische Anstoß bei den Freikorpsmannschaften nicht, daß sie Roß an Stratmanns Stelle brachten; als das Wehrkreiskommando am 20. März einen neuen Bataillonskommandeur, Major v. Rosenberg, ernannte, nahmen sie das hin.[222] Immerhin bestellten sie 200 Exemplare des Hagener USP-Blatts [223] – das Interesse war also nicht völlig geschwunden.

Die „Zersetzung“ der militärischen Disziplin in Bielefeld strahlte ins Sennelager aus. Ein Bataillon meuterte und erzwang ebenfalls das Abtreten seiner Offiziere.[224]

Im Ruhrgebiet machten derweil die vom Aktionsausschuß Hagen publizierten Dokumente und protokollarischen Aussagen die Runde. Interessant sind die Kommentare der SPD-Presse. Das Elberfelder Blatt befand, die Offiziere des Freikorps seien „bereit“ gewesen, „der Reaktion tatkräftig in die Hände zu arbeiten ...; sie verfolgten den Zweck, jede Auflehnung der Bevölkerung gegen den Kappschen Staatsstreich zu unterdrücken“. Die Folgerung könne nur sein: Beseitigung der Reichswehr.[225] Das Bochumer Blatt machte auf die eigentümliche Auffassung von Offiziersehre aufmerksam, die es den Lichtschlag-Offizieren gestatte, in Presseerklärungen zu behaupten, sie hätten „treu zur Verfassung gestanden“.[226] Anders das Dortmunder Blatt. Nun zeige sich, meinte es, „wie recht wir hatten, als wir versuchten, den Kampf gegen alles, was zu den Reichswehrtruppen gehört, zu unterbinden. Wir wußten, daß die Reichswehrtruppen nicht alle den Baltikumverbrechern gleich zu stellen sind. Und um mit den reaktionären Machenschaften einer Anzahl Offiziere fertig zu wer-

den, bedurfte es eines solchen Blutbades nicht".[227] – Ob das Blatt wohl daran dachte, man hätte auf dem Bahnhof Dortmund-Süd eine Abstimmung zwischen Offizieren und Mannschaften über ihre Stellung zu Kapp durchführen sollen? Den SPD-Führern jedenfalls war, um mit der „Anzahl" reaktionärer Offiziere „fertig zu werden", nichts anderes eingefallen, als das Freikorps aus Dortmund abzutransportieren.

Und die verantwortlichen Militärs in Münster? Bekannten sie sich zu ihren Plänen und Taten? Mitnichten – dreister ist wohl selten gelogen worden, als sie es taten. Bereits in der Nacht zum 17. März, als in Dortmund noch über den endgültigen Abzug Lichtschlags verhandelt wurde, gab das Wehrkreiskommando einem Beauftragten Cunos aus Hagen die schriftliche Erklärung: „Das Wehrkreiskommando hat niemals (!) befohlen, daß die Truppen nach Hagen einrücken sollen ..."[228] Man vergleiche damit noch einmal das Telegramm aus Münster an Cuno in der Nacht zuvor, das den Einmarsch stärkerer Truppen in Hagen androhte und damit den Kampf in Herdecke auslöste (s. oben Seite 174). Am 19. März bekam eine Kommission aus Wetter, die sich in Münster nach dem Anlaß für die Entsendung der Batterie Hasenclever erkundigen wollte, zur Antwort: „Für die Entsendung von Truppen seien nur besondere ... strategische Gesichtspunkte maßgebend, und gerade weil Wetter immer ruhig gewesen sei, habe man die Truppen dorthin entsandt und absichtlich nicht nach solchen Orten, wo das Erscheinen von Militär aufreizend wirke".[229] In einer offiziellen Erklärung des Freikorps Lichtschlag hieß es: „Mehrere Verbände des Korps sind überhaupt nicht zum Einsatz gekommen, da die Aufgabe des Korps ... von vornherein ganz beschränkt war auf die Niederhaltung lokaler Unruhen in Wetter. Gerade die Art des Einsatzes beweist am besten, daß nur dieser beschränkte Auftrag des Wehrkreiskommandos vorlag, nicht etwa weiterreichende Zwecke oder gar der Kampf für die Regierung Kapp".[230]

Mehr als nur Lügen, nämlich eine halbe Prophezeiung enthielt die von Hauptmann Lichtschlag aufgegebene Todesanzeige für die in Wetter gefallenen Mitglieder seines Freikorps. Nachdem er die Toten säuberlich nach Dienstgrad geordnet hat, schreibt er u. a.:

„Durchglüht von echter Liebe zu ihrem Vaterland, das vom Wahnsinn des Bolschewismus zu retten sie alles einsetzten, getreu ihrer Pflicht gegen Staat und Volk, die von niemand durch Verleumdung

beschmutzt werden kann, haben sie als tapfere Soldaten ihr Leben hingegeben für uns alle.
Ein glücklicheres Deutschland wird ihnen den schuldigen Dank wissen."[231]
Die Nationalsozialisten statteten den Freikorps den schuldigen Dank ab.

4 Der Sieg der Arbeiter in Elberfeld

Am 17. März waren die Arbeiter nicht nur in Dortmund siegreich, sondern gleichzeitig auch in Elberfeld. Das war der Beginn der bewaffneten Kämpfe im Bergischen Land. Zum Kampf um Elberfeld kam es ohne unmittelbaren Anstoß aus den Kämpfen im westfälischen Industriegebiet. Die Grundkonstellation freilich war dieselbe: die Arbeiterschaft wandte sich gegen das verhaßte Militär, sei es offen „kappistisch", sei es „Kappismus"-verdächtig.
Befehlshaber der im Bergischen Lande und südlich davon stehenden Truppen war General *v. Gillhaussen*, Kommandeur des Abschnitts II der neutralen Zone mit dem Sitz in Elberfeld. Er erhielt am 14. März von Münster den Befehl, das militärfreie Loch im Wuppertal* zu stopfen.[232] Gleichzeitig setzte Münster 250 Mann Sipo unter Major Gärtner vom Sennelager nach Elberfeld in Bewegung.[233]
Gillhaussen bestimmte das in Lennep stehende Freikorps Hacketau zum Einmarsch in Elberfeld. Zum Ersatz zog er seine übrigen Truppen nach Norden, wobei er zwei Orte im Siegerland freigeben mußte. Die Umgruppierung verzögerte sich durch den Generalstreik. So wurde z. B. die I. Abteilung des Freikorps Lützow am 14. März abends in Gummersbach verladen, sie fand jedoch keine Eisenbahner zum Abtransport, blieb die ganze Nacht über auf dem Bahnhof liegen und mußte am nächsten Morgen die 50 km lange Strecke nach Lennep zu Fuß antreten. Am späten Abend des 15. März hatten alle Truppen ihre neuen Standorte erreicht.[234]
In Elberfeld traf zuerst in der Nacht zum 15. März die Sipo aus dem Sennelager ein.[235] Der 15. März war der erste Tag des Generalstreiks. Die Stadt wimmelte von Menschen. Als am Vormittag eine Abteilung Sipo über den Neumarkt zog, wurde sie umringt; der Sipo-Führer ließ Schreckschüsse abgeben.[236]

* Die Stadt Wuppertal gab es damals noch nicht.

Etwas später erhielt die Sipo Verstärkung: das Freikorps Hacketau unter Major Freiherr v. Falkenstein marschierte ein. Voraus hinter einem Schild: „Straße frei!" 50 Soldaten mit gefälltem Bajonett und Leutnants mit hochgehaltenen schußbereiten Revolvern; hinter diesem Vortrupp die spielende Kapelle des Freikorps mit Trommeln und Pfeifen – ein symbolträchtiges Bild – und dann die Hauptmasse: Fußtruppen, vor Lkws, auf denen die Soldaten Gewehre und Maschinengewehre im Anschlag hielten. Auch Geschütze waren im Zug zu sehen.
Der Sitz des Abschnittskommandeurs v. Gillhaussen am Mäuerchen wurde durch spanische Reiter abgesperrt, ein Schild verkündete: „Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!" Vor der Absperrung sammelte sich eine erregte Menge. Die Soldaten entsicherten die Gewehre und riefen: „Straße frei!" Die Menschen stoben fort, doch schon wurde hinter ihnen hergeschossen, es gab die ersten Verwundeten.
Der Hauptteil des Freikorps zog unterdes zum Neumarkt, begleitet von den Blicken und Rufen einer feindseligen Menge. Der Neumarkt wurde abgesperrt, das Rathaus besetzt, das Pflaster vor dem Rathaus wurde aufgerissen. Anschließend wurden einige Straßen „gesäubert": mit dem immer wiederkehrenden Ruf: „Fenster zu!" marschierten einzelne Trupps durch; auf Fenster, die sich nicht sofort schlossen, wurde geschossen. Zusammenstöße mit der Menge ereigneten sich fortgesetzt bis in den Nachmittag hinein. Am Realgymnasium schleuderten Soldaten in eine Menge zwei Handgranaten, von denen eine krepierte. Die Truppenführung berief die (bürgerlichen) Zeitfreiwilligen ein (dazu s. oben Seite 98).[237]
Die Funktionäre der Arbeiterparteien entfalteten eine fieberhafte Aktivität. Ihre erste Sorge galt einer Kundgebung, die am Vortag für 15 Uhr auf dem Neumarkt angekündigt worden war. Sie konnten erreichen, daß die auf dem Platz stehenden Truppen für die Dauer der Kundgebung zurückgezogen wurden. Erfolglos blieb dagegen die Frage nach der politischen Stellung der Truppe; die Kommandeure verweigerten darüber jede Erklärung. Zu denken gab, daß die „Bergisch-Märkische Zeitung" (s. oben Seite 113) ungestört ein Extrablatt verbreiten konnte, das die neuesten „amtlichen" Verlautbarungen der Kapp-Regierung enthielt. Die Forderung der SPD nach Verhaftung des Herausgebers der Zeitung blieb unbeachtet.[238]
Anscheinend fühlte sich Gillhaussen zu schwach, um gleichzeitig die

Schwesterstadt Barmen zu besetzen. Hier fand ebenfalls am Nachmittag eine riesige Kundgebung statt.[239]
Im englisch besetzten Solingen hängte am 16. März das USP-Blatt in seinem Geschäftslokal ein Plakat aus, das den Einmarsch der Reichswehr in Elberfeld bekanntgab und die Arbeiter aufforderte, den bedrängten Elberfelder Genossen zu helfen. Was immer damit gemeint sein mochte – die radikale Solinger Arbeiterschaft (überwiegend USP, linker Flügel) nahm es konkret und direkt. Gegen Mittag zogen große Massen, zum Teil mit Knüppeln bewaffnet, in Richtung Elberfeld. Sammelpunkt war Kohlfurth, von wo sich um 14.30 Uhr ein Zug von weit über 1000 Menschen, darunter Frauen und Kinder, in Bewegung setzte.[240]
Eine Meldung davon kam zu General Gillhaussen in Elberfeld. Er befahl Major Gärtner, mit einem Zug Sipo den Solingern den Weg zu verlegen; gleichzeitig wies er Major Lützow in Remscheid an, „dem Gegner mit Panzerwagen in Flanke oder Rücken zu fallen".[241] Die Sipo zog los und bezog Aufstellung in Hahnerberg; im Wasserturm an der Cronenberger Straße stellte sie Maschinengewehre auf.
Inzwischen waren die Solinger bis Cronenberg gekommen. Sie durchsuchten das Rathaus nach Waffen, fanden keine und zogen weiter nach Hahnerberg. Plötzlich der Ruf: „Straße frei!", und ohne eine Sekunde Zeit zu geben, ratterten auch schon die Maschinengewehre der Sipo. (Andere Augenzeugen hörten überhaupt keinen Warnungsruf.) Lähmendes Entsetzen, dann stob die Menge rückwärts. Tote und Verwundete blieben liegen. Um sie zu bergen, besorgten einige Demonstranten bei einer Cronenberger Firma ein Auto. Die Insassen schwenkten ein weißes Tuch, und überdies fuhr das Auto im Schritttempo, um die friedliche Absicht anzuzeigen. Doch es half nichts: die Sipo nahm das Auto unter Feuer; ein mitgefahrener Meister der Firma sank tot im Innern zusammen. Der Chauffeur hielt an, zwei Insassen des Autos liefen erregt zum Kommandeur der Sipo und verlangten Rechenschaft. Dieser richtete eine Maschinenpistole auf sie und erklärte in barschem Ton das Auto für beschlagnahmt; die Toten und Verwundeten sollten ohne Auto abtransportiert werden. Der Chauffeur wollte das Auto jedoch nicht in der Hand der Sipo lassen und setzte es zurück. Diese Sorge um das Eigentum „seiner" Firma kostete einem Menschen das Leben: die Sipo nahm das Auto erneut unter Feuer, das nicht nur das Auto zerstörte: jemand, der hinter

dem Auto Deckung genommen hatte, erhielt einen Beinschuß, konnte nicht mehr weg und wurde durch das Auto zerquetscht. Weitere Versuche, die Toten und Verwundeten zu bergen, vereitelte die Sipo schon im Ansatz; Leute mit einer Fahne des Roten Kreuzes oder mit der Armbinde der Arbeiter-Samariter wurden rücksichtslos beschossen.

Die Sipo durchsuchte die Häuser nach Verdächtigen, vor allem nach Demonstranten, die sich hineingeflüchtet hatten. Die Hausbewohner mußten mit hochgehobenen Händen aus den Häusern treten – wie im Krieg 1914 im besetzten Belgien, so erinnerte ein SPD-Blatt. Viele Personen wurden verhaftet und in Elberfeld und Cronenberg eingesperrt.

Am Abend gab es noch ein Todesopfer. Zwei Solinger Arbeiter versuchten, in blinder Wut über das brutale Vorgehen der Sipo, einen Anschlag auf den Sipo-Kommandeur. Im letzten Moment wurden sie verraten; zwei Sipos schossen sie über den Haufen; der eine kam durch Zufall mit dem Leben davon.[242] Insgesamt kostete das Blutbad in Hahnerberg acht Menschen das Leben, vier Solingern und vier Cronenbergern, darunter unbeteiligten Passanten. Ein fünfter Cronenberger erlag einige Tage später seinen Verletzungen.[243]

Dabei hätte es noch schlimmer kommen können, wenn die von General Gillhaussen aus Remscheid angeforderten Panzerwagen hinzugekommen wären. Major Lützow mißachtete diesen Befehl;[244] anscheinend wollte er seine Kräfte in Remscheid beisammenhalten.

In Elberfeld etablierte sich am selben Tag das übliche Militärregiment. Bei den Absperrungen am Sitz des Abschnittskommandos wurde weiterhin geschossen; mehrere Passanten wurden verwundet.[245] Im Laufe des Abends gab es an zwei Punkten ernste Zusammenstöße. General Gillhaussen hatte angeordnet, daß die (reaktionäre) Einwohnerwehr die Waffen abzugeben habe; vermutlich fürchtete er, daß die Waffen irgendwie in die Hände der Arbeiter fallen könnten. An einer Abgabestelle machte eine Menge den Versuch, die Waffen an sich zu reißen; es wurden Soldaten eingesetzt, die in scharfem Vorgehen die Waffen sicherten.[246] Am späten Abend trieb die städtische Polizei Demonstranten vor dem Gefängnis am Polizeipräsidium auseinander, in das 32 in Hahnerberg gefangene Solinger eingeliefert worden waren. Anschließend wurden auch an anderen Stellen Menschenansammlungen von Polizei und Militär auseinandergetrieben.[247]

General Gillhaussen fühlte sich wie auf einem Pulverfaß. Vor Mitter-

nacht befahl er Major Lützow in Remscheid, am nächsten Morgen mit seinem ganzen Freikorps nach Elberfeld abzurücken. Er plante, mit dieser Verstärkung in Elberfeld gründlich durchzugreifen und anschließend auch Barmen zu besetzen.[248] Dazu kam es jedoch nicht mehr.

Eine Anzahl von Teilnehmern des Solinger Demonstrationszuges hatte sich, nachdem das Gros zusammengeschossen worden war, an der absperrenden Sipo in Hahnerberg vorbeischleichen und nach Elberfeld und Barmen gelangen können. Sie wurden für die Nacht von den dortigen Genossen in einer Ziegelei an der Rudolfstraße in Barmen untergebracht. (Die Straße liegt auf der Hardt, einem Hügel im Norden der Stadt.) Die Sache blieb nicht unbemerkt; Meldungen von verdächtigen nächtlichen Gestalten kamen zur Barmer Polizei, angeblich war sogar ein Polizeiwachtmeister in der dunklen Straße entwaffnet worden. Der Polizeidezernent Beigeordneter Dr. Markull wollte sofort zufassen, verschob das dann aber bis zum nächsten Morgen (17. März).[249]

Um 9.30 Uhr schickte er einen Lkw mit 30 städtischen Polizisten los, die – so wurden sie instruiert – im Gange befindliche Plündereien stoppen und die Verbrecher festnehmen sollten. Die Polizisten schossen sofort auf die überraschten Arbeiter los, sogar mit Maschinengewehren. Arbeiter aus Elberfeld, die mit wenigen Gewehren den Überfallenen zu Hilfe kamen, konnten nichts ausrichten. In kurzer Zeit hatten die Polizisten 80 Gefangene gemacht.

Nun standen sie jedoch vor einem Problem: so viele Gefangene konnten sie nicht abtransportieren, ja nicht einmal auf die Dauer bewachen. Markull schickte einen zweiten Lkw mit Polizisten, die die Bewachung der Gefangenen in der Ziegelei verstärken sollten, und er bat die Sipo in Elberfeld um Abtransport der Gefangenen. Aber jetzt zerbrach Markulls Instrument, die Barmer Polizei. Einmal erfuhren die Polizisten im Gespräch mit ihren Gefangenen, daß sie keineswegs Verbrecher beschossen und gefangengenommen hatten; zum zweiten tauchten immer mehr bewaffnete Arbeiter auf, die die Polizisten unter Feuer nahmen; drittens lag die Ziegelei in einem Arbeiterviertel, und die Polizisten dürften durch die feindselige Haltung der Bevölkerung, die sich auf der Straße ansammelte, unsicher geworden sein; viertens blieb die Sipo aus Elberfeld aus – die Beratungen zwischen Sipo- und Militärkommandanten in Elberfeld zogen sich zu lange

hin. Die Polizisten gaben auf und rannten, beschossen von den Arbeitern, zu ihren Lkws, bis auf einen Rest, der nicht rechtzeitig fortkam und in der Ziegelei eingeschlossen wurde. Die Lkws rasten ins Stadtzentrum zurück. Dabei wurden sie von einer wütenden Menge mit Steinen beworfen; ein Polizist schoß in die Menge und tötete den 20jährigen Sohn eines USP-Stadtverordneten.
Inzwischen hatte sich auch vor der Polizeidirektion eine große Menge angesammelt, die erregt dagegen protestierte, daß die städtische Polizei, die sich bisher den Arbeitern gegenüber bemerkenswert zurückgehalten hatte, nun doch gegen die Arbeiter eingesetzt wurde. Vertreter der SPD und USP verlangten bei der Stadtverwaltung ultimativ unter Hinweis auf die drohende Haltung der Arbeitermassen: Kontrolle der Stadtverwaltung durch Vertreter der Arbeiterschaft wie 1918; Bildung einer Arbeiterwehr, dafür Auflösung der Einwohnerwehr; Amtsenthebung von Markull und Einleitung einer Untersuchung gegen ihn. Die Polizei sollte nicht entwaffnet werden, sondern neben der Arbeiterwehr weiter Dienst tun. Oberbürgermeister Dr. Hartmann gestand die Forderungen zu. Als das Ergebnis der Menge mitgeteilt wurde, schien sie sich zunächst damit zufriedenzugeben; kaum waren die Parteienvertreter fort, stürmte sie jedoch das Polizeigebäude, entwaffnete die Polizei und bemächtigte sich der Waffen der Einwohnerwehr.[250]
Sofort eilten die jetzt bewaffneten Arbeiter zur Verstärkung der kämpfenden Genossen in die Rudolfstraße. Auf der anderen Seite schickten jetzt die Militärs – wie am Vortag in Hahnerberg – die Sipo vor. 100 Mann, die anrückten, konnten sich auf der Straße gegen die Arbeiter nicht halten und besetzten eine Marmeladenfabrik im Ostersbaum, einer Fortsetzung der Rudolfstraße in Richtung Elberfeld, um mit MG-Feuer aus dem Gebäude heraus das Vordringen der Arbeiter aufzuhalten.[251] Es war klar, daß das nicht auf die Dauer gelingen konnte, da die Arbeiter Nebenstraßen benutzen würden; bald würde also auch das Militär ins Feuer müssen.
General Gillhaussen hatte jedoch seine Schwierigkeiten: sein nächtlicher Befehl an Major Lützow, mit seinem Freikorps aus Remscheid nach Elberfeld zu rücken, war von diesem nicht befolgt worden – nach dem Ausbleiben der Panzerautos in Hahnerberg die zweite Gehorsamsverweigerung Lützows gegenüber Gillhaussen. Lützow am Morgen zu Gillhaussen: Er könne die „Entblößung von Remscheid

nicht verantworten", zu deutsch: er wollte erst an seinem Ort militärisch Erfolg haben. Nach einer Auseinandersetzung mit Gillhaussen fand er sich nur zu dem Kompromiß bereit, die I. Abteilung seines Freikorps zu schicken. Um 13 Uhr traf die erste Staffel in Elberfeld ein.[252]
Sie wurde sofort von Gillhaussen zum Entsatz der Sipo-Abteilung eingesetzt; mit Säbel und Bajonett sich in den Kampf stürzend, erfüllte sie diese Aufgabe unter dem Verlust von mehreren Toten. Doch weiter drangen die Arbeiter beiderseits der Hauptkampfstraße vor. Gillhaussen mußte ihnen eine Abteilung Hacketäuer und eine weitere Sipo-Abteilung entgegenwerfen. Aber es half alles nichts: die Arbeiter kämpften sich immer weiter nach Elberfeld hinein vor.[253]
Gegen die bewaffneten Arbeiter unterliegend, terrorisierte das Militär gleichzeitig die unbewaffneten Bewohner, der Hauptkampfstraße. Mindestens zwei Menschen wurden exekutiert, davon einer auf die Denunziation eines Nachbarn hin.[254] Und auch politisch gab das Militär sich jetzt endlich zu erkennen: auf den Lkws war schwarzweiß-rot zu sehen.[255] Die Sipo kesselte in der Nähe des Kampfplatzes eine Menschenmenge ein und führte sie zum Polizeigefängnis ab.[256]
Die Arbeiter auf der anderen Seite wurden angefeuert durch eine Extraausgabe des USP-Blatts, das die Siege in Herdecke und Aplerbeck meldete.[257] Ihrem Siegeswillen hatten Militär und Sipo nichts entgegenzusetzen.
Um 17.30 Uhr warf Gillhaussen – die Elberfelder Polizeiverwaltung erlaubte ihm das – die städtische Polizei in den Kampf. Sie wurde in den Hauptkampfstraßen von der Bevölkerung mit empörten Rufen empfangen: „Bluthunde!" und „Sind das Elberfelder?"[258]
Noch immer spielte Gillhaussen den starken Mann. Um 17 Uhr wurde eine Bekanntmachung von ihm angeschlagen, die zur Ablieferung aller Schußwaffen aufforderte, für Nichtbefolgung Zuchthaus androhte.[259] Um 18 Uhr forderte Oberbürgermeister Hopf, Elberfeld, auf Betreiben des Aktionsausschusses von Gillhaussen den sofortigen Abzug unter Zurücklassung der Waffen. Gillhaussen: Die Truppe werde „bis zum letzten Mann kämpfen".[260]
Lange würden so starke Worte nicht mehr über die Wirklichkeit hinwegtäuschen können – die Niederlage Gillhaussens begann sich abzuzeichnen. Jetzt griffen nämlich Arbeiter von auswärts mit schweren

Waffen in den Kampf ein.[261] Unter den Toten und Verwundeten ermittelte man später Arbeiter aus Voerde bei Hagen, aus Bochum, Wanne und Hattingen.[262] Die Hagener Arbeiter, die vom Kampfplatz in Dortmund nach Hagen zurückkehrten, fuhren zum Teil sofort mit Bahn und Lkws weiter ins Wuppertal.[263]

Gillhaussen verständigte sich mit Watter – die Lage war unhaltbar. Watter ordnete an: Das Bergische Land wird preisgegeben; alle Gillhaussen unterstehenden Truppen, also einschließlich Freikorps Lützow, schlagen sich durch nach Düsseldorf. Doch nun wagte Lützow seine dritte – entscheidende – Gehorsamsverweigerung: er weigerte sich, aus Remscheid abzuziehen. Gillhaussen gab nach. Es wurde vereinbart, daß Gillhaussen Elberfeld preisgeben und nach Remscheid kommen sollte. Dort wollte man die Entscheidungsschlacht gegen die Roten schlagen.[264]

Gillhaussen ging an die Ausführung. Wenn schon nicht bis zum letzten Mann, so wollte er doch noch bis zum letzten Elberfelder Polizisten kämpfen. Er hatte die städtische Polizei in den Kampf geschickt mit der festen Versicherung, er werde um jeden Preis durchhalten. Jetzt zog er, ohne Stadtverwaltung und Leitung der Polizei zu informieren, Truppe und Sipo aus der Kampflinie zurück.[265] Gegen 22 Uhr verließ er mit seiner Streitmacht die Stadt. Im hastigen Aufbruch blieb reichliches Kriegsmaterial zurück, darunter Geschütze. Als die Polizei sah, daß sie hintergangen worden war, streckte sie die Waffen. Noch vor Mitternacht übernahm die organisierte Arbeiterschaft die Macht in Elberfeld.[266]

Der Sieg der Arbeiter in Elberfeld, in der bisherigen Literatur so gut wie unbeachtet, ist vielleicht am besten zu beurteilen bei einem Vergleich mit dem Sieg in Wetter. Beidemal trat zunächst die örtliche Arbeiterschaft mit wenigen Gewehren dem Gegner entgegen; dann kamen Arbeiter einer Nachbarstadt (hier Barmen, dort Hagen) mit Waffen zu Hilfe, die sie der Polizei ihrer Stadt abgenommen hatten. – Die Unterschiede zeigen, daß der Sieg in Elberfeld weit bedeutender war. In Wetter stand den Arbeitern eine relativ kleine Truppe gegenüber, in Elberfeld ein ganzes Freikorps, Sipo und örtliche Polizei; in Wetter war die Truppe von vornherein eingeschlossen, in Elberfeld konnte sie sich frei bewegen und entfalten.

Damit wäre schon erklärt, warum die Verluste der Arbeiter in Elberfeld weit größer als in Wetter waren. Weitere Unterschiede kamen

jedoch noch hinzu. Der Kampfplatz war in Wetter ein von Wohnhäusern relativ abgesondertes Terrain, Bahnhof und Bahnhofsvorplatz, in Barmen-Elberfeld ein dichtbewohntes Arbeiterviertel; der eigentliche Kampf war in Wetter relativ kurz, in Barmen-Elberfeld mußten sich die Arbeiter einen ganzen Tag lang Häuserzeile für Häuserzeile vorkämpfen. – Die unvollständigen Übersichten ergeben, daß auf seiten der Arbeiter (einschließlich der unbewaffneten Arbeiterbevölkerung und der unbeteiligten Passanten) über 50 Menschen getötet worden sind. Die Zahl der verwundeten Arbeiter betrug noch ein Mehrfaches. Auf der anderen Seite: fünf getötete Barmer Polizisten, drei Sipos, mindestens vier Reichswehrsoldaten; die Zahl der toten Elberfelder Polizisten ist unbekannt.
Die Arbeiter-Samariter stellten bei den Verwundeten bisher nicht vorgekommene Arten der Verwundung fest: ihre Listen nennen mehrmals Säbelhieb und Bajonettstich.[267]

Überblicken wir noch einmal die ersten Kämpfe von Wetter bis Elberfeld und heben die Grundzüge hervor, die auch für den Fortgang der Kämpfe wichtig sind.
Wir haben beobachtet, wie die Arbeiter sich ihre ersten Waffen holten, von der Polizei, bürgerlichen Mitgliedern der Einwohnerwehr usw.: in einer defensiven Einstellung und in Beschränkung auf lokale Erfordernisse (Schutz gegen die örtlichen Kräfte der Reaktion). Von da aus kann es nicht überraschen, daß in allen Fällen das Militär den Arbeitern den Kampf aufzwang und den Ort des Kampfes bestimmte. Jedesmal waren die Arbeiter vom Erscheinen des Militärs überrascht. Ohne vorherige Koordination von Stadt zu Stadt standen sie ihm gegenüber.
Je mehr Truppen aber nun in die Städte einmarschieren, um so besser lernten die Arbeiter sich zu koordinieren. Solidarische Hilfe von Ort zu Ort war von Anfang an überall selbstverständlich. Nicht selbstverständlich war in einigen kleineren Orten (Ahlen, Unna) die Alarmierung solcher Orte, die erklärte Zielpunkte der durchfahrenden Truppen waren. Einige größere Städte dagegen wurden zu regelrechten Alarm- und Mobilisierungszentralen: Hagen beim Kampf um Wetter und Herdecke, Hörde beim Kampf um Dortmund. Der Mobi-

lisierungsradius, schon beim ersten Kampf in Wetter recht erheblich, vergrößerte sich weiter von Mal zu Mal.

Auch mit direkten Aktionen ging man über den örtlichen Rahmen hinaus, z. B. beim Kampf um Dortmund, bei dem die Arbeiter der Vororte die Eisenbahnschienen aufrissen, um Lichtschlags Entkommen zu verhindern. Die Koordinierung wurde vervollkommnet zu einer großen gemeinschaftlichen Aktion, als die aus vielen Orten zusammenströmenden Arbeitermassen sich vor Dortmund vereinigten und die große Stadt nach den Kenntnissen, die sie beim Militärdienst und im Kriege erlernt hatten, eroberten.

Zu den Kämpfen selbst. Halten wir die typischen Merkmale fest:

Erstens: Das Militär und die Polizei wurden geführt nach den Prinzipien von Zwang und Gehorsam. Die Arbeiter dagegen kämpften aus Klasseninteresse und aus persönlicher Überzeugung. In mehreren Fällen konnten daher die Arbeiter den Gehorsamsmechanismus der Gegner agitatorisch „zersetzen" (Wetter, Herdecke, Elberfeld).

Zweitens: Wo das Militär einrückte, erschien es als der äußere Feind, und dies nicht nur in dem äußerlichen Sinne, daß es jedesmal als fremde Macht von außerhalb einmarschierte. Als Herausforderung und Einmischung wurde das Erscheinen des Militärs besonders in dem Moment empfunden, in dem die Arbeiter zum ersten Mal im Generalstreik die Isolierung der Gruben- und Fabrikarbeit durchbrachen und in den Massenversammlungen und Demonstrationszügen ihre eigene Macht erfuhren. Dem Militär haftete von vornherein das Odium des Unruhestifters an. Um so aufreizender wurde es empfunden, wenn die Truppenführer das Gegenteil behaupteten, nämlich Ordnungsfaktor zu sein – abgesehen davon, daß solche Behauptungen an den Erfahrungen gemessen wurden, die die Arbeiter in den anderthalb Jahren seit der Revolution mit dem Militär gemacht hatten.

Drittens: Die bewaffneten Arbeiter und die nichtbewaffnete Arbeiterbevölkerung waren sich in ihrer mißtrauischen und haßerfüllten Haltung gegenüber Militär und Polizei völlig eins. Die bewaffneten Arbeiter bewegten sich also in einem ihnen äußerst günstigen sozialen Milieu. So trug in Elberfeld-Barmen bereits die feindselige Haltung der nichtbewaffneten Bevölkerung wesentlich zur Verunsicherung der Barmer und der Elberfelder städtischen Polizei bei.

Viertens: Ihre Waffen holten sich die Arbeiter im wesentlichen vom Gegner.

1 Errettung, S. 66–69, 88 f.
2 Errettung, S. 95–97, 100, 110; Mahnken, Batterie Hasenclever, S. 134 f.
3 VstH, 1920-03-10, -13; OB Cuno in Stvv-Vers. Hagen am 26. April 1920 – VstH, 1920-04-27; Cuno, S. 3 a, 3 b; Ernst, S. 5.
4 Cuno, S. 3 a, 3 b, 4 a.
5 VstH, 1920-03-15; Ernst, S. 6; Stens in Hag Ztg, 1920-03-30, Mo; Cuno, S. 1 a; Lambers, S. 98.
6 Ernst, S. 6–8; Colm, S. 28 (Mitteilung von Ernst); VstH, 1920-03-15; Cuno, S. 1 a, vgl. S. 1 b. Ludwig auf dem USP-Parteitag in Leipzig: Prot. S. 388 f.
7 Cuno, S. 1 a, 1 b.
8 Cuno, S. 1 b.
9 VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), sämtlich 1920-03-15; Cuno, S. 1 b, 2 a; Stens in Hag Ztg, 1920-03-30, Mo; Colm, S. 28; Lambers, S. 98.
10 VstH, 1920-03-15, -16; Hag Ztg, Mo, u. Wdt VZ, 1920-03-15; Cuno, S. 2 a; Lambers, S. 99.
11 Cuno, S. 2 b; Colm, S. 28 f. Daß Cuno in Münster anfragte, geht aus seinen Ausführungen in der Stvv-Vers. Hagen am 15. März hervor – Hag Ztg, 1920-03-16, Mo. Zur Unmöglichkeit, das Rathaus zu verteidigen, s. auch Cuno, S. 4 a.
12 Cuno, S. 2 b.
13 Stens in Hag Ztg, 1920-03-30, Mo; Cuno, S. 3 a – 4 b, vgl. Colm, S. 29; Hag Ztg, 1920-03-15, Mo. Das Zitat aus dem „Tageblatt" bei Ludwig in VstH, 1920-04-23, u. Lambers, S. 99.
14 Hag Ztg, 1920-03-15, Mo u. Ab.
15 StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 25 (Prozeßbericht).
16 Hag Ztg, 1920-03-15, Ab; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 25 (Prozeß des „Tageblatts"); Ludwig in VstH, 1920-04-23; Cuno, S. 4 a, 4 b; Lambers, S. 99 f.
17 NFP, 1920-03-16 (in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 37); Ernst, S. 12. WTB-Meldung in VstH u. Wdt VZ, 1920-03-15.
18 Hag Ztg, 1920-03-15, Ab; NFP, 1920-03-16 (in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 37); Cuno, S. 4 b, 5 a; Severing, S. 146; Colm, S. 30.
19 Ernst, S. 12 f.; Lambers S. 100 f.
20 Sipo: Errettung, S. 90, 110. Einwohnerwehr: Teuber, Nr. 41, 1926-10-14. Stühmeyer: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1919, S. 65. Stärkeverhältnis SPD : USP: Statistik der Reichstagswahl 1920, 2. Heft, S. 49.
21 Vbl, 1920–03-13, Extrablatt; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 80; Wdt VZ, 1920-03-14.
22 Ff Ztg, Nr. 199, 1920-03-14; Mk Spr, 1920-03-15; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 80; Schabrod, S. 18 f.
23 J. Czappa in Vbl, 1920-04-23; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 80; Mk Spr, 1920-03-15; Schabrod, S. 19.
24 Ff Ztg, Nr. 200, u. Mk Spr, 1920-03-15; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa

336, Bl. 80 f.; Teuber, Nr. 43, 1926-10-28.

25 Ff Ztg, Nr. 200, 1920-03-15.

26 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 80.

27 Erklärung von Flaskamp, 22. März 1920, in Mk Spr, 1920-03-23; nachgedruckt von Teuber, Nr. 41, 1926-10-14.

28 Der Zeitpunkt des Eintreffens des Zuges nach der Erklärung von Flaskamp; das Weitere nach STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 81.

29 Czappa in Vbl, 1920-04-23; Mk Spr, 1920-03-15.

30 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 81.

31 Teuber, Nr. 43, 1926-10-28; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 81, 83; Mk Spr u. Ff Ztg, Nr. 200, 1920-03-15.

32 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 81. Das Abkommen: ebd., Bl. 86; Mk Spr, 1920-03-17; Spethmann, S. 334; Brauer, S. 60 (mit einer abstrakten, nicht auf die Situation bezogenen Beurteilung).

33 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 76; StA Witten: Bericht von Verwaltungsdirektor a. D. Blome, 1951, Bl. 47 f.

34 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 76.

35 StA Witten: Personalnebenakte Karl Stemmer, Az. 881 ZZ, Bestand Bommern; Wdt VZ, 1920-03-04; VstH, 1920-02-24, 1920-03-11; Wintzer in Ess Allg Ztg, 1920-04-09; Erinnerungen und Ermittlungen von Herrn Amtmann a. D. Freund, Witten-Bommern.

36 Vielleicht am kennzeichnendsten für Stemmer ist sein Artikel „Die wilde Jagd", in VstH, 1919-09-02. Vgl. die weiteren Artikel „Steigerung der Produktion" in VstH, 1919-08-18; „Der Eid auf die Verfassung", in VstH, 1919-08-22; „Die Verschuldung Europas – Friedensvertrag – Arbeit! Französische Kolonie oder Weltrevolution", in VstH, 1920-02-21.

37 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 76 f.; Witt Tbl, 1920-03-15; StA Witten: Bericht von Verwaltungsdirektor a. D. Blome, 1951, S. 48. Am 13. März hatte Watter zentral verfügt, daß sein Aufruf durch Kuriere überbracht werden solle – STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171.

38 StA Witten: 1. 16. 5 A.

39 StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.

40 Ebd., darin: Bericht der Polizeiverwaltung Wetter an die Staatsanwaltschaft Hagen, 27. März 1920, und Aufruf des „Exekutiv-Komitees" vom 14. März 1920; vgl. Wdt VZ, 1920-03-27, und „Der 15. März in Wetter-Ruhr", in: StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 25. Meldung des USP-Blatts: VstH, 1920-03-15.

41 StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742, Bericht der Polizeiverwaltung Wetter, 27. März 1920.

42 Die Meldung nach Münster ergibt sich v. a. aus Hasenclevers Erklärungen nach seinem Eintreffen in Wetter (siehe S. 166); vgl. Severing, Wie es kam!, S. 5. Zu Bönnhoff s. seinen Brief vom 27. April 1920 aus Bad Godesberg an den Bürgermeister von Wetter, Winkelmann, in StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742. WTB meldete am 15. März aus Hagen, die Batterie Hasenclever sei „auf Anruf gewisser industrieller Kreise" entsandt worden (Hsp Ztg, KZ [Nr. 258], 1920-03-16); VstH, 1920-03-19:

„einige reaktionäre Dunkelmänner" hätten „nach Münster gemeldet, daß in Wetter die Räterepublik ausgerufen worden sei"; Ludwig nannte Bönnhoff namentlich vor dem a. o. Parteitag der USP, Westliches Westfalen – VstH, 1920-04-26.

43 Mahnken, Batterie Hasenclever, S. 134 f.; Errettung, S. 96 f., 100. Vgl. Hauptmann Langes Erklärung am 16. März in Hagen über Watters Marschbefehl – NFP, 1920-03-17 (in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 36).

44 Sauter, S. 381; „Der 15. März in Wetter-Ruhr", in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 25; O. Ahrendt in: Westfälische Neueste Nachrichten, 16. März 1935 (hat eine etwas niedrigere Gesamtzahl); Mahnken, Batterie Hasenclever, S. 136; Errettung, S. 97.

45 Todesanzeige der Familie Hasenclever in MA, Nr. 140, 1920-03-21; StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.

46 MZ, 1920-03-18.

47 Severing, S. 138, 143.

48 Wie Anmerkung 44; dazu Auskunft von Herrn Amtmann a. D. Freund, Witten-Bommern.

49 Mahnken, S. 136.

50 Hellkötter, S. 8.

51 Schmidt in Vwt, 1920-03-26; vgl. Sauter, S. 381.

52 Witten: Auskunft von Herrn Freund. Uhrzeit: Mahnken und „Der 15. März...", a. a. O.; ferner Polizeiverwaltung Wetter, 27. März 1920, in StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742, u. Colm, S. 32; eine abweichende Uhrzeit geben Ahrendt, a. a. O., und von ihm abhängig Errettung, S. 97. Fahne: „Der 15. März...", a. a. O.; Mahnken, S. 138; Ernst, S. 15.

53 Polizeiverwaltung Wetter, a. a. O.

54 Bürgermeister Winkelmann an Regierungspräsident Arnsberg, 22. März 1920, in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 335, Bl. 593 = StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.

55 „Der 15. März...", a. a. O.

56 Prot. Erklärung von Kriegesmann, 20. Sept. 1950, in StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742 (nach den anderen Quellen in dem einen Punkt zu korrigieren, daß nicht mehrere MGs hinausgereicht wurden); Colm, S. 34.

57 Darstellung des Wehrkreiskommandos, in Wf Mk, 1920-03-25, Ab; „Der 15. März...", a. a. O.; Kriegesmann, a. a. O.; Colm, S. 34; Mahnken, S. 136.

58 Colm, S. 32–34 (nach Mitteilung von Bürgermeister Winkelmann). Zur Quartierfrage ferner: Ahrendt, a. a. O., und Ipsen in Stvv-Vers. Wetter am 20. März 1920 – Wdt VZ, 1920-03-27. Daß Hasenclever sich schließlich auf den Boden von Lüttwitz stellte, ist auch durch Cuno, S. 5 a, und Kriegesmann, a. a. O., belegt. Das Urteil im Prozeß Watter/Schiff nimmt es als erwiesen an (Spethmann, S. 341).

59 Cuno, S. 5 a; Colm, S. 33 f.; Ahrendt, a. a. O.; Sauter, S. 381; Errettung, S. 97 f.

60 Cuno, S. 5 a.

61 Wdt VZ, 1920-03-16; Cuno in öff. DDP-Vers., Dortmund, 25. April 1920 – Do GA, 1920-04-27; Cuno, S. 5 a.
62 Ernst, S. 13; Cuno, S. 5 a; Hag Ztg, 1920-03-15, Ab; Lambers, S. 100 f.
63 Ernst, S. 13.
64 Ernst, S. 14; Cuno, S. 3 f., 6 a.
65 Cuno, S. 5 a, 5 b.
66 S. 5 b.
67 Stens in öff. DDP-Vers., Dortmund, 25. April 1920 – Do GA, 1920-04-27.
68 Cuno, S. 5 b.
69 S. 5 b, 6 a.
70 Ernst, S. 14 f.
71 Ahrendt, a. a. O.; Sauter, S. 381; „Der 15. März ...", a. a. O.; Kriegesmann, a. a. O.; Mahnken, S. 136; Errettung, S. 97 f.
72 Cuno, S. 6 a; Mahnken, a .a .O.
73 Polizeiverwaltung Wetter, a. a. O.
74 Ahrendt, a. a. O.; Sauter, S. 381 f.; Darstellung des Wehrkreiskommandos, a. a. O.; Extrablatt der NFP, 18 Uhr, in Wdt VZ, 1920-03-16; „Der 15. März ...", a. a. O.; Errettung, S. 98 f.
75 Cuno, S. 6 a; Colm, S. 34; Errettung, S. 100.
76 Cuno, S. 6 a; Bericht der Polizeiverwaltung Wetter vom 27. März 1920, Ergebnis der Leichenschau vom 17. März 1920, Aussagen von Gendarmerie-Wachtmeister Potthoff, Leutnant Baum, Bahnassistent Dunkel, Bahnwärter Barbe, Schlosser Huneck, sämtlich in StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742; Darstellung des Wehrkreiskommandos, a. a. O.; Ahrendt, a. a. O.; Sauter, S. 382; Errettung, S. 99.
77 VstH, 1920-03-16; Ernst, S. 15; Colm, S. 34.
78 StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742; Zahl und Namen stimmen überein mit der von Hauptmann Lichtschlag aufgegebenen Todesanzeige, in Wf Mk, 1920-03-24, Ab. Zeitangabe nach der Aussage des Bahnwärters Barbe, a. a. O.
79 VstH, 1920-03-19; Todesanzeigen in Hsp Ztg, 1920-03-18.
80 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-13.
81 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 133; ebd.: Kr. Beckum, Landratsamt 73; StA Gladbeck: C 188 (Plakat); Spethmann, S. 111 f.; u. ö.
82 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
83 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 128.
84 STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 176.
85 Zusammenfassung von Aussagen mehrerer Freikorpsmitglieder, in VstH, 1920-03-19; Brief eines Freikorpsmitglieds, ebd.; Aussage Roß in FPE u. VstH, 1920-03-24; Aussage Klein in VstH, 1920-03-25; Protokoll eines Truppengerichts vom 14. März 1920, in FPE u. VstH, 1920-03-24, VfrR = Vbl, 1920-03-26. – Stärke der ausrückenden Truppe: Zuschrift aus Offizierskreisen des Bataillons, in Wf NN, 1920-03-22.
86 Wf NN u. Wf Ztg, 1920-03-19; Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O. Bestechungsversuch: Aussage Roß, a. a. O.

87 STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73; Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O.
88 Zeitpunkt: Ernst, S. 15, dazu Cuno, S. 6a, nach dem die Nachricht von der Ankunft der Truppe in H. um 20 Uhr in Hagen eintraf. Das Weitere nach der Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O., und nach der Erklärung des Offizierkorps des Bataillons, in Wf Ztg, 1920-03-22 = Vwt u. Wf NN, 1920-03-23.
89 Aussage Roß, a. a. O.; Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O.; Schnettler, S. 315 (falsche Datierung auf 13. März).
90 Wdt VZ u. Hag Ztg (Mo), 1920-03-16; Cuno, S. 7a; Erklärung des Offizierkorps und Aussage Roß, a. a. O.; Colm, S. 35; Lambers, S. 102.
91 Wdt VZ u. Hag Ztg (Ab), 1920-03-16; Cuno, S. 6a.
92 Cuno, S. 6b.
93 VfrR = Vbl, 1920-03-17 (Bericht und Leitartikel); VstH, 1920-03-17; vgl. Erklärung des Offizierkorps, a. a. O.
94 Hag Ztg, 1920-03-16, Ab; Wdt VZ u. Hag Ztg (Mo), 1920-03-17.
95 VfrR = Vbl, 1920-03-17; Ernst, S. 16; Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O.; „Der 15. März ...“, a. a. O.; Schnettler, S. 315.
96 StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 27; Cuno, S. 6b.
97 StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 26; Cuno S. 6b, 7a.
98 StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 28 = Lambers, Bildteil, S. 7 (die Fotokopie ist falsch datiert!); Cuno, S. 7a.
99 Cuno, S. 7a, 7b.
100 Siehe S. 189.
101 Wdt VZ u. Hag Ztg (Mo), 1920-03-17; Cuno, S. 7b (über Ludwig); Zuschrift aus Offizierskreisen u. Erklärung des Offizierkorps, a. a. O.; Schnettler, S. 315; Errettung, S. 100; Lambers, S. 102.
102 Erklärung der Vertrauensleute der gefangenen Mannschaften des Freikorps, in VstH, 1920-03-19, u. WAVZ, 1920-03-22, gekürzt in RhW Ztg, Nr. 195, 1920-03-22, u. Severing, S. 148; Aussage Roß, a. a. O.
103 VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), VfrR = Vbl, sämtlich 1920-03-17; NFP, 1920-03-17 (in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 36); Cuno, S. 7b, 8a; Ernst, S. 16; Colm, S. 35; Zuschrift aus Offizierskreisen u. Erklärung des Offizierkorps, a. a. O.; Schnettler, S. 315 f.; Errettung, S. 101; Lambers, S. 102.
104 Wdt VZ, 1920-03-17, -18; Todesanzeigen in VstH, 1920-03-19, -20, -22.
105 Lün Ztg, 1920-03-15.
106 StA Lünen: Abt. 11, Fach 68, Bd. II.
107 Bericht aus mil. Quelle in Westf. Volksblatt, nachgedr. in Lün Ztg, 1920-03-26; Errettung, S. 105. Stärke der Truppe: Darstellung des VRs Unna, in Hw Anz, 1920-03-17.
108 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 363 (Bericht d. Bürgermeisters Unna, 2. Dezember 1919).
109 Hw Anz, 1920-03-15; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 37.
110 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 363 (Bericht d. Kreisrats Hamm, 16. Februar 1920).

111 Kam Ztg, 1920-03-16; Hellkötter, S. 2 f.; STAM: Kr. Hamm (Unna), Landratsamt A, 1028.
112 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 29.
113 Haase, Tagebuch, S. 78 f.; ders., Schüsse, 1960-03-18; Kam Ztg u. Trem, 1920-03-19.
114 Darstellung des VRs Unna, in Hw Anz, 1920-03-17. Hellkötter, S. 6, der diese Darstellung kritisiert, verwechselt das Ereignis mit dem Kampf bei Hemmerde am 31. März 1920.
115 Kam Ztg, 1920-03-16; Kam Ztg, 1920-03-17, z. T. nachgedr. in Do Ztg, Nr. 124, 1920-03-19, gekürzt in Trem, 1920-03-19; Sitzung von Magistrat und Stvv-Vers. Kamen am 16. März 1920 – Kam Ztg, 1920-03-17; Darstellung des VRs Unna, a. a. O.; Haase, Tagebuch, S. 80; ders., Schüsse, 1960-03-18; Lehnemann in der Konferenz in Bielefeld, 23. März 1920 – Wf NN, Wf Ztg, Vwt, 1920-03-24; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 27; Hellkötter, S. 3–8; Bericht aus mil. Quelle in Westf. Volksblatt, nachgedr. in Lün Ztg, 1920-03-26, hiervon im wesentlichen abhängig: Errettung, S. 105 f.
116 Kam Ztg, 1920-03-17 (Bericht der Zeitung u. Ausführungen v. Bürgermeister Wiesner in der Stvv-Vers.).
117 Darstellung des VRs Unna, a. a. O.; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 37 f.; Bericht aus mil. Quelle, a. a. O.; Errettung, S. 106.
118 WAVZ, 1920-03-18, zit. in VfrR = Vbl, 1920-03-19; Achtzehn Tage, S. 2–5; Severing, S. 157.
119 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
120 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 363; v. Heeringen am 15. März 1920 gegenüber Regpräs König – Darstellung Königs im NL Severing: A 3.
121 Aufstellung vom 10. März 1920, in StA Dortmund: Do n 476. Ehrenamtlichkeit: Merkblatt vom 13. Aug. 1919, in StA Dortmund: Do n 462.
122 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21; MA, Nr. 706, u. MZ, 1918-12-25; Schulte, Bd. I, S. 307; Errettung, S. 26, 255; Trem, 1920-03-15; StA Dortmund: Do n 337.
123 Trem, 1920-03-15.
124 Belege für die extreme Frontstellung der Dortmunder SPD-Führung gegen links gibt die folgende Analyse des Kampfes um Dortmund, ferner die angekündigte Darstellung der Revolutionszeit 1918/19 im Ruhrgebiet.
125 Internes Merkblatt der Einwohnerwehr vom 13. Aug. 1919, in StA Dortmund: Do n 462.
126 Trem, 1920-03-15.
127 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
128 Zuschrift Kohn in Trem, 1920-04-30; Vorschlag Eilers durch SPD auch laut Trem, 1920-03-15. Vgl. Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
129 Zuschrift Kohn in Trem, 1920-04-30.
130 Statistik d. Reichstagswahl 1920, 2. Heft, S. 48.
131 Meinberg in öff. KPD-Vers., Dortmund, 15. August 1920 – STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262.

132 STAD: Reg. Düsseldorf, 15 708; öff. USP-Vers., Hörde, 25. November 1918 – Do GA, 1918-11-27; MV der USP Dortmund, 13. Febr. 1919 – FrM, 1919-02-12, -15; Zuschrift Jacoby in WAVZ, 1919-03-01; Zuschrift Linke in WAVZ, 1919-04-03; Do GA, 1919-04-04; WAVZ, 1919-04-05; Bericht vom 11. April 1919 in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 342; Adreßbuch Dortmund 1919/20; Do GA, 1920-03-15; WAVZ, 1920-04-21; Severing, S. 241 f.

133 Ernst, S. 10; weitere Belege in der angekündigten Darstellung der Revolutionszeit 1918/19. Herr Dörnemann, Dortmund, der bei den Vorarbeiten für seine Dissertation Gespräche mit dem inzwischen verstorbenen Vorsitzenden der IG Bergbau, August Schmidt, führte, kam dabei zu einem ähnlichen Urteil über dessen Verhältnis zu Meinberg (mündl. Auskunft gegenüber dem Vf.).

134 Flugblätter: Do GA u. RE, 1920-03-15; Spethmann, S. 108. Versammlung und Demonstration: Do GA, Trem, RE, 1920-03-15; Do Tbl, Nr. 88, 1920-04-08. Zusammenstoß am Gefängnis und Befreiung Meinbergs: Do GA, Trem, RE, 1920-03-15; Colm, S. 35.

135 Do GA u. Trem, 1920-03-15.

136 Trem u. Do GA, 1920-03-15; Ernst, S. 8–10; Meinberg in öff. KPD-Vers., Dortmund, 15. Aug. 1920 – STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262; Achtzehn Tage, S. 4; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.

137 Ernst, S. 9 f.

138 S. 10.

139 Ebenda; Do GA, 1920-03-15.

140 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336.

141 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.

142 Ebenda; WAVZ, 1920-03-17; Schmidt in Vwt, 1920-03-26; Achtzehn Tage, S. 1.

143 Do GA u. WAVZ, 1920-03-16.

144 Do GA, 1920-03-15; Trem, Do GA, Do Tbl, Nr. 62, sämtl. 1920-03-16.

145 WAVZ, Trem, Do GA, Do Tbl, Nr. 62, Ff Ztg, Nr. 203, sämtlich 1920-03-16; StA Dortmund: Do n 479; Schmidt in Vwt, 1920-03-26; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21; Brauer, S. 29.

146 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.

147 WAVZ u. Do GA, 1920-03-16.

148 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.

149 Do Tbl, Nr. 62, Do GA, WAVZ, 1920-03-16; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.

150 Bildung des AAes nach dem blutigen Zusammenstoß: WAVZ, 1920-03-16. Aufruf: Trem u. Do Tbl, Nr. 62, 1920-03-16, kurz in WAVZ, 1920-03-16. Verfasserschaft Ernsts: Ernst, S. 11, außerdem der Begriff „Volksrechte“ und der ganze Duktus des Aufrufs.

151 Ernst, S. 8. Bekanntgabe am 14. März in Dortmund: Trem, 1920-03-15; in Lünen: Lün Ztg, 1920-03-15. In Dortmund verteiltes Flugblatt: Do GA u. Trem, 1920-03-15.

152 WAVZ, 1920-03-16, -17; Do GA u. Trem, 1920-03-16.

153 WAVZ, 1920-03-17.
154 Do GA u. Trem, 1920-03-16.
155 WAVZ, 1920-03-17.
156 Severing, S. 143.
157 VstH, 1920-06-15.
158 Errettung, S. 101.
159 Ernst, S. 28. Am 16. März ca. 7 Uhr wies OB Cuno die USP-Führer von Hagen „auf die Möglichkeit" hin, „daß das Korps Schulz aus Mülheim den vor Herdecke stehenden Arbeitern in den Rücken geworfen wird". (Cuno, S. 7b.) Es ist anzunehmen, daß Cuno in seinem letzten Telefonat mit dem Wehrkreiskommando um 5.40 Uhr (S. 7a) darauf aufmerksam gemacht worden war.
160 Errettung, S. 101 f.; vgl. WAVZ, zit. VfrR = Vbl, 1920-03-19.
161 Darstellung Königs im NL Severing: A 3; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
162 Trem = Witt VZ, 1920-03-18; vgl. Zuschrift der DDP Hörde, in Do Ztg, Nr. 151, 1920-04-08.
163 Trem = Witt VZ, 1920-03-18; OB Eichhoff in Stvv-Vers. Dortmund, 12. April 1920 – Do GA, 1920-04-13, u. Do Ztg, Nr. 167, 1920-04-17; Darstellung Königs im NL Severing: A 3; Errettung, S. 102.
164 Trem, 1920-03-17; WAVZ, zit. VfrR = Vbl, 1920-03-19; RF-Do, 1920-03-27; Zuruf in öff. DDP-Vers., Dortmund, 25. April 1920 – Do GA, 1920-04-27.
165 Darstellung Königs im NL Severing: A 3; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-25/26.
166 Lün Ztg u. Hw Anz, 1920-03-17; Rwt, 1920-03-18; Severing, S. 151; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21.
167 Stens in Hag Ztg, 1920-04-16, Ab.
168 Darstellung Königs in Severing, S. 154.
169 Zuschrift der DDP Hörde, in Do Ztg, Nr. 151, 1920-04-08; OB Schmidt in Stvv-Vers. Hörde – Hö Vbl, 1920-04-15; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-25/26.
170 VstH, 1920-03-24.
171 Hag Ztg, 1920-03-17, Mo. Kurz auch in VstH, 1920-03-17; Wdt VZ, 1920-03-18; Cuno, S. 8a.
172 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336.
173 Freikorps Lichtschlag, S. 6; Errettung, S. 102.
174 Darstellung Königs in Severing, S. 154 f. Notiz über das Scheitern der Verhandlungen in Schwerte auch bei Cuno, S. 8b.
175 Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-25/26.
176 Freikorps Lichtschlag, S. 6; VfrR = Vbl, 1920-03-17; Cuno, S. 8b; Haase, Schüsse, 1960-03-18, Eintragung v. 24. März 1920; Colm, S. 36; Errettung, S. 103. Tote auf seiten der Arbeiter: Todesanzeige für G. Rose in VstH, 1920-03-20; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 41; Todesanzeigen für W. Stuhlmann in Hö Vbl, 1920-03-19; Maasch in Do Tbl, 1920-03-19.

177 Trem = Witt VZ, 1920-03-18.
178 So auch Schmidt in Vwt, 1920-03-26.
179 WAVZ, zit. VfrR = Vbl, 1920-03-19; Schmidt, a. a. O.
180 Do GA (Publikations-Organ usw.), 1920-03-18; OB Eichhoff in Stvv-Vers. Dortmund, 12. April 1920 – Do GA, 1920-04-13. Dazu Do GA, 1920-03-17; Trem = Witt VZ, 1920-03-18; Maasch in Do Tbl, 1920-03-19.
181 Errettung, S. 103. Vgl. OB Eichhoff in Stvv-Vers. Dortmund, 12. April 1920 – Do GA, 1920-04-13; Freikorps Lichtschlag, S. 6. Aufgerissene Schienen: NFP, 1920-03-17, Extrablatt 19 Uhr, in Lambers, Bildteil, S. 8; Trem = Witt VZ, Do Tbl, Nr. 64, Wdt VZ, sämtlich 1920-03-18; Maasch in Do Tbl, 1920-03-19; Colm, S. 36.
182 Darstellung Königs in Severing, S. 155.
183 Hö Vbl, 1920-03-18; Maasch in Do Tbl, 1920-03-19; ferner Bericht Cunos (s. unten Anm. 189). Aufmarsch der Einwohnerwehr (Arbeiterwehr) Barop: Aussage d. Bergmanns Schachtsiek in StA Dortmund: Best. 12, II r 4; der Einwohnerwehr Eichlinghofen: VstH, 1920-03-24.
184 Maasch in Do Tbl, 1920-03-19.
185 Do GA (Publikations-Organ usw.), 1920-03-18.
186 Do GA (Publikations-Organ usw.) u. Trem, 1920-03-18; Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04; Errettung, S. 104.
187 Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04.
188 Trem = Witt VZ, Do GA (Publikations-Organ usw.), Wdt VZ, sämtlich 1920-03-18; Colm, S. 36 f.; v. Winterfeld, S. 182; Freikorps Lichtschlag, S. 6; Errettung, S. 103 f. – v. Heeringen: Do Tbl, Nr. 88, 1920-04-08.
189 Hagener Delegation: Bericht Cunos in Wdt VZ = VstH, 1920-03-18; nachgedr. in Do GA, Nr. 80, 1920-03-20 = Do Ztg, Nr. 127, 1920-03-21; dasselbe mit Ergänzungen in Cuno, S. 9 f.; Zuschrift Cuno in Wf Tbl, 1920-04-15; Stens in Hag Ztg, 1920-04-16, Ab. – Stemmer und Balschun: Trem = Witt VZ, 1920-03-18. – Bormann und Sicherheitswehr: Darstellung der Sicherheitswehr in Do Tbl, Nr. 88, 1920-04-08; Zuschrift in Do GA, Nr. 120, 1920-05-01; Bormann in öff. KPD-Vers., Dortmund, 15. Aug. 1920 – STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262. – Feuereinstellung um 12.30 Uhr: StA Dortmund: Do n 141.
190 Freikorps: Todesanzeige, aufgegeben von Hauptmann Lichtschlag, in Wf Mk, 1920-04-16, Mo. – Polizei: StA Dortmund: Do n 479.
191 Todesanzeigen in Hö Vbl, VstH, Witt Tbl, 1920-03-20; St(einkamp) in VfrR = Vbl, 1920-03-18; Mk Spr, 1920-03-19; Sterberegister der Ev. Kirchengemeinde Bommern, 1920/19; Ermittlungen von Herrn Amtmann a. D. Freund, Witten-Bommern, in Witten und Vororten.
192 Do GA (Publikations-Organ usw.), 1920-03-18; Bericht Cunos (s. Anm. 189). Verpflegung: Bescheinigungen in StA Dortmund: Do n 141.
193 Bericht Cunos (s. Anm. 189); NFP, 1920-03-17, Extrablatt 19 Uhr, in Lambers, Bildteil, S. 8; Wdt VZ, 1920-03-18, nachgedr. in VstH, 1920-03-18; Meldung der Einwohnerwehr Wellinghofen, 17. 3., 16.45 Uhr, in StA Dortmund: Best. 17, L n 5/1.

194 VstH, 1920-03-24.
195 WAVZ, 1920-03-18, zit. in VfrR = Vbl, 1920-03-19.
196 NFP, 1920-03-17, Extrablatt 19 Uhr, in Lambers, Bildteil, S. 8; Meldung des Arbeiter- und Soldatenrats Hörde, in MZ, 1920-03-18, u. ö.
197 Lün Ztg, 1920-03-20.
198 Errettung, S. 104; Meinberg in öff. KPD-Vers., Dortmund, 15. Aug. 1920 – STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262. Über diesen Vertrauensmann, Leutnant d. R. Herwig, s. auch Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21, und Stens in öff. DDP-Vers., Dortmund, 25. April 1920 – Do GA, 1920-04-27.
199 VstH, 1920-03-22; Balschun in d. Konf. v. Vertretern der ARe aus Bochum u. umliegenden Orten, Bochum, 21. März 1920 – FPD, 1920-03-22; Belzer in Stvv-Vers. Witten – Hrn Anz, 1920-03-27; Stens in Hag Ztg, 1920-04-16, Ab; Stens in öff. DDP-Vers., Dortmund, 25. April 1920 – Do GA, 1920-04-27; Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-21, 1927-07-04. Lichtschlags Tagesbefehl wurde veröffentlicht in VstH u. VfrR = Vbl, 1920-03-22; AZE, 1920-03-24; Volkswille (Münster), 1920-03-25, s. Wf Mk, 1920-03-27, Ab.
200 Hag Ztg, 1920-03-19, Mo; Zeitpunkt korrigiert nach d. Artikel von Ernst, s. folgd. Anm.
201 Artikel d. „Verteidigungs-Kommission“, i. A. Ernst, 18. März 1920, in VstH, Hag Ztg (Mo), Wdt VZ, 1920-03-19.
202 Erklärung der Vertrauensleute der gefangenen Mannschaften des Freikorps Lichtschlag, in VstH, 1920-03-19, u. WAVZ, 1920-03-22; vier schriftliche Erklärungen von Verwundeten, in VstH, 1920-04-08.
203 Cuno, S. 8a.
204 Wf NN, 1920-03-20; Zuschrift aus Offizierskreisen d. II. Batl. d. Freikorps Lichtschlag, in Wf NN, 1920-03-22; Cuno, S. 8a; vgl. Hag Ztg, 1920-03-17, Mo.
205 Erklärung d. Offizierkorps d. II. Batl. d. Freikorps Lichtschlag, in Wf Ztg, 1920-03-22 = Vwt u. Wf NN, 1920-03-23.
206 Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O.; vgl. NFP, 1920-03-17 (in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 36).
207 Text d. Erklärung: VstH, 1920-03-19; WAVZ, 1920-03-22; gekürzt in RhW Ztg, Nr. 195, 1920-03-22, u. Severing, S. 148. Umstände der Abgabe: Zuschrift Otto Fischer in VstH, 1920-04-23.
208 FPE u. VstH, 1920-03-24; VfrR = Vbl, 1920-03-26.
209 FPE u. VstH, 1920-03-24.
210 VstH, 1920-03-25.
211 VstH, 1920-03-19.
212 Ebenda.
213 Vwt, 1920-03-22; Cuno, S. 8a; Zuschrift aus Offizierskreisen, a. a. O.; G. Reddemann in der „Westfalenpost“, 1961-04-22/23.
214 „Der 15. März in Wetter-Ruhr“, in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 25; Zahl der Offiziere nach d. Bericht d. Polizei Wetter, in StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742. Vgl. Ahrendt, in WfNN, 1935-03-16.

215 Lambers, S. 103 (nach zwei Interviews); ein Beispiel ist noch aktenmäßig nachzuweisen: StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Erledigte Schadenersatzansprüche (Aug. Kämper, 17 Jahre, aus Hochlarmark).
216 Vwt, 1920-03-22.
217 Ernst, S. 45.
218 Erklärung von Roß in Wf NN, Wf Ztg, Vwt, 1920-03-20. Auseinandersetzungen in der Kaserne: Vwt u. Wf NN, 1920-03-22; Zuschrift einer Deputation d. Freikorps in Vwt, 1920-03-24.
219 Vwt u. Wf NN, 1920-03-22.
220 Wf NN, 1920-03-26.
221 Wf NN, 1920-03-25; Zuschrift in Wf NN, 1920-03-27. Zur Funktion Stratmanns: Vwt, 1920-03-17.
222 Wf NN, 1920-03-23, -26.
223 VstH, 1920-04-22.
224 Ernst, S. 45.
225 FPE, 1920-03-24.
226 VfrR = Vbl, 1920-03-26.
227 WAVZ, 1920-03-22.
228 Cuno, S. 9a.
229 Wdt VZ, 1920-03-27.
230 Wf Mk, 1920-03-22, Ab; MA, Nr. 142, 1920-03-23.
231 Wf Mk, 1920-03-24, Ab; Wf NN, 1920-03-25.
232 Errettung, S. 110.
233 S. 90, 95.
234 S. 111 mit S. 82.
235 S. 90, 95; GA E-Ba, 1920-03-20.
236 GA E-Ba, 1920-03-20.
237 FPE, 1920-03-15, -16, -18; Vtr, 1920-03-17; BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba u. Berg TZ, 1920-03-20; StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 40 (Bd. XV), Nr. 49 (Bd. XVI), Nr. 54; Schreiben von zwei Zeitfreiwilligen, 22. April 1920, in StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 42 (Bd. IV); Schwarz van Berk, S. 204; Errettung, S. 111.
238 FPE, 1920-03-16.
239 Ebenda.
240 Sol Tbl, 1920-03-17; BAst, 1920-03-18; Cron Anz, 1920-03-20; Wld Ztg, 1920-03-22.
241 Errettung, S. 111 f.
242 FPE, 1920-03-17; Cron Anz u. Cron Ztg, 1920-03-20; Augenzeugenberichte in BAst, 1920-03-20, -29; Sol Tbl, 1920-03-17, -18; BMZ, 1920-03-19, Ab; Errettung, S. 112; Hundert Jahre SPD in Solingen, S. 19.
243 Cron Anz, 1920-03-20, -23; Todesanzeigen in Cron Ztg, 1920-03-20; Sol Tbl u. Wld Ztg, 1920-03-18.
244 Das geht indirekt aus Errettung, S. 112, hervor.
245 StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 49 (Bd. XVI), Nr. 54.
246 FPE, 1920-03-17; BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba, 1920-03-20.

247 Bericht einer Untersuchungskommission (betr. städt. Polizei) in FPE, 1920-04-22; Errettung, S. 112.
248 Errettung, S. 112 f.
249 Darstellung der Stadtverwaltung Barmen, in FPE, 1920-03-22, dazu die Nachschrift der Redaktion; Bericht v. Polizeiinspektor Ostermann, 21. März 1920, in StA Wuppertal: Barmen S XI, Nr. 8. Ort des Geschehens: Winterhagen, S. 36 Anm. 2.
250 FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18; Darstellung der Stadtverwaltung Barmen, in FPE, 1920-03-22, dazu die Nachschrift der Redaktion; Zuschrift Vitz, Barmen, ebenda; Zuschrift eines SPD-Hilfspolizeibeamten, in FPE, 1920-03-24; Zuschrift F. Braunheim (gegen Vitz gerichtet), in FPE, 1920-03-29; BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba, 1920-03-20; Bericht v. Polizeiinsp. Ostermann, a.a.O.; Schwarz van Berk, S. 205; Errettung, S. 113; Winterhagen, S. 31–35.
251 FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18; BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba, 1920-03-20; Errettung, S. 113.
252 Errettung, S. 112 f.
253 Errettung, S. 113 f.; vgl. BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba, 1920-03-20; Zuschrift v. SPD-Genossen aus Elberfeld in FPE, 1920-03-22; Schwarz van Berk, S. 205.
254 Todesanzeigen für R. Schemann und K. Dahl in FPE, 1920-03-19.
255 FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18; vgl. Schwarz van Berk, S. 205.
256 FPE, 1920-03-19.
257 Vtr, 1920-03-17, Extrablatt (in IZF: M 7).
258 FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18; BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba u. Berg TZ, 1920-03-20; Bericht einer Untersuchungskommission (betr. städt. Polizei) in FPE, 1920-04-22.
259 FPE, 1920-03-17, -18.
260 Rh Ztg u. FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18; BMZ, 1920-03-19, Ab; Sauerbrey in d. Vers. d. Betriebsausschüsse, Barmen, 22. März 1920 – Vtr, 1920-03-24.
261 GA E-Ba, 1920-03-20; FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18.
262 Verlustliste, hg. v. d. Arbeiter-Samariter-Kolonne Elberfeld, in BAst, 1920-03-22.
263 Wdt VZ, VstH, Hag Ztg (Mo), 1920-03-18.
264 Remscheider Märzkämpfe, S. 22 f.; Kabisch, Kämpfe, S. 530 f.; Errettung, S. 114 f.
265 Ff Ztg, Nr. 213, 1920-03-19; STAD: Reg. Düsseldorf, 15 980, Bl. 83 (Bericht d. OBs Elberfeld, 21. 4. 1920); StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 27, Bl. 42; FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18.
266 FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18; BMZ, 1920-03-19, Ab; GA E-Ba, 1920-03-20; Rh Ztg u. BAst, 1920-03-18; Errettung, S. 115.
267 Todesanzeigen in FPE, 1920-03-19, -20; Toten- und Verwundetenlisten der Arbeiter-Samariter, in BAst, 1920-03-22, -26; StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 39 (Bd. XIV), Nr. 40 (Bd. XV), Nr. 47 (Bd. II), Nr. 49 (Bd. XVI).

5. Kapitel

Berlin und Stuttgart – die antibolschewistische Einheitsfront

„Diejenigen, ganz links, außerhalb unserer Partei, die Noske am heftigsten schmähen, haben am wenigsten Recht dazu, denn ... sie haben ihn zu seinen Fehlern geradezu gezwungen. Es ist nicht Noskes Schuld und es ist nicht unsere Schuld, wenn es zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung zu blutigen Auseinandersetzungen kam, bei denen naturgemäß jeder Teil die Hilfe nahm, die sich ihm bot."

Scheidemann auf der Reichskonferenz der SPD in Berlin am 5. Mai 1920 (Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. II, Dresden 1928, S. 412).

1 Der Zusammenbruch des Putsches

Am selben Tage, an dem die Arbeiter in Dortmund und Elberfeld siegten, gaben die Putschisten in Berlin ihre Sache verloren. Wenden wir den Blick nach Berlin und Stuttgart.

Am Samstag, dem 13. März, marschierten die Putschisten in Berlin ein. Die Arbeiter und Angestellten Berlins antworteten mit Arbeitsniederlegungen, die sich am Montag, dem 15. März, zu einem Generalstreik von einer Geschlossenheit und Wucht steigerten, wie er in Deutschland noch niemals durchgeführt worden war (und seitdem auch nicht mehr durchgeführt worden ist). Auch die Wasser-, Licht- und Gaswerke wurden bestreikt.

„Generalstreik ist Generalunsinn", so hatten die Gewerkschaftsführer vor dem Kriege immer wieder erklärt – das wurde jetzt durch die Wirklichkeit widerlegt. Gegen den Generalstreik hatten die Putschisten kein Mittel. Sie erließen eine Reihe von Verordnungen: „rücksichtslose" Unterdrückung von Streiks und Sabotage kündigte bereits

Kapps Regierungsprogramm vom 13. März an (s. oben Seite 93); eine „Proklamation“ vom 14. März erklärte: „Die Regierung wird alle lebenswichtigen Betriebe und alle Arbeitswilligen schützen, Widerstand aber mit voller Entschlossenheit unterdrücken“; eine „Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens“ vom gleichen Tage drohte mit Gefängnis und Zwangsarbeit, falls Arbeitswillige bedroht würden. Das alles blieb wirkungslos. Die Putschisten setzten die „Technische Nothilfe“, vom Reichswehrministerium unter Noske geschaffene Streikbrecherkolonnen, ein, um wenigstens die lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten; die Streikbrecher wurden von den streikenden Arbeitern tätlich angegriffen und konnten nur die Elektrizitätsversorgung in notdürftigstem Umfang in Gang bringen. Militärmusik gar, und Blumen, die sich die Putschtruppen ins Knopfloch und aufs Bajonett (!) steckten, wirkten in der streikenden Stadt eher lächerlich.[1]

Am Mittag des 15. März erschien ein Beauftragter Kapps bei der Streikleitung des ADGB (s. oben Seite 119), um Verhandlungen anzubieten auf der Basis von 7 schriftlich formulierten Punkten, die er als Programm der Putschisten unterbreitete. Mündlich versicherte er über das mitgebrachte Programm hinaus, es sei keineswegs daran gedacht, „etwa das Koalitionsrecht anzutasten“, man beabsichtige „im Gegenteil Ausbau des Koalitionsrechts“ und „Gewährleistung von größeren Freiheiten an die Arbeitnehmerschaft“. Der ADGB gab zur Antwort, er könne nur mit einer verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung verhandeln.[2]

Auf die demagogischen Versprechungen folgte die brutale Drohung. Kurz nach der Unterredung wurde folgende Verordnung Kapps veröffentlicht, die am nächsten Tage (16. März) um 16 Uhr in Kraft treten sollte:

„Die Rädelsführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherheit volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft.“

24 Stunden später, als die totale politische Isolierung der Putschisten sichtbar geworden war, fanden die Unternehmer, daß diese Verordnung zu weit gehe. Eine Abordnung, darunter v. Borsig, Vorsitzender des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, erschien zwei Stun-

den vor Inkrafttreten der Verordnung in der Reichskanzlei und erreichte, daß sie zurückgenommen wurde.[3]
Der Druck, den der Generalstreik, im weiteren Sinne die Widerstandsbewegung gegen den Putsch entfaltete, wirkte in vielen Richtungen. Der stärkste Druck richtete sich – wir haben es am Beispiel des Ruhrgebiets bereits gesehen – gegen das Militär. Im Laufe des 15. März mehrten sich die Nachrichten, daß sich das Kräfteverhältnis in der Reichswehr unter diesem Druck ständig zuungunsten der Putschisten verschiebe; eine Reihe von Truppen und Kommandeuren, die zunächst ihre Zustimmung zu dem Putsch bekundet hatten, bezogen eine Position der „Neutralität" oder zeigten sogar bereits Neigung, sich für die alte Regierung zu erklären, vorausgesetzt, diese distanziere sich von dem Generalstreik. Es wurde erkennbar, daß bei längerer Fortexistenz der Putschregierung auf der einen, Fortdauer des Generalstreiks auf der anderen Seite der Kampf von Truppe gegen Truppe, der in der Putschnacht so sorgsam vermieden worden war, unter dem Druck der Widerstandsbewegung gegen den Putsch erzwungen werden würde. Diese Tatsache wurde der Dreh- und Angelpunkt für die Entscheidung sowohl der Putschisten wie der alten Regierung.
General Maercker war auf Grund seiner guten Informationen einer der ersten, die die sich abzeichnende Entwicklung zu Kämpfen von Truppen gegen Truppen erkannten, und nicht zuletzt diese Erkenntnis hatte Maercker veranlaßt, bei den Putschisten einen Vermittlungsversuch zu machen. In der Nacht vom 14. zum 15. März traf Maercker aus Dresden kommend in Berlin ein. In einer Besprechung mit den Putschisten hielt er diesen vor, ihr Unternehmen habe keine Aussichten mehr auf Erfolg; der Dualismus zweier Regierungen beschwöre die Gefahr von Kämpfen innerhalb der Reichswehr herauf und müsse daher durch eine Kompromißformel beseitigt werden. General Lüttwitz protestierte zunächst, und zwar weil die Putschisten zu diesem Zeitpunkt noch ein übertrieben günstiges Bild von der Lage innerhalb der Reichswehr hatten. Am nächsten Vormittag jedoch (15. März) erhielten die Putschisten jene Nachrichten, in deren Besitz Maercker bereits gewesen war, und zeigten sich daher kompromißbereiter. Die Konsequenz war, daß sie von den radikal-gegenrevolutionären Konzeptionen Kapps (s. oben Seite 78) abrückten und den Versuch machten, das Putschunternehmen auf die ursprünglichen Forderungen von Lüttwitz an Ebert und Noske zurückzuschrauben

– u. a. die Forderung nach baldigen Neuwahlen und nach der Bildung von Fachregierungen im Reich und in Preußen. Diese Punkte wurden in eine Liste von Kompromißbedingungen aufgenommen, die Maercker der alten Regierung überbringen sollte. In weiteren Punkten forderte die Liste u. a.: Rücktritt der alten Regierung; Verurteilung des Generalstreiks und Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit; Amnestie für alle politischen Vergehen seit dem 9. November 1918 (mit diesem Punkt wollten sich die Putschisten straffreien Rückzug von ihrem Unternehmen sichern).

Als Maercker am 16. März diese Bedingungen der alten Regierung in Stuttgart vorlegte, erfuhr er leidenschaftliche Ablehnung. Die Motive der alten Regierung waren jedoch nicht prinzipieller, sondern durchaus opportunistischer Natur: sie befürchtete, sich bei einem Vergleich mit den Putschisten gegenüber der antiputschistischen Widerstandsbewegung zu kompromittieren und sich dann nicht mehr halten zu können. Außerdem wollte auch sie die Reichswehr vor der Zerstörung retten; eine Bewaffnung von Arbeitern mit dem Ziel, gegen die putschistischen Truppen vorzugehen, lehnte sie ab. – An diese gemeinsame Sorge um die Reichswehr appellierte Maercker und erreichte, daß die alte Regierung wenigstens Gegenbedingungen stellte.

Diese Gegenbedingungen (u. a.: sofortiger Rücktritt der Kapp-Regierung, Abtransport und Auflösung der Ehrhardt-Brigade) wurden von den Putschisten in Berlin abgelehnt. Das schien darauf hinzudeuten, daß es doch noch zwischen den beiden Regierungen zum Kampf kommen würde. Aber die Mission Maerckers hatte gezeigt, daß das nur Schein bleiben würde. Maercker hatte die Grenzen bloßgelegt, die die Unnachgiebigkeit der alten Regierung hatte: Sorge um die Erhaltung der Reichswehr, Ablehnung der Bewaffnung von Arbeitern, Angst vor der Welle von links. Die Stellung der alten Regierung zum Generalstreik war schon vor dem Auftauchen Maerckers klargeworden. In einer Pressekonferenz in Stuttgart hatte Reichskanzler Bauer auf die Frage nach dem Generalstreikaufruf der Minister wahrheitswidrig bestritten, daß irgendein Minister „etwas Derartiges angeordnet oder unterschrieben“ habe.

Wie immer in solchen Situationen fanden sich Vermittler, die den Nebel der beiderseits gewechselten starken Worte wegbliesen, dahinter das gemeinsame Machtinteresse sichtbar machten und beiden Seiten halfen, es zu realisieren. Hier waren es die in Berlin gebliebenen

Minister und die Berliner Führer der Regierungsparteien, an ihrer Spitze der Reichsjustizminister und Vizekanzler Schiffer (DDP). Sie schätzten die Lage anders ein als die nach Stuttgart geflohenen Minister, entsprechend der unterschiedlichen Umgebung, in der sie handelten: während die „Stuttgarter" im Südwesten des Reiches nur einen ruhigen von den Stuttgarter Gewerkschaften durchgeführten zweitägigen Sympathiestreik „für die Freunde im Norden" erlebten, standen die „Berliner" unter dem Eindruck des scharf und erbittert durchgeführten unbefristeten Generalstreiks in Berlin. So hatten die „Berliner" bereits am 15. März, dem ersten Tag des voll entfalteten Generalstreiks, eine große Sorge: Je länger der Generalstreik dauerte, um so mehr würde er die Streikenden radikalisieren und ins Lager der USP und KPD treiben. Und so entstand bei ihnen schon an diesem Tage der Plan, durch einen Kompromiß, konkret: durch Übernahme der im Vergleich zu Kapp gemäßigten Ziele des Generals Lüttwitz den Militärputsch zu beenden.

In dieser Richtung übten auch die Berliner Metallindustriellen ihren Einfluß aus. Am 15. März versuchte eine Abordnung ihres Verbandes, eine Besprechung zwischen Schiffer und den Putschisten mit dem Ziel zustande zu bringen, den Putsch möglichst schnell „auf gütlichem Wege" zu beenden. Die Abordnung begründete ihren Vorstoß mit den drohenden politischen und wirtschaftlichen Folgen des Generalstreiks.

Es ist hier nicht der Ort, um die Verhandlungen mit den Putschisten im einzelnen zu schildern. Wir heben nur vier Punkte heraus. Erstens: Es war Schiffer, der Stellvertreter des Reichskanzlers, der die Verhandlungen einleitete. Zweitens: Die „Stuttgarter" versuchten mehrmals, Einleitung und Fortführung der Verhandlungen zu verhindern. Besonders energisch war Reichsinnenminister Koch (DDP), der Schiffer telefonisch für den Fall von Verhandlungen Desavouierung durch die Regierung androhte. Kochs Argument: „Deutschland steht am Vorabend des Bolschewismus, wenn ein solcher Vergleich geschlossen wird. Die gesamte Arbeiterschaft würde sich das nicht gefallen lassen." Schiffers Antwort: „Dann muß ich mich eben opfern." Doch das war leeres Wortgefecht: die Stuttgarter desavouierten Schiffer nicht; Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Bauer ließen die Sache in Berlin laufen, weil sie von ihren Grundentscheidungen her genau wie die „Berliner" an einem möglichst reibungslosen Abtreten

der Putschisten interessiert waren. – Drittens: Schiffer versuchte mit allen taktischen Finessen, nach Einleitung der Verhandlungen persönlich im Hintergrund zu bleiben, um sich und die Reichsregierung in Stuttgart nicht zu kompromittieren. Insoweit beherzigte er also die Warnungen aus Stuttgart. Schiffer trat schließlich seine Rolle als Verhandlungspartner der Putschisten an die Führer der Regierungsparteien ab und hatte dann auch nichts dagegen, daß sich eine weitere Partei in die Abwicklung des Putsches einschaltete: die oppositionelle DVP unter Stresemann, die sich am Tage des Putsches auf den Boden der Tatsachen gestellt hatte. Sie hatte ein besonderes Interesse daran, daß aus der Liquidationsmasse des Putsches die Forderungen des Generals Lüttwitz, die sämtlich mit den Zielen der DVP übereinstimmten, gerettet wurden. – Der vierte Punkt betrifft die Haltung der SPD. An der ersten förmlichen Verhandlung mit den Putschisten beteiligten sich der preußische Ministerpräsident Hirsch, der preußische Finanzminister Südekum und Polizeipräsident Ernst. Dagegen protestierten drei führende Parteigenossen – darunter der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stampfer –, die erklärten, die Putschisten müßten mit dem Generalstreik kompromißlos niedergekämpft werden. So verhielten sich die verhandlungsbereiten Sozialdemokraten in der Folge vorsichtiger, d. h. so, daß man ihnen später keine direkte Teilnahme an Verhandlungen nachweisen konnte. Die abschließende Verhandlung, in der die Bedingungen für das Abtreten von General Lüttwitz festgelegt wurden, wurde zwischen den drei Parteivorsitzenden der DNVP, der DVP und des Zentrums und Lüttwitz geführt; währenddessen saßen die vier Vertreter der SPD (die drei obengenannten und der Unterstaatssekretär Göhre) in einem Nebenraum, um dort gegebenenfalls Erklärungen anzunehmen und eigene Erklärungen abzugeben. Sie waren also mit der Führung von Verhandlungen einverstanden, wollten jedoch nicht mit Lüttwitz an einem Tisch sitzen; so ließen sie andere die Verhandlung führen, beteiligten sich aber gleichwohl inhaltlich. Die Szene wirkt wie eine Illustration der Halbheiten sozialdemokratischer Politik.

Es muß an dieser Stelle betont werden: die Verhandlungen haben keineswegs das Abtreten der Putschisten bewirkt. Dessen Ursache lag vielmehr in dem wachsenden Druck der Kommandeure von Reichswehr und Sipo auf die Putschisten, das Unternehmen zu liquidieren, andernfalls die Truppen auseinanderfallen würden.

Unter diesem Druck trat zunächst am Vormittag des 17. März Kapp zurück, den die Militärs als das größte Hindernis für eine Einigung mit den Regierungsparteien empfanden. In einer Erklärung an die Öffentlichkeit versicherte Kapp, er lasse sich bei seinem Rücktritt „von der Überzeugung leiten, daß die äußerste Not des Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluß aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus verlangt". Am Mittag desselben Tages erschien eine Abordnung führender Militärs bei Lüttwitz und erklärte, „die Truppen ständen nicht mehr hinter ihm, er solle das große Opfer bringen, wie Kapp es schon getan und zurücktreten". Nachforschungen von Lüttwitz bei seinen treuesten Gefolgsmännern ergaben, daß dies die Wahrheit war; das machte Lüttwitz zur Liquidationsverhandlung mit den Parteien bereit. Er gab seinen Rücktritt in einem Befehl an die Truppe bekannt:

„Die unmittelbar drohende Bolschewistengefahr fordert festen Zusammenschluß aller vaterlandsliebenden Männer zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Reiche. Meine Person darf kein Hindernis sein für den Zusammenschluß. Nachdem führende Männer aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten, die Durchführung der von mir für das deutsche Volk gestellten Forderungen im wesentlichen zugesagt haben, sehe ich meine Aufgabe als erfüllt an und trete von meinem Posten als Oberbefehlshaber zurück."

Man sieht sofort: Es war die gleiche Grundformel wie die von Kapp bei seiner Rücktrittserklärung verwandte. Zusammenschluß gegen die drohende Gefahr des Bolschewismus – das wurde zur goldenen Brücke, gebaut von den Berliner Parteiführern und Ministern, über die sich Führer und Truppen vom Putschunternehmen zurückziehen und in die Legalität zurückkehren konnten. Wir werden sehen, daß die in Stuttgart befindlichen Minister keineswegs daran dachten, diese Brücke zu zerstören, sondern das Militär zu fleißiger Benutzung einluden.

Was war zwischen Lüttwitz und den Parteiführern vereinbart worden? Wie schon erwähnt, hatten die Regierungsparteien einige der ursprünglichen Forderungen von Lüttwitz unter dem Eindruck von Putsch und Generalstreik bereits am 15. März sich zu eigen gemacht, u. a. die baldige Anberaumung von Neuwahlen. War das geschehen, würde auch die geforderte Umbildung der Regierung keine Schwie-

rigkeiten mehr machen, da es sich bis zur Neuwahl nur noch um ein Übergangsministerium handeln konnte. Eine längere Auseinandersetzung gab es dagegen in der Frage einer Amnestie für die Beteiligten, in der Lüttwitz genaue Zusagen verlangte. Als Lüttwitz mündliche Zusagen verworfen hatte, setzte man ein schriftliches Protokoll auf:
„Der unterzeichnete Reichsjustizminister [Schiffer] wird sich dafür einsetzen, daß ein allgemeines Amnestiegesetz alsbald von der gegenwärtigen Nationalversammlung erlassen wird. Die Parteivertreter erklären, daß sie die Annahme dieses Gesetzes als gesichert ansehen."
Dieses Protokoll wurde von Lüttwitz' Verhandlungspartnern geheimgehalten, um die antiputschistische Widerstandsbewegung nicht gegen die Regierungsparteien mißtrauisch zu machen. Im übrigen bot Schiffer falsche Pässe für Lüttwitz und Pabst an. Das Angebot wurde dankend abgelehnt; die Putschisten hatten sich bereits von ihren Freunden im Berliner Polizeipräsidium mit falschen Pässen versorgen lassen.
Am Nachmittag dieses 17. März teilte Schiffer telefonisch an Reichspräsident Ebert in Stuttgart zunächst nur mit, Kapp und Lüttwitz seien zurückgetreten, ohne etwas von den Vereinbarungen zu erwähnen. Zwei Reaktionen darauf sind bezeichnend. Zum ersten beriet die Reichsregierung, hocherfreut über Schiffers Nachricht, darüber, was nun zu geschehen habe. Kein Wort von der Notwendigkeit, nun durch prinzipielle Reformpolitik die sozialen Ursachen des Putsches zu beseitigen. Das bestimmende Thema der Sitzung war vielmehr die Erhaltung der Reichswehr. Man war sich einig darin, daß die Reichswehr möglichst schonend behandelt werden müsse, daß umfangreiche Entlassungen und Bestrafungen zu vermeiden seien. Nur die „Haupträdelsführer" sollten verfolgt und bestraft werden.
Was von letzterem zu halten war, zeigte die zweite Reaktion auf Schiffers Meldung: Ebert ließ Schiffer freie Hand zur Regelung der Nachfolge für Lüttwitz. Gegen 18 Uhr erhielt Schiffer das Abschiedsgesuch von Lüttwitz, überbracht von Major Pabst. Schiffer nahm es im Namen von Präsident Ebert an, unter Bewilligung der Pensionsansprüche. (Wenn die Stuttgarter ernstlich wenigstens gegen die Führer des Putsches hätten vorgehen wollen, so hätten sie nicht zugelassen, daß Lüttwitz – der doch wohl ein „Haupträdelsführer" war – die Pensionsansprüche bewilligt wurden.) Zu Lüttwitz' Nachfolger ernannte Schiffer nicht General Reinhardt, den einzigen General, der

sich in der Putschnacht als verfassungstreu erwiesen hatte, sondern General v. Seeckt, der in der Putschnacht, illoyal gegenüber der legalen Regierung, die Erhaltung der Einheit der Reichswehr zum obersten Prinzip erklärt hatte. Wenn Schiffer die Ernennung v. Seeckts so motivierte, daß er damit die Offiziere „gewinnen“ und die Reichswehr möglichst glatt zur legalen Regierung zurückführen wolle, so lag das durchaus auf der Linie der Stuttgarter Kabinettssitzung.

Man sieht hier noch einmal, daß die Stuttgarter und die Berliner Regierungsmitglieder in den Grundfragen einig waren. So wird man die Enttäuschung und den Ärger nicht falsch bewerten, die sich bei der Stuttgarter Gruppe verbreiteten, als um Mitternacht aus Berlin gemeldet wurde, Kapp und Lüttwitz seien nicht bedingungslos, sondern erst nach Erreichung von Zugeständnissen zurückgetreten. Enttäuscht und verärgert war man in Stuttgart nicht so sehr darüber, daß man nun nach rechts hin gebundene Hände hatte (es sei denn, man desavouierte die Berliner Kompromißler), sondern mehr darüber, daß man jetzt nicht mehr aus der Position des kompromißlosen Siegers heraus die Forderungen der antiputschistischen Widerstandsbewegung abwehren konnte.[4]

Von nun an regierten für ein paar Tage in Stuttgart wie in Berlin schöne Worte und leere Versprechungen. Am Abend des 17. März erließen Ebert und Bauer einen Aufruf, in dem es hieß:

„Kapp und Lüttwitz sind zurückgetreten! Das Abenteuer in Berlin ist beendet. Vor der ganzen Welt ist im Laufe weniger Tage der unwiderlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik kein Schein und keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Versuch der Militärdiktatur im Handumdrehen fertig zu werden versteht. Das Abenteuer ist zu Ende, der verbrecherisch unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen ... werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterschaft ihre starke Waffe, den Generalstreik, niederlegt ...

Arbeiter! Seid jetzt ebenso tatkräftig und willfährig zur Stelle, wie bei der Abwehr der Aufrührer. Jeder Mann an die Arbeit! Die Reichsregierung wird ... die Hochverräter, die Euch zum Generalstreik gezwungen haben, der strengsten Bestrafung zuführen und dafür sorgen, daß nie wieder die Soldateska in das Geschick des Volkes eingreifen kann ...“

Einen ähnlichen Aufruf erließ zur gleichen Zeit Vizekanzler Schiffer von Berlin aus.[5]
In nüchterne Worte übersetzt hieß das: Der Zustand von vorher ist wiederhergestellt, der Generalstreik hat seinen Zweck erfüllt, die Arbeiter, die „willfährig zur Stelle" gewesen, sollen jetzt ebenso „willfährig" die Arbeit wieder aufnehmen! Zum Schluß schöne Versprechungen, deren Wert man daran ermessen konnte, daß der Aufruf keine Silbe über den Noske-Kurs verlor – über die Ursache dafür, daß „die Soldateska in das Geschick des Volkes" hatte „eingreifen" können!
In den Sitzungen der SPD-Fraktion am 17. und 18. März in Stuttgart kam das Problem des Noske-Kurses wenigstens zur Sprache. Eine Minderheit der Fraktion, angeführt von Scheidemann, der immer ein sehr gutes Gespür für die Stimmungen in den unteren Parteirängen hatte, griff Noske mehr oder minder scharf an. Andere verteidigten Noske, am nachdrücklichsten und wirksamsten Reichspräsident Ebert. Die Mehrheit der Fraktion ersuchte Noske, im Amt zu bleiben. Trotzdem bestimmte die Fraktion Scheidemann zu ihrem Sprecher in der Nationalversammlung.[6] Das war natürlich keine Inkonsequenz, sondern das, was man heute die Technik des Dampf-Ablassens nennt.
Die Nationalversammlung war zum 18. März nachmittags in das Stuttgarter Kunstgebäude zusammengerufen worden. Es wurde eine Sitzung des hohlen Pathos. Die Minister und die Sprecher der Regierungsparteien bewegten sich in abstrakten Höhen parlamentarischer „Demokratie", die dem realen Geschehen im Lande weit entrückt waren. – Reichskanzler Bauer gab eine Darstellung des Putsches. Dann fragte er: „Wie ist es nun heute, fünf Tage nach dem Staatsstreich?" und gab die Antwort: „Sieg der Demokratie auf der ganzen Linie!" Bauer fuhr fort:*
„Von dieser Stelle aus spreche ich den Helfern und Mitstreitern in diesem Kampfe den unvergänglichen Dank des Vaterlandes aus. (Bravo!) Sie haben alle Anteil an dem raschen Erfolg, die eidestreuen Beamten und die Truppen und Truppenführer, die jede Mitwirkung bei der Meuterei weit von sich wiesen, die Parteien, die sich mit aller Macht für die Verfassung einsetzten, das Bürgertum, das sich nicht von Sentimentalitäten und schwarz-weiß-roten Propagandamätzchen

* In Klammern die Zwischenrufe

irreführen ließ, und vor allem die deutsche Arbeiterschaft, (sehr wahr!) ohne deren entschlossenen Kampfeswillen wir alle ohnmächtig gewesen wären".

Der Dank an die Arbeiter erhielt eine spezielle und ziemlich merkwürdige Form:

„Ich kann unsern Dank an die deutschen Arbeiter nicht besser abstatten, als indem ich mein felsenfestes Vertrauen ausspreche, daß sie sich, wie in den Dienst der Demokratie, nun in den Dienst des Wiederaufbaus, der erneuten Arbeit, der Erstarkung unseres Wirtschaftslebens stellen. (Bravo!)"

Da war sie erreicht, die historische Kontinuität, der Anschluß an die Parole vor dem Putsch: Arbeit, nur Arbeit kann uns retten! (In welcher Wirtschaftsordnung? werden die Arbeiter gefragt haben, als sie den Sitzungsbericht in der Zeitung lasen.) Und auch da war historische Kontinuität, als Bauer drohend fortfuhr:

„Der Nationalistenaufstand hat die extreme Gegenbewegung wachgerufen, die kommunistische Welle, die wir so lange in ernster schwerer Zeit gebannt hatten, ist wieder im Steigen begriffen. Aus zahlreichen Orten kommt wieder der Ruf nach der Diktatur des Proletariats. Da und dort ist es schon zu blutigen Zusammenstößen, zu Straßenkämpfen, zum Handstreich auf öffentliche Gebäude gekommen. Während der Putschismus von rechts zerschlagen abtreten muß, erhebt der Putschismus von links aufs neue das Haupt und fordert seine Opfer. Neue Störungen des Wirtschaftsprozesses drohen ... Wir werden – das geloben wir – fortfahren, jede Gewalttat vom Leben unseres Gesamtvolkes abzuwehren. (Bravo!) Wir fechten nicht einseitig und parteiisch nach rechts oder links, wir führen die Waffen gegen jeden Putsch, jeden Anschlag auf die Demokratie. (Bravo!)"

Das war praktisch eine Kampfansage an alle Arbeiter, die jetzt noch eine Waffe in der Hand hielten, jetzt, nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz, nach dem angeblichen „Sieg der Demokratie auf der ganzen Linie". (Wodurch war denn, so würden die Arbeiter fragen, das Abtreten der Putschführer erzwungen worden, wenn nicht auch durch „blutige Zusammenstöße", „Straßenkämpfe", „Handstreiche auf öffentliche Gebäude", also durch den angeblichen „Putschismus von links"? Und war, so würden sie weiter fragen, das Abtreten der Putschführer wirklich schon „Sieg der Demokratie auf der ganzen Linie"?) Gegen Schluß seiner Rede kündigte Bauer „eine gründliche

Säuberung der Reichswehr" an. (Zwischenruf: „Sehr gut!") – Was würde das konkret sein? Der Berg kreißte und gebar ein Mäuslein: Erstens „die genaueste Untersuchung ..." – ein starkes Wort, doch ach: Bauer meinte offenbar nur „genaueste Unterscheidung" – „die genaueste Untersuchung ... zwischen Verführern einerseits und Verführten andererseits. (Sehr gut!)" Was würde mit den „Verführern" geschehen? Dazu zweitens: „Ich bliebe keinen Augenblick mehr auf diesem Posten, wenn nicht ... hier, wo Verbrechen ohnegleichen begangen worden sind" – was wird er androhen? Volksgerichte? Ausnahmegesetze? – „mit der größten Strenge des Gesetzes vorgegangen werden würde". Das Protokoll verzeichnet: „Lebhafter Beifall." Leider sind Parlamentarier oft so wenig offen, und leider halten die Protokolleure vieles nicht fest: „Zufriedenes Schmunzeln auf der Rechten" wäre angemessen gewesen, im Gedanken an jenes Gesetzbuch, das man nicht von ungefähr das „bürgerliche" nennt, und im Gedanken an die Richter aus der Kaiserzeit, die alle, alle 1918 in ihren Positionen geblieben waren.

In der Debatte betrat Scheidemann als erster das Podium. Er begann: „Meine Damen und Herren! Wer Augen und Ohren nicht absichtlich verschloß, mußte herankommen sehen, was wir im Laufe der letzten Tage mit Abscheu und Empörung erlebt haben." Nach diesen Worten ritt er, ohne den Namen zu nennen, eine Attacke gegen das System Noske, unter dem sich die Konterrevolution in der Reichswehr unverhüllt „und leider von oben toleriert" habe organisieren können. Nach einer Kennzeichnung der Putschisten und ihrer Ziele, verbunden mit einigen Hieben gegen die sympathisierende Haltung der beiden Rechtsparteien zum Putsch, kam Scheidemann zu den Kräften, die den Erfolg der Putschisten verhindert hatten. In seinem typischen schauspielerhaften Pathos rief er aus:

„Der Sieg des Generalstreiks über die Militärgewalt, darüber, meine Damen und Herren, seien Sie sich alle klar, ist eine Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. (Sehr wahr!) ... Freilich war der Sieg kein Kinderspiel. Wie heute vor 72 Jahren, am 18. März 1848 ..., die Straßen Berlins vom Blute der Gefallenen gerötet waren, so auch heute die Straßen in Dresden, in Leipzig (die Versammlung erhebt sich), in Nürnberg, in Hamburg, in Harburg, in Hagen usw. Ich sage: Hut ab vor denen, die für die Freiheit gekämpft haben und für die Freiheit gestorben sind! (Beifall)"

Was Scheidemann dann forderte, war, gemessen an der bisherigen SPD-Politik, geradezu revolutionär: „gründliche Säuberung der Reichswehr", „Entlassung aller der Offiziere, deren Loyalität gegenüber der Republik nicht außer Zweifel steht", „Entwaffnung der Truppen, die gemeutert haben", Pensionierung aller monarchistisch gesinnten Beamten, „strengste Bestrafung" der „Rädelsführer ... in denkbar schnellstem Verfahren", „restlose Konfiskation ihrer Vermögen". Nur sagte Scheidemann nicht, auf welche gesellschaftliche Kraft er sich stützen wolle, um diese respektable Liste durchzusetzen. Mehr noch, aus dem Schluß von Scheidemanns Rede ergab sich: Wenn diese Ziele durchgesetzt werden würden, dann nicht mit, sondern gegen Scheidemann und seine Parteifreunde. Die Schlußfolgerung aus den Ereignissen der letzten Tage, sagte er nämlich, sei die, daß in einer politischen Demokratie, in der „absolut gleiche politische Rechte für alle bestehen", die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der Herrschaft einer Minderheit „ein Verbrechen" sei. „Dagegen wird das deutsche Volk sich allezeit zu wehren wissen. Wir wollen keine Junkerherrschaft, wir wollen aber auch keine Spartakistenherrschaft". Damit erklärte Scheidemann den Stimmzettel zum einzig legitimen Kampfmittel der Arbeiter, in einem Moment, in dem sich zeigte, daß die Arbeiter reale Machtpositionen nur mit außerparlamentarischen Mitteln erobern konnten – mit dem Generalstreik und mit dem bewaffneten Kampf.

Wie sehr die Regierungsparteien die realen Verhältnisse verdrängten, die ihr „demokratisches" Pathos hätten stören können, zeigte sich bei der Rede des DNVP-Sprechers Kraut. Als er daran erinnerte, „daß die angeblich vom Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes getragene Regierung von einer Handvoll Soldaten in die Flucht geschlagen werden konnte", erntete er laut Protokoll „stürmischen Widerspruch und Lachen"; andere Abgeordnete riefen: „Frechheit! Elender Lump!"

Der Sprecher der USP-Fraktion, Henke, nannte die Regierung, vor allem Noske, „im höchsten Grade mitschuldig" an dem Putsch. Gegenwärtig befände sich die Regierung, darüber könnten alle starken Worte nicht hinwegtäuschen, in einer Position völliger Ohnmacht inmitten des vor sich gehenden sozialen Kampfes. Auf der einen Seite das Proletariat: es könne und werde nicht stehenbleiben beim Sieg über Kapp und Lüttwitz, sondern werde weitergehen. Wenn es die

Republik gerettet habe, dann nicht um der Regierung willen, sondern um „die Staatsform“ zu retten, „innerhalb der das Proletariat seine politische Macht erobern wird“. Das Proletariat knüpfe an an einen anderen 18. März, den von 1871, als die Communarden von Paris riefen: „Friede den Hütten und Tod den Palästen!“ Auf der anderen Seite das Bürgertum und das Militär: das Bürgertum, das sich in den letzten Tagen „gegen die Überreste des alten Feudalismus“ gewandt habe, sich aber sofort auf die Seite der Konterrevolution schlagen werde, „wenn die Arbeiterschaft Ernst macht damit, die politische Macht in die Hand zu nehmen“; der Militarismus, der durchaus nicht verschwunden sei, wie allein die Tatsache zeige, daß die Putschtruppen noch sämtlich unter Waffen ständen. Um aus ihrer Ohnmacht herauszukommen, ja allein schon, um die meuternden Truppen zu entwaffnen, gebe es für die Regierung nur eine Möglichkeit: Bewaffnung der Arbeiter. Die jedoch werde von der Regierung abgelehnt. Auch von der Aufhebung des Belagerungszustands, der Freigabe der linksradikalen Blätter, der Freilassung der Schutzhäftlinge habe der Kanzler kein Wort gesagt. Statt dessen fordere die Regierung die Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe auf, also zur Rückkehr in die kapitalistische Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. So dürfe man „sehr gespannt“ sein, wie sich die Regierung den Arbeitern gegenüber verhalten werde, die im Kampf gegen die Putschisten Waffen in die Hand bekommen hätten. Die Reden von Bauer und Scheidemann deuteten klar darauf hin: die Regierung werde das Militär gegen sie einsetzen. Daher die vorsichtige Sprache gegenüber den ‚neutral' gebliebenen Generalen und Offizieren; daher Bauers Hinweis, „die Gefahr von links“ sei „genau so groß wie die von rechts“; daher die Warnung Scheidemanns vor der „Spartakistenherrschaft“, die in Wirklichkeit nichts anderes sei als ein Bürgerschreck zur Diffamierung der Arbeiter. So sei, prophezeite Henke, zu erwarten, daß die Regierung in Kürze die Parole Kapps bei dessen Abtreten aufgreifen werde: „Zusammenschluß aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus“, Bolschewismus verstanden als „jede Bewegung der Arbeiter, die darauf hinausläuft, die Grundlagen des Kapitalismus zu beseitigen“.[7]
Henkes Analyse und Prognose sollte sich bald als richtig erweisen.
Nach der Sitzung reichte Noske, als Reaktion auf die Angriffe Scheidemanns, bei Kanzler Bauer sein Rücktrittsgesuch ein. Es wurde von Bauer nicht angenommen.[8]

In Berlin erließ der neue Oberkommandierende, General v. Seeckt, folgenden Aufruf an die Reichswehr:

„Durch die Ereignisse der letzten Tage ermutigt, glaubt Spartakus aufs neue die Herrschaft an sich reißen und unserem Volke den Todesstoß versetzen zu können. An der geschlossenen Front aller derer, denen die Ruhe und Ordnung im Lande am Herzen liegt, muß dieser Plan zerschellen. Wie früher, wird dabei auch heute die Reichswehr in erster Linie stehen und jeden Versuch zur Aufrichtung des Bolschewismus zurückweisen. In schwerer Stunde richte ich an die Reichswehr die Aufforderung, einig zusammenzustehen und das Wohl des Vaterlandes allen anderen Rücksichten voranzustellen . . .“[9]

Da kam sie schon, kurz nach Verklingen der erhabenen Worte im Stuttgarter Kunstgebäude, die Parole von Kapp und Lüttwitz: Sammlung der „Ordnungskräfte“, vor allem der Reichswehr, zum „Kampf gegen den Bolschewismus“.

2 Reaktionen von Militär, Zechenkapital und Staatsbürokratie im Ruhrgebiet

Am Nachmittag des 15. März bekam der Stabschef des Reichswehr-Gruppenkommandos II in Kassel, v. Loßberg, Telefonverbindung mit Noske in Stuttgart. Er fragte nach dem Aufruf der Minister zum Generalstreik; die Truppe könne die Unterzeichnung eines derartigen Aufrufs, vor allem von ihm, Noske, nicht verstehen. Noske: Einen solchen Aufruf hätten die Minister gar nicht unterzeichnet; im Gegenteil wünsche die Regierung die sofortige Beendigung des Generalstreiks.

Kassel gab diese Nachricht sogleich ans Wehrkreiskommando Münster zur Veröffentlichung weiter, zusammen mit der Meldung, General Maercker sei zu Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung mit einem 6-Punkte-Kompromißvorschlag von Berlin nach Stuttgart unterwegs. (Wie erinnerlich, unterstützte Kassel die Vermittlungsaktion Maerckers.) Von Münster erhielt das Regierungspräsidium in Düsseldorf beide Meldungen und gab sie an die Stadtverwaltungen zur amtlichen Bekanntgabe weiter.[10] Ein auffälliger Vorgang, denn bisher hatte das Regierungspräsidium keinerlei Verlautbarung zum Putsch von sich gegeben. General Gillhaussen in Elberfeld, dem die

Meldung, die alte Regierung wünsche sofortige Beendigung des Generalstreiks, hochwillkommen war, ließ sie als Plakat drucken und anschlagen.[11]
Hier die Reaktionen von drei USP-Blättern. Das Hagener Blatt fragte: „Ein Bluff?“ und bemerkte: „Man ist nachgerade vorsichtig geworden gegenüber den Bekanntmachungen militärischer Stellen.“[12] Das Solinger Blatt schrieb: „Ist es ein Bluff der Kappleute, dann entsteht die Frage: Wie kommt der Regierungspräsident von Düsseldorf dazu, diesen Bluff, mit der Bezeichnung ‚amtlich‘ versehen, an die anderen Behörden zu geben? Die Frage stellen, heißt sie auch beantworten ... : Die Regierung in Düsseldorf hat sich der Kappregierung unterstellt, und die Rathäuser, welche die Bluffmeldung weitergaben, folgen Weisungen der Kappregierung.“[13] Das Elberfelder Blatt, das die Versuche der Putschisten, zu Verhandlungen zu kommen, nicht bezweifelte, meinte dazu: Ihr ursprüngliches Ziel hätten die Putschisten, dank des Generalstreiks, nicht erreicht; Verhandlungen würden bedeuten, daß sie wenigstens noch einen Teil ihres Programms durchsetzen würden. Das aber würde „ein weiteres Preisgeben freiheitlicherer Einrichtungen bedeuten“. Es gelte also, weiterhin „fest“ zu bleiben, bis eine „sozialistische Regierung“ erkämpft sei.[14]
Am Vormittag des 16. März telefonierte v. Loßberg in Kassel erneut mit Noske. Er versuchte ihn zu überreden, an die Spitze einer Militärdiktatur zu treten; die Bewegung von links drohe erfolgreich zur Räterepublik zu führen, und dem müsse eine geschlossene Reichswehr entgegengestellt werden. Das Irreale dieses Ansinnens dürfte Noske (dessen Antwort wir nicht kennen) sofort klar gewesen sein, und er scheint nicht darauf reagiert zu haben.[15] Aber Noske tat etwas anderes. Als sich ebenfalls im Laufe des Vormittags General Watter telefonisch bei Noske meldete und nach dessen Stellung zum Generalstreik fragte, ging Noske bis zur Verurteilung des Generalstreiks. Das wurde für Watter zur goldenen Brücke für den Rückzug aus seiner bisherigen Position der Neutralität. In einer Pressekonferenz am Nachmittag in Münster teilte er die Unterredung in folgender Form mit: Er, Watter, habe Noske darüber unterrichtet, daß das Wehrkreiskommando und dessen Truppen „sich treu der verfassungsmäßigen Regierung unterstellt“ hätten; Noske seinerseits habe erklärt, die Regierung habe nicht zum Generalstreik aufgerufen, „die Entstehung

des Aufrufs müßte erst untersucht werden". Darauf habe er, Watter, „sich noch einmal nachdrücklich auf den Boden der Regierung" gestellt und erklärt, er werde „nur von Stuttgart Befehle annehmen". Im übrigen benutzte Watter die Gelegenheit, um seine Sorgen über die Folgen des Generalstreiks zu äußern: vor allem sei es „sehr bedenklich, daß die Eisenbahner sich weigern, Truppen zu befördern".[16] Gegen Abend veröffentlichte Watter folgenden Befehl an seine Truppen:

„An meine Truppen!

Durch Putsch war die alte Regierung vertrieben. Eine Verbindung mit ihr war nicht zu bekommen. So war ich gezwungen, nach eigenem Ermessen Entschlüsse ... zu treffen. Richtlinie für sie war mir das Bewußtsein, daß allein Ruhe und Ordnung ... unser Vaterland vor dem völligen Untergang bewahren kann.

Nachdem mir Reichswehrminister Noske heute ... durch das Telephon ausdrücklich versichert hat, daß die alte Regierung den unheilvollen Aufruf zum Generalstreik nicht gegeben hat, im Gegenteil ebenso verurteilt wie wir und alles einsetzen wird, ihn rückgängig zu machen, so stelle ich mich unter die alte Regierung. An meiner bisherigen Handlungsweise ändert diese Erklärung nichts. Mein bisheriger Auftrag, Ruhe und Ordnung ... aufrechtzuerhalten, ist mir heute durch den Reichswehrminister Noske nochmals ausdrücklich gegeben."[17]

Das war ein Aufruf, der für die Anhänger der alten Regierung die Lage nicht verbesserte: Watter nannte eine Bedingung für seine Loyalitätserklärung – die Verleugnung des Generalstreikaufrufs durch die Regierung – und beruhigte gleichzeitig seine Truppen mit der Versicherung, die Erklärung sei praktisch bedeutungslos, an seiner Handlungsweise ändere sich nichts. Davon abgesehen mußte für jedermann auf der Hand liegen, daß erstens der Mangel einer Verbindung zur alten Regierung nicht der Grund hatte sein können für Watters zweideutige Haltung in den ersten Tagen, und daß zweitens die jetzige Erklärung Watters wohl in Zusammenhang stand mit den sich mehrenden Nachrichten, daß die Putschisten in Berlin sich nicht mehr lange halten würden.

Das alles sah auch Severing. Aber er hatte keine Wahl. Er verbreitete Watters Erklärung für Verfassung und alte Regierung an alle amtlichen Stellen;[18] mochte man sehen, ob sie vielleicht doch Glauben fin-

den würde. Mehr noch, mit Vertretern der vier Bergarbeitergewerkschaften vereinbarte Severing in Übereinstimmung mit der Regierung in Stuttgart: nachdem nunmehr alle Militär- und Zivilbehörden auf seiten der verfassungsmäßigen Regierung ständen, solle am nächsten Morgen die Kohlenförderung wiederaufgenommen werden.[19]

Indem die Gewerkschaftsführer darauf eingingen, war der Weg frei zu neuen Verhandlungen mit den Unternehmern in der „Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrkohlenbergbau". Wie erinnerlich, waren die Verhandlungen am 14. März u. a. daran gescheitert, daß die Unternehmer eine Ablehnung des Streiks durch die „Arbeitsgemeinschaft" gefordert hatten. Ihrerseits hatten die Unternehmer sich geweigert, den Putsch ausdrücklich zu verurteilen (s. oben Seite 115). Letzteres war nun für die Unternehmer kein Problem mehr. Sie stellten wohl angesichts der Lage der Putschisten in Berlin ähnliche realpolitische Erwägungen an wie Watter. Der Entwurf einer Vereinbarung, der am 14. März von Hugo Stinnes vorgelegt worden war (s. oben Seite 114), wurde entsprechend ergänzt. In der endgültigen Form sprach die Vereinbarung zum Schluß die „Erwartung" aus, daß die Arbeit „möglichst" bereits am nächsten Tage (17. März) wiederaufgenommen werde. Die Streiktage bis zum 17. März einschließlich sollten „nicht auf den Urlaub angerechnet werden". Schließlich wurde bestimmt, daß „anläßlich des Generalstreiks ... keine Maßregelungen vorgenommen" werden dürften.[20]

Es wäre ein Irrtum, wollte man annehmen, der letzte Punkt wäre eine Selbstverständlichkeit gewesen. Am ersten Tag des Generalstreiks hatte z. B. die Direktion der Zeche „Ickern" an ihre Angestellten und Beamten ein Schreiben gerichtet, das das Fernbleiben von der Arbeit als Vertragsbruch bezeichnete und sofortige Entlassung androhte für den Fall, daß der Dienst am nächsten Tage nicht „ordnungsgemäß" wiederaufgenommen werde.[21]

In Essen wurde die Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vom „Vollzugsausschuß" der drei Regierungsparteien (s. oben Seite 135) ebenso wie vom lokalen SPD-Blatt begrüßt. Beide bekräftigten die in der Vereinbarung ausgesprochene Erwartung, daß die Bergarbeiter nunmehr den Generalstreik beenden würden.[22]

Wie General Watter entdeckte am 16. März auch der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Groote, seine Verfassungstreue und veröffentlichte eine entsprechende Presseerklärung.[23] Noch später, am 17.

März abends, als Lüttwitz bereits mit gefälschtem Paß aus der Reichskanzlei verschwunden war, erließen der Oberpräsident und die Regierungspräsidenten von Aachen, Koblenz, Köln, Düsseldorf und Trier einen Aufruf, in dem sie den Putsch bedauerten, die Streiks verurteilten und sich auf den „Boden der Reichsverfassung" und in den „Dienst der verfassungsmäßigen Regierung" stellten.[24]

1 Erger, S. 203, 205; Brammer, S. 28 f.; Bernstein, S. 9; Kern, S. 21; zur „Technischen Nothilfe": Errettung, S. 76, vgl. Severing, S. 103.
2 Legien in der NV, 29. März 1920 – Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4954 f.
3 Brammer, S. 22; Erger, S. 205 f.; der genaue Text der Verordnung: Illustrierte Geschichte, S. 467; Zeitpunkt ihres Erscheinens: Legien in der NV, 29. März 1920 – Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4955.
4 Erger, S. 243–285; zum zweitägigen Sympathiestreik in Stuttgart: Keil, S. 196.
5 Brammer, S. 69 f.
6 Scheidemann, S. 399 f.; Keil, S. 196; Stampfer, S. 174.
7 Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4901–4924.
8 Keil, S. 197.
9 FPE, 1920-03-20, u. ö.
10 Telegramme des Regierungspräsidenten Düsseldorf, 1920-03-15, 21.30 Uhr, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; StA Wuppertal: Barmen S XI, Nr. 8; ebd.: Vohwinkel S XI, Nr. 2. Bekanntmachungen der Stadtverwaltungen, z. B. Hamborn: Hamb VZ, 1920-03-16; Oberhausen: Rwt, 1920-03-17.
11 StA Wuppertal: Vohwinkel S XI, Nr. 2; ebd.: Barmen S XI, Nr. 8.
12 VstH, 1920-03-16.
13 H. Merkel in BAst, 1920-03-17.
14 Vtr, 1920-03-17.
15 Erger, S. 186.
16 Vwt, 1920-03-17. Zeitpunkt des Telefongesprächs: Spethmann, S. 95.
17 STAM: Kr. Tecklenburg, Landratsamt 1969; Severing, S. 150; Spethmann, S. 95; MA, 1920-03-18, u. ö. Zeitpunkt: Vwt, 1920-03-18 (offiziöse Meldung aus Münster).
18 Severing, S. 150 f.
19 Lün Ztg, 1920-03-17; Severing, S. 158.
20 BaZ, Nr. 13, 1920-03-27, abgedr. bei Schmidt, S. 112–116; Spethmann, S. 100–102, 343 f.; Severing, S. 159 f. Umstände und Gang der Verhandlungen: VfrR u. AZE, 1920-03-17.
21 Zuschrift in Cst Ztg, 1920-03-20 (Notiz in Wf VZ u. eig. Bemerkungen).
22 Aufruf des VAes in AZE u. Ess Allg Ztg, 1920-03-17; Leitartikel der AZE, 1920-03-17 („Die neuen Waffen").

23 Runge, S. 124.

24 Telegramm vom 17. März abends an OB Barmen, in StA Wuppertal: Barmen S XI, Nr. 8; an OB Remscheid, in StA Remscheid: NKI / 5; Ess Allg Ztg, 1920-03-19, u. ö.

6. Kapitel
Die Eroberung des gesamten Ruhrgebiets durch die Arbeiter

„Nur in jenem Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, wo infolge des starken Zusammenströmens indifferenter Arbeitermassen aus politisch rückständigen Gebieten Deutschlands und des Auslands die radikale Demagogie einen empfänglichen Nährboden fand, bildete sich eine sogenannte rote Armee ...“

Otto Braun (SPD; 1920 preußischer Landwirtschaftsminister, dann preußischer Ministerpräsident): Von Weimar zu Hitler, 2. Auflage, New York 1940, S. 95.

1 Die Fortsetzung des Generalstreiks

Am 16. März riefen Zechenunternehmer und Bergarbeitergewerkschaften (die „Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrkohlenbergbau“) zur Wiederaufnahme der Arbeit auf; nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz am 17. März tat die alte Regierung das gleiche. Vermutlich die Mehrheit der Arbeiter des Ruhrgebiets, jedenfalls weit mehr als die links organisierten Arbeiter folgten den Aufrufen nicht. Warum nicht?

Ein erster Grund mag darin liegen, daß die Aufrufe keinerlei politische oder wirtschaftliche Zugeständnisse enthielten, die einen Erfolg des Generalstreiks, wie gering auch immer, bedeutet hätten. Der Aufruf der Reichsregierung tat so, als sei mit dem Abtreten der Putschistenführer und der Wiederherstellung des früheren Zustands alles wieder in Ordnung. Die „Arbeitsgemeinschaft“ versprach, daß die Streiktage bis zum 17. März einschließlich nicht auf den Urlaub angerechnet werden sollten.[1] Diesen vertraglich vereinbarten Punkt betrachteten die Unternehmer möglicherweise als ein großzügiges Zugeständnis – die Arbeiter dachten anders darüber: sie forderten überall Bezahlung der Streiktage.[2] Die SPD-Bezirksleitung Niederrhein, die offenbar erkannte, daß die Arbeiter sich diese Forderung nicht abhan-

deln lassen würden, telegrafierte am 16. oder 17. März an die Reichsregierung in Stuttgart: „Sofort Notverordnung erlassen, daß Arbeitgeber sämtliche Streiktage bezahlen."[3]

Der zweite und wichtigere Grund, warum so viele Arbeiter den Aufrufen von Regierung und „Arbeitsgemeinschaft" nicht folgten, lag darin, daß der Abbruch des Generalstreiks, also die Rückkehr in die Betriebe, den Verzicht auf den weiteren bewaffneten Widerstand gegen Militär und Polizei bedeutet hätte. Auch für die Gegenseite war das der springende Punkt. Während jedoch Regierung und „Arbeitsgemeinschaft" klug darüber schwiegen, wurde die SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen in Dortmund deutlich. Nachdem sie schon am 15. März abends zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert, nachdem sie am 16. März diese Aufforderung wiederholt hatte,[4] veröffentlichte die Bezirksleitung am 18. März einen weiteren Aufruf, in dem es hieß:

„Zur Stunde gibt es für uns alle nur die eine Forderung: Schützt die verfassungsmäßigen Körperschaften und Gewalten, damit das deutsche Volk wieder zur Ruhe und Ordnung zurückkehren kann. Wer heute noch ... an die Entscheidung der Waffen appelliert, wer heute noch nach dem Muster des Hochverräters Kapp und seiner Helfershelfer in irrsinniger Verblendung das Volk unter die Gewaltherrschaft einer Diktatur, mag sie kommen, woher sie wolle, zu hetzen sucht, der beweist nur, daß er aus dem Verbrechen nichts gelernt hat, sondern mutwillig mit dem Wohl des deutschen Volkes sein unverantwortliches Spiel treibt ... Die Putschtaktik und die Lehre von der alleinseligmachenden Diktatur einer Minderheit hat ein für alle Mal den Todesstoß erhalten ..."[5]

In Essen und Düsseldorf kam es zu Auseinandersetzungen um die Frage, ob der Generalstreik abgebrochen oder weitergeführt werden solle. Dabei gingen die Linken von dem Zusammenhang zwischen Generalstreik und Widerstand gegen Militär und Polizei aus.

In *Essen* beschlossen am Vormittag des 17. März die christlichen Gewerkschaften die Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Tag.[6] Am Nachmittag traten die Betriebsräte der Firma Krupp, deren Wahl zu Beginn des Generalstreiks von Kommunisten und Linksunabhängigen durchgesetzt worden war, zusammen. Die kommunistischen Sprecher plädierten entschieden für die Fortsetzung des Generalstreiks; „falls man noch eine kurze Zeit im Streik verharre", könne die Arbeiterschaft

auch in Essen ihre Forderungen durchsetzen.* Die sozialdemokratisch und christlich organisierten Betriebsräte stimmten jedoch geschlossen für die Wiederaufnahme der Arbeit und blieben mit 150 gegen 91 Stimmen in der Mehrheit.[7] – Um 18 Uhr folgte eine weitere Versammlung, einberufen von den Freien Gewerkschaften. Der Referent der Gewerkschaften sprach für Wiederaufnahme der Arbeit: wenn auch der Verlauf des Generalstreiks nicht völlig befriedigt habe, so habe man doch der Reaktion „die Zähne gezeigt". Die USP-KPD-Opposition widersprach heftig – es kam zu stürmischen Szenen – und zählte die Aufgaben und Ziele auf, die nicht verwirklicht werden könnten, falls man jetzt den Generalstreik abbrechen würde: Umbildung der Einwohnerwehr durch Eintritt von Arbeitern; Freilassung der politischen Gefangenen; Unterstützung der Hinterbliebenen der von der Sipo vor zwei Tagen getöteten Demonstranten (s. oben Seite 136); Freigabe des örtlichen USP-Blatts, das tags zuvor vom Wehrkreiskommando für 10 Tage verboten worden war, weil es „zur Errichtung einer Rätediktatur und zur Bewaffnung des Proletariats aufgehetzt" habe. Zum letzten Punkt bemerkte der Gewerkschaftssprecher, man habe Severing telegrafisch um Aufhebung des Verbots ersucht. Im übrigen blieb der Sprecher bei der Forderung nach Wiederaufnahme der Arbeit. Damit setzte er sich durch: auch diese Versammlung faßte einen entsprechenden Mehrheitsbeschluß.[8]
Am Morgen des 18. März wurde in Essen und Umgegend die Arbeit ziemlich vollständig wiederaufgenommen,[9] obwohl die Nachricht vom Sieg der Arbeiter in Dortmund nach Essen gelangte.[10] Die Spitze der von auswärts heranrückenden bewaffneten Arbeiter erreichte am frühen Nachmittag den Essener Vorort Stoppenberg und geriet in einen langandauernden Kampf mit der Sipo.[11] Daraufhin verbreitete die Linke in Essen ein Flugblatt, unterzeichnet „Der Volksrat", das feststellte, die Lage in der Stadt habe sich „auf das alleräußerste zugespitzt"; die Arbeiter wurden aufgefordert, erneut die Arbeit niederzulegen und sich in den Betrieben zu versammeln, um jederzeit losschlagen zu können. Die Polizei beschlagnahmte mehrere tausend Exemplare des Flugblatts in der Druckerei des USP-Blatts. In einem Gegenaufruf versuchte der Vollzugsausschuß von SPD und bürgerli-

* Welche Forderungen im einzelnen gemeint waren, geht aus den Quellen nicht hervor.

cher Mitte (s. oben Seite 135), die Essener Bevölkerung zu beruhigen; er spielte den Kampf in Stoppenberg zu einer „Schießerei" von nur „geringer Bedeutung" herunter und erklärte, „die Parole für jeden verständigen Arbeiter" sei „selbstverständlich nach wie vor: weiterarbeiten!"[12]

In *Düsseldorf* hatte der Befehlshaber der dort stationierten Truppen, Major v. Rudorff, den Generalstreik mit den schärfsten Mitteln beantwortet: Versammlungsverbot, das als erstes eine Versammlung neugewählter Betriebsräte traf; Ausgehverbot zwischen 22 und 5 Uhr; Telefonsperre; militärische Besetzung der Plätze und Hauptverkehrsstraßen, Zurschaustellung von Panzerautos; MG-bestückte Lkws fuhren in wildem Tempo durch die Straßen.[13] Fragen nach seiner politischen Stellung hatte v. Rudorff damit beantwortet, er stehe auf dem Boden der Erklärungen seines Vorgesetzten v. Watter.[14] Am 16. März abends zerstreute das Militär kleinere Menschenmengen; es hatte Befehl, keine Schreckschüsse abzugeben, sondern sofort scharf zu schießen. Zwei Menschen wurden erschossen.[15] Der „Generalstreik-Ausschuß" (gebildet aus der in Düsseldorf führenden USP und der schwächeren SPD) erklärte daraufhin für den 17. März den verschärften Generalstreik, also vor allem die sofortige Einstellung der Notstandsarbeiten.[16] – Am 17. März ging die Polizei auf Anordnung des Militärs gegen eine kommunistische Demonstrationsversammlung im Stadtteil Oberbilk vor; bei dem Zusammenstoß wurden zwei Demonstranten und ein Polizist getötet.[17] Am Abend wurden mehrere Arbeiter, die sich noch kurz nach der Polizeistunde um 22 Uhr auf der Straße befanden, von einer Militärpatrouille verhaftet, nach dem Elektrizitätswerk gebracht und dort furchtbar geschlagen; als Peitschen benutzten die Soldaten MG-Riemen, an deren Enden Bleistücke und Schrauben befestigt waren.[18]

Allgemein wurde v. Rudorff für das brutale Auftreten des Militärs verantwortlich gemacht. Am 17. März erklärten die Führer sämtlicher Fraktionen im Stadtparlament (also einschließlich DVP und DNVP) v. Rudorff als Militärkommandant für untragbar und forderten seine „sofortige Abberufung". Die Resolution wurde von einer Kommission Severing in Münster überreicht.[19] Unabhängig von der Kommission verhandelte die Generalstreikleitung mit Severing und erreichte von diesem in der Nacht zum 18. März folgende unmittelbar wirksamen Zusagen: Ersatz v. Rudorffs durch General v. Gillhaussen (Elberfeld);

Zurücknahme des Militärs von Straßen und Plätzen; Presse- und Versammlungsfreiheit, soweit mit dem Ausnahmezustand vereinbar; Freilassung der Gefangenen; Ernennung von Thielemann (Düsseldorf, SPD) zum „Zivilkommissar“, d. h. zum zivilen Beigeordneten des Militärs.[20] Beim ersten Punkt ging man von der Voraussetzung aus, daß v. Gillhaussen in Kürze entsprechend dem Befehl v. Watters mit seinen Truppen aus Elberfeld in Düsseldorf eintreffen würde; in Münster wußte man noch nicht, daß Major Lützow in Remscheid diesen Befehl durchkreuzt und Gillhaussen zum Abzug nach Remscheid bewogen hatte (s. oben Seite 213).[21]
Am Morgen des 18. März verbreitete die Generalstreikleitung ein Flugblatt, auf dem sie die Vereinbarungen mit Severing bekanntgab und ankündigte, sie werde eine Parole zu Weiterführung oder Abbruch des Generalstreiks im Laufe des Tages herausgeben.[22] – Zunächst schien es, als werde sich das Militär an die Zusagen Severings halten: ein neuer Militärbefehlshaber, Oberstleutnant Haun, hob in einer Bekanntmachung den Belagerungszustand auf;[23] die Soldaten räumten die Drahtabsperrungen weg und zogen sich von Straßen und Plätzen zurück; die politischen Gefangenen wurden bis auf zwei freigelassen.[24] Diese positiven Anzeichen veranlaßten die Generalstreikleitung am Vormittag zu dem Beschluß, den Generalstreik ab 13 Uhr für beendet zu erklären;[25] dabei handelte sie unter einem gewissen Druck, da Zentrum, DDP und christlicher Metallarbeiterverband bereits am Vortag mit einem Flugblatt zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen hatten.[26]
Doch unvermutet verschärfte sich die Lage wieder. Ein Plakat v. Rudorffs wurde angeschlagen, das die bisherigen Bestimmungen über den Belagerungszustand für „weiterhin gültig“ erklärte und insbesondere vor nichtgenehmigten Versammlungen und Umzügen „sowie vor allen Ansammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen“ warnte; das Militär erschien erneut auf den Straßen und nahm an wichtigen Punkten provozierend Aufstellung; Verteiler des Flugblatts, das die Vereinbarungen mit Severing bekanntgab, wurden verhaftet; die Einberufung der Zeitfreiwilligen, die am 13. März begonnen hatte, wurde auf die Gymnasiasten ausgedehnt (die Düsseldorfer Bourgeoisie hatte sich schon in der Revolutionszeit 1918/19 als besonders militant erwiesen).[27] In dieser Lage wurde durch das örtliche SPD-Blatt der Beschluß der Streikleitung bekannt, den Generalstreik abzubrechen.[28]

Die Kommunisten, die in der Streikleitung nicht vertreten waren, entfalteten sofort eine heftige Gegenagitation. In Versammlungen am Rheinufer innerhalb einer 200-Meter-Zone, die das Militär nach den Bestimmungen der linksrheinisch stehenden Belgier nicht betreten durfte, griffen sie die USP in schärfster Weise an und warfen ihr „Verrat an der Arbeiterschaft“ vor; die Aufforderung zur Fortsetzung des Generalstreiks verbanden sie mit der Aufforderung zum „bewaffneten Widerstand“.[29] Als am Nachmittag der Beschluß der Streikleitung durch Flugblätter und durch das örtliche USP-Blatt bekanntgegeben wurde, versuchten die Kommunisten mit allen Mitteln, deren Verbreitung zu verhindern.[30]
Am Nachmittag beschloß eine Konferenz der USP-Funktionäre, den Beschluß zum Abbruch des Generalstreiks vorläufig aufzuheben und am nächsten Tag die Frage erneut zu beraten.[31] Am Morgen des 19. März besetzten die Kommunisten viele Betriebe, um eine Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern.[32] Zur entscheidenden Konferenz der USP-Funktionäre am Vormittag waren außer Mitgliedern der USP auch solche der KPD zugelassen. Damit hatte die KPD eine Einflußnahme der Basis auf die offizielle Streikleitung erkämpft. Die Funktionäre mußten von ihren Parteigenossen und den Kommunisten die heftigsten Vorwürfe einstecken. Die Konferenz beschloß, den Generalstreik weiterzuführen, weil „das Militär die getroffenen Abmachungen nicht gehalten habe“.[33] Am Abend desselben Tages schlossen sich die Funktionäre der SPD diesem Beschluß „aus Gründen der Solidarität“ an, gaben aber zu erkennen, daß sie den Generalstreik so schnell wie möglich zu beenden wünschten.[34]
Die Beispiele Essen und Düsseldorf zeigen, was den Willen zum Widerstand und damit zur Fortführung des Generalstreiks anstachelte: die Maßnahmen und Übergriffe von Militär und Polizei seit dem 13. März. Dem entspricht es, daß in den von Militär und Polizei befreiten Städten die Aktionsausschüsse den Abbruch des Generalstreiks erklären konnten, ohne auf Widerstand von unten zu stoßen; so in Hagen und Hörde am 17., in Barmen am 18. März. Sie taten das meist mit der Begründung, die Wiederaufnahme der Produktion sei lebenswichtig für das Proletariat; nur für die Eisenbahner machte man eine Einschränkung: kein Transport von Truppen und Munition.[35] In anderen Städten nahm die Arbeiterschaft die Arbeit auch ohne ausdrückliche Aufforderung durch den örtlichen Aktionsausschuß nach der Ver-

treibung des Militärs wieder auf, so in Dortmund und Unna am 18. März.[36] Nicht zur Arbeit kehrten natürlich die bewaffneten Arbeiter zurück, die entweder die örtliche Arbeiterwehr bildeten oder zu weiterem Kampf nach auswärts zogen.

Eine bemerkenswerte Ausnahme unter den befreiten Städten machte *Elberfeld.* Am 18. März, am Tag nach dem Sieg der Arbeiter über v. Gillhaussens Streitmacht, richtete der Aktionsausschuß von Elberfeld und Barmen (paritätisch aus den drei Arbeiterparteien gebildet) einen Aufruf an die Bevölkerung der Wupperstädte, in dem er die Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat und die wichtigsten Grundsätze der neuen Ordnung bekanntgab. Zum Schluß hieß es:

„Die Arbeit wird in allen Betrieben morgen wieder aufgenommen ... Die Wiederaufnahme der Arbeit liegt außer im volkswirtschaftlichen Interesse im Interesse der durch harten Kampf errungenen Macht. Alle Nichtkämpfer haben der Arbeit nachzugehen, im Bedrohungsfalle wird durch Alarmsignal das Proletariat zu den Waffen gerufen ...“[37]

Der bürokratisch-geschäftsmäßige Ton dieses Aufrufs war nichts Ungewöhnliches. Schon 1918–19 hatten die Funktionäre mit ihrem Schematismus und ihrer Einfallslosigkeit das Gesicht der deutschen Revolution geprägt, und das wiederholte sich jetzt.

Doch am 19. März 1920 ließen sich die Arbeiter in Elberfeld dieses Verfahren nicht gefallen. Während in Barmen die Arbeiter dem Aufruf folgten und wieder zur Arbeit gingen, bot Elberfeld ein anderes Bild. Viele Belegschaften erschienen nicht zur Arbeit; in vielen anderen Betrieben, deren Belegschaften erschienen waren, holten radikale Gruppen die Arbeiter wieder heraus (und diese ließen das offenbar widerstandslos geschehen). Über die Gefühle der Elberfelder Arbeiter am Morgen dieses 19. März wissen wir nichts; nur das eine haben die Quellen festgehalten: weit verbreitet sei die Ansicht gewesen, „daß erst die Opfer der Revolutionskämpfe bestattet sein müßten, bevor die Arbeit aufgenommen wird“.[38] Daraus sprach anscheinend die Empfindung, daß der Sieg über Militär, Sipo und städtische Polizei, ein historisches Ereignis für das Proletariat des Wuppertals, zu viele Opfer gekostet und zu vieles aufgebrochen hatte, als daß der geschäftsmäßige Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit das letzte Wort sein konnte.

Ein nicht einheitlicher Abbruch eines Streiks – das war eins der schlimmsten Dinge, die sich damals ein Partei- oder Gewerkschafts-

funktionär vorstellen konnte. Neidvoll blickten die Elberfelder Funktionäre nach Barmen. Um zu einem einheitlichen Vorgehen zu kommen, riefen sie für den Nachmittag die Betriebsausschüsse in die Stadthalle. Hier erwies sich: auch die gewählten Sprecher der Belegschaften waren im Organisationsmechanismus befangen. So verständnisvoll sie nämlich über die Stimmung der Arbeiter am Morgen berichteten – darin waren sich fast alle einig: die „Disziplin" und die „Geschlossenheit der Bewegung" mußten unbedingt gewahrt werden. Gegen nur 8 Stimmen wurde schließlich beschlossen, daß nunmehr endgültig am nächsten Morgen (Samstag, 20. März) die Arbeit wiederaufgenommen werden solle.[39]

Damit schien alles wieder im herkömmlichen Gleis zu sein. Doch gegen 18 Uhr versammelte sich auf dem Neumarkt vor dem Rathaus eine nach Tausenden zählende Menge streikender Arbeiter. Damit hatten die Funktionäre nicht gerechnet. Als sie in improvisierten Reden die Argumente für den Abbruch des Streiks zusammentrugen, bekundete die Menge heftig ihr Mißfallen. Ein unbekannter Kommunist dagegen, der gegen die Funktionäre Stellung nahm, erhielt mehrfach Beifall. Dann wurde abgestimmt: die Versammlung beschloß, erst am Montag, dem Tag nach der Beerdigung, die Arbeit wiederaufzunehmen.[40]

Das war ein Akt der Selbstbefreiung, wie es – leider – viel zu wenige in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gegeben hat. Inhaltlich bedeutete er freilich nicht viel: ausgehend von einer verbreiteten Konvention, nämlich bis zur Beerdigung eines Toten nicht zu arbeiten, sollte der Beschluß offenbar so etwas wie einen vorläufigen Schlußpunkt unter den Kampf setzen, er war also rückwärts-, nicht vorwärtsgerichtet. Fantasie und Improvisation bei der Neugestaltung des Lebens, für andere Revolutionen charakteristisch, sind hier nicht zu finden. Immerhin: hier hatten die Arbeiter einmal ihre Vorstellungen gegen den Schematismus ihrer Funktionäre und Betriebsräte durchgesetzt. –

Am Beispiel Elberfelds zeigt sich noch einmal, wie tief der Wille der Arbeiter zur Fortsetzung des Kampfes war. Bleibt noch zu fragen, ob dieser Wille zu mehr als lokalen Aktionen führen würde. Die Voraussetzungen dafür waren gegeben. Drei Hauptgegner forderten die Arbeiter heraus: Nach wie vor lag in Remscheid das Freikorps Lützow, lag in Mülheim das Freikorps Schulz – zwei Freikorps, die sich auf die

Seite Kapps gestellt hatten; nach wie vor war der Oberbefehlshaber in Münster General v. Watter, dessen „Neutralität" in den Putschtagen die Arbeiter zu beurteilen wußten. Die Arbeiter ihrerseits hatten jetzt die Machtmittel, dem Gegner in großangelegten Aktionen zu begegnen: In den ersten Kämpfen hatten sie großes Kriegsmaterial erbeutet und hatten sich überlokal zu koordinieren gelernt. – Es soll nun geschildert werden, wie im Vorstoß gegen die drei genannten Hauptgegner die Arbeiter das gesamte Ruhrgebiet eroberten.

2 Die Einkreisungsschlacht von Remscheid

a) Die Lage in der Stadt

Am späten Abend des 17. März konnte General v. Gillhaussen einer Niederlage in Elberfeld nur durch die Flucht entgehen. Er wandte sich nach Remscheid. Wie sah es in Remscheid aus?

Die Remscheider Arbeiterschaft war als eine der radikalsten im Rheinland bekannt. Sie war überwiegend in der USP organisiert; daneben bestand eine KPD-Ortsgruppe in der ansehnlichen Stärke von über 1000 Mitgliedern. Der Arbeiterschaft gegenüber stand das Freikorps Lützow, das sich am 13.-14. März als kappistisch zu erkennen gegeben hatte.[41]

Am 14. März wurde am „Volkshaus" (Haus der Arbeiterorganisationen) der Elberfelder Aufruf der drei Bezirksleitungen – Aufruf zum Kampf für die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Rätesystems (s. oben Seite 127) – verteilt. Daraufhin ließ Major Lützow am Abend das Volkshaus besetzen und die Druckerei des USP-Blatts schließen; Druck und Vertrieb wurden verboten. Auf einen Protest bei Severing in Münster antwortete dieser am 15. März, Lützow sei zu seiner Maßnahme nicht berechtigt; er wies Lützow an, das Verbot wiederaufzuheben. Lützow lehnte das jedoch ab.[42]

Den am 15. März einsetzenden Generalstreik beantwortete Lützow damit, daß er waffenstarrende Lkws durch die Straßen rasen ließ. Der Kaiserplatz vor dem Rathaus (das bereits am Vortag militärisch besetzt worden war) verwandelte sich in ein stacheldrahtumzäuntes Heerlager. Mit einem ausgedehnten Spitzelwesen machte Lützow vor allem Jagd auf die Führer der Arbeiterorganisationen.[43]

Am Vormittag des 16. März unternahm Lützow eine Inspektionsfahrt ins benachbarte Lennep, das von der I. Abteilung seines Freikorps besetzt war. Mit einer berittenen Abteilung zerstreute er eine Kundgebung auf dem Marktplatz.[44]

Nach Remscheid zurückgekehrt, erhielt Lützow am Nachmittag die Nachricht von General Gillhaussen in Elberfeld, ein großer Zug von Arbeitern aus Solingen plane einen Angriff auf Elberfeld. (Wie dieser Zug in Hahnerberg von der Sipo zusammengeschossen wurde, haben wir berichtet.) v. Gillhaussens Auftrag an Lützow, er solle dem Zug mit Panzerwagen den Weg verlegen, wurde von diesem mißachtet.[45] Statt dessen nahm Lützow die Nachricht zum Anlaß, in der eigenen Stadt umfangreiche Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Als erstes berief er das Remscheider „Zeitfreiwilligen-Korps" ein.[46]

Dieses „Zeitfreiwilligen-Korps" war eine ziemlich ungewöhnliche Einrichtung. Es war seit dem Herbst 1919 von dem monarchistischen Studienrat und Hauptmann der Reserve Dr. Weisemann aufgebaut worden, und zwar nach dem konspirativen „Schneeballsystem". Das bedeutete (nach der eigenen Darstellung des Korps): „Auf Grund zahlloser Einzelbesprechungen" wurden „immer nur zwei bis drei Mann gewonnen, ohne daß diese Grüppchen voneinander Kenntnis hatten". Übungen wurden nicht veranstaltet; die Waffen wurden zentral gelagert und sollten erst im Alarmfall verteilt werden. Dem Korps gehörten vor allem Söhne der gutsituierten Familien an; viele waren Mitglieder der beiden Rechtsparteien.[47]

Der Grund für das konspirative Vorgehen beim Aufbau des Korps lag in der Furcht vor den Arbeitern. Damit war Weisemann erfolgreich gewesen: die Arbeiter hatten den Aufbau nicht bemerkt. Als daher das Korps am Nachmittag des 16. März einberufen und eingekleidet wurde und anschließend eine erste Abteilung zusammen mit Lützow-Truppen die Hauptpost besetzte, waren die Arbeiter überrascht. Das bewaffnete Auftreten der privilegierten Kapitalistensöhne reizte sie auf; die Spannung stieg erheblich an.[48]

Gegen Abend zog Lützow einen Teil der in Lennep stehenden Abteilung seines Freikorps nach Remscheid. Alle Zugangsstraßen zum Rathaus wurden gesperrt.[49]

Der 17. März brachte eine weitere Verschärfung. Die Zeitfreiwilligen besetzten weitere öffentliche Gebäude und sperrten sie mit Drahtverhauen ab.[50] Lützow zog die restlichen Lenneper Truppen nach Rem-

scheid (damit war Lennep endgültig militärfrei).[51] Auf den Straßen wurde ein kleines sozialistisches Informations- und Propagandablatt unter dem Titel „Revolutions-Nachrichten", ein kümmerlicher Ersatz für das verbotene USP-Blatt, verkauft; die Polizei verhaftete die Verkäufer.[52] Am Vormittag versammelten sich die streikenden Arbeiter auf einem Platz abseits der Innenstadt, um die Wahl von Betriebsräten vorzubereiten; ihre Zahl wurde auf 50 000 geschätzt. Nach Schluß der Versammlung fluteten sie in die Innenstadt. An zwei Stellen trafen sie auf Absperrungen: vor Drahtverhauen standen Lützower und Zeitfreiwillige, in Schützenlinien ausgeschwärmt, die Gewehre schußbereit. Als die Massen sich nicht schnell genug zerstreuten, schossen sie; ein 45jähriger Arbeiter war tot, ein zweiter erhielt einen lebensgefährlichen Kopfschuß.[53]

Der Vorfall steigerte die Erregung der Arbeiter zur Siedehitze.[54] Das USP-Blatt schrieb drei Tage später: „Von diesem Augenblick an war der Kampf unvermeidlich geworden. Noskesöldlinge konnte man ignorieren, feige Mordbuben aus den Reihen der besitzenden Klasse mußten gezüchtigt werden."[55] Ein Schlüsselsatz zum Verständnis des Ruhraufstands: er bestätigt noch einmal unsere Beobachtungen aus dem östlichen Revier über die Bedeutung der *örtlich bekannten* Gegner für die Arbeiter. – Zu fragen ist, warum die „Noskesöldlinge" in Wetter, Kamen und Elberfeld, Städten mit einer weniger radikalen Arbeiterschaft, nicht „ignoriert" worden waren. Der Unterschied liegt auf der Hand: dort marschierte das Militär am ersten Tag des Generalstreiks ein und traf auf das voll entfaltete Machtgefühl der Arbeiter; hier in Remscheid lag das Militär bereits seit einigen Wochen, die Arbeiter waren also in gewisser Weise an seine Anwesenheit gewöhnt. Es bedurfte hier stärkerer Provokationen, um das Proletariat zum Handeln zu bringen.

b) Der Kampf

Am Morgen des 18. März traf General v. Gillhaussen mit dem Freikorps Hacketau, der Sipo unter Major Gärtner und den Elberfelder Zeitfreiwilligen nach einem mühsamen Nachtmarsch in Remscheid ein.[56] Damit war die Besatzung Remscheids rund 1500 Mann stark.[57]

Die aus Elberfeld kommenden bewaffneten Arbeiter hatten noch in

der Nacht die Verfolgung Gillhaussens aufgenommen. Am 18. März zogen sie massenhaft auf Lkws und zu Fuß in die kleineren Städte in der Umgebung Remscheids ein. Im roten Ronsdorf halbwegs zwischen Elberfeld und Remscheid kamen sie an, als dort gerade eine Demonstration der Arbeiter und eine bürgerliche Gegendemonstration (wegen der Durchführung des Generalstreiks) begannen; beide Demonstrationen wurden in aller Eile abgeblasen.[58] In Lüttringhausen nordöstlich von Remscheid, dessen militärische Besatzung sich eilig nach Remscheid zurückgezogen hatte, wurden die politischen Gefangenen aus dem Zuchthaus befreit. Hier wie in Lennep östlich von Remscheid übernahm ein „Vollzugsrat" der örtlichen Arbeiterschaft die Exekutivgewalt.[59] In Gummersbach 40 km südöstlich von Remscheid stand noch eine 150 Mann starke Reichswehrtruppe. Sie verschanzte sich in einer Schule, wurde dort von eintreffenden bewaffneten Arbeitern umzingelt und fiel damit für die Verteidigung Remscheids aus.[60]

Von den Städten und Ortschaften der Umgegend rückten die Arbeiter immer näher an Remscheid heran. Die auf einem Bergrücken gelegene Stadt, mit dem Rathausturm auf dem höchsten Punkt, wurde von den Kanonieren der 7 leichten Feldgeschütze, die die Arbeiter hatten, ins Ziel genommen. Eine improvisierte Kampfleitung unter drei bekannten Unabhängigen – Braß, Mitglied der Nationalversammlung, aus Remscheid, Paul, Gewerkschaftssekretär aus Ronsdorf, und Sauerbrey, Gewerkschaftssekretär aus Barmen – richtete sich in einem Haus etwas nördlich von Ronsdorf ein und versuchte, eine zentrale Organisation der bewaffneten Arbeiter zu schaffen.[61]

Am Nachmittag fuhren Paul und Sauerbrey nach Remscheid hinein, um die Besatzung zum Niederlegen der Waffen und Abzug bis 17 Uhr aufzufordern. Sie wurden von Sipos angehalten und zu Major Gärtner gebracht. Dieser stellte die Gegenforderung, vor Eintritt in Verhandlungen müßten die Arbeiter die Waffen niederlegen; offenbar hielt er Remscheid mit 1500 Mann Besatzung für uneinnehmbar. Dann verwies er die beiden an General Gillhaussen, dem er mit seiner Sipo unterstellt sei. – Anscheinend funktionierte die Verständigung unter den Belagerern noch nicht: kaum waren Paul und Sauerbrey vor dem Rathaus vorgefahren, das war noch vor 17 Uhr, da schlugen mehrere Kanonenschüsse im Rathaus und dessen Umgebung ein und brachten die beiden Unterhändler in ärgste Verlegenheit. Auf ihre Beteuerung, die Schüsse seien gegen ihren Willen gefallen, ließen die be-

gleitenden Sipos sie fahren; unter dem Beschuß durch Militär und Zeitfreiwillige konnten sie gerade noch aus der Stadt entkommen.[62]
Gleich der erste Kanonenschuß war in den Turm des Rathauses eingeschlagen. Die Verteidiger vermuteten, das Kanonenfeuer sei aus der Stadt heraus durch Zeichen oder per Telefon gelenkt worden – offenbar konnten sich die Berufsmilitärs schlecht vorstellen, daß die Arbeiter das, was man sie auf dem Kasernenhof und im Felde zu lernen gezwungen hatte, auch einmal ohne militärische Führer und für sich selbst anwenden konnten. Ihr Verdacht fiel vor allem auf den in der Nähe des Rathauses wohnenden städtischen Beigeordneten Koch (USP). Sie trafen ihn nicht zu Hause an, durchsuchten mehrmals seine Wohnung, verhafteten dann drei seiner Söhne und einen Gast und sperrten sie als Geiseln im Keller des Rathauses ein. – Nach insgesamt sieben Schüssen auf das Rathaus und den Standort der Sipo verstummten die Kanonen der Arbeiter.[63] Die Verteidiger konnten das Feuer nicht erwidern, da Lützow seine Batterien vor dem Putsch nach Berlin geschickt hatte (s. oben Seite 77).
Um 17 Uhr, zu dem von der Kampfleitung festgesetzten Zeitpunkt, begannen die Arbeiter aus nördlicher und nordöstlicher Richtung mit MGs und Handgranaten anzugreifen. Bis zum Einsetzen der Dämmerung um 19 Uhr eroberten sie einige Straßenzüge und drangen bis zum Rande der Innenstadt vor; dann brachen sie den Kampf ab.[64]
Inzwischen waren von Hagen Parlamentäre unter Führung von DDP-Parteisekretär Stens nach Gummersbach gefahren. Die dort eingeschlossene Reichswehrtruppe ließ sich von ihnen überzeugen, daß sie sich in aussichtsloser Position befinde, lehnte aber die Forderung der Arbeiter nach Herausgabe der Gewehre ab. Man einigte sich auf einen Kompromiß: Herausgabe der Gewehrschlösser und Abtransport der Truppe per Bahn ins Sennelager.[65] Der Abtransport erfolgte am nächsten Tag mit nur vier Mann Bewachung.[66]
Im Laufe der Nacht erhöhte sich die Zahl der Arbeiter rings um Remscheid – aus dem Bergischen Land, aus Hagen-Schwelm, aus der Bochumer Gegend – auf schätzungsweise 20 000, die jedoch längst nicht alle bewaffnet waren. Auf Anweisung der Kampfleitung wurde die Stadt von allen Seiten eingekreist; nur in südwestlicher Richtung nach der Wupper zu blieb durch den Fehler eines roten Unterführers eine Lücke. – In den Reihen der Verteidiger mehrte sich die Neigung zu Desertion. Major Lützow versuchte sie mit der Behauptung zu be-

kämpfen, daß die Roten den Soldaten „keinen Pardon geben, sie samt und sonders niedermetzeln würden“. Bei v. Gillhaussen wurden mehrmals, zuletzt noch am Morgen, Stadtverordnete der DDP vorstellig, um ihn zur Kapitulation aufzufordern. v. Gillhaussen lehnte stets ab.[67]
So begann im Morgengrauen des 19. März der Entscheidungskampf. Die ungeduldigen Remscheider Arbeiter schlugen mit 50 Gewehren, die sie vermutlich im Laufe der Nacht von den auswärtigen Genossen bekommen hatten, zuerst los, dann setzte der Hauptangriff von Norden, Osten und Süden ein. Die Angreifer imponierten nicht nur durch ihre Zahl, sondern vor allem durch ihre unerhörte Kampfentschlossenheit. Die Hauptstützpunkte der Verteidigung, Rathaus, Hauptpost und Schlachthof (südwestlich des Rathauses), wurden von den Kanonen der Arbeiter beschossen. Schon vor 8 Uhr eroberten die Arbeiter den Markt am östlichen Rand der Innenstadt. Diesen Erfolg meldete eine neue, mitten im Kampf gedruckte Nummer der Remscheider „Revolutions-Nachrichten“, in der es weiter hieß:
„Arbeiter, Volksgenossen! In den Straßen Remscheids tobt der Kampf. Vereint mit unseren tapferen Brüdern von auswärts ist der Angriff gegen die ruchlose Militaristenbande im Gange ...
Den letzten Mann heraus! Der revolutionäre Kampf ist keine Phrase mehr. Wir wollen und müssen siegen, eine Niederlage bedeutet den Untergang des Proletariats. Die Herzen hoch, bereit zu sterben für den Sieg der Freiheit!“
Die Verteidiger wehrten sich erbittert, aber obwohl ihre MGs äußerst geschickt postiert waren und von den besten MG-Schützen bedient wurden, obwohl die Zeitfreiwilligen aus den Häusern auf die Arbeiter schossen – das Vorwärtsdringen der Arbeiter war nicht aufzuhalten. „Die ... Leitung der roten Kampftruppen war einfach staunenswert“, schrieb der Berichterstatter des Solinger USP-Blatts, „ein Beweis dafür, wie überflüssig die konzessionierten Monokelträger im deutschen Heere waren.“ Kurz nacheinander fielen die beiden Eckpfeiler der Verteidigung, die Hauptpost und der Schlachthof, in dem der Wagenpark und die Pferde der Verteidiger untergebracht waren. Nur an einer Stelle gelang es den Verteidigern, die Arbeiter noch einmal vorübergehend zurückzudrängen, dann kämpften die Arbeiter die letzten MG-Nester nieder und setzten zum Sturm auf das Rathaus an. Gegen 10 Uhr gab v. Gillhaussen Befehl zum Rückzug nach Solingen, d. h. in den englisch besetzten Brückenkopf Köln. (Die Haltung der

Engländer hatte er schon am Vortag durch zwei Offiziere zu erkunden versucht; da diese entgegen den Bestimmungen in Uniform und mit Waffen vorgefahren waren, waren sie jedoch von den Engländern gefangengesetzt worden.) Die im Rathaus festgehaltenen Geiseln entgingen nur knapp ihrer Erschießung, indem sie im letzten Moment durch den städtischen Beigeordneten Zurhellen befreit wurden.
Bei den Verteidigern griff Panik um sich. Soldaten und Sipos warfen Waffen und Munition, teilweise sogar ihre Koppel weg. Drei Lkws und die gesamte Verpflegungsbagage blieben stehen, nur die Gefechtsbagage wurde mitgenommen. So weit hatte v. Gillhaussen seine Streitmacht allerdings noch in der Hand, daß er sie zum Rückzug ordnen konnte: vorweg die Sipo und ortskundige Zeitfreiwillige, die Freikorps folgen, hinten wiederum Zeitfreiwillige. Die Arbeiter sammelten eilig die weggeworfenen Waffen auf und kurbelten die Lkws an. Überraschenderweise machte sich nur ein Teil von ihnen an die Verfolgung.[68]
v. Gillhaussens Truppe marschierte durch die Lücke im Einkreisungsring in Richtung Südwesten ab. Immer wieder hielt sie an, um Häuserfronten, die ihr verdächtig erschienen, zu beschießen. Die Vorhut erreichte, wie vorgesehen, das englische Gebiet in Burg an der Wupper. Anders erging es der Hauptabteilung und der Nachhut. Als bereits im Remscheider Vorort Vieringhausen zwischen Vorhut und Hauptabteilung eine Lücke entstand, verlegten bewaffnete Arbeiter der Hauptabteilung den weiteren Marsch nach Südwesten und zwangen sie, die Straße Richtung Westen nach Müngsten zu nehmen. Auf halber Strecke erhielt das an der Spitze marschierende I. Bataillon des Freikorps Lützow plötzlich von Cronenberger Arbeitern, die sich seitlich der Straße auf einem Höhenzug postiert hatten, mörderisches MG-Feuer. Die Verluste des Bataillons waren größer als die Gesamtverluste der Verteidiger beim Kampf um Remscheid. Wer nicht fiel, streckte die Waffen; etwa 100 Mann wurden gefangengenommen. Der Rest der Hauptabteilung, darunter Hacketäuer unter Hauptmann Model (dem späteren Generalfeldmarschall der Hitlerschen Wehrmacht im Rußlandfeldzug) konnte später die gefährliche Stelle überwinden und sich über die rund 100 Meter hohe Kaiser-Wilhelm-Eisenbahnbrücke (heute Müngstener Brücke) auf Solinger Gebiet retten. Die Nachhut schlug sich in die Wälder und konnte so die Brücke erreichen.[69] Noch drei Tage später trafen in Solingen Versprengte ein.[70]

Beim Kampf um Remscheid und der anschließenden Verfolgung wurden 21 Remscheider getötet, darunter mindestens fünf Unbeteiligte. Die auswärtigen Arbeiter hatten mindestens 16 Tote; es können mehr sein, da sie von ihren Kameraden in die Heimatorte mitgenommen wurden. Auf seiten des Militärs, der Sipo und der Zeitfreiwilligen waren 58 Mann gefallen.[71]
Die ins englische Gebiet Entkommenen, über 1000 Mann, wurden von den Engländern entwaffnet, unter Bewachung in Solingen in einem Gartenrestaurant gesammelt und in der folgenden Nacht in das Internierungslager Dellbrück bei Köln transportiert. Ihre Bitte, durch den Brückenkopf nach Düsseldorf marschieren zu dürfen, um sich mit dem dort stehenden Reichswehr-Regiment zu vereinigen, war von den Engländern abgelehnt worden.[72] Die Bagage – 6 MG-Wagen, 3 Feldküchen mit Vorderprotzen, 12 Sanitätswagen, 79 Pferde – übergaben die Engländer der Solinger Polizeiverwaltung.[73] Diese schaffte die Bagage am 24. März ebenfalls ins Lager Dellbrück. Als die Sendung im Lager ankam, wurden die Begleitleute von den internierten Soldaten verprügelt; die englischen Bewachungssoldaten mußten eingreifen und den Ausschreitungen ein Ende machen.[74] Die ausgestandene Angst und die Wut darüber, daß eine reguläre und gutbewaffnete Truppe von 1500 Mann von den verachteten Arbeitern hatte besiegt und in die Flucht geschlagen werden können, kam offenbar hier zum Ausbruch.

3 Der Vorstoß der Arbeiter gegen Münster und die Lage in Münster

Die Niederlage der Paderborner Husaren in Kamen (s. oben Seite 176–179) hatte gezeigt, welche Kraft die Arbeiter auch in den kleineren Orten am östlichen Rande des Industriegebiets entfalten konnten, teils weil sie bereits vor dem Putsch die Einwohnerwehren weitgehend in die Hand bekommen hatten, teils weil sie nach dem Putsch bürgerliche Einwohnerwehren oder Bauernwehren entwaffneten. Ähnliches geschah noch weiter östlich, als am 14. März Bergarbeiter der Zeche „Radbod“ bei Hamm den Amtmann in Bockum-Hövel zwangen, die Gewehre der Bürger- und Bauernwehr herauszugeben, und anschließend nach Walstedde fuhren, um den Bauern weitere Gewehre abzu-

nehmen.[75] In Hamm selbst konnten dann die Linken mit der Drohung, notfalls würden sie die bewaffneten Bergarbeiter der Umgebung zu Hilfe rufen, durchsetzen, daß in die Bürgerwehr, bis dahin ein zuverlässiges Instrument der Reaktion, Arbeiter aufgenommen wurden.[76]

Einen Anstoß zu weiterem Vorgehen bedeutete der Sieg der Arbeiter in Kamen am 16. März. Nachdem sie hier gelernt hatten, sich zu einer überlokalen Aktion zu vereinigen, umzingelten sie am folgenden Tag die Stadt Werne und forderten die bürgerliche Einwohnerwehr durch Parlamentäre auf, die Waffen abzugeben. Die Einwohnerwehr lehnte ab und eröffnete ein Gefecht, in dem sie nach kurzer Zeit unterlag.[77]

Das war am 17. März, demselben Tag, an dem Dortmund von den Arbeitern erobert wurde. Dieser Sieg in Dortmund nun gab den entscheidenden Anstoß für weitere überlokale Aktionen. Die Bewegung ging vor allem in nordwestliche und nordöstliche Richtung.

Bereits am 17. März um 18 Uhr erschien eine Abordnung des Vollzugsrats von Dortmund in Castrop. Die dortige Einwohnerwehr wurde vom Zentrum dominiert und war auch für den Geschmack der SPD zu bürgerlich. Die Abordnung beklagte sich in einer Verhandlung mit dem SPD-Parteisekretär Hermes darüber, daß aus Castrop keine Hilfe beim Kampf um Dortmund gekommen sei, und verlangte die Bildung eines Arbeiterrats und die Entwaffnung aller reaktionären Elemente. Daraufhin wurde noch am selben Abend ein Arbeiterrat aus je zwei Vertretern der drei Arbeiterparteien sowie der christlichen und polnischen Bergarbeitergewerkschaft gebildet.[78] Er erließ am folgenden Tag eine Aufforderung zur Waffenabgabe.[79] Die Einwohnerwehr freilich blieb im wesentlichen bestehen und wurde nicht zu einer Arbeiterwehr umgebildet. Mit diesem mäßigen Ergebnis nicht zufrieden, holten sich ein paar Tage später bewaffnete Bergarbeiter aus dem nahen Dortmunder Vorort Mengede von der Castroper Einwohnerwehr 130 Gewehre, 3 MGs und 50 Handgranaten.[80]

Am 18. März beobachtete man in Dortmund einen Strom bewaffneter Arbeiter – zu Fuß, per Fahrrad und auf Lkws – in Richtung Unna.[81] Am selben Tag noch erschienen die ersten in Kamen und requirierten in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Vollzugsrat auf der Zeche „Grillo“ 400 kg Benzin.[82] Zwei Tage später, am Nachmittag des 20. März, tauchten die ersten bewaffneten Arbeiter von auswärts, 150 Mann, in Hamm auf und setzten die Umbildung der Einwohner-

wehr zu einer reinen Arbeiterwehr durch; daraufhin traten die Zentrums- und DDP-Vertreter aus dem örtlichen Aktionsausschuß aus und überließen ihn den drei Arbeiterparteien.[83]
Am Vormittag desselben Tages erreichte eine Arbeitertruppe von etwa 1000 Mann aus Dortmund und Umgebung, die sich nach Nordwesten gewandt hatte, die Stadtgrenze von Recklinghausen.[84] Skizzieren wir kurz die bisherige Entwicklung in der Stadt: In der Einwohnerwehr herrschte das Bürgertum; eine ganze Kompanie rekrutierte sich ausschließlich aus der Oberschicht, darunter den Beamten der Bergwerksdirektion und des Amtsgerichts („Stehkragenkompanie"). Diese Elemente wurden auch von der SPD als ausgesprochen konterrevolutionär eingeschätzt.[85] So beantragte die SPD im städtischen Wehrausschuß, daß alle Mitglieder der beiden Rechtsparteien aus der Wehr entfernt werden sollten; als sie damit nicht durchkam, gab sie sich jedoch mit dem Kompromiß zufrieden, daß die Betroffenen entsprechend der Satzung auf die Verfassung und die verfassungsmäßig gewählte Regierung verpflichtet wurden. (Der Putsch war bereits gescheitert, so daß eine solche Verpflichtung nichts mehr kostete.)[86] Auch sonst war die SPD sehr gemäßigt. So teilte sie die Bemühungen der Dortmunder SPD-Bezirksleitung, den Generalstreik so schnell wie möglich zu beenden (mit bescheidenem Erfolg).[87] Am 18. März rief der von Sozialdemokraten und Zentrum geführte örtliche Aktionsausschuß dazu auf, die Diktaturbestrebungen von links abzuwehren, die in „Bürgerkrieg, Hungersnot und namenloses Elend" führen würden; die Bevölkerung wurde gebeten, mitzuhelfen, „jeden Versuch abzuwehren, unsere Stadt verbrecherischen Elementen zu überantworten".[88]
Nun also standen die „verbrecherischen Elemente" vor den Toren der Stadt. Widerstand der Einwohnerwehr wurde von Magistrat und Aktionsausschuß erwogen, aber für aussichtslos gehalten. Statt dessen wurde regelrecht verhandelt. Die Forderungen der Arbeitertruppe waren: Bildung eines Vollzugsrats (d. h. mit Exekutivrechten) in der Stadt, „möglichst" aus Unabhängigen und Kommunisten; sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehr; sofortige Bildung einer Arbeiterwehr aus Mitgliedern der drei Arbeiterparteien sowie Syndikalisten bzw. Unionisten. Die Gegenforderungen waren: Kein Betreten der Stadt durch rote Truppen; Stadtverwaltung und städtische Polizei versehen ihren Dienst weiter. Darauf einigte man sich.[89] Der Vollzugsaus-

schuß, der sofort gebildet wurde (je drei Sozialdemokraten und Unabhängige, ein Kommunist), verlangte von der Einwohnerwehr Abgabe ihrer Waffen und rief zum Eintritt in die neue Arbeiterwehr auf.[90]

Die erste Gegenforderung war allen Ernstes in dem Sinne gestellt worden, daß nicht nur die Arbeiter, mit denen man verhandelte, die Stadt nicht betreten sollten, sondern überhaupt keine bewaffneten Arbeiter von auswärts. Das erwies sich natürlich in der Realität sehr schnell als unsinnig. Schon am Abend marschierte eine andere Truppe von etwa 600 Arbeitern in die Stadt ein und verlangte Verpflegung. Ein Trupp aus Hörde, der in der Nacht durchmarschierte, brach dann einen weiteren Punkt des Abkommens (von dem er natürlich keine Ahnung hatte und das für ihn auch gar nicht verbindlich sein konnte), indem er die wachhabenden Polizisten entwaffnete.[91] Unter dem Eindruck dieser „Vertragsbrüche" wollte sich die SPD aus dem Vollzugsausschuß zurückziehen; der Erste Bürgermeister erwog Niederlegung seines Amtes. Beide blieben schließlich doch, mit öffentlichen Erklärungen, in denen sie darauf hinwiesen, welche unabsehbaren Folgen der eigene Rücktritt und vor allem der des jeweils anderen haben würde.[92]

Am 21. März gegen Mittag erreichte die Spitze der bewaffneten Arbeiter Haltern.[93] Am Nachmittag kam es hier zu einem Kampf, als die nördlich der Lippe stehende Reichswehr einen Panzerzug vorschickte. Kurz vor dem Bahnhof kam der Panzerzug nicht weiter, da die Arbeiter die Schienen aufgerissen hatten. Die Besatzung des Zuges schoß drei Häuser in Brand; wer den Kampf eröffnete, ist nicht zu ermitteln. Die Arbeiter schnitten dem Zug den Rückweg ab, indem sie auch hinter ihm die Schienen aufrissen, und nahmen anscheinend (die Quellen sind nicht einhellig) schließlich die Besatzung gefangen.[94]

Damit war der Weg frei ins Münsterland. Hier hatten bisher die Bergleute von Selm und Bork einige Aktivität, auch in den umliegenden Ortschaften, entfaltet.[95] Am Nachmittag des 22. März fuhren etwa 200 bewaffnete Arbeiter von Haltern kommend auf Lkws in Dülmen (30 km vor Münster) ein und besetzten die öffentlichen Gebäude. Am Abend zogen sie sich jedoch bereits wieder nach Haltern zurück, die Waffen der früheren Einwohnerwehr mit sich nehmend.[96]

Am selben Tag bildete sich in Coesfeld (15 km nordwestlich von Dülmen) ein siebenköpfiger Vollzugsausschuß, der die Stadtverwaltung

seiner Kontrolle unterstellte und eine Arbeiterwehr bildete; die ausgesprochene Absicht dabei war, daß man eventuell in der Stadt erscheinenden Arbeitertruppen erklären können wollte, ihre wesentlichen Forderungen seien bereits verwirklicht.[97]
Am Nachmittag des 23. März rückte eine kleine Arbeitertruppe in Lüdinghausen ein und beschlagnahmte alle vorhandenen Waffen. Anschließend zog sie weiter nach Ascheberg (20 km südlich von Münster), wo sie um 18.30 Uhr eintraf und sofort eine Bekanntmachung zur Abgabe von Waffen und Munition erließ. Eine Stunde später brachte ein roter Motorradfahrer den Befehl der Kampfleitung, man solle sich nach Bork (ein Bergarbeiterdorf südwestlich von Ascheberg) zurückziehen. Das taten die bewaffneten Arbeiter um 22.30 Uhr. Unmittelbar bedroht, etwa durch vorrückende Reichswehr, waren sie nicht.[98]
Die Arbeiter unternahmen also nach dem Erreichen von Haltern am 22.-23. März nur kleine Erkundungsvorstöße in Richtung Münster, mit dem Ziel, die örtlich vorhandenen Waffen zu beschlagnahmen. Mehr konnten sie ihrer geringen Zahl wegen nicht leisten. Die Mehrzahl der Arbeiter, die die Lippe überschritten, zog – parallel zu der Hauptbewegung im Industrierevier – in Richtung Westen, auf Wesel zu. Insofern ist es unrealistisch, wenn Ernst in Hagen sich in seiner Erinnerungsbroschüre darüber beklagt, daß die Kommunisten die Arbeiter gegen die uneinnehmbare Festung Wesel geführt hätten (was so auch nicht stimmt), wodurch ein in Hagen ins Auge gefaßter Angriff auf Münster, „den Hort der Offizierskamarilla“, unmöglich geworden sei.[99] Auf der anderen Seite gehört die „rote Front gegen Münster“, die durch die kommunistische Literatur geistert,[100] ins Reich der Legende.
Das Militär in Münster war also zu keinem Zeitpunkt bedroht. Das muß man im Auge behalten, wenn jetzt *die Lage in Münster* untersucht wird.
Der Generalstreik, den der von Sozialdemokraten und Unabhängigen gebildete Aktionsausschuß am 14. März proklamierte, wurde von den christlichen Gewerkschaften, die in Münster führend und zugleich womöglich noch konservativer als anderswo waren, abgelehnt. Trotzdem erschienen am 15. März auch viele christlich organisierte Arbeiter nicht zur Arbeit, und so proklamierten die christlichen Gewerkschaften am Mittag ebenfalls den Generalstreik. In den folgenden Tagen richteten sie ihr ganzes Bestreben darauf, ihn so schnell wie möglich wieder zu

beenden. Als spätesten Termin der Beendigung setzten sie den 18. März fest. Unter dem Druck dieser Entscheidung blieb dem Aktionsausschuß und den Freien Gewerkschaften nichts anderes übrig, als den Generalstreik ebenfalls am 18. März abzubrechen. Das einzige unmittelbare Ergebnis des Generalstreiks war, daß unter seinem Druck die Schutzhäftlinge freigelassen worden waren.[101]
Die Mehrzahl der Professoren und Studenten hatte den dreitägigen Generalstreik mit höchstem Unwillen und Ärger verfolgt.[102] Ungeduldig warteten die Studenten auf die Einberufung der Akademischen Wehr, die schließlich am Nachmittag des 17. März durch das Wehrkreiskommando erfolgte. Die Wehr bildete drei Bataillone – das dritte unter der Führung des Theologiestudenten Martin Niemöller* – und wurde von den Resten des Freikorps Lichtschlag in die Vorpostensicherung der Stadt eingewiesen.[103] Am 20. März wurde die Universität gegen den Widerstand der kleinen sozialistischen Studentengruppe geschlossen, während die Wehr in Zeitungsinseraten alle Kommilitonen zum Beitritt aufforderte, die in irgendeiner Waffengattung ausgebildet seien. Zur Enttäuschung der Wehrmitglieder fuhr eine Minderheit der Studenten nach Hause.[104]
Ebenfalls am 17. März wurde die Einwohnerwehr unter Justizrat Löbker, Mitglied der DVP, mobilisiert. Die SPD beantragte am selben Tag in der Stadtverordneten-Versammlung, Löbker seines Postens zu entheben, da er einer „nationalistisch-monarchistischen Partei" angehöre; sie scheiterte jedoch am Widerstand des Zentrums, das diese Frage der Einwohnerwehr selbst überlassen wollte.[105]
Am 18.-19. März vollendete die Reichswehr-Brigade 7 mit den außerhalb des Industriereviers stehenden Truppen des Wehrkreiskommandos ihren Aufmarsch um Münster.[106] Am 19. März begann die Sipo, nach und nach 10 Flugzeuge von Paderborn auf den Flugplatz Loddenheide bei Münster zu verlegen (der Platz war allerdings in so schlechtem Zustand, daß drei Flugzeuge bei Landungen zu Bruch gingen).[107] Erhebliche Truppenverstärkungen, zunächst aus Württemberg und Bayern, dann auch aus anderen Provinzen des Reiches, wurden dem Wehrkreiskommando vom Reichswehrministerium in Berlin zugesagt. Insgesamt waren es schließlich 16 Bataillone, 5 Eskadronen,

* Niemöller – bekannt als Pfarrer der Bekennenden Kirche und als hessischer Kirchenpräsident – hat seine politische Haltung später entschieden geändert.

17 Batterien und 6 1/3 Pionier-Kompanien, die v. Seeckt nach Westfalen in Marsch setzte.[108] v. Watter seinerseits hielt offenbar die Lage in Münster für ziemlich sicher: am 18. März bat er Berlin, die als erste angekündigten Truppen nach Ostwestfalen zu transportieren, die Bayern nach Paderborn, die Württemberger nach Soest.[109] Severing tat das Seine: unablässig war er bemüht, das Mißtrauen der Eisenbahner gegen Truppentransporte zu zerstreuen. Zu seinem Leidwesen wurde dieses Mißtrauen immer wieder durch schwarz-weiß-rote Fahnen erregt, die die Truppen mitführten – ein, wie Severing sich in seinen Erinnerungen ausdrückt, „Unfug", den schließlich Watter durch einen ausdrücklichen Befehl am 25. März untersagte.[110]

Aber nicht nur die Gesinnungsäußerungen der Truppen bereiteten dem Reichskommissar Ärger, sondern auch das Vorgehen der eigenen Parteigenossen in Münster. Am 17. März beschwerte sich der münstersche Aktionsausschuß telegrafisch bei der Reichsregierung in Stuttgart über die politische Haltung General v. Watters; er forderte dessen sofortige Abberufung und die Ernennung eines Sozialisten als Wehrkreiskommandeur. Reichskanzler Bauer antwortete noch am gleichen Tage mit einem Telegramm an Severing: „Beschwerden Watter sollen untersucht und abgestellt werden." Severing zeigte das Telegramm den Parteigenossen vom Aktionsausschuß. Diese veröffentlichten es am 18. März in einer Extraausgabe des örtlichen SPD-Blatts, unter der Überschrift: „Die Untersuchung gegen General von Watter eingeleitet!"[111] Sie verursachten damit eine Krise.

Severing war nach seinen eigenen Worten „geradezu zerschlagen", da er sich dem Verdacht ausgesetzt sah, als habe er „hinter dem Rücken des Generals die Regierung gegen ihn eingenommen" – etwas, was ihm völlig ferngelegen habe, da seiner Meinung nach „Zusammenfassung und geschlossener Einsatz" aller vorhandenen Kräfte gegen die Bewegung von links absolut vorrangig war.[112] Nach seinem sonstigen Verhalten zu urteilen, kann man Severing hier glauben.

Das Münstersche Zentrum stellte sich sofort vor Watter. In einer Versammlung am 18. März bescheinigte ihm der Universitätsprofessor Konen, er habe „die westfälische Heimat vor dem Untergange bewahrt". Immerhin schränkte Konen ein, mit Watters ersten Aufrufen nach dem Putsch sei man nicht zufrieden gewesen.[113] Einen Tag später ließ das Zentrum auch diese Einschränkung fallen: in einer offiziellen Erklärung bezeichnete es die Angriffe auf Watter als „unbegründet",

da dieser „die Regierung auf jede Weise gestützt" habe; man erwarte daher eine öffentliche Erklärung der Regierung für Watter.[114] Diese Stellungnahme war für das militärfromme Klima in Münster bezeichnend. Noch deutlicher reagierte das Militär. Der Kommandeur der Reichswehr-Brigade 7, Generalmajor v. Preinitzer, telegrafierte am 19. März an den Reichskanzler: „Niemals hat in der Truppe über die regierungs- und verfassungstreue Haltung von Exzellenz von Watter ein Zweifel bestanden. Als regierungsfeindlich wird jetzt nur noch der im Industriegebiet unverhüllt herrschende Bolschewismus angesehen."[115] Gleichzeitig erschien v. Preinitzer bei Severing und erklärte „die Solidarität des gesamten Offizierkorps" mit Watter für den Fall, daß dieser von der Regierung seines Amtes enthoben würde. Severing erwiderte, auch er bedauere „den Vorfall aus politischen und persönlichen Gründen auf das lebhafteste", jede „Pression" sei also überflüssig; vielmehr würde er, falls Watter abberufen würde, mitten in der „Vorbereitung der großen und schwierigen Aufgaben des Ruhrgebietes", ebenfalls sein „Amt zur Verfügung stellen".[116] Auf soviel Rückhalt gestützt, telegrafierte Watter an Noske:

„... Bevölkerung muß [nach Bauers Telegramm an Severing und dessen Veröffentlichung] meine feste Haltung für rechtmäßige Regierung abermals in Zweifel ziehen. Truppe, in diesem Augenblick fest hinter mich und damit (!) alte Regierung gebracht, muß neuen Erschütterungen hierdurch ausgesetzt werden. Gegensatz zwischen regierungstreuer Arbeiterschaft und Truppe erneut aufgerissen. Neue Bruderkämpfe (!) leicht bevorstehend. Hiermit ist Regierung vielleicht unbewußt mir in einer Weise in den Rücken gefallen, daß ich um meine sofortige Verabschiedung bitten muß."

Ebert, Bauer und Noske telegrafierten am 19. März an Watter zurück: „Die Reichsregierung spricht Ihnen das Vertrauen aus und bittet Sie, auf Ihrem Posten zu bleiben."[117]

Diese Vertrauenserklärung für Watter war ein weiteres Indiz für die Haltung, die die Reichsregierung gegenüber dem Ruhraufstand einnehmen würde. Ein Mitarbeiter der angesehenen liberalen „Frankfurter Zeitung", der zur Berichterstattung ins Ruhrgebiet gefahren war, konnte dort die Wirkung der Erklärung beobachten: sie werde, schrieb er, „von der gesamten Arbeiterschaft als Herausforderung empfunden".[118]

Watter konnte nun aus einer Position heraus, die gefestigter war als

zuvor, die weiteren militärischen Abwehrmaßnahmen leiten. Am 19. März erging eine Verordnung, die eine Zone von etwa 10 km rund um Münster festlegte, innerhalb derer jeder Bewaffnete außer den anerkannten Waffenträgern „als Feind zu behandeln“ sei.[119] Am 21.-22. März wurden die Bauernwehren in der Presse angewiesen, wie sie sich am besten gegen „bolschewistische Banden“ verteidigen könnten.[120] Am 23. März befahl Generalmajor v. Preinitzer: „Alle Einwohnerwehren, die glauben, ihre Waffen nicht sichern zu können, haben diese dem nächstgelegenen Truppenteil abzuliefern“; das gelte besonders für die zwischen den Linien liegenden Wehren. (Der Befehl kam zu spät, wie die roten Vorstöße am 22.-23. März mit anschließender Mitnahme der Waffen zeigten.) Wer seinen Hof wirklich schützen wolle, solle sich beim nächstgelegenen Truppenteil als Freiwilliger melden.[121] Damit setzte die Freiwilligenwerbung ein. Ein erstmals am 23. März in der Presse veröffentlichter, dann täglich wiederholter Aufruf von Preinitzer lautete:

„Deutscher, willst Du Dein Land zum Tummelplatz russischer Unkultur werden lassen?
Du Arbeiter, willst Du, daß Deine Arbeitsstätten veröden und Du und Deine Familie hungern müssen?
Du Handwerker, willst Du das nach dem Krieg mühsam wieder aufgebaute Geschäft wieder zusammenbrechen sehen?
Du Bauer, willst Du warten, bis die Roten aus ihren kahlgefressenen Gebieten zu Dir selbst kommen und plündern, so wie sie es schon jetzt im eigenen Bereich machen?
Du Kopfarbeiter, willst Du, daß all Dein Studium und Wissen noch einen Dreck wert ist?
[.....]“[122]

So wurde die Existenzangst vor allem der kleinbürgerlichen Bevölkerung aktiviert. Bald folgten ähnliche Aufrufe der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen[123] und des Westfälischen Bauernvereins.[124]

Diese Propaganda erreichte bei der Mehrzahl der Angesprochenen nicht das Ziel, Freiwillige zum Waffendienst zu mobilisieren, sondern steigerte nur die ohnehin schon bestehende panikartige Stimmung der Münsteraner Bürgerschaft. Für diese Stimmung drei Beispiele: Am 19. März drückte ein Lokalblatt die Hoffnung aus, „daß Münster auch diesmal von der Welle des Kommunismus verschont“ bleibe – „wir

haben heute noch an der Erinnerung der Wiedertäuferherrschaft im 16. Jahrhundert genug".[125] – Am selben Tag beschloß eine öffentliche Versammlung der christlichen Gewerkschaften einen Aufruf, den der Vorsitzende des Christlichen Beamtenbundes, Rektor Oberg, formuliert hatte: „Wir fordern die gesamte Bürgerschaft auf, keiner Diktatur Gefolgschaft zu leisten und unbedingt die Arbeit ruhen zu lassen, wenn der nun drohende rote Terror eintritt."[126] (So sprachen dieselben christlichen Gewerkschaften, die den Generalstreik gegen Kapp nur höchst widerwillig geführt hatten.) – In Münster tuschelte man, nun erfülle sich die Sage von der „Schlacht am Birkenbaum" – jene damals in jedem westfälischen Schulbuch abgedruckte Sage, die eine ungeheuer blutige Schlacht zwischen den Völkern des Südens und den Völkern des Nordens in der Gegend von Werl prophezeite. Der Fürst, der die siegreichen Völker des Südens befehligt, reitet in der Sage einen Schimmel, den er von der linken Seite besteigt, weil er mit einem Fuße hinkt. Schon im Weltkrieg hatte die Sage die Fantasie der Menschen stark beschäftigt, wobei sie in diesem Fürsten Wilhelm II. sahen. Gesiegt hatte der Kaiser dann allerdings nicht, aber es war ja auch nicht in der Gegend von Werl gekämpft worden. Diesmal trafen die Lokalitäten schon eher zu – und wer südlich stand, also siegen würde, war ja klar ... Eine Lokalzeitung bat ihre Leser dringend, die Sage nicht mehr weiterzuerzählen; die allgemeine Nervosität sei ohnehin schon stark genug.[127]

Man kann sich vorstellen, wie stimulierend in diesem Klima von Bolschewistenangst und Aberglauben die offizielle Propaganda wirkte. So sah sich das Wehrkreiskommando ab dem 25. März gezwungen, mit Presseartikeln über die militärische Lage beunruhigenden Gerüchten in der Stadt entgegenzutreten.[128]

Wie weit die Militärs ihren eigenen Greuelmeldungen über die Roten glaubten, ist schwer zu sagen; über die militärische Lage dagegen waren sie natürlich, dank ihrer Luftaufklärung, vollkommen richtig informiert. So hielt v. Watter auch an seiner Entscheidung fest, die bayrischen und württembergischen Truppen nach Ostwestfalen fahren zu lassen, und bestimmte nur andere Zielbahnhöfe: am 20. März luden die ersten württembergischen Staffeln in Lippstadt, am 21. März die ersten bayrischen Staffeln in Rheda aus.[129] Von nun an mußten die Arbeiter des Ruhrgebiets in ihre Strategie einbeziehen, daß sich die Streitmacht v. Watters ständig verstärkte.

4 Die Eroberung des mittleren und westlichen Ruhrgebiets

a) Die Herrschaft von Militär und Sipo bis zum 18. März

Im westlichen Ruhrgebiet standen mehrere Reichswehrregimenter: das Regiment 61 in Düsseldorf, das Freikorps Schulz in Mülheim, und das Regiment 62 im Dreieck Wesel-Hamborn-Dorsten. Der Einsatz dieser Truppen lag in den Händen von *General Kabisch*, Kommandeur des Abschnitts I der neutralen Zone mit dem Sitz in Wesel.[130]
Zum Militärputsch in Berlin äußerte sich Kabisch mit keinem Wort. Daß der ihm unterstellte Major Schulz in Mülheim mit seinem Freikorps sich so deutlich wie möglich für die Putschisten erklärte, mißbilligte er; er befahl Schulz zu sich nach Wesel und führte eine harte Aussprache mit ihm. Seitdem bestand anscheinend zwischen beiden persönliche Feindschaft.[131] Am 16. März dementierte Kabisch die auf Schulz zurückgehende Nachrichtenmeldung, die Truppen im Industriegebiet hätten sich weitgehend für die Putschisten erklärt; im Gegenteil hätten sich, so Kabisch, Gruppenkommando in Kassel und Wehrkreiskommando in Münster „mit den unterstellten Kommandobehörden und den Truppenteilen, abgesehen von vereinzelten kleinen Ausnahmen, fest an die alte Regierung angeschlossen".[132] Kabisch taktierte also in den Putschtagen ähnlich wie Watter. Am 17. März wies er in einem öffentlichen Aufruf auf die wiederholte Erklärung der alten Regierung hin, „daß sie den Generalstreik auf das schärfste mißbilligt und mit den Maßnahmen des Generals von Watter zur Wiederherstellung der Ordnung durchaus einverstanden ist". Da die Linksradikalen ihre „Hetze zum Generalstreik, zur Bekämpfung der Truppen, zur Bewaffnung des Proletariats und zur Errichtung der Räterepublik" fortsetzten, habe er seine Truppen „angewiesen, hiergegen nunmehr rücksichtslos und mit aller Schärfe einzuschreiten".[133] Der entsprechende Befehl vom selben Tag lautete:
„1. Jede Aufforderung zur Aufrechterhaltung des ... Generalstreiks oder zum Eintritt in den Streik ist von den Militärbefehlshabern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken, die für derartige Kundgebungen verantwortlichen Personen sind festzunehmen.
2. Zeitungen, die derartige Aufforderungen bringen, sind zu beschlag-

nahmen, das weitere Erscheinen ist zunächst auf 3 Tage zu verbieten, die verantwortlichen Redakteure sind festzunehmen.
3. Jede Aufforderung zur Bewaffnung des Proletariats und zur Errichtung der Räte-Republik ist als Aufforderung zum Aufruhr zu behandeln . . ."[134]
Geben wir nun einen kurzen Bericht über die Einsätze von Kabischs Truppen gegen die Arbeiter.
1. Über den Kommandeur des *Regiments 61* in Düsseldorf, Major v. Rudorff, sind wir bereits orientiert: über seine Vorbereitungen eines Militärputsches (s. oben Seite 74 f.) wie über sein Terrorregiment nach dem Putsch und dem Einsetzen des Generalstreiks (Seite 251 f.). Am Vormittag des 16. März ließ Rudorff zwei berittene Schwadronen und eine Geschützbatterie nach Heiligenhaus rücken, wo die Arbeiter eine geheim (etwa nach Remscheider Muster) aufgestellte Bürgerwehr entdeckt und entwaffnet hatten. Die Einheit eröffnete in Heiligenhaus beim Einmarsch sofort das Feuer und tötete drei Menschen, darunter einen spielenden Jungen und eine am Fenster stehende Frau; anschließend verhaftete sie 17 Personen, zum Teil nach einer vorbereiteten Liste, darunter alle Mitglieder des örtlichen Aktionsausschusses. Von Heiligenhaus wandte sich die Einheit nach Velbert. Hier war am Tage des Putsches eine Arbeiterwehr gebildet worden. Der Velberter Aktionsausschuß (gebildet aus den drei Arbeiterparteien) ordnete an, die Stadt kampflos preiszugeben. Doch die bewaffneten Arbeiter waren anderer Meinung: sie stellten sich der Truppe entgegen und eröffneten etwa um 13 Uhr das Feuer. Nach rund 3½stündigem Kampf mußte sich die Truppe trotz ihrer überlegenen Feuerkraft geschlagen zurückziehen, drei Tote zurücklassend. Die Arbeiter hatten einen Toten.[135] Die Heiligenhäuser Gefangenen, von der Truppe nach Düsseldorf mitgenommen, wurden von den Düsseldorfer Arbeitern durch den energisch geführten Generalstreik befreit.[136]
2. Das in Mülheim liegende *Freikorps Schulz*, das den Eid auf die Putschregierung ablegte und auf der Kaserne schwarz-weiß-rot hißte, wurde am ersten Tag des Generalstreiks (15. März) von streikenden Arbeitern regelrecht belagert. Den ganzen Tag über hielt eine große Menge die zur Kaserne führende Kaiserstraße besetzt; der obere Teil der Straße war durch das Freikorps und berittene städtische Polizei besetzt. Abends zog sich die Menge in die Innenstadt zurück. Gegen 20 Uhr versuchte eine mehrhundertköpfige Menge auf dem Rathaus-

platz, die noch verkehrende Straßenbahn stillzulegen. Polizei ging gegen sie vor und tötete dabei einen 18jährigen Arbeiter. Etwas später tötete eine Patrouille des Freikorps in einer schon geräumten Straße der Innenstadt einen 22jährigen Arbeiter, der nichts weiter getan hatte, als zusammen mit einem Freund sich mit einem Fremden zu unterhalten.[137] Ein Zusammenstoß am Abend des nächsten Tages hätte um ein Haar weitere Todesopfer gefordert.[138] Am Abend des 18. März warfen Freikorpssoldaten eine Eierhandgranate in eine Menge auf dem Kaiserplatz und töteten zwei Arbeiter im Alter von 23 Jahren.[139] – Die Frage, warum die radikale, syndikalistisch geprägte Mülheimer Arbeiterschaft nicht aktiv gegen das Freikorps vorging, beantwortet sich wie bei dem ähnlich gelagerten Fall Remscheid: das Freikorps lag schon lange in der Stadt; die Arbeiter hatten sich schon weitgehend an seine Anwesenheit gewöhnt.

Zweimal griff das Freikorps in Auseinandersetzungen außerhalb der Stadt ein. In Werden, südlich von Essen, hatten die Arbeiter in der Nacht zum 15. März Teilen der Einwohnerwehr die Waffen abgenommen. Auf die Meldung, es drohe die vollständige Entwaffnung der Wehr, schickte Schulz gegen Mittag eine mit MGs bewaffnete Kompanie nach Werden. Sie traf vor dem Rathaus auf eine vollkommen friedliche Demonstration. Trotzdem schoß sie scharf; vier Demonstranten wurden getötet.[140] – In Oberhausen verlegten am Nachmittag des 16. März Polizei und bürgerliche Zeitfreiwillige streikenden Arbeitern, die von einer Versammlung auf dem Neumarkt kamen, den Weg in die Hauptgeschäftsstraße. Möglicherweise befanden sich unter den Arbeitern Provokateure, die Plünderungen beabsichtigten. Schließlich schoß das Absperrkommando scharf und tötete vier Menschen. Inzwischen war Major Schulz in Mülheim dringend um Unterstützung gebeten worden. Er schickte eine kleinere Einheit auf einem Lkw, die aber zu spät kam, um noch verschärfend wirken zu können – die Streikenden hatten sich nach dem blutigen Zusammenstoß zerstreut. Die Soldaten stellten an wichtigen Punkten Maschinengewehre auf. Um 17 Uhr trieben sie eine kleine Gruppe von Arbeitern, die auf dem Neumarkt eine neue Versammlung zu organisieren versuchten, vom Platz und nahmen zwei Arbeiter als Geiseln fest.[141]

3. Das *Regiment 62* hatte, verteilt auf mehrere Orte, einen besonders großen Aktionsradius; nach dem Putsch in Berlin vergrößerte es ihn noch.

Die in Hamborn liegende Abteilung nahm anläßlich des Generalstreiks eine Anzahl von Streikposten gefangen. Eine Abordnung der Arbeiterschaft protestierte dagegen am 17. März bei Severing in Münster; dieser erklärte die Verhaftungen für unzulässig und sagte die Freilassung der Gefangenen zu.[142] Hauptmann Krause, der Truppenkommandeur, behielt die Gefangenen weiter in Haft. Erst eine energische zweitägige Fortsetzung des Generalstreiks durch die Arbeiter zwang ihn, die Gefangenen freizulassen.[143]
In der Nacht vom 16. zum 17. März unternahm eine Kompanie 62er aus Hamborn, unterstützt von Polizei und Einwohnerwehr, einen Angriff auf die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Beeck, wo am Nachmittag die Werkswehr von Arbeitern überrumpelt und entwaffnet und die Fabrik besetzt worden war. Die Truppe konnte einen Doppelposten der Arbeiterbesatzung überraschen und töten, kam dann aber nicht mehr weiter, da die Arbeiter aus dem Verwaltungsgebäude heraus den hellerleuchteten und deckungslosen Platz vor dem Gebäude mit Feuer belegten. Erst ein Angriff von zwei Seiten zwang die Arbeiter zur Flucht. Unter dem Verlust mehrerer Gefangener retteten sie sich in ein anderes Gebäude. Die aufgenommene Verfolgung mißlang der Truppe, da die Notstandsarbeiter der Phönix-Hütte ihren Kollegen zu Hilfe kamen und durch ihre drohende Haltung die Truppe ablenken konnten. Die Gefangenen freilich waren nicht mehr freizubekommen; sie wurden vor das Kriegsgericht in Wesel gebracht.[144] – Als Kampf um eine Fabrik ist dieser Kampf in Beeck einzigartig in den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Militär.
Am Nachmittag des 17. März rückte eine andere Kompanie der 62er, verstärkt durch einen Batteriezug, in Duisburg-Altstadt ein.[145] Hier hatten sich die Gegensätze seit dem Austritt der Kommunisten aus dem Aktionsausschuß (s. oben Seite 142) zugespitzt. Kristallisationspunkt des Konflikts war die rein bürgerliche Einwohnerwehr – mit vielen aufreizend überheblichen jungen Leuten aus den privilegierten Klassen – , hinter der die nach links hin kompromißlose Stadtverwaltung unter dem konservativen Oberbürgermeister Dr. Jarres stand. Die Forderung nach Entwaffnung der Einwohnerwehr war sehr populär. Die Kommunisten versuchten sie, dabei auch gegen den Aktionsausschuß agitierend, durchzusetzen. Ihre Demonstrationen wurden von der Einwohnerwehr im Verein mit der städtischen Polizei mit

Handgranaten und Gewehren zusammengeschossen – 19 Tote und 54 Verwundete waren die Opfer im Verlauf von zwei Tagen.[146] Das Militär, das jetzt einrückte, war von Jarres ohne Information des Stadtparlaments herbeigerufen worden, nach seinen eigenen Worten, weil er befürchtete, es könne wie andernorts zu einer Erstürmung des Rathauses kommen. Die üblichen Szenen spielten sich ab: Straßensperren wurden errichtet; Passanten erhielten Kolbenstöße und Prügel; in einer fast menschenleeren Straße rief ein einzelner Posten stehender Unteroffizier: „Straße frei!" und schoß im nächsten Augenblick zwei Passanten nieder (sie starben im Krankenhaus); ein junger Soldat mit klirrenden Sporen schrie Passanten an: „Hunde", „Lumpenvolk", „Ich schieße euch alle kaputt", und legte sein Gewehr auf Kinder an, deren Aufsehen er erregte, usw.[147] – Überraschenderweise rückte das Militär am nächsten Morgen (18. März) wieder ab.[148] Vor dem Stadtparlament gab Jarres bekannt, am nächsten Tag sei die Ankunft einer Hundertschaft Sipo zu erwarten.[149]

In Sterkrade (nördlich von Oberhausen) rückten in der Nacht vom 15. zum 16. März zwei Kompanien 62er ein, nachdem am Abend die Stadtverwaltung sich gegenüber dem Aktionsausschuß bereiterklärt hatte, über die Herausgabe von Waffen zur Bewaffnung von Arbeitern zu verhandeln.[150] – In der radikalen Zechenkolonie Lohberg bei Dinslaken lag ständig eine Abteilung 62er. Am 17. März schoß das Militär in Ansammlungen von Arbeitern hinein, angeblich weil es vom Ledigenheim aus beschossen worden war, und tötete einen Arbeiter.[151]

In Dorsten lag eine weitere Abteilung des Regiments 62. Ihr Kommandeur, Major Friderici, schickte am 14. März 25 Mann nach Marl, um Arbeitern Polizeigewehre wieder abzujagen, die sie sich am Vortag aus dem Rathaus geholt hatten.[152] Seine nächste Unternehmung galt Buer. Hier hatten sich besonders starke Gegensätze zwischen den drei Arbeiterparteien entwickelt; die Kommunisten lehnten jedes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ab, da diese für den Militärputsch verantwortlich seien, forderten gemeinsam mit einem Teil der Unabhängigen die Entwaffnung von Polizei und Zechenwehren und faßten schließlich in der Nacht vom 14. zum 15. März einen entsprechenden Beschluß – und zwar entgegen allen Regeln der Konspiration in einer nichtgeheimen Sitzung. Die unausbleibliche Folge: Die Sirenen der staatlichen Zechen heulten auf und alarmierten die Zechenwehren; Major Friderici entsandte eine Abteilung, die den radikalen

Arthur Bartels, Redakteur des örtlichen USP-Blatts und Unionist, in Schutzhaft nahm. Von zahlreichen weiteren Verhaftungen, zu denen das Militär Anstalten machte, riet der Erste Bürgermeister ab.[153] Nach der militärischen Besetzung Buers kamen die Linken zu keinen Aktionen mehr. – Am 17. März griff Friderici in Bottrop ein. Hier verhinderte er eine Bewaffnung von Arbeitern, zu der die Stadtverwaltung sich schon bereiterklärt hatte, indem er mit dem Einmarsch von Militär drohte.[154]

Soviel über die im Westen des Reviers stehende Reichswehr. Wenige Worte noch über die Sipo im Zentrum des Reviers.

1. Über die Lage in *Essen* sind wir bereits im wesentlichen informiert (zu den Auseinandersetzungen um ein Kampfbündnis der drei Arbeiterparteien s. oben Seite 130–137, um Fortführung oder Abbruch des Generalstreiks Seite 249–251). Hier nur noch einige Ergänzungen: 13. März: Am frühen Nachmittag zerstreut die Sipo eine mehrtausendköpfige Demonstration vor dem Landgericht, die die Freilassung der Schutzhäftlinge fordert. Gegen eine Gruppe in der Viehoferstraße, die sich Waffen aus einem Waffenladen holen will, geht die Polizei mit der Waffe vor und tötet einen Menschen.[155] 14. März: Eine Kommission der drei Arbeiterparteien erreicht die Freilassung von drei verurteilten politischen Gefangenen, nicht jedoch die der Schutzhäftlinge.[156] Die „Vertrauensleute" der Sipo veröffentlichen eine Erklärung: „Eingedenk unseres Treuschwures für die alte Regierung können wir uns nicht auf den Boden der von Berlin ausgerufenen Regierung stellen."[157] Interne Auseinandersetzungen in der Sipo zeigen jedoch, daß unter den Sipo-Offizieren eine Kapp-freundliche Haltung verbreitet ist.[158] 15. März: Sipo feuert am Rathaus in eine Demonstration von USP und KPD und tötet fünf Menschen.[159] Damit ist für die Arbeiter klar, was von der politischen Erklärung der Sipo zu halten ist. Aus Wesel trifft eine ursprünglich für Bochum bestimmte Sipo-Hundertschaft ein und erhöht die Gesamtstärke der Essener Sipo auf 784 Mann.[160] Die Neuankömmlinge stehen völlig unter dem Einfluß ihrer reaktionären Ausbilder, bedeuten also eine Stärkung der Kapp-freundlichen Sipo-Offiziere.[161]

2. In *Gelsenkirchen* standen rund 300 Mann Sipo.[162] Sie hatten außer der Stadt den Flugplatz Rotthausen zu sichern, auf dem viele Waffen gelagert waren. Unter den Arbeitern war der Verdacht weit verbreitet, die Sipo stehe auf seiten der Putschisten, ebenso der Polizeipräsi-

dent und Landrat zur Nieden. In der Nacht zum 16. März bot zur Nieden dem Aktionsausschuß an, einen Beirat bei der Polizei zu Informationszwecken zu bilden; ferner sollten sich täglich zweimal Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Flugplatz davon überzeugen, daß die dort lagernden Waffen nicht für die Berliner Putschisten eingesetzt würden. Am 16. März zog eine große Demonstration streikender Arbeiter zum Polizeipräsidium, das ringsum abgesperrt war; die Demonstranten forderten Entwaffnung der Sipo, Herausgabe aller auf dem Flugplatz liegenden Waffen und Aufhebung der Straßensperren. Zur Nieden sprach zu den Demonstranten und versuchte, sie zum Auseinandergehen zu bewegen, indem er seine kümmerlichen Angebote an den Aktionsausschuß wiederholte – natürlich vergeblich. Die Sipo schoß scharf; zwei Tote und zehn Verwundete blieben liegen.[163] – In der folgenden Nacht erhielt die Sipo noch eine kleinere Verstärkung aus Wesel.[164]

Tags zuvor (15. März) war eine Sipo-Abteilung von 40 Mann vom Flugplatz aus im benachbarten *Wattenscheid* zur Verstärkung der dortigen blauen Polizei eingerückt. Wie überall erzeugte ein solcher Einmarsch am ersten Tag des Generalstreiks eine äußerst explosive Stimmung. Eine zahlreiche Menge begleitete den Einmarsch mit Beschimpfungen; die Grünen hielten die Menge mit Kolbenschlägen auf Abstand. Grüne und blaue Polizei sperrte das Polizeigebäude ab.[165] Eine Demonstration am Nachmittag, die vor dem Polizeigebäude endete, erwies sich als machtlos dagegen.[166] Vertreter von USP, SPD und Zentrum wurden mehrmals bei Polizeipräsident zur Nieden, der aus Gelsenkirchen gekommen war, vorstellig und baten, die Sipo wieder zu entfernen. Zur Nieden, ein typischer Vertreter der wilhelminischen Ära, erwiderte: „Die Leute beschäftige ich, wo ich will!" Befragt nach seiner politischen Stellung, gab er nur zweideutige Erklärungen. So verstärkte sich der ohnehin schon vorhandene Eindruck, die Sipo sei kappistisch.[167]

Damit beenden wir die Übersicht über das westliche und mittlere Ruhrgebiet bis zum 17.-18. März. Das Ergebnis: Überall konnten Reichswehr und Sipo ihre Positionen behaupten, ja sie konnten auch noch bisher unbesetzte Städte unter ihre Kontrolle bringen. Die einzige Niederlage, die sie hinnehmen mußte, war die von Velbert. Würden sie auch den Ansturm der bewaffneten Arbeiter aus dem östlichen Ruhrgebiet abschlagen können?

Stellen wir zunächst eine Frage: Warum kam es überhaupt zu Kämpfen zwischen den bewaffneten Arbeitern des östlichen Ruhrgebiets und der Sipo? Beweise dafür, daß die Sipo sich auf die Seite der Putschisten gestellt habe, gab es nicht, und wie die Sipo in Essen und Gelsenkirchen gegen demonstrierende Arbeiter vorgegangen war, war im östlichen Ruhrgebiet nicht bekannt. Meinberg, der diese Frage auch schon im Kern gesehen hat, schreibt: „Wir stellen hier ausdrücklich fest: Mit einem Kampf um und in Essen hatten wir in Dortmund nicht gerechnet. Essen sollte nur der Aufmarschplatz zum Angriff auf den Kappisten Hauptmann Schulz sein ... In tollster Naivität gab man in Dortmund allen ausrückenden Arbeitern den Befehl, sich in Essen an bestimmten Plätzen ... zu sammeln und von dort nach Mülheim zu marschieren".[168]

Man sieht: Der Schlüssel des Problems lag in der *Stationierung* der Sipo. Die bewaffneten Arbeiter des östlichen Ruhrgebiets mußten bei ihrem Angriff auf Mülheim durch Städte, die von der Sipo besetzt waren. Die Alternative war also die: Würde die Sipo die bewaffneten Arbeiter als kommunistische Umstürzler angreifen, oder würde sie den Weg auf Mülheim freigeben; würde sie vielleicht sogar, als den Erklärungen nach[169] „verfassungstreue" Polizeimacht, mit den Arbeitern gemeinsam gegen Hauptmann Schulz vorgehen, der doch schließlich ein lupenreiner Kappist war? Das bisherige Verhalten der Sipo ließ kaum einen Zweifel darüber, was sie tun würde.

Es begann am Nachmittag des 16. März in Wattenscheid. Der Kommandeur der Sipo, Hauptmann Westphal, erhielt die Meldung, aus nordöstlicher Richtung führen zwei Lkws mit etwa 40 bewaffneten Arbeitern auf Wattenscheid zu. Westphal schickte ihnen fünf seiner Leute entgegen; diese trafen um 17 Uhr am nördlichen Ausgang der Innenstadt auf die Lkws. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem die Arbeiter, die sich in einer Ziegelei verschanzten, vier oder fünf Tote hatten. Nach etwa 2 Stunden zogen sich beide Seiten zurück. Während dieser Zeit hatte Westphal die wichtigsten Straßen der Innenstadt räumen lassen; die Sipo schoß dabei auf die unbewaffnete Menge und tötete drei Menschen.[170]

Am 17. März vormittags traf in Westenfeld, südlich von Wattenscheid, eine etwa 200 Mann starke Arbeitertruppe ein, die weitere Verstär-

kungen im Anmarsch auf Wattenscheid erwartete. Sie richtete an Westphal ein bis 13 Uhr befristetes Ultimatum: waffenloser Abzug der Sipo aus Wattenscheid; Rücktritt von Landrat und Polizeipräsident zur Nieden. SPD-Vertreter aus Westenfeld und Wattenscheid eilten den Arbeitern entgegen und warnten dringend vor einem Angriff auf die Sipo, der zu einem „ungeheuren Blutbad" führen würde, vor allem unter der unbeteiligten Bevölkerung: die Sipo sei „mit allen modernen Waffen versehen" und könne „jeden Augenblick Zuzug aus Gelsenkirchen erhalten". Nach längeren Verhandlungen konnten sie erreichen, daß die Arbeiter einem Versuch zu Verhandlungen mit zur Nieden und Westphal zustimmten und bis dahin die Frist verlängerten. Für die Dauer der Verhandlungen wurde beiderseitige Waffenruhe und Verbleib in den augenblicklichen Stellungen vereinbart.

Die Verhandlungen begannen um 16 Uhr im Rathaus Wattenscheid zwischen zur Nieden und Westphal auf der einen, einem Sprecher der bewaffneten Arbeiter und einem Vertreter des Arbeiterrats Bochum auf der anderen Seite sowie Vertretern von Stadt und Amt Wattenscheid. Sie wurden geführt von zur Nieden, und zwar in äußerst schroffer Weise. Zur Nieden gestand zweierlei zu: Abzug der Sipo aus Wattenscheid, sobald sich die bewaffneten Arbeiter aus dem Landkreis Gelsenkirchen zurückgezogen haben; danach wird die blaue Polizei von Wattenscheid auf ihren Patrouillengängen von Wattenscheider Arbeitern begleitet, die mit Revolver bewaffnet sind. – Zur Bezahlung dieser Arbeiter erklärte sich die Stadtverwaltung bereit.

Während der Verhandlungen gab Westphal, entgegen der vor Aufnahme der Verhandlungen getroffenen Vereinbarung, einer kleinen Sipo-Abteilung Befehl, „auf der Straße nach Bochum vorzustoßen, um festzustellen, ob und wie viele Truppen von Bochum aus im Anmarsch seien". Die Sipos kamen jedoch nur 200 Meter weit, dann wurden sie von Arbeitern entwaffnet.

Als nach Schluß der Verhandlung mehrere Teilnehmer das Ergebnis der auswärtigen Arbeitertruppe im Süden der Stadt überbrachten, stellten sie fest, daß diese inzwischen große Verstärkungen erhalten hatte und noch weiter erhielt; aus der Gegend von Bochum im Osten und von Hattingen im Süden versammelten sich allmählich etwa 2000 Bewaffnete. (Die massenhafte Bewaffnung der Bochumer Arbeiter haben wir geschildert; in Hattingen war die Polizei von den Arbeitern entwaffnet worden.) Im Bewußtsein ihrer Stärke lehnten die bewaff-

neten Arbeiter zur Niedens Zugeständnisse ab und bestanden auf ihren ursprünglichen Forderungen: auf waffenlosem Abzug der Sipo und dem Rücktritt zur Niedens. Um 21 Uhr rückten sie in Wattenscheid ein – doch die Sipo war bereits abgezogen. Angesichts des Stärkeverhältnisses hatte sie es offenbar vorgezogen, entgegen der Rathausvereinbarung ihren Abzug nicht von einem vorherigen Rückzug der Arbeiter abhängig zu machen. Am Ausgang der Innenstadt lieferte sie den Arbeitern noch ein kurzes Rückzugsgefecht, dann zog sie endgültig zum Flugplatz Rotthausen ab.
Zu ihrer Überraschung trafen die Arbeiter noch Hauptmann Westphal an, der in Wattenscheid zurückgeblieben war, anscheinend weil er seine in der Stadt wohnende Familie nicht verlassen wollte; sie nahmen ihn fest. Als eine aufgebrachte Menge, die Westphal mit Recht für den Tod von Unbewaffneten am Vortag verantwortlich machte, gegen ihn tätlich zu werden drohte, brachten ihn Arbeiter nach auswärts (ähnliches kennen wir schon aus Herdecke); das gleiche geschah mit einem Sipo-Wachtmeister, der in der Arrestzelle des Polizeigebäudes gefunden wurde. – Noch vor Mitternacht verließen die bewaffneten Arbeiter insgesamt Wattenscheid wieder in großer Eile; aus Hattingen hatte sie ein Alarmruf erreicht (der sich dann als grundlos herausstellte).[171]
Obwohl also die Arbeiter keineswegs die Verfolgung der Sipo aufnahmen, beantragte Polizeipräsident zur Nieden noch in derselben Nacht beim Wehrkreiskommando, auch Gelsenkirchen und den Flugplatz räumen und sich mit der Sipo nach Essen zurückziehen zu dürfen. Seine Überlegung war vermutlich – ähnlich derjenigen General Gillhaussens in Elberfeld –, daß es richtig sei, eine voraussichtlich nicht mehr zu haltende Stadt rechtzeitig preiszugeben, die vorhandenen Kräfte zu konzentrieren und dem Gegner eine starke Streitmacht in einer weiter zurückliegenden Stadt entgegenzustellen. – Münster stimmte zu. Gegen 4 Uhr rückte die Sipo auf Lkws nach Essen ab, auf dem Flugplatz aus Mangel an Transportmitteln zahlreiches Waffenmaterial zurücklassend.[172]
Die große Chance, sich diese Waffen sofort zu holen, wurde von den Rotthausener Arbeitern buchstäblich verschlafen. (Etwaigen Widerstand der Flugplatzangestellten hätten sie mit einigen Gewehren brechen können, die sie während des Tages mit einer Demonstration ihrer örtlichen Polizei abgerungen hatten.[173]) Erst am Morgen des 18. März

postierte sich auf dem Flugplatz ein kleines Wachkommando, und dann dauerte es noch einmal bis gegen 10 Uhr, bis ein einziger Lkw mit etwa 30 Arbeitern aus Gelsenkirchen erschien, um die Waffen abzutransportieren. Diese Langsamkeit rächte sich bitter: um 10.30 Uhr erschienen plötzlich etwa 50 Essener Sipos auf zwei Lkws auf dem Flugplatz, eröffneten sofort das Feuer, nahmen einige Mitglieder des roten Transportkommandos gefangen – den Lehrer Loose aus Gelsenkirchen mißhandelten sie derartig, daß er starb –, verluden die Waffen und verschwanden wieder nach Essen.[174]
Inzwischen waren beim Aktionsausschuß von Gelsenkirchen, der sich im Polizeipräsidium eingerichtet hatte, Abgesandte des Arbeiterrats Bochum erschienen.[175] Nach gemeinsamen Beratungen schickte man eine Abordnung zum Essener Polizeipräsidenten Melcher. Die Abordnung bat zunächst, Melcher möge mit seiner Sipo keine weiteren Vorstöße nach Gelsenkirchen unternehmen. Das konnte Melcher ohne weiteres zusagen – Gelsenkirchen war ja mit Absicht aufgegeben worden, und die zurückgebliebenen Waffen waren jetzt geborgen. Zweitens machte die Abordnung ein höchst seltsames Angebot: Die Gelsenkirchener Sipo, sagte sie, möge nach Gelsenkirchen zurückkehren, um den Polizeidienst gemeinsam mit bewaffneten Arbeitern auszuüben. Offenbar hatten die Bochumer in Gelsenkirchen berichtet, daß tags zuvor bei ihnen ein solcher gemeinsamer Polizeidienst festgelegt worden war. Der Unterschied der Situation lag jedoch auf der Hand: Während eine solche Regelung in Bochum eine Machterweiterung der Arbeiter gegenüber der nach wie vor präsenten Sipo war, war aus Gelsenkirchen die Sipo bereits abgezogen; ihre Rückkehr hätte also bereits errungene Machtpositionen der Arbeiter wieder beseitigt. So offenbarten die Gelsenkirchener Funktionäre mit ihrem Angebot einen bemerkenswerten Mangel an Vertrauen in die Kraft der Arbeiterschaft. – Melcher verwies die Abordnung an den seit der Nacht in Essen weilenden zur Nieden. Die Verhandlungen mit diesem, über die wir im einzelnen nicht unterrichtet sind, müssen etwas Gespenstisches gehabt haben: die Gelsenkirchener Arbeitervertreter boten dem Gegner eine Position an, die dieser bereits aufgegeben hatte. Trotzdem oder gerade deshalb zogen sich die Verhandlungen über längere Zeit hin und wurden schließlich sogar noch auf den nächsten Vormittag vertagt.[176]
Am Morgen des 18. März, zeitlich noch vor dem Sipo-Überfall auf den Flugplatz und dem Beginn der Verhandlungen in Essen, brachen

im östlichen Revier die bewaffneten Arbeiter nach Westen auf. „Mit allen Transportmitteln", so erinnert sich Meinberg, fuhren die Dortmunder Arbeiter los.[177] In Hagen ging um 8.40 Uhr ein Sonderzug mit bewaffneten Arbeitern ab, darunter 64 politischen Gefangenen, die bei der Einschließung Remscheids aus dem Zuchthaus Lüttringhausen befreit worden waren; unterwegs stiegen noch weitere Arbeiter zu, so daß die Zahl der Besatzung schließlich auf etwa 800 Mann anstieg. In Wattenscheid wurde der Zug von der Eisenbahndirektion angehalten; zu Fuß ging es weiter nach Gelsenkirchen und den Vororten von Essen.[178] Im Polizeipräsidium von Gelsenkirchen bildete sich eine Kampfleitung; eins ihrer Mitglieder war der Lehrer Stemmer.[179]
Der Arbeiterstreitmacht, die da heranzog, standen in Essen die Sipo – nach dem Zuzug der Gelsenkirchener knapp 1100 Mann stark –, die blaue Polizei und die Einwohnerwehr unter dem Kommando von Polizeipräsident Melcher gegenüber, der seinerseits direkt dem Wehrkreiskommando unterstand.[180] Am 18. März befahl das Wehrkreiskommando Melcher, Essen unter allen Umständen zu halten[181] – ein Befehl, dem Meinberg mit Recht zentrale Bedeutung beimißt, da er das Freikorps Schulz durch die Sipo-Barriere in Essen dem direkten Zugriff der Arbeiter entzog.[182]
Das Wehrkreiskommando war also zuversichtlich, ebenso die Essener Behörden.[183] Anders General Kabisch in Wesel. Er war besorgt darüber, daß er keine Weisungsbefugnis gegenüber Melcher hatte, also in die Verteidigung Essens nicht eingreifen konnte; auch die Rivalität zwischen dem Beamten und dem Militär spielte da hinein. Lediglich hatte er vor drei Tagen die Regelung treffen können, daß Melcher von sich aus bei Bedarf das benachbarte Freikorps Schulz zu Hilfe rufen konnte. Allerdings hatten die Essener Behörden zu erkennen gegeben, daß sie davon nach Möglichkeit keinen Gebrauch machen würden, um sich nicht durch den Einsatz von Kappisten zu diskreditieren.[184]
Am frühen Nachmittag des 18. März erschienen bewaffnete Arbeiter auf Lkws im Essener Vorort Katernberg, der dem Flugplatz Rotthausen am nächsten lag, und überrumpelten das Polizeirevier.[185] Etwa um 15.30 Uhr erreichte die – noch nicht sehr beträchtliche – Spitze der bewaffneten Arbeiter das benachbarte Stoppenberg (zwischen Gelsenkirchen und Essen gelegen). Noch hatten die Arbeiter nicht alle wichtigen Punkte des Ortes besetzt, da fuhren von Essen her zwei Lkws mit 40 bis 50 Sipos im Ort ein. Den sofort einsetzenden Kampf, der 16

Stunden dauern sollte und beiderseits mit schweren Waffen (MGs und Handgranaten) geführt wurde, hat der Arbeiterschriftsteller Marchwitza geschildert, der damals noch Bergmann auf der Stoppenberger Zeche „Friedrich Ernestine“ war.
Die Sipos, die die Lage in Richtung Gelsenkirchen erkunden wollten, waren völlig überrascht, schon hier auf die bewaffneten Arbeiter zu treffen. Sie gingen eilig in Häusern beiderseits der Essener Straße in Deckung. Anschließend konnte ein Teil von ihnen das ansteigende Gelände vor der Stiftskirche (Friedhof und Kapitelberg) gewinnen. Bei der Leitung dieses Manövers erhielt der Sipo-Kommandeur, Hauptmann Bredt, einen (nicht tödlichen) Kopfschuß. Er wurde von seinen Leuten die Essener Straße zurück in die Villa des Chefarztes Dr. Kondring getragen. Die Spitze der Sipos drang unterdes vom Kirchhügel weiter bis zum Rathaus vor. Die Arbeiter waren zunächst vor allem hinter dem südlich des Ortes laufenden Damm der Zechenbahn von „Friedrich Ernestine“ in Stellung gegangen, hatten von da aus die Essener Straße unter Feuer gelegt und hatten so verhindert, daß sich die Sipos zu einer geschlossenen Truppe vereinigen konnten. Bald drangen sie auch im nördlichen Teil des Ortes vor und setzten unter Führung der ortskundigen Stoppenberger Bergarbeiter zu einem Umfassungsangriff auf den Kirchhügel an. Etwa um 17 Uhr mußten die Sipos Rathaus und Kirchhügel aufgeben, konnten sich aber zunächst noch in den Häusern entlang der Essener Straße halten; dann stürmten die Arbeiter auch diese Stellungen. Ein Teil der Sipos floh in Richtung Essen, der Rest, etwa 20 Mann, verschanzte sich mit reichlichem Munitionsvorrat in der abseits der Straße liegenden Villa Kondring. Die Arbeiter sperrten die Straße nach Essen entlang einem Bahndamm auf der Stadtgrenze und umzingelten die Villa.
Diese erwies sich für die Verteidiger als ideal: sie bot nach allen Seiten freies Schußfeld, das die Arbeiter in einer vielstündigen Belagerung nicht überwinden konnten, obwohl sie laufend von Gelsenkirchen her Verstärkung erhielten. Außerdem hatten die Verteidiger Telefonverbindung mit dem Essener Polizeipräsidium; erst gegen Mitternacht wurde der Telefonapparat durch eine Handgranate zerstört.[186]
Inzwischen hatten die Arbeiter weitere Vororte von Essen besetzt. Hagener Arbeiter stießen von Stoppenberg weiter vor nach Kray und Steele (östlich von Essen).[187] Im südöstlich von Essen gelegenen Kupferdreh rückten Arbeiter aus Hattingen und Langenberg ein, entwaff-

neten die Polizei und organisierten eine Arbeiterwehr.[188] Die Arbeiter, die zum Sturm auf Essen ansetzten, kamen also nicht alle über Wattenscheid/Gelsenkirchen, sondern eine kleinere Gruppe formierte sich noch im Südosten.

In Essen hatte inzwischen das Polizeipräsidium ab Mittag in der Innenstadt umfassende Absperrungen vornehmen und die Straßen säubern lassen (ein Passant wurde von der scharf vorgehenden Sipo getötet); durch Sirenen wurde die Einwohnerwehr alarmiert, das Telefon wurde für den Privatverkehr gesperrt.[189] Das alles war jedoch nur im vorbeugenden Sinne gemeint; in einer Lagebesprechung am Abend gab sich Polizeipräsident Melcher optimistisch und erklärte die Stadt für völlig gesichert. Ein Sipo-Offizier hatte zwei Arbeiter aus Dortmund mitgebracht, die versicherten, daß die Dortmunder Arbeitertruppen keinen Angriff auf Essen beabsichtigten.[190] (Das bestätigt noch einmal das von Meinberg Gesagte.) Nach der Besprechung richtete der „Vollzugsausschuß" (SPD und bürgerliche Mitte) einen beruhigenden Aufruf an die Bevölkerung der Stadt, in dem es hieß: „Die Sicherheit der Stadt ist absolut gewährleistet. Die heutige Schießerei in der Richtung Stoppenberg wurde durch kleinere Trupps Bewaffneter hervorgerufen, die einige Verwundungen im Gefolge gehabt hat, sonst aber geringe Bedeutung hatte." Gerüchte vom „Anmarsch großer Haufen Bewaffneter von auswärts" seien falsch.[191] Anscheinend hatte also die Besatzung der Villa Kondring, die mit dem Polizeipräsidium in Telefonverbindung stand, keine Übersicht über die Zahl der Angreifer in Stoppenberg. – Noch schlechter übrigens als die Polizei und ihre Führung waren USP und KPD in Essen informiert; noch gegen Morgen hatten sie keine Ahnung vom Anmarsch der bewaffneten Arbeiter.[192]

Um 2 Uhr nachts erschien im Polizeipräsidium ein Vertreter der roten Kampfleitung von Gelsenkirchen und forderte sofortige Kapitulation und Waffenabgabe der gesamten in Essen stehenden Sipo; „über straffreien Abzug könne vielleicht noch gesprochen werden". Melcher und zur Nieden lehnten ab; vermutlich hielten sie den Unterhändler für verrückt.[193]

Inzwischen hatte das Essener Polizeipräsidium mit der Besatzung der Villa Kondring telefonisch vereinbart, eine Hundertschaft Sipo zum Entsatz zu schicken, und zwar nicht auf dem direkten Wege (der ohnehin von den Arbeitern versperrt war), sondern auf einem Umweg über Frillendorf (südlich von Stoppenberg). Die Überraschung war voll-

kommen. Etwa um 4 Uhr überrumpelten und töteten die Sipos die am südlichen Ortsausgang aufgestellten Wachen der Arbeiter, drangen in dem stockdunklen Ort ungehindert bis zum Rathaus vor, warfen Handgranaten in die Polizeiwache und erschlugen die in einer Schule liegenden Verwundeten mit dem Gewehrkolben. Laute Schreie „Überfall! Überfall!“ alarmierten die Arbeiter; ein verlustreicher Kampf entbrannte; die Sipos kamen nicht mehr weiter und wurden schließlich wieder aus dem Ort herausgetrieben, ohne ihre Mission erfüllt zu haben.

Der Überfall stachelte die Arbeiter zu neuen Angriffen auf die Villa Kondring an. Um 8 Uhr (19. März) ergaben sich die Verteidiger, die keine Hoffnung auf Entsatz mehr hatten. Der erste Verteidiger, der das Haus verließ, ein Oberwachtmeister, wurde von den wild heranstürmenden Arbeitern erschlagen. Weitere Ausschreitungen verhinderten die Führer der Arbeiter; die Gefangenen wurden nach Gelsenkirchen ins Polizeipräsidium transportiert.[194]

Um 9 Uhr begannen die Arbeiter den Angriff gegen den Eckpfeiler der Verteidigung von Essen, den städtischen Schlacht- und Viehhof (nordöstlich der Innenstadt in Richtung Stoppenberg gelegen). Trotz hartnäckiger Gegenwehr konnte die Sipo-Besatzung den Gebäudekomplex nur etwa eine Stunde lang gegen die von mehreren Seiten vorgehenden Arbeiter halten.[195] Gleichzeitig schlugen auch eine Anzahl Arbeiter des Segeroth-Viertels – des roten Wedding von Essen – nördlich der Innenstadt los und überrumpelten die in ihrem Viertel gelegene Wache der blauen Polizei.[196] Nach diesen Anfangserfolgen entwickelte sich eine ähnliche Straßenschlacht wie beim gleichzeitigen Kampf um Remscheid, und ebenso wie dort drangen die Arbeiter unaufhaltsam vorwärts ins Zentrum der Innenstadt.[197]

Zur gleichen Zeit war das Essener Rathaus Schauplatz hektischer Tätigkeit. Polizeipräsident Melcher informierte Oberbürgermeister Luther und den eilig zusammengerufenen sozialdemokratisch-bürgerlichen „Vollzugsausschuß“ über die unerwartet und plötzlich verschlechterte Lage. Zwischendurch telefonierte er mehrere Male mit dem Wehrkreiskommando. Dieses wiederholte seinen am Vortag gegebenen Befehl, Essen müsse wenn irgend möglich gehalten werden. Als Oberbürgermeister Luther sich mit Severings Stellvertreter Mehlich verbinden ließ, bekam er das gleiche zu hören. Auf die Frage nach militärischer Hilfe verwies das Wehrkreiskommando auf das Freikorps

Schulz.[198] Diese – von General Kabisch in Wesel schon vorbereitete – Möglichkeit nahm Melcher jedoch nicht wahr. Warum nicht, läßt sich heute nicht mehr sagen[199] – vielleicht hatte er nach dem schnellen Fall des Schlachthofes erkannt, daß Schulz nicht mehr rechtzeitig eingreifen könnte.

Auf der Gegenseite, bei der roten Kampfleitung im Polizeipräsidium Gelsenkirchen, entschloß sich Lehrer Stemmer, nach Essen zu fahren, um zu versuchen, den Kampf auf dem Verhandlungswege zu beenden. Er wurde begleitet von einem der Gefangenen aus der Villa Kondring, dem schwerverwundeten Sipo-Hauptmann Bredt, der auf dem Transport nach Gelsenkirchen die erdrückenden Massen der Arbeiter gesehen hatte und die Lage der Sipo in Essen für aussichtslos hielt. Mit einer weißen Parlamentärsfahne – einem an einen Besenstiel gebundenen Laken – fuhren Stemmer und Bredt durch die Kampflinie, die durch die nördliche Innenstadt verlief, vor das Rathaus. Stemmer verlangte Kapitulation und Waffenabgabe der Sipo. Bredt versicherte unterstützend, es seien gewaltige Arbeitermassen im Anmarsch auf die Stadt. Melcher und Luther lehnten Stemmers Forderung ab, drückten aber den Wunsch aus, den Kampf durch einen Kompromiß zu beenden. Dazu erklärte Stemmer, verhandelt werden müsse mit der Essener USP. Es dauerte lange, bis ein örtlicher USP-Vertreter ins Rathaus geholt war und dieser sich mit weiteren USP-Genossen telefonisch verständigt hatte. Als schließlich der Kompromiß ausgehandelt war, waren rund $1^1/_2$ Stunden seit Stemmers Ankunft verstrichen. Inzwischen hatten die Hagener Arbeiter bereits mit Minenwerfern in den Kampf eingegriffen und bombardierten das Rathaus. Der Kompromiß beinhaltete: Abzug der Sipo mit Waffen; Rückzug der auswärtigen Arbeiter aus der Stadt; Schutz der Stadt neben der blauen Polizei durch eine bereits bestehende, stark von den Gewerkschaften bestimmte Sicherheitswehr; Ergänzung dieser Wehr durch linksradikale Arbeiter; Ergänzung des sozialdemokratisch-bürgerlichen „Vollzugsausschusses“ durch USP und KPD. Bis diese Punkte auch noch schriftlich fixiert waren, wodurch noch einmal Zeit verstrich, hatten sich die Arbeiter bereits bis dicht an das Rathaus herangekämpft. Stemmer eilte mit dem Abkommen fort und zeigte es den Arbeitern in der Umgebung des Rathauses. Schon nach 5 Minuten schickte er ins Rathaus Bescheid: Abgelehnt! Die Arbeiter, so kurz vor dem Sieg, bestanden auf Kapitulation und Waffenabgabe der Sipo (was auch Stemmer

selbst ursprünglich gefordert hatte). Wenige Minuten später, gegen 12.30 Uhr, besetzten die Arbeiter das Rathaus und nahmen die Besatzung gefangen.[200]

So irreal die Verhandlungen im Rathaus gewesen waren, so hatten sie doch zwei sehr reale Konsequenzen gehabt. Die erste war die, daß Polizeipräsident Melcher bei Beginn der Verhandlungen für alle Sipo- und Einwohnerwehr-Abteilungen Befehl gab, nur noch defensiv zu kämpfen, d. h. nur noch in Erwiderung gegnerischer Angriffe von der Waffe Gebrauch zu machen.[201] Dieser Befehl wirkte sich beim Kampf um die Hauptpost in einer Weise aus, die in der Literatur Anlaß zur Verleumdung des Ruhraufstands gegeben hat: Mitglieder der Besatzung, die sich bereits ergeben hätten, so wurde verfälschend vereinfacht, seien erschlagen worden.[202] Nach der zuverlässig klingenden Schilderung eines bürgerlichen Augenzeugen hat sich die Sache so abgespielt: Die angreifenden Arbeiter kämpften sich bereits von mehreren Seiten an die Hauptpost (am südlichen Rand der Innenstadt) heran. Da kam ein Führer der Einwohnerwehr aus dem Gebäude und rief den verschiedenen rund um das Gebäude aufgestellten Postierungen (Sipo und Einwohnerwehr) wiederholt zu: „Das Feuer einstellen!“ Auf eine Rückfrage präzisierte er: „Nur schießen, wenn die andern zuerst schießen!“ Daraufhin zogen sich die Postierungen bis auf eine zurück. Die Arbeiter, die den Befehl auch gehört hatten, hörten auf zu schießen und drängten nach. Als die ersten die Post erreicht hatten, wurde einer von ihnen erschossen (was klar gegen den Befehl von Melcher ging). Die Arbeiter gerieten in größte Wut und nahmen die Post unter heftiges Feuer. Aus der Post wurde eine weiße Fahne gesteckt. Die Menge rief: „Blut, Blut, alle müssen dran! Man hat hinterrücks einen der Unsrigen erschossen!“ Drei Sipos wurden als erste aus der Post geholt; auf der Straße wurden zwei erschlagen.[203] – Zwei unmittelbar nach dem Ereignis gegebene Berichte von Arbeitern, ebenfalls Augenzeugen, behaupten darüber hinaus, nach Hissung der weißen Fahne hätten die Verteidiger der Post nochmals auf die sich nähernden Arbeiter geschossen.[204]

Die zweite Folge der Verhandlungen im Rathaus war: Während der kurzen Zeit, in der Stemmer das Abkommen den Arbeitern um das Rathaus herum unterbreitete, gab Polizeipräsident Melcher den Text des Abkommens telefonisch an das Polizeipräsidium weiter, das in dem von den Arbeitern noch nicht besetzten Stadtteil Rüttenscheid

lag. Damit war der Kampf für den Kommandeur der Sipo, Major Wulff, beendet; ein einigermaßen geordneter Rückzug konnte vorbereitet werden. Als die Arbeiter nach der Einnahme der Hauptpost zum Polizeipräsidium fuhren, konnten sie nur noch einen Teil der Sipo-Besatzung gefangennehmen; die Waffen- und Munitionsbestände, darunter Minenwerfer, fielen ihnen allerdings fast vollständig in die Hände. Etwas später zog auch die Sipo aus den Kruppschen Baracken am Rande des Segeroth-Viertels ab, ebenfalls reichlich Waffen zurücklassend, darunter Geschütze.[205]
Aus dem neben dem Polizeipräsidium liegenden Gerichtsgefängnis (Haumannshof) befreiten die Arbeiter die politischen Gefangenen. Sie zeigten Spuren brutaler Mißhandlungen durch die Sipo. Das steigerte noch einmal die Erbitterung über die „Grünen", die diese bereits durch ihre rücksichtslose Kampfesweise während des Straßenkampfes erregt hatten (sinnloses Umherschießen, dabei Tötung von Passanten, Schießen auf Häuserfenster).[206]
Die Arbeiter hatten die Stadt in der Hand – bis auf einen Punkt, den Wasserturm im Ostpark am Steeler Berg (Südosten der Altstadt). Die Besatzung – 24 Mann Einwohnerwehr und 22 Mann Sipo – ergab sich nicht. Das, was sich nun hier in den folgenden Stunden abspielte, wurde für die bürgerliche und später die nationalsozialistische Geschichtsschreibung das Paradebeispiel für die sadistischen Greueltaten der „Roten Armee". Immer wieder wurde es erzählt: Nach stundenlanger Belagerung zeigt die tapfere kleine Besatzung schließlich die weiße Fahne und tritt dann mit erhobenen Händen aus dem Gebäude – da stürmt eine wilde schreiende Horde die Freitreppe hinauf und schießt, schlägt und sticht in entfesselter Mordlust auf die Wehrlosen ein. Wer dem Gemetzel zu entfliehen versucht, wird ebenfalls niedergeschossen. Nur 6 Mann kommen mit dem Leben davon. Ein unwiderleglicher Beweis – so hat es sich seitdem allgemein im Bewußtsein festgesetzt –, daß der ganze Ruhraufstand nichts anderes war als der Aufstand der „rohen und vertierten Masse".[207]
Die Wahrheit dieser Erzählung scheint durch eine Gedenktafel erwiesen, die nach dem Ruhraufstand am Wasserturm angebracht wurde: die Namen von 40 Toten sind da verzeichnet, die „in Erfüllung ihrer Pflicht getreu bis in den Tod" starben. Spethmann hat sie in seinem Buch noch einmal aufgeführt und dazu – sei es aus seinem Mangel an sprachlichem Ausdrucksvermögen, sei es in bewußter Täuschungsab-

sicht – eine so zweideutige Darstellung gegeben, daß man annehmen muß, alle 40 seien die Opfer der Greuel am Wasserturm.[208] In diesem Sinne ist Spethmann auch immer wieder verstanden worden.[209] Zuletzt noch hat Oberbürgermeister Luther, der es besser wissen müßte, in seinen 1958-60 erschienenen Erinnerungen behauptet, am Wasserturm seien 40 Mann hingemetzelt worden.[210]

Den Gegenbeweis liefert bereits die Gedenktafel selbst. Eine Durchsicht der Namen zeigt nämlich, daß es sich um alle Verteidiger handelt, die beim Kampf um Essen, und zwar einschließlich des Kampfes um Stoppenberg, ums Leben kamen.[211] Die ganze Greuelgeschichte um den Wasserturm aber wird durch einen Mammutprozeß widerlegt, der knapp ein Jahr später in Essen gegen 15 Arbeiter geführt wurde. Dieser Prozeß, mit dem wir uns auch noch bei der Analyse der Justiz beschäftigen müssen,* ist bezeichnenderweise noch niemals untersucht worden. Der Inhalt der Anklage, die Vernehmung der Angeklagten und die Aussagen einer Unmenge von Zeugen ergeben, ergänzt durch die Darstellungen des Polizeipräsidenten und zweier Wasserturm-Verteidiger, in folgenden Punkten ein zweifelsfreies Bild:

Das erhöht liegende mächtige Gebäude – im Parterre ein Restaurant, darüber die Kessel, überragt von Ecktürmen – wurde von den Arbeitern in einiger Entfernung umzingelt. Die Arbeiter richteten sich auf eine Belagerung ein; ein direkter Sturmangriff über das freie Vorgelände wäre zu verlustreich gewesen. Umsichtig sorgten die Arbeiter für den Schutz der Passanten vor dem Feuer der Verteidiger. Die Verteidiger hatten Parterre und Obergeschoß des Gebäudes besetzt. Führer der Einwohnerwehrleute (24 Mann) war Bergassessor Forstmann, Führer der Sipos (22 Mann) Leutnant Weißenstein. Letzterer wurde bald nach Beginn der Belagerung schwer verletzt, danach hatte Forstmann das Gesamtkommando.

Nach Abschluß der Verhandlungen im Rathaus schickte der zuständige Führer der Einwohnerwehr zwei seiner Leute in Zivil zum Turm, um die Nachricht von der Gesamtkapitulation der Essener Verteidigung zu überbringen. Die Wehrleute wurden jedoch von Essener Arbeitern erkannt und angehalten. Als Polizeipräsident Melcher die Meldung erhielt, am Wasserturm werde noch gekämpft, beauftragte er Polizeirat Exner, die Besatzung telefonisch zur Kapitulation aufzu-

* Im 2. Band.

fordern. Forstmann am anderen Ende der Leitung, argwöhnend, es handle sich um eine Kriegslist der Roten: „Kann jeder sagen: hier ist Polizeirat Exner!"
Stunden vergingen. Das Verstummen des Kampflärms in der Stadt brachte allmählich die Verteidiger zur Gewißheit, daß die Meldung doch amtlich gewesen war. Es wurde beraten. Forstmann erklärte: Die Arbeiter handeln nach der Devise „Pardon wird nicht gegeben!" (Offenbar verwechselte er die Arbeiter mit seinem Kaiser Wilhelm, der diese Parole vor einem Chinafeldzug ausgegeben hatte.) Schließlich neigte Forstmann doch zur Übergabe. Dagegen Einwohnerwehrmann Potthoff: Er wolle die Führung übernehmen, Forstmann habe Familie, sei also vielleicht nicht standfest genug. Am Ende einigte man sich, man wolle sich nur ergeben, wenn Gewißheit bestehe, daß man heil davonkomme. Da die Besatzung nichts tat, um sich diese Gewißheit zu verschaffen (etwa durch Entsendung eines Parlamentärs zu den Arbeitern), war diese Kapitulation unter Vorbehalt eine verhängnisvolle Halbheit.
Gegen 17 Uhr steckte die Parterrebesatzung aus einem Fenster eine weiße Fahne. Die Besatzung im Obergeschoß war teils dagegen, teils war sie überhaupt nicht informiert. Die belagernden Arbeiter winkten mit weißen Tüchern. Dann kamen sie langsam, Gewehr bei Fuß, heran, vorweg eine Rote-Kreuz-Fahne. Die ersten Reihen der Arbeiter stiegen die Freitreppe hinauf, die ersten gingen schon durch die offene Tür – da flogen aus dem Obergeschoß Handgranaten in die Reihen der Arbeiter, knatterte ein Maschinengewehr. Eine Handgranate traf, schlecht geworfen, das Gesims und explodierte im Inneren (daher später die Meinung, die Arbeiter hätten in den Turm geschossen). Die Arbeiter wichen zurück, warfen sich zu Boden, riefen: „Nicht mehr schießen! Nicht mehr schießen! Verräter!" Verwundete stöhnten. Die Parterrebesatzung schlug die Tür wieder zu. Dann sprangen die Arbeiter auf; mit wütenden Rufen: „Erst ergeben sie sich und dann schießen sie noch!" stürmten sie auf das Gebäude, einmal, zweimal, beim drittenmal kamen sie hinein. Einige Besatzungsmitglieder versuchten zu fliehen, ein Grüner tötete dabei einen jungen Arbeiter, der ihn festnehmen wollte.
Wäre jetzt die gesamte Besatzung erschossen worden, so wäre das verständlich gewesen. Doch wie lautete die Anklage im späteren Wasserturm-Prozeß? Neun Mann der Besatzung getötet, zwei weitere später

an ihren Verwundungen gestorben (die Stärke der Gesamtbesatzung war 46 Mann). Zeugen berichteten, daß die Gefangenen mit Gewehrkolben geschlagen wurden, bekundeten aber auch, daß einzelne Arbeiter sich nach allen Kräften bemüht hätten, die Gefangenen zu schützen.[212]

Der Kampf am Essener Wasserturm – 50 Jahre lang ein Schulbeispiel für den „roten Terror"! Die Frage, wie es möglich ist, daß die Wirklichkeit so auf den Kopf gestellt wird, ist die Frage nach Inhalt und Funktion der bürgerlichen Geschichtsschreibung.

Der Wasserturm-Prozeß, wichtigste Quelle für die beschriebenen Vorgänge, liefert außerdem Material über das Verhalten eines Spitzels der Reichswehr, dem möglicherweise der Tod von zwei Wasserturm-Verteidigern zuzuschreiben ist. Hans Tombrock aus Hörde, ehemaliger Matrose, war im Januar 1919 in Wilhelmshaven bei der militärischen Niederschlagung eines Linksputsches verhaftet worden und hatte seine schnelle Freilassung dadurch erreicht, daß er das Angebot eines Offiziers annahm, in Zukunft Spitzeldienste zu leisten. Tombrock trat in die Dienste des Wehrkreiskommandos in Münster. Er brachte es in der KPD bis zum Posten des zweiten Vorsitzenden der Kreisorganisation Dortmund, die von Ickern bei Castrop bis Hamm reichte. Am 17. Juli 1919 wurde er in seiner Wohnung in Hörde „verhaftet", wobei der Dortmunder Sicherheitswehr zahlreiche Mitglieder- und Vorstandslisten in die Hände fielen. Bei dieser Gelegenheit wurde die KPD stutzig, verschaffte sich Beweise für Tombrocks Spitzeltätigkeit und schloß ihn aus der Partei aus.[213] – Nach dem Kapp-Putsch bildete Tombrock eine Arbeiterkolonne, die am Kampf um Essen teilnahm. Dabei fiel er durch überradikales Auftreten auf – ein für Spitzel charakteristisches Verhalten: zum einen möchten sie den Verdacht, den sie auf sich lasten fühlen, abwehren, zum andern versuchen sie Handlungen zu provozieren, die ihre Auftraggeber später gegen die Bespitzelten verwenden können. – Im Prozeß wurde Tombrock beschuldigt, am Wasserturm die Stimmung gegen die „Grünen" angeheizt und zwei Gefangene erschlagen zu haben.[214]*

Der Kampf um Essen hatte unmittelbare Rückwirkungen auf die Verhältnisse in Bochum. Hier standen noch immer die 250 Mann Sipo,

* Bei der Analyse der Justiz (im 2. Band) wird noch zu zeigen sein, welche Funktion ein solcher Spitzel für die Justiz hatte.

neutralisiert und auch im wesentlichen kontrolliert durch die Sicherheitsdienst tuenden Arbeiter. Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber der Sipo, ohnehin schon stark, wurden durch die Nachricht vom Kampf in Stoppenberg und Essen zur Siedehitze gesteigert. Allgemein wurde erwartet, daß die bewaffneten Arbeiter bei ihrer Rückkehr sofort die Sipo angreifen würden. Am Nachmittag beriet der Arbeiterrat die dringende Frage. USP- und KPD-Vertreter verlangten sofortige Waffenabgabe der Sipo, die SPD-Vertreter sprachen sich dagegen aus. Doch dem Argument der ersteren, wenn die Waffenabgabe jetzt nicht erfolge, werde sie abends von den zurückkehrenden Arbeitern erzwungen werden, konnte sich auch Polizeipräsident Stühmeyer nicht verschließen. Nach Verständigung mit Münster ordnete er die Waffenabgabe der Sipo an. Die Polizisten, für vier Wochen beurlaubt, verließen die Stadt in Zivil, versehen mit Ausweisen des Arbeiterrats. Viele von ihnen begaben sich nach Wesel.[215]

c) Der Rückzug der Reichswehr aus Mülheim und Düsseldorf und die Straßenschlacht in Duisburg und Hamborn

Die Eroberung Essens öffnete den Arbeitern die Bahn zum Angriff auf die Truppen des Generals Kabisch – zunächst auf das Freikorps Schulz in Mülheim.

Die offiziellen Stellen in Mülheim waren am 18. März, als die Nachrichten vom Fall Dortmunds eintrafen, offenkundig über die Lage besorgt. Die städtische Polizei versicherte in einer öffentlichen Erklärung, sie stehe auf dem Boden der alten Regierung;[216] das gleiche tat der städtische Wehrausschuß für die Mülheimer Einwohnerwehr.[217] Waren nach dem Abtreten der Putschisten in Berlin solche Versicherungen ohnehin nichtssagend, so schafften sie schon gar nicht das eigentliche Problem aus der Welt: die Anwesenheit des Freikorps in der Stadt. Das Mülheimer Bürgertum sah denn auch selbst sehr genau, daß eine so offen kappistische Truppe die bewaffneten Arbeiter förmlich auf sich ziehen mußte.[218] Doch das Freikorps machte keinerlei Anstalten, aus der Stadt zu verschwinden, im Gegenteil: am 18. März rief Major Schulz zur Meldung von Zeitfreiwilligen aller Waffengattungen auf.[219]

Am Vormittag des 19. März erhielten Schulz in Mülheim und Kabisch in Wesel zunächst günstige Nachrichten vom Kampf um Essen.

8.20 Uhr – Meldung von Schulz nach Wesel: „Nach Meldung hat die in Stoppenberg eingesetzte Hundertschaft [Sipo] gestern alle Angriffe der Roten mit Verlusten für den Gegner zurückgeschlagen. Ein Teil der Roten ist nach Osten abgezogen, anscheinend wegen Munitionsmangels. Stimmung der Hundertschaft in Stoppenberg glänzend ... In Essen selbst Ruhe".[220] 9.05 Uhr – Meldung des Polizeipräsidiums Essen nach Wesel: „Im Nordosten und Südosten von Essen ist von den Polizeikräften eine Einheitsfront gebildet, die gehalten wird".[221]

Zu dieser Fehlinformation des Generals Kabisch über den Kampf um Essen kam eine weitere über die Lage in Remscheid. In der Annahme, die dort stehenden Truppen schlügen sich nach Düsseldorf durch, befahl Kabisch um 10.30 Uhr, Teile des Freikorps Schulz sollten von Mülheim in Richtung Süden, Teile der 61er von Düsseldorf in Richtung Osten vorstoßen, um sich mit den Truppen des Generals Gillhaussen zu vereinigen. Zum Führer des Unternehmens war Major Schulz bestimmt.[222] Doch dieser weigerte sich, und zwar nicht etwa, weil er richtigere Informationen über Essen und Remscheid gehabt hätte: In den Städten des westlichen Reviers, so erklärte er seinem Vorgesetzten, drohe „jeden Augenblick der Aufstand loszubrechen", es verbiete sich daher, die Stärke der dort stationierten Truppen zu verringern; im übrigen vermute er, daß mit dem Unternehmen nur die Scharte von Velbert (s. oben Seite 274) ausgewetzt werden solle.[223] – Man sieht, zu den Gehorsamsverweigerungen von Major Lützow kamen jetzt weitere von Major Schulz.

Die Kontroverse ging hin und her, bis zutreffende Nachrichten über die Lage in Essen eintrafen und das von Kabisch geplante Unternehmen hinfällig machten. Um 13 Uhr meldete Schulz nach Wesel: „Polizeipräsident Essen hat Befehl gegeben, grüne Sicherheitspolizei soll Essen mit allen Waffen räumen."[224] Kabisch empfand es als ungeheuerlich, daß der Essener Polizeipräsident verhandelt und kapituliert hatte, statt sich mit ihm in Verbindung zu setzen oder direkt das Freikorps Schulz zu Hilfe zu rufen. (In einem Erinnerungsaufsatz führte Kabisch später die Niederlage der Essener Sipo darauf zurück, daß sie nicht ihm, einem Militär, direkt unterstellt gewesen sei.) Zur näheren Erkundung schickte Kabisch der geschlagenen Essener Sipo einen Offizier nach Oberhausen entgegen.[225]

Kabisch plante, die rote Angriffswelle mit dem Freikorps Schulz und

dem Regiment 62 auf der Linie Mülheim–Oberhausen zu stoppen; dabei wollte er die Essener Sipo, die Münster ihm jetzt unterstellte, auf der „linken Flanke“, also nördlich von Oberhausen einsetzen.[226] Diesen Plan durchkreuzte Major Schulz, indem er um 16 Uhr, ohne Kabisch zu informieren, Mülheim räumte und sich mit seinem Freikorps auf das linke Ruhrufer zurückzog. In der Gegend der Vororte Broich und Saarn machte er vorläufig halt. Um 18 Uhr meldete er den Abzug an Kabisch als vollendete Tatsache.[227] Die Truppenführer begannen, nach der Devise „Rette sich wer kann“ zu handeln – Schulz war nur der erste von mehreren Fällen – ; die Räder der Militärmaschinerie griffen nicht mehr ineinander.

Noch ein zweites machte Kabischs Plan zunichte. Als um 16.30 Uhr die ersten Sipo-Staffeln aus Essen in Oberhausen ankamen, nicht nur einfach geschlagen, sondern vollkommen demoralisiert, da war klar, daß mit dieser Truppe keine Linien mehr zu halten waren. Im Gegenteil drohte die Sipo die übrigen Truppen „anzustecken“.[228]

Als schließlich auch noch die Nachricht von der Zerschlagung der Remscheider Truppen nach Wesel gelangte, faßte Kabisch einen radikalen Entschluß: Rücknahme aller Truppen aus den Städten; Zusammenfassung in einer Auffangstellung bei Dinslaken. Gegen 20 Uhr erließ er, mit Zustimmung Watters, folgenden Gesamtbefehl:

1. Das Regiment 61 verläßt um 22 Uhr Düsseldorf und marschiert nördlich nach Duisburg und Hamborn;

2. das Freikorps Schulz bleibt bis zum Morgen bei Saarn/Broich stehen, deckt den Durchmarsch der 61-er durch Duisburg und schließt sich dann an;

3. das Regiment 62 in Hamborn und Sterkrade rückt etwas nach Osten vor, hält das Vordringen des Gegners auf, deckt so den Durchmarsch von 61 und Schulz durch Hamborn und schließt sich als letzte Truppe dem Abmarsch in die Auffangstellung an.[229]

Oberbürgermeister Jarres in Duisburg wurde von Kabisch über den Abmarschplan mit seinen Konsequenzen für Duisburg informiert: Durchmarsch von 61 und Schulz, militärische Preisgabe der Stadt, d. h. keine weitere Hilfe für Bürgerwehr und Polizei möglich.[230]

In der folgenden Nacht vom 19. auf den 20. März mußte sich die Frage entscheiden, ob das Freikorps Schulz und das Düsseldorfer Regiment eingekesselt und zerschlagen würden, oder ob sie aus den Städten in die Auffangstellung bei Dinslaken entkommen konnten.

Die erstere Möglichkeit wurde wahrscheinlich, als das Regiment 62 den Punkt 3 in Kabischs Gesamtbefehl nicht ausführte. Um 21 Uhr räumte die in Sterkrade stehende Abteilung die Stadt vor dem erwarteten Angriff der Arbeiter.[231] Die in Hamborn stehende Hauptabteilung des Regiments hatte noch am Nachmittag Stärke demonstriert: Verbarrikadierung aller Zufahrtsstraßen, stellenweise mit Drahtverhauen; Ausweiskontrollen an der Stadtgrenze; am späten Abend hatte der Militärkommandant die Forderung des Aktionsausschusses nach Abzug der Truppe schroff abgelehnt. Gegen 2 Uhr nachts verbreitete sich in der Stadt die Nachricht vom Fall Essens. Das Hamborner Proletariat wurde lebendig; das Militär zeigte zunehmende Unsicherheit. Die Arbeiterführer verlangten erneut den Abzug der Truppe, diesmal mit Erfolg. Vereinbart wurde, daß die Arbeiter den Abzug nicht behelligen sollten (ohne Waffen wäre das auch nur begrenzt möglich gewesen) und daß die bürgerliche Einwohnerwehr „gegen ein bestimmtes Stichwort die Waffen an die Arbeiter abgeben" sollte. Die Truppe zog ab (in die Auffangstellung bei Dinslaken); nur mit der Einwohnerwehr gab es einige Schwierigkeiten; die letzten 5 Lkws mit Waffen und Lebensmitteln konnten sich die Arbeiter gegen Morgen nur mit Gewalt holen. Überall in der Stadt wurden bewaffnete Arbeiterposten aufgestellt.[232] Damit stand in Hamborn anstelle der von Kabisch vorgesehenen Deckung für Schulz und 61 das bewaffnete Hamborner Proletariat – „das reifste Proletariat der Welt", wie es einmal von Clara Zetkin genannt wurde.[233]

Die Frage war jetzt die: Wie schnell hatten die in Essen stehenden bewaffneten Arbeitermassen die Situation und die vor ihnen liegenden Aufgaben begriffen? Die Antwort: Für die Errichtung der neuen Ordnung hatte man sich in Essen sehr viel Zeit gelassen, und allein schon die Verbindung mit den Genossen in den Nachbarstädten war schlecht (z. B. dauerte es, wie wir eben sahen, über 12 Stunden, bis die Nachricht von der Kapitulation der Essener Polizeiführung nach Hamborn gelangte). Erwähnt sei, daß ein Teil der Eroberer Essens in ihre Heimatstädte zurückgefahren war (die Hagener z.B. mit einem Sonderzug).[234] Andererseits hatten sich zahlreiche Essener Arbeiter aus den Arsenalen der Sipo und der Einwohnerwehr mit Waffen ausgerüstet.

Essens Nachbarstadt Mülheim wurde um 16 Uhr vom Freikorps Schulz geräumt. Die Mülheimer Arbeiter besetzten sofort die Kaserne, entwaffneten die Polizei und holten sich aus den Häusern der Ein-

wohnerwehrmitglieder die Waffen. Ein „Exekutiv-Ausschuß der revolutionären Arbeiterschaft Mülheims" übernahm die politische Macht und erließ einen offiziellen Aufruf an die Bürgerschaft zur Abgabe aller Waffen. Abends patrouillierten bereits überall bewaffnete Arbeiter.[235] Doch die in Essen stehenden Arbeitermassen überschritten erst gegen 23 Uhr die Stadtgrenze und rückten in Mülheim ein.[236]

Von Mülheim aus griffen sie nicht das im Westen der Stadt, jenseits der Ruhr lagernde Freikorps Schulz an, sondern wandten sich in nordwestlicher Richtung nach Oberhausen. Hier war die geschlagene Essener Sipo längst verschwunden, das Zeitfreiwilligenkorps war aufgelöst worden. Um 1 Uhr erschien eine rote Abordnung aus Mülheim im Standquartier der Sicherheitswehr, der Turnhalle in der Industriestraße, und forderte die Übergabe der Stadt. Der Führer der Wehr, der SPD-Funktionär Albertz, erklärte, die Übergabe werde am nächsten Morgen vollzogen. Dabei blieb es aber nicht – um 2.30 Uhr rückte die Spitze der Arbeitertruppen aus Mülheim ein und entwaffnete mit Unterstützung der Oberhausener Arbeiter die Sicherheitswehr.[237] Überraschenderweise wurde anschließend – so scheint es jedenfalls – zum benachbarten Hamborn kein Kontakt aufgenommen. Immerhin war jetzt auf der Linie Hamborn–Oberhausen ein breiter Riegel entstanden, der die Marschlinie von Schulz und Regiment 61 in die Dinslakener Auffangstellung versperrte.

Inzwischen hatte das Militär selbst seine Position noch weiter verschlechtert. Punkt 1 in Kabischs Abmarschplan hatte vorgesehen, daß das Regiment 61 um 22 Uhr aus Düsseldorf abmarschiere. Der Kommandeur der 61er, Major v. Rudorff, sträubte sich jedoch gegen den Abmarsch, weil er sich in Düsseldorf halten zu können glaubte, und mußte von Kabisch erst von der Notwendigkeit des Rückzugs überzeugt werden. Um 22 Uhr setzte Rudorff den Abmarschtermin für 3 Uhr fest. Er brauchte so viel Zeit, da er möglichst alle Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke der Truppe mitnehmen wollte. So entstand, als alles verladen war, ein riesiger Troß – im kommenden Straßenkampf ein ideales Angriffsobjekt für die Arbeiter. Das Zeitfreiwilligen-Regiment wurde aufgelöst; viele Zeitfreiwillige und viele bürgerliche Mitglieder der Einwohnerwehr flüchteten auf das belgisch besetzte linke Rheinufer. In den Kasernen blieben zahlreiche Waffen der Zeitfreiwilligen liegen, die den Düsseldorfer Arbeitern nach dem Abzug der 61er in die Hände fielen.[238]

Nach der Verzögerung in Düsseldorf zeichnete sich nunmehr ab, daß das Freikorps Schulz und das Regiment 61 in Duisburg eingekesselt und wenn nicht zerschlagen, so doch aufs linke Rheinufer in die Arme der Belgier getrieben werden konnten, so wie die Remscheider Truppen in die Arme der Engländer – unter zwei Voraussetzungen: erstens mußte sich die Duisburger Arbeiterschaft bewaffnen und die Truppen aufhalten, zweitens mußte der Riegel in Hamborn/Oberhausen so verstärkt werden, daß er einen Durchbruch der Truppen in die Dinslakener Auffangstellung verhinderte. – Beide Voraussetzungen wurden nicht erfüllt.

In Duisburg trafen erst gegen Abend diffuse Nachrichten vom Näherkommen der „Roten Armee“ ein – auch nach Duisburg also hatte die Essener rote Kampfleitung anscheinend keine Verbindung zur genauen Information aufgenommen. Daraufhin forderten die Funktionäre der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften (die Kommunisten arbeiteten inzwischen im Aktionsausschuß wieder mit) Oberbürgermeister Jarres zur Auflösung der bürgerlichen Einwohnerwehr auf. Das hatte Jarres ohnehin vor, da er kurz zuvor von Kabisch über den Abmarschplan von Schulz und 61 und die militärische Preisgabe Duisburgs informiert worden war. Was die Funktionäre nicht mehr kontrollierten, war die Art und Weise, wie Jarres die Auflösung anordnete: mit der Order nämlich, die Waffen möglichst zu vernichten, unbrauchbar zu machen oder in den Rhein zu werfen. Beruhigt über ihren „Erfolg“ bei Jarres, legten sich die Funktionäre schlafen. Auch die Duisburger Arbeiter entfalteten jetzt, wo es förmlich in der Luft lag, daß der entscheidende Augenblick herankam, keine Aktivität. Was überall möglich gewesen war, zuletzt noch in Mülheim: daß nämlich dem Bürgertum die Waffen aus den Wohnungen geholt wurden – hier geschah es nicht. Als die Arbeiter am nächsten Morgen zum Rathaus kamen, fanden sie gerade noch 100 liegengebliebene Gewehre.[239]

Die zweite Voraussetzung für eine erfolgreiche Einkesselung der Truppen wurde ebenfalls nicht erfüllt: die roten Kampfleitungen in Essen und Mülheim warfen keine Verstärkungen in den Riegel nördlich von Duisburg. Viele Stunden lang blieben die Hamborner allein auf sich gestellt und waren so zu schwach, um einen Durchmarsch der Truppen zu verhindern.

Um Mitternacht setzte Major Schulz die Lkw-Kolonne und die Baga-

ge seines Freikorps auf dem direkten Wege, also an Duisburg vorbei, zur Dinslakener Auffangstellung in Marsch, wobei er als selbstverständlich annahm, daß Hamborn entsprechend Kabischs Abmarschplan im Besitz des Regiments 62 sei. Bedeckungsmannschaft war eine Kompanie des Freikorps und eine Hundertschaft der Essener Sipo, die sich dem Freikorps angeschlossen hatte. Um 5 Uhr wurde Hamborn erreicht. Peinliche Überraschung: keine 62er zu sehen, statt dessen bewaffnete Arbeiterposten! Die Sipo faßte sich am schnellsten, nahm einige Posten fest und belegte dann die Hauptstraße nach Dinslaken mit einem Dauerfeuer aus MGs und Minenwerfern. Arbeiter erschienen in den Nebenstraßen, da stellten die Sipos die Gefangenen als Kugelfang vor sich auf, legten ihnen Gewehre auf die Schultern und feuerten. Nun gab es kein Halten mehr – bewaffnete und unbewaffnete Arbeiter stürzten sich in den Kampf. Immer mehr Waffen nahmen sie dem Gegner ab und verstärkten so ständig ihre Kräfte. Die Truppe brauchte Stunden, bis sie die nördliche Stadtgrenze erreichte; die meisten Lkws blieben zerschossen liegen.[240]
Um 7 Uhr brach das Freikorps Schulz nach Duisburg auf. Etwa um die gleiche Zeit informierte Oberbürgermeister Jarres die Duisburger Arbeiterführer vom bevorstehenden Durchmarsch des Freikorps und der 61er; wohlweislich hatte er das nicht schon am Abend zuvor getan, um die Arbeiter nicht zu aktivieren. Er warnte vor einem Angriff auf die Truppen, „da dies zu furchtbaren Kämpfen führen würde". Darauf gingen die Arbeiterführer ein, mit der Bedingung, daß die Truppen sich darauf beschränken würden, die Stadt auf bestimmten Hauptstraßen ohne Schießereien zu passieren. Sie wünschten, daß sich die Bewaffnung der Arbeiter „in einiger Ordnung vollziehe". – Wäre nach diesem Grundsatz überall gehandelt worden, hätte Kapp gesiegt. Allerdings, nachdem man versäumt hatte, der Einwohnerwehr die Waffen abzunehmen, wäre ein Angriff auf die Truppen mit den wenigen vorhandenen Gewehren selbstmörderisch gewesen.
So kam das Freikorps Schulz etwa um 8 Uhr ohne Zwischenfälle durch die Stadt. Als Major Schulz die Meldung erhielt, die Belgier hätten in der Nacht die Brücken in Ruhrort geräumt und sich aufs linke Rheinufer zurückgezogen, entschloß er sich, den weiteren Weg über Ruhrort am Rhein entlang zu nehmen, um so das Zentrum von Hamborn mit seinem bekannt militanten Proletariat zu umgehen. Erst in Alsum, einem kleinen, neben einem Thyssen-Hafen gelegenen

Stadtteil von Hamborn, traf das Freikorps auf einigen Widerstand. Die Antwort des Freikorps, nach Schulz' eigenen Worten: Geschütze und schwere Maschinengewehre „fegten auf 200 bis 400 Meter Entfernung in die Häuser der Hauptstraße hinein. Unter dem Schutz dieses Feuers stürmte die Infanterie unaufhaltsam vorwärts und säuberte den Ort, in dem bald darauf Totenstille herrschte". Von Alsum aus wandte Schulz sich, den Rhein verlassend, nach Nordosten und traf im nördlichsten Stadtteil von Hamborn, Aldenrade, auf die schwer dezimierte Bagage seines Freikorps. Wütend über deren unerwartete Verluste, stieß er mit einer Kompanie und einem Geschütz zurück ins Zentrum von Hamborn hinein, um es dem Gegner zu zeigen und vielleicht einige der liegengebliebenen Lkws herauszuholen. Doch damit hatte er sich verrechnet: die Arbeiter töteten oder verwundeten die gesamte Geschützbedienung und eroberten das Geschütz. Dann griffen sie auch das Gros des Freikorps an und drängten es bis gegen 13 Uhr über die Stadtgrenze. So konnte Schulz seine Drohung gegenüber einer Hamborner Delegation, falls nicht alle Gefangenen, Waffen und Bagagewagen ausgeliefert würden, nehme er die ganze Stadt unter Artilleriefeuer, nicht mehr wahr machen.[241]

Das Regiment 61 aus Düsseldorf – rund 2000 Mann mit Pferden und hochbepackten Troßwagen – erreichte Duisburg gegen 9 Uhr. Nach einer Rast zog es, immer wieder angstvoll schießend – mehrere Menschen wurden getötet –, weiter auf der heutigen Bundesstraße 8, östlich vorbei an der Altstadt mit ihrem Rathausplatz, auf dem die Bewaffnung der Arbeiter anlief. Die Truppe glich nach den Worten ihres Kommandeurs v. Rudorff einem „langen marschierenden Darm". Im nördlichen Stadtteil Meiderich, jenseits der Ruhr, wurde der vorausfahrende v. Rudorff von Einwohnern informiert, ein Weitermarsch auf direktem Wege nach Hamborn würde verlustreich sein, frei sei dagegen vermutlich noch der Weg am Rhein entlang. So befahl Rudorff Schwenkung nach Westen auf Ruhrort zu. Südlich der Ruhr blieben die Lkws der Nachhut wegen einer Panne des Führerwagens stehen. Inzwischen waren in Duisburg die ersten bewaffneten Arbeiter von auswärts eingetroffen; zusammen mit Duisburger Arbeitern griffen sie die Lkws an. Die Nachhut der 61er kam mit Minenwerfern über die Ruhr zurück, traf aber auf so harten Widerstand der Arbeiter, daß sie die Lkws nicht mehr heraushauen konnte. Der Zwischenfall hatte den Weitermarsch des Regiments verzögert. Gegen Mittag erreichte die

Spitze Ruhrort und damit jene Route, die das Freikorps Schulz bereits genommen hatte. Und dieser vorausgegangene Durchzug von Schulz wirkte sich nun aus: er hatte viele bewaffnete Arbeiter herbeigelockt, die jetzt die 61er von den Flanken unter Feuer nahmen. Der Marsch von Ruhrort nach Norden war nach dem Tagebuch des Regiments „wohl mit das Beispielloseste . . ., was selbst alte kriegsgewohnte Offiziere und Unteroffiziere mitgemacht haben. Auf die Truppe wurde andauernd aus Häusern und Kellerluken, von Dächern und Fabriken, von Halden und Bahndämmen, ja selbst aus Kessel- und Maschinenhäusern geschossen, so daß sie in viele kleine Teile zerriß". Dieser Gegner ließ sich kaum fassen, schon gar nicht mit Geschützen, mit denen immer wieder in die Straßenschluchten und auf die Häuser gefeuert wurde. Ein besonderes Problem verursachten die Pferde, die sich losrissen und die Truppe zusätzlich durcheinanderbrachten. Nur von Straßenecke zu Straßenecke kam die Truppe, genauer die Teilchen, in die sie zerrissen war, vorwärts. Derweil trafen immer mehr bewaffnete Arbeiter von auswärts ein. Im Rathaus von Hamborn bildete sich eine regelrechte rote Gefechtsleitung unter dem Straßenbahner und KPD-Stadtverordneten August Müller aus Mülheim. Ein Befehl von General Kabisch an die 62er und das Freikorps Schulz, noch einmal nach Hamborn hineinzustoßen, um die 61er zu entlasten, wurde nicht ausgeführt – niemand brachte die in Sicherheit befindlichen Truppen noch einmal in die Hölle von Hamborn zurück. Vor Aldenrade im Norden Hamborns schien das Regiment 61 endgültig in der Falle zu sitzen, da eine nicht zu umgehende Brücke unter dem Feuer der Arbeiter lag. Schließlich, am späten Nachmittag, befahl v. Rudorff, die Brücke im Laufschritt oder Galopp zu überwinden, koste es, was es wolle. Die eintretenden Verluste waren geringer, als er befürchtet hatte.[242]

Damit war auch das Regiment 61 in Sicherheit. Den Sieg von Remscheid hatten die Arbeiter, trotz bester Aussichten, nicht wiederholen können – die in Essen, Mülheim und Duisburg gemachten Fehler und Versäumnisse hatten es vereitelt.

Um so bedenklicher war es, daß die rote Kampfleitung von Mülheim (die später die Oberleitung über die ganze „Rote Armee" beanspruchte) die Meldung verbreitete, das Freikorps Schulz sei „aufgerieben" worden;[243] daß aus Essen gar gemeldet wurde, unter den „zahlreichen" toten Gegner befinde sich Major Schulz persönlich.[244] Solche Stimulantia für einen unbegründeten Siegesrausch konnten sich auf die

Dauer nur zersetzend auswirken. In Wirklichkeit hatte das Freikorps Schulz 15, das Düsseldorfer Regiment 16 Tote,[245] weniger Tote, als die Arbeiter hatten.[246] Die Zahl der Gefangenen betrug zwar ein Mehrfaches, und auch das eingebüßte Material an Waffen, Fahrzeugen und Verpflegung war beträchtlich;[247] aber die Struktur der Truppen war nicht zerschlagen worden.

d) Watters Befehl zum totalen Bürgerkrieg, der Kampf um Dinslaken und der Rückzug der Reichswehr nach Wesel

Bis zum Abend des 20. März gingen das Freikorps Schulz und das Regiment 62 in einem Bogen südlich und östlich von Dinslaken in Stellung, Schulz vom Rhein ab bis südlich der Stadt, anschließend die 62-er bis zur Kolonie der Thyssen-Zeche „Lohberg" nordöstlich von Dinslaken.[248] Wie um den radikalen Lohbergern zu zeigen, daß ihre Befreiung noch durchaus nicht gekommen sei, fuhren zwei Lkws – ein MG auf der Führerkabine, schußbereite Gewehrmündungen auf beiden Seiten der Ladefläche – am späten Nachmittag durch die Straßen der Kolonie; angeblich aus dem Ledigenheim heraus beschossen, feuerten sie die Straßen entlang und auf die Häuser und töteten zwei Arbeiter.[249] – Das völlig erschöpfte und demoralisierte Regiment 61 ging hinter der Frontlinie in Dinslaken in Ruhequartiere. (Am nächsten Tag zog Kabisch es noch weiter zurück bis zum ehemaligen Kriegsgefangenenlager Friedrichsfeld zwischen Dinslaken und Wesel.)[250] – Kabischs letzte Außenposten im Industrierevier, die in Buer und Dorsten stehenden 62er unter Major Friderici, waren bereits in den Vortagen schrittweise zurückgezogen worden:
Am 18. März – nach dem Fall von Dortmund und dem Rückzug der Gelsenkirchener Sipo nach Essen – hielt Friderici es für geraten, die nach Buer entsandte Truppe (s. oben Seite 278) nach Dorsten zurückzunehmen; eine Freilassung des USP-Redakteurs Bartels hatte er abgelehnt. [251] Am Nachmittag des 19. März – nach dem Fall von Essen – mußte Friderici auf einen Hilferuf der Einwohnerwehr in Horst bei Gelsenkirchen, die das dortige Amtshaus gegen mehrere tausend demonstrierende Arbeiter zu halten suchte, erwidern, er könne auch nicht mehr helfen und rate zum Verhandeln. Nachdem bewaffnete Arbeiter aus dem benachbarten Karnap, einem Vorort von Essen, in Horst erschienen waren, stürmten die Demonstranten das Rathaus und ent-

waffneten Einwohnerwehr und Polizei.[252] – In der folgenden Nacht räumte Friderici auf Befehl von Kabisch Dorsten und zog sich nach Wesel zurück.[253]

Am 21. und 22. März berannten die Arbeiter die Stellungen der Reichswehr vor Dinslaken. Die Gegend zwischen Hamborn und Dinslaken war, im Gegensatz zu heute, noch wenig bebaut und industrialisiert. So konnte sich die Artillerie der Reichswehr erstmals voll entfalten, ganz anders als während des Straßenkampfes der vergangenen Tage. Die Arbeiter ihrerseits hatten nur zwei Geschütze im Straßenkampf erbeutet. So entwickelte sich ein regelrechter Stellungskampf, mit Schützengräben und Schützenlöchern, Verhauen, MG-Nestern usw. Das war das eigentlich Bedenkliche, bedeutet doch in solchen „Volkskriegen" der Stellungskampf fast immer einen Vorteil für das technisch überlegene Militär der Konterrevolution. Die Reichswehroffiziere fühlten sich denn auch sofort an den Weltkrieg erinnert und lebten auf.[254] Und wirklich war es wie im Kriege: die Geschosse der Arbeiter töteten – unvermeidlicherweise – nicht nur bewaffnete Gegner, sondern auch Dinslakener und Lohberger Arbeiter, Frauen und Kinder.[255]

An einer Stelle drohten die Arbeiter, das Militär in einen neuen zermürbenden Straßenkampf zu verwickeln. In der Nacht vom 21. zum 22. März rückten erhebliche Massen bewaffneter Arbeiter bis unmittelbar vor die Kolonie Lohberg. Das Militär ließ sich jedoch auf einen Kampf um die Kolonie gar nicht erst ein, sondern verschanzte sich hinter dem Damm der neben und weg von der Kolonie verlaufenden Zechenbahn. Im Laufe des folgenden Tages versuchten die Arbeiter vergeblich, den Damm zu nehmen.[256]

In dieser Situation kam es zur Ermordung des Zechendirektors Sebold. Aus dem Mordprozeß, der ein Jahr später gegen drei Arbeiter aus Lohberg geführt wurde,* ergibt sich über den Hergang folgendes Bild: Die bewaffneten Arbeiter (zum großen Teil Elberfelder) hatten Sebold im Verdacht, in seiner Villa am Rande der Kolonie per Telefon das Feuer der Reichswehr zu lenken (eine solche Vermutung kennen wir bereits aus Remscheid seitens des Militärs); sie forderten Loh-

* Die drei Angeklagten waren durch Indizien belastet; die Täter waren sie vermutlich nicht. Der Prozeß wird, wie der Essener Wasserturm-Prozeß, im 2. Band bei der Analyse der bürgerlichen Justiz behandelt.

berger Arbeiter auf, „den dicken Sebold“ zu verhaften. Drei Arbeiter taten das, wobei sie Sebold telefonierend angetroffen haben sollen. Als Sebold über die Straße abgeführt wurde, versammelte sich schnell eine große Menge, die, so bezeugte ein Bergmann, „vor Freude geschrien“ habe; eine Frau habe gerufen: „Dieser Mann muß kaputtgemacht werden, man muß ihm den Bauch aufschlitzen.“ War der Anlaß der Verhaftung Sebolds der Verdacht gewesen, er unterstütze aktiv das verhaßte Militär, so sahen jetzt – und diese Abfolge scheint wichtig – die auf der Straße stehenden Koloniebewohner zum ersten Mal den Mann in Ohnmacht, der das System ihrer Ausbeutung repräsentierte. Man muß sich vergegenwärtigen, wie sehr das Leben in einer Zechenkolonie auf die bloße Reproduktion von Arbeitskraft reduziert war und wie unverhüllt hierin Herrschaft und Unterdrückung zutage traten. Daß die Lohberger seit 9 Tagen im (unbezahlten) Streik standen, also in einer zugleich befreienden und belastenden Ausnahmesituation, mag ein weiterer Grund für diesen offenen Haßausbruch gewesen sein. – Auf Anordnung des roten Gefechtsleiters wurde Sebold in einen Wald hinter der Kolonie gebracht, in dem die bewaffneten Arbeiter lagen.

Bis zu diesem Punkt war die Schilderung der Zeugen und der Angeklagten mehr oder weniger einheitlich. Die genaueren Umstände der Ermordung dagegen konnten im Prozeß nicht aufgeklärt werden. Es können nur Vermutungen angestellt werden aufgrund des ärztlichen Berichts über die Obduktion der Leiche, der folgendes feststellte: Nase und Stirnbein waren fort, wahrscheinlich infolge von Schüssen aus allernächster Nähe. Die rechte Seite des Körpers wies eine etwa 20 cm lange und sehr tiefe Schnittwunde auf, verursacht durch einen breit durchgezogenen Dolch, der – nach Aussage des Arztes im Prozeß – von hinten eingestochen worden war. Da bei der Leiche keine Blutspuren gefunden wurden, ist anzunehmen, daß die Schnittwunde erst nach dem Tod beigebracht wurde. Demnach verlief die Ermordung wahrscheinlich so: Einer der Arbeiter schlug Sebold mit dem Gewehrkolben auf den Kopf, Sebold fiel auf den Rücken, dann töteten die Arbeiter ihn durch Kopfschüsse aus nächster Nähe. Die Arbeiter drehten Sebold herum, wahrscheinlich um den Anblick seines entstellten Gesichts zu vermeiden. Wollten die Arbeiter wahr machen, wozu der Ruf aus der Menge bei der Abführung Sebolds aufgefordert hatte, nämlich ihm den Bauch aufzuschlitzen, so hätten sie ihn auf dem Rücken liegenlassen und ihm ins Gesicht sehen müssen. Der Stich in

die Seite könnte einen Kompromiß bedeuten zwischen kollektivem Haß gegen den Klassengegner und individueller Angst. – Nach Zeugenaussagen haben die Arbeiter an dem betreffenden Nachmittag das ganze Waldstück abgesperrt und jeden, der sich näherte, mit dem Ruf „Hier ist dicke Luft" zurückgewiesen.[257]*

Die Ermordung Sebolds war ein einmaliger Fall während des Ruhraufstandes; auch Spethmann hat keine zweite derartige Tat bei den Arbeitern ermitteln können. Das hat die bürgerlichen und nationalsozialistischen Geschichtsschreiber natürlich nicht gehindert, den Fall immer wieder als Beweis für den „roten Terror" zu verallgemeinern. Es ist ein Beispiel für die Einseitigkeit dieser Literatur, daß sie einen Terrorakt verschweigt, der etwa zur gleichen Zeit, ebenfalls beim Kampf um Dinslaken, von der Gegenseite verübt wurde: Am nächsten Tag fanden die Arbeiter in den Stellungen des Freikorps Schulz zwei Leichen von Arbeitern, die – nach sofort angestellten ärztlichen Feststellungen – anders als Sebold bei den Verstümmelungen noch lebten und erst durch sie getötet wurden: „Den Unglücklichen", schrieb ein Augenzeuge, „waren sämtliche Knochen in Stücke geschlagen, die Gelenke auseinandergedreht, an einem Arm waren die Handgelenke fingerbreit mit glühendem Eisen durchbrannt. Die Brust [des einen] zeigte eine Schußwunde ... Der zweite war genau so zugerichtet, nur hatte er noch an der linken Kieferseite eine Stichwunde eines von unten nach oben geführten Bajonetts, das in der Wunde herumgedreht war". Die Geschlechtsteile waren abgeschnitten.[258] Das war der erste Terrorakt dieser Art auf der Seite der Reichswehr, aber im Unterschied zur Ermordung Sebolds durch die Arbeiter war er keineswegs der letzte. –

* Reichswehr und Zechendirektion schmückten später die Tat mit Einzelheiten aus, die im Prozeß teils widerlegt wurden, teils unbeweisbar blieben; Spethmann, hier ausnahmsweise gründlich, trug alle diese Gerüchte zusammen und stellte sie als Tatsachen hin. Es hieß, die Arbeiter hätten Sebold ein Bajonett in den Rücken gestoßen und mehrere Male herumgedreht; sie hätten ihm eine Handgranate an den Kopf gebunden und zur Explosion gebracht (was nach Aussage des Arztes nicht möglich ist, denn dann wäre „der ganze Kopf weggesprengt worden"); sie hätten ihm befohlen, sich über ein MG zu stellen, um ihn als Deckung gegen das Feuer der Reichswehr zu benützen. – Auch für das Gerücht, die Arbeiter hätten Sebold nach seiner Verhaftung in einen Schweinestall gesperrt und zu ihm gesagt: „Du bist im Leben ein Schwein gewesen, du sollst auch als Schwein sterben!", ergaben sich während des Prozesses keine Anhaltspunkte.

Fotos der beiden Leichen, beglaubigt von einem Hamborner Arzt, waren noch nach dem Ruhraufstand in einem Prozeß des Kriegsgerichts Wesel gegen eine KPD-Agitatorin aktenkundig, verschwanden dann aber plötzlich im Verlauf des Prozesses aus den Akten.[259] –

General Kabisch war zunächst zuversichtlich, die Stellung um Dinslaken herum halten zu können, zumal General Watter ihm mitteilte, „daß er bereits in den nächsten Tagen erhebliche Verstärkungen ... erwarte und dann den allgemeinen, umfassenden Angriff anordnen werde".[260] Am 22. März gab Watter einen „Operationsbefehl Nr. 1" aus, in dem er den Aufmarsch der bereits vorhandenen sowie der aus den verschiedenen Provinzen des Reiches anrollenden Truppen im einzelnen regelte.[261] Außerdem erließ er einen Geheimbefehl (Nr. 2933) an die Truppenführer, der sich nur durch einen Zufall in einem Exemplar erhalten hat:

„Der Kampf, der jetzt im Industriegebiet zu führen ist, unterscheidet sich von den bisherigen Kämpfen zur Unterdrückung innerer Unruhen im Wesentlichen dadurch, daß wir es jetzt auf der Gegenseite mit einer gut organisierten, gut bewaffneten und gut geführten Truppe zu tun haben, die nach einheitlichem taktischen Plan handelt.

Die bisherigen Mißerfolge der Truppen liegen in erster Linie in psychologischen Momenten begründet. Die Truppe hatte überall mit einer derartigen Übermacht zu kämpfen, daß besonders nicht kriegsgewohnte, junge Soldaten leicht mutlos wurden. Die Truppe ließ sich an verschiedenen Stellen große Menschenmassen zu nahe herankommen, so daß sie entwaffnet wurde, ehe sie noch von der Schußwaffe Gebrauch machen konnte.

Bei unserem jetzigen Vorgehen muß daher die Truppe ... stets so stark sein, daß das Gefühl der numerischen Überlegenheit ausgeglichen wird. In jedem Bewaffneten ist der Feind zu sehen. *Unbewaffnete Massen haben ebenfalls auf der Straße nichts zu suchen. Sie müssen durch Feuer zersprengt werden, ehe sie an die Truppe herankommen. Derartige Massenansammlungen sind nach den Bestimmungen des verschärften Ausnahmezustandes verboten. Das Wehrkreis-Kommando wird außerdem alle gutgesinnten Elemente durch Flugblätter nochmals auffordern, beim Anmarsch der Truppen in den Häusern zu blei-*

ben. Wer sich auf der Straße dann noch zeigt, trägt selbst sein Leben zu Markt.
Es handelt sich jetzt zunächst um eine rein militärische Operation, das heißt, den Kampf der Regierungstruppen gegen die revolutionäre rote Armee. Verhandelt wird nicht. *Solange eine militärische Operation im Gange ist, darf sie auch nicht durch den meist zur Nachgiebigkeit neigenden Einspruch regierungstreuer Zivilisten beeinträchtigt werden. Sind einzelne Operationen abgeschlossen und die Truppe absolut in Sicherheit, dann können zweckmäßiger Weise gutgesinnte Arbeiter gehört und ihre Vorschläge zur Beruhigung der gutgesinnten Bevölkerung befolgt werden. Besonders ist dies von Wichtigkeit, wenn es sich um Festnahmen handelt.*
Von größter Bedeutung ist es, daß in dem Streifen, den die Truppe täglich zurücklegt, keinerlei Waffen sich mehr befinden und alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen sind. *Es kommt nicht darauf an, daß große Gebiete schnell wieder erobert werden, es kommt vielmehr darauf an, daß die zurückeroberten Gebiete auch in jeder Weise gesichert sind.*
[.....]
Standgerichte sind überall zu bilden. Die Urteile zur Bestätigung sind auf schnellstem Wege dem Herrn Befehlshaber vorzulegen. In Schutzhaft und vorläufig Festgenommene können bis auf Weiteres nach Münster (Arrestanstalt) ... eingeliefert werden. Es muß aber schon jetzt den Truppenführern bekannt gegeben werden, daß es eine große Belastung der fechtenden Truppe und der Kommandostellen ist, wenn viele Personen festgenommen werden. Daher sind nur dann Festnahmen auszuführen, wenn die betr. Person wirklich so wichtig ist, daß sie ausgeschaltet werden muß. Keinesfalls dürfen Massen von Gefangenen nach rückwärts abbefördert werden, die wir niemals bewachen können.
[.....]
Ich verleihe den Offizieren u. Utffz. [Unteroffizieren] der zum Einsatz gelangenden Truppe die Rechte von Pol[izei-]Beamten bzw. Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
Die Truppe wird als mobil erklärt, ebenso eingesetzte Stäbe, mit allen sich hieraus ergebenden Folgen."[262]
Dieser Befehl Watters übertraf alles, was an derartigen Geheimbefehlen seit der Entfaltung der Konterrevolution im Jahre 1919 ergangen war.

Er zielte offenkundig auf die totale Vernichtung der Revolution. Und zwar mit allen Mitteln, einschließlich der juristischen: Mobilerklärung der Truppe, also Kriegsrecht; möglichst physische Liquidierung durch das Standrecht statt der nur zeitweiligen Ausschaltung durch die Schutzhaft. Das Konzept, nach dem Watter den Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet niederschlagen wollte, war offenbar das der „Ausrottungsfeldzüge", wie es später z. B. von Tschiang Kai-schek in China gegen die Roten Gebiete angewandt worden ist (unter einem so bewährten Konterrevolutionär wie v. Seeckt als Heeresinstrukteur).[263]

Während sich so die Militärmacht mit aller Konsequenz auf ihren Gegner einstellte, ließen sich die Arbeiter vor Dinslaken auf einen Stellungskrieg ein, spielten also das Spiel des Militärs. Doch da, in dieser äußerst kritischen Situation, schaffte es eine neu hinzustoßende Arbeitertruppe, daß die Arbeiter noch einmal die Initiative zurückerobern und dem Gegner wieder *ihre* Kampfprinzipien aufzwingen konnten.

Am Nachmittag des 21. März erschienen in Dorsten die ersten bewaffneten Arbeiter, größere Massen folgten gegen Abend.[264] Nördlich der Lippe wandte sich ein Teil nach Westen, auf Wesel zu. Am 22. März, morgens zwischen 3 und 4 Uhr, erreichten rote Patrouillen das nächste wichtige Dorf, Schermbeck. Als hier immer mehr Arbeiter auftauchten, bat der Bürgermeister von Schermbeck am Vormittag in Wesel um Hilfe. Kabisch schickte ein Panzerauto mit Sipo. Die Arbeiter griffen mit überlegenen Kräften an; die Sipo konnte sich nur durch einen Rückzug der Gefangennahme entziehen. Als die Bauernwehren von Schermbeck und den Nachbardörfern die Überlegenheit der Arbeiter sahen, schickten sie ihre Waffen nach Wesel und fielen damit als Deckung der Stadt nach Osten hin aus.[265] Im nächsten wichtigen Dorf, Peddenberg, hatte Kabisch Sipo, Weseler Zeitfreiwillige und berittene Husaren des Regiments 61 aufgestellt. Die Arbeiter umgingen sie nördlich durch waldiges Gelände und erschienen am späten Nachmittag plötzlich in ihrem Rücken. Die Truppe ging panikartig zurück. Erst 4 Kilometer östlich von Wesel bildete sich wieder eine feste Widerstandslinie mit frischen Kräften aus Wesel.[266] Als Kabisch sie gegen 20 Uhr verstärken wollte, meuterte ein Teil der dazu bestimmten Sipo. Damit drohten die Arbeiter noch in der Nacht von Osten her in Wesel einzudringen und die Stellung um Dinslaken von hinten her aufzurollen. Kabisch befahl Rückzug aller Truppen nach Wesel.[267]

Der Stellungskrieg um Dinslaken war aufgehoben. Die Möglichkeit eines neuen Straßenkampfes zeichnete sich ab – diesmal in Dinslaken und in Wesel.

5 Die Beerdigungen der Revolutionskämpfer

In einer revolutionären Bewegung versucht eine Klasse, sich von einer unerträglich gewordenen Unterdrückung zu befreien. Die solidarische Aktion der Klasse bedeutet für einzelne Individuen das gewaltsame Ende ihres Lebens, für andere Individuen den unwiderruflichen Verlust eines nahestehenden Menschen, oft des Ernährers einer Familie. Niemals erschüttert der individuelle Tod mehr Menschen und läßt sie mittrauern mit denen, die dem Toten nahestanden, als wenn er Teil ist einer kollektiven Anstrengung zur Selbstbefreiung. Das ehrfürchtig-pathetische Verhältnis der Berliner Revolutionäre von 1848 zu den „Märzgefallenen", die aufwühlende Beerdigungszeremonie nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Moskau,[268] um nur zwei Beispiele zu nennen – das sind nicht jene hohlen Staatsbegräbnisse, die man als gesellschaftlichen Akt „erledigt", das Zugrabetragen historischer Symbolfiguren. Es ist, als werde sich angesichts der toten Mitkämpfer das Kollektiv endgültig der Unerbittlichkeit und Unwiderruflichkeit seiner Anstrengung bewußt.

Alle Beobachter waren sich einig, solche Menschenmassen noch nicht gesehen zu haben wie bei den Trauerzügen, in denen die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets ihre toten Mitkämpfer zu Grabe trug. Auch die trockensten Berichterstatter der bürgerlichen Lokalblätter konnten sich der Bewegung nicht entziehen, die von diesen viele Stunden dauernden Zügen ausging. Rote Fahnen mit Trauerflor; die Särge waren schlicht aufgebahrt, in Essen zum Beispiel auf einfachen Wagen, gezogen von Arbeitspferden. In vielen Städten wurden die Kirchenglocken geläutet (vom „national" gesinnten Klerus mit Erbitterung vernommen); im Zuge sah man auch den Magistrat und bürgerliche Stadtverordnete, manchmal sogar von der DVP. Der Platz für die Gräber war gewählt auf dem Ehrenfriedhof oder, wenn es einen solchen nicht gab, an einer zentralen Stelle des städtischen Friedhofs. An den offenen Gräbern sprachen die Arbeiterführer und häufig auch ein freisinniger Pfarrer. Der Arbeitersängerchor sang, in fast allen Fällen „Tord

Foleson" des Barmer Arbeiterkomponisten Uthmann. Eine Ehrensalve wurde abgefeuert aus jenen Gewehren, die so mühsam hatten erkämpft werden müssen. So wurden die toten Revolutionskämpfer in den Städten des Ruhrgebiets zwischen dem 20. und 28. März geehrt. – In Gelsenkirchen wurden auch Sicherheitspolizisten, in Dortmund, Hörde und Solingen auch Reichswehrsoldaten mitbeerdigt, in Solingen mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Soldaten „nur von ihren Führern irregeleitet den Kampf gegen das Proletariat geführt" hätten und „ein Unterschied nach dem Tode" nicht gemacht werden solle. Nur in Remscheid, wo die Klassengegensätze so unerhört scharf aufeinandergeprallt waren, beerdigte das Bürgertum selbständig drei Tage später die gefallenen Soldaten auf einem anderen Friedhof.[269]

Die Arbeiter, die hier in unabsehbarer Zahl hinter den Särgen herzogen, waren nicht geschlagen wie die Berliner Arbeiter im Januar 1919, die Karl Liebknecht, oder im Juni 1919, die die aus einem Kanal gezogene Rosa Luxemburg zu Grabe trugen. Hier hatte das Proletariat die ersten siegreichen Schritte zur endgültigen Umgestaltung aller Verhältnisse getan, war sich aber – gleichzeitig – bewußt, daß der Ausgang des begonnenen Kampfes noch völlig offen war. Vom reaktionären Militär hatte man sich befreit. War man nun stark genug und vorbereitet, die Ursachen der bisherigen Knechtschaft zu beseitigen? War es möglich, sich so weit zu festigen, daß man die Reaktion endgültig niederwerfen konnte? Es war der Augenblick, um aus dem eigenen Einsatz für die Sache der Arbeiter zu lernen und um aus Hoffnungen, die fast verschüttet gewesen waren, neue Perspektiven zu entwickeln.

In Hamborn erließ der Vollzugsrat einen Aufruf, verfaßt von einem seiner Mitglieder, Ernst Kahlmann (KPD):

„... [es ist] ein Kampf um die Gleichberechtigung aller Menschen, ein Kampf, der schon seit Menschengedenken tobt und der endlich ausgefochten werden muß, ausgefochten bis zum endgültigen Siege des Proletariats. Dies ist das erhebende Gefühl, mit dem wir an die Bahre unserer gefallenen Heldenbrüder treten. Wohl reichlich fließen die Tränen der Angehörigen, der Kinder, die ihren Vater verloren haben, oder der andern, welche ihren Bruder, ihren Bräutigam oder ihren besten Freund begraben, aber das Bewußtsein, daß alle nicht dem Moloch Militarismus, wie in dem schrecklichen, fast fünfjährigen Völkermorden, sondern der Freiheit der ganzen Menschheit geopfert wur-

den, dieses Bewußtsein wird die Tränen trocknen. Und für uns, die wir noch da sind, wird es ein Ansporn sein, gleich jenen Tapferen unser Leben freudig in die Schanzen zu schlagen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis unser gemeinsames Ziel erreicht ist: Die völlige Gleichberechtigung aller Menschen ..."[270]

Das Essener USP-Blatt schrieb am 26. März:

„*Heute nachmittag wird die Essener Arbeiterschaft ihre gefallenen Kämpfer zur letzten Ruhe geleiten, voll Stolz, solche Genossen unter sich gehabt zu haben, voll Schmerz, solche Mitstreiter verloren zu haben, voll Dankbarkeit für ihr Opfer, voll von dem Gelöbnis, ihrer würdig zu sein.*

Wie anders fühlen wir gegenüber diesen Toten, unsern Toten, als bei den unzähligen Opfern des verbrecherischen Weltkrieges. Sie sind nicht ‚für des Reiches Größe ... in den Tod gegangen' und haben nicht ‚ihre Treue gegen Kaiser und Reich mit ihrem Herzblut besiegelt', wie es in den widerlich heuchlerischen Nachrufen der Firma Krupp hieß. Sie waren nicht ... die armen, gezwungenen Opfer von Macht- und Raubgier. Sie sind einen besseren Tod gestorben in einem besseren Kampfe, in dem großen Kampf für Freiheit, Recht und Menschlichkeit ...

... am Grabe unserer gefallenen Freunde und Brüder (wollen wir) geloben: nie zu ermatten in dem großen Kampf für die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Krieg, von Hunger und Verbrechen, von Not und Unrecht, nie die Revolution zu verraten durch Halbheit und Schwäche ..."[271]

Ein Gedicht wurde immer wieder in den Gedenkfeiern und an den Gräbern rezitiert, das die Arbeiter wohl als einen Ausdruck ihrer eigenen Situation empfunden haben müssen: Ferdinand Freiligraths „Die Toten an die Lebenden" vom Juli 1848 – eine Mahnung der Märzgefallenen an ihre Mitkämpfer, die großen Anfangserfolge der Revolution nicht zu verspielen, sondern alle Anstrengungen zu machen, um den endgültigen Sieg zu erkämpfen.[272]

Der Gedanke an die Revolution von 1848 lag in der Tat nahe.[273] Würde es endlich eine siegreiche Revolution in Deutschland geben?

1 Siehe oben S. 236 f., 245.
2 Das wird im 2. Band im einzelnen belegt.
3 FPE, 1920-03-17.
4 Beide Aufrufe in VfrR = Vbl, 1920-03-18.
5 VfrR = Vbl, 1920-03-19.
6 Kabisch, Tage, S. 1219.
7 AZE, Ess Allg Ztg, FPE (Mitteilungsblatt usw.), Rh Ztg, sämtlich 1920-03-18.
8 AZE, Ess VZ, Ess Allg Ztg, sämtlich 1920-03-18. Verbot des USP-Blatts: STAD: Reg. Düsseldorf, 16009, Bl. 318; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 335, Bl. 492; StA Bochum: Tit. IX. Caps. 2. No. 25, vol. I; RE, 1920-03-16.
9 FPE (Mitteilungsblatt usw.), Rh Ztg, KVZ, Nr. 213, 1920-03-18; Ess Allg Ztg, Mh Ztg, Mh GA, 1920-03-19.
10 Zum Beispiel wurde der nach dem Sieg in Dortmund in „Publikations-Organ des revolutionären Volkes" umbenannte Dortmunder „General-Anzeiger", der u. a. die ersten Aufrufe des Dortmunder Vollzugsausschusses enthielt, verkauft; die Polizei beschlagnahmte die Zeitung im Laufe des Vormittags (KZ, Nr. 275, 1920-03-21).
11 Siehe unten S. 284 f.
12 Gegenaufruf des Vollzugsausschusses, mit den Zitaten aus dem linken Flugblatt: Ess Allg Ztg u. Ess VZ, 1920-03-19; Auszug bei Brauer, S. 37 f. Beschlagnahmung: Kabisch, Tage, S. 1219.
13 VZD, 1920-03-16, -17; FPD, 1920-03-15, -18; Nrh Vst, 1920-05-11; Severing, S. 157; vgl. weiter unten die Vereinbarungen mit Severing in der Nacht vom 17./18. März.
14 VZD, 1920-03-17; FPD, 1920-03-18.
15 VZD, 1920-03-17.
16 Aufruf des „Generalstreik-Ausschusses" in StA Düsseldorf: XXIII 71. Dessen Zusammensetzung: Rh Ztg, 1920-03-19.
17 VZD, 1920-03-17, -18; FPD, 1920-03-18; Ddf Ztg, 1920-03-27, Mo; die Namen von zwei Toten (vermutlich die beiden Demonstranten) in StA Düsseldorf: XXIII 69.
18 VZD, nachgedr. in RE, 1920-03-26.
19 VZD u. FPD, 1920-03-18; Colm, S. 26; Severing, S. 157 f.
20 VZD u. FPD, 1920-03-18; vgl. Rh Ztg, 1920-03-19.
21 Vgl. die Nachricht des Wehrkreiskommandos an Kabisch, 17. März, 19.40 Uhr, in Kabisch, Tage, S. 1219.
22 Flugblatt in StA Düsseldorf: XXIII 71.
23 Plakat in StA Düsseldorf: XXIII 71.
24 VZD, 1920-03-18, -19; Rh Ztg, 1920-03-19.
25 Ebenda.
26 VZD u. FPD, 1920-03-18.
27 Bekanntmachung v. Rudorffs in StA Düsseldorf: XXIII 71; das Weitere nach VZD, 1920-03-18, -19. Einberufung der Zeitfreiwilligen ab 13. März: Errettung, S. 95. Nachweise zum Verhalten der Düsseldorfer Bourgeoisie

1918/19 in meiner angekündigten Untersuchung über die Revolutionszeit.
28 Rh Ztg, 1920-03-19.
29 FPD u. Rh Ztg, 1920-03-19.
30 Rh Ztg, FPD, VZD, 1920-03-19.
31 VZD, 1920-03-19.
32 Rh Ztg, 1920-03-20.
33 FPD u. Rh Ztg, 1920-03-20; Ddf Ztg, 1920-03-27, Mo; kurze Meldung bereits in VZD, 1920-03-19.
34 FPD u. Rh Ztg, 1920-03-20.
35 Hagen: Aufruf „An alle!" (17. März), in STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171; Lambers, Bildteil, S. 9; Ernst, S. 24; Hag Ztg, 1920-03-17, Ab; Wdt VZ, Wf Tbl, Do GA (Publikations-Organ usw.), 1920-03-18. Die Datierung von Ernst (S. 23) auf den 18. März ist falsch. – Hörde: Hö Vbl, 1920-03-18. – Barmen: Aufruf des AAes Barmen/Elberfeld in FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18. – Wiederaufnahme der Arbeit in Hagen: Hag Ztg, 1920-03-18, Ab; in Hörde: Hö Vbl, 1920-03-19; in Barmen: FPE, 1920-03-19.
36 Trem, 1920-03-19.
37 FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18. Zur Entstehung d. Aufrufs: FPE, 1920-03-19; nach diesem Bericht ist der zitierte Passus ohne Diskussion angenommen worden.
38 FPE, 1920-03-19; Berg TZ, 1920-03-20.
39 FPE u. Vtr, 1920-03-20.
40 Ebenda; der Beschluß, der in typisch manipulativer Weise vom SPD- und USP-Blatt verschwiegen wird, nach BMZ, 1920-03-20, Mo.
41 Zur KPD in Remscheid s. oben S. 62, zum Freikorps Lützow S. 104 f.
42 Remscheider Märzkämpfe, S. 18 f.; BAst, 1920-03-16, -20; BVst, 1920-03-20; Severing, S. 158.
43 BAst, 1920-03-16, -18; BVst, 1920-03-20.
44 Errettung, S. 112; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 58; Lenn Krbl, 1920-03-22.
45 Errettung, S. 112.
46 Remscheider Märzkämpfe, S. 19.
47 Remscheider Märzkämpfe, S. 12 f.; Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 47 f.; Errettung, S. 82.
48 Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 4, 11, 13, 22, 26, 36; Bericht des OBs von Remscheid bei Colm, S. 23; Remscheider Märzkämpfe, S. 13, 19; Errettung, S. 111.
49 Errettung, S. 112; Bericht des OBs von Remscheid bei Colm, S. 23.
50 Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 4, 11, 13, 22, 26, 36; Remscheider Märzkämpfe, S. 19.
51 STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 58.
52 Revolutions-Nachrichten, 1920-03-18, Faksimile in: Remscheider Märzkämpfe, Anhang.
53 Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 6 f., 11 f., 21, 24–26, 30, 33, 37–39, 42, 48; StA Remscheid: NKI / 7 II (F. Adorf, geb. 1875, durch

Kopfschuß getötet); Protokoll vom 22. März 1920 über die lebensgefährliche Verwundung von H. Clevers, in StA Remscheid: NKI / 7 I; Remscheider Märzkämpfe, S. 20; Weisemann, Märzkämpfe.

54 Bericht des OBs von Remscheid, bei Colm, S. 23.

55 BVst, 1920-03-20.

56 Errettung, S. 115 f.

57 Das ist die Durchschnittsziffer aus den Angaben in Sol Tbl, BAst, GA E-Ba, 1920-03-20; Colm, S. 39; Remscheider Märzkämpfe, S. 23. Die englischen Behörden sprachen nach der Schlacht von 1500 Mann, die ins englische Gebiet übergetreten und interniert worden seien (s. unten Anmerkung 72).

58 FPE, 1920-03-25. Die Bezeichnung „rot" für Ronsdorf nach Lohagen, S. 503.

59 Lüttringhausen: Abzug des Militärs: Errettung, S. 116. Das Weitere nach Lenn Krbl, 1920-03-22, u. VstH, 1920-03-20 (Sonderzug mit bewaffneten Arbeitern, u. a. 64 politischen Gefangenen aus Lüttringhausen, von Hagen nach Wattenscheid). – Lennep: Lenn Krbl, 1920-03-22; erste Bekanntmachung des VRs in STAD: Reg. Düsseldorf, 15977.

60 Hag Ztg, 1920-03-18, Ab; Errettung, S. 125 f.

61 Sauerbrey, Beschießung. Das von S. als Sitz der Kampfleitung angegebene Haus Korizius wird in Remscheider Märzkämpfe, S. 24, und von Weisemann zwischen Ronsdorf und Lichtenplatz lokalisiert.

62 Sauerbrey, a. a. O. (mit irrtümlichen Zeitangaben); ferner Sauerbrey in der Vers. d. Betriebsausschüsse, Barmen, 22. März 1920 – Vtr, 1920-03-24; Ernst, S. 21; FPE u. BAst, 1920-03-20. – Die Frist des Ultimatums: Sol Tbl, 1920-03-22.

63 Kanonade: Sauerbrey, a. a. O.; GA E-Ba, 1920-03-20; Remscheider Märzkämpfe, S. 24; Errettung, S. 120. – Festnahme von Geiseln: Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 7, 32; BVst, 1920-03-20.

64 Remscheider Märzkämpfe, S. 24 f.; Revolutions-Nachrichten, 1920-03-19, Faksimile in: Salomon, S. 387; Errettung, S. 120 f.; Sol Tbl, 1920-03-20, -22; BAst, 1920-03-20; Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-14.

65 Hag Ztg (Mo) u. VstH, 1920-03-19; Gumm Ztg, 1920-03-20 (Nachdruck in Ohl Anz, 1920-03-27 = Opl Ztg, 1920-03-28); Cuno, S. 13a; Errettung, S. 125.

66 StA Gummersbach: Fach 267, Nr. 96 spec.; dazu Ernst, S. 22. Die Darstellung in Errettung, S. 125, ist aus mehreren Gründen eine Legende.

67 BVst u. BAst, 1920-03-20; Remscheider Märzkämpfe, S. 24; Errettung, S. 121; Ernst, S. 21; Revolutions-Nachrichten, 1920-03-19, Faksimile in: Salomon, S. 387; Colm, S. 38 f.; Sauerbrey, a. a. O.

68 BVst, BAst, Sol Tbl, 1920-03-20; GA E-Ba, Sol Tbl, Lenn Krbl, 1920-03-22; Revolutions-Nachrichten, 1920-03-19, Faksimile in: Salomon, S. 387; Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß, S. 7, 32; Sauerbrey, a. a. O.; Ernst, S. 21 f.; Colm, S. 39; Remscheider Märzkämpfe, S. 26 f.; Errettung, S. 121 f. – Erkundung Gillhaussens bei den Engländern am 18. März: Sol Tbl, 1920-03-19; Lenn Krbl, 1920-03-22; vgl. Errettung, S. 120.

69 Ernst, S. 21 f.; Remscheider Märzkämpfe, S. 27 f.; Errettung, S. 122–124; Sol Tbl, 1920-03-20, -22; GA E-Ba, 1920-03-22; Colm, S. 39; Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-14. – Zu Model: Leppa, S. 39–42.

70 Wld Ztg, 1920-03-24.

71 Remscheider und auswärtige Arbeiter: Liste in BAst, 1920-03-26; Todesanzeigen in BVst, 1920-03-22; VstH, 1920-03-20; Bekanntmachung von Meis und Todesanzeigen in VstH, 1920-03-22, -24, -25; Todesanzeigen in FPE, 1920-03-22; StA Remscheid: NKI / 7 I. – Verteidiger: StA Remscheid: NKI / 7 I; Errettung, S. 125 mit Anm. 1.

72 Sol Tbl, 1920-03-20; Remscheider Märzkämpfe, S. 29; Errettung, S. 124. Die Zahl nach Errettung, S. 124, Anm. 2; der englische Kommissar der Interalliierten Rheinland-Kommission, Ryan, nannte dagegen eine Zahl von 1 500 Mann (Sol Tbl u. BAst, 1920-03-20; entsprechend im Bericht des OBs von Solingen, 24. März 1920, in StA Solingen: N – 5 – 10, Bd. I spec.). Vgl. Allen, Tagebuch, S. 64, 1920-03-20.

73 BAst, 1920-03-23; Sol Tbl, 1920-03-22.

74 Wld Ztg, 1920-03-26, -27; Sol Tbl, 1920-03-26.

75 MA, Nr. 145, 1920-03-24.

76 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 34.

77 Hw Anz = Ess Allg Ztg, 1920-03-18; Lün Ztg, 1920-03-19.

78 StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54 = Cst Ztg, 1920-03-19; gekürzt in Do GA, 1920-03-22. – Charakterisierung der Einwohnerwehr: RhW Ztg, Nr. 278, 1919-11-28.

79 Cst Ztg, 1920-03-19.

80 StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54.

81 Trem, 1920-03-19.

82 STAM: Kr. Hamm (Unna), Landratsamt A 1026, Requisitionsscheine von „Grillo"; dazu STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 27 f.; öff. Vers. am 18. März 1920 – Kam Ztg, 1920-03-19.

83 Wf Mk, 1920-03-22, Ab; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 35; Trem, 1920-03-24.

84 Rhs Ztg u. VfrR, 1920-03-22; h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-08; Gaertner, Kapp-Putsch, S. 13.

85 VfrR, 1920-03-16, -23; Gaertner, Kapp-Putsch, S. 12.

86 h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-08; VfrR, 1920-03-19.

87 VfrR, 1920-03-17, -18, -19; vgl. Rhs VZ u. Rhs Ztg, 1920-03-17; Bekanntmachung v. Landrat Klausener in Dst VZ, 1920-03-17.

88 VfrR u. Rhs Ztg, 1920-03-19; Auszug bei Gaertner, Kapp-Putsch, S. 12.

89 Wie Anmerkung 84; dazu Rhs Ztg, 1920-04-06.

90 Rhs Ztg, 1920-03-22; Rhs VZ, 1920-03-23; Gaertner, Kapp-Putsch, S. 13; vgl. StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 4, Bl. 2.

91 h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-09; Rhs Ztg, 1920-04-06.

92 VfrR, 1920-03-23; h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-09.

93 StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 18. 5. 1922; Trem, 1920-03-25.

94 MZ, 1920-03-25; Bu Ztg u. Ff Ztg, Nr. 222, 1920-03-23; Böhmer in

Stvv-Vers. Haltern, 23. März 1920 – Halterner Zeitung, 1920-03-24 (in STAM: Kr. Coesfeld, Landratsamt 487).
95 Bewaffnete Arbeiter aus Selm in Nordkirchen, 18. März 1920: MA, Nr. 208, 1920-04-30. – AR Bork veröffentlicht am 20. März eine Erklärung in der „Lüdinghauser Zeitung": MA, Nr. 142, u. Wf Mk (Ab), 1920-03-23.
96 Dülmener Zeitung, 1920-03-25, zit. in MA, Nr. 150, 1920-03-27; Lün Ztg u. MA, Nr. 142, 1920-03-23; Trem, 1920-03-24; Zuschrift in VstH, 1920-03-27.
97 Bekanntmachung des VAes in STAM: Kr. Coesfeld, Landratsamt 487; MA, Nr. 144, 1920-03-24.
98 MA, Nr. 148, u. Wf Mk (Mo), 1920-03-26; Lün Ztg u. Trem, 1920-03-27; MA, Nr. 158, 1920-04-01.
99 Ernst, S. 26, 31, 34 f.
100 Brauer, S. 44; Hennicke, S. 44; auch Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04.
101 MA u. MZ, 1920-03-18; MA, Nr. 136, u. MZ, 1920-03-19; Bericht von Kaspar in d. Vers. d. christl. Gewerkschaftskartells, Münster, 19. März 1920 – MA, Nr. 138, 1920-03-20; Wf Mk, 1920-03-21, Mo.
102 Vgl. die Szene, die Niemöller, S. 172, beschreibt.
103 Niemöller, S. 173 f.; MZ, 1920-03-18; Sitzung d. Stvv. Münster, 17. März 1920 – MA, Nr. 136, 1920-03-19.
104 Niemöller, S. 174; Inserat in Wf Mk, 1920-03-22, Ab (in d. folgd. Tagen wiederholt).
105 MZ, 1920-03-18; Sitzung d. Stvv. Münster, 17. März 1920 – MA, Nr. 136, 1920-03-19.
106 Errettung, S. 132; vgl. MZ, 1920-03-19.
107 STAM: Oberpräsidium, B 4259; Kabisch, Kämpfe, S. 537.
108 Errettung, S. 132-134.
109 S. 116.
110 Severing, S. 168 f.
111 Severing, S. 169; Spethmann, S. 148.
112 Severing, S. 169 f.
113 Wf Mk, 1920-03-19, Ab.
114 Wf Mk, 1920-03-20.
115 Wf Mk, 1920-03-21, Mo; STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73.
116 Severing, S. 169 f.
117 Spethmann, S. 149. Das Telegramm der Regierung wurde veröffentlicht in Wf Mk, 1920-03-21, Mo, u. ö.
118 L. St. in Ff Ztg, Nr. 243, 1920-03-31; in gleichem Sinne bereits in Ff Ztg, Nr. 234, 1920-03-27.
119 STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73. – Wiederholung der Verordnung in Wf Mk, 1920-03-25, Mo; MA, Nr. 148, 1920-03-26.
120 Aufrufe in Wf Mk, 1920-03-21, Mo; Wf Mk, 1920-03-22, Ab.
121 Wf Mk, 1920-03-23, Ab.
122 Wf Mk, 1920-03-23, Mo (täglich wiederholt).
123 MA, Nr. 148, 1920-03-26.

124 Wf Mk, 1920-03-27, Ab.
125 MZ, 1920-03-19.
126 MA, Nr. 138 u. 140, 1920-03-20, -21.
127 MA, Nr. 144, 1920-03-24. – Inhalt der Sage, Bedeutung während des Weltkriegs: Paul Zaunert (Hg.): Westfälische Sagen, Jena 1927, S. 240–245; Heinrich Kleibauer (Hg.): Sagen aus der Stadt und dem Landkreis Iserlohn, 4. Aufl., Iserlohn 1961, S. 44–49.
128 Artikel vom 25. März in Wf Mk, 1920-03-26, Mo. Ein weiterer Artikel in Wf Mk, 1920-03-27, Ab; MZ, 1920-03-28.
129 Errettung, S. 150; Lün Ztg, 1920-03-26; vgl. v. Epp (Gilardone), S. 71.
130 Vgl. oben S. 64, 147.
131 Schulz, S. 26 f.
132 Weitergabe des Dementis durch Major Friderici, Dorsten, in StA Datteln: Akte aus STAM: Kr. Recklinghausen, Amt Datteln, Nr. 2. – Veröffentlichung in Rwt u. Rhs Ztg, 1920-03-17; Dst VZ, 1920-03-18; u. ö.
133 Rwt, 1920-03-18; Rhs Ztg, 1920-03-19.
134 StA Datteln: Akte aus STAM: Kr. Recklinghausen, Amt Datteln, Nr. 2.
135 Heiligenhaus: FPE, 1920-05-07. Velbert: FPE, 1920-03-19, -22. Das Unternehmen aus militärischer Sicht: Husaren-Regiment Nr. 11, S. 262; Errettung, S. 108 f.
136 Die in Düsseldorf gestellte und durchgesetzte Forderung nach Freilassung der Gefangenen (s. oben S. 252) betraf auch die Heiligenhauser (VZD, 1920-03-17; FPD, 1920-03-18).
137 Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-19; Mh Ztg, 1920-03-20; Errettung, S. 109.
138 Mh Ztg, 1920-03-19; Zuschrift des Cafébesitzers in Mh GA, 1920-03-19.
139 Mh Ztg, 1920-03-19, -20; Mh GA, 1920-03-20.
140 STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 46 f.; AZE, 1920-03-18, -20; Errettung, S. 109.
141 GA Ob, 1920-03-17; StA Oberhausen: Nachkriegsakten Oberhausen, Nr. 11 (Bericht der Polizei); Rwt, 1920-03-17, -18, -19; Weinert u. Albertz in Stvv-Vers. Oberhausen, 12. April 1920 – GA Ob u. Ob Ztg, 1920-04-13.
142 Ob Vst u. Dui GA, 1920-03-18.
143 Ob Vst u. Hamb VZ, 1920-03-19.
144 Errettung, S. 107 f.; RuR-Ztg, Nr. 128, 1920-03-17.
145 Ob Vst u. RuR-Ztg, Nr. 129, 1920-03-18; Hamb VZ, 1920-03-18, -19; Errettung, S. 108.
146 RuR-Ztg, Nr. 127, Dui GA, Hamb VZ, sämtlich 1920-03-17; B. Fisch in Vosti (Volksstimme), Duisburg, 1930-02-15; Darstellung von OB Jarres in Stvv-Vers. Duisburg, 16. März 1920 – RuR-Ztg, Nr. 127, u. Dui GA, 1920-03-17; StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 19; Roßmann/Schmidthuysen, S. 392 f.; Spethmann, S. 110 f. (falsch datiert); Errettung, S. 95, 107.
147 Wie Anmerkung 145.
148 Hamb VZ, 1920-03-19.
149 RuR-Ztg, Nr. 130, 1920-03-18.

150 STAD: Reg. Düsseldorf, 15976, Bl. 364; ebd., 15980, Bl. 121; Errettung, S. 106.
151 GA Ob, 1920-03-19.
152 Bu Ztg, 1920-03-15.
153 Bu Ztg u. Bu VZ, 1920-03-15; Bu Ztg, Rw, Bu VZ, 1920-03-16; VfrR, 1920-03-18; Zuschrift Pietzka in Bu Ztg, 1920-03-18; Spethmann, S. 106 f. – Zu Bartels s. seine Artikel in Rw, 1919-09-15, -18, -19, 1919-11-06, -08, 1919-12-16, -20; zu seiner Stellung in der USP: Bu Ztg, 1920-04-14; ferner seine nach dem Ruhraufstand geschriebene Broschüre: Ablösung vor! Von den Gewerkschaften zur Union!, Gelsenkirchen 1920.
154 Bott VZ, 1920-03-18; Kabisch, Tage, S. 1219; Errettung, S. 106.
155 Ess Allg Ztg, 1920-03-14; Chronik Stadt Essen 1920, S. 9; Heinemann, S. 123.
156 Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-04-19.
157 Ess VZ, Extrablatt, in Spethmann, S. 91; etwas abweichend: AZE, 1920-03-15.
158 Kambrik, Polizei, 1930-03-18, -19, -20, -21.
159 Ess Allg Ztg, 1920-03-17; Chronik Stadt Essen 1920, S. 13.
160 Errettung, S. 90, 109.
161 Kambrik, Polizei, 1930-03-21.
162 Errettung, S. 90 f.
163 Darstellung d. Polizeipräsidiums in Gk Ztg u. Gk Allg Ztg, 1920-03-17; Gk Allg Ztg, 1920-04-12; Errettung, S. 110; v. Wedelstaedt, S. 145.
164 Rhs Ztg, 1920-03-17; VfrR, 1920-03-18; Gaertner, Kapp-Putsch, S. 11.
165 StA Wattenscheid: Rep. 2, Amt Wattenscheid, E/O 34a, Bl. 8 f.; ebd.: Rep. 2, Stadt Wattenscheid, A 670; Zuschrift AA Wattenscheid in Wat Ztg, 1920-03-22.
166 Wat Ztg, 1920-03-16.
167 Zuschrift AA Wattenscheid in Wat Ztg, 1920-03-22.
168 Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04.
169 Erklärung der Sipo selbst, 14. März – s. oben bei Anmerkung 157; Bekanntmachung („Zur Aufklärung“) des VAes der drei Mehrheitsparteien – AZE, Ess VZ, Ess Allg Ztg, 1920-03-18; Bekanntmachung des Oberpräsidenten Würmeling, Münster, 17. März – Ess VZ, 1920-03-19.
170 Wat Ztg, 1920-03-17; StA Wattenscheid: Rep. 2, Amt Wattenscheid, E/O 34a, Bl. 9. – Tote: Wat Ztg, 1920-03-18, -22.
171 StA Wattenscheid: Rep. 2, Amt Wattenscheid, E/O 34a, Bl. 9–13; Mitteilungen im AA Amt Wattenscheid am 18. März 1920 – dieselbe Akte, unpaginiert. – Ein Quasi-Protokoll der Verhandlungen im Rathaus in StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Wattenscheid, A 707. – Ferner: Wat Ztg, 1920-03-18, -19, -20; Erklärung von Westphal in Wat Ztg, 1920-03-22; StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Wattenscheid, A 670. – Entwaffnung der Polizei in Hattingen: STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171 (Hattingen, 15. März; Dahlhausen, 16. März). Vgl. Bekanntmachung d. Kreis-ARs Hattingen, 15. März, in VstH, 1920-03-22.

172 Errettung, S. 110, 127; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Verhandlungstermin 11. 1. 1923 (Stadt Recklinghausen, 12. 4. 1923); Kabisch, Tage, S. 1219. Ferner: Darstellung des AAes Gelsenkirchen in Gk Allg Ztg u. Gk Ztg, 1920-03-19, dazu Korrektur in Gk Ztg, 1920-03-20; Ess Allg Ztg, 1920-03-19; Gk Allg Ztg, 1920-04-12; v. Wedelstaedt, S. 145.

173 StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/7, Bl. 68.

174 StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/25; Darstellung des AAes Gelsenkirchen in Gk Allg Ztg u. Gk Ztg, 1920-03-19; Bredt, S. 2. – Vgl. Kabisch, Tage, S. 1219; Ess Allg Ztg, 1920-03-19; Gk Allg Ztg, 1920-04-12; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Verhandlungstermin 11. 1. 1923 (Stadt Recklinghausen, 12. 4. 1923); StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/31; Errettung, S. 127.

175 Volkswille (SPD), Gelsenkirchen, 1920-04-19; Thöne in der MV der SPD Bochum, 13. April 1920 – Vbl, 1920-04-15. Vgl. STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 87.

176 Chronik Stadt Essen 1920, S. 84 f.; vgl. STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 87, wo die Verhandlungen kurz erwähnt werden. – Vereinbarung in Bochum am 17. März betr. gemeinsamen Polizeidienst: Wdt VZ, 1920-03-18; vgl. Colm, S. 39.

177 Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04.

178 VstH, 1920-03-20; vgl. Ernst, S. 22; Errettung, S. 127.

179 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 87; Bredt, S. 4.

180 Sipo: Errettung, S. 90, 110, 127. – Einwohnerwehr: Severing, S. 109; Luther, Zusammenbruch, S. 31, 48; Salomon, S. 383. – Melcher: Kabisch, Tage, S. 1218; ders., Kämpfe, S. 527; Bericht von OB Luther f. d. Stadtverw., in AZE, 1920-04-10, u. ö.

181 Bericht von OB Luther, a. a. O.; Melcher in Stvv-Vers. Essen, 9. April 1920 – Chronik Stadt Essen 1920, S. 47; Luther, Zusammenbruch, S. 48; Colm, S. 39.

182 Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-09/10.

183 Cuno, S. 12b, 13a.

184 Kabisch, Kämpfe, S. 527 f., 530, vgl. S. 535 f.; ders., Tage, S. 1218 f., 1220.

185 Kabisch, Tage, S. 1219.

186 Ess Allg Ztg, 1920-04-20; Marchwitza, Sturm, S. 83–99; Bredt, S. 2 f.; ferner STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 48; AZE u. Gk Allg Ztg, 1920-03-20; Gk Allg Ztg, 1920-04-12; Fomferra, S. 58–62; Marchwitza, Märzstürme, S. 28 ff.; Spethmann, S. 125 f.; Errettung, S. 127 f.

187 VstH, 1920-03-20; Kabisch, Tage, S. 1219; Errettung, S. 128.

188 STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 47. – In Langenberg hatten die Arbeiter an den voraufgegangenen Tagen die Einwohnerwehr entwaffnet (ebd., Bl. 59).

189 Ess Allg Ztg, 1920-03-19; KZ, Nr. 275, 1920-03-21.

190 Wintzer in Ess Allg Ztg, 1920-04-09; Bericht von OB Luther f. d. Stadtverw., in AZE, 1920-04-10, u. ö.; Chronik Stadt Essen 1920, S. 84; Be-

richt des SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-05-12; Luther, Zusammenbruch, S. 48. Vgl. die Meldungen nach Wesel bei Kabisch, Tage, S. 1219, u. Kabisch, Kämpfe, S. 532.

191 Ess Allg Ztg u. Ess VZ, 1920-03-19; Auszug bei Brauer, S. 37 f. Zur Veröffentlichung s. Wintzer, a. a. O.

192 Bericht des SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-05-12.

193 Chronik Stadt Essen 1920, S. 85; vgl. STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 87.

194 Ess Allg Ztg, 1920-04-20; Marchwitza, Sturm, S. 100–102; Fomferra, S. 62; Bredt, S. 3 (dessen Darstellung widerlegt alle Behauptungen von weiteren Metzeleien, z. B. von Spethmann, S. 125, u. Errettung, S. 128); Major Schulz (Mülheim) an Kabisch (Wesel), 19. März, 8.20 Uhr – Kabisch, Tage, S. 1219, u. ders., Kämpfe, S. 532.

195 StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/7, Bl. 12 ff.; Marchwitza, Sturm, S. 104–106; Fomferra, S. 63; Spethmann, S. 127; Errettung, S. 128 f.

196 RE, 1920-03-20; vgl. KZ, Nr. 275, 1920-03-21.

197 VstH u. AZE, 1920-03-20; KZ, Nr. 275, 1920-03-21; Brandi, S. 89 f.; Heinemann, S. 126; Marchwitza, Sturm, S. 107 ff.; Colm, S. 40; Errettung, S. 129.

198 Bericht von OB Luther f. d. Stadtverw., in AZE, 1920-04-10, u. ö.; Bericht d. SPD-Vorstands Essen in AZE, 1920-05-12; Luther, Zusammenbruch, S. 48 f.; ders., Politiker, S. 76 f.; Bericht d. Polizeipräsidenten in AZE, 1920-04-15.

199 Die „Chronik der Stadt Essen über das Jahr 1920" behauptet, das Freikorps habe es in den frühen Morgenstunden „ausdrücklich" abgelehnt, „seinen Standort zu verlassen, weil dieses durch die militärische Lage verboten" sei (S. 84); das widerspricht jedoch den beiden Erinnerungsaufsätzen von Kabisch und scheint Apologie zu sein. Ganz unwahrscheinlich klingt es, wenn OB Luther in seinen Erinnerungen erklärt, das Freikorps habe sich „nach unseren Nachrichten im Zustand der Auflösung" befunden (Zusammenbruch, S. 49).

200 Wintzer in Ess Allg Ztg, 1920-04-09; Berichte von OB Luther und des SPD-Vorstands Essen, a. a. O.; Bredt, S. 3 f.; Zuschrift Halbach in Ess Allg Ztg, 1920-04-13; Luther, Zusammenbruch, S. 48–50; ders., Politiker, S. 76 f.; Colm, S. 40 f.; Brauer, S. 38; Errettung, S. 129; Hennicke, S. 45. – Zu der bestehenden Sicherheitswehr (unter Leutnant Heinz) s. Severing, S. 109; Luther, Zusammenbruch, S. 48.

201 Bericht d. Polizeipräsidenten in AZE, 1920-04-15.

202 So zum erstenmal im Bericht d. Polizeipräsidenten, a. a. O., dann: Sager, Die rote Armee, S. 5; Rehse, S. 5; Luther, Zusammenbruch, S. 51; ders., Politiker, S. 77 f.

203 H. Sch. in Ess Allg Ztg, 1920-04-12.

204 RE, 1920-03-19, 2. Extrablatt; RE, 1920-03-20. So auch Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-09/10; Marchwitza, Sturm, S. 114; Brauer, S. 39.

205 Berichte d. Polizeipräsidenten u. d. OBs Luther, a. a. O.; RE, 1920-03-19, 2. Extrablatt; RE, 1920-03-20, -22; AZE, 1920-03-20; Errettung, S. 129 f.

206 RE, 1920-03-19, 2. Extrablatt; RE, 1920-03-20; Marchwitza, Sturm, S. 115–118, vgl. S. 53–57, 80 f.

207 Spethmann, S. 128–130; Rodermund, Blutbad, S. 5 f.; Der Mord am Essener Wasserturm, S. 3; Errettung, S. 130; ferner zahlreiche Gedenkartikel in Zeitungen.

208 Spethmann, S. 129 f.

209 So z. B. Errettung, S. 130.

210 Luther, Zusammenbruch, S. 50; ders., Politiker, S. 77.

211 Oberwachtmeister Prinz z. B. wurde in Stoppenberg getötet, Leutnant Tholen war Kommandeur der Besatzung der Hauptpost, usw.

212 Berichte über den vom 11. Februar bis 11. März 1921 dauernden Mordprozeß, der mit dem Freispruch aller Angeklagten endete, in RE, 1921-02-11, -12, -14 bis -19, -22 bis -26, 1921-03-01 bis -04, -07 bis -11; VZD, 1921-02-11, -12, -14 bis -19, -22 bis -26, 1921-03-01 bis -05, -08, -09, -12; FrD, 1921-02-15, -16, -25, -28. Dazu: Polizeipräsident Melcher in Stvv-Vers. Essen, 9. April 1920 – Chronik Stadt Essen 1920, S. 46; Bericht d. Polizeipräsidenten in AZE, 1920-04-15; Bericht Forstmanns in: Der Mord am Essener Wasserturm, S. 3; Potthoff, S. 82. Vgl. Ernst, S. 22 f. – Die Beschreibung der damaligen Wasserturm-Anlage verdanke ich Herrn Walter Sinibaldi, Essen-Steele.

213 Wilhelmshaven: Tombrock in d. öff. KPD-Vers., Hörde, 5. Febr. 1919 – Hö Vbl, 1919-02-07; Zuschrift T.s in Hö Vbl, 1919-02-13; T.s Aussage im Wasserturm-Prozeß – RE, 1921-02-17. – Im März 1919 war T. Mitglied des KPD-Vorstands von Hörde: Zuschriften in Hö Vbl, 1919-03-14, u. FrM, 1919-03-17. – „Verhaftung" und beschlagnahmtes Material: StA Dortmund: Do n 312; ebenda T.s Funktion im Bezirksvorstand. – Verdacht der KPD usw.: RE, 1921-02-17.

214 Berichte üb. d. Wasserturm-Prozeß, s. Anmerkung 212.

215 STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 83; J. Czappa in Vbl, 1920-04-27; Mk Spr, 1920-03-20; Errettung, S. 131.

216 Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-19.

217 Mh Ztg, 1920-03-19.

218 Ess Allg Ztg, 1920-03-19.

219 Mh GA, Mh Ztg, Mh VZ, 1920-03-19.

220 Kabisch, Tage, S. 1219; vgl. Kabisch, Kämpfe, S. 532.

221 Kabisch, Tage, S. 1219; ders., Kämpfe, S. 533.

222 Kabisch, Tage, S. 1220, vgl. S. 1219; ders., Kämpfe, S. 531, 533.

223 Schulz, S. 28.

224 Kabisch, Tage, S. 1220; ders., Kämpfe, S. 533; Schulz, S. 28 f.

225 Kabisch, Tage, S. 1220; hierzu Heineccius, S. 105, und die Nachschrift von Kabisch, S. 105 f.; Kabisch, Kämpfe, S. 533, mit dem Resümee S. 536.

226 Kabisch, Tage, S. 1220 (die Bemerkung, daß das Freikorps Schulz auf das andere Ruhrufer „zurückgenommen werden mußte", ist eine nachträgliche Retusche, die die Gehorsamsverweigerung von Major Schulz verschleiern soll); Errettung, S. 131. Vgl. die am 19. März, nachmittags, in Duisburg verbreitete Meldung, die Reichswehr (also das Freikorps

Schulz) halte die Ruhr (RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04).

227 Mh Ztg, 1920-03-20; Hamb VZ, 1920-03-21; Schulz, S. 29; Kabisch, Kämpfe, S. 533 f.; Errettung, S. 131.

228 Kabisch, Tage, S. 1220; ders., Kämpfe, S. 534; Errettung, S. 131.

229 Kabisch, Kämpfe, S. 534; ders., Tage, S. 1220; Errettung, S. 135.

230 Kabisch, ebenda; Errettung, S. 136.

231 STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 121; vgl. GA Ob, 1920-03-22.

232 Ob Vst, 1920-03-25; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 102 f.; Colm, S. 44 f.; Kabisch, Kämpfe, S. 537 f.; Errettung, S. 137.

233 Volksstimme (SPD), Duisburg, 1925-06-06/07.

234 VstH, 1920-03-20. In Wattenscheid wurde am 19. März abends ein Einsetzen von Rücktransporten bewaffneter und verwundeter Arbeiter beobachtet (Wat Ztg, 1920-03-22). Arbeiter aus Bochum, die am Kampf teilgenommen hatten, kehrten gegen Abend in ihre Heimatstadt zurück (Mk Spr, 1920-03-20).

235 Colm, S. 43; Bekanntmachung des „Exekutiv-Ausschusses" in Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-20; Piersig in Mh GA, 1920-04-06; Mh Ztg, 1920-03-20.

236 Mh GA, 1920-03-21, -22; vgl. STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 104.

237 Ob Ztg, 1920-04-06; StA Oberhausen: Nachkriegsakten Oberhausen, Nr. 11; Rwt, 1920-03-21; Mh GA, 1920-03-22; Albertz in Stvv-Vers. Oberhausen, 12. April 1920 – GA Ob, 1920-04-13.

238 Errettung, S. 136; StA Düsseldorf: XXIII 69, Erinnerungen v. Rudorffs, S. 5; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 262 f.; Colm, S. 43; Kabisch, Kämpfe, S. 534 f.; Reetz, S. 194.

239 Jarres an Colm, 7. Jan. 1921, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; nach diesem Brief (kürzer) Colm, S. 44; Helbig in öff. Gewerkschaftsversammlung, Duisburg, 11. April 1920 – RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12; RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04.

240 Schulz, S. 29 f.; Ob Vst, 1920-03-25; Mh Ztg, 1920-03-23; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 102 f.; Colm, S. 45; Kabisch, Kämpfe, S. 538; Errettung, S. 137 f.

241 Vorgänge in Duisburg: Jarres an Colm, 7. Jan. 1921, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; nach diesem Brief (kürzer) Colm, S. 44; Dui GA, 1920-03-21. – Marsch des Freikorps, Kämpfe: Schulz, S. 29 f.; Darstellung d. Freikorps in RuR-Ztg, Nr. 165, 1920-04-14; Ob Vst, 1920-03-25; Mh GA, 1920-03-22; Kabisch, Kämpfe, S. 538; Errettung, S. 138 f.

242 Duisburg: Dui GA u. RuR-Ztg, Nr. 135, 1920-03-21; Todesanzeigen in Dui GA, 1920-03-23; Jarres an Colm, 7. Jan. 1921, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25. – Ruhrort: Echo vom Niederrhein, nachgedr. in Hamb VZ, 1920-03-21, -22, u. Mh Ztg, 1920-03-22, -23. – Hamborn: Mh GA, 1920-03-22; Rwt, 1920-03-23; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 102 f.; Brauer, S. 41. – Befehl Kabischs: Kabisch, Kämpfe, S. 538. – Gesamtdarstellungen: StA Düsseldorf: XXIII 69, Erinnerungen v. Rudorffs, S. 6–8; Rodermund, Kommunisten, S. 767 = ders., Rote Armee, S. 107 f. (Tagebuch d. Regiments 61); Bericht eines Mitgl. d. Regt. 61 in Ddf Ztg, 1920-05-05, -06, zit. bei Spethmann, S. 135; im wesentlichen

dasselbe: Wilden, S. 393; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 263–266; Kabisch, Kämpfe, S. 538–540; Errettung, S. 137, 139–142.

243 Mh GA, 1920-03-21; vgl. Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-22.

244 Mh GA u. RE, 1920-03-22.

245 Errettung, S. 143; vgl. StA Düsseldorf: XXIII 69, Erinnerungen v. Rudorffs, S. 8; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 275; Bericht des OBs von Hamborn, zit. bei Spethmann, S. 136; Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab.

246 Hamb VZ, 1920-03-24, meldete, bisher seien in Hamborn etwa 65 Tote festgestellt worden. Darunter können sich allerdings bereits beim Kampf um Dinslaken Gefallene befinden.

247 GA Ob, 1920-04-09; Hamb VZ, 1920-03-24; Bericht d. OBs von Hamborn, a. a. O.; Kabisch, Tage, S. 1415; Errettung, S. 143

248 Kabisch, Tage, S. 1415; ders., Kämpfe, S. 540.

249 General-Anzeiger f. d. nordwestliche Industriegebiet u. d. westliche Münsterland, 1935-03-15 (aus Privatbesitz); Standesamt Dinslaken 1: Sterbe-Register 1920, Nr. 128, 154.

250 Husaren-Regiment Nr. 11, S. 265; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 12; Kabisch, Kämpfe, S. 540 f.; ders., Tage, S. 1415; Errettung, S. 144.

251 Bu Ztg, 1920-03-19, 1920-04-14; Ablehnung der Freilassung (17. März): Bu Ztg, 1920-03-18.

252 StA Gelsenkirchen: Horst XVIII/12/1; Bu Ztg, 1920-03-20.

253 Wiedenhoefer, S. 68; Kabisch, Kämpfe, S. 537; Errettung, S. 143.

254 Mh Ztg, 1920-03-23; Ff Ztg, Nr. 222, 1920-03-23 = BMZ, 1920-03-24, Mo; Rwt, 1920-03-24; Niederrh. Nachrichten, zit. Mh Ztg, 1920-03-25; GA Ob, 1920-04-09; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 25; Schulz, S. 31; Kabisch, S. 1415; ders., Kämpfe, S. 541; Errettung, S. 144 f.; Dittgen, S. 45. – Zum Stellungskampf im revolutionären Volkskrieg s. die Erfahrungen des chinesischen Bürgerkriegs: Edgar Snow, Roter Stern über China, Frankfurt 1970, S. 237 f., 355, 462, 472.

255 Standesamt Dinslaken 1: Sterbe-Register 1920, Nr. 149, 162 (Mitglieder der Reichswehr), Nr. 153, 163 (Sipos), Nr. 99, 100, 113, 124, 136, 187, 315 (Arbeiter), Nr. 112, 116 (Arbeiterfrauen), 115, 125 (Arbeiterkinder). Einige der Arbeiter, Arbeiterfrauen und -kinder können auch von den Verteidigern getötet worden sein.

256 General-Anzeiger f. d. nordwestl. Industriegebiet u. d. westl. Münsterland, 1935-03-15 (aus Privatbesitz).

257 Schwurgericht Duisburg, 16. bis 21. März 1921, Revisionsverfahren vom 27. September bis 4. Oktober 1921 – Dui GA, 1921-03-17 bis -19, -21, -22, 1921-09-28 bis -30, 1921-10-01, -04, -05. – Vgl. Standesamt Dinslaken 1: Sterbe-Register 1920, Nr. 111; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 14, 17; Darstellung d. Gewerkschaft Friedrich Thyssen, in RhW Ztg, Nr. 246, 1920-04-11; General-Anzeiger f. d. nordwestl. Industriegebiet u. d. westl. Münsterland, 1935-03-15 (aus Privatbesitz); Spethmann, S. 142 f.

258 FPE = Vtr, 1920-03-30; dazu BAst, 1920-03-29; Sp, 1920-03-26.

259 O. P(lenge) in BAst, 1920-05-19, über den Prozeß gegen Frau Schau-

mann. Vgl. die beiden Fotos von verstümmelten Leichen, die das USP-Blatt in Solingen Anfang April ausstellte (BAst, 1920-04-06).

260 Errettung, S. 146.

261 S. 150 f.

262 STAM: Kr. Coesfeld, Landratsamt 487 (Hervorhebungen im Original). Das Dokument ist in die Akte lose eingesteckt; es sollte, worauf auch die Singularität der Fundstelle hindeutet, zweifellos vernichtet werden.

263 E. Snow, Roter Stern über China, Frankfurt 1970, S. 245–247, 384–390, 460.

264 Dst VZ, 1920-03-23, -31; Wiedenhoefer, S. 68 f.

265 STAD: Reg. Düsseldorf, 15977 (Bericht üb. d. Einwohnerwehren im Kreise Rees, 9. April 1920); vgl. Lutter, S. 129.

266 Kabisch, Kämpfe, S. 543; ders., Tage, S. 1415; Errettung, S. 155.

267 Kabisch, Kämpfe, S. 543 f.; ders., Tage, S. 1415; Errettung, S. 155 f.; Schulz, S. 31.

268 John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Reinbek 1967 (rororo 918/919), S. 223 f.

269 Bochum, 21. März: Vbl u. Mk Spr, 1920-03-22. – Bottrop, 28. März: Todesanzeige des VRs in Bott VZ, 1920-03-27; Bott VZ, 1920-03-29 = Rw, 1920-03-31. – Cronenberg, 20. März: Cron Anz, 1920-03-23. – Dortmund, 21. März: Bekanntmachung des VAes in Do GA, 1920-03-19; Do GA u. Do Tbl, Nr. 67, 1920-03-22; Hw Anz, 1920-03-23. – Elberfeld und Barmen, 21. März: FPE, 1920-03-22, -23; dazu der giftige Artikel des konservativ-protestantischen Wochenblatts „Licht und Leben“, zit. bei Winterhagen, S. 43. – Essen, 26. März: RE, Ess VZ, Ess Allg Ztg, 1920-03-27. – Gelsenkirchen, 24. März: 2 Bekanntmachungen des AAes in Gk Allg Ztg, 1920-03-23; Gk Ztg, 1920-03-25. – Hagen, 22. März: VstH, 1920-03-23. – Herne, 24. März: Hrn Anz, 1920-03-25. – Hörde, 21. März: Hö Vbl, 1920-03-22. – Remscheid, 21. März: BVst, 1920-03-20, -22; BAst, 1920-03-22. Beerdigung der Soldaten am 24. März durch das Bürgertum: Sol Tbl, 1920-03-25; Tägl Anz Lü, 1920-03-24; Remscheider Märzkämpfe, S. 32 u. Anhang, 3. Abbildung. – Ronsdorf, 23. März: FPE, 1920-03-25. – Solingen, 28. März: Sol Tbl, 1920-03-29; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 120; dazu BMZ, 1920-03-26, Mo (über Stvv-Vers. Solingen). – Vohwinkel, 23. März: Vohw Ztg, 1920-03-24. – Wattenscheid, 21. März: Wat Ztg, 1920-03-22. – Witten, 23. März: Witt Tbl, 1920-03-25; Do Ztg, Nr. 133, 1920-03-24. – Vgl. die Beschreibung einer solchen Beerdigungsfeier in Mitteldeutschland bei Knauf, S. 74 ff.

270 Ob Vst, 1920-03-28.

271 RE, 1920-03-26.

272 Freiligraths Werke, hg. v. J. Schwering, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart o. J., 2. Teil, S. 131–133.

273 An die Revolution von 1848 erinnerten ausdrücklich: Revolutions-Nachrichten, Remscheid, 1920-03-18, Überschrift – Faksimile in: Remscheider Märzkämpfe, Anhang; Artikel „Der 18. März 1920“ in VstH, 1920-03-19. Der Aktionsausschuß Hagen versah seinen Stempel mit der Durchschrift

„Revolution März 1920“ – Artikel aus militärischer Quelle in Wf Mk, 1920-03-27, Mo.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

1. Archivmaterialien

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Zweigarchiv Kalkum
Staatsarchiv Münster
Stadtarchiv Bochum
Stadtarchiv Bottrop
Stadtarchiv Castrop-Rauxel
Stadtarchiv Datteln
Stadtarchiv Dortmund
Stadtarchiv Düsseldorf
Stadtarchiv Duisburg
Stadtarchiv Essen
Stadtarchiv Gelsenkirchen
Stadtarchiv Gladbeck
Stadtarchiv Gummersbach
Stadtarchiv Hagen
Stadtarchiv Herne
Stadtarchiv Iserlohn
Stadtarchiv Kamen
Stadtarchiv Lünen
Stadtarchiv Marl
Stadtarchiv Münster
Stadtarchiv Oberhausen
Stadtarchiv Recklinghausen
Stadtarchiv Remscheid
Stadtarchiv Solingen
Stadtarchiv Wattenscheid
Stadtarchiv Wetter
Stadtarchiv Witten
Stadtarchiv Wuppertal
Amtsarchiv Gahlen zu Hünxe
Amtsarchiv Unna-Kamen
Archiv der SPD Bonn (darin Nachlaß Carl Severing)
Institut für Zeitungsforschung, Dortmund
Standesamt Dinslaken 1
Standesamt Hünxe
Standesamt Pelkum
Standesamt Recklinghausen
Standesamt Voerde

2. Zeitungen

a) Blätter der Arbeiterbewegung

AZE – Arbeiter-Zeitung, ab 1. 11. 1919: Essener Arbeiter-Zeitung (Allgemeiner Beobachter). Sozialdemokratisches Organ für den Stadt- und Landkreis Essen, Essen, 12.–14. Jg., 1918–1920 (SPD)

BAst – Bergische Arbeiterstimme. Organ für das arbeitende Volk des Kreises Solingen, ab 6. 1. 1919: Organ für das arbeitende Volk des Bergischen Landes, Solingen, 29.–31. Jg., 1918–1920 (USPD)

BaZ – Bergarbeiter-Zeitung. Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, 30.–32. Jg., 1918–1920 (Freie Gewerkschaft)

Bkn – Der Bergknappe. Zeitschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Essen, 23.–25. Jg., 1918–1920 (christliche Gewerkschaft)

BVst – Bergische Volksstimme (Remscheider Arbeiter-Zeitung). Sozialdemokritisches Organ des Wahlkreises Lennep–Remscheid–Mettmann, später: Unabhängiges Sozialdemokratisches Organ der Kreise Remscheid–Lennep-Mettmann–Wipperfürth–Gummersbach, Remscheid, 14.–16. Jg., 1918–1920 (USPD)

FPD – Düsseldorfer Freie Presse. Organ der Sozialdemokratischen Partei für Düsseldorf und Umgegend, Düsseldorf, 1.–3. Jg., 1918–1920 (SPD)

FPE – Freie Presse. Organ des werktätigen Volkes von Rheinland und Westfalen, Elberfeld, 34.–36. Jg., 1918–1920 (SPD)

FrD – Freiheit. Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale, Düsseldorf, 4. Jg., 1921 (VKPD)

FrM – Freiheit. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes, ab 17. 2. 1919: Organ der Kommunistischen Partei, Mülheim, 1. Jg., 1918, 2. Jg., 1919 (USPD, Syndikalisten, Spartakusbund – KPD)

NFP – Neue Freie Presse. Organ für die Interessen des werktätigen Volkes in Mark, Sauer- und Siegerland, Hagen, 14. Jg., 1920 (SPD)

Nrh Vst – Niederrheinische Volksstimme. Sozialdemokratisches Organ für die Wahlkreise Duisburg–Mülheim–Oberhausen–Hamborn u. Mörs-Rees, ab 11. 4. 1920: Volksstimme. Sozialdemokratisches Organ für die Bezirke Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Hamborn, Wesel, Rees u. Mörs; Duisburg, 13.–15. Jg., 1918–1920 (SPD)

Ob Vst – Oberhausener Volksstimme. Sozialdemokratisches Organ für den Wahlbezirk Oberhausen–Hamborn–Mülheim–Duisburg; Oberhausen, 15. Jg., 1920 (SPD)

RE – Ruhr-Echo. Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie für das Industriegebiet, Essen, 2. Jg., 1920 (USPD)

RF – Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin, 3. Jg., 1920 (KPD)

RF-Do – Die Rote Fahne. Publikations-Organ des Dortmunder revolutionären Arbeiterrats, Dortmund, 1. Jg., 1920

Rh Ztg – Rheinische Zeitung, Köln, 29. Jg., 1920 (SPD)

Rw – Ruhrwacht, ab 27. 11. 1919: Ruhrwarte. Unabhängige sozialdemokratische Tageszeitung für das nördliche Ruhrgebiet, Buer, 1. Jg., 1919, 2. Jg., 1920 (USPD)

Soz Rep – Sozialistische Republik. Kölner Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, ab 1920: Zeitung der . . ., Köln, 1. Jg., 1919, 2. Jg., 1920 (USPD)

Sp – Spartakus. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk: Rheinland-Westfalen, Essen, 2. Jg., 1920 (KPD)

Synd – Der Syndikalist. Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin, 2. Jg., 1920 (Syndikalisten)

Vbl – Volksblatt. Sozialdemokratisches Organ für die Wahlkreise Bochum–Gelsenkirchen–Hattingen–Witten–Herne und Recklinghausen–Borken, später: Sozialdemokratisches Organ für die Kreise Bochum–Hattingen–

Witten–Herne, Bochum, 20.–22. Jg., 1918–1920 (SPD)
VfrR – Volksfreund. Sozialdemokratisches Organ für die Kreise Recklinghausen u. Borken, Recklinghausen, 1. Jg., 1919, 2. Jg., 1920 (SPD)
Vr – Volksrecht. Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Südwest-Deutschlands, Frankfurt, 2. Jg., 1920 (USPD)
VstH – Volksstimme für Westfalen und Lippe. Organ der Unabhäng. Sozialdemokratischen Partei, Hagen, 2. Jg., 1919, 3. Jg., 1920 (USPD)
Vtr – Volkstribüne. Organ des werktätigen Volkes von Elberfeld-Barmen, ab 19. 3. 1920: ... von Elberfeld und Barmen, Elberfeld, 1.–3. Jg., 1918–1920 (USPD)
Vwt – Volkswacht. Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Freistaaten, Bielefeld, 31. Jg., 1920 (SPD)
VZD – Volkszeitung. Organ für das werktätige Volk am Niederrhein, Düsseldorf, 29.–31. Jg., 1918–1920 (USPD)
WAVZ – Westfälische Allgemeine Volks-Zeitung. Dortmunder Arbeiter-Zeitung, Dortmund, 28.–30. Jg., 1918–1920 (SPD)

b) Bürgerliche Blätter

Ba Anz – Barmer Anzeiger, Barmen, 42.–44. Jg., 1918–1920
Ba Ztg – Barmer Zeitung, ab 19. 4. 1919: Bergische Neue Post, ab 1920 wieder: Barmer Zeitung, Barmen, 85. Jg., 1918, 86./1. Jg., 1919, 2. Jg., 1920 (liberal)
Berg TZ – Bergische Tageszeitung, Elberfeld, 47.–49. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
BMZ – Bergisch-Märkische Zeitung, Elberfeld/Barmen, 129.–131. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)
Bott VZ – Bottroper Volkszeitung, Bottrop, 38.–40. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
Bu VZ – Neueste Nachrichten. Buersche Volkszeitung, Buer, 2. Jg., 1920 (Zentrum)
Bu Ztg – Buersche Zeitung, Buer, 1918–1920
Cron Anz – Cronenberger Anzeiger, Cronenberg, 41. Jg., 1920
Cron Ztg – Cronenberger Zeitung, Cronenberg, 33. Jg., 1920
Cst Ztg – Castroper Zeitung, Castrop, 44.–46. Jg., 1918–1920
Datt Anz – Dattelner Anzeiger, Datteln, 13. Jg., 1920
Ddf Nr – Düsseldorfer Nachrichten (General-Anzeiger), Düsseldorf, 43.–45. Jg., 1918–1920
Ddf Tbl – Düsseldorfer Tageblatt, Düsseldorf, 52.–54. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
Ddf Ztg – Düsseldorfer Zeitung, Düsseldorf, 173.–175. Jg., 1918–1920 (liberal)
Do GA – General-Anzeiger für Dortmund und die Provinz Westfalen, Dortmund, 31.–33. Jg., 1918–1920
Do Tbl – Dortmunder Tageblatt, Dortmund, 35.–37. Jg., 1918–1920 (liberal)
Do Ztg – Dortmunder Zeitung, Dortmund, 91.–93. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)
Dst VZ – Dorstener Volkszeitung, Dorsten, 66.–68. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
Dui GA – Duisburger General-Anzeiger, Duisburg, 37.–39. Jg., 1918–1920

Ess Allg Ztg – Essener Allgemeine Zeitung (Essener General-Anzeiger), Essen, 43.–45. Jg., 1918–1920
Ess VZ – Essener Volks-Zeitung, Essen, 51.–53. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
EvNrh – Echo vom Niederrhein, Duisburg, 23. Jg., 1920
Ff Ztg – Frankfurter Zeitung und Handelsblatt, Frankfurt, 63. Jg., 1918/19, 64. Jg., 1919/20 (liberal)
GA E-Ba – General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen, Elberfeld, 32.–34. Jg., 1918–1920
GA Ob – General-Anzeiger für Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Bottrop und Umgegend, Oberhausen, 15.–17. Jg., 1918–1920
Gk Allg Ztg – Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung, Gelsenkirchen, 16.–18. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)
Gk Ztg – Gelsenkirchener Zeitung, Gelsenkirchen, 54.–56. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
Gl Ztg – Gladbecker Zeitung, Gladbeck, 30.–32. Jg., 1918–1920
Gumm Ztg – Gummersbacher Zeitung, Gummersbach, 83. Jg., 1920
Hag Ztg – Hagener Zeitung, Hagen, 1918–1920 (liberal)
Hamb VZ – Hamborner Volks-Zeitung, Hamborn, 23. Jg., 1920
Hö Vbl – Hörder Volksblatt, Hörde, 62.–64. Jg., 1918–1920
Ho Ztg – Horster Zeitung, Horst, 16. Jg., 1919, 17. Jg., 1920
Hrn Anz – Herner Anzeiger, Herne, 14. Jg., 1918, 16. Jg., 1920
Hsp Ztg – Hasper Zeitung, Haspe, 50.–52. Jg., 1918–1920
Hw Anz – Hellweger Anzeiger, Unna, 76. Jg., 1920
Is Ka – Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung, Iserlohn, 77. Jg., 1919, 78. Jg., 1920
Is Tbl – Iserlohner Tageblatt und Generalanzeiger, Iserlohn, 34. Jg., 1920
Kam Ztg – Kamener Zeitung, Kamen, 48. Jg., 1920
KVZ – Kölnische Volkszeitung, Köln, 59.–61. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
KZ – Kölnische Zeitung, Köln, 1918–1920 (rechtsbürgerlich)
LA Dst – Lokal-Anzeiger für Dorsten, Hervest-Dorsten, Holsterhausen usw., Dorsten, 6. Jg., 1918, 7. Jg., 1919
Lenn Krbl – Lenneper Kreisblatt, Lennep, 91. Jg., 1920
Lün Ztg – Lüner Zeitung, Lünen, 40.–42. Jg., 1918–1920
MA – Münsterischer Anzeiger und Münsterische Volkszeitung, Münster, 67.–69. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
Mh GA – Mülheimer General-Anzeiger, Mülheim, 37.–39. Jg., 1918–1920
Mh VZ – Mülheimer Volkszeitung, Mülheim, 21.–23. Jg., 1918–1920 (Zentrum)
Mh Ztg – Mülheimer Zeitung, Mülheim, 46.–48. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)
Mk Spr – Märkischer Sprecher, Bochum, 90.–92. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)
MZ – Münstersche Zeitung. Morgen-Anzeiger. General-Anzeiger, Münster, 48.–50. Jg., 1918–1920
Ob Ztg – Oberhausener Zeitung. Untertitel ab 5. 4. 1919: Unabhängige Tageszeitung für nationale Politik, Oberhausen, 33.–35. Jg., 1918–1920 (rechts-

bürgerlich)

Ohl Anz – Ohligser Anzeiger, Ohligs, 45. Jg., 1920

Opl Ztg – Opladener Zeitung, Opladen, 72. Jg., 1920

Rhs Allg Ztg – Recklinghäuser Allgemeine Zeitung, Recklinghausen, 13. Jg., 1918, 14. Jg., 1919

Rhs VZ – Recklinghäuser Volks-Zeitung, Recklinghausen, 1918–1920 (Zentrum)

Rhs Ztg – Recklinghäuser Zeitung, Recklinghausen, 88.–90. Jg. 1918–1920 (rechtsbürgerlich)

RhW Anz – Rheinisch-Westfälischer Anzeiger, Essen, 16. Jg., 1919 (rechtsbürgerlich)

RhW Ztg – Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen, 181.–183. Jg., 1918–1920 rechtsbürgerlich)

RuR-Ztg – Rhein- und Ruhrzeitung, Duisburg, 70.–72. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)

Rwt – Ruhrwacht. Oberhausener Volkszeitung, Oberhausen, 29. Jg., 1919, 30. Jg., 1920 (Zentrum)

Sol Tbl – Solinger Tageblatt, Solingen, 109.–111./112. Jg., 1918–1920

Tägl Anz – Täglicher Anzeiger für Berg und Mark, Elberfeld, 93.–95. Jg., 1918–1920

Tägl Anz Lü – Täglicher Anzeiger Lüttringhausen, Lüttringhausen, 10. Jg., 1920

Trem – Tremonia, Dortmund, 43.–45. Jg., 1918–1920 (Zentrum)

Vohw Ztg – Amtliches Kreisblatt für den Kreis Mettmann. Vohwinkeler Zeitung, Vohwinkel, 35. Jg., 1920

Wat Ztg – Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid, 50.–52. Jg., 1918–1920

Wdt He – Westdeutscher Herold, Wanne, 17.–19. Jg., 1918–1920

Wdt R – Westdeutsche Rundschau, Barmen, 16. Jg., 1918, 18. Jg., 1920 (deutschnational)

Wdt VZ – Westdeutsche Volkszeitung, Hagen, 26.–28. Jg., 1918–1920 (Zentrum)

Wf Mk – Westfälischer Merkur, Münster, 99. Jg., 1920

Wf NN – Westfälische Neueste Nachrichten, Bielefeld, 21. Jg., 1920 (rechtsbürgerlich)

Wf Tbl – Westfälisches Tageblatt. General-Anzeiger für Hagen und Umgegend, Hagen, 55.–57. Jg., 1918–1920 (rechtsbürgerlich)

Wf VZ – Westfälische Volks-Zeitung, Bochum, 47. Jg., 1918, 48. Jg., 1919 (Zentrum)

Wf Ztg – Westfälische Zeitung, Bielefeld, 110. Jg., 1920

Witt Tbl – Wittener Tageblatt, Witten, 60. Jg., 1919, 61. Jg., 1920

Witt VZ – Wittener Volks-Zeitung, Witten, 24. Jg., 1919, 25. Jg., 1920 (Zentrum)

Wld Ztg – Walder Zeitung, Wald, 1920

3. Protokolle

Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 332 (1920, Januar 16 bis März 30), Bd. 333 (1920, April 12 bis Mai 21), Berlin 1920

Der Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozeß. Bericht über die Verhandlungen vor dem Remscheider Schöffengericht nach stenographischer Aufzeichnung, Remscheid 1921

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 30. November bis 6. Dezember 1919 in Leipzig, sowie über die Erste Frauen-Reichskonferenz der U. S. P. D. am 29. und 30. November 1919 in Leipzig, Berlin o. J.

4. Statistik

Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, in: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 28. Jg., 1919, 1. Ergänzungsheft, Berlin 1919

Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920. Erstes und zweites Heft, in: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 291, I, II, Berlin 1920

5. Jahresberichte

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Unna für die Jahre 1914 bis 1925 (im Stadtarchiv Unna)

Chronik der Stadt Essen über das Jahr 1920, hg. v. d. Verwaltung der Stadt Essen (Maschinenschrift im Stadtarchiv Essen: 114, 1920)

Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Hg.): Jahrbuch für 1919, Bochum o. J.

6. Quellensammlungen

Schulte, Eduard: Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918. Tagebücher, Berichte, Akten, Briefe, Zeitungen, Plakate, Bilder, Münster 1936 (Veröffentlichungen d. Hist. Kommission d. Provinzialinstituts f. Westfälische Landes- u. Volkskunde. Quellen u. Forsch. z. Gesch. d. Stadt Münster i. W., Bd. 7)

Schulte, Eduard: Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919. Aktenstücke, Berichte, Bilder, Flugblätter, Plakate, Pressestimmen, Tagebücher, Münster 1939 (Veröffentlichungen d. Hist. Kommission d. Provinzialinstituts f. Westfälische Landes- u. Volkskunde, Bd. VI = Quellen u. Forsch. z. Gesch. d. Stadt Münster i. W., Bd. 10)

Steinitz, Wolfgang: Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, Bd. II, Berlin (Ost) 1962 (Deutsche Akademie d. Wissenschaften zu Berlin. Veröffentlichungen d. Inst. f. dt. Volkskunde, Bd. 4/II)

7. Reden, Artikel und Schriften

Bernstein, Richard: Der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin-Fichtenau 1920 (Revolutions-Bibliothek, Nr. 10)

Bertkau, Friedrich: Die Sicherheitspolizei, Berlin 1920

Böttcher, Helmut: Kapp-Lüttwitz-Putsch, Generalstreik und Bürgerkrieg. Die Wahrheit über die Ereignisse in Halle (Saale) und Mitteldeutschland, 3. Aufl., Leipzig 1920

Brammer, Karl: Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution, Berlin 1920

Düwell, Wilhelm: Der Kapp-Putsch und die Märzkämpfe im rhein.-westf. Industriegebiet. Ein Verbrechen des Militarismus und der Bourgeoisie, Duisburg o. J. (1920)

Jansen, Robert: Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, o. O. o. J. (1920)

Kern, Fritz: Das Kappsche Abenteuer. Eindrücke und Festellungen, Leipzig/ Berlin 1920

Krüger, Franz: Diktatur oder Volksherrschaft? Der Putsch vom 13. März 1920. Sein Verlauf und seine Lehre, Berlin 1920

Rabold, Emil: Der Kampf der Arbeiter im Ruhrgebiet, in: Der Arbeiter-Rat, 2. Jg., 1920, Heft 14, S. 4–6, Heft 16, S. 11–12

(Severing, Carl:) Wie es kam! Eine Rede des Reichs- und Staatskommissars Severing über die Unruhen im Ruhrgebiet, hg. v. d. Reichszentrale für Heimatdienst, o. O. o. J. (Dortmund 1920)

Stern, Victor: Sozialistische Regierung, in: Der Arbeiter-Rat, 2. Jg., 1920, Heft 14, S. 1–2

Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918–1922, hg. v. H. Baron, Tübingen 1924

Die Stellung der KPD zum Abbruch der bewaffneten Kämpfe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg., 1920, Nr. 15, S. 481–523

8. Erinnerungen und Tagebücher

Allen, Henry T.: Mein Rheinland-Tagebuch, Berlin 1923

Allen, Henry T.: Die Besetzung des Rheinlands, Berlin o. J. (1927)

Bölke, Milli: Als Jungkommunistin an der Seite der kämpfenden Ruhrarbeiter, in: Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920, Berlin (Ost) 1960, S. 71–81

Bose, Ulrich v.: Vormarsch gegen Essen, in: Der Reiter gen Osten. Das Blatt der Kameraden Schlageters, 8. Jg., Folge 4, April 1937, S. 5–7; geringfügig erweitert in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 394–402 (hiernach zitiert)

Brandi, Paul: Essener Arbeitsjahre, Essen 1959 (Beiträge z. Gesch. v. Stadt u. Stift Essen, Heft 75)

Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, 2. Aufl., New York 1940

Bredt: Sipo im Kampf um Essen, in: Der Reiter gen Osten. Das Blatt der

Kameraden Schlageters, 8. Jg., Folge 4, April 1937, S. 2–4
Cuno, Willi: Meine Erlebnisse während des Kapp-Putsches März 1920 (Maschinenschrift im Stadtarchiv Hagen)
Epp, Franz Ritter von: Ein Leben für Deutschland, hg. v. J. H. Krumbach, München 1939, darin: Georg Gilardone: 36 Soldatenjahre (S. 17–76)
Ernst, Josef: Kapptage im Industriegebiet. Nach Tagebuchblättern und Akten, Hagen 1921
Fomferra, Fritz: Die „Jungens" vom Ernestine-Schacht standen immer in der vordersten Reihe, in: Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920, Berlin (Ost) 1960, S. 47–70
Gaertner, Kurt: Der Kapp-Putsch, in: Die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart, Recklinghausen, 12. Jg., 1935, Nr. 1, S. 7–14
Gaertner, Kurt: Recklinghausen unter dem roten Terror, in: Die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart, Recklinghausen, 12.Jg., 1935, Nr. 2, S. 1–9. – Der angekündigte 3. Teil des Aufsatzes existiert nur als Maschinenschrift in: Stadtarchiv Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 48, Bl. 181–185
Gerlach, Hellmut v.: Von rechts nach links, hg. v. E. Ludwig, Zürich 1937
Haase, Robert: Tagebuch (1913–1934) (im Privatbesitz der Familie Potthoff, Pelkum)
Haase, Robert: Schüsse im Amt Pelkum, in: Heimat am Hellweg. Beilage des „Hellweger Anzeigers", 116. Jg., 1960, Folge 12–15, 18. u. 26./27. März, 1. u. 12. April
Heineccius, v.: Nochmals: Kritische Tage in den Ruhrkämpfen 1928 (sic), in: Deutscher Offizier-Bund, 9. Jg., 1930, S. 105
Heinemann, Otto: Aus meinem Leben und meiner Zeit, Essen 1943 (Maschinenschrift im Stadtarchiv Essen: Msc. 184)
Hellkötter, Wilhelm: Kapp-Putsch im März 1920, 1950 (Maschinenschrift im Stadtarchiv Kamen)
– h. = Kabisch, Ernst: Kritische Tage in den Ruhrkämpfen Frühjahr 1920, in: Deutscher Offizier-Bund, 8. Jg., 1929, S. 1218–1221, 1415–1417 (zitiert „Tage")
– h. = Kabisch, Ernst: Nachschrift zu v. Heineccius (s. oben), S. 105–106
Kabisch, Ernst: Die Kämpfe am Niederrhein und an der Ruhr im Anschluß an den Kapp-Putsch, in: Wissen und Wehr, 8. Jg., 1934, S. 521–557 (zitiert „Kämpfe")
Kaiser, Friedhelm: Die Schlacht bei Pelkum, in: Westfälische Landeszeitung, Dortmund, 31. März 1934 = anon.: Freikorps Epp bei Pelkum, in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 403–404
Kambrik, Robert: Bei der Polizei im Kapp-Putsch, in: Westfälischer Kämpfer (KPD), Dortmund, 6. Jg., 1930, 6. März bis 21. März
Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. II, Stuttgart 1948
Kutschka, Alexander: Meine Erlebnisse während der Kämpfe anläßlich des Kapp-Putsches in Remscheid Mitte März 1920 (Maschinenschrift im Stadtarchiv Remscheid: 1. Schrank, 5. Fach, II. Pack, Nr. 3)

Loewenfeld, Wilfried v.: Das Freikorps von Loewenfeld, in: v. Roden, Hans (Hg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 149–158
Lohagen, Ernst: Die Jugend marschierte in der ersten Reihe, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin (Ost) 1958, S. 501–508
Lüttwitz, Walther v.: Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934
Luther, Hans: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen, Essen 1958 (Beiträge z. Gesch. v. Stadt u. Stift Essen, Heft 73)
Luther, Hans: Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960
Lutter, Heinz: Die Spartakisten in Schermbeck 1920, in: Heimatkalender des Landkreises Rees für das Jahr 1964, S. 129–130
Maercker, Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, 2. Aufl., Leipzig 1921
Mahnken, Heinrich: Freikorps im Westen 1918/20, in: Hotzel, Curt (Hg.): Deutscher Aufstand, Stuttgart 1934, S. 89–95
Mahnken, Heinrich: Freikorps im Ruhrkampf. Ziel und Kampfverlauf 1918–20, in: National-Zeitung, Essen, 4. November 1934
Mahnken, Heinrich: Aufmarsch gegen die Rote Armee 1920, in: v. Roden, Hans (Hg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 128–131 (z.T. identisch mit „Freikorps im Ruhrkampf")
Mahnken, Heinrich: Der Kampf der Batterie Hasenclever, 15. März 1920, in: ebenda, S. 134–138
Marchwitza, Hans: Märzstürme an der Ruhr. Erinnerungen aus den Kapp-Tagen 1920, in: Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920, Berlin (Ost) 1960, S. 28–46
Meinberg, Adolf: Aus dem „Wetter- und Watterwinkel". Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung im Ruhrgebiet (der Titel wird nicht einheitlich durchgehalten), in: Ruhr-Echo, Essen, 9. Jg., 1927 = Westfälischer Kämpfer, Dortmund, 3. Jg., 1927, 24. u. 28./29. Mai, 2., 13., 21. u. 25./26. Juni, 4., 9./10., 14. u. 19. Juli, 10. August
Merkelbach, F. W.: Die „roten Ostern" 1920 (datiert Essen-Altenessen, 8. April 1920), in: Festschrift zur Jahrhundertfeier der Ev. Neuessener Schule Essen-Altenessen, 1965, S. 73–75 (im Stadtarchiv Essen)
Morgan, John H.: The Disarmament of Germany and After, in: The Quarterly Review, vol. 242, Oktober 1924, S. 415–457
Morgan, John H.: Assize of Arms, being the story of the Disarmament of Germany and Her Rearmament (1919–1939), London 1945
Nesbach, Heinrich: Chronik (Handschrift im Besitz von Frau Nesbach, Hünxe)
Niemöller, Martin: Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934
Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920
Noske, Gustav: Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie. Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Zürich 1947
Potthoff, Heinz: Die Geschichte der Familie Potthoff, 1964 (Maschinenschrift im Stadtarchiv Essen: B f 124)

Reetz, Walter: Der rote Vormarsch, in: Jünger, Ernst (Hg.): Der Kampf um das Reich, Essen o. J. (1929), S. 190–192

Rhese: Wie Leutnant Tholen starb, in: Der Reiter gen Osten. Das Blatt der Kameraden Schlageters, 8. Jg., Folge 4, April 1937, S. 5

Rodermund, Eduard: Kommunisten an Ruhr und Rhein, in: Bley, Wulf (Hg.): Revolutionen der Weltgeschichte, München 1933, S. 763–771

Rodermund, Eduard: Rote Armee an Rhein und Ruhr, in: Hotzel, Curt (Hg.): Deutscher Aufstand, Stuttgart 1934, S. 96–115 = Westfälische Landeszeitung, Dortmund, 31. März 1934

Rodermund, Eduard: Das Blutbad am Essener Wasserturm, in: Der Reiter gen Osten. Bundesblatt der Kameraden Schlageters, 5. Jg., Folge 3, März 1934, S. 5–6

Roßmann/Schmidthuysen: Der blutige Montag in Duisburg, in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 392–393

Sager, Walter: Die rote Armee in Essen / März 1920, in: Der Reiter gen Osten. Bundesblatt der Kameraden Schlageters, 5. Jg., Folge 3, März 1934, S. 4–5

Sager, Walter: Roter Angriff auf Bahnhof und Post. Vom Kampf der Essener Einwohnerwehr, in: Der Reiter gen Osten. Das Blatt der Kameraden Schlageters, 8. Jg., Folge 4, April 1937, S. 4–5 = Vom Kampf der Essener Einwohnerwehr, in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 383–385

Salker, Bernhard: Erlebnisbilder aus der Essener Spartakistenzeit, in: Die Heimatstadt Essen, Jahrbuch 1958/59, S. 55–59

Sauerbrey, Paul: Die Beschießung Remscheids im Jahre 1920. Eine Märzerinnerung, in: Freie Presse (SPD), Elberfeld, 15. März 1930

Sauter, E.: Der Tag von Wetter, in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 381–382

Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. II, Dresden 1928

Schmidt, August: Lang war der Weg, Bochum 1958

Schulz (Adolf? Siegfried?): Ein Freikorps im Industrie-Gebiet, 2. Aufl., Mülheim o. J. (1922)

Schwarz van Berk, Hans: Rote Armee an der Ruhr, in: Jünger, Ernst (Hg.): Der Kampf um das Reich, Essen o. J. (1929), S. 203–218

Severing, Carl: 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927 (im Unterschied zu Severings Rede „Wie es kam!“ ohne Buchtitel, nur mit dem Autornamen zitiert)

Sewing, Wilhelm: Erlebnisse mit den Spartakisten im Rathaus, in: Die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart, Recklinghausen, 12. Jg., 1935, Nr. 2, S. 9–11

Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947

Stoewe, Emil: Kritische Frühlingstage im Jahre 1920 in Oberaden, in: Heimat am Hellweg. Beilage des „Hellweger Anzeigers“, 120. Jg., 1964, Folge 10 u. 11, 6. u. 14./15. März

Teuber, Heinrich: Beiträge zur neueren Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrbezirk, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, Berlin, 4. Jg., 1926, Nr. 30–32, 35–41, 43, 45, 29. Juli, 5. u. 12. August, 2., 9., 16., 23., u. 30. September, 7., 14. u. 28. Oktober, 11. November

Watter, Oskar v.: Die Bedeutung der Freikorps, in: Roden, Hans (Hg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 75–77

(Wedelstaedt, Carl v.:) Carl von Wedelstaedt als Bürgermeister und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, in: Gelsenkirchen in alter und neuer Zeit, 3. Jg., 1950, S. 115–159

Weisemann: Die Märzkämpfe in Remscheid, in: Monatsbeilage des Remscheider General-Anzeigers, März 1960

Wetzlar: Tagebuch (eine Kopie der Eintragungen vom 31. März bis 25. April 1920 stellte Herr Amtsdirektor Sander, Amt Gahlen zu Hünxe, zur Verfügung)

Wiedenhoefer, Josef: Dorsten und die Herrlichkeit unter der Roten Armee, in: Vestischer Kalender, 13. Jg., 1935, S. 67–73

Wilden, Heinrich: Durchbruch des Reichswehr-Schützen-Regiments 61, in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 393–394

Achtzehn Tage Kommunisten-Terror in Dortmund, 17. März bis 3. April 1920. Schilderungen und Betrachtungen eines Dortmunder Arbeiters, Düsseldorf 1920

Freikorps Lichtschlag während des Kapp-Putsches, in: Der Reiter gen Osten. Bundesblatt der Kameraden Schlageters, 5. Jg., Folge 4, April 1934, S. 6–7

Der Mord am Essener Wasserturm, in: Der Reiter gen Osten. Das Blatt der Kameraden Schlageters, 8. Jg., Folge 4, April 1937, S. 3

Die Remscheider Märzkämpfe im Jahre 1920. Ein Kapitel aus dem Kriege nach dem Kriege. Dargestellt vom Zeitfreiwilligen-Korps Remscheid, Remscheid 1934; S. 23–28 nachgedruckt in v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 385–390

II. Literatur

Angress, Werner T.: Weimar coalition and Ruhr insurrection, March-April 1920: A study of government policy, in: Journal of Modern History, vol. 29, 1957, S. 1–20

Arning, Erhard: Das „Bielefelder Abkommen" vom 24. März 1920 als Beitrag zur Beendigung des Ruhraufstandes, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, 63. Jg., 1962/63, S. 30–47

Böllert, H. H.: Mülheim als Garnisonstadt, in: Mülheimer Jahrbuch, 1958, S. 188–193

Brandenburg, Ferdinand: Aus der Geschichte des Dorfes Pelkum, in: Dorfbuch Pelkum, hg. v. F. Kaiser, Dortmund-Brackel 1950, S. 11–65

Brauer, Erwin: Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930

Colm, Gerhard: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März–April 1920, Essen 1921

Dittgen, Willi: Bewegte Zeit. Der Kreis Dinslaken in den Jahren 1909–1959, Dinslaken 1959

Dörnemann, Manfred: Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. phil. Würzburg 1965, gedruckt Bochum 1966

Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967 (Beiträge z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. pol. Parteien, Bd. 35)

Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922

Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Berlin 1924

Halle, Felix: Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918–1921. Die bayerischen Volksgerichte, das Standrecht, die politischen und wirtschaftlichen Sondergerichte in Deutschland vor und nach dem Erlaß der Weimarer Verfassung, Berlin/Leipzig 1922

Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962 (Beiträge z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. politischen Parteien, Bd. 22)

Heimhalt, Hermann: Die Blockade der Festung Wesel vom November 1813 bis Mai 1814, in: Beilage zum Jahresbericht des Königlichen Gymnasiums Wesel, Ostern 1895 (Stadtarchiv Wesel)

Hennicke, Otto: Die Rote Ruhrarmee, Berlin (Ost) 1956

Kaiser, Joseph H.: Der politische Streik, Berlin (West) 1955

Kayser, Fritz: Die Wuppertaler Presse. Ihr Werden und Wachsen seit 1788, Wuppertal-Elberfeld 1930

Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962 (Beiträge z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. pol. Parteien, Bd. 23)

Koszyk, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958 (Deutsche Presseforschung, 1.)

Lambers, Hanno: Die Revolutionszeit in Hagen. Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen und Haspe, Hagen 1963 (Hagener Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, 5.)
Leppa, Konrad: Generalfeldmarschall Walter Model. Von Genthin bis vor Moskaus Tore, Nürnberg 1962
Metzmacher, Helmut: Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz: in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, Heft 168/169, 1967, S. 135–265
Müller, Paul: Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin (West) 1957
Neuland, Franz: Generalstreik und Sturm auf Polizeireviere. Der Kapp-Putsch im März 1920 in Frankfurt / Kampf der Arbeiter für Republik und Regierung, in: Frankfurter Rundschau, 13. März 1970
Oertzen, Peter v.: Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg., 1958, S. 231–262
Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, hg. v. K. Kesten, Frankfurt 1961
Runge, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965 (Industrielle Welt. Schriftreihe d. Arbeitskreises f. mod. Sozialgeschichte, Bd. 5)
Salewski, Michael: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland (1919 bis 1927), München 1966 (Schriften d. Forschungsinstituts d. dt. Gesellschaft f. auswärtige Politik e. V., Bd. 24)
Schabrod, Karl: Generalstreik rettet Weimarer Republik, Düsseldorf 1960
Schneider, Dieter: Zwischen Römer und Revolution. Hundert Jahre Sozialdemokraten in Frankfurt am Main, Frankfurt 1969
Schnettler, Otto: Herdecke an der Ruhr im Wandel der Zeiten. Stift / Dorf / Stadt, Dortmund 1939 (Beiträge z. Gesch. Dortmunds u. d. Grafschaft Mark, Bd. 45)
Schützinger, Hermann: Bürgerkrieg, Leipzig o. J. (1924)
Schultzendorff, Walther v.: Proletarier und Prätorianer. Bürgerkriegssituationen aus der Frühzeit der Weimarer Republik, Köln 1966
Spethmann, Hans: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch 1914–1925, Bd. I: Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Bd. II: Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Berlin 1928 (Bd. II ohne Buchtitel, nur mit dem Autornamen zitiert)
Spethmann, Hans: Die Rote Armee an Ruhr und Rhein. Aus den Kapptagen 1920, Berlin 1930
Spethmann, Hans: General v. Watter im Ruhrgebiet, in: General Oskar Freiherr von Watter. Dem Gedenken eines großen Soldaten von den alten Kameraden der 54. Infanterie-Division des Weltkrieges, Hamburg o. J. (1940), S. 148–196
Varain, Heinz Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890 bis 1920), Düsseldorf 1956 (Beiträge z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. pol.

Parteien, Bd. 9)
Volkmann, Erich Otto: Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930
Walther, Henri / Engelmann, Dieter: Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung der USPD und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD (Juli/August 1914 – Dezember 1919), 3 Bände, Diss. phil., Leipzig 1965
Winterfeld, Luise v.: Geschichte der Freien Reichs- und Hansestadt Dortmund, 2. Aufl., Dortmund 1956
Winterhagen, Arthur: Die Unruhen im Wuppertal im Jahre 1920, 1964 (Maschinenschrift im Stadtarchiv Wuppertal)
Spektator (d. i.: B. Wolf): Die Schreckenstage im rheinisch-westfälischen Industriebezirk Frühjahr 1920, Hannover 1920
Zickler, Artur: Reichswehr gegen Rote Armee. Was im Ruhrgebiet geschah, Berlin 1920
Blutige Wochen im Ruhrgebiet, in: Deutsche Bergwerks-Zeitung, 36. Jg., 1935, 13., 14., 18., 20. und 21. März = Tremonia, Dortmund, 1935, 13., 14., 16., 20. und 22. März = Ruhr-Arbeiter, 4. Jg., 1935, Nr. 11, 12, 17, 20
Errettung des Ruhrgebiets (1918–1920), Berlin 1943 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearb. u. hg. v. d. Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt d. Heeres, Bd. 9)
Hundert Jahre SPD in Solingen, Solingen 1963
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, Neuaufl. Frankfurt 1968
Kriegsgeschichte 1914–1918 des 2. Westfälischen Husaren-Regiments Nr. 11, hg. v. Bund Bergischer Husaren, Bd. II, Oldenburg 1929 (Erinnerungsblätter deutscher Regimenter, Truppenteile des ehemaligen preußischen Kontingents, Bd. 269); S. 262–266 nachgedruckt in: v. Salomon, Ernst (Hg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 390–391

III. Romane

Ettighofer, P. C.: Zelt 27 wird niedergerissen, Leipzig 1933; Neuauflage: Kameraden vom Zelt 27. Deutsches Schicksal an Ruhr und Rhein 1920–1924, Gütersloh 1939

Grünberg, Karl: Brennende Ruhr. Roman aus der Zeit des Kapp-Putsches, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1952

Hagener, Hermann: Lava, Berlin 1921

Knauf, Erich: Ça ira! Reportage-Roman aus dem Kapp-Putsch, Berlin 1930

Marchwitza, Hans: Sturm auf Essen, Berlin (Ost) 1963 (Rote Dietz-Reihe)

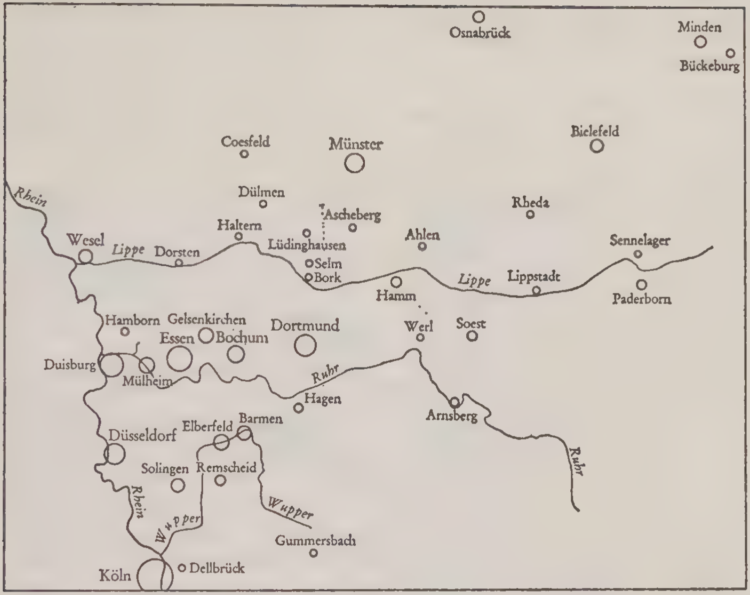
Zu den Anmerkungen

Außer den Abkürzungen für die Zeitungen, die im Quellen- und Literaturverzeichnis unter I. 2. zu ersehen sind, werden in den Anmerkungen folgende *Abkürzungen* verwandt:

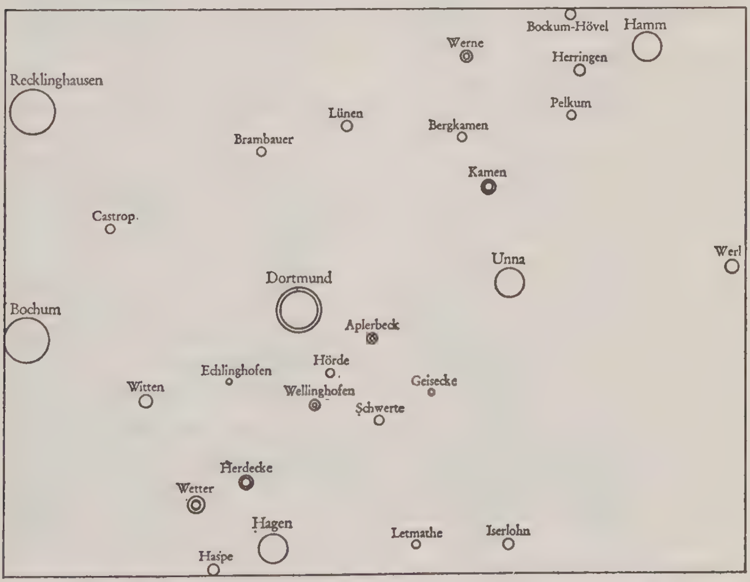
AA – Aktionsausschuß
Ab – Abendblatt
abgedr. – abgedruckt
Anm. – Anmerkung
a. o. – außerordentlich
AR – Arbeiterrat
Batl. – Bataillon
betr. – betreffend
Bl. – Blatt
ders. – derselbe
ebd. – ebenda
f. – für
GV – Generalversammlung
hg. – herausgegeben
i. A. – im Auftrag
IZF – Institut für Zeitungsforschung, Dortmund
Konf. – Konferenz
Kr. – Kreis
mil. – militärisch
Mo – Morgenblatt
MV – Mitgliederversammlung
nachgedr. – nachgedruckt
NL – Nachlaß
NV – Nationalversammlung
OB – Oberbürgermeister
öff. – öffentlich
Prot. – Protokoll
prot. – protokollarisch
Reg. – Regierung
Regt. – Regiment
StA – Stadtarchiv
STAD – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Zweigarchiv Kalkum
Stadtverw. – Stadtverwaltung
STAM – Staatsarchiv Münster
Stat. – Statistik
sten. – stenographisch
Stvv – Stadtverordnete
u. ö. – und öfter
VA – Vollzugsausschuß
veröff. – veröffentlicht
Vers. – Versammlung
VR – Vollzugsrat
zit. – zitiert
z. T. – zum Teil

Zeitungen, Telegramme und Briefe werden zitiert mit aneinandergehängten Zahlen für Jahr, Monat und Tag;
z. B. 1920–03–13 für 13. März 1920.

Übersichtskarte Rheinland-Westfalen

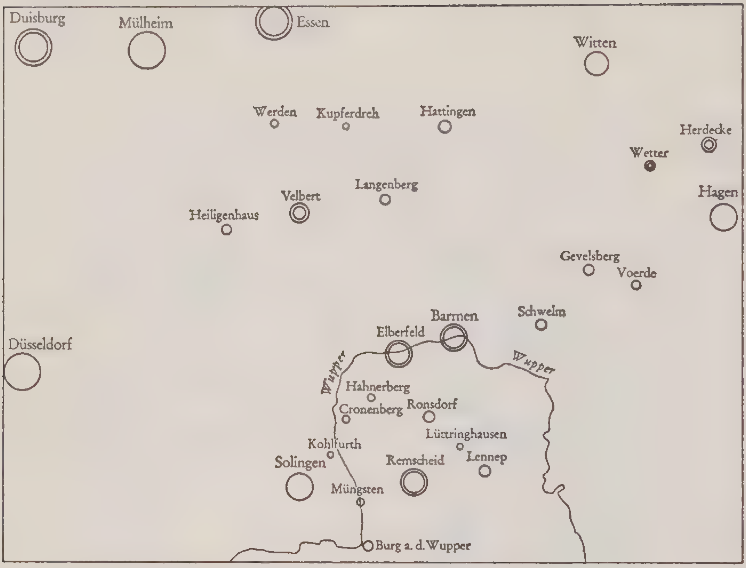


Östliches Ruhrgebiet

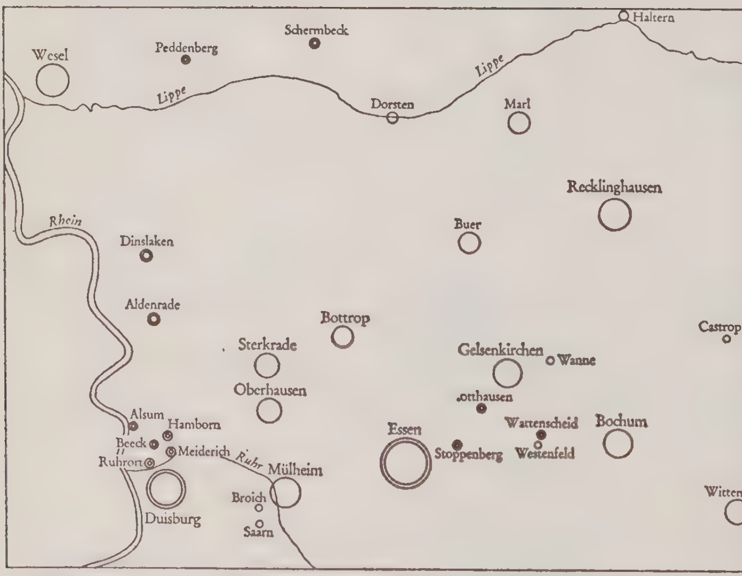


Doppelter Kreis: Bewaffnete Kämpfe zwischen Arbeitern und Militär, Sicherheitspolizei oder Einwohnerwehren.

Südliches Ruhrgebiet und Bergisches Land



Westliches Ruhrgebiet



Doppelter Kreis: Bewaffnete Kämpfe zwischen Arbeitern und Militär, Sicherheitspolizei oder Einwohnerwehren.

Register

(A. = Anmerkung, u. = und)

1. Personenregister

2. Ortsregister

Verzeichnis der Spezialausdrücke, Fremdwörter und Abkürzungen im Text

ADGB – Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Dachorganisation der Freien Gewerkschaften)
arrestieren – ins Militärgefängnis einsperren
Arsenal – Waffenlager, Waffenbestand
autonom – unabhängig, selbständig
delegieren – abordnen, als Vertreter entsenden
Dementi – offizieller Widerruf einer Nachricht
desavouieren – öffentlich von jemand abrücken, jemand bloßstellen
Desavouierung – öffentliche Bloßstellung

Desertion – Fahnenflucht
detailliert – im einzelnen, ins einzelne gehend
Diffamierung – Verleumdung
zur Disposition stellen – in den einstweiligen Ruhestand versetzen
effektiv – wirksam
Emissär – Abgesandter
Entsatz – Hilfe von außen für Belagerte
Eskalation – Verschärfung, stufenweise Steigerung
Farce – Heuchelei, leeres Getue
FAU – Freie Arbeiter-Union
Freikorps – Freiwilligentruppe(n), Söldnertruppe(n)
Gros – Hauptmasse (einer Truppe)
illoyal – untreu gegenüber der herrschenden Regierung
immanent – innerhalb der eigenen Grenzen
Indiz – Hinweis, Anzeichen
Institution – Einrichtung
instruieren – in Kenntnis setzen, anweisen
Interpretation – Auslegung
kategorisch – keinen Widerspruch duldend
Komplikation – Schwierigkeit, Verwicklung
sich kompromittieren – sich unglaubwürdig machen, sich bloßstellen
sich konsolidieren – sich festigen
Konsolidierung – Festigung
konsultieren – beratende Gespräche führen
Kontroverse – Auseinandersetzung, Streit
kursorisch – rasch, oberflächlich
lapidar – knapp, kurz und bündig
Legalisierung – Gesetzlichmachung
Legalität – Gesetzlichkeit
Liquidationsmasse – Restwert eines bankrotten Unternehmens
liquidieren – eine Gesellschaft, ein Unternehmen auflösen
loyal – der Regierung oder der herrschenden Gewalt gegenüber treu
Loyalität – Treue gegenüber der herrschenden Regierung
Mantelgesetz – Rahmengesetz, das noch durch Einzelgesetze inhaltlich gefüllt werden muß
Modifikation – Abänderung in einzelnen Punkten
modifizieren – abändern
numerisch – zahlenmäßig
paritätisch – gleichberechtigt, gleich stark vertreten
plädieren – sich für etwas aussprechen, befürworten
präfaschistisch – in den Anfängen einer faschistischen Entwicklung befindlich
präsent – anwesend, gegenwärtig
reduziert – herabgemindert, beschränkt auf
Reproduktion – Wiederherstellung
rivalisieren – wetteifern, sich bekämpfen
Servilität – Unterwürfigkeit
signalisieren – ankündigen, Anzeichen geben
Stimulantia – anregende Mittel
stimulierend – anregend, anreizend
u. a. – unter anderem
ultimativ – in Form eines Ultimatums
Ultimatum – Aufforderung, in einer bestimmten Frist eine Forderung zu erfüllen
USP – Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Usurpator – jemand, der widerrechtlich die Staatsgewalt an sich gerissen hat
Vakuum – leerer Raum
Vorderprotze – zweirädriger Vorderwagen mit Geschütz
WTB – Wolffsches Telegraphenbüro (amtliche Nachrichtenagentur)
z. T. – zum Teil

Ergänzungen zur Neuauflage 1974

zu S. 50—57 (die Arbeiter unter der Konterrevolution Mai 1919 bis März 1920)

Kennzeichnend für die Lage sind weiterhin die Verordnungen Watters und Severings. Einige Proben:

Richtlinien für die Genehmigung von Versammlungen und Demonstrationen (zwei Verordnungen vom 18. und 27. Juli 1919): „1. Genehmigt werden können die Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen aller politischen Parteien mit Ausnahme der ‚Kommunisten'. Die Versammlungen dieser Partei und Vereinigungen gleicher politischer Richtungen sind grundsätzlich zu verbieten. Dort, wo anzunehmen ist, daß von der USP einberufene Versammlungen nicht den Zweck der Aufforderung zum gewaltsamen Sturz der Regierung verfolgen und ein ruhiger Verlauf gewährleistet wird, können Mitglieder- und öffentliche Versammlungen der USP genehmigt werden. Sie sind entsprechend zu überwachen. 2. Gewerkschaftliche Mitglieder-, Belegschafts- und Betriebsversammlungen werden gestattet, sie sind jedoch . . . daraufhin zu überwachen, daß in ihnen keine auf den gewaltsamen Sturz der Regierung hinzielende Reden gehalten werden. Ebenso ist jede Aufforderung zur Stillegung lebenswichtiger Betriebe zu verhindern. Voraussetzung für diese Versammlungen ist, daß sie entweder von den zuständigen Organisationsleitern [Gewerkschaftsfunktionären] oder dem Arbeiterausschuß . . . einberufen werden und jede Gewähr dafür geboten ist, daß nur Werksangehörige daran teilnehmen". — Demonstrationen sind grundsätzlich anmeldepflichtig. „Es sind zu verbieten alle Umzüge, die einen politischen oder parteipolitischen Charakter tragen oder als Demonstrationszüge gegen erlassene Bestimmungen anzusehen sind". (BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 131—133)

Verordnung vom 2. September 1919: Es wird verboten, „Personen aus Anlaß ihrer Zugehörigkeit oder früheren Zugehörigkeit zu den Regierungstruppen oder einer Sicherheitswehr zu bedrohen, zu beleidigen oder in ihrem Fortkommen zu behindern oder andere hierzu aufzufordern oder anzureizen. Das Verbot gilt auch zu Gunsten der Familienmitglieder der genannten Personen". Strafandrohung: mindestens 1 Jahr Gefängnis, bei mildernden Umständen Haft oder Geldstrafe bis 1.500 Mark. (ebd., Bl. 128)

Verordnung Watters vom 5. Oktober 1919, ohne Gegenzeichnung Severings: Alle zwischen 17 und 50 Jahre alten Männer „sind verpflichtet, im Bedarfsfalle auf Anweisung der Gemeindebehörden Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten". Strafandrohung: Geldstrafe bis 1.500 Mark oder Gefängnis bis 1 Jahr. (ebd., Bl. 109)

Aufruf Severings an die Bergarbeiter, Januar 1920: Noch immer sei keine „wirtschaftliche Gesundung" Deutschlands zu verzeichnen („harte Bedingungen des Friedensvertrages", allgemeiner Kohlenmangel, dessen Folgen: Stillegungen von Betrieben, Mangel an Strom, Schäden für die Landwirtschaft usw.). „Und ausgerechnet diesen Zeitpunkt halten dieselben unverantwortlichen Hetzer, die im vergangenen Jahr den Bergbau zu erschüttern versuchten, für geeignet, den Sechsstundentag durchzuführen". Demgegenüber müsse erklärt werden: Die Regierung „wird mit unnachsichtlicher Strenge gegen alle vorgehen, die trotz der Not unseres Volkes diese Produktion zu unterbinden drohen . . . Ein Streik ist von vornherein aussichtslos. Mit den Teilnehmern an einem wilden Sreik wird nicht einmal verhandelt. Alle Streikenden werden als entlassen betrachtet. Die nach längerer Beschäftigungsdauer erworbenen Rechte, z. B. bei der Gewährung von Ferien, gehen verloren . . . Das Mittel der passiven Resistenz wird mit der Aussperrung beantwortet . . . Eine erzwungene Ausfahrt nach 6 Stunden Schichtzeit, die sogenannte ‚direkte Aktion', hat für die Anführer sofortige Verhaftung und schwere Strafen zur Folge. Eine Anfahrt wird in einem solchen Falle erst wieder zugelassen, wenn die Belegschaft sich zur Leistung der 7-stündigen Schicht bereit erklärt . . ." (ebd., Bl. 55—57)

Verordnung Watters und Severings vom 28. Januar 1920: „1. Belegschaftsversammlungen der beteiligten Arbeiter; diese sind dann auf die erprobte Methode (siehe oben S. 49 Streikausschüsse oder Streikleitungen sind aufzulösen". 3. „Im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung übergeben die Zechenverwaltungen den Gemeindebehörden eine Liste Der beteiligten Arbeiter; diese sind dann auf erprobte Methode (siehe oben S. 49 sowie die eben zitierte Verordnung vom 5. Oktober) unschädlich zu machen. (ebd., Bl. 49) Am 17. Februar 1920 wird in Abänderung von Ziffer 1 bestimmt, „daß Belegschaftsversammlungen, sofern in ihnen nur für das Verfahren von Überschichten bzw. Überstunden gesprochen werden soll, zu genehmigen sind". (ebd., Bl. 39)

Zur Illustration der Folgen, die diese Verordnungen hatten, einige Gerichtsurteile, gefällt vom außerordentlichen Kriegsgericht Wesel Ende 1919 (FrD, 1920-01-03):

Maurer Ignaz Blatzek aus Osterfeld und Straßenbahnschaffner Paul Grabowski aus Essen: 2 Monate bzw. 3 Wochen Gefängnis wegen Beschimpfung von Mitgliedern der Regierungstruppen;

Gewerkschaftssekretär Ernst Emme aus Hamborn: 100 Tage Gefängnis oder 1000 Mark Geldstrafe, weil er in einer Betriebsversammlung die zugelassene Tagesordnung verlassen und gegen die christlichen Gewerkschaften „gehetzt" habe;

Fräser Konrad Metzler aus Duisburg-Beeck: 30 Tage Gefängnis oder 300 Mark Geldstrafe wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften, in einem zweiten Verfahren 5 Monate Gefängnis wegen desselben Vergehens und weil er in einer Versammlung der Arbeiter-Union dazu aufgefordert habe, die Verordnung Watters zur zwangsweisen Leistung von Notstandsarbeiten zu umgehen;

Schachtmeister Eduard Horn aus Duisburg: 20 Tage Gefängnis oder 200 Mark Geldstrafe, weil er als Versammlungsleiter gegen die Ausführungen von Metzler nicht eingeschritten sei. —

Die Androhung der Aussperrung gegen passive Resistenz übende Belegschaften war keineswegs so lückenlos wirksam, wie Severing es in seinen Erinnerungen hinstellt. Am 4. Dezember 1919 wurden die ersten Belegschaften — die der Zechen „Concordia" und „Alstaden" in Oberhausen — wegen fortgesetzter passiver Resistenz ausgesperrt. (STAM: BK, Nachrichten des Generalkommandos VII. A. K., darin: 56. Bericht, 1919-12-05)

zu S. 57 f. (Radikalisierung der Arbeiter)

In Reaktion auf diese Radikalisierung verbot Severing am 29. Oktober 1919 die zum Jahresende gesetzlich fällig werdenden Neuwahlen der Betriebsräte im Bergbau. (BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 74 f.)

zu S. 67 (Einwohnerwehren)

Nach einer Verfügung Noskes vom 25. Juni 1919 durften Mitglieder der USP nicht in die Einwohnerwehren aufgenommen werden. Anhängern der rechtsbürgerlichen Oppositionsparteien DVP und DNVP dagegen stand der Eintritt in die Wehren offen. (Ludwig in d. Preuß. LV, 28. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11170)

zu S. 99—104 („neutrale" Haltung Watters gegenüber den Putschisten und der parlamentarischen Regierung)

Am Mittag des 15. März richtete die Reichswehrbrigade 31 an ihre Truppenteile folgende Mitteilung:

„Die Lage ist folgende: Die alte Regierung ist von Dresden verschwunden, Ziel unbekannt. Leipzig hat sich geweigert, sie aufzunehmen, Chemnitz will sie verhaften. Die Verhältnisse in Berlin bezüglich endgültiger Zusammensetzung der neuen Regierung sind durchaus ungeklärt. Einige Mitglieder der MSP (= SPD) und der USP sollen sich zum Eintritt bereit erklärt haben. Unter diesen völlig unklaren Verhältnissen hält der Oberbefehlshaber des Wehrkreises VI unter allen Umständen an dem Standpunkte fest, daß er und die

ihm unterstellten Truppen ausschließlich die Aufgabe haben, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, den Schutz der Arbeit und den Schutz der persönlichen Freiheit und Sicherheit des Einzelnen zu gewährleisten. Alle Bestrebungen linksradikaler Elemente, die Macht in irgendeiner Form in die Hand zu bekommen, werden auf das Schärfste unterdrückt. Der Oberbefehlshaber muß eine vollkommen selbständige Haltung . . . einnehmen, da er weder von der alten Regierung . . . Befehle erhält, noch die Autorität einer neuen Regierung anerkennen kann. Die politische Anschauung des einzelnen Offiziers und Mannes muß vollkommen zurücktreten. Das soldatische Pflicht- und Ehrgefühl fordert unbedingten Gehorsam und uneingeschränktes Vertrauen ihrem Führer gegenüber . . . Der Oberbefehlshaber verbietet jede Provokation von seiten der Truppen . . . Im übrigen haben alle Bestimmungen des Ausnahmezustandes bzw. des verschärften Ausnahmezustandes ihre volle Gültigkeit und geben Führern und Truppen klare Richtlinien für ihr Verhalten". (Fr, 1920-04-02, Mo)

zu S. 205 (lügenhafte Behauptungen des Militärs, das Freikorps Lichtschlag habe überhaupt nicht in Hagen einrücken sollen)

Am 20. März schrieb das „Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos VI für die Truppe": „Teilnehmer der Kämpfe zwischen Reichswehr und roten Truppen bei Hagen und Dortmund stellen die Zeitungsmeldungen, daß das Regiment Lichtschlag sich für die Regierung Kapp erklärt und die Arbeiter durch schwarz-weiß-rote Fahnen und reaktionäre Lieder aufgereizt hätte, als unwahr hin". (STAM: BK, Nachrichten des Generalkommandos VII. A. K.) Damit reagierte das Wehrkreiskommando auf die vorgekommenen Fälle von „Unzuverlässigkeit" bei der Truppe (S. 165, 171 f., 175, 201—204). Intern war man dagegen ehrlich. Als Watter Ende April 1920, d. h. nach der Zerschlagung des Aufstands, von der Regierung seines Amtes enthoben wurde, hinterließ er seinem Nachfolger eine Denkschrift, in der er seine Sicht der Ereignisse seit dem Kapp-Putsch dargelegt hatte. Darin hieß es: „Zunächst gefährlicher Herd: Hagen. Plan: Mit starken rasch zusammengezogenen Kräften überraschend schnell in Hagen Keim der Unruhen zu ersticken". Watter schreibt dann weiter, Severing habe reibungslose Transporte der Truppen zugesagt. Als dann das Gegenteil eingetreten sei und die Teile des Freikorps Lichtschlag auf dem Transport auseinandergerissen worden seien, habe Severing sich herausgeredet, schuld seien „wilde Einzelstreiks" der Eisenbahner gewesen. (NL Watter: Nr. 32)

zu S. 269 f. (Krise zwischen Militär und Severing in Münster, Rücktrittsdrohung Watters)
Am 19. März telegrafierte der Generalsekretär des westfälischen Zentrums, Brand, an Reichspostminister Giesberts, er stehe ein „für absolut unzweideutige Haltung des Generals und seines Stabes", die „nicht einen einzigen Augenblick zur Regierung Kapp gehalten" hätten. Ein Rücktritt Watters würde eine furchtbare Katastrophe bedeuten. (BA: R 43 I/2719, Bl. 65) Am selben Tag, 13.05 Uhr, erklärte Severing gegenüber der Reichsregierung in Stuttgart telefonisch: „Vorwürfe gegen Watter sind ungerechtfertigt, obgleich auch ich dringend gewünscht hätte, daß er sich vom ersten Tage an für alte Regierung erklärt hätte. Ob er für seine Haltung, die durchaus schwankend war, gewichtige Gründe gehabt hat, deren Berechtigung ich durchaus anerkenne. (Der Satz ist unvollständig; er zeigt, daß nunmehr Severing der „durchaus schwankende" ist.) Ich möchte deshalb (!) dringend bitten, ein Entlassungsgesuch Watters abzulehnen und ihm zu sagen, daß er durchaus loyal gehandelt habe". (BA: R 43 I/2728, Bl. 72) Die dann tatsächlich von der Reichsregierung abgegebene Vertrauenserklärung für Watter (S. 270) und ihre Vorgeschichte wurde am 20. März auf Plakaten bekanntgegeben. (BA-MA: RH 53 - 6/91, Bl. 31)

zu S. 310 f. (Beerdigungen der Revolutionskämpfer)
In Dortmund glaubte die Stadtverwaltung, die die Beerdigungskosten übernehmen mußte, Armensärge seien für die getöteten Arbeiter gut genug. Auf Anordnung des Vollzugsrats mußte sie sie zurücknehmen und durch bessere Särge ersetzen. Außerdem durchbrach der

Vollzugsrat die Regelung, daß Beerdigungen nur an Wochentagen stattzufinden hatten, und setzte als Datum der Beerdigung den auf den Kampf folgenden Sonntag (21. März) fest. (STAM: BK, vorl. Nr. 178)

Inhalt



Bitte fordern Sie unseren kostenlosen Almanach „Biecher" an!

Öffentlichkeit ist heute fast vollkommen ohne geschichtliches Bewußtsein. Oder schlimmer noch: Geschichtsfälschung dient unmittelbar aktueller Herrschaftssicherung. Die Weimarer „Republik" stand da angeblich im Abwehrkampf gegen die Radikalen von rechts und links, daraus hat die „streitbare" Demokratie von heute gelernt: Mit den Berufsverboten gegen Linke stellt sie sich in die Tradition des Nazi-Gesetzes zur Wiederherstellung des deutschen Berufsbeamtentums von 1933. Das Scheitern der Weimarer „Republik" war im Grunde nach der Niederschlagung der bewaffneten Arbeiteraufstände 1920 schon besiegelt.

Erhard Lucas
Märzrevolution
Band 2
Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches
252 Seiten DM 14,80

Adolf Meinberg
Aufstand an der Ruhr
Der Führer der Roten Ruhr-Armee in Dortmund 1920 vermittelt in seinen Reden und Artikeln die Erfahrungen des größten bewaffneten Arbeiteraufstands der deutschen Geschichte
232 Seiten DM 9,80

Heinrich Teuber
Für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus
Teuber, Mitbegründer der USPD, beschreibt die Rolle der Gewerkschaften bei der Verhinderung der deutschen Revolution
132 Seiten DM 5,80

Kurt Kläber
Barrikaden an der Ruhr
Kläber war Mitglied im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) und Mitarbeiter der LINKSKURVE. Seine Erzählungen aus den Kämpfen des Ruhrproletariats wurden in der Weimarer „Republik" beschlagnahmt
190 Seiten DM 9,80

Erhard Lucas
Frankfurt 1918/19: Der Arbeiter- und Soldatenrat. Von der Doppelherrschaft zum Einmarsch der Reichswehr
180 Seiten DM 10,00

Verlag Roter Stern
6 Frankfurt Postfach 18 0147